

Subjektivierung und Gesellschaft/
Studies in Subjectivation

RESEARCH

Alexander Lenk

Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität

OPEN ACCESS



Springer VS

Subjektivierung und Gesellschaft/ Studies in Subjectivation

Foundations and Approaches of Empirical Subjectivation Research

Reihe herausgegeben von

Saša Bosančić, Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

Lisa Pfahl, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Innsbruck, Innsbruck, Tirol, Österreich

Lena Schürmann, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität Berlin, Berlin, Deutschland

Tina Spies, Institut für Sozialwissenschaften, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel, Deutschland

Boris Traue, Institute for Social Research & Interventions, Université du Luxembourg, Esch-sur-Alzette, Luxembourg

In der Moderne haben sich Machtverhältnisse zunehmend im und auf das Subjekt konzentriert. Nach einer vielstimmigen Kritik an der Vereinnahmung des Subjekts konkurrieren gegenwärtig Staaten, Unternehmen, Religionen, Medien und andere Subjektivierungsinstanzen um Gelegenheiten, Subjektivitäten zu bestimmen, zu binden und sie zu organisieren. In diesem partikularisierten, privatisierten und vermarktlichten Subjektivierungsgeschehen zerfallen kollektive Wahrheits-, Empathie- und Handlungsfähigkeiten zunehmend, während mit neuen Formen von Selbstbestimmung erst experimentiert wird. Die Subjektivierungsforschung untersucht, in welchen herrschaftsförmigen und solidarischen Relationen Subjekte (ent-)stehen und wie sie ihre Alterität als Möglichkeit des Anders-Seins aufrechterhalten. Wie beziehen sich Subjekte mit Hilfe von Institutionen, Diskursen, Technologien, Artefakten und Bildern aufeinander, und wie wirken sie gemeinsam auf subjektivierende Ordnungen zurück? Die Buchreihe verbindet Theoriebildung, empirische Analysen und methodische Fragen der Sozial-, Bildungs- und Kulturwissenschaften sowie interdisziplinärer Forschungsfelder. Die einzelnen Bände fragen nach der symbolischen, materiellen und leiblich-affektiven Wirkung von Subjektivierung und untersuchen die ungleichen und widersprüchlichen Bedingungen der gesellschaftlichen Aneignung von Subjektivierungsinstanzen.

Throughout modernity, power relations increasingly concentrate on and in the subject. Following diverse critiques of this colonization of the subject, states, corporations, religious associations, media, and other subjectivation providers presently compete for opportunities to determine, bind, and organise subjectivities. In the context of particularistic, privatised and capitalist arenas of subjectivity and identity, collective capacities for truth, empathy and action are withering, whilst new figures of self-determination are still in their infancy. Subjectivation research interrogates domination and solidarity in relations which give rise to selves, and how these relations support alterity, the capacity to live and feel otherwise. How do subjects relate to one another through institutional institutions, discourses, technologies, artefacts, and images, and how do they talk back to subjectivating social orders and shape them together? The book series combines social theory, empirical research, and methodological problems in social, educational, cultural inquiry as well as interdisciplinary research fields. The individual volumes address symbolic, material and bodily-affective dimension of subjectivation processes as well as the unequal and contradictory conditions of societal appropriation and collective determination of subjectivation agencies.

Alexander Lenk

Akademische
Subjektivierung im
Dispositiv neoliberaler
Gouvernementalität

 Springer VS

Alexander Lenk
Potsdam, Deutschland

Zugl.: Dissertation, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2023

Gutachter*innen

1. Prof. Dr. Tilman Reitz

2. Prof. Dr. Andrea D. Bührmann

Tag der mündlichen Prüfung:

11.05.2023



ISSN 2662-8627

ISSN 2662-8635 (electronic)

Subjektivierung und Gesellschaft/Studies in Subjectivation

ISBN 978-3-658-42746-7

ISBN 978-3-658-42747-4 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-42747-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2024. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Open Access Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geographische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Marija Kojic

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Das Papier dieses Produkts ist recyclebar.

Danksagung

Auch wenn die vorliegende Arbeit eigenständig verfasst wurde, gilt es einigen Wegbereiter*innen meiner wissenschaftlichen Arbeitsweise und Persönlichkeit zu danken.

Zuerst möchte ich mich bei meiner Mutter Elke Lenk für ihre anhaltende Unterstützung bei der Entfaltung meiner Persönlichkeit bedanken. Bereits als mir Schulpsycholog*innen aufgrund einer Lese- und Rechtschreibschwäche geraten haben, nach der Hauptschule das Schulsystem zu verlassen, um einen handwerklichen Beruf zu erlernen, hat sie das Vertrauen in meine geistigen Fähigkeiten nicht verloren. Stattdessen hat sie mich bei meinem anstrengenden und widerständigen Weg durch das Bildungssystem begleitet und stets unterstützt.

Weiterhin möchte ich allen Beteiligten an meiner akademischen Ausbildung danken. Gerade weil ohne eine gute Lehre und Betreuung Arbeiten wie diese nicht möglich wären, gilt ein besonderer Dank meinen Betreuer*innen Tilman Reitz und Andrea D. Bührmann, die mir sowohl bei der Finanzierung meiner Promotion durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung geholfen als auch mit ihren Anregungen und ihrer Kritik meine wissenschaftliche Reife vorangetrieben haben. Ferner möchte ich Eddie Hartmann und Christian Schmidt-Wellenburg für ihre ausgezeichnete Lehre sowie für die Betreuung meiner Masterarbeit danken, welche ich als Grundlage für die vorliegende Arbeit betrachte und meine wissenschaftliche Arbeitsweise bis dato prägt.

Schlussendlich gilt mein Dank der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die mir mit ihrer Förderung zu einer Autonomie auf Zeit verholfen hat und ohne deren Unterstützung diese Arbeit nie entstanden wäre.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Forschungsgegenstand	3
1.2	Gouvernementalisierung von Hochschulen und der Wandel von diskursiven Praktiken	6
1.3	Reflexive Leerstellen und subjektive Deutungskämpfe im wissenschaftlichen Feld	11
1.4	Wissenschaftliche Fragestellung und politisches Interesse der Arbeit	13
1.5	Forschungsstand und Thesen	17
1.6	Aufbau der Arbeit	19
2	Was ist Neoliberalismus?	23
2.1	Neoliberalismus als Interdiskurs	25
2.2	Neoliberale Klassiker als Anwälte des Marktes und Diskursguerillas	27
2.3	Neoliberale Formen der Subjektivierung	38
2.4	Infrastruktur des europäischen neoliberalen Interdiskurses	44
3	Gouvernementalität: Ein Konzept zur Analyse von Regierungsweisen und als Basis einer Soziologie des individuellen Widerstands	49
3.1	Liberaler Gouvernementalität	53
3.2	Neoliberale Gouvernementalität	58
3.3	Eine kritische Reflexion des Konzepts der Gouvernementalität	64
3.4	Gouvernementales Dispositiv	67

4	Methodologische Fundierung: Dispositivanalyse	73
4.1	Wissenssoziologische Diskursanalyse	73
4.1.1	Konzeptionelle Werkzeuge und Untersuchungsgegenstand	75
4.1.2	Korpus und Datenauswertung	79
4.2	Methodologie einer Soziologie des individuellen Widerstands	89
4.2.1	Sampling und Datenauswertung	93
4.2.2	Kritische Reflexion als Forscher und Diskursteilnehmer im universitären Feld	102
5	Eine wissenssoziologische Diskursanalyse von New Public Management in der deutschen Hochschullandschaft	105
5.1	Ein historischer Abriss des Managementdiskurses im universitären Feld der BRD	105
5.1.1	Konstituierungsphase	105
5.1.2	Actionphase	119
5.1.3	Expansionsphase	144
5.1.4	Teilergebnisse und Hypothesen der historischen Betrachtung des Managementdiskurses im deutschen Hochschulsystem	171
5.2	Phänomenstruktur des New Public Management-Diskurses	180
5.3	Narrative und typisierte Deutungsmuster des Managementdiskurses	189
5.4	Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten	203
6	Das Zusammenspiel von Subjektivierungsformen des Managementdiskurses und akademischen Subjektivierungsweisen	211
6.1	Deutungsmuster und Subjektivierungsweisen von Wissenschaftler*innen an der Freien Universität Berlin	216
6.2	Die balancierende Persönlichkeit als moderne akademische Subjektivierungsweise	283

7 Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität	291
7.1 Ergebnisse in der Dimension von Diskursen/Rationalitäten	292
7.2 Ergebnisse in der Dimension von Praktiken/ Herrschaftstechnologien	296
7.3 Ergebnisse in der Dimension von Vergegenständlichungen/ Subjektivierung	298
7.3.1 Das Spannungsverhältnis zwischen akademischen Subjektivierungsformen und -weisen	300
8 Resümee und Ausblick	309
9 Epilog	323
Literaturverzeichnis	329

Abkürzungsverzeichnis

BfArM	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BUA	Berlin University Alliance
BuWiN	Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs
CHE	Centrum für Hochschulentwicklung
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DZHF	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
EFR	Europäischer Forschungsraum
EHR	Europäischer Hochschulraum
ERC	European Research Council
FU Berlin	Freie Universität Berlin
fzs	freier Zusammenschluss von student*innenschaften
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
HRG	Hochschulrahmengesetz
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
KDSF	Kerndatensatz Forschung
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
LHG	Landeshochschulgesetz
LOM	Leistungsorientierte Mittelverteilung
NPM	New Public Management
NSM	Neues Steuerungsmodell
ProfBesRefG	Professorenbesoldungsreformgesetz
WDA	Wissenssoziologischen Diskursanalyse
WissZeitVG	Wissenschaftszeitvertragsgesetz
WR	Wissenschaftsrat

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1	Interdiskurse als reintegrierende und transformierende Wissensordnungen	26
Abbildung 2.2	Wissenschaftliche Spezialdiskurse als Quelle und Vehikel von herrschenden Subjekten eines neoliberalen Interdiskurses	35
Abbildung 3.1	Individuen als Kontaktfläche und Transformateur*innen von Wissen, Macht und Subjektivierung	51
Abbildung 3.2	Dimensionen eines gouvernementalen Dispositivs	69
Abbildung 4.1	Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes in der deutschen Hochschullandschaft	84
Abbildung 4.2	Samplingstrategie	96
Abbildung 4.3	Die Datenauswertung des Interviewmaterials in drei Phasen	101
Abbildung 7.1	Diskursformation im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität im universitären Feld der BRD	292
Abbildung 7.2	Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität	306

Tabellenverzeichnis

Tabelle 4.1	Dimensionen und Fragen zur Analyse der Phänomenstruktur des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019 (vgl. Keller 2011: 250)	76
Tabelle 4.2	Netzwerkgruppen und Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes	81
Tabelle 5.1	Phasen des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019	176
Tabelle 6.1	Befragtenübersicht	213
Tabelle 6.2	Kollektive Wissensbestände von Wissenschaftler*innen an der FU Berlin zu zentralen Bezugsproblemen	217



Einleitung

1

„Zugang zur Realität gewinnen wir nur, wenn wir sehen, was die anderen sehen, und wenn wir sehen, was sie nicht sehen. Wer dies zum Ausgangspunkt seines Erkenntnisstrebens macht, muß diese Maxime, soll sie universell gehandhabt werden, auch auf sich selbst anwenden. Er muß sich selbst beobachten und dabei seine Erkenntnisse über Kognition rekursiv auch auf sich selbst anwenden können“ (Luhmann 1987: 210 f.).

In wissenssoziologischer Lesart geht es bei der Luhmannschen „Beobachtung zweiter Ordnung“ um eine Kritik des Wissens, die vor den Praktiken der Generierung von wissenschaftlichem Wissen nicht Halt macht. Als Kritik des Wissens wird die soziologische Aufklärung anderer gleichzeitig zu einer kritischen Selbstreflexion (vgl. Luhmann 1993: 7 f.). Vor diesem Hintergrund lässt sich die Forschung über akademische Subjektivierung als schmale Gratwanderung zwischen methodischem Voyeurismus und einem selbstreferenziellen Erkenntnisstreben begreifen. Denn einerseits birgt die teilnehmende Beobachtung im wissenschaftlichen Feld das Risiko in sich, die Selbstreflexion als Fixpunkt des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts zu nutzen. Andererseits kann die Selbstaufklärung genutzt werden, um zahlreiche kritische Konzepte der Soziologie auf das wissenschaftliche Feld und seine Angehörigen zu übertragen. Mit dieser Vorgehensweise wird der Versuch unternommen, verschiedene, parallel zueinander existierende Wissensordnungen, Regierungsweisen, Subjektivierungsformen und

Subjektivierungsweisen im wissenschaftlichen Feld zu analysieren und die Seinsverbundenheit bzw. Ortsgebundenheit des Wissens¹ zu reflektieren (vgl. Deleuze 1993: 255 f.).

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit stellt eine Gouvernentalisierung der deutschen Hochschullandschaft am Ende des 20. Jahrhunderts dar, weil die Rationalisierung² der Regierungspraxis durch ein ökonomisches Tribunal des Marktes sowohl wissenschaftliche Arbeitsbedingungen als auch traditionelle akademische Imperative transformiert (vgl. Foucault 2004a: 163 f., 2004b: 342). Zu den prominentesten akademischen Imperativen zählen, laut Merton (1972: 48–55), Universalismus, Kommunismus, Uneigennützigkeit und organisierter Skeptizismus. Die Aneignung des *organisierten Skeptizismus* wird von Wissenschaftler*innen für eine unvoreingenommene Prüfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen nach empirischen und logischen Kriterien der Wissenschaft genutzt (Merton 1972: 55). Die *Uneigennützigkeit* stellt demgegenüber eine verbindliche institutionalisierte Norm dar, die akademischen Subjekten³ die Nutzung von Forschungsergebnissen zum eigenen Vorteil untersagt (ebd.: 53 ff.). Beim traditionellen akademischen Imperativ des *Kommunismus* wird angenommen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ein Ergebnis von kooperativer Wahrheitssuche sind und deswegen persönliche Eigentumsrechte an wissenschaftlichem Wissen auf ein Minimum beschränkt werden. Im Gegenzug erhalten Wissenschaftler*innen für ihre Arbeit Anerkennung und Wertschätzung von der akademischen Gemeinschaft (ebd.: 51 ff.). Schlussendlich sollen gemäß dem *Universalismus* wissenschaftliche Erkenntnisse unabhängig von persönlichen Eigenschaften bewertet werden (ebd.: 48). Über den Wahrheitsanspruch von wissenschaftlichen Erkenntnissen soll allein der „zwanglose Zwang des besseren Argumentes“ (Habermas 1971: 37) entscheiden. Mit anderen Worten: „Der Chauvinist mag die Namen ausländischer Wissenschaftler aus den Geschichtsbüchern löschen, aber deren Erkenntnisse bleiben für Wissenschaft und Technologie unentbehrlich“ (Merton 1972: 48). Damit bilden traditionelle akademische Imperative nicht nur eine wissenschaftliche

¹ Überträgt man Mannheims (1985 [1929]: 233) These, dass „der geschichtliche Sozialprozeß für die meisten Gebiete des Wissens von konstitutiver Bedeutung zu sein vermag“, auf die Luhmannsche Kritik des Wissens, ist es notwendig, sich als selbstreferenzielles akademischen Subjekt zu reflektieren, um zu sehen, wie man Dinge und Subjekte (nicht) betrachtet.

² Die Rationalisierung der Regierungspraxis manifestiert sich in einer Umstellung der Legitimationsmuster von Wissen und Herrschaft auf objektiv-intersubjektiv nachvollziehbare Vernunftgründe (vgl. Weber 1988 [1922]: 476).

³ Mit akademischen Subjekten wird Bezug auf Wissenschaftler*innen in Lehre und Forschung an deutschen Hochschulen genommen, wozu in dieser Arbeit keine Studierenden und Beschäftigte in wissenschaftsunterstützenden Bereichen wie der Verwaltung gehören.

Diskursethik, sondern erzeugen auch ein traditionelles Berufsethos⁴ von Wissenschaftler*innen und traditionelle akademische Subjektivierungsformen wie die der reinen Wissenschaftler*innen⁵. Die reinen Wissenschaftler*innen werden von Bourdieu (1998: 17 f.) als relativ autonome akademische Subjekte beschrieben, weil sie sich Anrufungen und Subjektivierungsformen „wissenschaftsfremder“ Diskurse entziehen können. Sowohl traditionelle akademische Imperative als auch klassische Formen der Subjektivierung erodieren durch eine Gouvernentalisierung der deutschen Hochschullandschaft unter dem Primat des Marktes am Ende des 20. Jahrhunderts.

1.1 Forschungsgegenstand

In Hinblick auf die Transformationsprozesse im deutschen Hochschulsystem rückt die Ökonomisierung des Sozialen unter einer neoliberalen Wissenspolitik in das Zentrum der vorliegenden Arbeit. Mit der Ökonomisierung des Sozialen wird im Allgemeinen auf Simmels (2000 [1900]) These – die Imperative der Geldwirtschaft verändert die äußere und innere Natur des Menschen – Bezug genommen. In der vorliegenden Arbeit werden jedoch gegenüber Simmels Werk stärker Aspekte einer hegemonialen Wissens- und Identitätspolitik betont. In diesem Kontext wird eine Philosophie des Wettbewerbs untersucht, die soziale Beziehungen unter dem Primat des Marktes transformiert und diesen Transformationsprozess für den Einzelnen durch verlässliche Handlungsrezepte und Identitätsangebote mit einem persönlichen Sinn versieht. Allerdings wird mit diesem Forschungsansatz die Ökonomisierung des Sozialen nicht auf eine Zeitdiagnose und die Dominanz von ökonomischen Denk- und Handlungsweisen in sozialen Feldern reduziert (vgl. Tellmann 2011: 484). Vielmehr wird die Ökonomisierung der Gesellschaft in einer Konfiguration von Wissen, Macht und Subjektivierung beleuchtet (vgl. Foucault 2004a: 162 f.). Die ökonomische Verallgemeinerung der Gesellschaft durch die Form des Marktes wird dementsprechend als Objektivierung einer neoliberalen Wissenspolitik betrachtet (vgl. Foucault

⁴ Zum Berufsethos von Wissenschaftler*innen zählen intellektuelle Rechtschaffenheit, Verantwortungsgefühl gegenüber der akademischen Gemeinschaft, Werturteilsfreiheit und Voraussetzunglosigkeit (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 498–506).

⁵ In Rekurs auf Bourdieus (1998: 17 f.) Beschreibung einer traditionellen reinen Wissenschaft werden reine Wissenschaftler*innen als dominante traditionelle akademische Subjektivierungsform im wissenschaftlichen Feld angesehen. Reine Wissenschaftler*innen sollen sich an traditionellen akademischen Imperativen orientieren (vgl. Merton 1972: 48–55; Weber 2002 [1894–1922]: 498–506).

2004b: 342). Oder anders formuliert: „Es [geht] darum zu bestimmen, wie die verschiedenen Machtdispositive in ihren Mechanismen, Wirkungen und Beziehungen mit so unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen und in Bereichen mit so unterschiedlichem Umfang aussehen“ (Foucault 1999: 23). Durch die „Politik der Ökonomisierung [rückt] eine Wendung des gesamten gesellschaftlichen Bereichs zur Wirtschaft“ (Foucault 2004b: 335) in das Blickfeld der Arbeit. Damit wird ein Schlaglicht auf die Beziehung zwischen akademischen Subjekten, Wissen und Regierungsweisen geworfen. In diesem Zusammenhang werden mit einem diskurstheoretischen Bezugsrahmen Regierungsweisen und Ökonomisierungsprozesse im wissenschaftlichen Feld als Wissenspolitik analysiert. Es wird davon ausgegangen, dass in der Konfiguration von Wissen und Macht eine objektive Wirklichkeit mit Identitätsangeboten entstehen. Demgegenüber kann angenommen, dass Wissenschaftler*innen durch ihre interpretative Kompetenz eine neoliberale Wissenspolitik im wissenschaftlichen Feld modifizieren, erweitern oder gänzlich transformieren (vgl. Bosančić 2019: 44).

Das Wechselspiel zwischen Diskursen, Regierungsweisen und Subjekten lässt sich in doppelter Weise präzisieren: Erstens wird die neoliberale Reorganisation des deutschen Hochschulsystems unter den Gesichtspunkten einer Ökonomisierung des Sozialen verhandelt. Zweitens werden aktuelle Transformationsprozesse als Kampf von herrschenden Subjekten verstanden, die stellvertretend für Diskurse um einen Geltungsanspruch und eine Deutungsmacht im wissenschaftlichen Feld ringen. Exemplarisch erschließt sich der Zusammenhang von Wissen, Macht und Subjektivierung im Hochschulbetrieb aus Fragen nach Autonomie und Qualität in der Wissenschaft. Mit diesen allgemeinen Fragen sind gleichzeitig Machtfragen nach der Wahrheit und dem Modus der Menschenführung verbunden. Darüber hinaus offenbaren sich in elementaren Wahrheits- und Machtfragen die Beziehungen von Subjekten zu Wissensordnungen und Regierungsweisen (vgl. Foucault 2004c).

Durch den zunehmenden Einfluss eines Managementdiskurses im Hochschulsystem der BRD hat sich der Deutungskampf von akademischen Subjekten um Autonomie verschärft (vgl. KGSt 1993, WR 2014: 46). Denn traditionellerweise versteht Bourdieu (1998: 18) Autonomie als Brechungsstärke von Wissenschaftler*innen gegenüber nicht wissenschaftlichen Interessen. In anderen Worten:

„Niemand soll einem in die eigene Lehre oder Forschung oder Zeiteinteilung hineinreden, und das von einem vertretene Teilgebiet des Faches darf in seiner Bedeutung nicht geschmälert, beispielsweise durch ‚Bologna‘ aus dem Pflichtkanon des Studiums herausgenommen werden“ (Schimank 2015: 280).

Die Fähigkeit, sich äußeren Zwängen und Anforderungen zu entziehen oder im Rahmen des wissenschaftlichen Spezialdiskurses zu interpretieren, objektiviert sich in traditionellen Steuerungsmodellen wie akademischer Selbstverwaltung (vgl. Schimank 2002: 4 f.). Auch die Freiheit, weitestgehend ohne Interventionen aus anderen gesellschaftlichen Teilbereichen zu lehren und zu forschen, deutet auf ein traditionelles Verständnis von wissenschaftlicher Autonomie hin (vgl. Enders, de Boer & Weyer 2013: 7).

Im Zuge der Gouvernentalisierung von deutschen Hochschulen wird wissenschaftliche Autonomie zunehmend mit einem neoliberalen Freiheitsbegriff verknüpft. Demnach kann individuelle Freiheit nur in einem Wettbewerb um knappe Ressourcen entstehen (vgl. Eucken 1949: 27). Infolgedessen wurde in den letzten zwei Dekaden an deutschen Hochschulen ein wissenschaftlicher zu einem unternehmerischen⁶ und managerialen Freiheitsbegriff transformiert (vgl. Huber 2012; Enders, de Boer & Weyer 2013). „Managerial autonomy addresses discretion over financial matters as well as human resources management and management of other production factors (logistics, housing, and organization)“ (Enders, de Boer & Weyer 2013: 7). Mit einer eigenverantwortlichen Planung und Steuerung von Hochschulen soll die Verantwortung über die Qualitäts- und Leistungsentwicklung auf die Hochschulleitungen übertragen werden (vgl. WR 2006: 70 f.). Hier prallen die widerstreitenden Handlungsaufforderungen eines traditionellen wissenschaftlichen Spezialdiskurses mit denen eines Managementdiskurses aufeinander.

In diesem Kampf von Subjekten um Deutungsmacht werden Hochschulen als „ein Kräftefeld und ein Feld der Kämpfe um die Bewahrung oder Veränderung dieses Kräftefeldes [betrachtet]“ (Bourdieu 1998: 20). Dieses relationale Machtverständnis legt nahe, Autonomie im Verhältnis zu den Kräften zu betrachten (vgl. Gengnagel, Witte & Schmitz 2017: 285–289). Folglich entscheiden

⁶ Die Freiheit unternehmerisch zu handeln, ergibt sich durch einen staatlich inszenierten akademischen Quasi-Markt (vgl. Rogge 2015: 687 f.). Hier sollen Hochschulangehörige wie Unternehmer*innen um Ressourcen und Statusaufstieg konkurrieren. Das Paradoxe an einem deutschen akademischen Quasi-Markt ist, dass der Wettbewerb und die Markteffekte durch die (Wissenschafts-)Politik inszeniert werden, weil deutsche Hochschulen weitestgehend über öffentliche Mittel finanziert werden, aber gleichzeitig eine zunehmende unternehmerische und manageriale Autonomie angestrebt wird (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 87; WR 2018a: 89–92).

Deutungsmuster von herrschenden Subjekten⁷ über Wahrheits- und Machtfragen in der Wissenschaft. Mit einer exklusiven Sprecher*innenposition generieren Subjekte Deutungsmacht und herrschen damit nicht über, aber durch institutionalisierte Wissensordnungen im wissenschaftlichen Feld (vgl. Link 2007: 221; Maeße 2017). Insofern können Hochschulen als ein Kräftefeld und Bezugssystem von Diskursen betrachtet werden, „worin [sich] die Verstreuung des Subjekts und seine Diskontinuität mit sich selbst [...] bestimmen [kann]“ (Foucault 2015: 82).

1.2 **Gouvernementalisierung von Hochschulen und der Wandel von diskursiven Praktiken**

Traditionelle Hochschulen wurden als „organisierte Anarchien“ (Cohen & March 1974) wahrgenommen, in denen professorale Oligarchen herrschten. Die Narrative über ein universitäres Feudalsystem werden in den 1990er-Jahren genutzt, um die deutsche Hochschullandschaft zu rationalisieren. In diesem Zusammenhang weitet sich die Gouvernentalisierung des Staates auf Hochschulen und ihre Angehörigen aus (vgl. Foucault 2004a: 163 f.). Sichtbar wird die Rationalisierung von Regierungspraktiken im deutschen Hochschulbereich an der Implementierung des „Neuen Steuerungsmodells“ (NSM) (vgl. KGSt 1993). Das NSM gilt als deutsche Interpretation von „New Public Management“ (NPM) (ebd.). Ein wesentliches Charakteristikum stellt die Personalpolitik dar, denn seit der Einführung des NSM wird eine gezielte Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit an deutschen Hochschulen verfolgt (vgl. Lenk 2022). An sich ist akademische Prekarität kein neues Phänomen im deutschen Hochschulsystem. Bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts thematisiert Weber (2002 [1894–1922]: 477) eine berufliche und soziale Unsicherheit von Wissenschaftler*innen. Grundlegend werden unter akademischer Prekarität unsichere, instabile Arbeits-, Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse von Wissenschaftler*innen verstanden (vgl. Dörre & Rackwitz 2018: 187). Eng verbunden mit der beruflichen und sozialen Unsicherheit von Wissenschaftler*innen ist akademische Mobilität, also

⁷ Grundsätzlich kann die soziale Beziehung von Subjekten als ein Verhältnis zwischen Beherrschten und Herrschenden innerhalb eines Diskurses beschrieben werden. Die Basis des Herrschaftsverhältnisses bildet eine institutionalisierte Wissensordnung, die von herrschenden Subjekten mit einer exklusiven Sprecher*innenposition (re-)produziert wird (vgl. Maeße 2017). Gleichzeitig eröffnet die exklusive Sprecher*innenposition herrschenden Subjekten die (indirekte) Verfügungsgewalt über Objekte und Subjekte eines Diskurses (vgl. Link 2007: 221).

„die durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse erzwungene bzw. geforderte fast grenzenlose zeitliche und räumliche Verfügbarkeit der akademischen Wissensarbeiter*innen, die sie nomadisch zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen hin- und herspringen lässt, immer bereit, jede Möglichkeit zu ergreifen, ohne Rücksicht auf Bindungen jedweder Art“ (Ullrich & Reitz 2018: 23)

Auch das Nomadentum von Wissenschaftler*innen ist nichts Neues in der deutschen Hochschullandschaft. Was sich jedoch geändert hat, sind die Legitimationsmuster von akademischer Prekarität, denn im Zuge von NPM kann beobachtet werden, dass die berufliche und soziale Unsicherheit weniger aus der Tradition gerechtfertigt wird, sondern vielmehr als Ressource der Menschenführung und Effizienzsteigerung in einer projektförmigen Wissenschaft angesehen wird (vgl. Bourdieu 1998: 26–31; Lenk 2022: 147; Torca 2009). Damit geht traditionelle in legale, rationale Herrschaft über, weshalb es sich um eine strategische akademische Prekarisierung durch herrschende Subjekte des Managementdiskurses handelt (vgl. Weber 1988 [1922]: 475–481). Legitimiert wird akademische Prekarität also nicht mehr durch eine Tradition im Wissenschaftsbetrieb, sondern durch eine „formal korrekt gewillkürte Satzung“ (ebd.: 475) des Rechts⁸, wodurch die berufliche und soziale Unsicherheit von akademischen Wissensarbeiter*innen planvoll hervorgerufen und rational begründet wird.

An deutschen Hochschulen liegt der Anteil von befristetem, hauptberuflichem wissenschaftlichem Personal weit über dem Anteil von Hochschulen in Frankreich, Großbritannien und den USA, wo ebenfalls eine Reorganisation durch unternehmerisch-manageriale Steuerungsmodelle stattgefunden hat (vgl. Kreckel 2013: 57). Außerdem kennzeichnet sich der „deutsche Sonderweg“ (ebd.) durch einen schleichenden Transformationsprozess. Während in Ländern wie Großbritannien und den USA der Wissenschaftsbetrieb bereits in den 1980er Jahren flächendeckend mit Marktzwängen und Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses konfrontiert wurde, setzt die Entwicklung in der BRD ein Jahrzehnt später ein (vgl. Musselin 2006: 63 f.; Schimank 2002: 3 f.; WR 2018a: 29). In einem internationalen Vergleich von Hochschulsystemen wird auch deutlich, dass nationale Differenzen im Transformationsprozess von Hochschulen durch politische, wissenschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen der jeweiligen Länder entstehen (vgl. Clark 1983). Demzufolge dominiert

⁸ Zur legalen, rationalen Legitimationsgrundlage von akademischer Prekarität zählt das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), welches aus institutioneller Perspektive die berufliche und soziale Unsicherheit von akademischen Wissensarbeiter*innen in einen planvollen Prozess verwandelt.

in den USA der Markt, während in Großbritannien das Management von einzelnen Hochschulen ausschlaggebend ist und in Deutschland und Frankreich wird die Reorganisation von der (Wissenschafts-)Politik vorangetrieben (vgl. Huber 2012: 247 f.).

Auch mithilfe von diskursiven Ereignissen⁹ können Länderspezifika rekonstruiert werden. Ein relevantes diskursives Ereignis stellt die Formulierung der Lissabon-Strategie zur Jahrtausendwende dar, wodurch der NPM-Diskurs zu einem irreduziblen Teil der Wirklichkeit an deutschen Hochschulen wird. Unter dem Credo der Lissabon-Strategie – „die EU [soll] bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt [werden]“ (Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006: 4) – formiert sich ein unternehmerischer Staat und treibt eine Transformation von traditionellen zu unternehmerischen Universitäten voran (vgl. Huber 2012: 244 f.; Mazzucato 2015). „Anders ausgedrückt, es soll sich vielmehr um einen Staat unter der Aufsicht des Marktes handeln als um einen Markt unter der Aufsicht des Staats“ (Foucault 2004b: 168). Auch das anschließende Regierungsprogramm „Europa 2020“ (Europäische Kommission 2010) lässt keine Zweifel daran entstehen, dass „die Macht in der Form und nach dem Muster der Ökonomie“ (Foucault 2004a: 144) ausgeübt werden soll. Damit transformiert der gouvernementale Wandel Hintergrundregeln der Regierungspraxis. Durch diesen Transformationsprozess geht eine Grammatik der Sorge in eine Grammatik der Härte über (vgl. Fach 2015: 114 f.). Die Grammatik der Härte wird durch einen staatlich inszenierten Wettbewerb in verschiedenen Gesellschaftsbereichen sichtbar (vgl. Demirović 2008: 17). Vor diesem Hintergrund fordert der Imperativ des Marktes den Einzelnen auf, sich wie ein Wirtschaftssubjekt zu verhalten, „dessen Hauptaufgabe die Navigation auf dem Meere des Marktes mit seinen Strömungen, Stürmen und Untiefen ist“ (Röpke 1997: 57). Die Maxime dieser neoliberalen Subjektivierungsform lautet „survival of the fittest“ (Fach 2015: 114 f.). Mit dem Wandel der Regierungspraxis kann eine Metamorphose vom Leitbild

⁹ In Bezug auf Foucaults (2015: 41 f.) Diskursverständnis lassen sich diskursive Ereignisse als Manifestation von Äußerungen herrschender Subjekten eines Diskurses begreifen, die zusammen mit diskursiven Praktiken strukturierend wirken. Die Struktur von Diskursen ergibt sich also aus diskursiven Ereignissen und Praktiken (vgl. Keller 2011: 205).

des „Vollkasko-Wohlfahrtsstaats“ zum „schlanken Wettbewerbsstaat“¹⁰ beobachtet werden. Infolge der neoliberalen Transformationsprozesse kommt es zu einer Verschiebung „von der öffentlichen zur privaten Sicherheit, vom gesellschaftlichen zum individuellen Risikomanagement, von der Sozialversicherung zur Eigenverantwortung, von der Staatsversorgung zur Selbstsorge“ (Lessenich 2003: 86). Mit der Ökonomisierung der Sozialpolitik wird das Ziel verfolgt, neue Märkte zu erschließen und eine marktförmige Sozialordnung zu konstruieren (vgl. Foucault 2004b: 332). Im Rahmen einer neoliberalen Sozialpolitik „scheint [es] daher nur folgerichtig, daß von jenen, die einen Anspruch auf Unterstützung in Umständen haben, für die sie hätten versorgen können, verlangt wird, solche Vorkehrungen selbst zu treffen“ (Hayek 1991: 362). Ansonsten prognostiziert Hayek (1991: 377) „Konzentrationslager für die Alten, die sich nicht selber erhalten können [...] [und] deren Einkommen vollkommen von einer Zwangsausübung auf die Jüngeren abhängt“.

Im Hochschulbereich verdeutlicht die Art und Weise der Finanzierung, dass eine pastorale Regierungspraxis ihren Geltungsanspruch zunehmend verliert und Teile des Wissenschaftsbetriebs über eine neoliberale Regierungsweise gesteuert werden. So lässt sich seit 2000 ein Übergang der Grundfinanzierung von Hochschulen in Drittmittelfinanzierung beobachten, wodurch sich ein Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg im wissenschaftlichen Feld ausbreitet (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 87; van Dyk & Reitz 2017: 65 ff.). Gleichwohl wird mit dem Anstieg des Drittmittelanteils und der projektbasierten, wettbewerbsförmigen Organisation von Wissensarbeit der akademische Quasi-Arbeitsmarkt flexibilisiert (vgl. Rogge 2015: 687). Deutlich wird die Flexibilisierung von wissenschaftlicher Arbeit unter einer neoliberalen Wissenschaftspolitik am Anstieg des Anteils von befristeten, teilzeitbeschäftigten und drittmittelfinanzierten wissenschaftlichen Beschäftigten in den letzten zwei Dekaden (vgl. BuWiN 2013: 184; BuWiN 2017: 128 ff.). Von 2005 bis 2014 kann ein kontinuierlicher Befristungsanstieg des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals¹¹ in unterschiedlichen Disziplinen von durchschnittlich 87 auf 93 Prozent konstatiert werden. Von 2014 bis 2018 stagniert die Zahl des

¹⁰ Einen fundierten Einblick in das Transformationsgeschehen von staatlichen Leitbildern unter einer neoliberalen Wissenschaftspolitik bieten die Arbeiten von Fach (2015) oder von Bühmann (2012) – hier werden zentrale Befunde der Gouvernementalitätsforschung zusammengetragen und diskutiert, ob neoliberale Anrufungen zu einem Wandel von Subjektivierungsprozessen führen.

¹¹ Unter dieser Gruppe wird das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Hochschulpersonal unter 45 Jahren in unterschiedlichen Fächergruppen und ohne Professur an deutschen Hochschulen verstanden (vgl. BuWiN 2017: 128).

befristet beschäftigten künstlerischen und wissenschaftlichen Hochschulpersonals und war zuletzt 2018 mit 92 Prozent leicht rückläufig (vgl. BuWiN 2021: 111). An außeruniversitären Forschungseinrichtungen steigen Befristungen der wissenschaftlich Beschäftigten¹² von 2013 bis 2018 mit 84 Prozent auf 85 Prozent leicht an (vgl. BuWiN 2017: 128 ff.; BuWiN 2021: 114).

Befunde aus kapitalismustheoretischen Arbeiten legen nahe, dass die Prekarisierung von Erwerbsarbeit keine zufällige Emission des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft ist, sondern sich als Teil eines modernen Regierungsprogramms begreifen lässt (vgl. Boltanski & Chiapello 2003; Sennett 2008). Mit dem gouvernementalen Wandel und der Formierung einer wissenschaftsbasierten Ökonomie zur Jahrtausendwende schreibt sich ein von neoliberalen Ideen geprägter Managementdiskurs – der in Fastfood-Restaurants¹³ erprobt wurde – in Hochschulen ein (vgl. Boltanski & Chiapello 2003: 296 ff.; Neumann 2015: 212). In den frühen 1990er-Jahren werden zunehmend mehr Wettbewerb, Effizienz, Transparenz und Autonomie gefordert (vgl. WR 1993: 21 f.). Vor diesem Hintergrund erfährt „das Festhalten an veralteten Leitungsstrukturen und nicht länger sachgerechten Leitideen“ (ebd.: 21) eine Problematisierung. Die Kritik an einer maroden, veralteten deutschen Hochschullandschaft mündet in eine Gouvernentalisierung. Im gleichen Atemzug verweisen von Mitte der 1990er- bis in die frühen 2000er-Jahre die Promotor*innen von neoliberalen Leitideen und managerialen Leitungsstrukturen auf die Relevanz der Funktionsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems als eine Triebfeder der wissenschaftsbasierten Ökonomie und verleihen ihren Reformbestrebungen damit gesellschaftspolitische Relevanz. Denn um den Anforderungen der wissenschaftsbasierten Ökonomie gerecht zu werden, so lautet das Argument der Reformbefürworter*innen, müssen grundlegende Hochschulreformen und die „Verbesserung der Möglichkeiten zur Selbststeuerung durch ein entscheidungsfähiges Hochschulmanagement“ (ebd.: 24) verwirklicht werden. Mit den Reformen unter NPM sollen deutsche Hochschulen und ihre Angehörigen ebenfalls von universitären Feudalstrukturen befreit werden sowie mehr Autonomie, Wissenschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeit erhalten (vgl. Müller-Böling

¹² Hierzu zählen alle wissenschaftlich Beschäftigten unter 45 Jahren und ohne Professur an folgenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen: Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V., Max Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. und Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (ebd.).

¹³ In der Analyse des neuen Geistes des Kapitalismus von Boltanski und Chiapello (2003) kristallisiert sich heraus, dass mithilfe von managerialen Praktiken in Schnellimbissketten Arbeit flexibilisiert wird und effizientere Arbeitsweisen bei prekär Beschäftigten erzeugt werden.

2000: 31 f.). Gleichzeitig versprechen herrschende Subjekte des Managementdiskurses eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung im Hochschulbetrieb (vgl. Lohr, Hilbrich & Peetz 2015: 128).

Hier drängen sich folgende Forschungsfragen auf: (1) *(Re-)Produziert der NPM-Diskurs an deutschen Hochschulen eine neoliberale Wissenspolitik, Regierungsweise und Technologien der Menschenführung?* (2) *Wie adressieren diskursive Praktiken des NPM-Diskurses akademische Subjekte?*

1.3 Reflexive Leerstellen und subjektive Deutungskämpfe im wissenschaftlichen Feld

Unter dem wachsenden Geltungsanspruch des NPM-Diskurses im wissenschaftlichen Feld geraten manageriale Praktiken auch zunehmend in die Kritik und erzeugen Widerstand in der akademischen Gemeinschaft (vgl. Schimank 2015: 280). Darüber hinaus hat das Spannungsverhältnis zwischen einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs und einem managerialen Interdiskurs dafür gesorgt, dass in den letzten zwei Dekaden zahlreiche sozialwissenschaftliche Arbeiten zu NPM entstanden sind (vgl. Maeße & Hamann 2016: 29 f.). Hier werden zwei grundlegende Forschungsrichtungen sichtbar: Zum einen wird der wissenschaftliche Diskurs über NPM in den Sozialwissenschaften von organisations- und professionssoziologischen Arbeiten dominiert, die sowohl in der Wissenschaftssoziologie als auch in der Hochschul- und Wissenschaftsforschung angesiedelt sind (vgl. Krücken, Blümel & Kloke 2013; Schimank 2005; Teichler 2015). Zum anderen liegen kapitalismustheoretische Arbeiten vor, die nicht-intendierte Effekte von managerialen Praktiken beleuchten und kritische Positionen in den Diskurs über NPM einfließen lassen (vgl. Dörre & Neis 2010; Münch 2011; Weingart 2015). So deuten exponierte Reformkritiker*innen wie Dörre und Rackwitz (2018: 204) die strategische Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit als „betriebsförmig organisierte Landnahme kreativer Wissensarbeit“, wohingegen Reformbefürworter*innen die neoliberale Wissenspolitik von NPM als Anregung betrachten, die „verkrusteten Strukturen“ (Hornbostel 2011: 8) des deutschen Hochschulsystems zu erneuern. Mit diesen widerstreitenden Positionierungen von Soziolog*innen kann der wissenschaftliche Diskurs über NPM gleichzeitig als Stellvertreter*innenkampf zwischen herrschenden Subjekten eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses und eines managerialen Interdiskurses betrachtet werden, weil Deutungskonflikte um Themen wie Autonomie und Qualität entstehen. Diese Deutungskonflikte manifestieren sich in evidenzbasierten Wissen, denn mit dieser Wissensform versuchen akademische Subjekte ihrer „Form der

Wahrheitsproduktion“ (Foucault 2014: 27) einen Geltungsanspruch zu verleihen. In diesem Zusammenhang lässt sich eine Politisierung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit NPM beobachten. In dieser Konfliktarena wird Wissenschaft zu einem Mittel im Kampf von akademischen Subjekten um Wahrheit und Macht (vgl. Hornbostel 2009; Münch 2007). Freilich geben weder Akteur*innen des wissenschaftlichen noch Vertreter*innen des weltlichen Pols¹⁴ im wissenschaftlichen Feld offen zu, politische Positionen in der wissenschaftlichen Arbeit zu beziehen und Machteffekte zu (re-)produzieren, da ihnen anderenfalls vorgeworfen wird, nicht werturteilsfrei zu forschen und damit wissenschaftliche Wahrheitsakte ihren Geltungsanspruch verlieren (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 498). Im Kampf um die Deutungshoheit nutzen sowohl Kritiker*innen als auch Befürworter*innen des NPM-Diskurses Machteffekte des wissenschaftlichen Spezialdiskurses, um die persönliche Haltung und „die Empfehlungen der Experten mit dem Deckmantel wissenschaftlicher Autorität zu umkleiden“ (Bourdieu 1992: 206). Im Gegensatz dazu verweisen beide Seiten auf ihre wissenschaftliche Distanz zu politischen Konfliktarenen im wissenschaftlichen Feld und werfen gegenläufigen Interessensgruppen ein „politisch-ideologisch gefärbtes“ (Hornbostel 2009: 20) Erkenntnisstreben vor, ohne jedoch die persönliche Seinsverbundenheit zu reflektieren. Diese reflexiven Leerstellen in der Seinsverbundenheit des Wissens spiegeln sich ebenfalls in etablierten Forschungspraktiken wider.

Im wissenschaftlichen Diskurs über NPM distanzieren sich Wissenschaftler*innen davon, die Effekte von Hochschulreformen über akademische Subjektivierungsweisen zu erforschen, was zu einer vernachlässigten, subjektorientierten Forschungsperspektive im wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt führt (vgl. Janßen & Sondermann 2016: 384). Sichtbar werden diese Leerstellen, wenn Wissenschaftler*innen ihre Arbeitsweise rechtfertigen – so weist Hamann (2017: 89 f.) zwar kritisch auf eine Verschweigung des Subjekts in der Wissenschaft

¹⁴ Die zwei gegensätzlichen Pole im wissenschaftlichen Feld kennzeichnen sich durch die soziale Position ihrer Angehörigen, die sich aus der Akkumulation von verschiedenen Kapitalarten ergibt. Während Akteur*innen des wissenschaftlichen Pols ihre Interessen mit wissenschaftlichen und universitären Kapital legitimieren und durchsetzen, ist politisches und ökonomisches Kapital die Grundlage für Akteur*innen des weltlichen Pols, um im wissenschaftlichen Feld zu herrschen (vgl. Bourdieu 1992: 100 ff.). Kurzum: Akteur*innen des wissenschaftlichen Pols herrschen durch traditionelle akademische Imperative sowie durch feudale Strukturen. Wohingegen die Herrschaft am weltlichen Pol des wissenschaftlichen Feldes durch unternehmerische und manageriale Autonomie, Positionen in Gremien und Ausschüssen sowie durch Gutachter*innen- und Expert*innenfunktionen gerechtfertigt und ausgeübt wird (ebd.: 103 ff.).

hin, beschränkt sich aber auf einen Zugang¹⁵ über Nachrufe in Fachzeitschriften, um die Verzerrungseffekte von Interviews und teilnehmenden Beobachtungen bei der Rekonstruktion akademischer Subjektivierungsprozesse zu vermeiden. Auch in anderen Forschungsfeldern wie den Gouvernementalitätsstudien wird oftmals diskursives Material in Form von programmatischer Literatur herangezogen, um Regierungsweisen und Subjektivierungsformen zu erforschen, obwohl die Problematiken von „Als-ob-Anthropologien“ (Lessenich 2003: 91) und schulischem Fatalismus hinlänglich bekannt sind (ebd.: 91 f.). „Das heißt: die gouvernementalitätstheoretisch orientierten Studien geben zwar oft ausgesprochen differenziert und zum Teil sehr detailliert Aufschluss darüber, wie Menschen sein sollen, aber sie fragen nicht, ob sie es auch sind, also sein *wollen*, was sie sein *sollen*“ (Bühmann 2012: 153). Vor diesem Hintergrund erhalten diskursive Praktiken und Subjektivierungsformen einen gesteigerten Geltungsanspruch im wissenschaftlichen Diskurs, während Subjektivierungsweisen und nicht-diskursive Praktiken unter dem Einwand von Verzerrungseffekten und der schlechten Zugänglichkeit weitestgehend unberücksichtigt bleiben (vgl. Wagenknecht 2003: 221 f.). Insofern wird den Vertreter*innen etablierter Forschungsperspektiven und Praktiken nicht vorgeworfen, keinen Beitrag zum Erkenntnisfortschritt zu leisten. Vielmehr findet eine Kolonialisierung von wissenschaftlichem Wissen unter anerkannten Theorien und Praktiken statt.

1.4 Wissenschaftliche Fragestellung und politisches Interesse der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit wird mit einer Dispositivanalyse ein Dialog zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken sowie zwischen Subjektivierungsformen und -weisen hergestellt (vgl. Bühmann & Schneider 2012: 14 f.). Grundsätzlich werden Subjektivierungsformen als Programme der Lebensführung verstanden, über die Subjekte lernen sollen, wie sie sich selbst und andere Subjekte erleben, wahrnehmen und deuten sollen (vgl. Bühmann 2012: 146), wohingegen sich die persönliche Aneignung, Umdeutung und Transformation dieser Programme in Subjektivierungsweisen widerspiegelt. Denn Subjektivierungsweisen sind die Art und Weise, wie sich Subjekte selbst und andere Subjekte

¹⁵ An dieser Stelle wäre eine Kontrastierung der Nachrufe mit Interviewmaterial von hinterbliebenen Hochschullehrer*innen interessant gewesen, um auf die Unterschiede von professionellen Subjektivierungsformen und -weisen aufmerksam zu machen.

erleben, wahrnehmen und deuten (ebd.). Mit der Differenzierung zwischen Subjektivierungsformen und -weisen werden etablierte Forschungsperspektiven und imaginierte Sozialfiguren wie das „unternehmerische Selbst“ (Bröckling 2007) einer kritischen Reflexion unterzogen. Gleichzeitig wird mit dieser Vorgehensweise ein Beitrag zur Beseitigung von Leerstellen in der Wissenschaftsforschung und in den Gouvernementalitätsstudien geleistet. Darüber hinaus findet eine Verknüpfung zwischen dem Konzept der Gouvernementalität und einer Dispositivanalyse statt. Bei der Übertragung des Dispositivansatzes auf das deutsche Hochschulsystem und seine Angehörigen ist Übersetzungsarbeit notwendig, da es sich um eine interdisziplinäre Forschungsperspektive handelt (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 9–14). In diesem Kontext unternahmen Bröckling und Peter (2014; 2017) erste Anwendungsversuche, die sich als ergiebig herausstellten, weil Regierungskünste und Steuerungseffekte in der deutschen Hochschullandschaft mit „Dispositive[n] als Sichtbarkeitsmaschinen selbst sichtbar gemacht werden können [und] [...] zugleich ein kritisches Moment [in sich bergen]“ (Bröckling & Peter 2017: 300). Daraus ergeben sich zwei Vorteile gegenüber etablierten Forschungspraktiken der Wissenschaftssoziologie und der Gouvernementalitätsstudien: Einerseits kontrastiert eine Dispositivanalyse Wissen, Macht und Subjektivierung (vgl. Foucault 1978: 119 f.). Andererseits kann der Dispositivansatz als analytisches Werkzeug genutzt werden, um Brüche und (individuelle) Grenzen in einem neoliberalen Subjektivierungsregime sichtbar zu machen (vgl. Bröckling & Peter 2017: 300). Denn Subjektivierungslinien bilden – anders als Kräfte-, Sichtbarkeits- und Aussagelinien – Bruchstellen in der Maschinerie eines Dispositivs, weil Subjekte weder Wissen noch Macht sind, sondern „sich den etablierten Kräfteverhältnissen sowie den konstituierten Wissensarten entzieh[en können]“ (Deleuze 1991: 155 f.).

Infolge dieser Annahmen wird in der Dissertation die Soziologie des individuellen Widerstands empirisch erprobt. Mit dieser Forschungsperspektive¹⁶ wird eine neoliberale Wissens- und Identitätspolitik über die (Gegen-)Verhaltensweisen von akademischen Subjekten erforscht. Gleichwohl eröffnet die Soziologie des individuellen Widerstands die Gelegenheitsstruktur – und hier wird das politische Interesse der Arbeit auf die Praxis übertragen – jene „neuen Waffen“ (Deleuze 1993: 255 f.) zu entwickeln, die nötig sind, um sich modernen

¹⁶ Ferner zielt der Forschende mit der Soziologie des individuellen Widerstands darauf ab, die Diskussion über Agency zu bereichern, indem Handlungsfähigkeit im Spannungsverhältnis von Subjektivierungsformen und -weisen betrachtet wird (vgl. Traue & Pfahl 2022). Dazu wird Agency über individuellen Widerstand analysiert, der durch persönliche Modifikationen, Umdeutungen und Transformationen von Subjektivierungsformen sichtbar wird und mitunter zu Handlungsambivalenzen und Selbstzweifeln führt.

Regierungsweisen mit freiheitlichem Aussehen zu entziehen und feudale Hochschulstrukturen zu demokratisieren (vgl. van Dyk & Reitz 2017: 81 f.). Vor dem politischen Hintergrund der wissenschaftlichen Arbeit ist der Einwand berechtigt, inwieweit die wissenschaftliche Arbeitsweise werturteilsfrei¹⁷ ist. Jedoch kann Kritiker*innen entgegnet werden, dass das Sichtbarmachen der persönlichen Positionierung, die nicht allein durch Imperative eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses beeinflusst wird, gerade zur Werturteilsfreiheit beitragen kann, weil dabei eine Reflexion von persönlichen Sollensurteilen stattfindet. Es stellt sich anderenfalls die Frage, wie die wissenschaftliche Analyse von persönlichen Werten getrennt werden kann, wenn kein reflexives Wissen über diese Verzerrungseffekte vorhanden ist. Darüber hinaus wird mit der Reflexion eine Abstraktionslage entwickelt, die den Einfluss verschiedener Regierungsweisen und Subjektivierungsformen auf den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt ins Blickfeld rückt. Durch die Kritik des Wissens wird die vorliegende Arbeit zu einem intersubjektiv nachvollziehbaren Forschungsprozess. Des Weiteren soll mit der Reflexion von Regierungsweisen und Subjektivierungsprozessen im wissenschaftlichen Feld eine Diskussion über Autonomie und die Organisation von Hochschulen angestoßen werden, um die Rahmenbedingungen von wissenschaftlicher Arbeit von denen verhandeln zu lassen, die tagtäglich damit konfrontiert werden. Gleichwohl zieht die Kritik des Wissens eine Auseinandersetzung mit aktuellen Grenzen von wissenschaftlicher Autonomie nach sich.

Eine Beschreibung von relativer wissenschaftlicher Autonomie liefert die persönliche Wahrnehmung der Subjektivierungsweise des Autors im wissenschaftlichen Feld: Einerseits distanziert man sich während der wissenschaftlichen Untersuchung von den sozialen Verhältnissen, in denen man forscht. Andererseits wird man beim Verlassen der Abstraktionslage unweigerlich mit den „historischen Bedingungen seines eigenen Schaffens“ (Bourdieu 1992: 10) konfrontiert. Dadurch stellt die Seinsverbundenheit des Wissens einen Akt der Unterwerfung dar, der mitunter von anderen Betroffenen als „Opfergang“ und „Ärgernis“ (Foucault 1999: 8) beschrieben wird. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf: „Ist es möglich, zur Wahrheit Zugang zu haben, ohne dafür mit einem Opfer, einer Askese, einer Verwandlung oder einer Läuterung zu bezahlen, die das Sein des Subjekts in Mitleidenschaft zieht“ (Gros 2004 zit. n. Foucault 2004c:

¹⁷ Werturteilsfreiheit bedeutet nicht wie oft angenommen die Abwesenheit von Werten in der Wissenschaft, sondern eine Beschränkung auf Seinsurteile in der wissenschaftlichen Analyse (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 498). Insofern kann die Analyse durchaus von Werturteilen anderer geprägt sein, solange mit diesen Werturteilen eine sinnhafte Deutung der sozialen Wirklichkeit rekonstruiert wird. Damit besagt Werturteilsfreiheit nichts anderes als eine Trennung von Seins- und persönlichen Sollensurteilen in der wissenschaftlichen Arbeit.

637). Bei der Seinsverbundenheit des Wissens wird zwar Bezug auf Marx (1961 [1859]: 9) genommen, jedoch nicht davon ausgegangen, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Vielmehr wird in der Arbeit gezeigt, dass ideelle und materielle Infrastrukturen von Diskursen und Regierungsweisen sowohl durch Subjekte (re-)produziert als auch durch kollektive Deutungskämpfe sowie persönliche Aneignungsprozesse stabilisiert, umgedeutet oder transformiert werden (vgl. Bosančić 2019: 48). Damit spiegeln sich in einer diskursiv konstruierten Lebenstotalität von akademischen Subjekten gleichzeitig Fluchtpunkte und Handlungsalternativen wider.

Es kann festgehalten werden, dass die Auseinandersetzung mit Regierungsweisen und akademischer Subjektivierung als Quelle der Soziologie des individuellen Widerstands genutzt wird. Weiterhin eröffnet die Kritik von Macht-Wissen-Komplexen in der Wissenschaft eine Gelegenheitsstruktur für „Revolten der Verhaltensführung“ (Foucault 2004a: 282) und ein alternatives Hochschulsystem. Dabei geht es nicht darum, für eine pastorale Regierungspraxis eines traditionellen universitären Feudalsystems oder für neoliberale Kontrolltechniken von unternehmerischen Hochschulen Position zu ergreifen. Vielmehr können einzelne Fragmente eines neoliberalen Diskurses für eine Theorie des „Market-Failures“ (Borchardt 1981: 43) genutzt werden, um „die Realität [...] den vollkommenen Zuständen“ [gegenüberzustellen und] die Apologeten des Marktes zu entlarven“ (ebd.). Dazu werden Subjektivierungsprozesse in der akademischen Lebens- und Arbeitswelt reflektiert, um sich von Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsanstrengungen zu emanzipieren. Ein Ansatzpunkt des Widerstands ergibt sich aus einer kritischen Beziehung des Einzelnen zu seiner Identität. Die Kritik an der Identität führt, laut Foucault (2004c: 661 f.), zu einer relativen Unabhängigkeit des Individuums von diskursiven Einflüssen. Dadurch könnten Individuen in der Wissenschaft tätig sein, ohne jedoch an eine akademische Identität gebunden zu sein, die unterjocht und unterwirft. Mit anderen Worten: „Die Selbstkultur bietet dem handelnden Menschen eine quantitative Begrenzungsregel (nicht zulassen, daß die politischen Aufgaben, die Geldsorgen und verschiedenen Verpflichtungen das Dasein so vereinnahmen, daß man Gefahr läuft, sich selbst zu vergessen)“ (ebd.: 662). Ob Formen dieser Selbstkultur an deutschen Hochschulen existieren und zur Emanzipation des Einzelnen führen, bleibt an dieser Stelle offen und wird im empirischen Teil der Arbeit mithilfe von (nicht-)diskursiven Praktiken und akademischen Subjektivierungsweisen diskutiert.

Darüber hinaus soll mit den gegenwärtigen Transformationsprozessen im wissenschaftlichen Feld herausgefunden werden, welche Formen akademische Subjekte annehmen, wenn sie mit (neoliberalen) Regierungsweisen und Subjektivierungsformen konfrontiert werden. Hierzu gilt es, folgende Fragen zu

klären: (3) *Findet mit der Einführung von NPM in der deutschen Hochschullandschaft sowohl ein Wandel von akademischen Subjektivierungsformen als auch von akademischen Subjektivierungsweisen statt und eignen sich akademische Subjekte neoliberale Selbsttechnologien an?* (4) *Welche (nicht-)intendierten Effekte hat der NPM-Diskurs auf akademische Subjekte und den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt?*

1.5 Forschungsstand und Thesen

Zur Diskussion der Forschungsfragen werden theoretische und methodologische Vorarbeiten herangezogen, bei denen Termini¹⁸ der Gouvernementalitätsstudien in zentrale Begriffe¹⁹ einer Dispositivanalyse übersetzt werden (vgl. Bröckling & Peters 2017: 285–289). Doch anders als Bröckling und Peter (2017: 284), die sich mit einem Exzellenz-Dispositiv im deutschen Hochschulsystem auseinandergesetzt haben, werden in der vorliegenden Arbeit (nicht-)diskursive Praktiken des NPM sowie akademische Subjektivierungsformen und -weisen untersucht. Dazu gilt es im ersten Schritt, Problematisierungen, Zielsetzungen und Plausibilisierungsstrategien²⁰ des NPM-Diskurses herauszuarbeiten. Mit dieser Vorgehensweise wird das Ziel verfolgt, Querverweise aus bereits vorliegenden Arbeiten von Meier (2009) und Neumann (2015) auf den NPM-Diskurs zu ergänzen und Forschungslücken zu schließen. Während sich Meier (2009: 229) mit programmatischen Texten in einer Diskursanalyse auseinandergesetzt hat, um verschiedene historische diskursive Modelle der Hochschulorganisation darzustellen, wird in der vorliegenden Arbeit der Managementdiskurs als Wissensordnung und Regierungsweise beleuchtet. Darüber hinaus wird Neumanns (2015: 212) Verständnis von NPM – als eine „veränderte Handlungslogik mit neuen, von neoliberalen Ideen geprägten Verwaltungspraktik“ – aufgegriffen und durch die Forschungsperspektiven eines gouvernementalen Dispositivs und der Soziologie des individuellen Widerstands erweitert. Mithilfe der doppelten Perspektive auf NPM als Diskurs und Regierungsweise wird Wissen nicht auf Macht reduziert und mit der Soziologie des individuellen Widerstands werden nicht etablierte Kräfteverhältnisse berücksichtigt sowie Subjektivierung vom Widerstand handelnder

¹⁸ Hiermit sind die (politische) Rationalität des Regierens sowie Herrschafts- und Selbsttechnologien gemeint (vgl. Bröckling & Peters 2017: 86).

¹⁹ Übersetzt werden die Begriffe der Gouvernementalitätsstudien in (nicht-)diskursive Praktiken und Sichtbarkeiten/Objektivierungen (ebd.: 88 f.).

²⁰ Hier wird die Ebene der diskursiven Praktiken bzw. der regierenden Rationalität untersucht.

Menschen aus erforscht (vgl. Waldenfels 1991: 281). In diesem Zusammenhang werden zentrale Merkmale²¹ von unternehmerischen Universitäten als Wissenspolitik und Herrschaftstechnologien analysiert (vgl. Huber 2012: 247; Enders, de Boer & Weyer 2013: 20 f.). Denn es wird davon ausgegangen, dass Wissenschaftler*innen unter den Anrufungen des Managementdiskurses einerseits Aggregatzustände des unternehmerischen Selbst annehmen und andererseits persönlicher Widerstand durch kollektive Deutungskämpfe und Aneignungsprozesse entsteht (vgl. Bosančić 2019: 48). Besitzt diese Annahme einen Geltungsanspruch in der deutschen Hochschullandschaft, erzeugen imaginierte Sozialfiguren wie das unternehmerische Selbst Handlungsrezepte für akademische Subjekte und subversive Verhaltensweisen. *Damit avanciert, so lautet die erste These, unternehmerisches und manageriales Handeln zu einem irreduziblen Teil der Wirklichkeit und transformiert traditionelle akademische Subjektivierungsformen in neoliberale und andere Formen der Subjektivierung.*

Der Wandel von traditionellen Wissenschaftler*innen zu akademischen Entrepreneur*innen²² würde nicht nur einen „entscheidenden Bruch mit den Grundsätzen akademischer Autonomie, wie den Werten der Interessenlosigkeit, Zweckfreiheit und Unbeeinflussbarkeit durch Sanktionen und Anforderungen der Praxis“ (Bourdieu 1992: 206) bedeuten. Vielmehr würde ein inszenierter Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg zu einer marktähnlichen Regulierung von wissenschaftlichem Wissen führen. Infolgedessen gerät vor allem risikoreiche (Grundlagen-)Forschung²³ ohne ersichtlichen Mehrwert für die Gesellschaft ins Abseits von wissenschaftspolitischen Förderprogrammen

²¹ Darunter wird eine Hochschulleitung mit managerialer und unternehmerischer Autonomie verstanden, die über ein professionelles Management mit Marketingabteilung, Unternehmenskooperationen, Controlling und einem Qualitätsmanagement verfügt (vgl. Huber 2012: 247; Enders, de Boer & Weyer 2013: 20 f.). „In allgemeinsten Form kann [unter Qualitätsmanagement] die Zusammenfassung sämtlicher qualitätsbezogener Maßnahmen und Prozesse an einer Hochschule im Rahmen eines integrierten Systems verstanden werden (WR 2012: 26).“

²² Peter (2017: 111) geht davon aus, dass akademische Entrepreneur*innen stärker als typische Unternehmer*innen eigenverantwortlicher, selbstmotivierter handeln und mit Risiken und Unsicherheiten umgehen müssen, um im reorganisierten Wissenschaftssystem erfolgreich zu sein.

²³ Im Zusammenhang mit staatlich inszenierten Selektionsmechanismen eines akademischen Quasi-Marktes wird risikoreiche Grundlagenforschung wissenschaftspolitisch mit der Bedingung eines hohen Mehrwerts verbunden. Diese Anrufung erschöpft sich in der wissenschaftspolitischen Maxime: „High risk high gain“ (vgl. Technische Universität Berlin 2017). Das bedeutet, wenn mit Forschung ein hohes Risiko verbunden ist, müssen die erwarteten Ergebnisse einen hohen sozioökonomischen Mehrwert erzielen (vgl. ERC 2019: 41 f.).

(vgl. Reitz & Draheim 2006: 386 f.). Dieses ökonomisierte Verhältnis zwischen Gesellschaft und Wissenschaft kann kritisch betrachtet werden, denn, wie die Wissenschaftsgeschichte zeigt, wurde die gesellschaftliche Relevanz von anfänglich zweckfreien Themen wie die Forschung über Schimmelpilze der Gattung *Penicillium* oft erst Jahrzehnte später erkannt (vgl. Pieroth 1992). Außerdem lässt das Unternehmertum in der Wissenschaft Zweifel aufkommen, inwieweit Forschungsergebnisse wissenschaftlichen Kriterien wie Klarheit, Objektivität und kritischer Reflexion entsprechen (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 498–507). Denn in einem neoliberalen Transformationsprozess von akademischen Subjektivierungsweisen erodiert das traditionelle Selbstverständnis von Wissenschaftler*innen durch unternehmerisches Kalkül und akademische Subjekte werden qua manageriale Anreizsysteme in einen „Aggregatzustand betriebsamer Konformität“ (Bröckling 2007: 241) versetzt. Zugespitzt formuliert: *Die Internalisierung von Fragmenten des NPM-Diskurses durch Wissenschaftler*innen hat nicht zu einer Effizienzsteigerung und Qualitätsverbesserung in Lehre und Forschung geführt, sondern einerseits zu einem Anpassungsverhalten von akademischen Subjekten, die so lehren und forschen, dass manageriale Kennzahlen erfüllt werden, und andererseits zu Widerstand gegen Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen. Sollte die zweite These zutreffen, liegt es nahe, dass der Geltungsanspruch des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft „effets pervers“ (Boudon 2009 [1977]) erzeugt.*

1.6 Aufbau der Arbeit

Zur Erforschung von akademischer Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität bedarf es einer theoretischen Fundierung. Dazu werden im *ersten Kapitel* klassische Perspektiven von Vertretern des europäischen Neoliberalismus dargestellt und die gesellschaftliche Aktualität einer neoliberalen Wissenspolitik ausgelotet. Vor diesem Hintergrund wird Bezug auf Positionen von vorwiegend europäischen neoliberalen Klassikern wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Friedrich August von Hayek genommen. Insbesondere Hayek stellt eine zentrale Figur des klassischen neoliberalen Denkens dar, weil er die europäische Variante des Neoliberalismus mit den Ideen von amerikanischen Mitstreitern angereichert hat (vgl. Foucault 2004b: 304 f.). Anschließend werden die verschiedenen Positionen der neoliberalen Klassiker nach einseitig gesteigerten Gesichtspunkten in einer idealtypischen Weise geordnet, um die Infrastruktur eines europäischen neoliberalen Interdiskurses zu skizzieren

(vgl. Weber 1988 [1922]: 191). In der vorliegenden Arbeit wird Neoliberalismus sowohl als universeller Interdiskurs als auch als moderne Regierungsweise beschrieben (vgl. Foucault 2004a: 162; Link 2012: 59). Dazu wird im *zweiten Kapitel* die diskurstheoretische Perspektive auf Neoliberalismus durch das Konzept der Gouvernamentalität ergänzt und sozialer Wandel mit der Lesart der Soziologie des individuellen Widerstands interpretiert. In diesem Zusammenhang wird dafür argumentiert, die Ökonomisierung des Sozialen im Allgemeinen und die neoliberale Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft im Speziellen vom Widerstand handelnder Menschen aus in einem gouvernementalen Dispositiv zu analysieren (vgl. Foucault 2004a: 162 f.). Weiterhin wird im zweiten Kapitel eine liberale von einer neoliberalen Gouvernamentalität unterschieden sowie das analytische Konzept der Gouvernamentalität kritisch reflektiert. Dazu werden die Grenzen eines gouvernementalitätstheoretischen Deutungsrahmens ausgelotet und die Forschungsperspektive eines Dispositivs mit der Soziologie des individuellen Widerstands verknüpft. Anschließend werden im empirischen Teil der Arbeit das dispositivanalytische Konzept und die Soziologie des individuellen Widerstands auf das deutsche Hochschulsystem übertragen. Hierzu wird akademische Subjektivierung an deutschen Hochschulen in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernamentalität analysiert. Die Basis der Forschung über akademische Subjektivierung bildet das *dritte Kapitel* mit einer methodologischen Fundierung der Forschungsansätze. In diesem Zusammenhang werden in den ersten beiden Abschnitten des dritten Kapitels Ansätze einer wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) sowie einer kontrastierenden Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse vorgestellt (vgl. Ullrich 2020; Keller 2011). Außerdem werden die Erstellung des Korpus für die WDA und das Sampling der Befragten für die Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse vorgestellt, um den Forschungsprozess intersubjektiv nachvollziehbar zu gestalten. Des Weiteren werden im dritten Kapitel zur Kontrolle von Verzerrungseffekten die Seinsverbundenheit sowie diskursive Einflüsse auf den Forschungsprozess reflektiert. Anschließend werden mit der WDA des NPM-Diskurses und mit den Deutungsmustern der Befragten kollektive Deutungskämpfe und Aneignungsprozesse von Subjektivierungsformen analysiert. Im *vierten Kapitel* werden mit dem Ansatz der WDA grundlegende Problematisierungen, Zielsetzungen und Plausibilisierungsstrategien des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft analysiert.

In diesem Kontext werden zentrale Narrative²⁴ des NPM-Diskurses herausgearbeitet, die sinnstiftende Erzählungen, Handlungsrezepte und Identitätsangebote für akademische Subjekte bereitstellen. Außerdem werden aus den Anrufungen akademische Subjektivierungsformen rekonstruiert. Zusammenfassend werden im vierten Kapitel die Forschungsfragen (1) nach einer neoliberalen Rationalität des Regierens und (2) nach akademischen Subjektivierungsformen diskutiert. Im *fünften Kapitel* wird mit der Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse das empirische Material von 25 leitfadengestützten Interviews mit Wissenschaftler*innen verschiedener Statusgruppen²⁵ aus unterschiedlichen Disziplinen an der Freien Universität Berlin (FU Berlin) analysiert. Mit der Interviewanalyse werden akademische Deutungsmuster, Subjektivierungsweisen, Selbsttechnologien und subversive Verhaltensweisen beleuchtet. Ferner wird mit dieser Vorgehensweise die Forschungsfrage (3) nach der Internalisierung, Umdeutung und Transformation von Fragmenten, Praktiken und Subjektivierungsformen des NPM-Diskurses diskutiert. Im letzten Schritt der Interviewauswertung werden die unterschiedlichen Deutungsmuster und Subjektivierungsweisen der Befragten zum Realtypen einer balancierenden akademischen Persönlichkeit verdichtet (vgl. Ullrich 2020: 147). Dieser Realtyp wird im *sechsten Kapitel* aufgegriffen und mit den Ergebnissen der Kapitel vier bis fünf in einem gouvernementalen Dispositiv kontrastiert. Mit diesem Vergleich wird ein Teil des vertrackten Wirkungszusammenhangs von Wissen, Macht und Subjektivierung in der deutschen Hochschullandschaft offengelegt. Gleichwohl wird mit der Kontrastierung des empirischen Materials die Forschungsfrage (4) nach den (nicht-)intendierten Effekten des Managementdiskurses auf die Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert. Mit dem *Resümee und Ausblick* werden die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst, Anregungen für zukünftige Forschungsvorhaben gegeben und Konturen einer Praxis der Selbstbefreiung vorgestellt. Schlussendlich folgt im *Epilog* die politische Botschaft der Arbeit. Zunächst gilt es jedoch zu fragen: Was ist Neoliberalismus?

²⁴ Narrative über Autonomie, Qualität, Wettbewerb, Effizienz, Transparenz und Flexibilität bilden relevante Fixpunkte von Problematisierungen, Zielsetzungen und Plausibilisierungsstrategien des NPM-Diskurses an Hochschulen in der BRD (vgl. DFG 2013: 42; HRK 1995b).

²⁵ Berücksichtigt werden Doktorand*innen, Post-Doktorand*innen, Privatdozierende und (Junior-)Professor*innen.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Was ist Neoliberalismus?

2

Bei dem Versuch, die aufgeworfene Frage mit geistes- und sozialwissenschaftlichen Lexika-Beiträgen zu klären, zeigen sich Leerstellen und diffuse Erklärungsversuche, wohingegen über die Definition von Liberalismus weitestgehend Einigkeit herrscht: So konstatiert Zöllner (2014: 273),

„dass der Begriff in den spanischen Verfassungskonflikten der nachnapoleonischen Zeit erstmals als Selbstbezeichnung einer politischen Richtung auftaucht. Übereinstimmung besteht aber auch darüber, dass die Ideen, die den Liberalismus ausmachen, sich lange vorher gebildet haben und dass sie in England während der Kämpfe des 17. Jh.s durch die Vorstellung der ‚Whigs‘, die in der ‚Glorious Revolution‘ als Sieger aus diesen Auseinandersetzungen hervorgingen, erstmals zu politischer Wirksamkeit gelangten.“

Gemäß dieser Definition zählen die Forderung nach einer Gleichstellung der Menschen vor dem Gesetz, nach dem Schutz des Privateigentums und nach Meinungsfreiheit zur politischen Ideengeschichte des Liberalismus (vgl. Hillmann 2007: 501; Zöllner 2014: 273). Folglich entwickeln sich die Anerkennung individueller Grundrechte und Freiheiten sowie eine Abgrenzung von absolutistischen und feudalen Ideen zur Basis des Liberalismus (vgl. Recker 2000: 407). Im Zentrum des klassischen Liberalismus befindet sich die politische Philosophie von Mill (2012 [1859]) und Locke (2012 [1689]). Insbesondere Lockes (ebd.) Tria „Leben, Freiheit und Eigentum“ führt zu einer neuen Verhältnisbestimmung zwischen Individuum und Staat im 18./19. Jahrhundert (ebd.). In diesem Zusammenhang überträgt Smith (2007 [1776]) die liberale Maxime, den Staatszweck

auf Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen zu beschränken, um individuelle Freiheiten nicht durch einen Leviathan¹ zu gefährden, auf die Wirtschaftstheorie und wird zum Vordenker der liberalen Wirtschaftspolitik des Laissez-faire. Mit der Laissez-faire-Wirtschaftspolitik wird der Liberalismus vom Merkantilismus abgegrenzt, da dem Staat untersagt wird, in die Ökonomie einzugreifen (vgl. Foucault 2004a: 486–490). Das Laissez-faire-Prinzip wird durch die Theorie der Marktharmonie von Smith (2007 [1776]) wissenschaftlich fundiert: Hier wird davon ausgegangen, dass die Preisbildung im Zustand der vollkommenen Konkurrenz, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erzeugen und dadurch Wirtschaftssubjekte individuelle Wahlmöglichkeiten der Nutzenmaximierung erhalten (vgl. Ganslandt 2010: 566). Die verstreuten Interessen der Wirtschaftssubjekte werden von der unsichtbaren Hand des Marktes zu einem positiven kollektiven Resultat der gemeinsamen Bereicherung zusammengeführt und erzeugen eine Marktharmonie (vgl. Smith 2007 [1776]: 349 f.). Infolge dieser Annahmen gehen die Vertreter*innen einer liberalen Wirtschaftspolitik davon aus, dass ein Wirtschaftssubjekt „nur an seinen eigenen Vorteil [denkt], und am Ende profitiert die ganze Industrie davon“ (Foucault 2004b: 383). Vor dem Hintergrund einer liberalen Wirtschaftspolitik und der Theorie der Marktharmonie sollen wirtschaftliche Entscheidungen nicht mehr vom Staat getroffen werden, sondern von Wirtschaftssubjekten, die durch die unsichtbare Hand des Marktes geleitet werden (vgl. Smith 2007 [1776]: 349 f.). Soweit herrscht Einigkeit unter den berücksichtigten Lexika-Beiträgen (vgl. Ganslandt 2010; Hillmann 2007; Klima 2011; Recker 2000; Zöllner 2014), wohingegen die geistes- und sozialwissenschaftlichen Interpretationen von liberalen Ideen zu keinem Konsens gelangen.

So deuten Ganslandt (2010: 565) und Klima (2011: 408) den Liberalismus als Ideologie, während Hillmann (2007: 501) im klassischen Liberalismus ein „System von Anschauungen über eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung“ sieht. Bei Recker (2000: 407) avanciert der liberale Diskurs zu einer „weltanschaulichen Richtung, die in ihren verschiedenen Ausprägungen individuelle Grundrechte und Freiheiten in den Vordergrund stellt“. Oder mit anderen Worten zusammengefasst:

„Kaum ein Begriff hat durch die Vermengung alltagssprachlicher und historisch-politischer Bedeutungen einerseits und das Nebeneinander verschiedener ideenpolitischer Definitionen andererseits so sehr an Aussagekraft verloren wie der Begriff Liberalismus (engl. liberalism). [...] Dieses Ideengemenge blieb auch im 20. Jh.

¹ In Bezug auf Hobbes (2008 [1651]) wird unter einem Leviathan ein absolutistischer Staat verstanden, der individuelle Freiheiten durch ein staatliches Gemeinwesen stark einschränkt. Zugespielt formuliert: Bei einem Leviathan handelt es sich um einen allmächtigen Staat, welcher Individuen diszipliniert, sobald ein Widerspruch zu staatlichen Interessen entsteht.

bestimmend, bis schließlich v. a. die Schriften F. A. v. Hayeks ein neues Interesse an dem Gesellschaftskonzept des klassischen Liberalismus auslösten“ (Zöllner 2014: 272 f.).

2.1 Neoliberalismus als Interdiskurs

Im Folgenden wird (Neo-)Liberalismus als Interdiskurs betrachtet, weil eine (neo-)liberale Wissenspolitik Elementar- und Spezialdiskurse miteinander verbindet und diese speziellen und allgemeingültigen Wissensordnungen transformiert. Die Ideengeschichte des (neo-)liberalen Diskurses weist zahlreiche Verbindungen zu verschiedenen wissenschaftlichen Spezialdiskursen² und zu Elementardiskursen³ auf (vgl. Link 2012: 58; Müller-Armack 1932: 13; Smith 2007 [1776]). Grundsätzlich sind Diskurse „institutionalisierte, nach verschiedenen Kriterien abgrenzbare Bedeutungsarrangements, die in spezifischen Sets von Praktiken (re-)produziert und transformiert werden“ (Keller 2008: 205). Aus diesem Grund erlangen institutionalisierte Aussagesysteme nur einen Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit, wenn sie für Akteur*innen sinnstiftende Handlungsrezepte und damit Antworten auf soziale Deutungs- und Handlungsprobleme liefern. Folglich können Spezialdiskurse – im Unterschied zu Elementardiskursen (Alltagswissen) – als begrenzte Sagbarkeits- und Wissbarkeitsräume bezeichnet werden, die Subjekte mit speziellem Wissen hervorbringen (vgl. Link 2012: 58). Diesbezüglich folgen die Subjekte von Spezialdiskursen der Logik einer Wissensspezialisierung und erzeugen mit trennscharfen Begriffen und Definitionen Eindeutigkeit, wohingegen Subjekte mit institutionalisiertem Alltagswissen universelle Wissens- und Sagbarkeitsräume hervorbringen. Oder anders zusammengefasst: „Moderne Expertendiskurse sind in ihrer Objektivierung textförmig und sozial berufsförmig verfasst, während die Alltagsdiskurse eher mündlich und weniger kodifiziert sind; wir können hier vom Vorliegen einer epistemischen Differenz sprechen“ (Pfahl & Traue 2013: 428). Interdiskurse bilden eine

² Hiermit findet vor allem ein Bezug auf die politische Philosophie und die Wirtschaftstheorie des (Neo-)Liberalismus statt, wodurch sich Anknüpfungspunkte zur Wissenschaft, verstanden als Spezialdiskurs eröffnen (vgl. Locke 2012 [1689]; Mill 2012 [1859]; Smith 2007 [1776]).

³ Schnittstellen des (neo-)liberalen Interdiskurses zu Alltagswissen spiegeln sich u. a. in den politökonomischen Deutungen der Aufklärung (Liberalismus) und des gesellschaftlichen Fortschritts (Neoliberalismus) als Zeichen eines freien Marktes wider (vgl. Zöllner 2014; Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006).

Brücke zwischen Elementar- und Spezialdiskursen. Diese zur Wissensspezialisierung gegenläufigen und entdifferenzierten Diskurse speisen sich einerseits aus Fragmenten von Spezialdiskursen und andererseits „benötigen [Interdiskurse] zu ihrer Reproduktion [...] eine Art Korrelat bzw. Kompensation [...], die zwischen den Spezialitäten vermitteln und, Brücken schlagen“ (Link 2012: 59). Ein wesentlicher reproduktiver Bezugspunkt von Interdiskursen ist Alltagswissen. Damit sind Interdiskurse reintegrierende Wissensbereiche, die Subjekte mit selektivem, fragmentarischem Wissen aus verschiedenen Spezialdiskursen hervorbringen. Gleichzeitig besitzen diese Subjekte mit ihrem fragmentarischen Wissen einen universellen Geltungsanspruch, weil sie mit ihrer Übersetzungsfunktion spezialisiertes Wissen allgemein zugänglich und verständlich machen. Exemplarisch wird dieser Zusammenhang mit folgender Abbildung dargestellt (vgl. Abbildung 2.1: Interdiskurse als reintegrierende und transformierende Wissensordnungen).

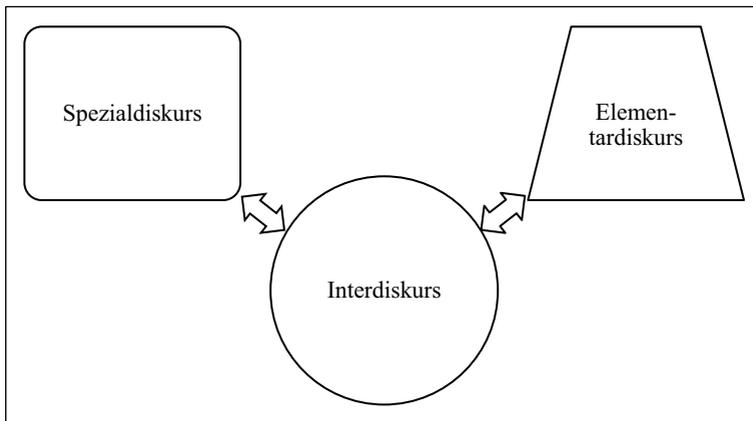


Abbildung 2.1 Interdiskurse als reintegrierende und transformierende Wissensordnungen

Der Abbildung 2.1 zufolge verbinden herrschende Subjekte des (Neo-) Liberalismus Spezial- und Elementardiskurse miteinander, weil einerseits wissenschaftliches Wissen (re-)produziert wird. Andererseits transformieren und politisieren (neo-)liberale Subjekte spezialisiertes Wissen, um daraus allgemeingültige Handlungsrezepte zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund konterkarieren sich die diffusen Deutungsversuche von (Neo-)Liberalismus der Lexika-Beiträge nicht, sondern verweisen mit einer diskurstheoretischen Lesart auf die Struktur eines Interdiskurses. Dadurch lässt sich (Neo-)Liberalismus als Wissenschaft,

Weltanschauung oder Ideologie begreifen (vgl. Foucault 2004b: 248). Oder anders formuliert: „Der Liberalismus als allgemeiner Stil des Denkens, der Analyse und der Einbildungskraft“ (ebd.: 305). Aus diesem Grund entstehen zwischen einem neoliberalen Diskurs und anderen Wissensordnungen keine klaren Grenzen. Außerdem besitzt ein neoliberaler Interdiskurs reintegrierende und transformierende Eigenschaften, weil neoliberale Subjekte Spezialdiskurse als Vehikel für ihre Ideen nutzen und wissenschaftliches Wissen in veränderter Form in Alltagswissen übergeht (vgl. Müller-Armack 1932: 13; Röpke 1997: 52). „Dies kann synchron geschehen, sofern ein Diskurs sich gegen andere behauptet oder sich mit ihnen verbündet, es kann diachron geschehen, sofern ein Diskurs andere ablöst oder durch sie abgelöst wird“ (Waldenfels 1991: 290). Die Besonderheit einer neoliberalen Wissensordnung liegt also einerseits in der kreativen Umdeutung und Politisierung von wissenschaftlichem Wissen und andererseits in der Übersetzungsleistung, spezialisiertes Wissen durch eine neoliberale Rationalität zu verallgemeinern, ohne dabei die Ordnung des neoliberalen Interdiskurses zu destabilisieren (vgl. Link 2012: 58 f.).

2.2 Neoliberale Klassiker als Anwälte des Marktes und Diskursguerillas

In der Handlungsweise herrschender Subjekte eines liberalen und neoliberalen Diskurses lassen sich Parallelen beobachten, denn (neo-)liberale Subjekte nutzen ihren Expert*innenstatus, um einen universellen Geltungsanspruch zu erlangen (vgl. Hayek 1981). Den Expert*innenstatus erlangen herrschende Subjekte des Interdiskurses durch die Einbettung in Spezialdiskurse sowie durch ihre Übersetzungsfunktion (vgl. Lenel, Molsberger, Gröner & Schüller 1997: 25). Jedoch anders als hochspezialisierte Wirtschaftsexpert*innen, die in einem eng begrenzten Wissensraum agieren, erzeugen (neo-)liberale Expert*innen einen universellen Geltungsanspruch, weil sie einen trans-epistemischen Raum herstellen, der eine Schnittstelle von Alltag, Politik und Wissenschaft bildet (vgl. Maeße 2017: 313).

„Hierbei werden nicht nur unterschiedliche Kapitalsorten aus verschiedenen Feldern auf eine Diskursposition konzentriert, von der dann unmittelbare Dominanz ausgeübt werden kann. Vielmehr geht es gerade nicht darum Dominanz auszuüben, sondern darum, einen relativ komplexen, multireferentiellen Kommunikationsprozess zu ermöglichen, der die Fäden zusammenführt und somit diverse Interessen, soziale Perzeptionen, Handlungslogiken und Machtoptionen in Politik, Alltag und Wissenschaft orchestriert“ (ebd.).

Gemäß dieser Definition sind (neo-)liberale Expert*innen kreativ-eigensinnige Übersetzer*innen, die beim Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Alltag die Narrative der einzelnen Diskurse mit persönlichen Deutungen anreichern und damit Legitimationsbestrebungen einer (neo-)liberalen Wissensordnung verfolgen (vgl. Lyotard 1994: 90). Dementsprechend sind für neoliberale Klassiker wirtschaftliche Fragen auch immer mit politischen und sozialen Fragen verbunden. Um Handlungsrezepte für gesellschaftliche Problematisierungen zu entwickeln, werden Fragmente unterschiedlicher Spezialdiskurse genutzt (vgl. Müller-Armacks 1932: 55 ff.). An dieser Stelle findet ein Transfer von Prinzipien des Marktes auf das Soziale statt, wodurch ein Zugriff auf Elementardiskurse und ihre Angehörigen hergestellt wird. Diese Strategie ermöglicht, selektives, spezialisiertes Wissen in Elementardiskurse zu übersetzen und neoliberale Lösungen für soziale Problematisierungen anzubieten, ohne von der Zielsetzung einer Marktgesellschaft abzuweichen, denn eine neoliberale Gesellschaftsordnung soll nach dem Primat des Marktes organisiert werden (vgl. Röpke 1997: 52). Das Einhegen von Marktprinzipien in gesellschaftliche Teilbereiche verdeutlicht einen universellen Geltungsanspruch der herrschenden Subjekte des neoliberalen Interdiskurses. So plädiert Röpke (1997: 39) dafür, „die Politik der Marktwirtschaft mit einer Politik zu verknüpfen, die jene Ordnungen schafft und erhält; [dazu gilt es] das Feld der Gesellschafts- und Sozialpolitik im weitesten Sinne zu erschließen, die freilich so beschaffen sein muß, daß sie dem Sinn der Marktwirtschaft nicht widerspricht“. Was Röpke (ebd.) allgemeingültig formuliert, wird von Hayek (1981) in einem Interview über soziale (Un-)Gleichheit präzisiert. Hier fordert der Nobelpreisträger für Ökonomie im Kontext des Bevölkerungsproblems der 1980er Jahre eine Regulation der Weltbevölkerung durch einen Wettbewerb um lebensnotwendige Ressourcen und die Anerkennung einer kulturellen Evolution unter dem Primat des Marktes. Auf die Frage des Redakteurs der „WirtschaftsWoche“, ob man eine internationale Umverteilung zugunsten von Entwicklungsländern ablehnen sollte, antwortet Hayek (1981: 38):

„Ja, sicher. [...] Für eine Welt, die auf egalitäre Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung aber unlösbar. Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.“

Hayeks politische Forderung suggeriert einen Idealzustand der vollkommenen Konkurrenz, unter dem unterschiedliche Völker in einen Wettstreit um knappe

Ressourcen treten sollen. An dieser Stelle wird Darwins Evolutionstheorie umgedeutet, um soziale Ungleichheit als Folge eines ökonomischen Wettbewerbs sinnstiftend zu erklären. Auch andere Klassiker interpretieren Fragmente der Evolutionsbiologie im Rahmen eines neoliberalen Interdiskurses. So bemüht Rüstow (1949: 153) ebenfalls eine sinnstiftende Erklärung von sozialer Ungleichheit mit dem Ziel, eine Transformation der Gesellschaftsordnung nach dem Ideal einer allgemeinen Wettbewerbsgesinnung voranzutreiben:

„Genau so, wie die Natur im Wettkampf der Individuen und Arten das Tüchtige sich ungehemmt entwickeln und das Untüchtige mitleidlos sterben läßt; mit den gleichen Mitteln der Organisation arbeitete das 19. Jahrhundert. Es kann gar nicht anders sein, als daß das 19. Jahrhundert späteren Generationen einmal ein großartiges Schauspiel bieten muß.“

Vor diesem Hintergrund wird die Evolutionstheorie mit einer neoliberalen Ethik der Selbstbestimmung, Verantwortung und individuellen Wahlfreiheit verknüpft. Denn analog zur biologischen Evolution führt der ökonomische Ausscheidungswettkampf, so Hayeks (1981) Auffassung, zu einer Selektion jener Individuen, die sich an die Bedingungen des Wettbewerbs anpassen können. Gleichzeitig mündet der Wettbewerb um knappe Ressourcen in einer Regulation der Weltbevölkerung und erzeugt eine notwendige Ungleichheit zwischen Individuen. Denn der neoliberale Leitgedanke „survival of the fittest“ (Fach 2015: 114 f.) kann nur verwirklicht werden, „wenn das Ergebnis der persönlichen Freiheit [...] zeigen würde, daß manche Lebensweisen erfolgreicher sind als andere“ (Hayek 1991: 105).

Von diesem Standpunkt aus eignen sich neoliberale Klassiker das Selbstverständnis eines Anwalts an, der für die Freiheit und das Recht seines Mandanten kämpft (vgl. Busse 2014: 24). Hiermit erwecken neoliberale Klassiker den Eindruck, die Rechte des Markts zu vertreten, weil sie sich für einen freien Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit in einer marktförmigen Gesellschaft einsetzen. Mit der Vertretung von Marktinteressen in diversen Konfliktarenen ist das Ziel verbunden, Chancengleich zwischen Marktteilnehmer*innen und die Rahmenbedingungen für einen fairen sozioökonomischen Ausscheidungswettkampf zu schaffen. Diese Aspekte sollen die Marktwirtschaft sozial, d. h. gerecht machen, denn der Wettbewerb im Zustand der vollkommenen Konkurrenz, so lautet Euckens (1949: 24 f.) Plädoyer, „besteht nicht im Kampf von Mann gegen Mann, sondern er vollzieht sich in paralleler Richtung. Er ist nicht Behinderungs- oder Schädigungswettbewerb, sondern er ist ‚Leistungswettbewerb‘.“ Dazu wird

von Rüstow (1949: 153) ein marktwirtschaftlicher Wettbewerb mit einem sportlichen Wettkampf verglichen – beide Wettbewerbsformen müssen nach dem Ideal der „Startgerechtigkeit“ (ebd.) organisiert werden, wodurch „eine kameradschaftliche, gemeinschaftsnahe Gestaltung“ (ebd.) entsteht. Hier stellt die Rechtfertigung des freien Wettbewerbs gleichzeitig eine Verteidigungsstrategie der Anwälte des Marktes dar. Auch die Semantik der neoliberalen Klassiker erinnert an die Subjektivierungsform eines Anwalts (vgl. Busse 2014: 24). Sichtbar wird das neoliberale Selbstverständnis an der persönlichen Motivation einiger Klassiker, sich zur Gründung der BRD mit Kernfragen einer neuen Wirtschaftsordnung auseinanderzusetzen. Nach der zweiten Bundestagswahl von 1953 wird Röpke als neoliberaler Wirtschaftsexperte vom damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard beauftragt, eine sinnvolle und menschenwürdige Wirtschaftsordnung zu entwickeln. Das Ergebnis von Röpkes Studie ist das neoliberale Konzept der *Sozialen Marktwirtschaft*, die bis dato gesellschaftspolitische Relevanz in Deutschland besitzt (vgl. Lenel, Molsberger, Gröner & Schüller 1997: 25). Hier bezeichnet Röpke (1997: 34) seine Mitstreiter als „Anwälte der Marktwirtschaft“ und sich selbst als „Anwalt des freien Wettbewerbs“ (ebd.: 53). In den 1950er Jahren sehen die Anwälte des Marktes ihr liberales Projekt der Sozialen Marktwirtschaft durch einen aufkommenden keynesianischen Sozialstaat gefährdet. Darüber hinaus konkurriert das Modell der Sozialen Marktwirtschaft mit Formen der sozialistischen Planwirtschaft des Ostblocks. Deswegen befinden sich die Anwälte des Marktes im „Kampf um eine freie Wirtschaft gegen die sozialistischen Strömungen“ (ebd.: 28). Was folgt, ist die Verteidigung des neoliberalen Projekts gegen alle Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, Organisationen sowie individuellen Weltanschauungen, welche sowohl die Marktmechanismen als auch Unternehmer*innen als Antriebskräfte des Marktes und des gesellschaftlichen Fortschritts behindern (ebd.: 33–37). In ihrem Kampf für eine marktförmige Gesellschaft werden von den neoliberalen Klassikern verschiedene Wissensordnungen und Handlungsweisen als antiliberal deklariert (vgl. Foucault 2004b: 163 ff.). „Grob gesagt, alles, was dem Liberalismus entgegengesetzt ist, alles, was darauf aus ist, die Wirtschaft staatlich zu leiten, stellt also eine Invariante dar“ (ebd.: 165 f.).

An dieser Stelle findet jedoch auch eine Abgrenzung vom klassischen Liberalismus statt (vgl. Eucken 1949: 3–7; Rüstow 1949: 152 ff.; Hayek 1991: 481–497). Insbesondere die fehlenden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen der liberalen Wirtschaftspolitik werden von neoliberalen Klassikern für ökonomische Monopol- und Kartellbildung, den gesellschaftspolitischen Einfluss einzelner Gruppen sowie den „finster-brutalen Geist des 19./20. Jahrhunderts, den das manchesterliche Laissez-faire sich fessellos austoben ließ“ (Rüstow 1949:

148), verantwortlich gemacht. „So glitt die Wirtschaftspolitik des Laissez-faire in eine Wirtschaftspolitik des Interventionismus hinein“, resümiert Eucken (1949: 6). In diesem Kontext gehen die neoliberalen Klassiker von einer Zentralisierung der Produktionsmittel aus, „und zwar nicht durch einen Mangel an Logik oder eine Irrationalität, die der kapitalistischen Wirtschaft eigentümlich wäre, sondern aufgrund der organisationalen und sozialen Notwendigkeit, die ein Wettbewerbsmarkt mit sich bringt“ (Foucault 2004b: 249). Anstatt die Organisation der Wirtschaft den Unternehmer*innen zu überlassen und an die unsichtbare Hand des Marktes zu glauben, fordern die neoliberalen Klassiker die sichtbare Hand eines Wettbewerbsstaates, durch den sich eine „funktionsfähige und menschenwürdige Wirtschaftsordnung entfalten [kann]“ (Eucken 1949: 7). Die neoliberale Lösung für das liberale Ordnungsproblem lautet wie folgt: „Zum einen müssen die wirtschaftlichen Pläne und Handlungen koordiniert werden (Ordnung des Wirtschaftsprozesses im engeren Sinn), zum anderen muß für Leistungsantriebe gesorgt werden“ (Röpke 1997: 40). Hier gehen Fragmente eines wirtschaftswissenschaftlichen Spezialdiskurses in Politik und Alltag über, denn das „neoliberale Programm der Sozialen Marktwirtschaft“ (ebd.: 51) verfolgt das Ziel, „die theoretischen Modelle in die Wirklichkeit zu übersetzen“ (ebd.: 41). Zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnung „offener Märkte“ (ebd.: 51) und des „freien Leistungswettbewerbs“ (ebd.) sei jedoch, Röpke (ebd.) zufolge, die Komplizenschaft des Staates notwendig, um den formalen Mechanismus des Wettbewerbs durch „ein juristisches und institutionelles Rahmenwerk“ (ebd.) zu schützen. Gleichwohl sollen staatliche Rahmenbedingungen eine „Souveränität des Konsumenten“ (ebd.: 52) gewährleisten, damit der Wettbewerb durch den Preismechanismus von Angebot und Nachfrage reguliert wird. Zugespitzt formuliert: „Insofern ist die Marktwirtschaft als das fortgesetzte Konsumentenplebiszit anzusehen, in dem jedes Geldstück einen Stimmzettel darstellt“ (ebd.: 52). Diese neoliberale Idee hat sich in der modernen bürgerlichen Gesellschaft verankert, wenn es beispielsweise darum geht, mit ökonomischen Mitteln politische Ziele des Umweltschutzes voranzutreiben. So werben Unternehmen wie Atmosfair mit klimabewusstem Reisen, indem durch Flugreisen entstandene CO₂-Emissionen durch Spenden an Umweltprojekte kompensiert werden. Nach einer Analyse des Klima-Fuabdrucks erhalten Konsument*innen den errechneten Kompensationsbetrag, wodurch beispielsweise ein Betrag von 100 Euro die entstandenen CO₂-Emissionen eines Hin- und Ruckflugs von Berlin nach Bangkok mit Zwischenstopp in Abu Dhabi zu 100 Prozent deckt (vgl. Atmosfair 2019). Gleichwohl verschafft das „Konsumentenplebiszit“ (Röpke 1997: 52) umweltbewussten Vielflieger*innen nicht nur ein faires Gewissen gegenüber der Umwelt und sich selbst,

sondern kanalisiert auch politische Interessen durch ökonomische Anreizsysteme und trägt damit zu einer Stabilisierung des Kapitalismus bei.

Zur wissenschaftlichen Fundierung einer neoliberalen Wissenspolitik der individuellen Freiheit wird u. a. Bezug auf rechtswissenschaftliche Fragmente genommen (vgl. Hayek 1991: 185 f.). In diesem Zusammenhang führen Hayeks (1991: 194) rechtsphilosophischen Überlegungen zur politischen Forderung, dass der Staat nicht die Aufgabe hat, „eine bestimmte Ordnung herzustellen, sondern nur Bedingungen zu schaffen, unter denen sich eine solche Ordnung bilden und immer wieder erneuern kann“. Die neoliberalen Klassiker schließen ein Marktversagen unter einer staatlichen Sicherung der Wettbewerbsordnung aus. Folglich kann eine neoliberale Gesellschaftsordnung nur mithilfe allgemeiner und abstrakter Regeln des Wettbewerbs koordiniert werden (vgl. Eucken 1997: 14). Demnach objektiviert sich der neoliberale Interdiskurs in einem ökonomisch-politischen System, welches durch eine „Formalisierung der Wettbewerbsmechanismen“ (Foucault 2004b: 230 f.) (re-)produziert wird. Mit einer neoliberalen Lesart wird die Wirtschaft als Spiel von Wirtschaftssubjekten begriffen (ebd.: 243 f.). Vor diesem Hintergrund besteht der Wettbewerb nicht nur zwischen Individuum und Unternehmen, sondern eröffnet dem Staat die Möglichkeit, sich am Spiel der Wirtschaft zu beteiligen, „solange solche staatlichen Unternehmungen sich in Wettbewerbsmärkte einordnen und die Preisbildung auf den Märkten nicht durch staatliche Subventionen an solche Werke gestört wird, sind sie in der Wettbewerbsordnung erträglich“ (Eucken 1949: 49). Anders formuliert: „Doch was hier abzulehnen ist, ist nicht das Staatsunternehmen als solches, sondern das Staatsmonopol“ (Hayek 1991: 290). Die Aufsicht des Marktes über den Staat wird von den neoliberalen Klassikern mit der rechtsphilosophischen Annahme begründet, dass es

„sehr unwahrscheinlich [ist], daß es jemandem gelingen würde, verstandesmäßig Regeln zu konstruieren, die ihrem Zweck besser dienen als jene, die sich allmählich herausgebildet haben; und selbst wenn es ihm gelänge, könnten sie ihrem Zweck nicht wirklich dienen, wenn sie nicht von allen befolgt werden würden“ (ebd.: 84).

Die neoliberalen Klassiker vertreten also die These, dass kein „universales Subjekt des wirtschaftlichen Wissens“ (Foucault 2004b: 243) existiert. Röpke (1997: 38) verleiht dieser Annahme Alltagsrelevanz, indem er den Herrschenden einer Demokratie das Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft abspricht: „Was wissen die Massen der Wähler, ja was wissen die Verantwortlichen selber von den Funktionen freier Preise und Märkte, vom sozialökonomischen Sinn des Gewinns, von

der Aufgabe des Zinssatzes?“ Gemäß dieser Auffassung liegt die Deutungshoheit bei einer elitären Avantgarde von neoliberalen Wirtschaftsexpert*innen, die mit einem ökonomischen Freiheitsverständnis die Anwaltschaft für die „Ordnung einer Gesellschaft freier Menschen“ (ebd.: 28) übernehmen. Zur Plausibilisierung einer marktförmigen Gesellschaftsordnung postulieren die neoliberalen Klassiker Alternativlosigkeit, denn es gibt „nur die Wahl zwischen dem freien Preis und der Behörde [...]. Dazwischen existiert nichts“ (ebd.: 61). Die radikal umgesetzte neoliberale Wissenspolitik der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in den 1980er Jahren zeigt, dass die neoliberale Handlungsmaxime „there is no alternative“ (Berlinski 2011) weitreichende Folgen für die Gesellschaft hat. Den Höhepunkt markieren die Zerschlagung des britischen Bergarbeiter*innenstreiks 1985 und die Privatisierung öffentlicher Sektoren. Für die politische Umsetzung neoliberaler Ideen erhielt Thatcher von ihrem geistigen Vater Hayek (1981: 40) Bewunderung, auch wenn er an der Verwirklichung des neoliberalen Projekts in Großbritannien zweifelte (vgl. Thatcher 1995: 50).

Festzuhalten bleibt, dass neoliberale Subjekte durch den Glauben an das Mantra der Alternativlosigkeit und die soziale Gerechtigkeit des freien Wettbewerbs vereint werden (vgl. Berlinski 2011; Rüstow 1949: 153). Hiermit ist die Annahme verbunden, dass Freiheit nur in einer Gesellschaft möglich sei, die nach den Prinzipien des Wettbewerbs organisiert wird. Diesbezüglich werden die Anwälte des Marktes gleichzeitig zu Verfechtern von individueller Freiheit unter dem Primat des Marktes. Zur wissenschaftlichen Fundierung einer neoliberalen Politik der Freiheit eignet sich Hayek (1991: 26) sozialphilosophische Fragmente an und deutet diese um: Demnach ist individuelle Freiheit

„die Abwesenheit eines bestimmten Hindernisses für unser Handeln, nämlich die Abwesenheit des Zwangs von Seiten anderer Menschen. Die Freiheit wird etwas Positives nur durch den Gebrauch, den wir von ihr machen. Sie sichert uns keinerlei bestimmte Möglichkeiten, sondern überläßt es uns, zu entscheiden, was wir aus den Umständen machen, in denen wir uns befinden.“

Die Ausübung von Zwang liegt nach Hayeks (ebd.: 28 f.) Freiheitsverständnis allein beim Staat, der wiederum durch allgemeine Marktgesetze organisiert und reguliert werden soll. Damit wird individuelle Freiheit als „ein Werkzeug [verstanden], das den Individuen in der Verfolgung ihrer eigenen Ziele hilft, und nicht [als] ein Mittel, das zur Erreichung der Ziele anderer verwendet wird“ (ebd.: 29). Außerdem ist individuelle Freiheit unter dem Primat des Marktes ein Leistungsanreiz und eine neoliberale Lösung für das diagnostizierte Koordinationsproblem einer liberalen Wirtschaftsordnung im 19./20. Jahrhundert. Denn mit

der Politik der Freiheit ist die Verantwortung für das persönliche Handeln verbunden, wodurch, laut Röpke (1997: 40 f.), „jeder an seinem Platze und gemäß seinen Funktionen sein Bestes gibt“. Im ökonomischen Freiheitsverständnis der neoliberalen Klassiker wird einerseits eine rechtswissenschaftliche Vorstellung aufgenommen, denn es wird davon ausgegangen, dass

„jedes Individuum [...] ursprünglich Träger einer bestimmten Freiheit [ist], von der es einen bestimmten Teil abtritt oder nicht. Andererseits wird die Freiheit nicht als Ausübung einer Reihe von Grundrechten aufgefaßt, sondern einfach als Unabhängigkeit der Regierten gegenüber den Regierenden“ (Foucault 2004b: 69).

Die Wurzeln dieser Freiheitsvorstellung reichen bis in das 19. Jahrhundert zu einem liberalen Interdiskurs zurück. Grundlegend für den Freiheitsbegriff der europäischen neoliberalen Klassiker ist die Verbindung von individueller Freiheit mit Marktfreiheit (ebd.: 69 f.). In diesem Zusammenhang stellt Eucken (1949: 27) fest: „In der Tat ist der Wille zur Wettbewerbsordnung mit dem Willen zur Freiheit eng verbunden.“

Hier gilt es zu klären: Wie können Menschen unter dem Primat des Marktes frei sein? Die neoliberalen Klassiker fundieren den scheinbaren Widerspruch zwischen individueller Freiheit und Marktherrschaft mit transformierten Fragmenten aus Sozialphilosophie und Soziologie. Zur Transformation der Fragmente werden Praktiken von Diskursguerillas genutzt (vgl. Schölzel 2013). Hierzu deuten neoliberale Klassiker Fragmente von Spezialdiskursen um und nutzen diese als Vehikel für eigene Ideen. Doch anders als emanzipative Kommunikationsguerillas, die Herrschaft per se ablehnen und das Ziel verfolgen, „die Struktur der herrschenden kulturellen Grammatik wenigstens für Momente sichtbar zu machen und zu verschieben, indem deren Funktionsweise anerkannt und deren Ordnung möglichst nachhaltig durcheinander gebracht werde“ (ebd.: 41), nutzen neoliberale Diskursguerillas das Machtvakuum, um es mit einer neoliberalen Wissens- und Identitätspolitik zu füllen. Insofern bildet ein Spezialdiskurs für herrschende Subjekte des neoliberalen Interdiskurses ein Transportmittel in zweifacher Hinsicht: Erstens werden Spezialdiskurse durch die selektive Aneignung und Umdeutung von Fragmenten transformiert und entdifferenziert. Zweitens führt die Kolonialisierung von spezialisiertem Wissen zu symbolischem Kapital, welches durch den Expertenstatus von neoliberalen Klassikern sowie durch die Reichweite des neoliberalen Interdiskurses sichtbar wird. Die neoliberalen Diskursguerillas verfolgen also das Ziel, „ein Ideal darzustellen, zu zeigen, wie es erreicht werden kann, und zu klären, was seine Verwirklichung in der Praxis bedeuten würde. Dazu ist wissenschaftliche Erörterung ein Mittel, nicht ein Zweck“ (Hayek 1991:

V). Die Beziehung von herrschenden Subjekten eines neoliberalen Diskurses und wissenschaftlichen Spezialdiskursen wird mit der Abbildung 2.2 veranschaulicht (vgl. Abbildung 2.2: Wissenschaftliche Spezialdiskurse als Quelle und Vehikel von herrschenden Subjekten eines neoliberalen Interdiskurses).

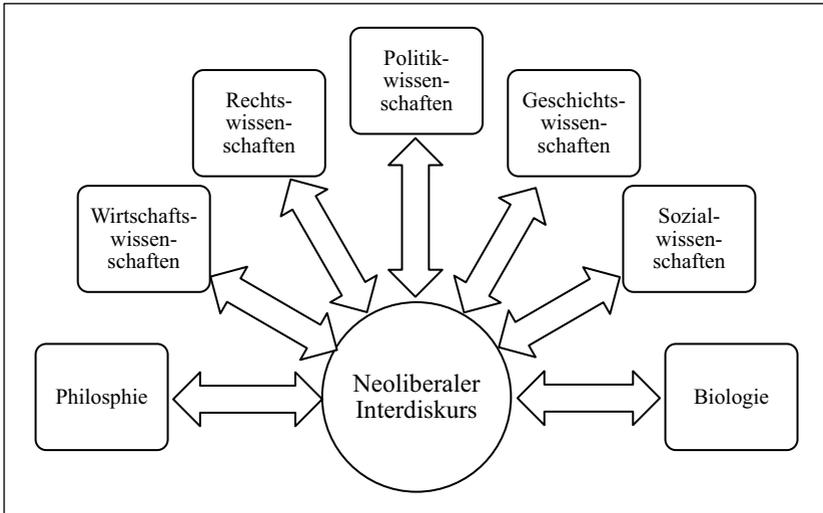


Abbildung 2.2 Wissenschaftliche Spezialdiskurse als Quelle und Vehikel von herrschenden Subjekten eines neoliberalen Interdiskurses

Ein ähnliches Verhältnis kann zwischen den herrschenden Subjekten eines neoliberalen Diskurses und Elementardiskursen beobachtet werden: Hier werden diktatorische und demokratische Organisationsformen als Vehikel für neoliberale Ideen genutzt, wie Röpke (1997: 52) mit dem „Konsumentenplebiszit“ beweist (vgl. Fischer 2009; Hayek 1991: 131). Gleichwohl werden politische Organisationsformen von neoliberalen Klassikern als Gefahrung des freien Wettbewerbs und der individuellen Freiheit wahrgenommen. Hier mahnt Hayek (1991: 142),

„wenn die Demokratie erhalten bleiben soll, muß sie einsehen, daß sie nicht der Urquell der Gerechtigkeit ist und daß sie einen Gerechtigkeitsbegriff anerkennen muß, der sich nicht unbedingt in der vorherrschenden Ansicht über jedes konkrete Problem ausdrückt. Die Gefahr ist, daß wir ein Mittel zur Sicherung der Gerechtigkeit für die Gerechtigkeit selbst halten.“

Auch andere Klassiker sehen das neoliberale Projekt der Sozialen Marktwirtschaft durch demokratische Herrschaftsverhältnisse bedroht, weil Parlamente „Interventionsinstrumente“ (Müller-Armack 1932: 109) darstellen, welche eine neoliberale Gesellschaftsordnung mit dem „Konsumentenplebiszit“ (Röpke 1997: 52) zersetzen. Aus diesem Grund richtet sich neoliberale Herrschaftskritik gegen alle Formen des Interventionismus, die den freien Markt und seine Antriebskräfte in ihrer Entfaltung behindern (vgl. Eucken 1997: 11 f.). Doch anders als angloamerikanische Anarchokapitalisten, die eine soziale Ordnung durch eine Marktherrschaft ohne Staat forcieren, ist ein aktiver und aktivierender Staat die Basis für das Regierungsprogramm der europäischen neoliberalen Klassiker (vgl. Rothbard 2006 [1973]). Dementsprechend kann der europäische neoliberale Interdiskurs auch als „positiver Liberalismus“ (Foucault 2004b: 190) mit einer aktiven Politik ohne Dirigismus bezeichnet werden (ebd.: 188 ff.). Hier stellt sich die Frage: Wie kann ein Staat aktiv eine Wettbewerbsordnung vorantreiben, ohne direkt in den Wirtschaftsprozess zu intervenieren? Die Antwort der europäischen neoliberalen Klassiker lautet: Indem sich staatliche Interventionen auf die Rahmenbedingungen des Marktes beschränken. Im Zentrum einer neoliberalen Gesellschaftspolitik stehen also keine Eingriffe in den Wirtschaftsprozess, vielmehr handelt es sich um Interventionen für die Wirtschaft (ebd.: 333).

Ein weiteres Beispiel für die Guerillastrategie der neoliberalen Klassiker liefert Müller-Armack (1932), einer der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. In seinem Werk „Entwicklungsgesetze des Kapitalismus“ eignet sich Müller-Armack (ebd.: 8) sowohl geschichtsphilosophische marxistische Theorien als auch Paradigmen der Wissenssoziologie an und deutet diese um mit dem Ziel, „sie zur Theorie der Entwicklungsgesetze unserer Wirtschaftsverfassung [zu machen]“. Bei diesem Vorhaben wird stets die gleiche Strategie verfolgt: Als Erstes wird Bezug auf einen Aspekt einer wissenschaftlichen Theorie genommen. Und im zweiten Schritt wird ein selektiertes Fragment der Theorie mit anderen wissenschaftlichen Theorien pauschalisierend verglichen und zugunsten neoliberaler Ideen transformiert. Demzufolge sei, laut Müller-Armack (1932: 13):

„Marx' Geschichtestheorie [...] nur eine Form der in zahlreichen Varianten auftretenden naturalistischen Geschichtsansicht. Ihnen allen ist gemeinsam, die Entstehung und Erhaltung kultureller Inhalte und Formen aus den Kräften und Tendenzen zu erklären, über die der Mensch schon als Naturwesen verfügt. Die dauernde Abwandlung, die dieser Gedanke bis etwa auf das vielbeachtete Buch von Mannheim: Ideologie und Utopie, gefunden hat, zeigt die Werbekraft dieses Geschichte auf die Naturebene reduzierenden Versuches.“

Bei dem neoliberalen Transformationsprozess von wissenschaftlichem Wissen wird insbesondere auf den Klassenbegriff von Marx Bezug genommen mit dem Ziel, soziale Ungleichheit zu legitimieren und mit einem sozialen Sinn zu versehen. Vor diesem Hintergrund konstatiert Müller-Armack (1932: 55 ff.):

„Die Kapitalistenklasse insgesamt ist so nicht durch ihren Besitz, sondern nur durch die Funktion der unternehmerischen Leistung zu erklären. [...] Keine Klasse lebt ihre Geschichte rein aus der Gewalt, zum mindestens nicht das moderne Bürgertum, dessen Basis die friedliche Verwertung von Marktchancen ist. [...] Sie stellen Selektionsresultate dar, deren Stellung jeder anderen Sicherung, als der durch den formalen Marktmechanismus bestätigten Angebotsleistungen entbehrt. Das Irrationale dieser Klassenordnung liegt in den Kriterien, nach denen hierbei die Funktion gemessen wird, eben der Wettbewerbsfähigkeit.“

Infolgedessen werden sozioökonomische Privilegien von Unternehmer*innen nicht über den Besitz von Produktionsmitteln erklärt, sondern durch eine Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts, der auf Wirtschaftswachstum reduziert wird (ebd.: 57). Mit dem neoliberalen Klassenverständnis werden Unternehmer*innen zu Sozialfunktionär*innen und Unternehmer*inneninitiative zur dynamischen Antriebskraft des Kapitalismus erklärt (vgl. Eucken 1997: 8; Röpke 1997: 58). Gleichzeitig wird das neoliberale Klassenverständnis genutzt, um unternehmerischen Gewinn als eine Entschädigung für die sozioökonomischen Leistungen von Unternehmer*innen zu rechtfertigen (vgl. Röpke 1997: 57 f.). In diesem Zusammenhang vertreten neoliberale Klassiker folgende These: Wer ein Unternehmen leitet, geht ein unternehmerisches Wagnis ein und muss dadurch anpassungsfähig und flexibel sein, wohingegen „Schematisierung und Verbeamtung zu Mißerfolg oder Untergang [führen], mag es sich dabei um Einzelfirmen oder um Gesellschaften handeln“ (Eucken 1997: 7). Zugespitzt formuliert: „Hier, wo die Peitsche der Konkurrenz fehlt, macht sich wirklich die Erstarrung oder Feudalisierung des Unternehmens geltend“ (ebd.: 6). Nach dieser Auffassung hängt die gesellschaftliche Entwicklungsgeschichte vom „Unternehmertyp des Wettbewerbs“ (ebd.: 7) ab, der als Triebfeder des sozioökonomischen Fortschritts angesehen wird. Gleichwohl dient die neoliberale Klassen- und Geschichtsauffassung als Fixpunkt für Problematisierungen. An dieser Stelle spiegelt sich in der geteilten Problemwahrnehmung der europäischen neoliberalen Klassiker die von ihnen kritisierte Seinsverbundenheit des Wissens wider (vgl. Müller-Armack 1932: 182 f.).

In der programmatischen Literatur wird die Seinsverbundenheit anhand einer Wechselwirkung zwischen neoliberalen Selbstbildern, Denk- und Handlungsweisen sowie sozialen Positionen sichtbar, denn die neoliberalen Klassiker befinden

sich wie andere Guerillas in einem „Kampf gegen ein scheinbar übermächtiges Gegenüber“ (Schölzel 2013: 42). Vor diesem Hintergrund inszeniert Röpke (1997: 32 ff.) nach einer selbst geschriebenen Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft in den 1950er Jahren der BRD eine Verschwörung der Weltgemeinschaft:

„Alles verbündete sich – die den kollektivistisch-inflationären Ideen tendenziös huldigende Economic Commission for Europe in ihren Jahresberichten, die Sozialisten aller Länder, die Gewerkschaften, [...] ja sogar bis vor kurzem ein so ernstes Blatt wie der Economist –, um bald die Tatsachen des deutschen Erfolges der Marktwirtschaft zu verdrehen oder anzuzweifeln, bald ein düsteres Ende zu prophezeien, bald das deutsche Wirtschaftsregime für die Arbeitslosigkeit oder andere Sorgen und Probleme verantwortlich zu machen [...]. Es gab eine regelrechte ‚ökonomische Greuelpropaganda‘ gegen die marktwirtschaftlich-nichtinflationäre Kerngruppe Europas“ (ebd.: 33).

Infolge dieses diskursiven Ereignisses verfolgen die europäischen neoliberalen Klassiker Guerillastrategien, um den Widerstand gegen ihr Projekt dezentral zu brechen und gleichzeitig Fragmente widerstrebender Diskurse umzudeuten, generische Positionen zu destabilisieren und als Vehikel für neoliberale Ideen zu nutzen. Oder allgemeiner formuliert: „Der Diskurs ist demnach in erster Linie eine Interventions- und Investitionsstrategie zur (Um-)Strukturierung sozialer Beziehungen“ (Maeße & Hamann 2016: 39).

2.3 Neoliberale Formen der Subjektivierung

Die diskursive Konstruktion der Wirklichkeit und die Transformation des Sozialen unter dem Primat des Marktes verdeutlichen, dass eine neoliberale Wissenspolitik moderne Gesellschaften nachhaltig verändert. So konstatiert Demirović (2008: 17) in seiner Gegenwartsdiagnose: „Alle, vom Kleinkind bis zum Rentner, vom Kindergarten über die Hochschule bis zum Wasserwerk, sollen sich unternehmerisch verhalten, sollen im Wettbewerb die Erstplatzierten und Exzellenten, niemand und nichts darf einfach nur gut sein.“

Sichtbar wird die Anschlussfähigkeit und Alltagsrelevanz einer neoliberalen Wissenspolitik ebenfalls bei dem Seminarprogramm der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für den Schulbereich: Hier werden Selbsttechnologien wie Zeitmanagement und Selbstvermarktung vermittelt, um Lehrer*innen für den alltäglichen Ausscheidungswettkampf im bildungsindustriellen Komplex zu stärken (vgl. GEW 2019a; GEW 2019b; Münch 2018). Diese Selbsttechnologien

sind für die Betroffenen ein „Mittel des Überlebenskampfes“ (GEW 2003: 9) und erweisen sich damit als individuelle Handlungsrezepte für strukturell verursachte Risiken des Wettbewerbs im Bildungssystem. Gleichzeitig sind neoliberale Handlungsrezepte mit einer Zuschreibung von individueller Verantwortung für (Miss-)Erfolg auf dem Markt verbunden. Mithilfe dieser subjektiven Perspektive auf sich selbst und andere Subjekte werden persönliche Anreize geschaffen, die gemäß Eucken (1949: 27) zur Leistungssteigerung und Steuerung des Sozialen durch Marktmechanismen führen. Aus der persönlichen Handlungsfreiheit und Verantwortung im Rahmen des Marktes resultiert eine neoliberale Form der Subjektivierung. Die Rationalität der neoliberalen Subjektivierungsform lautet: „Wir schreiben einem Menschen nicht Verantwortung zu, um zu sagen, daß er, so wie er war, anders hätte handeln können, sondern um ihn anders zu machen“ (Hayek 1991: 94). In diesem Subjektivierungsprozess sollen die Marktmechanismen zur Richtschnur der persönlichen Lebensführung sowie zum Maßstab des gesellschaftlichen Fortschritts werden.

Das neoliberale Subjektivierungsprogramm fordert den Einzelnen zu einer Rationalisierung seiner Lebensführung auf. Exemplarisch wird dieser Zusammenhang an einer verordneten buchhalterischen Lebensweise deutlich – so verkündet ein programmatischer Ratgeber der GEW (2003: 5): „Zeitdiebe stehlen zumeist die Zeit, die dem Freizeitkonto zusteht.“ In diesem Kontext verspricht der Ratgeber: „Feierabendgarantie für junge Lehrerinnen und Lehrer“ (ebd.: 12 ff.) bei einer Aneignung von Praktiken des Zeitmanagements⁴. Darüber hinaus suggeriert die von neoliberalen Ideen inspirierte bilanzförmige Lebensweise ein Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Privatleben. Mit der Work-Life-Balance für Lehrer*innen ist folgendes Versprechen verbunden: „Morgen ins Kino – na klar! Und die 7 b kriegt die Arbeit trotzdem am nächsten Tag wieder“ (ebd.: 5). Die Anrufungen des Marktes fordern den Einzelnen auf sich neoliberale Subjektivierungsformen mit Selbsttechnologien anzueignen.

Es kann festgehalten werden, dass der neoliberale Interdiskurs einen reinteigrierenden Wissensbereich mit allgemeinen Handlungsrezepten für strukturelle und individuelle Risiken bildet. Mit neoliberalen Subjektivierungsformen wird Subjekten vorgeschrieben, wie sie sich verhalten sollen. Ob sich jedoch Subjekte an das Skript einer neoliberalen Wissens- und Identitätspolitik halten oder die programmatischen Handlungsrezepte umdeuten und transformieren, kann mithilfe

⁴ Dazu wird Lehrer*innen vorgeschlagen, ihre Freistunden effektiv für relevante Arbeitsaufgaben zu nutzen, anstatt „die typischen ‚Arbeitsaufschiebeerhaltensweisen‘ an den Tag [zu] legen, wie Prospekte durchblättern, Kaffee trinken oder Zeitung lesen“ (GEW 2003: 12 f.).

von Subjektivierungsweisen erforscht werden. Insofern sind neoliberale Formen der Subjektivierung keineswegs deckungsgleich mit Subjektivierungsweisen, sondern nur eine mögliche Richtschnur des Handelns.

Zu den bekanntesten neoliberalen Subjektivierungsformen zählt das unternehmerische Selbst (vgl. Bröckling 2007; Foucault 2004b: 314; Rose 1998: 150–168). Mit dem unternehmerischen Selbst findet eine Reflexion von Anrufungen der Marktgesellschaft auf Subjekte statt, woraus abgeleitet wird, wie sich Menschen in einer marktförmigen Gesellschaft verhalten sollen. Die Als-ob-Anthropologie des unternehmerischen Selbst besteht aus

„ein[em] Bündel aus Deutungsschemata, mit denen heute Menschen sich selbst und ihre Existenzweisen verstehen, aus normativen Anforderungen und Rollenangeboten, an denen sie ihr Tun und Lassen orientieren, sowie aus institutionellen Arrangements, Sozial- und Selbsttechnologien, die und mit denen sie ihr Verhalten regulieren sollen“ (Bröckling 2007: 7).

In Rekurs auf die Humankapitaltheorie wird das unternehmerische Selbst als ein Abkömmling des Homo oeconomicus verstanden, denn beide Sozialfiguren sollen sich mit einem Zustand knapper Ressourcen arrangieren (ebd.: 12). Es geht also um die „Art und Weise [...], wie Individuen diese knappen Ressourcen auf alternative Zwecke verteilen“ (Foucault 2004b: 310). Doch anders als beim liberalen Homo oeconomicus, der versucht, in Tauschprozessen seinen persönlichen Nutzen zu maximieren, soll der neoliberale Homo oeconomicus ein „Unternehmer seiner selbst [sein,] der für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“ (ebd.: 314).

Gemäß dieser unternehmerischen Anrufungen wird Mobilität für den Einzelnen zu einem zentralen Element seines Humankapitals, denn „die Abwanderung ist eine Investition, die abwandernde Person ist ein Investor“ (ebd.: 320). Folglich führen die amerikanischen neoliberalen Klassiker als Wegbereiter der Humankapitaltheorie die Funktionsweise des Kapitalismus auf eine kontinuierliche Steigerung des Humankapitals unter Anreizen des Wettbewerbs zurück (ebd.: 322). Auch wenn europäische neoliberale Klassiker den Homo oeconomicus als Fiktion der klassischen Nationalökonomie ansehen, wird Bezug auf die zweckrationale Sozialfigur genommen, weil „der Mensch [laut Hayeks (1991: 76 f.) anthropologischer Vorstellung] von Natur aus faul [...] ist und daß er nur durch die Macht der Umstände dazu gebracht wurde, sich wirtschaftlich zu verhalten, und gelernt hat, seine Mittel seinen Zwecken sorgsam anzupassen“. Andererseits grenzen sich die europäischen neoliberalen Klassiker von anderen Fragmenten einer neoklassischen Wirtschaftstheorie ab, da sie nicht von

einer unsichtbaren Hand des Marktes ausgehen, die den „Wildbach des persönlichen Interesses“ (Röpke 1997: 51) koordiniert und lenkt. Vielmehr bedarf es individuellen Anreizen zur Steuerung der Antriebskräfte des Marktes, die nach Röpkes (1997: 57) Auffassung darin bestehen, dass

„Gehorsam gegenüber dem Markt belohnt und Ungehorsam (oder mangelnde Erfassung der Befehle des Marktes) prompt und wirksam bestraft werden. Da aber die Impulse und Reaktionen des Marktes ein Feld äußerster Unsicherheiten und Unberechenbarkeiten sind, so wird der Unternehmer zu einem Kapitän dessen Hauptaufgabe die Navigation auf dem Meere des Marktes mit seinen Strömungen, Stürmen und Untiefen ist. Diese Navigationsfunktion bleibt trotz aller ‚nautischen Hilfsmittel‘ (Marktforschung, Statistik u. a.) eine solche, die die Urteilskraft, Erfahrung, den Charakter, den sicheren Instinkt des geschulten Kapitäns erfordert, ein fortgesetztes Urteilen und Entscheiden nach abgewogenen Wahrscheinlichkeiten. Daraus folgt der unschätzbare Wert des Unternehmers und einer wirtschaftlichen Ordnung wie der Marktwirtschaft, die so beschaffen ist, daß sie ständig für die beste Auslese der wirtschaftlichen Navigatoren sorgt und den wirksamen Antrieb für die Höchstleistung des Unternehmers und für die höchste Sorgsamkeit gewährleistet, mit der er seine Entscheidungen trifft.“

Dahingehend durchkreuzt die neoliberale Subjektivierungsform von Vertreter*innen der Freiburger Schule die selbstunternehmerische Sozialfigur von neoliberalen Klassikern der Chicagoer Schule (vgl. Bröckling 2007: 86 ff.). Denn neoliberale Klassiker der Freiburger Schule gehen davon aus, dass Unternehmer*innen nicht ausschließlich zweckrational handeln, „sondern sie suchen selbst eine solche Verwendung ihrer eigenen Arbeitskraft, ihrer Produktionsmittel und ihres Geldes, die ihnen als die beste erscheint“ (Eucken 1949: 22 f.), wohingegen amerikanische neoliberale Klassiker stärker als ihre europäischen Mitstreiter ein rationales Kosten-Nutzen-Kalkül betonen (vgl. Becker 1994). Die Differenz zwischen den Subjektivierungsformen der europäischen und der amerikanischen neoliberalen Klassiker wird auch an der Reichweite von unternehmerischen Denk- und Handlungsweisen sichtbar. Die europäischen Klassiker beschränken unternehmerisches Handeln weitestgehend auf den Staat, die Arbeitgeber*innen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen (vgl. Eucken 1949: 23). Nach der Subjektivierungsform der europäischen neoliberalen Klassiker müssen Selbstunternehmer*innen flexibel und anpassungsfähig sein, Marktlücken für Produkte bzw. ihre Arbeitskraft ausfindig machen und sich selbst vermarkten. Hier werden Arbeitskräfte nicht als passive Lohnabhängige beschrieben, sondern als aktive Wirtschaftssubjekte konstituiert. Mit anderen Worten:

„So erscheinen die Arbeitenden in dieser Konzeption nicht mehr als abhängig Beschäftigte eines Unternehmens, sondern sie werden selbst zu autonomen Unternehmern, die eigenverantwortlich Investitionsentscheidungen fällen und auf die Produktion eines Mehrwertes abzielen: Unternehmer ihrer selbst“ (Lemke 2000: 40).

Der Wettbewerb soll die Beziehungen zwischen Wirtschaftssubjekten kanalisieren und koordinieren. Bei diesem Koordinationsprozess geht Eucken (1949: 26) davon aus, „wenn die Lebensmittelhändler der Stadt ebenso in Konkurrenz liegen wie die Hausfrauen“ kann die „Marktform der vollständigen Konkurrenz“ realisiert werden. Mit dieser Annahme nähern sich die europäischen neoliberalen Klassiker der Subjektivierungsform der Chicagoer Schule. Die amerikanischen neoliberalen Klassiker gehen jedoch noch einen Schritt weiter als ihre europäischen Mitstreiter, indem sie sämtliche soziale Interaktionen auf die ökonomische Form des Marktes reduzieren (vgl. Foucault 2004b: 313 f.). Die Interpretation des Sozialen durch ein wirtschaftswissenschaftliches Analyseraster hat drei wesentliche Folgen: Erstens wird durch die Verallgemeinerung der Humankapitaltheorie das Soziale ökonomisiert, weil damit nicht ökonomische Verhaltensweisen auf unternehmerische Verhaltensweisen reduziert werden (ebd.: 340). Zweitens dient die Übertragung von unternehmerischen Verhaltensweisen auf nicht ökonomische Gesellschaftsbereiche und ihre Angehörigen zur Prüfung und Kritik des Regierungshandelns (ebd.: 340 f.). Schlussendlich soll das Ökonomische das Soziale organisieren, wodurch die Führungsphilosophie von Unternehmen zur Lebensweise des Einzelnen werden soll. Oder anders formuliert:

„Die Anrufungen des unternehmerischen Selbst sind totalitär. Ökonomischer Imperativ und ökonomischer Imperialismus fallen darin zusammen. Nichts soll dem Gebot der permanenten Selbstverbesserung im Zeichen des Marktes entgehen. Keine Lebensäußerung deren Nutzen nicht maximiert, keine Entscheidung, die nicht optimiert, kein Begehren, das nicht kommodifiziert werden könnte“ (Bröckling 2007: 283).

Demgemäß erzeugen herrschende Subjekte des neoliberalen Diskurses eine universelle Identitätspolitik (vgl. Foucault 2004b: 207 f.). Andererseits stellt Bröckling (2007: 283) kritisch fest: „Ein unternehmerisches Selbst gibt es so wenig wie einen reinen Markt.“

Gegenwärtig wird die Realfiktion des unternehmerischen Selbst als analytischer Fixpunkt in soziologischen Gegenwartsdiagnosen herangezogen. So überträgt Peter (2017: 111) die neoliberale Subjektivierungsform auf das wissenschaftliche Feld und geht von einer „Konstitution des Akademischen Entrepreneurs als dominante Figur des zeitgenössischen Wissenschaftssubjekts“ aus.

Die Besonderheit von neoliberalen Subjektivierungsformen in der Wissenschaft ergibt sich aus der prekären Organisation von wissenschaftlicher Arbeit und traditionellen Imperativen im wissenschaftlichen Feld (vgl. Bourdieu 1992; Merton 1972: 48–55; Weber 2002 [1894–1922]: S 477). Aufgrund von einem traditionellen Arbeitsethos und besonders unsicheren Arbeitsbedingungen kann davon ausgegangen werden, dass akademische Entrepreneur*innen „stärker noch als Unternehmer nicht nur eigenaktiv und verantwortlich handeln sollen, sondern auch außergewöhnlich gut mit Unsicherheit und Risiken umgehen müssen, um ständig neue Innovationen hervorzubringen und ihre Unternehmung zum Erfolg zu führen“ (Peter 2017: 111). Auf den ersten Blick liegt es nahe, dass unternehmerisches Handeln zu einem irreduziblen Teil der Wirklichkeit in deutschen Hochschulen geworden ist und eine Metamorphose von traditionellen akademischen Subjektivierungsformen zu neoliberalen Formen der Subjektivierung stattfindet. In diesem Transformationsprozess werden akademische Subjekte angerufen, flexibel, mobil, risikofreudig, anpassungsfähig und unternehmerisch zu sein. Im empirischen Teil der Arbeit wird geklärt, ob sich neoliberale Formen der Subjektivierung in akademischen Subjektivierungsweisen ablagern und neoliberale Subjektivierungsformen (individuellen) Widerstand erzeugen.

Vorerst wird die Frage – was ist Neoliberalismus – mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des vorliegenden Kapitels geklärt. Hierbei wird die theoretische und institutionelle Ausrichtung der europäischen Variante des Neoliberalismus nur untergeordnet behandelt, zumal diese Aspekte schon an anderer Stelle ausführlich diskutiert wurden (vgl. Ptak 2004). Auch bestehende theoretische und politische Differenzen⁵ zwischen den neoliberalen Klassikern werden vernachlässigt. Vielmehr ist für den weiteren Verlauf der Arbeit die Infrastruktur des Wissens mit den Problematisierungen, Plausibilisierungsstrategien und Zielsetzungen von Interesse. Denn die Infrastruktur einer neoliberalen Wissenspolitik wird zur Diskussion der ersten beiden Forschungsfragen nach der Rationalität und den Anrufungen des NPM-Diskurses herangezogen.

⁵ Hierzu liegen bereits Arbeiten von Kolev (2013) und Ptak (2004) vor.

2.4 Infrastruktur des europäischen neoliberalen Interdiskurses

Grundlegend lässt sich das Ideengemenge des klassischen europäischen Neoliberalismus als zentraler Bestandteil eines hegemonialen Diskurses beschreiben, dessen Subjekte eine Ökonomisierung des Sozialen vorantreiben (vgl. Foucault 2004b: 313 f.). Spezifisch für den europäischen Neoliberalismus ist sein Entstehungskontext. Der europäische neoliberale Interdiskurs hat sich durch eine Problematisierung von gesellschaftspolitischen Ereignissen wie der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 und durch wiederkehrende Krisen des klassischen Liberalismus formiert (vgl. Kolev 2013: 2 f.; Ptak 2004: 289). Außerdem bietet der europäische neoliberale Interdiskurs für gesellschaftliche Notstände der Nachkriegszeit von 1945 bis 1949 Lösungen an. Hierzu werden Handlungsanweisungen für „die Umstellung der Kriegswirtschaft auf eine Friedenswirtschaft“ (Foucault 2004b: 118) sowie für das deutsche Problem der Staatsbildung bereitgestellt (vgl. Foucault 1978: 120). In der Nachkriegszeit gelingt es Politiker*innen mit der Einführung von wirtschaftlichen Freiheiten die BRD zu neuer politischer Souveränität zu führen. Um jedoch neoliberale Freiheitsgarantien unter den aufkommenden Krisen des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, waren zunehmend staatliche Zwangsmaßnahmen im Bereich der Ökonomie notwendig. Was individuelle Freiheit erzeugen sollte, erzeugte klassische sozialstaatliche Interventionen (vgl. Foucault 2004b: 105 f.). Deswegen führen die Problematisierungen der europäischen neoliberalen Klassiker zur politischen Forderung nach einer Wettbewerbsordnung durch aktivierende und aktive staatliche Interventionen in den Rahmen des Marktes. Im Fall von sozioökonomischen Krisen werden Formen des Staatsversagens⁶ und ordnungspolitische Problemlagen⁷ dafür verantwortlich gemacht (vgl. Eucken 1949: 49; Hayek 1991: 290). Den Fixpunkt der neoliberalen Problemwahrnehmung bildet die Denkweise, dass „nichts beweist, daß die Marktwirtschaft Mängel hat, [...] da man alles, was man ihr [...] unterstellt, dem Staat zuschreiben muß“ (Foucault 2004b: 167). Exemplarisch für diese staatskritische Problemwahrnehmung steht das geteilte Deutungsmuster über die

⁶ Insbesondere (staatliche) Interventionen, die von keynesianischen Ideen geprägt sind, erfahren eine Problematisierung in der programmatischen Literatur der europäischen neoliberalen Klassiker (vgl. Eucken 1997: 40; Röpke 1997: 29).

⁷ Hier werden vor allem die liberale Wirtschaftspolitik des Laissez-faire und fehlende gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen kritisiert, die eine marktförmige Gesellschaftsordnung sichern und stabilisieren sollen (vgl. Röpke 1997: 40; Rüstow 1949: 148).

Weltwirtschaftskrise von 1929, welche auf eine sozialstaatliche Wirtschaftspolitik zurückgeführt wird, „die vor allem Keynes und die Keynes-Schule mit Erfolg vertreten“ (Eucken 1997: 42).

Die Gegenstände von neoliberalen Problematisierungen sind vielseitig und variabel, denn auch Gewerkschaften und Demokratie werden kritisiert und für Wirtschaftsdepressionen sowie für mangelnden gesellschaftlichen Fortschritt verantwortlich gemacht (vgl. Hayek 1991: 340 f.; Rüstow 1949: 120 f.). Bei all den Problematisierungen bleibt die Art und Weise der Kritik stets dieselbe. Denn herrschende Subjekte des neoliberalen Diskurses gehen von einer Unfehlbarkeit des Marktes aus. Deswegen wird die Kritik am Projekt der Sozialen Marktwirtschaft in den 1950er Jahren von europäischen neoliberalen Klassikern als „ökonomische Greuelpropaganda gegen die marktwirtschaftlich-nichtinflationäre Kerngruppe Europas“ (Röpke 1997: 33) gedeutet. Infolge dieses diskursiven Ereignisses wandeln sich die Infrastruktur des neoliberalen Interdiskurses und die Praktiken von neoliberalen Klassikern. Fortan fühlen sich die Klassiker verpflichtet, als Anwälte des Marktes die „neoliberale Marktwirtschaft“ gegen eine „linke Marktwirtschaft“ (ebd.: 34) eines aufkommenden Sozialstaates zu verteidigen. Des Weiteren grenzen sich die europäischen neoliberalen Klassiker infolge der zunehmenden Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft von gegnerischen Positionen stärker ab als zuvor, um auf die Umgruppierung des europäischen Kräfteverhältnisses zu reagieren. Die Abgrenzung der Klassiker kann als Verteidigungsstrategie des neoliberalen Projekts in Europa betrachtet werden. Sichtbar wird die neoliberale Verteidigungsstrategie an der Handlungsmaxime „there is no alternative“ (Berlinski 2011). Mithilfe einer scheinbaren Alternativlosigkeit zu einer neoliberalen Gesellschaftsordnung wurde die radikale Politik der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in den 1980er Jahren verwirklicht. Beispielhaft für den Modus neoliberaler Kritik kann auch Röpkes (1997: 61) Schlussbemerkung zur Studie „Kernfragen der Wirtschaftsordnung“ genannt werden: „Wer den Wettbewerb unbequem findet, muß sich abfinden mit Organisation, Subordination, dem Schwinden der Verantwortung im immer dichteren Nebel des Unpersönlichen, der Unterwerfung des Menschen unter den Kollektivapparat.“ Mit der suggerierten Alternativlosigkeit zu einer marktförmigen Gesellschaft entwickeln herrschende Subjekte des neoliberalen Diskurses eine Plausibilisierungsstrategie für ihr Gesellschaftsmodell. Denn eine „neoliberale Marktwirtschaft“ ist mit individueller Freiheit verbunden, wohingegen sich Menschen in einer „linken Marktwirtschaft“ (Röpke 1997: 34) unterwerfen sollen.

„Das bedeutet, daß die Zustimmung zu diesem liberalen System als Nebenprodukt neben der juridischen Legitimation [...] den permanenten Konsens erzeugt, und das Wirtschaftswachstum, die Produktion des Wohlstands durch dieses Wachstum erzeugt als Spiegelbild zur Genealogie Wirtschaftsinstitution/Staat eine Bewegung von der Institution der Wirtschaft zur globalen Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer Ordnung und ihrem System“ (Foucault 2004b: 124 f.).

Die Zustimmung der Bevölkerung wird auch in der Gegenwart an der Anschlussfähigkeit neoliberaler Regierungsprogramme – trotz zunehmender kapitalistischer Krisen – deutlich (vgl. Butterwege, Lösch & Ptak 2017: 11 f.). Dieser Zusammenhang kann auf Guerillapraktiken von herrschenden Subjekten des (europäischen) neoliberalen Interdiskurses zurückgeführt werden. Mithilfe der Praktiken von Diskursguerillas werden andere Wissensordnungen transformiert, wodurch gleichzeitig eine Anschlussfähigkeit entsteht. Bei diesem Transformationsprozess eignen sich die neoliberalen Diskursguerillas Fragmente von anderen Diskursen an, deuten diese um und nutzen die transformierten Fragmente als Vehikel für eigene Ideen und Praktiken.

Vor diesem Hintergrund lässt sich der globale Erfolg einer neoliberalen Gesellschaftspolitik wie folgt erklären: Erstens ist eine neoliberale Wissenspolitik durch eine ökonomische Vernunft, die ein Marktversagen ausschließt, aber auch durch die Handlungsmaxime der Alternativlosigkeit widerstandsfähig und brechungsstark geworden. Und zweitens gelingt es herrschenden Subjekten mit Diskursguerillapraktiken, Anschlussfähigkeit zu erzeugen und andere, widerstrebende Diskurse für eigene Interessen zu instrumentalisieren. Der neoliberale Interdiskurs erweist sich bis dato durch die parallel verlaufenden Strategien aus zentraler Verteidigung und dezentralem Angriff sowie durch eine persistente Staatskritik äußerst krisensicher. Selbst nach der Weltwirtschaftskrise 2008/09, wo vielerorts Zweifel an einem neoliberalen Regierungsprogramm aufkamen,

„verschwanden die neoliberale Propaganda freier Märkte und die Angriffe auf den Interventionsstaat vorübergehend aus der öffentlichen Debatte, bald war aber klar, dass selbst dieses Krisendebakel keinesfalls zum Unter- oder Niedergang des Neoliberalismus geführt hatte. Vielmehr kehrte dieser nach einer kurzen Latenzzeit zurück, um seine marktradikale Agenda noch konsequenter zu verwirklichen. [...] Bis heute bestimmt der Neoliberalismus die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Medienöffentlichkeit und das Alltagsbewusstsein hierzulande so stark wie kaum eine andere Weltanschauung, obwohl sich nur ein kleiner, aber politisch einflussreicher Personenkreis dieser Denkrichtung zuordnet“ (Butterwege, Lösch & Ptak 2017: 11 f.).

Dadurch kann Neoliberalismus als ein Interdiskurs mit einem universellen Geltungsanspruch in der Gesellschaft betrachtet werden, wodurch der Einzelne mit neoliberalen Subjektivierungsformen konfrontiert wird. Vor diesem Hintergrund bilden neoliberale Subjektivierungsformen individuelle Handlungsrezepte für gesellschaftliche Problemlagen. Gleichwohl spiegelt sich im neoliberalen Interdiskurs eine spezifische Regierungsweise wider, die im Folgenden mit dem Konzept der Gouvernamentalität analysiert wird (vgl. Foucault 2004a, b).

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Gouvernementalität: Ein Konzept zur Analyse von Regierungsweisen und als Basis einer Soziologie des individuellen Widerstands

3

„Ich verstehe unter ‚Gouvernementalität‘ die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2004a: 162).

Gouvernementalität (frz. *gouvernementalité*) wird vom Adjektiv „gouvernemental“, d. h. „die Regierung betreffend“ (Lemke 2014: 260), abgeleitet und beschreibt einen Machttypus moderner Regierungsweisen. Regierungsweisen lassen sich anhand von verschiedenen Wissensordnungen, Rationalitäten, Technologien und Apparaten unterscheiden, die zur Ausübung von (politischer) Souveränität entwickelt werden (ebd.). Bei Gouvernementalitätsanalysen werden weniger spezifische Herrschaftstechnologien im Brennglas betrachtet, sondern Regierungsweisen als Rationalisierung der Regierungspraxis erschlossen und die (sozialen) Effekte der Regierungsweisen beleuchtet (vgl. Foucault 2004b: 14).

Mit dem gouvernementalitätstheoretischen Deutungsrahmen verändert sich auch die Lesart des Neoliberalismus von einem reintegrierenden, transformierenden Diskurs zu einer modernen Regierungsweise (Foucault 2004a: 162). Außerdem werden mit dem Konzept der Gouvernementalität verschiedene Regierungsweisen und Herrschaftstechnologien nicht entlang von klassischen Begriffen wie Souverän, Staat und bürgerlicher Gesellschaft analysiert (vgl. Foucault 2004b: 15). Vielmehr werden die klassischen Begriffe als Operatoren der Gouvernementalität betrachtet, um spezifische Regierungsweisen einer historischen Epoche zu beschreiben (ebd.). Exemplarisch für dieses operative Regierungsverständnis kann Freiheit genannt werden. Denn mithilfe von Freiheit kann zu verschiedenen Zeitpunkten ein anderes Verhältnis zwischen Subjekten und

Regierungsweisen bestimmt werden (ebd.: 97). Im Allgemeinen beschreibt Gouvernementalität „die Art und Weise, mit der man das Verhalten der Menschen steuert“ (ebd.: 261). Im engeren Sinn bildet das Konzept der Gouvernementalität einen Analyserahmen für Herrschaftsverhältnisse, die sich in einer spezifischen Konfiguration von Wissen, Macht und Subjektivierung (re-)produzieren (vgl. Foucault 2004a: 162). „Es geht um die Definition dessen, was man unter Regierung des Staates zu verstehen hat und was wir, wenn Sie so wollen, die Regierung in ihrer politischen Form nennen“ (Foucault 2015: 42). Im Unterschied zur Analyse der Disziplargesellschaft verschiebt sich mit einer Genealogie des modernen Staates das Paradigma der Macht hin zur Regierung (vgl. Foucault 2004b; 2008). Oder anders formuliert:

„Jenseits einer exklusiven politischen Bedeutung verweist Regierung also auf zahlreiche und unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung, Kontrolle, Leitung von Individuen und Kollektiven zielen und gleichermaßen Formen der Selbstführung wie Techniken der Fremdführung umfassen“ (Lemke, Krasmann & Bröckling 2015: 10).

Technologien des Selbst bzw. *Selbsttechnologien* ermöglichen Subjekten

„mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren Körpern, mit ihren eigenen Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen“ (Foucault 1984: 35 f.).

Wohingegen *Herrschaftstechnologien* bzw. *Technologien der Fremdführung* als Mittel und Methoden verstanden werden, mit denen Verhaltensweisen kanalisiert, reglementiert, angereizt, verhindert und gesteuert werden. Demnach hat „der Begriff der Macht selbst [...] keine andere Funktion, als einen [Bereich] von Beziehungen zu bezeichnen, die alle analysiert werden sollen“ (Foucault 2004b: 261). Mit dem Analyseraster der Gouvernementalität werden also verschiedene (historische) Regierungsweisen erforscht.

Als treibende Kraft eines gouvernementalen Wandels konstatiert Foucault (2004b: 112 ff.) Problematisierungen von Regierungsweisen, die Widerstand jeglicher Couleur erzeugen. Daran anknüpfend wird Subjekten eine Doppelrolle zugeschrieben: Einerseits befindet sich das Subjekt in einem Abhängigkeitsverhältnis und unterwirft sich der Herrschaft eines anderen. Dadurch sind das Bewusstsein und die Selbsterkenntnis an eine subjektive Identität gebunden (vgl. Foucault 2005a: 245). Andererseits wird die „Mikrophysik der Macht“

(Foucault 1976) durch die Annahme erweitert, dass Menschen nicht nur die Kontaktfläche von Wissensordnungen und Regierungsweisen sind, sondern mit kollektiven und persönlichen Aneignungs-, (Um-)Deutungs- sowie Transformationsprozessen Reibungen und Brüche im Dreieck von Wissen, Macht und Subjektivierung entstehen (vgl. Deleuze 1991: 155 f.). Zusammenfassen lässt sich die Doppelrolle von Menschen in einem Regime von Wissen, Macht und Subjektivierung mit der folgenden Abbildung (vgl. Abbildung 3.1: Individuen als Kontaktfläche und Transformateur*innen von Wissen, Macht und Subjektivierung).

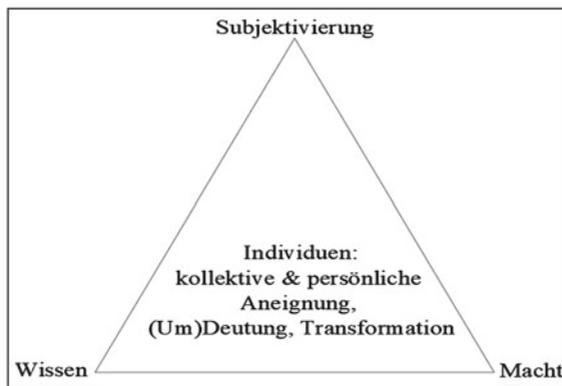


Abbildung 3.1 Individuen als Kontaktfläche und Transformateur*innen von Wissen, Macht und Subjektivierung

Mit diesem doppelten Verständnis von Individuen bemerkt Foucault (2004a: 282) während der Analyse von modernen Regierungsweisen, dass

„das Pastorat eine Macht ist, welche die Verhaltensführung der Menschen zum Zielobjekt hat, [...] [und in] Korrelation dazu [...] genauso spezifische Bewegungen wie Widerstände, Widersetzlichkeiten, etwas, das man spezifische Revolten der Verhaltensführung nennen könnte, [erzeugt]“.

Es kann festgehalten werden, dass sich im Zentrum von klassischen Gouvernementalitätsanalysen das Anwendungsfeld der Regierungspraxis befindet. Die Praxis einer Regierung wird jedoch nicht als politische Universalie im Sinne einer Staatstheorie begriffen, sondern als ein System von unterschiedlichen Regierungsweisen (vgl. Foucault 2004b: 115). In diesem Kontext markieren Krisen der

Gouvernementalität den Ausgangspunkt der Ontologie von Wissen, Macht und Subjektivierung (vgl. Pieper & Rodríguez 2003: 9).

Gleichzeitig kann die Geschichte der Gouvernementalität für die Perspektive der Soziologie des individuellen Widerstands genutzt werden. Mit der Soziologie des individuellen Widerstands werden Wissensordnungen, Regierungsweisen sowie Subjektivierungsformen vom inneren Widerstand handelnder Menschen aus erforscht. Das Konzept der Gouvernementalität bildet die Basis für die Soziologie des individuellen Widerstands, weil damit ein Analyserahmen und ein Instrument der Kritik von verschiedenen Arten der Menschenführung bereitgestellt werden. Ein weiterer Berührungspunkt zwischen der Soziologie des individuellen Widerstands und der Gouvernementalitätstheorie entsteht durch die Annahme, dass alles „politisierbar [ist], alles kann politisch werden. Die Politik ist nicht mehr und nicht weniger als das, was mit dem Widerstand gegen die Gouvernementalität entsteht, die erste Erhebung, die erste Konfrontation“ (Sennelart 2004 zit. n. Foucault 2004b: 486). Vor diesem Hintergrund erweitert die Soziologie des individuellen Widerstands das Konzept der Gouvernementalität, indem sowohl nicht-diskursive Praktiken und Subjektivierungsweisen im Anwendungsfeld einer Regierungspraxis erforscht als auch Fluchtpunkte und Brüche in einem Subjektivierungsregime beleuchtet werden. Dazu wird die Ontologie von Wissen, Macht und Subjektivierung genutzt.

Insofern kann der gouvernementale Wandel in der Mitte des 18. Jahrhunderts vom Prinzip der Staatsräson hin zu einer liberalen Regierungsweise auf einen politischen Widerstand gegen den Rationalitätsrahmen einer merkantilistischen Regierung zurückgeführt werden (vgl. Foucault 2004a: 486–490). Infolge von Problemen des Reichtums und der Bevölkerung durch eine anhaltende Getreide- und Nahrungsknappheit wurde die merkantilistische „Politik des billigen Getreides“ (ebd.: 491) und die Ausübung der politischen Souveränität, die auf „einer allgemeinen Reglementierung der Menschen und des Territoriums“ (ebd.: 489) beruht, kritisiert. Deswegen wird der Merkantilismus weniger als ökonomische Lehre analysiert, sondern vielmehr als Regierungsweise mit folgenden Prinzipien:

„Daß erstens der Staat sich durch die Akkumulation von Geld bereichern soll, zweitens daß er sich durch Wachstum der Bevölkerung stärken soll, drittens daß er sich in einem Zustand der ständigen Konkurrenz mit fremden Mächten befinden und halten soll“ (Foucault 2004b: 18).

Aus der Destabilisierung der Staatsräson und aus dem damit verbundenen politischen Widerstand formiert sich eine liberale Gouvernementalität (vgl. Foucault

2004a: 507). Infolgedessen wandelt sich die Staatsräson des maximalen Staates hin zur Regierung des minimalen Staates (vgl. Foucault 2004b: 84).

3.1 Liberale Gouvernamentalität

Die liberale Regierungsweise besteht darin, die „richtige“ bzw. „natürliche“ (ebd.: 50) Balance zwischen einem Maximum und einem Minimum zugunsten einer minimalen Regierung auszuloten. In diesem Zusammenhang setzt die Regierung des minimalen Staates dem Regierungsprinzip der Staatsräson die politische Ökonomie als Begrenzung der Regierungsmacht entgegen (ebd.: 49). Der Markt soll unter einer liberalen Regierungspraxis zum Ort der Wahrheitsbildung, der Verteilungsgerechtigkeit und der Rechtsprechung werden (ebd.: 54 f.). Denn anders als unter einer merkantilistischen Regierung, wo die Preise durch eine staatliche Reglementierung festgelegt wurden, geht eine liberale Rationalität von einer „natürlichen“ bzw. „angemessenen“ (ebd.: 53) Preisbildung aus, insofern der Markt vor staatlichen Interventionen schützt und die Ordnung des Marktes von Wirtschaftssubjekten ausgehandelt wird. Nur mit dem Laissez-faire-Prinzip können sich, so lautet die liberale Losung, „natürliche“, d. h. „wahre“ Preise bilden, die „in einem bestimmten Verhältnis zur geleisteten Arbeit, zu den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Konsumenten stehen“ (ebd.). Die Veridiktion des Marktes wird dadurch zu einer äußeren Begrenzung der Regierungspraxis. Oder mit anderen Worten zusammengefasst:

„Der Markt soll die Wahrheit sagen, er soll die Wahrheit im Hinblick auf die Regierungspraxis sagen. Seine Rolle der Veridiktion wird künftig und auf einfach sekundäre Weise die juristischen Mechanismen, zu denen der Markt Stellung beziehen soll, anordnen, diktieren, vorschreiben, oder die Abwesenheit dieser Mechanismen, über die er sich zu äußern hat, bestimmen“ (ebd.: 56).

Die liberale Regierungspraxis soll sich nicht mehr an der Weisheit von Regierenden orientieren, sondern sich nach den Erkenntnissen der politischen Ökonomie richten (vgl. Foucault 2004a: 150 f.). Dadurch wird der Spezialdiskurs der politischen Ökonomie zur Ratio und Begrenzung einer liberalen Regierungspraxis, weil eine Regierung, die „gegen alle Regeln sowohl des Beobachtbaren als auch der Rationalität den Verkehr des Getreides reglementiert, maximale Preise festlegt etc.: sie handelt blind, gegen ihre Interessen, sie irrt sich buchstäblich, und zwar wissenschaftlich“ (ebd.: 503). Demnach bestimmen herrschende Subjekte mit evidenzbasiertem Wissen der politischen Ökonomie, ob zu viel oder wenig regiert

wird, ob die Regierungspraxis richtig oder falsch ist. Durch die Politisierung von Fragmenten aus Spezialdiskursen wird eine wirtschaftswissenschaftliche Denkweise zur politischen Rationalität einer liberalen Regierung. Diese spezifische Verbindung von Wissen und Macht deckt sich auch mit dem ersten Deutungsangebot von (Neo-)Liberalismus als reintegrierender Wissensbereich und von neoliberalen Subjekten, die wissenschaftliches Wissen umdeuten und als Vehikel für ihre Ideen nutzen (vgl. Abschnitt 2.1 Neoliberalismus als Interdiskurs; 2.2 Neoliberale Klassiker als Anwälte des Marktes und Diskursguerillas). Denn herrschende Subjekte des (neo-)liberalen Interdiskurses übertragen politisierte Fragmente von Spezialdiskursen in Elementardiskurse und erzeugen eine Lebenstotalität aus (neo-)liberalen Subjektivierungsformen (vgl. Bröckling 2007: 283; Link 1983: 27). Demnach soll die politische Ökonomie sowohl die Denk- und Handlungsweise des Einzelnen als auch die Richtschnur der Regierungspraxis bilden.

Sichtbar wird die Rationalität einer liberalen Regierung am Problem der Bevölkerung. Anstatt die Bevölkerung als Menge von Untertanen mit Reglementierungen zu steuern, wird sie als Naturalität betrachtet, die durch das Gesetz der Interessenmechanik beeinflusst wird (vgl. Foucault 2004a: 504). In diesem Zusammenhang übernimmt die Regierung Verantwortung für die Bevölkerung, indem evidenzbasiertes Wissen angewendet wird, um Probleme der Bevölkerung handhabbar zu machen. Denn mit wissenschaftlichem Regierungswissen wurden beispielsweise Praktiken der öffentlichen Hygiene entwickelt und Fragen der Demografie geklärt. Mit dieser Vorgehensweise steuert ein minimaler Staat die Interessen der Bevölkerung nicht direkt mit unmittelbarem Zwang, sondern kanalisiert die verschiedenen Interessen über Anreizsysteme der Gefahr und der Selbstsorge. Interessen und Verhaltensweisen werden also angereizt, erleichtert oder erschwert (ebd.: 505 f.). Durch die naturalistische Perspektive auf den Wirtschaftsprozess und die Bevölkerung verschieben sich Grenzen der Regierungspraxis in mehrfacher Hinsicht: Erstens wird die Regierungspraxis von Imperativen der politischen Ökonomie eingeschränkt. Insbesondere Physiokraten wie Vincent de Gournay prägten die liberale Regierungsmaxime: *Laissez faire, laissez passer* (vgl. Schelle 2011). Zweitens wird mit der Verwaltung der Bevölkerung das Problem der Nützlichkeit aufgegriffen, welches sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts zuspitzt. Der Maßstab einer interessenbasierten Regierungspraxis ist die Nützlichkeit für die Bevölkerung und den Markt. Denn „die Interessen sind im Grunde dasjenige, wodurch die Regierung Gewalt über alle diese Dinge ausüben kann, die für sie die Individuen, die Handlungen, die Reden, die Reichtümer, die Ressourcen, das Eigentum, die Rechte usw. sind“ (Foucault 2004b: 73 f.). Der Zweck und das Instrument einer liberalen Regierung ist die Verknüpfung von

Marktfreiheit mit den Interessen der Bevölkerung durch individuelle Freiheiten, um im Interesse der Bevölkerung zu handeln, ohne jedoch in das Marktgeschehen einzugreifen und Freiheiten zu gefährden (vgl. Foucault 2005a: 168). Damit bilden der Markt als Ort der Wahrheit und die Interessen der Bevölkerung die Fixpunkte einer liberalen Regierung (vgl. Foucault 2004b: 72).

Das ökonomische Interessen-Nützlichkeitskalkül von liberalen Subjekten wird am Prinzip des europäischen Gleichgewichts ersichtlich. Hier sollen einzelne Nationalstaaten die Interessen von anderen Nationen in Europa berücksichtigen, um unter der „Idee eines europäischen Fortschritts“ sowohl eine kollektive Bereicherung voranzutreiben als auch auf einem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben (ebd.: 85 f.). Die Lissabon-Strategie und das Regierungsprogramm „Europa 2020“ (Europäische Kommission 2010) belegen die politische Aktualität der liberalen Wissenspolitik einer transnationalen Beutegemeinschaft, die sich kollektiv am Rest der Welt bereichert und um internationale Wettbewerbsfähigkeit kämpft. Darüber hinaus wird mit der Idee des europäischen Gleichgewichts der liberale Macht-Wissen-Komplex erweitert, weil nicht nur Individuen, sondern auch Nationalstaaten sowie der europäische Wirtschaftsraum als Wirtschaftssubjekte angerufen werden. Hier wird nicht mehr von einem merkantilistischen Nullsummenspiel des persönlichen Gewinns oder Verlusts ausgegangen, sondern von einer weltumspannenden politischen Rationalität, die in der Öffnung der Märkte eine Garantie des ewigen Friedens und des Wohlstands sieht (vgl. Foucault 2004b: 88). In diesem Kontext wird durch den Prozess der kollektiven Bereicherung eine Win-win-Situation zwischen Wirtschaftssubjekten versprochen, jedoch unter der Voraussetzung, dass sich alle Marktteilnehmer*innen in einem Zustand der vollkommenen Konkurrenz befinden. Denn eine liberale Wissenspolitik postuliert „ein Maximum an Gewinn für den Verkäufer, ein Minimum an Ausgaben für die Käufer“ (ebd.: 84), wenn sich Konkurrenz zwischen Wirtschaftssubjekten frei entfalten kann. Insofern können Liberalismus und Staatsräson als zwei unterschiedliche Regierungsweisen analysiert werden, denn eine liberale Regierung folgt dem Prinzip der maximalen Ökonomie, wohingegen unter der Staatsräson ein maximaler Staat verfolgt wird (vgl. Foucault 2005a: 181). Demgemäß setzt sich jedoch eine liberale Regierungspraxis dem Verdacht aus, dass zu viel regiert wird, was zu einer Veridiktion des Marktes sowie zur Überprüfung von Regierungspraktiken durch die Prinzipien der Nützlichkeit und der Interessen der Bevölkerung führt (ebd.: 181 f.).

Gleichzeitig basiert eine liberale Regierung auf einer politischen Kultur der Gefahr und der Verwaltung von individuellen Freiheiten. Vor dem Hintergrund werden bereitgestellte individuelle Freiheiten mit Kontroll- und Zwangsmechanismen in Form von liberalen Herrschaftstechnologien gesteuert. Das Ziel von

liberalen Herrschaftstechnologien besteht darin, Interessen zu kanalisieren sowie gewährte individuelle Freiheiten zu beherrschen, was zur Folge hat, dass zunehmende Freiheiten durch eine Steigerung von Kontrolle und Intervention begleitet werden (vgl. Foucault 2004b: 103). Freiheit wird also hergestellt und gesichert, indem das Verhalten von Subjekten mit panoptischen Disziplinartechniken überwacht und diszipliniert wird (vgl. Bentham 1791). Demzufolge wird Kontrolle nicht zum Gegenpol von Freiheit, sondern zur treibenden Kraft, denn Kontroll- und Zwangsmechanismen werden von einer liberalen Regierung als legitimes Mittel betrachtet, eine soziale Ordnung zu sichern, die auf der Freiheit des Einzelnen und des Marktes beruht. Durch die Verknüpfung von individueller Freiheit mit einer politischen Kultur der Gefahr wird das Wechselspiel zwischen persönlichem Risiko, Eigenverantwortung und Kontrolle zur treibenden Kraft einer liberalen Mobilisierung, denn die individuelle Verantwortung für die Gefahren des Lebens fordert Subjekte auf, flexibel auf ihre unsicheren Lebensumstände zu reagieren und sich an eine liberale Wissens- und Identitätspolitik anzupassen. Oder man könnte auch behaupten:

„Die Devise des Liberalismus ist, ‚gefährlich zu leben‘. ‚Gefährlich zu leben‘, das bedeutet, daß die Individuen fortwährend in eine Gefahrensituation gebracht werden oder daß sie vielmehr darauf konditioniert werden, ihre Situation [...], ihre Zukunft usw. als Träger von Gefahren zu empfinden. Und dieser Anreiz der Gefahr ist, glaube ich, eine der wichtigsten Implikationen des Liberalismus“ (Foucault 2004b: 101).

Damit sich der Einzelne gegen die Gefahren des Lebens absichern kann, werden Sicherheitsdispositive eingerichtet. Denn mithilfe von Sicherheitsdispositiven werden individuelle und kollektive Fluchtpunkte für die Gefahren des Alltags eröffnet. Gleichwohl wird mit bereitgestellten Sicherheiten ein gouvernementaler Zugriff auf Verhaltensweisen hergestellt. Zur Hauptaufgabe von Sicherheitsmechanismen zählt die Kanalisierung von Interessen der Bevölkerung (vgl. Foucault 2004a: 506).

Die Rationalität von liberalen Sicherheitsdispositiven kann am Wandel der Polizei verdeutlicht werden. Während die Polizei unter dem Prinzip der Staatsräson die Untertanen und das Territorium stark reglementiert, soll das Polizei-Dispositiv unter einer liberalen Regierung die Kräfte des Staates durch den Schutz von individuellen Freiheiten steigern. Mit dem Transformationsprozess der Polizei wird ein diplomatisch-militärisches Dispositiv der Staatsräson in verschiedene Institutionen zerlegt, die sich mit der Verwaltung der Bevölkerung, dem öffentlichen Recht und der Anerkennung von individuellen Freiheiten auseinandersetzen (Foucault 2004a: 507 f.).

In diesem Zusammenhang kann konstatiert werden, dass der Haupteinsatz einer liberalen Regierung darin besteht, in einer bürgerlichen Gesellschaft dem Markt einen Freiraum einzurichten, ohne hergestellte individuelle Freiheiten zu gefährden (vgl. Foucault 2004b: 187). Diesbezüglich markieren Gesellschaft, Ökonomie, Bevölkerung, (Un-)Sicherheit und Freiheit die zentralen Bestandteile einer (neo-)liberaler Regierungsweise (vgl. Foucault 2004a: 508). Sowohl die Kultur der Gefahr als auch die Verbindung von Freiheit mit einer zunehmenden Kontrolle des Staates durch Herrschaftstechnologien erzeugt im Verlauf des 20. Jahrhunderts politischen Widerstand und führt zur Krise der liberalen Regierungspraxis. Diese Krise spiegelt sich u. a. im Freiheits-Paradoxon wider: Um die Freiheit der Arbeit unter zunehmender Arbeitslosigkeit zu garantieren, sind direkte Eingriffe in den Markt notwendig (vgl. Foucault 2004b: 103 f.). Aus diesen Widersprüchen einer liberalen Regierungspraxis entwickelt sich eine Grammatik der Sorge (vgl. Fach 2015: 112 f.). Die folgenden wohlfahrtsstaatlichen Interventionen in den Markt bilden eine wesentliche Gegenbewegung zur liberalen Kultur der Gefahr und damit den Ausgangspunkt für eine andere Regierungsweise. Anstatt den Einzelnen mit Risiken zu konfrontieren und anzureizen, wird ein Herrschaftsverhältnis zwischen Hirte und Herde hergestellt. Zugespitzt formuliert:

„Anderen fällt dazu eher das Vater-Bild ein. Ein Schäfer- oder auch Vater-Staat beherrscht seine Schafs- oder auch Kindsköpfe in wohlthätiger Absicht, unterstützt sie, wo immer Hindernisse ausgeräumt werden müssen, leitet ihre Tätigkeiten an und versichert ihre Risiken, verschafft ihnen Chancen und heilt ihre Leiden, zeigt allen den rechten Weg und kümmert sich um jedes Einzelschicksal“ (ebd.: 113).

Diese moderne pastorale Regierungsweise stellt eine Revolte der Verhaltensführung zu einer liberalen Regierungsweise dar. Gleichzeitig wirken sozialstaatliche Interventionen dialektisch und aktualisieren eine liberale Regierungsweise. Denn eine neoliberale Regierungsweise bildet – ganz im Sinn von Fichtes (1907 [1795]: 72 f.) dialektischem Dreischritt – eine Synthese zwischen einer pastoralen und einer liberalen Regierungsweise, ohne jedoch bestehende Gegensätze vollkommen aufzulösen. Vielmehr legitimiert sich eine neoliberale Regierungsweise durch bestehende Spannungsverhältnisse zwischen anderen Regierungsweisen. Sichtbar wird dieser Zusammenhang sowohl an der permanenten Kritik einer sozialstaatlichen Regierungspraxis als auch der liberalen Laissez-faire-Politik. Vor diesem Hintergrund kann die Geschichte der Gouvernamentalität als eine Geschichte des Widerstands betrachtet werden, jedoch lösen sich historische Gegensätze nicht dialektisch auf, weil es keine lineare historische Abfolge von

Regierungsweisen gibt, sondern ein Bruch mit der Kontinuität durch den „Effekt eines Systems von mehreren Gouvernamentalitäten“ (Foucault 2004b: 115) entsteht (vgl. Junge 2008: 47). Dementsprechend „funktioniert ein Programm gerade deshalb ‚gut‘, weil es nicht oder jedenfalls nur schlecht funktioniert bzw. es die Probleme erst schafft, auf die es dann vorgeblich reagiert“ (Lemke 2000: 43). Folglich reflektieren und aktualisieren sich Regierungsweisen in den Spannungen und Widersprüchen jeweils anderer Regierungsweisen. In diesem Zusammenhang kann die bürgerliche Gesellschaft als Revolte der Verhaltensführung zur Staatsräson betrachtet werden und eine neoliberale Regierungsweise als Gegenbewegung zur modernen pastoralen und liberalen Regierungsweise.

3.2 Neoliberale Gouvernamentalität

Die Synthese von widerstrebenden Regierungsweisen wird am Programm der Sozialen Marktwirtschaft in zweifacher Hinsicht deutlich: Einerseits wird mit dem Bezug auf sozialstaatliche, keynesianische Interventionen eine liberale Kritik an einer postoralen Regierungspraxis aktualisiert (vgl. Eucken 1997: 40; Röpke 1997: 29). Andererseits werden eine liberale Regierungspraxis kritisiert und Fragmente der politischen Ökonomie umgedeutet. Für den neoliberalen Transformationsprozess werden Narrationen eines freien Marktes sowie ein liberaler Freiheitsbegriff genutzt und mit einem ordnungspolitischen Rahmen versehen (vgl. Rüstow 1949: 148). Gemäß Rüstow (ebd.: 131) ist Neoliberalismus „eine Erneuerung des Liberalismus von Grund auf [...], die insbesondere auch allen berechtigten Einwänden und Forderungen des Sozialismus voll Rechnung trägt“. Denn „eine politische Utopie von Gleichheit oder Gerechtigkeit kennt der politische Liberalismus nicht, denn beide Momente sind entweder durch den vorausgehenden Naturzustand oder durch das Prinzip des freien Marktes gewährleistet“ (Junge 2008: 67). Dadurch führt das „Laissez-faire in eine Wirtschaftspolitik des Interventionismus“ (Eucken 1949: 6) und markiert den Übergang zu einer neoliberalen Regierungsweise. Es soll weder ein minimaler Staat entstehen, der die Sicherung und Koordination der Ökonomie den Wirtschaftssubjekten überlässt, noch soll der Staat die Ökonomie organisieren und reglementieren. Nach einer neoliberalen Rationalität liegitimiert sich der Staat in Marktfreiheit und in einer Übernahme von Verantwortung für die Bevölkerung sowie in der Sicherung eingerichteter individueller Freiheiten (vgl. Foucault 2004b: 119). Die Basis zur Ausübung von (politischer) Souveränität bildet eine soziale Wettbewerbsordnung, in der individuelle Freiheiten und Sicherheitsdispositive durch den Markt hergestellt werden (vgl. Röpke 1997: 40). Anders ausgedrückt:

„Der wirtschaftlich freie Markt bindet in politischer Hinsicht und verleiht politischen Bindungen Ausdruck. Eine stabile Deutsche Mark, eine zufriedenstellende Wachstumsrate, eine steigende Kaufkraft, ein günstiges Gleichgewicht von Zahlungen, das sind im zeitgenössischen Deutschland sicherlich die Wirkungen einer guten Regierung, aber es ist auch [...] die Art und Weise in der sich ständig der staatsgründende Konsens manifestiert und verstärkt“ (Foucault 2004b: 126).

Damit wird in der Nachkriegszeit die wirtschaftliche Freiheit der BRD zum Produkt des Wachstums, des Wohlstands, des Staates und der Geschichtsvergessenheit (ebd.). Gleichwohl basiert der Wiederaufbau der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Totalität der Ökonomie, denn „die Wirtschaft erzeugt Legitimität für den Staat, der ihr Garant ist“ (ebd.: 124). Es ging also nicht wie unter einer liberalen Regierung darum, die Freiheit des Marktes in einem legitimen staatlichen Raum einzurichten. Vielmehr sollte die Regierungspraxis nach der Richtschnur der politischen Ökonomie ausgeübt werden, um einen Staat durch wirtschaftliche Freiheit und Wachstum zu legitimieren und zu stärken.

Neben der historischen Situation und dem Modus der Ausübung von (politischer) Souveränität wandelt sich die Regierungspraxis durch eine Problematisierung der liberalen Kultur der Gefahr. Anstatt den Einzelnen mit den Gefahren des Lebens ohne hinreichende Handlungsrezepte zurückzulassen und damit sozialstaatliche Interventionen zu provozieren, werden mehr Anreize durch Sicherheitsdispositive geschaffen, die durch eine neoliberale Gesellschaftspolitik fundiert werden. Fortan sollen individuelle Risiken nicht mehr durch sozialstaatliche Versicherungen abgedeckt werden, sondern von den Betroffenen durch eine private Vorsorge. Weiterhin räumt die neoliberale Gesellschaftspolitik in der BRD dem Einzelnen das Recht auf ein Existenzminimum ein, wodurch kein unmittelbarer Zwang zur Erwerbsarbeit besteht (vgl. Foucault 2004b: 202 ff.). Infolgedessen erzeugt die neoliberale Sozialpolitik einen Wandel von Anreizen der Gefahr hin zu Anreizen der privaten Sicherheit. Ziel dieser Gesellschaftspolitik ist nicht die Vergesellschaftung von Gefahren des Lebens, sondern eine Individualisierung von Risiken und eine „weitestmögliche Kapitalisierung für alle sozialen Klassen“ (Foucault 2004b: 204) bzw. eine „Startgerechtigkeit“ (Rüstow 1949: 153). Mithilfe dieser Chancengleichheit soll eine Synthese zwischen Kapitalismus und Sozialismus gebildet werden, denn der Einsatz der neoliberalen Regierungspraxis liegt in einer „gerechten, menschenwürdigen Gesellschaftsordnung“ (Lenel, Molsberger, Gröner & Schüller 1997: 25). Für diese neoliberale Gesellschaftsordnung sollen Marktmechanismen als Organisations- und Regulationsprinzip des Sozialen eingerichtet werden. Die Maxime der neoliberalen Gesellschaftspolitik lautet:

„Das Wirtschaftswachstum allein sollte allen Individuen gestatten, ein Einkommensniveau zu erreichen, das ihnen individuelle Versicherungen, den Zugang zum Privateigentum, die individuelle oder familiäre Kapitalisierung erlaubt, womit sie die Risiken neutralisieren können“ (Foucault 2004b: 205).

Vor diesem Hintergrund setzt eine neoliberale Regierungspraxis dem minimalen Staat einer liberalen Regierung einen Wettbewerbsstaat entgegen (ebd.: 168). Dadurch wandelt sich die politische Ökonomie von einer äußeren zu einer inneren Begrenzung der Regierungspraxis. Gleichzeitig verbindet eine neoliberale Regierungspraxis den „finster-brutalen Geist des 19./20. Jahrhunderts“ (Rüstow 1949: 148) mit sozialstaatlichen Ideen, indem minimale Sicherheiten vom Staat gewährleistet werden und die restlichen Risiken durch private Versicherungen abgedeckt werden können. Zu den prominentesten Sicherheitsdispositiven in der BRD zählt die Arbeitslosenversicherung. Eine treffendere Bezeichnung für dieses Sicherheitsdispositiv wäre wohl Arbeitssuchendeversicherung, da es sich nach Hayeks (1991: 380 ff.) Vorstellung um Arbeiter*innen im Übergang von der einen zu einer anderen Beschäftigung handelt, die lediglich für den Zeitraum der Erwerbslosigkeit eine minimale Unterstützung benötigen, um weiterhin am Wettbewerb des Arbeitsmarktes teilzunehmen. Das Sicherheitsdispositiv der Arbeitssuchenden erzeugt Anreize des Konsums und der sozialen Gerechtigkeit, denn „wenn bescheidenes Einkommen mit Gemächlichkeit, höheres Einkommen mit Anstrengung gekoppelt erscheint, so wird sich niemand mehr über das Ergebnis seiner eigenen Wahl zu beklagen haben; sozialer Neid wird keinen Ansatzpunkt mehr finden“ (Rüstow 1949: 150 f.). An diesem Beispiel wird einerseits die Synthese zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Neoliberalismus deutlich. Andererseits kann mit dem Sicherheitsdispositiv des Existenzminimums exemplarisch gezeigt werden, dass eine neoliberale Regierungspraxis nicht unmittelbar wie ein Sozialstaat interveniert oder den Wirtschaftsprozess wie ein liberaler minimaler Staat laufen lässt, sondern auf die sozialen Rahmenbedingung des Marktes so einwirkt, dass sich Wettbewerb in der Gesellschaft ohne Hindernisse entfalten kann (vgl. Röpke 1997: 51 f.).

An dieser Stelle wird die neoliberale Gesellschaftspolitik zur Rahmenpolitik des Marktes. Denn mit einer neoliberalen Sozialpolitik wird der Versuch unternommen, die Rahmenbedingungen des Marktes so zu transformieren, dass traditionellerweise nicht ökonomische Teilsysteme und ihre Angehörigen einer Philosophie des Wettbewerbs nicht widersprechen, sondern sich in Märkte und Unternehmer*innen verwandeln. Diese sozialen Märkte wie der Bildungsmarkt und neuerdings ein stark expandierender Klimamarkt sollen die soziale Ordnung einer Marktgesellschaft entstehen lassen (vgl. Foucault 2004b: 200 f.). Die

zentrale Aufgabe des Staates ist es, eine Wettbewerbsordnung auf die Rahmenbedingungen der Gesellschaft zu übertragen und durchzusetzen. Dazu bedarf es keines minimalen Staates, der nach dem Laissez-faire-Prinzip handelt. Vielmehr ist eine wachsame und aktive Politik eines Wettbewerbsstaates notwendig, der die Gesellschaft und sich selbst auf den Prüfstand des Marktes stellt (ebd.: 188). Die Kontrolle von Staat und Gesellschaft durch das ökonomische Tribunal des Marktes kann auf einen Wandel der politischen Ökonomie als wichtigste Wissensform einer neoliberalen Regierungsweise zurückgeführt werden (ebd.: 342). Der Paradigmenwechsel vom Tausch zum Wettbewerb als Prinzip des Marktes und der Gesellschaft sorgt für eine gouvernementale Trendwende sowie für einen Wandel von anthropologischen Vorstellungen.

Anstatt den Homo oeconomicus als einen Wirtschaftsmenschen zu begreifen, der seinen persönlichen Nutzen durch Tauschprozesse maximiert, adressiert eine neoliberale Subjektivierungsform den Einzelnen als einen Unternehmer seiner selbst, „der für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“ (ebd.: 314). Ansatzweise findet sich diese anthropologische Verstellung mit dem „Unternehmertyp des Wettbewerbs“ (Eucken 1997: 6 f.) auch bei den europäischen neoliberalen Klassikern wieder. Mit dieser Subjektivierungsform werden unternehmerische Fähigkeiten als Triebfeder des sozioökonomischen Wachstums betrachtet und auf gesellschaftliche Teilbereiche und ihre Angehörigen übertragen. Die Verschiebung vom Wettbewerb als natürliche Gegebenheit hin zum Wettbewerb als formaler Mechanismus des Marktes stellt die liberale Idee eines minimalen Staates vom Kopf auf die Füße (vgl. Foucault 2004b: 170 ff.). Denn die Transformation von wissenschaftlichem Wissen erzeugt eine neue Regierungspraxis, die sich zwar immer noch auf die politische Ökonomie bezieht, aber aufgrund von neuen politisierten wissenschaftlichen Erkenntnissen den Staat und die Gesellschaft einer ständigen Kontrolle durch den Markt aussetzt. Insofern soll nicht mehr der Staat den Markt beaufsichtigen, sondern der Markt soll den Staat kontrollieren (ebd.: 168). Gleichzeitig werden Sicherheitsdispositive eingerichtet, die weder individuelle Risiken vergesellschaften noch soziale Ungleichheit abbauen. Vielmehr bilden neoliberale Sicherheitsdispositive für den Einzelnen einen Anreiz, sich an die Anrufungen des Marktes anzupassen, um von individuellen Freiheiten und privaten Sicherheiten zu profitieren.

Es kann festgehalten werden, dass neoliberale Gouvernamentalität ideengeschichtlich mit liberaler Gouvernamentalität eng verbunden ist, da beide Regierungsweisen auf den (Spezial-)Diskurs der politischen Ökonomie Bezug nehmen und als Hauptzielscheibe die Interessen der Bevölkerung besitzen. Des Weiteren

ist der Einsatz einer (neo-)liberalen Regierungspraxis die Bereitstellung von individuellen Freiheiten und (Un-)Sicherheiten. Zwischen liberalen und neoliberalen Regierungspraxen können jedoch eklatante Unterschiede beobachtet werden. Der liberale minimale Staat richtet dem Markt einen wirtschaftlichen Freiraum ein, den er definiert und kontrolliert, wohingegen ein neoliberaler Wettbewerbsstaat eine aktive Politik ohne Dirigismus verfolgt, bei der die Form des Marktes durch einen inszenierten Wettbewerb in verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft verallgemeinert wird. Hierzu transformiert eine neoliberale Regierungspraxis die Rahmenbedingungen des Marktes (ebd.: 167–188). Der Effekt des staatlich inszenierten Wettbewerbs ist die Konkurrenz zwischen einzelnen Teilsystemen und ihren Angehörigen um knappe Ressourcen, da mit verschiedenen Mitteln ähnliche Bedürfnisse befriedigt werden (vgl. Durkheim 1988: 326 f.). Exemplarisch für diesen Zusammenhang kann die Exzellenzinitiative/-strategie in der deutschen Hochschullandschaft genannt werden, bei der Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen und Hochschulen um Arbeitsplätze, Forschungsressourcen und Statusaufstieg konkurrieren (vgl. Münch 2009). Vor diesem Hintergrund kann Neoliberalismus im Vergleich zum Liberalismus als intervenierende Regierungspraxis bezeichnet werden. Zwar finden keine direkten Interventionen in den Wirtschaftsprozess statt, aber auf die Rahmenbedingungen des Marktes wird so eingewirkt, dass verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme und ihre Angehörigen einer Wettbewerbsordnung entsprechen (vgl. Foucault 2004b: 188 f.). In diesem Zusammenhang hält Lemke (2000: 37 f.) fest:

„Während am Ende des 19. Jahrhunderts die Sozialisierung des Risikos an die Erfindung neuer – sozialer – Formen der Regierung gebunden war, geht am Ende des 20. Jahrhunderts die Privatisierung von Risiken auf eine Neuauflage liberaler Regierungsmodi zurück. Diese neoliberalen Regierungsformen führen jedoch nicht [...] zu einem Abbau des Staates [...]; im Gegenteil übernimmt der Staat innerhalb des Neoliberalismus über seine traditionellen Funktionen hinaus neue Aufgaben. Die neoliberalen Regierungsformen zeichnen sich nicht nur durch direkte Interventionen durch autorisierte und spezialisierte Staatapparate, sondern auch durch die Entwicklung indirekter Techniken aus, die Individuen führen und anleiten, ohne für sie verantwortlich zu sein.“

Die Verschiebung von einer liberalen Politik des Laissez-faire hin zu einer wachstums- und aktiven neoliberalen Gesellschaftspolitik macht sich auch in einem Wandel der politischen Rationalität bemerkbar. Denn für liberale Klassiker stellt das Phänomen des Monopols ein Paradoxon dar, weil sie davon ausgegangen sind, dass Monopolbildung eine natürliche Konsequenz des Wettbewerbs ist. Gleichzeitig wurde die Annahme geteilt, dass es nur einen freien Markt geben

kann, wenn Monopole bekämpft werden, was direkte Interventionen in den Wirtschaftsprozess zur Folge hätte – also ließ man die Dinge geschehen, was zu sozialstaatlichen Interventionen in Form einer pastoralen Regierungspraxis führte (vgl. Foucault 2004b: 191 f.). Die Rationalität einer pastoralen Regierungspraxis folgt dem Wert der Wohltätigkeit und „ihre Daseinsberechtigung [liegt] lediglich darin, das Gute zu tun [...]. Das Heil der Herde ist in der Tat für die pastorale Macht das wesentliche Zielobjekt“ (Foucault 2004a: 189). Das liberale Monopol-Paradoxon soll durch direkte staatliche Interventionen in die sozialen Rahmenbedingungen des Marktes gelöst werden (vgl. Rüstow 1949). Zu dieser politischen Forderung gelangten die europäischen neoliberalen Klassiker, weil sie nicht davon ausgingen, dass Monopole die natürliche Folge von Wettbewerb sind, sondern durch die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses entstehen. Die Lösung des liberalen Monopol- und Sozialstaatproblems liegt, laut den europäischen neoliberalen Klassikern, zwischen Kapitalismus und Sozialismus (ebd.). Anstatt Wirtschaftsprozesse geschehen zu lassen oder Wirtschaftszweige zu sozialisieren, soll das Soziale ökonomisiert werden, indem gesellschaftliche Teilbereiche mit dem formalen Mechanismus des Wettbewerbs konfrontiert werden (ebd.: 133 ff.). Denn die „Formalisierung der Wettbewerbsmechanismen“ (Foucault 2004b: 230 f.) wird als Mittel gegen sozial konstruierte Monopole angesehen. Mit anderen Worten:

„Das Gesetz kann nicht Zustände verbieten, sondern nur Arten des Handelns. Was wir erhoffen können, ist nur, daß, wann immer sich die Möglichkeit des Wettbewerbs wieder ergibt, niemand verhindert werden wird, sie zu nützen. Wo ein Monopol auf künstlich geschaffenen Hindernissen gegen den Eintritt in den Markt beruht, ist aller Grund gegeben, diese zu beseitigen“ (Hayek 1991: 338).

Die Kritik an einem staatlich organisierten Quasi-Markt mit einem Als-ob-Wettbewerb erübrigt sich an dieser Stelle, weil die Auseinandersetzung mit den Effekten einer neoliberalen Gesellschaftspolitik bereits im empirischen Teil der Arbeit stattfindet. Bevor das hier skizzierte Analyseraster auf akademische Subjektivierung in der deutschen Hochschullandschaft übertragen wird, bedarf es einiger Anpassungen sowie einer kritischen Reflexion des Konzepts der Gouvernementalität.

3.3 Eine kritische Reflexion des Konzepts der Gouvernamentalität

Der erste grundlegende Kritikpunkt am Analyseraster der Gouvernamentalität entsteht durch eine unzureichende Trennschärfe der Termini Regierung und Gouvernamentalität. Während Gouvernamentalität anfänglich von Foucault genutzt wird, um verschiedene Regierungsweisen zu unterscheiden, und Regierung als ein spezifischer Machttypus beschrieben wird, bei dem es darum geht, Macht in Form von (politischer) Souveränität auszuüben, vermischen sich die Termini zunehmend und erhalten einen übergreifenden Geltungsanspruch (vgl. Foucault 2004a: 162; 2004b: 13 f.). Um beide Begriffe trennscharf anzuwenden, müssen Fragmente und Verwerfungen während der Vorlesungsreihen von 1977/78 und 1978/79 geordnet werden: Dazu wird auf Foucaults (2004b: 261) allgemeines Verständnis von Gouvernamentalität als „die Art und Weise, mit der man das Verhalten der Menschen steuert [...]“, Bezug genommen, um es in zweifacher Hinsicht zu präzisieren: Erstens charakterisiert das Konzept der Gouvernamentalität spezifische Regierungsweisen, die anhand von verschiedenen Wissensordnungen, Rationalitäten, Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen unterschieden werden. Zweitens bildet Gouvernamentalität ein Analyseraster für die Ontologie von Wissen, Macht und Subjektivierung, wohingegen Regierung das Anwendungsfeld der Regierungspraxis beschreibt, d. h. wo und wie (politische) Souveränität ausgeübt wird (vgl. Foucault 2004a: 146 f.). Oder anders formuliert: „Unter Regierung verstehe ich die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung“ (Foucault 1996: 118). Damit bezieht sich regieren (frz. gouverner) „auf die Herrschaft, die man über sich selbst und über andere ausüben kann, über seinen Körper, aber auch über seine Seele und seine Art zu handeln“ (Foucault 2004a: 183).

„Daraus folgt, dass Regierung im Sinne Foucaults auch spezifische Formen der Intervention strukturiert. Eine politische Rationalität ist nämlich kein reines und neutrales Wissen, das die zu regierende Realität lediglich „re-präsentiert“, sondern stellt selbst bereits eine intellektuelle Bearbeitung der Realität dar, an der dann politische Technologien ansetzen können. Darunter sind Apparate, Verfahren, Institutionen, Rechtsformen etc. zu verstehen, die es erlauben sollen, die Objekte und Subjekte einer politischen Rationalität entsprechend zu regieren“ (Lemke 2000: 32 f.).

Es kann konstatiert werden, dass die politische Rationalität den Modus einer Regierung festlegt und wie Subjekte handeln sollen, wodurch sich Regierungspraxis in Herrschaftstechnologien und Selbsttechnologien reflektiert. Denn beim

Regieren geht es darum, Individuen durch sich selbst und durch andere zu führen. „Der Begriff der Regierung meint hier nicht einen lokalisierbaren Punkt der Macht, von dem hierarchisch ‚regiert‘ wird, sondern die Verbindung von Formen der Lenkung von Individuen mit Weisen ihrer Selbstführung“ (Junge 2008: 48). Demgemäß können Herrschafts- und Selbsttechnologien als kollektive und individuelle Handlungsanweisungen betrachtet werden (vgl. Lemke 2014: 260). Es regiert also kein Staat über sein Hoheitsgebiet, sondern in jedem Fall Menschen über Menschen. Dabei beschränkt sich die Regierung nicht auf eine politische Souveränität. Vielmehr eignet sich das Paradigma der Regierung, um soziale Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten zu erklären. Ein „Haus zu führen“, „Kinder zu lenken“ oder einen „religiösen Orden zu führen“ (Foucault 2004a: 141) bedeutet, dass Menschen mit verschiedenen Herrschafts- und Selbsttechnologien sowohl auf ihre eigenen als auch die Denk- und Handlungsweisen anderer einwirken, wohingegen mit dem Konzept der Gouvernementalität politische Souveränität hervorgehoben und verschiedene Regierungsweisen entlang von Wissen, Macht und Subjektivierung analysiert werden (ebd.: 142 f.). Denn unter modernen Regierungsweisen ist Souveränität nicht mehr an das (göttliche) Recht oder die Weisheit von Regierenden gebunden, sondern an die gouvernementale Vernunft einer modernen Regierung. Eine moderne Regierung übt politische Souveränität aus, indem sie sich die Interessen der Bevölkerung aneignet und diese Interessen mit Herrschaftstechnologien steuert (vgl. Foucault 2004b: 73 f.). Dadurch rückt die Bevölkerung in den Mittelpunkt der Regierungspraxis (ebd.: 74). Wenn auf (neo-)liberale Gouvernementalität Bezug genommen wird, geht es um eine Regierungsweise, „die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2004a: 162). Wenn es jedoch um Regierungspraxis im Allgemeinen geht, findet eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Fremd- und Selbsttechnologien in Anwendungsfeldern wie der deutschen Hochschullandschaft statt.

Weitere Kritikpunkte am genealogischen Analyseraster der Gouvernementalität öffnen sich durch das einseitige Verhältnis zwischen Wissen, Macht und Subjektivierung, welches der Soziologie des individuellen Widerstands in mehrfacher Hinsicht widerstrebt. Denn sowohl der Duktus von gouvernementalitätstheoretischen Arbeiten als auch der programmatische Zugang zur sozialen Wirklichkeit sowie die Reduktion von Wissen auf Macht suggeriert eine fatalistische Lebendtotalität und lässt dadurch die Konturen von individuellem Widerstand in seiner gedachten und gelebten Form verblassen (vgl. Lessenich 2003: 91 f.). Damit verursacht programmatisches Material in Arbeiten der Gouvernementalitätsstudien eine Vernachlässigung von Subjektivierungsweisen und nicht-diskursiven

Praktiken (vgl. Bröckling 2007; Fach 2015). Außerdem scheinen eingeübte Forschungspraktiken die Perspektive in den Gouvernementalitätsstudien zu beeinflussen, da einige Vertreter*innen des Konzepts kritisch darauf hinweisen, dass mit einem genealogischen Analyseraster die Wirklichkeit nur in einer programmatischen Form erfasst wird (vgl. Bröckling 2007: 283; Lemke 2000: 31). Zumindest würde die Dominanz etablierter Forschungspraktiken im Analyseraster der Gouvernementalität erklären, warum bei der empirischen Umsetzung einer dispositivanalytischen Forschungsperspektive – die theoretisch Widerstand berücksichtigt – schlussendlich der programmatische Zugang zur sozialen Wirklichkeit gewählt und nicht zwischen Subjektivierungsformen und –weisen unterschieden wird (vgl. Bröckling & Peter 2017: 289). Dahingehend werden in einer anderen dispositivanalytischen Arbeit mit der methodologisch-empirischen Kontrastierung von (nicht-)diskursiven Praktiken und von Subjektivierungsformen mit –weisen die einschlägigen Forschungspraktiken der Gouvernementalitätsstudien einer kritischen Reflexion unterzogen (vgl. Junge 2008: 100–104). Die vorliegende Arbeit knüpft an Junges (2008) Forschungsstil an, indem innerhalb eines neoliberalen Dispositivs im Anwendungsfeld der deutschen Hochschullandschaft nicht-diskursive Praktiken und akademische Subjektivierungsweisen erforscht werden. Schlussendlich ist eine genealogische Reduktion von Wissen auf Macht problematisch, da (individueller) Widerstand als nicht etabliertes Kräfteverhältnis weitestgehend unerforscht bleibt und Fluchtpunkte in einem modernen Subjektivierungsregime verschwinden. Zugespitzt formuliert: „Wer Wahrheitsgeltung und Aussagesinn auf pure Machtprozesse reduziert, hat keine Gründe mehr, sich diesen zu widersetzen oder zu entziehen. Tut er es doch, so tut er es grundlos“ (Waldenfels 1991: 281).

Mit der genealogischen Forschungspraxis von Gouvernementalitätsstudien drängen sich wissenschaftliche und politische Probleme auf, denn die Programmatik von Regierungsweisen lässt Widerstand in Form äußerer Ausschlussmechanismen erscheinen und verkennt dadurch den konstruktiven Charakter von „Revoluten der Verhaltensführung“ (Foucault 2004a: 282) in doppelter Weise: Erstens bleibt mit der Unsichtbarkeit von Gegenverhaltensweisungen offen, welche Rolle (nicht-)diskursive Praktiken und Subjektivierungsweisen bei der Konstitution von Regierungsweisen spielen. Zweitens wird durch das Verschweigen von Gegenprojekten und Handlungsalternativen eine sozialwissenschaftliche Lebenstotalität produziert, die (ungewollt) zum Vehikel der neoliberalen Maxime „there is no alternative“ (Berlinski 2011) wird (vgl. Röpke 1997: 61). Kurzum: „Sowohl aus theoretischen wie aus politischen Gründen wäre es also notwendig, weniger die Kohärenz und Konsistenz als vielmehr die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit von Rationalitäten und Technologien herauszuarbeiten“ (Lemke 2000:

42). Es können auch Programmatiken herangezogen werden, um zu zeigen, dass Anrufungen und Als-ob-Anthropologien unabschließbare Anforderungen und erschöpfende Subjektivierungsformen darstellen. In diesem Zusammenhang resümiert Bröckling (2007: 283) über die Realfiktion des unternehmerischen Selbst:

„So kohärent das Rationalitätsmodell, so ausgefeilt die Strategie der Zurichtung und Selbstzurichtung auch sein mögen, sie übersetzen sich niemals bruchlos in Selbstdeutungen und individuelles Verhalten. Gemessen an ihrem Anspruch ist die Produktion unternehmerischer Individuen wie andere Subjektivierungsprogramme auch zum Scheitern verurteilt.“

Mithilfe der Kritik an governemantalitätstheoretischen Studien werden in der vorliegenden Arbeit sowohl theoretische Annahmen als auch die genealogische Forschungspraxis des Konzepts der Gouvernementalität durch die Soziologie des individuellen Widerstands erweitert. Gleichwohl wird damit der Versuch unternommen, eine Theorie der Ent-Subjektivierung mit empirischen Erkenntnissen anzureichern (vgl. Foucault 1996: 27). Mit dieser Vorgehensweise soll überprüft werden, ob sich Wissenschaftler*innen (zeitweise) einem governementalen Zugriff entziehen sowie normative Anforderungen durch ihre interpretative Kompetenz umdeuten und transformieren. Zu klären ist dann zunächst: Ist es überhaupt möglich, als Wissenschaftler*in die Zwänge des „Selbst-sein-Müssens“ (Bröckling 2007: 287) zu überwinden, ohne sich in Selbstauflösung oder -auslöschung zu begeben? Wenn die Möglichkeit zur Ent-Subjektivierung im wissenschaftlichen Feld besteht, bildet der Übergang von Regierungsweisen zu persönlichen Denk- und Handlungsweisen keine fatalistische Lebenstotalität, sondern einen Fluchtpunkt und eine Handlungsalternative im Regime von Wissen, Macht und Subjektivierung. Zur theoretischen Fundierung dieser Annahmen wird im Folgenden das Konzept der Gouvernementalität durch die Forschungsperspektive eines Dispositivs erweitert.

3.4 Gouvernementales Dispositiv

Vorerst muss geklärt werden: Was ist ein (gouvernementales) Dispositiv? Anhand von zwei sozialwissenschaftlichen Definitionsangeboten wird exemplarisch gezeigt, dass es sich beim Konzept des Dispositivs um einen weitestgehend unerschlossenen und unübersichtlichen Forschungsansatz handelt (vgl.

Bührmann & Schneider 2012: 9 f.). Vor diesem Hintergrund beschreibt Foucault (1978: 119 f.) ein Dispositiv als ein

„heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebensowohl wie Ungesagtes umfaßt [...]. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann.“

Dieses universelle Dispositivverständnis wird von Keller (2011: 235) durch eine diskurszentrierte Definition präzisiert: Ein Dispositiv ist die „materielle und ideelle Infrastruktur, d. h. die Maßnahmenbündel, Regelwerke, Artefakte, durch die ein Diskurs (re-)produziert wird und Effekte erzeugt (z. B. Gesetze, Verhaltensanweisungen, Gebäude, Messgeräte).“ Einerseits wird das Dispositiv als Kit zwischen Diskursiven (Gesagtem) und Nicht-Diskursen (Ungesagtem) beschrieben (vgl. Foucault 1978: 119 f.). Andererseits wird ein Dispositiv auf die Infrastruktur von Diskursen und deren Effekte reduziert (vgl. Keller 2011: 235). In beiden Definitionsangeboten bleibt offen, welche Rolle handelnde Menschen in der Maschinerie des Dispositivs spielen. Erhellend wird diese Leerstelle durch Subjektivierungslinien, welche Sichtbarkeitslinien, Linien des Aussagens und Kräftelinien eines Dispositivs stabilisieren, durchkreuzen oder brechen, weil

„das Selbst [...] weder ein Wissen noch eine Macht [ist]. Es ist ein Individualisierungsprozeß, der sich auf Gruppen oder Personen bezieht und sich den etablierten Kräfteverhältnissen sowie den konstituierten Wissensarten entzieht: eine Art Mehrwert. Es ist nicht sicher, daß jedes Dispositiv so etwas zuläßt“ (Deleuze 1991: 155 f.).

Um also zu klären, ob Wissenschaftler*innen Widerstand in einem gouvernementalen Dispositiv im Anwendungsfeld der deutschen Hochschullandschaft leisten, müssen die unterschiedlichen Dimensionen eines Dispositivs skizziert werden (ebd.: 153).

Entgegen von Kellers (2011: 235) diskurszentrierten Dispositivverständnis wird in der vorliegenden Arbeit für eine erweiterte Dispositivperspektive argumentiert, weil Dispositive „als Ensembles zu verstehen [sind], welche Diskurse, Praktiken, Institutionen, Gegenstände und Subjekte als Akteur*innen als Individuen und/oder Kollektive“ (Bührmann & Schneider 2012: 68) durch Sichtbarkeitslinien, Aussagelinien, Kräftelinien und Subjektivierungslinien miteinander verbinden (vgl. Deleuze 1991: 157). Die wesentliche Funktion eines Dispositivs liegt darin, zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt auf einen (gesellschaftlichen)

Notstand (frz. *urgence*) zu antworten (vgl. Foucault 1978: 120). Mit dem Dispositivkonzept werden – ähnlich wie beim Analyseraster der Gouvernementalität – die Dimensionen Diskurse/Rationalitäten, Praktiken/Herrschaftstechnologien und Vergegenständlichungen/Subjektivierung analysiert (vgl. Bröckling & Peter 2017: 285 f.). Die erste Dimension beinhaltet institutionalisierte Wissensordnungen bzw. (politische) Rationalitäten (Diskurse/Rationalitäten), die in der zweiten Dimension diskursspezifische Praktiken bzw. Technologien der Menschenführung (Praktiken/Herrschaftstechnologien) erzeugen. Durch den Diskurs-Praktiken- bzw. Rationalitäten-Herrschaftstechnologien-Komplex entstehen in der dritten Dimension Vergegenständlichungen sowie Subjektivierungsformen und -weisen (Vergegenständlichungen/Subjektivierung). Im Netz eines gouvernementalen Dispositivs wird von einer Wechselwirkung zwischen den unterschiedlichen Dimensionen ausgegangen, wie mit der Abbildung 3.2 ersichtlich wird (vgl. Abbildung 3.2: Dimensionen eines gouvernementalen Dispositivs).

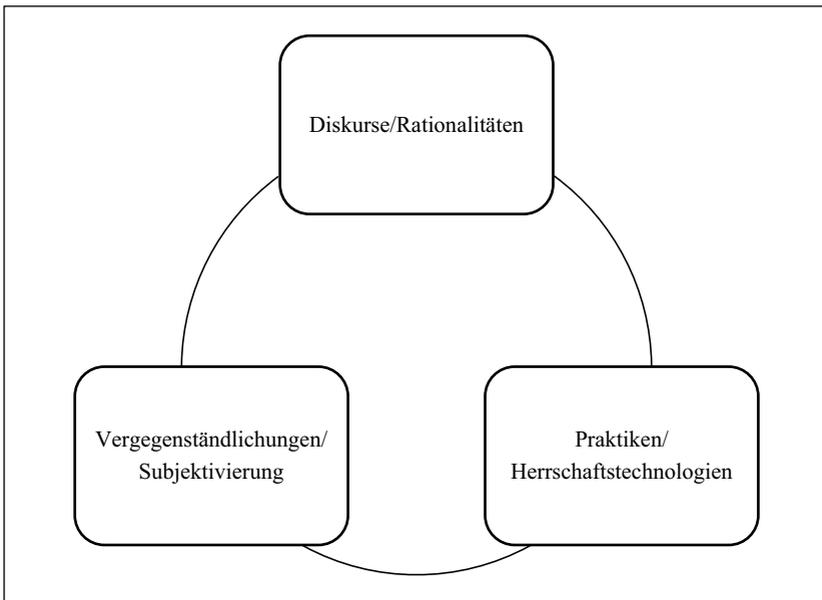


Abbildung 3.2 Dimensionen eines gouvernementalen Dispositivs

Mit der Annahme einer Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Dimensionen eines gouvernementalen Dispositivs findet im Gegensatz zu Bröckling und Peter (2017: 288), die sowohl die „Entgegensetzung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken für wenig fruchtbar“ halten als auch Subjektivierungsprozesse auf Subjektivierungsformen reduzieren, eine Differenzierung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven (Herrschafts-)Praktiken sowie zwischen Subjektivierungsformen und -weisen statt (Bührmann & Schneider 2012: 50 f.). Denn in der Unterscheidung zwischen Diskursiven und Nicht-Diskursiven sowie zwischen subjektiven Soll- und persönlichen Ist-Zuständen liegt ein doppelter Mehrwert für die Soziologie des individuellen Widerstands: Erstens lässt die subjektorientierte Perspektive den Effekt eines Systems von unterschiedlichen Regierungsweisen aus der Perspektive handelnder Menschen sichtbar werden (vgl. Foucault 2004b: 115). Und zweitens wirkt die Berücksichtigung von nicht-diskursiven Praktiken und Subjektivierungsweisen einer Totalität von Regierungsweisen und einer Reduktion von Wissen auf Macht entgegen (vgl. Bührmann & Schneider 42 ff.; Waldenfels 1991: 281). Dadurch reichert die hier vorgeschlagene Soziologie des individuellen Widerstands eine Theorie der Ent-Subjektivierung mit einer Praxis der Selbstbefreiung an (vgl. Foucault 1996: 27). Folglich müssen diskursive und nicht-diskursive Praktiken sowie Subjektivierungsformen und -weisen unterschieden werden, um das Unsagbare, das Unsichtbare und das Irrationale in einem gouvernementalen Dispositiv zu beleuchten. In diesem Kontext wird die Perspektive auf Dispositive als „Sichtbarkeitsmaschinen“ (Bröckling & Peter 2017: 300) bzw. als „Fabrik von symbolischen Gütern“ (Maeße & Hamann 2016: 42 f.) erweitert, indem die Produktion des Unsagbaren und der Unsichtbaren mit Subjektivierungsweisen und nicht-diskursiven Praktiken erforscht wird. Nicht-diskursive Praktiken werden als Denk- und Handlungsweisen verstanden, die keiner institutionalisierten Wissensordnung eines Dispositivs entsprechen, wodurch sich Individuen Wahrheit, Macht und Subjektivierung entziehen können (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 47; Foucault 2015: 99).

„Gleichwohl können dem gegenüber nicht-diskursive Praktiken auch mit bestimmten diskursiven Praktiken bzw. angebbaren Diskursen in Bezug stehen. Unterstellt wird also die Möglichkeit einer sinnvollen analytischen Differenzierung zwischen dem Diskursiven und Nicht-Diskursiven als für die Empirie fruchtbare Heuristik“ (Bührmann & Schneider 2012: 47).

Wohingegen diskursive Praktiken „typische realisierte Kommunikationsmuster [sind], sofern sie in einen Diskurszusammenhang eingebunden sind [...], deren

Ausführung als konkrete Handlung [...] der interpretativen Kompetenz sozialer Akteure bedarf und von letzteren aktiv gestaltet wird“ (Keller 2011: 228). Die interpretative Kompetenz von Akteur*innen besitzt damit einen zentralen Stellenwert für die Untersuchung des individuellen Widerstands in einem Regime von Wissen, Macht und Subjektivierung. Denn die Fluchtpunkte und Brüche im Subjektivierungsregime eines gouvernementalen Dispositivs können erst mit der analytischen Unterscheidung von (nicht-)diskursiven Praktiken sowie von subjektiven Soll- und persönlichen Ist-Zuständen lokalisiert werden. Mit dieser wissenschaftlichen Vorgehensweise können sowohl theoretische Annahmen der Soziologie des individuellen Widerstands als auch eine (Ent-)Subjektivierungs-Theorie empirisch fundiert werden. Gleichwohl wird mit der doppelten Perspektive auf (akademische) Subjektivierung für „Das-Subjekt-ist-tot-es-lebe-das-Subjekt“-Problem (Angermüller 2015: 101) ein Lösungsvorschlag angeboten, da weder von einem vollkommen unterjochten Subjekt noch von einem emanzipierten Menschen ausgegangen wird. Zudem wird mit der doppelten Forschungsperspektive die soziale Wirklichkeit nicht auf eine totalitäre Tatsache reduziert, sondern durch ihre Prozesshaftigkeit zum sozialen Ereignis gemacht. Um mit der Evidenz des Wissens, der Macht und der Subjektivierung zu brechen, wird individueller Widerstand von handelnden Menschen erfasst, wodurch Konturen einer alternativen sozialen Ordnung skizziert werden können (vgl. Foucault 2005b: 29 f.). Dahingehend soll aus subversiven Verhaltensweisen kein anderes Regierungs- und Subjektivierungsprogramm entstehen, sondern die Struktur einer sozialen Ordnung, die weitestgehend ohne Regierung und Subjektivierung auskommt.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Methodologische Fundierung: Dispositivanalyse

4

Die Ansätze eines gouvernementalen Dispositivs und der Soziologie des individuellen Widerstands werden nun durch eine methodologische Fundierung für die Analyse von akademischer Subjektivierung fruchtbar gemacht, denn bisher wurden nur erkenntnis-theoretische Grundlagen sowie begrifflich-theoretische Bestandteile der Forschungsperspektiven vorgestellt. Die methodologischen Vorgaben sowie die methodisch-praktischen Instrumente der skizzierten Perspektiven blieben bisher weitestgehend offen und werden im Folgenden beleuchtet (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 15 f.).

4.1 Wissenssoziologische Diskursanalyse

Zur Erschließung der Wissensordnung, Rationalität, diskursiven Praxis, Herrschaftstechnologien, Vergegenständlichungen und Subjektivierungsformen des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft bietet sich eine WDA in zweifacher Hinsicht an: Erstens wird mit einer WDA der zentralen Kritik am Konzept der Gouvernementalität – Wahrheit und Aussagesinn auf Macht zu reduzieren – in der empirischen Untersuchung der Arbeit berücksichtigt (vgl. Waldenfels 1991: 281). Und zweitens kann mit einer WDA die diskursive Konstruktion der sozialen Wirklichkeit durch NPM an deutschen Hochschulen rekonstruiert werden (vgl. Berger & Luckmann 2012: 49, 139). Grundsätzlich wird bei der sozialen Konstruktion einer objektiven Wirklichkeit davon

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann
https://doi.org/10.1007/978-3-658-42747-4_4.

ausgegangen, dass institutionalisiertes Wissen für Handelnde eine Welt der Routinegewissheit durch verlässliche, wiederkehrende Handlungsweisen und Subjektivierungsformen bereitstellt (vgl. Berger & Luckmann 2012: 61, 78 f.; Foucault 2015: 78). Dadurch können Diskurse typisierte Handlungsweisen und Regierungsweisen erzeugen, die „dem Menschen als äußeres, zwingendes Faktum gegenübersteh[en]“ (Berger & Luckmann 2012: 62), wohingegen eine subjektive Wirklichkeit durch Aneignungs-, (Um-)Deutungs- und Transformationsprozesse der objektiven Wirklichkeit entsteht und sich in (nicht-)typisierten Handlungsweisen und Subjektivierungsweisen einschreibt. Auch wenn sich beide Formen der Wirklichkeit gegenseitig beeinflussen, ist „die Symmetrie zwischen objektiver und subjektiver Wirklichkeit nicht vollkommen [...]. Die beiden Wirklichkeiten entsprechen einander, ohne sich zu decken“ (ebd.: 144). Insofern nähert sich die Soziologie des individuellen Widerstands der sozialen Wirklichkeit in der deutschen Hochschullandschaft durch Reibungen und Brüche zwischen einer objektiven und subjektiven Wirklichkeit.

Darüber hinaus verbindet die WDA wissenssoziologische, gouvernementalitätstheoretische Grundannahmen mit der Forschungsperspektive einer Soziologie des individuellen Widerstands. Denn einerseits werden Diskursstrukturen als Wissensordnung und Regierungsweise rekonstruiert. Andererseits erschließt die WDA institutionalisierte Wissensordnungen handlungstheoretisch als „interaktiven Aufbau, [...] gesellschaftliche Objektivierung und subjektive Aneignung von gesellschaftlichen Sinnordnungen“ (Keller 2008: 204). Das Forschungsprogramm der WDA bewegt sich damit zwischen wissenssoziologischen und poststrukturalistischen Paradigmen. Die unterschiedlichen Erklärungsmodelle werden wechselseitig aufeinander bezogen, indem sich die beiden Perspektiven jeweils von einer anderen Ebene aus Wissensordnungen und Regierungsweisen nähern. Die Vorteile des Forschungsstils der WDA liegen auf der Hand:

„Die Foucaultsche Diskurstheorie sensibilisiert für die Bedeutung von Macht und institutionellen (Vor-)Strukturierungen von Sprecherpositionen und legitimen Inhalten, d. h. für Diskurse als strukturierte und strukturierende Strukturen. Im Symbolischen Interaktionismus und der wissenssoziologischen Tradition von Berger/Luckmann rückt die interaktive Grundlage, dialektische Gestalt und Prozesshaftigkeit der ‚gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit‘ sowie deren Verankerung auch auf der Ebene gesellschaftlich-öffentlicher Definitionskonflikte in den Mittelpunkt“ (ebd.: 204 f.).

Damit bildet die WDA eine methodologische Grundlage für die Soziologie des individuellen Widerstands, die zur Erforschung der sozialen Wirklichkeit nicht etablierte Kräfteverhältnisse und subversive Verhaltensweisen berücksichtigt.

4.1.1 Konzeptionelle Werkzeuge und Untersuchungsgegenstand

Zur WDA von NPM in der deutschen Hochschullandschaft werden Kellers (2008: 208) Elemente zur Analyse von öffentlichen Diskursen herangezogen und erweitert. Ein öffentlicher Diskurs ist eine universell zugängliche Wissensordnung „mit allgemeiner Publikumsorientierung in der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit“ (Keller 2011: 235). Beim Managementdiskurs handelt es sich zwar vorrangig um keine massenmedial vermittelte Wirklichkeit, sondern um einen Interdiskurs, der eine gesellschaftlich anerkannte neoliberale Wissens- und Identitätspolitik auf die deutsche Hochschullandschaft und ihre Angehörigen überträgt (vgl. Link 2012: 58 f.; WR 2005: 73 f.). Jedoch erzeugt der NPM-Diskurs eine objektive Wirklichkeit aus Kennzahlen, die massenmedial in der Öffentlichkeit (re-)produziert wird. Weiterhin wird durch eine institutionalistische Diskursanalyse mit bibliometrischen Methoden ersichtlich, wie herrschende Subjekte des Managementdiskurses einen reintegrierenden Wissensbereich nutzen und sich NPM in der Gesellschaft etabliert (vgl. Vogel 2009: 372). Vor diesem Hintergrund orientiert sich die Öffentlichkeit an Ideen und Symbolen des Managementdiskurses, wodurch NPM eine Welt der Routinegewissheit erzeugt (vgl. Berger & Luckmann 2012: 61; FU Berlin 2019b; WR 2010b: 25 f.). Exemplarisch dafür kann die Beurteilung des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts über eingeworbene Drittmittel genannt werden – so avancieren beispielsweise Drittmittel an der FU Berlin (2019b) zu einem Symbol des wissenschaftlichen Erfolgs. Anders als bei Kellers (2008: 213) Untersuchung über die öffentliche Auseinandersetzung um die richtige Müllpolitik werden in der vorliegenden Arbeit konzeptionelle Werkzeuge der WDA herangezogen, um akademische Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität zu erforschen. Es soll also überprüft werden, ob unterschiedliche akademische Subjektivierungsformen und -weisen durch die Reibungen und Brüche zwischen einer objektiven Wirklichkeit des Managementdiskurses und einer subjektiven Wirklichkeit von Wissenschaftler*innen in der deutschen Hochschullandschaft entstehen.

Zur Analyse der formalen und inhaltlichen Strukturen des Managementdiskurses werden typisierte Deutungsmuster, die Phänomenstruktur sowie Narrative bzw. der rote Faden (story line, plot) untersucht – diese Elemente bilden das diskurspezifische Interpretationsrepertoire (vgl. Keller 2013: 32). Die Darstellung des textübergreifenden Interpretationsrepertoires ist eine wissenschaftliche Konstruktionsleistung, da einzelne Texte bzw. Diskursfragmente mehrere Diskurse

repräsentieren können (vgl. Keller 2008: 211). Zunächst müssen die einzelnen Elemente des diskurspezifischen Interpretationsrepertoires definiert werden.

Mit der *Phänomenstruktur* wird die Art und Weise der diskursiven Sachverhaltskonstruktion bzw. die Problematisierung sichtbar gemacht. Dazu werden die „Art des Problems oder des Themas einer Aussageeinheit, die Benennung von Merkmalen, kausalen Zusammenhängen (Ursache-Wirkung) und ihre Verknüpfung mit Zuständigkeiten“ (ebd.: 248 f.) bestimmt. Aufgrund der analytischen Parallelen zwischen dem deutsch-französischen Müll-Diskurs und dem NPM-Diskurs in der deutschen Hochschullandschaft können die von Keller (2011: 250) entwickelten Dimensionen zur Erfassung der Phänomenstruktur in leicht veränderter Form auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit übertragen werden. Exemplarisch wird die Analyse der Phänomenstruktur des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019 mit der folgenden Tabelle dargestellt (vgl. Tabelle 4.1: Dimensionen und Fragen zur Analyse der Phänomenstruktur des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019).

Tabelle 4.1 Dimensionen und Fragen zur Analyse der Phänomenstruktur des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019 (vgl. Keller 2011: 250)

Dimensionen	Fragen
Ursachen	Welche Probleme werden vom NPM-Diskurs in der deutschen Hochschullandschaft konstatiert? Welcher gesellschaftliche Notstand wird vom Managementdiskurs mit der Verfasstheit der deutschen Hochschullandschaft verbunden? Wie wird durch die Problemkonstellation ein referenzieller Bezugsrahmen des NPM-Diskurses hergestellt?
Verantwortung bzw. Zuständigkeit	Welche Subjekte werden vom Managementdiskurs adressiert? Wem wird die Verantwortung zugeschrieben, Probleme der deutschen Hochschullandschaft zu lösen? Welchen Subjekten wird die Zuständigkeit für Probleme abgesprochen?
Handlungsbedarf & Problemlösung	Wie problematisch wird die Verfasstheit der deutschen Hochschullandschaft vom NPM-Diskurs bewertet? Welche Handlungsoptionen und Lösungsvorschläge hält der Managementdiskurs für die diagnostizierten Probleme der deutschen Hochschullandschaft bereit?

(Fortsetzung)

Tabelle 4.1 (Fortsetzung)

Dimensionen	Fragen
Selbstpositionierung	Wie wird der NPM-Diskurs in der deutschen Hochschullandschaft und außerhalb des universitären Feldes positioniert? Welche Positionierungsvorschläge bzw. Subjektivierungsformen verbreitet NPM für Adressat*innen in der deutschen Hochschullandschaft? Welche handlungspraktischen Anweisungen zur Subjektivierung liefert der Managementdiskurs für akademische Subjekte?
Fremdpositionierung	Wie wird der NPM-Diskurs gegenüber jenen positioniert, die zwar von einer managerialen Wissensordnung adressiert werden, sich jedoch Anrufungen und Subjektivierungsformen widersetzen?
Rationalität	(Re-)Produziert NPM eine politische Rationalität?
Wertbezug	Transformiert die Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses akademische Werte und Normen? Findet eine Verknüpfung der Werte und Normen mit Selbst- und Fremdpositionierungen statt?

Nach der Erschließung der Phänomenstruktur werden zentrale Narrative rekonstruiert, die verschiedene Elemente des Managementdiskurses durch einen roten Faden miteinander verbinden und eine sinnstiftende Wirklichkeit erzeugen (ebd.: 251). Denn *Narrative* sind ein diskursstrukturierendes Regelsystem, wodurch Subjekte „ihren Weltdeutungen und ihren sozialen Praktiken Kohärenz, Bedeutung und qua Wiederholung eine gewisse Regelmäßigkeit“ (Viehöver 2011: 194) verleihen. Im Zentrum der narrativen Struktur des NPM-Diskurses befinden sich themenspezifische Narrationen, die sowohl an Erzählungen eines traditionellen wissenschaftlichen Spezialdiskurses als auch an Narrationen eines neoliberalen Interdiskurses anknüpfen. Der Geltungsanspruch von themengebundenen Narrationen des Managementdiskurses hängt von der Anschlussfähigkeit an universell anerkannte Erzählungen in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft ab (ebd.: 200 f.). Es wird also davon ausgegangen, dass Narrative erlauben, „die Kriterien der Kompetenz der Gesellschaft, in der sie erzählt werden, zu definieren, sowie andererseits, mit diesen die Leistung zu bewerten, die in ihr vollbracht werden oder werden können“ (Lyotard 1994: 68). Damit äußern sich

in Narrationen eines Diskurses Legitimationsbestrebungen (ebd.: 90). Gleichwohl reflektieren Narrative die Sinn- und Bedeutungsstrukturen eines Diskurses (vgl. Viehöver 2011: 206). Insofern kann durch die Analyse der narrativen Struktur die Plausibilisierungsstrategie des NPM-Diskurses erschlossen werden. Hier wird die Phänomenstruktur mit thematischen Narrativen verbunden. Dazu müssen folgende Fragen geklärt werden: Welche Symbole, Anekdoten, rhetorischen Mittel werden mit Problematisierungen, Lösungsvorschlägen, Selbst- und Fremdzuschreibungen, einer politischen Rationalität und Werten des Managementdiskurses verbunden? Und, werden durch die Narrative des NPM-Diskurses deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen sinnstiftende Erzählungen für eine diskursive Lebenstotalität bereitgestellt (vgl. Viehöver 2011: 210)?

Darüber hinaus wird mit der Diskursanalyse die doppelte Perspektive auf NPM als reintegrierende Wissensordnung und als Teil einer Regierungsweise eingelöst, weil Definitionsfragen gleichzeitig als Machtfragen betrachtet werden. Denn wer festlegt, was wissenschaftliche Leistung ist und wie diese Leistung gemessen wird, entscheidet (indirekt) über die Ergebnisse, versucht akademische Verhaltensweisen zu kanalisieren und erzeugt Subjektivierungsformen (vgl. Bröckling 2007: 241; WR 2010b: 25 f.). Schlussendlich (re-)produzieren *typisierte Deutungsmuster* ein Diskursuniversum. Das Diskursuniversum wird durch wiederkehrende Deutungen von Diskursteilnehmer*innen erzeugt und verdichtet sich in einem sozialen Bedeutungssystem, das sich in typisierten Deutungsmustern eines Diskurses manifestiert. Diesbezüglich bildet das Diskursuniversum einen verlässlichen, kollektiven Deutungshorizont für Subjekte. Außerdem erzeugen die typisierten Deutungsmuster eines Diskurses kollektive Zeichen und Symbole sowie eine objektive Wirklichkeit, die sich je nach Reichweite einer Wissensordnung über verschiedene Felder bis über eine gesamte Gesellschaft erstreckt (vgl. Keller 2011: 196 ff.). Zudem stabilisieren und strukturieren typisierte Deutungsmuster die Phänomenstruktur und Narrative eines Diskurses. Mithilfe von typisierten Deutungsmustern kann der Einzelne das Wahre vom Unwahren trennen und leistet damit einen Beitrag zur sozialen Konstruktion der Wirklichkeit (vgl. Foucault 2005b: 142 f.). Die typisierten Deutungsmuster zeichnen sich für Diskurse durch ihre Kontingenz und Strukturierungsleistung aus. Weiterhin entfalten Deutungsmuster eine performative Wirkung, weil durch die diskursive Konstruktion der Wirklichkeit Subjektivierungsformen entstehen (vgl. Keller 2011: 246 f.). Schlussendlich tragen typisierte Deutungsmuster und Narrative zur Plausibilisierung der Phänomenstruktur eines Diskurses bei.

Des Weiteren ist der *Kontext* des NPM-Diskurses für eine Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes von Bedeutung (vgl. Keller 2008: 208). Auch wenn

bereits vor 1990 in der BRD öffentliche Verwaltungsreformen unter NPM diskutiert wurden, kann erst in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts eine schleichende Institutionalisierung von managerialen Praktiken in öffentlichen Bereichen beobachtet werden (vgl. KGSt 1993; Vogel 2009: 372, 376; WR 2011a: 5, 16). Selbst zur Jahrtausendwende wird in der deutschen Hochschullandschaft noch eine Dominanz von traditionellen akademischen Steuerungsmodellen gegenüber managerialen Praktiken konstatiert und der Einfluss des Managementdiskurses weitestgehend auf das Sprechen über Reformen reduziert (vgl. Schimank 2002: 30). Der Managementdiskurs an deutschen Hochschulen kann also erst empirisch untersucht werden, wenn sich manageriale Verwaltungspraktiken flächendeckend institutionalisieren und diskursive Praktiken von NPM durch typisierte Handlungsweisen in regelmäßigen Abständen vollzogen werden (vgl. Vogel 2009: 371). Aus diesem Grund wird in der WDA der Zeitraum nach 2000 betont, denn vorher wurden deutsche Hochschulen und ihre Angehörigen weitestgehend durch traditionelle akademische Modelle gesteuert (vgl. Huber 2012: 244 ff.). Trotz der schleichenden Verbreitung des Managementdiskurses an deutschen Hochschulen werden einige grundlegende Texte aus der Zeitspanne von 1993 bis 2000 in der Diskursanalyse berücksichtigt, weil in diesem Zeitraum die Basis für eine neoliberale Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft geschaffen wurde (vgl. Schimank 2002: 30).

Neben der zeitlichen Eingrenzung ist der räumliche Kontext des NPM-Diskurses für die WDA relevant (vgl. Keller 2008: 208). Zwar taucht der Managementdiskurs im gesamten wissenschaftlichen Feld auf, wird aber aufgrund des spezifischen historischen Entstehungskontextes und der unterschiedlichen Anforderungen an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Hochschulen auf deutsche Universitäten eingegrenzt (vgl. WR 1993). Hier gilt es zu klären, inwieweit herrschende Subjekte des Managementdiskurses mit anderen Subjekten und Diskursen im (deutschen) universitären Feld um einen Geltungsanspruch und eine Deutungshoheit konkurrieren, gemeinsame Themen bearbeiten, sich abgrenzen und Fragmente anderer Wissensordnungen als Vehikel für eigene Ideen nutzen (vgl. Keller 2008: 208).

4.1.2 Korpus und Datenauswertung

Grundlegend müssen verschiedene Datenformate und ihre Reichweite unterschieden werden, um in der Diskursanalyse keinen Apfel-Birnen-Vergleich zu

bemühen (vgl. Keller 2008: 217 f.). Hier können sowohl textförmige¹ und audiovisuelle² Daten als auch Vergegenständlichungen³ und Praktiken⁴ voneinander abgegrenzt werden (vgl. Keller 2013: 51). Weiterhin muss zwischen verschiedenen Akteur*innen differenziert werden, weil beispielsweise die Empfehlung des WR eine andere Reichweite besitzt als die Pressemitteilung einer Hochschulleitung. Die unterschiedlichen Konstellationen von Akteur*innen und die Datenformate bilden in ihrer Gesamtheit die Infrastruktur eines Diskurses, d. h. die Art und Weise, wie eine Wissenspolitik geltendes Wissen über die Wirklichkeit (re-)produziert und damit Macht und Subjektivierungsformen erzeugt.

Als wichtigster diskursiver Zugang zum NPM-Diskurs in der deutschen Hochschullandschaft werden textförmige Daten angesehen, die im Zeitraum von 1993 bis 2019 an unterschiedlichen Orten von verschiedenen Akteur*innen eines unternehmerisch-managerialen Regimes generiert wurden. Das unternehmerisch-manageriale Regime ist ein Netzwerk zwischen (Wissenschafts-)Politik, Hochschulleitungen/Management⁵, Think Tanks, Stiftungen, Beratungsunternehmen, Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Medien. Die unterschiedlichen Akteur*innen des Netzwerks kritisieren „verkrustete Strukturen“ (Hornbostel 2011: 8) und „nicht länger sachgerechte Leitideen“ (WR 1993: 21) an Hochschulen, um eine Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft durch eine von neoliberalen Ideen geprägte Verwaltungspraxis voranzutreiben (vgl.

¹ Hierzu zählen u. a. Bücher, Artikel, Gutachten, (wissenschaftspolitische) Empfehlungs-, Positions- und Thesepapiere.

² Audiovisuelle Daten sind Bilder, Filme, Musik und andere Sprachaufzeichnungen (vgl. Keller 2013: 51).

³ Zu Vergegenständlichungen gehören Gebäude, Gerätschaften und andere Objekte wie Urkunden und Auszeichnungen, die Teil einer diskursiven symbolischen Ordnung sind.

⁴ Hiermit wird Bezug auf kollektive und persönliche Handlungsanweisungen bzw. normative Handlungsmuster genommen (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 49; Keller 2011: 320).

⁵ In Bezug auf die Definitionsangebote von herrschenden Subjekten des NPM-Diskurses wird unter der Hochschulleitung das Rektorat/Präsidium verstanden (vgl. HRK 1997). Dahingehend wird dem Rektorat/Präsidium die zentrale Aufgabe zugesprochen eine Hochschule zu leiten, d. h., die Initiierung und Koordinierung mittel- und langfristiger Konzepte und Zielvereinbarungen für die Entwicklung der Hochschule, die Erstellung eines Haushaltsplans und eine (leistungsorientierte) Zuweisung der Haushaltsmittel an Fakultäten, Fachbereiche und Einrichtungen (ebd.). Wohingegen zum Management einer Hochschule dezentrale Organisationseinheiten wie Zentren für Qualitätsmanagement oder Ausgründungen gehören, die durch die Übertragung von Kompetenzen seitens der Hochschulleitung an der strategischen Gestaltung einer Hochschule arbeiten (vgl. HRK 2005a: 2).

Müller-Böling 2000: 31 f.; Stifterverband 2019). In der folgenden Tabelle werden die Netzwerkgruppen und Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes aufgelistet (vgl. Tabelle 4.2: Netzwerkgruppen und Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes).

Tabelle 4.2 Netzwerkgruppen und Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes

Netzwerkgruppen	Akteur*innen
(Wissenschafts-)Politik	Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz(en), Deutsche Forschungsgemeinschaft, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, Allianz der Wissenschaftsorganisationen, Kultusministerkonferenz, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Länderregierung, Europäische Kommission, Europäischer Forschungsrat, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Hochschulen	Hochschulleitung/ Management
Think Tanks/ Stiftungen	Alexander von Humboldt-Stiftung, Expertenkommission Forschung und Innovation, Bertelsmann Stiftung, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Wissenschaft im Dialog
Forschungseinrichtungen/ Beratungsunternehmen	Centrum für Hochschulentwicklung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung/ Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Hochschul-Informations-System, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, ifo Institut, International Centre for Higher Education Research, Institut für Hochschulforschung
Nichtregierungsorganisationen	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
Medien	Lokal- und Tageszeitungen, Magazine, Rundfunk, Fernsehen

Im Kontext der Tabelle 4.1 sowie der Forschungsfragen erfolgt die Erstellung des Korpus nach verschiedenen Auswahlkriterien (vgl. Keller 2008: 213 ff.): Erstens werden nur Dokumente berücksichtigt, die im *Zeitraum* von 1993 bis 2019 innerhalb des unternehmerisch-managerialen Regimes entstanden sind. Das

unternehmerisch-manageriale Regime entsteht durch eine gemeinsame Wissens- und Identitätspolitik von verschiedenen Akteur*innengruppen und objektiviert sich in einer arbeitsteilig organisierten Transformation der deutschen Hochschullandschaft. Gleichzeitig können mithilfe unterschiedlich stark ausgeprägter Sichtbarkeiten von einzelnen Akteur*innen innerhalb des unternehmerisch-managerialen Regimes die Reichweite und Sprecher*innenposition im Managementdiskurs ausgelotet werden. Weiterhin findet eine *räumliche Eingrenzung* der Dokumente auf deutsche Hochschulen statt. Diese Auswahlentscheidung ergibt sich aus dem Umstand, dass sich der deutsche Managementdiskurs im wissenschaftlichen Feld vorrangig mit Problemen von Hochschulen in nationalen Krisen auseinandersetzt. Außerdem wurde bereits an anderer Stelle bemerkt, dass NPM zwar eine internationale Transformationsbewegung ist, aber sich der Geltungsanspruch von nationalen Netzwerkgruppen – bis auf wenige Ausnahmen – weitestgehend auf Deutschland beschränkt (vgl. Vogel 2009: 376). Folglich wird das Korpus durch *Akteur*innengruppen* eingegrenzt, um die spezifischen politischen, wissenschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen der deutschen Hochschullandschaft zu berücksichtigen (vgl. Clark 1983). Die Reorganisation von deutschen Hochschulen wird vor allem von der (Wissenschafts-)Politik vorangetrieben (vgl. Huber 2012: 247 f.). Dieser organisationssoziologische Befund verweist auf eine neoliberale Wissenspolitik, da traditionelle nicht-ökonomische Teilbereiche durch eine aktivierende und aktive staatliche Politik ökonomisiert werden sollen, um in der Sozialen Marktwirtschaft keinen Widerstand zu erzeugen (vgl. Röpke 1997: 51 f.). In diesem Zusammenhang werden die von neoliberalen Ideen geprägten Hochschulreformen seit den 1990er-Jahren in der BRD vor allem von (wissenschafts-)politischen Akteur*innen wie dem Europäischen Forschungsrat, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), den Länderregierungen und dem Wissenschaftsrat (WR) zusammen mit anderen Akteur*innengruppen in Wissenschaft und Wirtschaft vorangetrieben. Mit einer Zitationszählung⁶ und Analyse von

⁶ Hier wurden die Zitationen anderer Akteur*innengruppen in den Publikationen des Wissenschaftsrates gezählt. Berücksichtigt wurden Mehrfachnennungen und ausschließlich direkte Zitate des Wissenschaftsrates. Selbstzitationen, Kozitationen und biographische Kopplungen sind für die Erstellung des Korpus dagegen irrelevant, weil direkte Zitate zur Identifizierung anderer Akteur*innengruppen ausreichen (vgl. Ball 2014).

Anrufungen⁷ in Stellungnahmen, Empfehlungen und Thesenpapieren des Wissenschaftsrates⁸ zu den Themen Hochschulreformen, Steuerung, Management und Governance an deutschen Hochschulen im Zeitraum von 1993 bis 2019 konnten zentrale Akteur*innen wie die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Hochschulleitungen/Management und verschiedene Forschungseinrichtungen sowie Beratungsunternehmen, Think Tanks und Stiftungen identifiziert werden.

Exemplarisch wird die Ermittlung von Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes am Text „Thesen zur Forschung in den Hochschulen“ des WR (1996) erklärt. Die Anzahl der Zitationen anderer Akteur*innen beträgt 23. Das BMBF wurde siebenmal, das Statistische Bundesamt viermal, die DFG dreimal, die HRK zweimal, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zweimal, Akteur*innen aus Forschungsinstituten und Beratungsunternehmen zweimal, die Kultusministerkonferenz einmal sowie das National Center for Education Statistics und das Science Museum London jeweils einmal zitiert (ebd.). Was aus der Zitationszählung nicht hervorgeht, ist eine starke Adressierung der Hochschulleitung und des Managements. Dazu konstatiert der WR (1996: 4):

„In seinen 10 Thesen zur Hochschulpolitik hat der Wissenschaftsrat bereits festgelegt, daß die Hochschule in ihrer traditionellen Verfaßtheit die ‚Aufgaben der Leistungsevaluation und der leistungsgesteuerten Ressourcenverteilung und der eigenverantwortlichen Anpassung an die Anforderungen der gesellschaftlichen Umwelt nicht wahrnehmen‘ kann. In der Vergangenheit hat der Wissenschaftsrat bereits empfohlen, die Hochschulen durch ein entscheidungsfähiges Hochschulmanagement handlungsfähiger zu machen. Dazu schlug er vor, die Position der Dekane zu stärken und die Befugnisse der Hochschulleitung auszuweiten.“

Im nächsten Schritt werden die Zitationen und Anrufungen in Stellungnahmen, Empfehlungen, Thesenpapieren, Berichten, Strategiepapieren, Leitbildern und -fäden, Entwicklungsplänen und Studien von anderen Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes untersucht, wodurch Adressierungen

⁷ Grundsätzlich kann eine Anrufung bzw. Interpellation im Sinne von Althusser (1977: 142 f.) als subjektformierend verstanden werden. Um relevante Netzwerkakteur*innen zu identifizieren, ist zunächst entscheidend, wer von wem im Kontext von Hochschulreformen angerufen wird.

⁸ Die Datenbasis zur Identifizierung von Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes in der deutschen Hochschullandschaft ergibt sich aus folgenden Texten: WR 1993; 1996; 2000; 2004; 2005; 2006; 2007; 2008; 2010a; 2010b; 2011a; 2010b; 2010c; 2012; 2013; 2014; 2015a; 2015b; 2016; 2017; 2018a; 2018b; 2019.

sichtbar werden. Mithilfe dieser Dokumente kann der Managementdiskurs in der deutschen Hochschullandschaft wissenssoziologisch analysiert werden, denn die textförmigen Daten des unternehmerisch-managerialen Regimes transportieren eine Wissens- und Identitätspolitik, die helfen soll, „den Arbeitsprozess in der Hochschule zielführend und effektiv zu gestalten“ (HRK 2006a: 8). Sichtbar werden die diskursiven Verbindungen zwischen Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes in der deutschen Hochschullandschaft mit der folgenden Abbildung (vgl. Abbildung 4.1: Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes in der deutschen Hochschullandschaft).

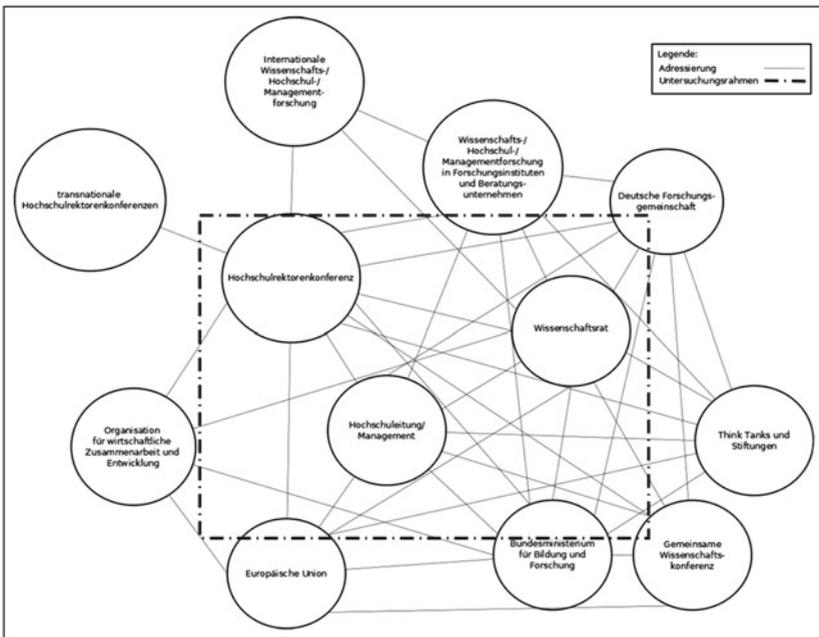


Abbildung 4.1 Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes in der deutschen Hochschullandschaft

Der Untersuchungsrahmen in der Abbildung 4.1 wurde auf Grundlage der Auswahlkriterien und der soziologischen Erkenntnisse über NPM im (deutschen) universitären Feld gewählt (vgl. Clark 1983; Huber 2012: 247 f.). Im Zentrum der wissenssoziologischen Untersuchung steht u. a. der WR als relevanter wissenschaftspolitischer Akteur und Verbindung zwischen Wissenschaft, Politik und

Wirtschaft. Gleichzeitig rücken direkte Adressat*innen des WR wie die HRK sowie die Hochschulleitung und das Management in den Fokus der WDA. Weiterhin werden auch textförmige Daten von Akteur*innengruppen berücksichtigt, die sich räumlich betrachtet in der Peripherie des unternehmerisch-managerialen Regimes befinden, aber durch ihr politisches und ökonomisches Kapital den Transformationsprozess an deutschen Hochschulen maßgeblich mitgestalten. Relevante Akteur*innen sind das BMBF, die DFG und der Europäische Forschungsrat, weil diese Organisationen zu den größten Drittmittelgeber*innen in der deutschen Hochschullandschaft zählen (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 119). Exemplarisch wird der starke Einfluss von öffentlichen Drittmittelgeber*innen auf die Hochschulfinanzierung und Forschungsthemen am Bericht des Präsidiums der FU Berlin (2014b: 85 f.) deutlich, denn hier wird festgestellt:

„Ein neuer Schwerpunkt wird in den sogenannten Digital Humanities entwickelt. Das Thema wird für neue Forschungsvorhaben immer bedeutender, da die wichtigsten Drittmittelgeber (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Europäische Union) die Entwicklung und Nutzung digitaler Infrastrukturen zunehmend in den Vordergrund stellen. Die Hochschulleitung hat in Aussicht gestellt, die Digitalisierung in der Forschung nachhaltig zu unterstützen, da auf diesem Sektor ein stark wachsender Bedarf erkennbar ist.“

Vor dem Hintergrund einer schwindenden Grundfinanzierung und steigender Drittmittelfinanzierung erhalten die Anrufungen von (wissenschafts-)politischen Akteur*innen für Hochschulen und ihre Angehörigen einen irreduziblen Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit. Diese Annahme wird durch den Befund gestützt, dass (wissenschafts-)politische Akteur*innen sowohl einen Großteil der (Dritt-)Mittel zur Hochschulfinanzierung bereitstellen als auch für die Allokation verantwortlich sind. Die Exzellenzinitiative/-strategie gilt als beispielhaft für die politische Inszenierung eines Wettbewerbs um knappe Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg im deutschen Hochschulsystem, denn die Mittel werden von Bund und Ländern bereitgestellt und durch den WR und die DFG verteilt (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 31). Aber auch der Europäische Forschungsrat – als transnationaler Akteur – erlangt durch seine Rolle als Financier in der deutschen Hochschullandschaft politischen Einfluss und ist an der Konstruktion einer objektiven Wirklichkeit unter dem Primat von NPM beteiligt (ebd.: 113). In Rekurs auf die Auswahlkriterien, die soziologischen Erkenntnisse, die Zitations- und Anrufungsanalyse sowie in Hinblick auf die Interviews mit Wissenschaftler*innen an der FU Berlin kann ein Korpus für die wissenssoziologische Untersuchung des Managementdiskurses in der deutschen

Hochschullandschaft erstellt werden. In der Diskursanalyse befinden sich textförmige Dokumente der Berlin University Alliance (n = 1), des BMBF (n = 1), der DFG (n = 3), des ERC (n = 1), der FU Berlin (n = 20), der HRK (n = 66), der Medien (n = 3), des Landes Berlin (n = 3), der SPD (n = 1) und des WR (n = 23). Damit umfasst das Korpus insgesamt 122 Dokumente, die von Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019 produziert wurden.

Zur Datenauswertung und Selektion von Fragmenten des NPM-Diskurses wird ein zweistufiges qualitatives Kodierverfahren angewendet. Im ersten Schritt findet eine thematische Kodierung der Dokumente statt, um wesentliche Problematisierungen, Inhalte, Zielsetzungen und Themen des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft zu erfassen (vgl. Strübing 2019: 535 f.). Gleichzeitig werden durch die thematische Kodierung die Oberflächenstruktur und relevante Fragmente des NPM-Diskurses erschlossen. Diese Diskursfragmente werden im zweiten Schritt der Datenauswertung zur Feinanalyse genutzt und durch eine Kodierung nach der Phänomenstruktur, Narrativen sowie typisierten Deutungsmustern zu einem diskurspezifischen Interpretationsrepertoire verdichtet (vgl. Keller 2013: 32). Grundsätzlich folgt das hier skizzierte Kodierverfahren einzelnen Prinzipien⁹ aus Grounded Theory und sozialwissenschaftlicher Hermeneutik (vgl. Glaser & Strauss 1967; Soeffner 1989). Insbesondere im ersten Schritt der Datenauswertung spiegelt sich das offene Kodieren einer Grounded Theory wider, denn hier werden die Dokumente nach inhaltlichen und thematischen Sinneinheiten¹⁰ kodiert, um aus den Texten über den Transformationsprozess an deutschen Hochschulen Problematisierungen, Inhalte, Zielsetzungen und Themen des Managementdiskurses zu erarbeiten und das Korpus durch wiederkehrende Sinneinheiten zu verdichten (vgl. Strübing 2019: 535 f.). Präsentiert werden die Ergebnisse des ersten Auswertungsschritts in Form eines historischen Abrisses. Anschließend werden erste Hypothesen zur Tiefenstruktur des NPM-Diskurses formuliert, die in der Feinanalyse aufgegriffen und durch eine gezielte Kodierung von relevanten Sequenzen zur Rekonstruktion des diskurspezifischen Interpretationsrepertoires herangezogen werden. Die vorläufigen Annahmen werden dazu rekursiv zum Material korrigiert, verworfen, verfeinert und schlussendlich zu Dimensionen der Phänomenstruktur, Narrativen und typisierten Deutungsmustern weiterentwickelt (vgl. Keller 2011: 250; Soeffner

⁹ Mit den methodischen Ansätzen aus Grounded Theory und sozialwissenschaftlicher Hermeneutik wird ein (bewusstes) Spannungsverhältnis zu poststrukturalistischen Paradigmen erzeugt, um einen „Diskurs [nicht ausschließlich] als eine Gewalt [zu] begreifen, die wir den Dingen antun“ (Foucault 1993: 34).

¹⁰ Wörter, Sätze oder Textabschnitte bilden Sinneinheiten (vgl. Rosenkranz 2017: 89).

1989: 67). An dieser Stelle der Datenauswertung verbinden sich Ansätze einer Grounded Theory mit denen einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik, weil aus einzelnen Sequenzen verschiedene Hypothesen generiert werden, sodass ein Satz oder Textabschnitt mit verschiedenen Lesarten interpretiert werden kann (vgl. Soeffner 1989: 67). Die Interpretation von Sinneinheiten spiegelt sich auch in den ersten beiden Kapiteln der Arbeit wider, wo Neoliberalismus als Wissens- und Identitätspolitik sowie als Regierungsweise interpretiert wird. Vor diesem Hintergrund wird im zweiten Schritt der Datenauswertung geklärt, ob der NPM-Diskurs in der deutschen Hochschullandschaft eine neoliberale Regierungsweise und Subjektivierungsformen (re-)produziert. Mit dieser sequenzanalytischen Vorgehensweise wird zwar Vorwissen nicht vollkommen ausgeschlossen, aber einer kritischen Reflexion unterzogen, indem neoliberale Deutungsangebote anderen Lesarten des Managementdiskurses gegenübergestellt werden und damit NPM auch abseits einer neoliberalen Wissensordnung und Regierungsweise interpretiert werden kann (vgl. Kurt & Herbrik 2019: 555 f.).

Im Folgenden wird das Kodiervorgehen beispielhaft an einem Textabschnitt aus der Erklärung „Zur aktuellen hochschulpolitischen Diskussion“ der HRK (2004a) erläutert:

„Wichtige Voraussetzung für den wissenschaftsadäquaten Wettbewerb ist ein deutlicher Rückzug des Staates aus der Detailsteuerung zu Gunsten der Entscheidungsspielräume von Leitungsorganen der Hochschulen. Dringlich zu behebende Wettbewerbshindernisse sind u. a. die Vorgaben des Dienst- und Tarifrechts, fehlende Budgethoheit, Bauherreneigenschaft und Diensterreneigenschaft für das gesamte Personal, das Kapazitätsrecht und das Fehlen eines Auswahlrechts der Hochschulen für ihre Studierenden.“

Zentrale Themen bzw. Kodes in diesem Textabschnitt sind Wettbewerb, Autonomie, Steuerung, Verhältnis Staat/Hochschulen, Recht, Finanzierung und Personal. Insbesondere im ersten Satz des Textabschnitts wird (Hochschul-)Autonomie mit „Entscheidungsspielräumen von Leitungsorganen der Hochschulen“ (ebd.) verknüpft. Hier findet eine Problematisierung von staatlicher Detailsteuerung wie im Dienst- und Tarifrecht oder über Finanzen statt. Aus der Konstruktion eines problematischen Verhältnisses zwischen Staat und Hochschulleitung resultiert die Forderung nach dem „Rückzug des Staates“, um „Voraussetzungen für den wissenschaftsadäquaten Wettbewerb“ zu schaffen und „Wettbewerbshindernisse“ (ebd.) zu beseitigen. Offen bleibt, was unter einem „wissenschaftsadäquaten Wettbewerb“ verstanden wird und zwischen welchen Akteur*innen bzw. Organisationen „Wettbewerbshindernisse“ (ebd.) bestehen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Um wen oder was konkurrieren Hochschulen und ihre

Angehörigen? Vor dem Hintergrund der Problematisierungen, Zielsetzungen und offenen Fragen können folgende Hypothesen formuliert werden, die im späteren Verlauf der Analyse dazu dienen, weitere Inhalte zu erschließen und erste Hinweise auf die Tiefenstruktur des NPM-Diskurses liefern:

- H1: Die Autonomie von Leitungsorganen der Hochschulen gegenüber dem Staat beseitigt Wettbewerbsnachteile zwischen Hochschulen und Wissenschaftler*innen.
- H2: Die Autonomie der Hochschulleitung schafft die Voraussetzungen für einen Wettbewerb zwischen Hochschulen und anderen Akteur*innen in der Wissenschaft.
- H3: Ein „wissenschaftsadäquater Wettbewerb“ (ebd.) ist ein Wettbewerb um Wissen, der zur Steigerung des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts führt.
- H4: In einem „wissenschaftsadäquaten Wettbewerb“ (ebd.) konkurrieren Wissenschaftler*innen um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg.
- H5: Die Chancengleichheit im Wettbewerb führt zu einer leistungsorientierten Mittelverteilung.

Um die Hypothesen mit unterschiedlichen Lesarten des Textabschnittes zu überprüfen, werden diese im nächsten Schritt mit anderen Fragmenten kontrastiert. Bei wiederkehrenden Deutungen in weiteren Dokumenten können einzelne Hypothesen verifiziert und typisierte Deutungsmuster gebildet werden. Weichen hingegen die Hypothesen von den Lesarten in anderen Dokumenten zu gleichen Themen ab, werden die Annahmen modifiziert oder verworfen (vgl. Kurt & Herbrink 2019: 557). Zur Dokumentation des exemplarisch dargestellten ersten Analyseschritts werden Memos zu jeder einzelnen Textsequenz in MAXQDA angelegt. Die analytischen Kommentare werden zur Verknüpfung einzelner Codes und verschiedener Textstellen genutzt sowie, um in die Tiefenstruktur des NPM-Diskurses vorzudringen. Damit organisieren und verdichten Memos das Korpus der Diskursanalyse (vgl. Diaz-Bone & Schneider 2008: 506 f.). Die analytisch kommentierten Textabschnitte werden im nächsten Schritt der Datenauswertung hinsichtlich der Tiefenstruktur untersucht. Dazu werden Textsequenzen als Diskursfragmente betrachtet und nach Dimensionen der Phänomenstruktur, von Narrativen und typisierten Deutungsmustern kodiert.

Anhand des vorliegenden Textabschnittes lassen sich erste Annahmen über einzelne Dimensionen der Phänomenstruktur des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft formulieren, denn durch die Problematisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Hochschulen wird (möglicherweise) ein

Notstand artikuliert, über den Akteur*innen angerufen werden, Probleme mit bereitgestellten Handlungsoptionen des NPM-Diskurses zu lösen (vgl. HRK 2004a). Weiterhin wird den Leitungsorganen von Hochschulen eine (Selbst-) Verantwortung erteilt, um für einen „wissenschaftsadäquaten Wettbewerb“ (HRK 2004a) zu sorgen, während dem Staat die Verantwortung für die (Detail-) Steuerung von Hochschulen aberkannt wird. Gleichzeitig kann die Beseitigung von „Wettbewerbshindernissen“ (ebd.) auch im neoliberalen Sinn einer aktivierenden Politik gelesen werden, womit dem Staat die Aufgabe erteilt wird, auf die sozialen Rahmenbedingungen – etwa mit einem Drittmittelwettbewerb – so einzuwirken, dass sich eine soziale Wettbewerbsordnung ungehindert entfalten kann. Die zahlreichen Lesarten des exemplarisch analysierten Textabschnittes begründen die enorme Datenmenge des Korpus, denn ohne eine Kontrastierung mit unterschiedlichen Texten von Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes können die zahlreichen Annahmen und Deutungsangebote nicht zu einem diskursspezifischen Interpretationsrepertoire zusammengefasst werden.

4.2 Methodologie einer Soziologie des individuellen Widerstands

Um die diskursive Konstruktion der sozialen Wirklichkeit an deutschen Hochschulen unter dem Primat des Managementdiskurses einer kritischen Reflexion zu unterziehen, werden Subjektivierungsformen mit Aneignungen und Deutungsmustern¹¹ von Wissenschaftler*innen verglichen. Vor diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Arbeit die Soziologie des individuellen Widerstands entfaltet. Mit dieser Forschungsperspektive wird (akademische) Subjektivierung vom

¹¹ Unter Deutungsmustern werden im Folgenden kollektive und vor allem verlässliche Wissensbestände verstanden, mit denen der Einzelne seine Handlungsfähigkeit und Identität herstellt. Demnach müssen sich Deutungsmuster in praktischen Handlungsvollzügen bewähren und werden von Akteur*innen zur Begründung ihres Selbstverständnisses herangezogen (Ullrich 2020: 5 f.). Denn „nur soweit wir auf Deutungsmuster zurückgreifen können, können wir in Situationen und auf Handlungsprobleme reagieren, und gleichzeitig eröffnen die sozial verfügbaren Deutungsmuster immer nur eine spezifische Auswahl von ‚sozial legitimen‘ Handlungsoptionen aus dem Spektrum denkbarer Reaktionsweisen“ (ebd.: 10 f.). Insofern beeinflussen Deutungsmuster, wie sich Subjekte selbst und andere erleben, wahrnehmen und deuten. Aus diesem Grund werden kollektive Wissensbestände in der kontrastierenden Subjektivierungsanalyse zur Rekonstruktion akademischer Subjektivierungsweisen herangezogen (vgl. Bührmann 2012: 146).

persönlichen Widerstand¹² handelnder Menschen aus untersucht, weshalb sich die Soziologie des individuellen Widerstands zur Umsetzung des hier skizzierten qualitativ-empirischen Forschungsvorhabens anbietet. Die Soziologie des individuellen Widerstands bezieht sich nicht auf ein klassisches Verständnis der Protest- und Bewegungsforschung, nach dem Widerstand weitestgehend auf die sichtbare und organisierte Verweigerung des Gehorsams und politischen Protest reduziert wird (vgl. Rucht 2016; Teune 2008). Vielmehr untersucht die von wissenssoziologischen und gouvernementalitätstheoretischen Paradigmen inspirierte Soziologie des individuellen Widerstands ein Spannungsverhältnis zwischen objektiver und subjektiver Wirklichkeit, wodurch Ambivalenzen und Brüche von Diskursen, Regierungsweisen und Subjektivierungsformen aus der Subjekt-Akteurs-Perspektive beschrieben werden (vgl. Berger & Luckmann 2012: 49, 139; Foucault 2015: 78).

Die Soziologie des individuellen Widerstands wirft damit die folgenden Fragen auf: Führt die Konfrontation von sozialen Gruppen und Akteur*innen mit Diskursen, Regierungsweisen und normativen Selbstbildern zu (individuellem) Widerstand? Und, welche Strukturen ermöglichen und verhindern (individuellen) Widerstand von Akteur*innen in einem Regime von Wissen, Macht und Subjektivierung? Mit diesen grundlegenden Fragen kann individueller Widerstand erforscht werden, bevor sich soziale Spannungen durch Protestaktionen im öffentlichen Raum entladen, bzw. erklärt werden, warum individueller Widerstand nicht zwangsweise zu einem politischen Aufbegehren gegen die bestehende Sozialordnung führt (vgl. Lenk 2022: 156).

Um ein Schlaglicht auf akademische Subjektivierung in einem unternehmerisch-managerialen Regime zu werfen, wird Foucaults (1987: 116) Anregung – Macht vom Widerstand aus zu untersuchen – berücksichtigt und auf die deutsche Hochschullandschaft übertragen. In diesem Kontext kann angenommen werden, dass ein Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität durch Aneignungs-, Umdeutungs- und Transformationsprozesse von Wissenschaftler*innen erodiert (vgl. Foucault 2005b: 273). Oder anders formuliert: Die

¹² Individueller Widerstand entsteht, wenn der Einzelne mit Anrufungen konfrontiert wird, weil Subjektivierungsformen nie nahtlos in Subjektivierungsweisen übergehen. Sichtbar wird individueller Widerstand an persönlichen Modifikationen, Umdeutungen oder gänzlichen Transformationen von Wissen und Identitätsangeboten. In Rekurs auf Bosančićs (2022: 60) starkes Subjektkonzept lassen sich die eigensinnigen Aneignungsprozesse von Subjektivierungsformen auch mit dem Paradigma der Agency diskutieren, weil „die Beschaffenheit der normativ-symbolischen, materiellen und räumlichen Ordnungen, deren Widersprüche, Vagheit, Unbestimmtheit, Instabilität und Wandelbarkeit Spielräume für Re-Artikulationsprozesse ermöglichen und diese zugleich notwendig machen“

Soziologie des individuellen Widerstands nähert sich Wissen, Macht und Subjektivierung von den Bruchstellen in einem Subjektivierungsregime (vgl. Deleuze 1991: 155 f.). Dahingehend erweist sich die Unterscheidung zwischen Subjektivierungsformen und -weisen – entgegen den Einwänden Bröcklings und Peters (2017: 288) – als fruchtbare Heuristik, weil dadurch der Widerstand zwischen subjektiven Soll-Zuständen und persönlichen Ist-Zuständen empirisch greifbar wird (vgl. Bührmann 2012: 146). In diesem Zusammenhang ist auch eine Differenzierung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken relevant, um Handlungsweisen und Deutungsmuster von Wissenschaftler*innen innerhalb einer diskursiv konstruierten Wirklichkeit zu verorten (vgl. Keller 2011: 228, 256). Nicht-diskursive Praktiken sind „Praktiken, die außerhalb der jeweiligen diskursiven Praxis stattfinden“ (Pfahl & Traue 2013: 429). Nichtsdestotrotz stehen nicht-diskursive und diskursive Praktiken in Bezug zueinander (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 47). Das Erkenntnisinteresse der Soziologie des individuellen Widerstands besteht also darin, das Spannungsverhältnis zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken sowie zwischen Subjektivierungsformen und -weisen auszuloten.

Weiterhin erscheint es sinnvoll, die diskursive Position von Subjekten zu untersuchen, da Diskurse subjektivierend und subjektiviert strukturiert sind (vgl. Link 2012: 60). Insofern kann zwischen Subjekten unterschieden werden, über die geherrscht wird und solche, die über andere herrschen, weil letztere eine exklusive Sprecher*innenposition besitzen und damit Macht über andere Subjekte ausüben können (vgl. Link 2007: 221; Maeße 2017). Insbesondere wenn der Einfluss von Wissenschaftsmanager*innen auf akademische Subjekte in den Fokus der kontrastierenden Analyse rückt, wird es relevant, zwischen beherrschten und herrschenden Subjekten zu unterscheiden, weil die grundlegende Anrufung der managerialen Subjektivierungsform darin besteht, andere Subjekte über Anreizsysteme zu mobilisieren, ihre persönlichen Ressourcen im Wertschöpfungsprozess vollständig auszunutzen (vgl. FU Berlin 2019d; 2019f; WR 2014: 54). Durch dieses Herrschaftsverständnis wird das Arrangement von Akteur*innen mit dem Spannungsverhältnis zwischen Subjektivierungsformen und -weisen sowohl zum konzeptionellen Werkzeug als auch zum Haupterkenntnisinteresse der Soziologie des individuellen Widerstands. Die wissenssoziologisch-interpretative Perspektive der Soziologie des individuellen Widerstands wird letztendlich genutzt, um das (widersprüchliche) Verhältnis zwischen der Sozialstruktur und dem Einzelnen zu untersuchen.

Mit der Wechselwirkung zwischen individuellen Denk- und Handlungsweisen und Gesellschaftsstrukturen werden ebenfalls Grundnahmen einer wissenssoziologischen Subjektivierungsforschung geteilt, da weder von einem „Pippi-Langstrumpf-Universum [ausgegangen wird], in dem sich jede und jeder nach eigenem Belieben seine Welt selbst erschaffen kann“ (Bosančić 2019: 47), noch von einer „Totalität des Regierens“ (Geimer & Amling 2019: 22). Vielmehr findet ein Bezug auf vorstrukturierte soziale Wirklichkeiten statt, die „den Menschen als objektive Wahrheiten gegenüberreten, die zudem über die unterschiedlichsten und machtvollen Legitimations- und Sanktionsmechanismen abgesichert sind“ (Bosančić 2019: 47). Deutlich wird die Wechselwirkung zwischen einer objektiven und subjektiven Wirklichkeit am Verhältnis von Beherrschten und Herrschenden innerhalb eines Diskurses (vgl. Berger & Luckmann 2012: 62). Denn Subjekte mit einer exklusiven Sprecher*innenposition herrschen zwar über andere Menschen, jedoch nicht über einen Diskurs, der ihre Herrschaft zu einer legitimen Form der Machtausübung werden lässt (vgl. Link 2007: 221). Ohne diese diskursive Basis würde Herrschaft ihre Legitimation verlieren. Trotz der strukturierenden Wirkung von Wissensordnungen sind Akteur*innen in der Lage, die soziale Wirklichkeit mit kreativen, eigenwilligen Aneignungs-, Umdeutungs- und Transformationsprozessen zu verändern. Prädestiniert für einen Wandel von Wissensordnungen sind Diskursguerillas, weil sie über etablierte Kommunikationsformen, Handlungsweisen, Symbole und Selbstbilder in Wissensordnungen eindringen und diese mit einer Umdeutung der Sinnstruktur verändern (vgl. Schölzel 2013: 41). Exemplarisch für die gezielte Sabotage einer diskursiv konstruierten Wirklichkeit können Guerillaaktionen wie der „Klingelstreich beim Kapitalismus“¹³ oder „10.000 Euro Steuergelder an Antifa-Gruppen“¹⁴ des Peng!-Kollektivs (2020a,b) genannt werden. Diese subversiven Verhaltensweisen erzeugen einen individuellen Widerstand in einem Regime aus Wissen, Macht, Subjektivierung.

¹³ Bei dieser Kampagne gaben sich Aktivist*innen des Peng!-Kollektivs (2020a) als Mitglieder der Bundesregierung aus und konnten über das Vortäuschen einer exklusiven Sprecher*innenposition dem Chef von Lieferando in einem Telefonat vertrauliche Informationen über seine Ansichten zu Betriebsräten und sein Geschäftsmodell entlocken.

¹⁴ Hier wurden öffentliche Fördergelder über den Kauf von Aktionsgegenständen (Sprühdose, Aufkleber, Einkaufswagen usw.) an Antifa-Gruppen weitergegeben. Um die Zweckgebundenheit dieser Fördergelder zu gewährleisten, wurden die Objekte der Antifa-Gruppen als Exponate umgedeutet und in einem Museum ausgestellt. Gleichwohl wurden mit dieser Kampagne Symbole medialer Debatten um Protestaktionen der Antifa transformiert (vgl. Peng!-Kollektiv 2020b).

Vor dem Hintergrund handlungsleitender Gesellschaftsstrukturen und einer sozialen Wirklichkeit, die durch eigenwillige Aneignungsprozesse und kreative Umdeutungen entsteht, bietet sich ein doppeltes Menschenverständnis zur Untersuchung von akademischer Subjektivierung an. Einerseits wird entgegen einer klassischen Subjektphilosophie¹⁵, die einen erkennenden, autonomen Menschen konstituiert, mit Bezug auf Foucault (2005a: 245) dem Subjekt eine Doppelrolle zugeschrieben: Erstens befindet sich das Subjekt in einem Abhängigkeitsverhältnis und unterwirft sich der Herrschaft eines anderen. Und zweitens sind das Bewusstsein und die Selbsterkenntnis an eine Identität gebunden. „In beiden Fällen suggeriert das Wort [Subjekt] eine Form von Macht, die unterjocht und unterwirft“ (ebd.). Andererseits plädiert die wissenssoziologische Erweiterung dieses poststrukturalistischen Subjektverständnisses für eine Unterscheidung zwischen Subjekten und Akteur*innen, „die bestehende Wahrheitsordnungen in machtvollen Auseinandersetzungen bestätigten und stabilisieren, modifizieren, erweitern oder gänzlich transformieren“ (Bosančić 2019: 48). Um mit der Subjekt-Akteurs-Perspektive akademische Subjektwerdungsprozesse zu erforschen, werden Wissenschaftler*innen an der FU Berlin interviewt.

4.2.1 Sampling und Datenauswertung

Im ersten Schritt der Befragtenauswahl wird deduktiv vorgegangen, d. h. es erfolgt ein selektives Sampling nach theoretischen Vorüberlegungen und ersten empirischen Befunden der WDA (vgl. Schatzman & Strauss 1973: 38 ff.). In dem *selective sampling* wird vor der Datenerhebung festgelegt, welche Merkmale bei der Befragtenauswahl berücksichtigt werden und welche Fallzahl die qualitative Sample aufweisen soll (vgl. Kelle & Kluge 2010: 47). Zunächst werden in der Fallstudie an der FU Berlin nur einige Merkmale bestimmt, die sowohl zur Klärung der Forschungsfragen und Hypothesen beitragen als auch einen systematischen Feldzugang ermöglichen. Zu den relevanten Merkmalen zählen unterschiedliche akademische Statusgruppen (Doktorand*innen, Postdoktorand*innen, Privatdozent*innen, (Junior-)Professor*innen), Disziplin, Arbeitsverhältnisse/-bedingungen und Drittmittelabhängigkeit. Mithilfe einer Drittmittelabhängigkeit der Befragten soll herausgefunden werden, welchen Einfluss Drittmittel und eine neoliberale Identitätspolitik auf Wissenschaftler*innen haben. Ferner geht es bei der Abhängigkeit von Drittmitteln um eine Rekonstruktion der

¹⁵ Mit der klassischen Subjektphilosophie wird Bezug auf die philosophischen Ansätze Kants (1998 [1781/1787]) und Husserls (1991 [1931]) genommen.

Seinsverbundenheit des Wissens, wodurch die Vorstrukturierung von persönlichen Handlungsweisen und Deutungsmustern berücksichtigt wird (vgl. Bosančić 2019: 47; Mannheim 1985 [1929]: 229-238). In diesem Kontext wird die persönliche Drittmittelabhängigkeit mit einem online-Kurzfragebogen ermittelt, in dem die Studienteilnehmer*innen gebeten werden, Angaben zur Finanzierungsart ihres Arbeitsplatzes zu machen. Außerdem werden mit dem Fragebogen vor dem Interview die Arbeitsverhältnisse und -bedingungen der befragten Wissenschaftler*innen erfasst. Hier erhalten die Befragungsteilnehmer*innen die Möglichkeit, Angaben zur Art ihres Arbeitsvertrages und dessen Laufzeit zu machen. Weiterhin wird die vertraglich festgelegte und tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Interviewten erfragt, um erste Hinweise auf Selbsttechnologien in Form von Selbstausbeutung zu erhalten, die möglicherweise bei der Rekonstruktion von Deutungsmustern relevant sind. Zusätzlich wird der Umgang der Befragten mit der Seinsverbundenheit des Wissens über soziodemografische Informationen wie Geschlecht, Alter und Kinderanzahl ermittelt. Die Ergebnisse der quantitativen Kurzbefragung sind für die Interpretation des Interviewmaterials relevant, weil sie sich als Kontextwissen eignen (vgl. Ullrich 2020: 125 f.). Berücksichtigt werden die Befragungsergebnisse, wenn Kontextualisierungshinweise im Interview auftauchen, d. h. wenn sich die Befragten auf das theoretisch angenommene Kontextwissen beziehen, besitzt es einen Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit und wird in die Analyse einbezogen (ebd.: 145 f.). Der Grund für die voraussetzungsvollen Annahmen von spezifischem Kontextwissen liegt auch an den Hypothesen der WDA, welche mit der Interviewanalyse eine kritische Reflexion erfahren. Außerdem wird mit den empirischen Befunden der Interviewauswertung der gouvernementalitätstheoretisch-diskursanalytische Rahmen der Dispositivanalyse in Frage gestellt.

Ein zentraler Bestandteil der Analyse von akademischer Subjektivierung sind Deutungsmuster (ebd.: 5 f.). Zur Rekonstruktion dieser kollektiven Wissensbestände ist es wichtig, dass das Datenmaterial eine hohe Varianz aufweist, weil die Heterogenität der Befragten die Anzahl der individuellen Begründungen von Denk- und Handlungsweisen steigert (ebd.: 73). Aus diesem Grund werden verschiedene Disziplinen und Statusgruppen berücksichtigt. Mithilfe der Statusgruppe werden auch persönliche Abhängigkeitsverhältnisse und Subjektpositionen im Sinne von herrschenden und beherrschten Subjekten rekonstruiert und gegebenenfalls als Kontextwissen in der kontrastierenden Subjektivierungsanalyse berücksichtigt. Durch dieses Kontextwissen lässt sich ebenfalls die Bedeutung von persönlichen und kollektiven Sinnstrukturen einer Aussage und Textpassage erschließen (ebd.: 125 f.). Schließlich werden die selektiven Merkmale der Disziplin und der Statusgruppe genutzt, um potenzielle Interviewpartner*innen über

die Internetpräsenz der FU Berlin zu suchen und via E-Mail um ein Interview zu beten. Demnach erfolgt der Feldzugang über eine systematische Variation der Untersuchungsobjekte.

Im zweiten Schritt des Auswahlverfahrens werden drei Interviews mit Wissenschaftler*innen geführt, die eine hohe Merkmalsvarianz besitzen. Bevor dann eine Auswahl weiterer Wissenschaftler*innen für die Studie erfolgt, werden die ersten drei Interviews mit Ansätzen der Grounded Theory ausgewertet (vgl. Glaser & Strauss 1967). Zur Datenauswertung wird das Interviewmaterial transkribiert¹⁶ und offen nach inhaltlichen sowie thematischen Sinneinheiten kodiert. Dieser erste Auswertungsschritt dient vorrangig dazu, Erkenntnisse aus dem Forschungsprozess für die Auswahl weiterer Interviewpartner*innen zu nutzen und neue Merkmale aus dem Interviewmaterial für das Sampling zu gewinnen (vgl. Ullrich 2020: 76). Veranschaulichen lässt sich die Samplingstrategie wie folgt (vgl. Abbildung 4.2: Samplingstrategie).

Der Abbildung 4.2 zufolge wird die Anzahl der Befragten durch ein *theoretical sampling* bestimmt (vgl. Glaser & Strauss 1967: 45 ff.). Auf diese Weise werden immer neue Interviewteilnehmer*innen ausgewählt, bis eine theoretische Sättigung eintritt (vgl. Fuhrin 2013: 72). Oder anders formuliert: „Es werden so lange Untersuchungseinheiten weiter ausgewählt, wie dies für die Beantwortung der Fragestellung notwendig ist“ (Ullrich 2020: 80). Allerdings sind diesen forschungstheoretischen Überlegungen durch die Seinsverbundenheit des Forschenden gewisse Grenzen gesetzt. Da die vorliegende Arbeit im Rahmen eines Promotionsstipendiums verfasst wird und somit die zur Verfügung stehende Zeit begrenzt ist, wird aus forschungsökonomischen Gründen eine Maximalzahl von 25 Interviewteilnehmer*innen festgelegt und der Erhebungszeitraum auf sechs Monate beschränkt.

¹⁶ Bei der Verschriftlichung des Interviewmaterials wird auf die Erfassung nonverbaler Aspekte (Körperhaltung, Mimik, Gestik) verzichtet. Parasprachliche (Lachen, Weinen, Husten) und prosodische Merkmale wie Betonung, Sprechpausen und Satzbrüche werden dagegen erfasst, weil damit rekonstruiert werden kann, „wie Deutungsmuster als Derivationen in Begründungen verwendet werden“ (Ullrich 2020: 122). Dahingehend werden folgende Transkriptionsregeln verwendet: Fettdruck = betont; Punkte in Klammern = Pause in Sekunden; Klammern mit Wort oder Leerzeichen = unverständlich; Schrägstrich = Satzbruch (vgl. Rosenthal 2008: 97).

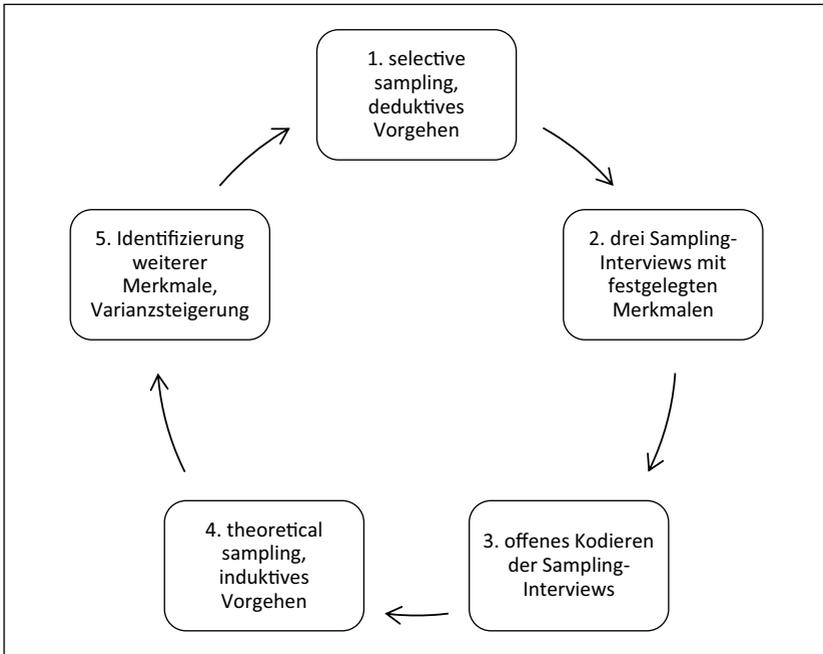


Abbildung 4.2 Samplingstrategie

Des Weiteren wird ein Interviewleitfaden konzipiert, durch den die Datengewinnung strukturiert und intersubjektiv nachvollziehbar wird sowie ein Mindestmaß an thematischer Vergleichbarkeit erhält (ebd.: 81 ff.). Insbesondere die Vergleichbarkeit der Gesprächsverläufe wird durch leitfadengestützte Interviews gewährleistet, da ansonsten persönliche Begründungen in den einzelnen Interviews schwer plausibel kontrastiert werden können (ebd.: 83). Gleichzeitig ermöglichen Leitfadeninterviews dem Forschenden flexibel auf neue Themen und Aspekte während der Interviewsituation zu reagieren, indem individuelle (Nach-) Fragen gestellt werden. Aus diesem Grund werden leitfadengestützte Interviews in der qualitativen Sozialforschung auch als teil- bzw. halbstandardisierte Interviews verstanden (Loosen 2016: 143).

Der Leitfaden für die Fallstudie an der FU Berlin wird nach bestimmten Fragen- und Stimulustypen konzipiert, weil davon ausgegangen wird, dass

Begründungen für Deutungsmuster in einem interaktiven Prozess zwischen Interviewer*innen und Befragten hervorgehoben werden (Ullrich 2020: 37 f.). Mitunter lässt sich auch von einer Aktivierung¹⁷ der Interviewteilnehmer*innen durch die Interviewer*innen sprechen, da der Leitfaden und die Gesprächsführung auf einen Prozess des Hervorlockens von Begründungen ausgelegt sind (ebd.: 52 ff.). Demnach können die Einwände gegen die Erforschung von akademischer Subjektivierung über Interviews entkräftet werden, weil die hier angewendete Erhebungsmethode ein Antwortverhalten der sozialen Erwünschtheit sogar nutzt, um herauszufinden, welche Deutungen als (un-)sagbar betrachtet werden (vgl. Hamann 2017: 89 f.; Ullrich 2020: 41). Dazu

„macht sich das Diskursive Interview nun die grundlegende Kommunikations- und Validierungsfunktion sozialer Deutungsmuster zunutze, indem es darauf ausgerichtet ist, Begründungen eigener Handlungen und Beurteilungen zu generieren. Die Kernstrategie des Diskursiven Interviews besteht dabei darin, ein Instrumentarium zur Generierung von Antworten [...] bereitzustellen, die sich in besonderer Weise zur Rekonstruktion von Deutungsmustern eignen“ (ebd.: 40).

Dieses Instrumentarium besteht hauptsächlich aus Fragen der Konfrontation, Polarisierung, Zusammenfassung sowie aus Suggestivfragen, Unterstellungen, Konstruktionen hypothetischer Situationen und Erzählaufforderungen (ebd.: 100). Narrationsaufforderungen bieten sich für das hier vorgestellte Verfahren der Datengenerierung in mehrfacher Hinsicht an: Einerseits bilden Erzählungen den Einstieg in die Interviewinteraktion und in unterschiedliche Themengebiete. Andererseits ist eine Narration die Basis für die Rekonstruktion von Deutungsmustern, denn „erst wenn hinreichend ‚Erzählmaterial‘ vorhanden ist, können, darauf bezogen, auf Begründungen zielende Stimulusformen eingesetzt werden“ (ebd.: 90).

Als Einstieg in die Interviews der Fallstudie wird eine Erzählaufforderung nach dem wissenschaftlichen Werdegang gewählt. In diesem Zusammenhang werden die Wissenschaftler*innen von der FU Berlin gefragt: „Warum haben Sie sich für eine wissenschaftliche Laufbahn an einer Hochschule entschieden? Erzählen Sie doch mal über ihren Einstieg in die Wissenschaft“ (vgl.

¹⁷ In diesem Kontext formiert sich aus einer naturalistischen, idealisierenden qualitativen Forschungsperspektive Kritik an einer aktivierenden Interviewführung, weil „Interviews in ‚natürlicher‘, ‚herrschaftsfreier‘, ‚kontextsatter‘ [...] Form geführt werden sollen“ (Ullrich 2020: 93). Doch so etwas wie eine natürliche nicht normativ vorstrukturierte Interviewform existiert nur in der theoretischen Vorstellung einiger Sozialforscher*innen. Insofern sind „wie alle Interaktionsformen [...] auch Diskursive Interviews institutionell geprägt und genauso wenig ‚natürlich‘ wie alle anderen Formen qualitativer Interviews“ (ebd.: 94).

Electronic Supplementary Material). Mit dieser Narrationsaufforderung erhalten die Befragten die Möglichkeit, über ihren Werdegang zu sprechen und selbstständig Themenschwerpunkte zu setzen, an denen mit gezielten Stimulusfragen angeknüpft werden kann. Ein weiterer Reiz zur Hervorlockung von persönlichen Begründungen entsteht durch hypothetische Fragen. Bei dieser Frageform werden die Interviewten gebeten, sich in eine andere persönliche Situation hineinzuversetzen und zu überlegen, welche Entscheidungen sie in dieser Situation treffen und wie sie diese beurteilen würden (Ullrich 2020: 97). Im Kontext der Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit lautet eine Frage zur Konstruktion einer hypothetischen Situation wie folgt: „Stellen Sie sich vor, Sie wären nicht mehr auf Drittmittel angewiesen, würden Sie dann anders forschen als jetzt? Wie würden Sie Ihre Situation dann beurteilen?“ (vgl. Electronic Supplementary Material). Wohingegen Wissenschaftler*innen, die angeben, weitestgehend unabhängig von Drittmitteln zu sein, mit der folgenden hypothetischen Frage konfrontiert werden: „Stellen Sie sich vor, Sie wären auf Drittmittel angewiesen, würden Sie dann anders forschen als jetzt? Wie würden Sie Ihre Situation dann beurteilen?“ (vgl. Electronic Supplementary Material). Außerdem werden in dem Interviewleitfaden bewusste Suggestivfragen und Unterstellungen verwendet, um den Befragten ihre persönlichen Begründungen zu entlocken. Informierte Suggestivfragen¹⁸ und gezielte Unterstellungen versetzen die Befragten in ein persönliches Spannungsverhältnis, damit sie Erklärungen und Begründungen für Denk- und Handlungsweisen nennen (vgl. Ullrich 2020: 96 f.). Zudem lässt sich mit Suggestivfragen und Unterstellungen überprüfen, ob die Befragten verstanden wurden, weil sie aktiviert werden, Einwände und Korrekturen zu formulieren. In Bezug auf eine persönliche Drittmittelabhängigkeit kann folgende Suggestivfrage gestellt werden: „Meinen Sie nicht, dass Sie, ohne Drittmittelanträge stellen zu müssen, mehr Zeit für Forschung und Lehre hätten?“ (vgl. Electronic Supplementary Material). Bei diesen Frageformen ist jedoch Vorsicht geboten, da „die Bereitschaft der Befragten zu Explikationen begrenzt ist und die Fähigkeit zum Umgang mit Suggestivfragen individuell stark variieren kann“ (Ullrich 2020: 97). Deswegen wurden im Leitfaden die einzelnen Fragetypen gekennzeichnet, um in der Interviewsituation flexibel auf die (Ver-)Stimmung der Befragten zu reagieren. So wird bei einer abnehmenden Teilnahmebereitschaft auf mögliche Konfrontationsfragen verzichtet bzw. werden die Interviewten erst am Ende mit heiklen Fragen konfrontiert (ebd.: 86). Weiterhin bilden Zusammenfassungen

¹⁸ Uninformierte Suggestivfragen, d. h. Fragen, die etwas Falsches unterstellen, sollten vermieden werden, um die Teilnahmebereitschaft der Befragten nicht zu gefährden (vgl. Ullrich 2020: 62).

bzw. Spiegelungen von Aussagen der Befragten sowie Konklusionen ein Mittel, um persönliche Begründungen von Denk- und Handlungsweisen hervorzulocken (ebd.: 96). Hierbei werden Begründungen und Erzählungen paraphrasiert, indem den Befragten überspitzte Interpretationsangebote ihrer Aussagen während der Interviews unterbreitet werden. Die vereinfachenden und zugespitzten Konklusionen sollen die Befragten zur Erläuterung und Offenlegung ihrer Begründungen und ihres Selbstverständnisses anregen (ebd.). Da diese Frageform abhängig von den Antworten der Befragten ist, wird über ihre Anwendung kontextabhängig in der Interviewsituation entschieden. Schlussendlich werden Konfrontations- und Polarisierungsfragen genutzt, um Äußerungen zu provozieren, in denen deutlich wird, wie sich Wissenschaftler*innen Deutungsmuster aneignen. Grundsätzlich werden die Befragten mit Konfrontationsfragen auf Inkonsistenzen und Widersprüchlichkeiten ihrer Aussagen hingewiesen (interne Konfrontation) sowie mit alternativen Sichtweisen konfrontiert (externe Konfrontation) (ebd.: 94). Bei den Polarisierungen werden die Interviewten gebeten, sich zu konträren Sichtweisen eines Sachverhalts zu äußern. Im Kontext des Forschungsvorhabens erscheint es sinnvoll, die Befragten mit den Perspektiven von herrschenden Subjekten des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und des NPM-Diskurses zu konfrontieren. Demnach drängt sich in Rekurs auf Lehre und Forschung die Frage auf: „Ist es sinnvoll, die Einheit von Lehre und Forschung aufrechtzuerhalten, oder sollte man Lehre und Forschung zugunsten einer Effizienzsteigerung trennen?“ (vgl. Electronic Supplementary Material).

Thematisch wird der Leitfaden vorerst durch sieben Blöcke strukturiert, bestehend aus dem wissenschaftlichen Werdegang und Selbstverständnis, Drittmitteln, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnissen, Steuerungsinstrumenten und Anreizstrukturen, Lehre und Forschung, Publikationen sowie Zukunftsperspektiven und persönlichen Wünschen (ebd.). Diese Befragungsschwerpunkte ergeben sich aus den theoretischen Vorüberlegungen und empirischen Erkenntnissen der WDA. Im Verlauf der Datenerhebung und Interviewauswertung behält sich der Forschende jedoch vor, die Themen und Fragen gemäß der Vorgehensweise eines theoretical sampling anzupassen und zu verfeinern (vgl. Glaser & Strauss 1967: 45 ff.). Nachdem alle Interviews geführt wurden, erfolgt eine Transkription und Auswertung der einzelnen Interviews, die sich an der Vorgehensweise der Deutungsmusteranalyse nach Ullrich (2020) orientiert.

Die Interpretation von Deutungsmustern und Analyse von Subjektivierungsweisen der Befragten besteht aus drei Phasen. In der ersten Auswertungsphase wird das transkribierte Interviewmaterial kodiert. Beim Kodieren der Interviewsequenzen soll möglichst jede Aussage mit mindestens einem Kode versehen

werden (ebd.: 134 f.). In diesem Zusammenhang wird das Kodieren der Interviewpassagen zur Vorbereitung der kontrastierenden Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse genutzt. Gleichzeitig dient das Kodieren nach Ansätzen der Grounded Theory zur Generierung empirisch begründeter Theorien, wodurch das Zuordnen von Kodes selbst zu einem Teil des Interpretationsprozesses wird (ebd.: 135). Um Interviewsequenzen für die vergleichende Analyse auszuwählen, wird ein doppeltes Kodierverfahren angewendet. Im ersten Schritt wird das Interviewmaterial weitestgehend offen nach inhaltlichen und thematischen Sinneinheiten kodiert. Im zweiten Schritt werden alle gleich kodierten Interviewpassagen mit theoriegeleiteten Kodes angereichert und verglichen. Damit nutzt der Forschende das „Cut and paste“-Prinzip, bei dem Textpassagen zum Interpretieren aus dem ursprünglichen Interviewkontext gelöst werden (ebd.: 129).

Hiermit beginnt die zweite Phase der Auswertung – die kontrastierende Interpretation der individuellen Wahrnehmung, Erzählung und Begründung von Bezugsproblemen¹⁹. Zum einen ergeben sich die Bezugsprobleme durch die Themen und Fragen des Interviewleitfadens (ebd.: 133). Zum anderen eröffnen insbesondere narrative Fragen den interviewten Wissenschaftler*innen die Möglichkeit, andere Gegenstandsbereiche ihrer Lebens- und Arbeitswelt zu thematisieren sowie diese mit einer handlungsleitenden Deutung zu versehen. Im Zentrum des Vergleichs stehen jedoch nicht nur ähnliche persönliche Begründungen, sondern auch nicht-diskursive Praktiken und subversive individuelle Deutungsangebote von Bezugsproblemen, wodurch der individuelle Widerstand von Wissenschaftler*innen in einem managerial-unternehmerischen Subjektivierungsregime sichtbar wird. Auf diese Weise macht sich die vorliegende Analyse die „Abfallprodukte“ der Deutungsmusteranalyse zunutze, indem persönliche Umdeutungen und abweichende individuelle Deutungen²⁰ berücksichtigt werden.

¹⁹ Bezugsprobleme entstehen in einer diskursiv konstruierten sozialen Wirklichkeit, indem Akteur*innen zu einer persönlichen Deutung aufgefordert werden, um handlungsfähig zu bleiben (Ullrich 2020: 9). „Was von den Handelnden als Situation oder Handlungsproblem wahrgenommen wird, hängt zum einen erheblich von den ihnen verfügbaren Deutungsmustern ab. Andererseits stellen situative Konstellationen Handelnde vor für sie ‚objektive‘ Handlungsprobleme“ (ebd.).

²⁰ Das Hervorlocken von sozial unerwünschten persönlichen Deutungen wird durch eine Akzeptanz der Befragten in der Interviewsituation sichergestellt und aktiv durch das Ausstellen von „Persilscheinen“ (Ullrich 2020: 107) gefördert. Dazu wird den Befragten beispielsweise durch Zustimmung das Gefühl vermittelt, dass sie ihre (unsagbaren) Deutungen ohne Bedenken im Interview äußern können. Insbesondere bei heiklen Themen wie wissenschaftlichem Fehlverhalten dürfte diese sensible Kommunikationsstrategie zu einem Erkenntnisgewinn beitragen.

Die Befragten werden mit der hier skizzierten Deutungsmusteranalyse als Träger*innen von sozialen Deutungsmustern sowie als Transformateur*innen dieser kollektiven Wissensbestände betrachtet (vgl. Bosančić 2019: 44; Ullrich 2020: 40). Letztendlich soll mit dieser doppelten Perspektive der Widerspruch zwischen einer diskursiv konstruierten Wirklichkeit des NPM-Diskurses und der Deutung dieser objektiven Wirklichkeit durch Wissenschaftler*innen rekonstruiert werden. Zur Rekonstruktion dieses Spannungsverhältnisses werden die Ergebnisse der WDA mit den Deutungsmustern der befragten Wissenschaftler*innen verglichen.

Vor diesem Hintergrund werden in der dritten Phase der Datenauswertung ähnliche persönliche Erzählungen und Begründungen der befragten Wissenschaftler*innen zu einem Bezugsproblem in Form von (nicht-)diskursiven Praktiken und Deutungsmustern zusammengefasst. Die Verdichtung von persönlichen Begründungen und Interaktionen zu kollektiven Wissensbeständen und Handlungsweisen der Befragten ist ein interpretativer Prozess, d. h. eine Rekonstruktionsleistung des Forschenden. Oder anders formuliert:

„Dieser interpretative Kernprozess ist letztendlich ein kreativer Akt, der nicht lernbar ist oder per To-do-Liste abgearbeitet werden kann. Auch qualitativ-sozialwissenschaftliche Interpretationen sind immer auch auf Intuition angewiesen und bleiben daher bis zu einem gewissen Grad subjektiv“ (Ullrich 2020: 137).

Darüber hinaus wird in der dritten Phase ein Realtyp gebildet. Ein Realtyp wird im Unterschied zum Idealtyp durch eine empirisch nachweisbare Gruppierung der Befragten anhand gemeinsamer Merkmale generiert. Entscheidend für den Realtyp ist jedoch nicht das Clustern, sondern eine gemeinsame, grundlegende (Sinn-)Struktur der gebildeten Gruppe bzw. Fälle (ebd.: 147). Zusammenfassen lassen sich die drei Analyseschritte der Deutungsmusteranalyse mit der folgenden Abbildung (vgl. Abbildung 4.3: Die Datenauswertung des Interviewmaterials in drei Phasen).

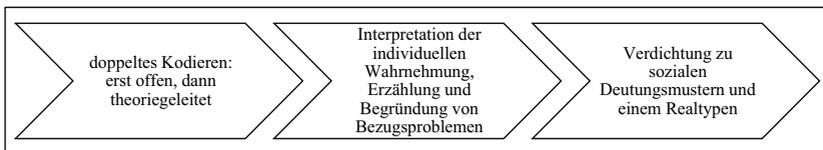


Abbildung 4.3 Die Datenauswertung des Interviewmaterials in drei Phasen

4.2.2 Kritische Reflexion als Forscher und Diskursteilnehmer im universitären Feld

Bevor die skizzierte Analyse durchgeführt wird, ist eine kritische Selbstreflexion angebracht, um mögliche subjektive Verzerrungseffekte zu kontrollieren (vgl. Luhmann 1987: 210 f.). Im Kontext des Forschungsvorhabens bietet es sich an, sich selbst mit der Frage nach der Abhängigkeit von Mittelgeber*innen zu konfrontieren. Immerhin wird in der Arbeit davon ausgegangen, dass Drittmittelgeber*innen das Forschungsinteresse beeinflussen – also warum sollte das bei dem Forschenden anders sein? Nur weil sich der Forschende mit Subjektivierungsregimen auseinandersetzt, bedeutet das nicht, dass er sich diesen vollkommen entziehen kann. Insofern kann Bosančić (2019: 47) zugestimmt werden, dass man die Verhältnisse, in denen man lebt und arbeitet, zwar ver-, aber nicht wegwünschen kann. Demnach ist der Forschende wie jede*r andere*r Stipendiat*in auch an eine Frist gebunden, die (negative) Auswirkungen auf das eigene wissenschaftliche Handeln hat, wie bereits bei der Festlegung einer Maximalteilnehmer*innenzahl für die Interviews deutlich wurde.

Ferner schwingt mit der Förderung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine linke Wissens- und Identitätspolitik mit, welche für die wissenschaftliche Arbeit zum Problem werden kann. Denn wenn politische Leitbilder, welche über Anrufungen und Praktiken von Stiftungen auf ihre Stipendiat*innen übertragen werden, das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse beeinflussen, sind Werturteilsfreiheit und Voraussetzungslosigkeit gefährdet (vgl. Weber 2002 [1894-1922]: 498-506). Es wäre jedoch ein Trugschluss, anzunehmen, man müsse seine politische Haltung als Wissenschaftler*in aufgeben, um wissenschaftlich zu arbeiten.

Gewissermaßen stellt das Unterfangen – sich zwischen Politik und Wissenschaft zu bewegen, ohne jedoch von einer der beiden Sphären vereinnahmt zu werden – den Versuch einer Ent-Subjektivierung dar (vgl. Foucault 1996: 27). Wie bereits aufgefallen sein mag, schwingt in der vorliegenden Arbeit eine linke Wissenspolitik mit. Daher wird versucht, das Konfliktpotenzial zwischen Wissenschaft und Politik mit einer kritischen Selbstreflexion zu entschärfen. Das bedeutet auch, Forschungsergebnisse zu akzeptieren, die politisch betrachtet, unangenehm sind. Demnach darf die wissenschaftliche Analyse auch nicht durch politische Feindbilder wie den Neoliberalismus determiniert werden, um die Offenheit der Untersuchung zu gewährleisten und neue Erkenntnisse zu generieren. Ebenso gilt es, traditionelle akademische Normative zu hinterfragen, die davon abhalten, aus den empirischen Erkenntnissen politische Forderungen zu formulieren (vgl. Weber 2002 [1894-1922]: 498-506). Der

Ent-Subjektivierungsprozess scheint also im konkreten Fall im Vollzug von politischen und wissenschaftlichen Praktiken zu bestehen, ohne sich jedoch an eine Identität zu binden, die einen unterwirft (vgl. Foucault 2005a: 245). Ent-Subjektivierung zielt also darauf ab, normative Selbstbilder kritisch zu hinterfragen und sich von ihnen zu lösen, indem man nicht zulässt, dass Anrufungen und Subjektivierungsformen die Persönlichkeit vereinnahmen und handlungsleitend werden (vgl. Foucault 1996: 27). Gleichwohl kann sich der Forschende nur von Anrufungen und Subjektivierungsformen emanzipieren, wenn in Diskursen Gelegenheitsstrukturen zur Selbstbefreiung vorhanden sind. In diesem Zusammenhang ergibt sich aus der Förderung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Autonomie auf Zeit, welche es ermöglicht, sich temporär dem Zugriff von Anrufungen im universitären Feld zu entziehen. Ferner sieht der Forschende in seiner prekären Berufsperspektive als Wissenschaftler ein Hindernis zur Ent-Subjektivierung, da eine unsichere berufliche Zukunft nicht dazu beiträgt, sich von Subjektivierungsformen zu befreien. Vorerst kann die Theorie der Ent-Subjektivierung also nur zu einer kritischen (Selbst-)Reflexion herangezogen werden, um mögliche subjektive Verzerrungseffekte in der folgenden Analyse zu kontrollieren.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Eine wissenssoziologische Diskursanalyse von New Public Management in der deutschen Hochschullandschaft

Im ersten Schritt der Diskursanalyse wird die Oberflächenstruktur des Managementdiskurses inhaltsanalytisch erschlossen. Mit dieser Vorgehensweise werden diskursive Ergebnisse entlang der Mikro-, Meso- und Makroebene analysiert, um Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Akteur*innengruppen und Anrufungen von akademischen Subjekten zu rekonstruieren. Im zweiten Schritt werden mithilfe von Hypothesen zum diskursspezifischen Interpretationsrepertoire, die während des historischen Abrisses generiert worden sind, die Tiefenstruktur und die Subjektivierungsformen des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft erschlossen.

5.1 Ein historischer Abriss des Managementdiskurses im universitären Feld der BRD

Bei dem historischen Abriss von 1993 bis 2019 wird der NPM-Diskurs entlang von wiederkehrenden und sich wandelnden Problematisierungen, Zielsetzungen, Maßnahmen sowie Plausibilisierungen inhaltlich analysiert und zudem ein Bezug auf diskursive Ereignisse in der deutschen Hochschullandschaft und Gesellschaft hergestellt.

5.1.1 Konstituierungsphase

Die erste historische Phase erstreckt sich von 1993 bis 2000. In dieser Zeitspanne konstituiert sich der Managementdiskurs durch verschiedene Problematisierungen, aus denen Ziele, Maßnahmen und Plausibilisierungen abgeleitet werden,

um die deutsche Hochschullandschaft mit neoliberalen Ideen und managerialen Verwaltungspraktiken zu reorganisieren. Die Konstituierungsphase wird durch Ereignisse wie die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) im August 1998 geprägt und das deutsche Hochschulsystem wird unter der Erprobung von unternehmerisch- managerialen Praktiken zu einem Krisenlabor von herrschenden Subjekten des NPM-Diskurses (vgl. HRK 1998b; 1999b).

Problematisierungen: Als wesentliche Probleme werden eine Unterfinanzierung sowie mangelnde Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen, Effizienz- und Qualitätsverluste in Lehre und Forschung, traditionelle akademische Steuerungsmodelle sowie Abhängigkeitsverhältnisse, Ressourcenverteilung, Bürokratie, rechtliche Rahmenbedingungen, eine fehlende Differenzierung und Profilbildung an deutschen Hochschulen thematisiert (vgl. HRK 1995a,b; 1997; 1998b,d; WR 1993: 5 f.; 1996: 35).

Auf der Makroebene wird in den 1990er-Jahren durch eine mangelnde staatliche Hochschulfinanzierung eine „Zeit knapper Ressourcen“ (WR 1993: 24) bzw. „Zeiten knapper öffentlicher Finanzen“ (HRK 1995a) konstatiert. Der Zustand knapper Ressourcen wird mit weiteren gesellschaftlichen Problemlagen der 90er-Jahre verknüpft. Im Kontext einer Akademisierung der Bevölkerung wird eine Überlastung von Hochschulen infolge „der Unterfinanzierung und unterlassener Strukturreformen“ (WR 1993: 5) kritisiert. Mit einer mangelnden staatlichen Hochschulfinanzierung und versäumten Strukturreformen werden im Verlauf der Konstituierungsphase ebenfalls immer wieder fehlende rechtliche Rahmenbedingungen problematisiert, die „die Hochschulen in die Freiheit [...] entlassen [sollen]“ (HRK 2000). In diesem Zusammenhang wird die geringe Autonomie der Hochschulleitung „in allen akademischen, finanziellen, personellen und organisatorischen Angelegenheiten“ gegenüber staatlichen Entscheidungsträger*innen kritisiert, wodurch „bürokratische[r] Interventionismus der Ministerien“ (ebd.) zum Problem für herrschende Subjekte des Managementdiskurses wird. Dahingehend werden das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen sowie die „unterlassenen Strukturreformen“ (WR1993: 5) herangezogen, um Krisensymptome auf der Organisationsebene zu thematisieren.

Die zentralen Problematisierungen auf der Mesoebene sind sowohl eine mangelnde Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule als auch Effizienz- und Qualitätsverluste in Lehre und Forschung durch traditionelle akademische Steuerungsmodelle und Werte. Vor diesem Hintergrund moniert der WR (1996: 4 f.):

„Diese horizontale Ausdifferenzierung der Universität und ihre auf dem Kollegialitätsprinzip beruhende Organisationsform waren für die Universität angemessen, solange sie eine überschaubare und homogene Institution bildete. Mit der zunehmenden Komplexität des Forschungsprozesses und dem Ausbau der Hochschulen seit Mitte der 60er Jahre haben sich diese jedoch vielfach zu ‚Großbetrieben‘ entwickelt, für die die historisch gewachsene Organisationsform nur noch bedingt angemessen ist. Denn Kollegialorgane tendieren zu Strukturkonservatismus und sind nur in begrenztem Maße in der Lage, über die Aushandlung der Interessen der Mitglieder hinaus übergreifende Gesichtspunkte zu verfolgen.“

Die Kritik an der „Organisation durch ein Nebeneinander zahlreicher Fachbereiche mit einer kollegialen Organisationsstruktur und einer traditionell schwachen Ebene zentraler Entscheidungsstrukturen“ (ebd.: 61) wird als Ursache für Effizienz- und Qualitätsverluste in Forschung und Lehre angeführt. An dieser Stelle werden überdies traditionelle akademische Werte und Leitideen des deutschen Hochschulsystems problematisiert.

„Damit stehen traditionelle Grundsätze der deutschen Universität zur Disposition: Einheit von Forschung und Lehre für alle Universitätsmitglieder, Verbindung von Forschung und Lehre für jeden Universitätslehrer, Freiheit von Studium und Lehre, Kollegialität und Selbstverwaltung. Diese Prinzipien gehören auf den Prüfstand ebenso wie die bislang übliche Steuerung der Hochschulen durch ein enges Regelungsgeflecht von Gesetzen, Verordnungen und Vorgaben für die Ressourcenverwendung“ (WR 1993: 19).

Darüber hinaus geraten in der Konstituierungsphase von NPM interne Mittelverteilungsmodelle nach dem „Gießkannenprinzip“ in die Kritik, da „Hochschulen als staatliche, d. h. vom steuerzahlenden Bürger finanzierte Einrichtungen [...] verpflichtet [sind], Öffentlichkeit und Politik Rechenschaft über Leistungen und Mittelallokation in den Hochschulen zu geben“ (HRK 1995a).

Schließlich spiegeln sich die Problematisierungen von traditionell verfassten Hochschulen auf der Mikroebene wider. Hier werden insbesondere mangelnde Leistungsanreize für Wissenschaftler*innen als Ursache für eine ungenügende internationale Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen verantwortlich gemacht (vgl. HRK 1998c, 1999b; WR 1993: 48). Zugespielt wird die Problematisierung von fehlenden individuellen Anreizstrukturen und einer prognostizierten mangelnden Leistungsfähigkeit in einem Zeitungsinterview mit Klaus Landfried, dem damaligen HRK-Präsidenten. Im Interview werden „faule Professoren“ (Deutschlandfunk 1999) thematisiert, die nur durch eine leistungsorientierte Besoldung bis hin zur Androhung des „Rausschmiß“

(ebd.) mobilisiert werden können, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Außerdem werden mit „stagnierenden und verkrusteten“ (ebd.) Personalstrukturen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen wissenschaftlich Beschäftigten und Professor*innen kritisiert, die zu einer „fehlenden Selbständigkeit des Nachwuchses“ (WR 1996: 57) führen. Bemerkenswert ist, dass die „Selbständigkeit des Nachwuchses“ (ebd.) mit der Einwerbung von Drittmitteln verbunden ist, weil die Verfügung über Sach- und Personalmittel durch wissenschaftlich Beschäftigte als Unabhängigkeit von Professor*innen gedeutet wird (ebd.: 57 f.). Wohingegen persönliche Abhängigkeiten durch Betreuungsverhältnisse zwischen Professor*innen und den Angehörigen des akademischen Mittelbaus nicht zum Gegenstand von Problematisierungen werden. Die Problemkonstellationen von vorwiegend wissenschaftspolitischen Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes bilden einen zentralen Ankerpunkt für ein Set von Reformzielen, Maßnahmen und Plausibilisierungen in der Konstituierungsphase von NPM.

Zielsetzungen und Maßnahmen: Gesamtgesellschaftlich wird in den 90er-Jahren das Ziel verfolgt, Hochschulen auf den Wandel von einer „Arbeitsgesellschaft“ zu einer „wissens- und wissenschaftsbasierte[n] Gesellschaft [vorzubereiten]“ (vgl. HRK 1998d). Dergestalt wird Bezug auf den Terminus der Wissensgesellschaft genommen (vgl. Willke 2007). Anders als in einer klassischen Industriegesellschaft, in der Modernisierung und Wirtschaftswachstum mit herkömmlicher industrieller Produktionsarbeit verbunden ist, werden sozialer Wandel und Wohlstand in einer Wissensgesellschaft mit der Akkumulation von Wissen durch Wissenschaft und (Hochschul-)Bildung verknüpft (vgl. Schumacher 2011: 761). Durch die Verschiebung von der Produktionsarbeit zur Wissensarbeit gewinnen Dienstleistungen sowie Technik und Wissenschaft eine gesteigerte Bedeutung für Märkte, wodurch Bildung und Wissenschaft zur Triebfeder einer wissensbasierten Ökonomie erklärt werden – oder anders formuliert: „The capitalist knowledge economy requires a non capitalist sector that can define knowledge as valuable, and the diverse mechanisms of evaluation in the academy help to provide this service“ (Schulze-Cleven, Reitz, Maesse & Angermüller 2017: 805). Eine wissensbasierte Ökonomie ist somit auf hochqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen, die ihre Bildung als Ressource in Bereichen der Wissensarbeit einsetzen und in einen industriellen Wertschöpfungsprozess einfließen lassen (vgl. Willke 2007).
Kurzum:

„Von einer Wissensgesellschaft oder einer wissensbasierten Gesellschaft lässt sich sprechen, wenn die Strukturen und Prozesse der materiellen und symbolischen

Reproduktion einer Gesellschaft so von wissensabhängigen Operationen durchdrungen sind, dass Informationsverarbeitung, symbolische Analyse und Expertensysteme gegenüber anderen Faktoren der Reproduktion vorrangig werden“ (ebd.: 195).

Um diesem prognostizierten gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen, wird am Ende der 90er-Jahre das Verhältnis von Staat und Hochschulen mit einem unternehmerisch-managerialen Autonomieverständnis herausgefordert. Außerdem findet über manageriale Hochschulautonomie eine Abgrenzung zum traditionellen akademischen Freiheitsverständnis statt, denn nach einem managerialen Freiheitsbegriff sollen Hochschulen nicht durch die akademische Gemeinschaft geleitet werden, sondern in der „Selbststeuerung durch ein entscheidungsfähiges Hochschulmanagement“ (WR 1993: 24) sowie durch „privatrechtliche Organisationsformen für Hochschulen in staatlicher Trägerschaft“ (HRK 1997). Vor diesem Hintergrund erlangt unternehmerische Autonomie von Hochschulen und ihren Angehörigen einen zunehmenden Geltungsanspruch im universitären Feld der BRD. Gefördert wird die ökonomische Freiheit im deutschen Hochschulsystem durch einen staatlich inszenierten Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg (vgl. HRK 1999b; 2000; WR 1996: 26).

Durch das unternehmerisch-manageriale Autonomieverständnis werden dem Staat und Hochschulen neue Rollen zugeschrieben. Fortan soll sich der Staat aus der Detailsteuerung von Hochschulen zurückziehen, aber „die rechtlichen Rahmenbedingungen für die hier vorgeschlagene Leitungsstruktur der Hochschulen [...] schaffen“ (WR 1993: 61) und sich auf „die Finanzierung im Rahmen eines Globalhaushalts beschränken“ (HRK 1997). Diesbezüglich wird das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen zunehmend durch Hochschulverträge geregelt (vgl. HRK 1998b). Das Kontraktmanagement zwischen Hochschulen und Staat sowie der Hochschulleitung und Fakultäten wird als ein Lösungsansatz betrachtet, um in einer „Zeit knapper Ressourcen“ (WR 1993: 24) für Planungs- und Finanzierungssicherheit zu sorgen (vgl. HRK 1999a). Zur Plausibilisierung einer unternehmerisch-managerialen Hochschulautonomie und der Novellierung von (Hochschul-)Gesetzen werden Narrative herangezogen wie jene, „dass die Hochschule [nicht] von anderen gesteuert wird, und [...] ungewollt das ‚divide et impera‘ der Landesbürokratie förder[t]“ (HRK 2000). Aber auch Erzählungen wie „der Erfolg im Wettbewerb hängt zunehmend von der Aktions- und Reaktionsgeschwindigkeit der Hochschulen ab“ (HRK 1998b) dienen der Plausibilisierung einer eigenverantwortlichen Hochschulleitung und eines „entscheidungsfähigen Hochschulmanagements“ (WR 1993: 24). Mit diesen Narrationen entsteht eine Analogie zum neoliberalen Interdiskurs, da hier ebenfalls ein intervenierender, bürokratischer Staat und ein Zustand knapper Ressourcen thematisiert werden, um

auf rechtliche und soziale Rahmenbedingungen der Gesellschaft so einzuwirken, dass kein Widerspruch zu einer marktförmigen sozialen Wettbewerbsordnung entsteht (vgl. Hayek 1991: 338). In diesem Zusammenhang fordert die HRK (1998a) mehr Flexibilität und Autonomie für Hochschulleitungen, denn „mehr Wettbewerb zwischen und in den Hochschulen setzt ein größeres Maß an Autonomie der Hochschulen voraus. Dazu gehört vor allem mehr Flexibilität im Organisations-, Personal- und Haushaltsbereich.“

Ferner werden Anrufungen einer entstehenden Wissensgesellschaft – Hochschulen als „Großbetrieb“ (WR 1993: 11) und „Dienstleistungsinstitution“ (ebd.: 24) – genutzt, um eine grundlegende Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft zu legitimieren und umzusetzen. Plausibilisiert wird die unternehmerisch-manageriale Reorganisation von Hochschulen durch Ressourcenknappheit und scheinbar notwendige gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, wie z. B.

„als hochindustrialisiertes, rohstoffarmes Land befindet sich Deutschland auf dem Weg von der Produktionsgesellschaft zur Wissensgesellschaft. Wissenschaft wird zum zentralen Produktionsfaktor. Die Globalisierung von Wissen und von Informations- und Wissenübermittlung wird Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland nachhaltig verändern. Es kommt darauf an, die Veränderungen als Herausforderungen zu begreifen und selbst zu gestalten“ (HRK 1998a).

Unter den Anrufungen einer entstehenden Wissensgesellschaft und dem Zustand knapper Ressourcen beginnt eine Differenzierung der deutschen Hochschullandschaft nach Stärken einzelner Hochschulen, um Profile zu bilden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Vor diesem Hintergrund sollen Hochschulen in einer wissensbasierten Gesellschaft für mehr als ein Drittel eines Altersjahrgangs Aus-, Weiter- und Bildungsangebote bereitstellen, das gesamte Spektrum der Wissenschaft repräsentieren sowie in Lehre und Forschung Problemlösepotenziale entwickeln (ebd.). Des Weiteren sollen sie zusammen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und privatwirtschaftlichen Unternehmen Arbeitskräfte in allen Wissenschaftsbereichen, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung ausbilden sowie als „Unternehmensschmieden“ (HRK 1998d) und „Zukunftswerkstätten“ (HRK 1998a) Dienstleistungen in Krankenversorgung, Wissens- und Technologietransfer und Beratung erbringen. Diesen Anforderungen einer Wissensgesellschaft kann, dem WR (1993: 23) zufolge, lediglich ein „differenziertes Hochschulsystem“ erfüllen. Dazu werden Universitäten und Fachhochschulen funktional differenziert, denn „in Anbetracht der großen Zahl an Studierenden ist die gleichzeitige und gemeinsame Wahrnehmung dieser Aufgaben nicht länger sachgerecht“ (ebd.: 20). Gemäß des Leitbilds eines differenzierten

Hochschulsystems zählen zu den Hauptaufgaben von Universitäten die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses¹ sowie von Fach- und Führungskräften für den Arbeitsmarkt, Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung, Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie die Vermarktung von Forschungsergebnissen durch Patente, denn „in der Wissensgesellschaft kommt geistigem Eigentum als Produktionsfaktor zunehmende Bedeutung zu“ (HRK 1999b; vgl. WR 1993: 21; 1996: 48 f., 68, 70). Zur Ausbildung und Gewinnung von (internationalen) Nachwuchswissenschaftler*innen wird eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gefordert, weil es

„in diesem Wettbewerb [...] sinnvoll und unerlässlich [ist], auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten. Deshalb haben mehrere Universitäten bereits internationale Graduiertenkollegs mit Hilfe der DFG eingerichtet oder auch Initiativen aufgenommen, mit Max Planck-Instituten ‚International Max Planck Research Schools at Universities‘ einzurichten. Dieses neue Förderinstrument wurde vom Plenum in einem Gespräch mit dem MPG-Präsidenten im November 1999 im Grundsatz gutgeheißen“ (HRK 2000).

Auch Fachhochschulen sollen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Lehre und Forschung zusammenarbeiten, da „in Zeiten der Ressourcenknappheit, [...] eine effektive Kooperation notwendig [ist]“ (WR 1996: 67). Allerdings sollen sich Fachhochschulen in Lehre und Forschung stärker von Universitäten durch ein anwendungsorientiertes Profil abgrenzen (vgl. HRK 1995a). In diesem Zusammenhang konstatiert die HRK (1995b):

„Aufgabe der Fachhochschule ist die Vermittlung einer praxisorientierten Ausbildung, die zur Beherrschung und Anwendung des Standes der Technik bzw. der in der Praxis eingeführten wissenschaftlichen Verfahrensweisen und zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Problemlösung befähigt.“

Des Weiteren sollen Fachhochschulen ihr Fächerprofil erweitern, um Universitäten in der Lehre zu entlasten (vgl. WR 1993: 22).

Durch die Differenzierung von Universitäten und Fachhochschulen soll ebenfalls ein „Wettbewerb um Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Reputation und knappe öffentliche und private Mittel“ (HRK 1998b) entstehen. Denn nationaler Wettbewerb um knappe Ressourcen wird sowohl als Anreiz für einzelne Hochschulen betrachtet, ihr Profil zu schärfen, als auch zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (ebd.). In diesem Sinn werden

¹ Darunter verstehen die HRK und der WR angehende Hochschullehrer*innen.

Maßnahmen ergriffen, um deutsche Hochschulen wettbewerbsförmig und anreizorientiert zu steuern (ebd.). Besonders eine leistungsorientierte Mittelverteilung (LOM) und Evaluationen werden als geeignete Mittel eingestuft, um eine Steigerung der Effizienz, Leistung und Transparenz zu erzielen sowie „Leistungsstärken und -schwächen von Fachbereichen und Instituten“ (HRK 1995b) sichtbar zu machen. Zur LOM und internen Evaluation an Hochschulen soll die Leistungsfähigkeit mit Berichten der Hochschulleitung offengelegt und mit quantitativen Indikatoren wie der Anzahl von Studienanfänger*innen und Absolvent*innen sowie mit eingeworbenen Drittmitteln, Publikationen und Auszeichnungen erfasst werden (vgl. HRK 1995b; 1998c). Bei externen Evaluationen sollen ebenso Gutachten einer Evaluierungsagentur einfließen (vgl. HRK 1995b). Diese Agentur soll eine „von staatlichen Eingriffen unabhängige und bundesländerübergreifende Koordinierungs-/Anlaufstelle“ (ebd.) bilden. Plausibilisiert werden Evaluierungen durch eine Qualitätssicherung, denn „es gibt kein besseres Argument im Wettbewerb um knappe Ressourcen als die nachweisbare Qualität von Lehre (und Forschung)“ (HRK 2000).

Es kann festgehalten werden, dass sich im Verlauf der 90er-Jahre ein zunehmender Drittmittelwettbewerb in der deutschen Hochschullandschaft entwickelt und „der Wettbewerb um Drittmittel [als] der wichtigste Weg für eine leistungsbezogene Vergabe von Forschungsressourcen“ (WR 1996: 10) erachtet wird. Darüber hinaus fordert der WR (1996: 62) „vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für alle Konkurrenten“. Durch diese Forderung entsteht ebenfalls eine Analogie zum neoliberalen Interdiskurs, weil die angestrebte Chancengleichheit im Wettbewerb zwischen Hochschulen und ihren Angehörigen eine Verbindung zu Rüstows (1949: 153) Ideal der „Startgerechtigkeit“ aufweist.

Darüber hinaus werden Ende der 90er-Jahre zur Qualitätssicherung und Transparenzsteigerung der Hochschullehre (Programm-)Akkreditierungsverfahren von Bachelor- und Masterstudiengängen entwickelt (HRK 1998b). Bei diesen Akkreditierungsverfahren

„werden Studiengänge aufgrund eines entsprechenden Antrags der Hochschule im Hinblick auf die (Mindest-)Qualität des Lehrangebots, die zu vermittelnden Qualifikationen und vorhandene Ausstattung extern durch schriftliche Gutachten oder durch Besuch einer Gutachtergruppe überprüft und auf dieser Grundlage akkreditiert. Bei der Einführung von Studiengängen wird eine vorläufige Akkreditierung auf der Grundlage einer Begutachtung ausgesprochen. Bei einer endgültigen, immer zeitlich befristeten Akkreditierung wird auch der Berufserfolg von Absolventinnen und Absolventen einbezogen“ (ebd.).

Gerechtfertigt wird die Implementierung von Akkreditierungsverfahren durch eine steigende Nachfrage von Studierenden und von Arbeitgeber*inner nach differenzierten Studiengängen, Qualitätssicherung, Profilschärfung von Hochschulen sowie durch eine Internationalisierung der deutschen Hochschullandschaft (ebd.).

Auf der Mikroebene von Hochschulen wird in der Konstituierungsphase von NPM die mangelnde Leistungsfähigkeit des Hochschulpersonals problematisiert (vgl. Deutschlandfunk 1999). Vor diesem Hintergrund soll ein leistungs- und anreizorientiertes Dienst-, Besoldungs- und Tarifrecht für Professor*innen, wissenschaftliches sowie für administratives und technisches Personal eingeführt werden (vgl. HRK 1998c). Insbesondere die leistungsorientierte Besoldung von Professor*innen bildet eine zentrale Reformanstrengung in den 90er-Jahren. Hierzu argumentiert die HRK (2000), dass eine „Flexibilisierung zu starrer Beschäftigungs- und Besoldungsvorschriften [...] zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen führ[t]“. Darüber hinaus trage eine leistungs- und anreizorientierte Personalführung zu einer Leistungssteigerung des gesamten Hochschulsystems bei (vgl. HRK 1998c). In diesem Kontext sollen Anreize für Professor*innen wie Forschungssemester und höhere Dienstbezüge eingeführt werden (ebd.). Des Weiteren sollen „Berufungs-, Bleibe- und Sonderzuschüsse [...] künftig [...] nur noch befristet mit der Möglichkeit der Verlängerung bei entsprechender Leistung gewährt [werden]“ (ebd.). Mit einer leistungs- und anreizorientierten Personalführung wird demnach versucht, das Hochschulpersonal zu mobilisieren, effizienter zu arbeiten (vgl. Deutschlandfunk 1999). Zur individuellen Leistungsbewertung in der Forschung sollen quantitative Indikatoren wie eingeworbene Drittmittel, Publikationen, Preise und wissenschaftliche Gutachter*innentätigkeiten herangezogen werden (vgl. HRK 1998c). In der Lehre dienen Kennzahlen wie „überdurchschnittliche Lehrleistungen, die durch Preise (z. B. Landeslehrpreise) oder Evaluation ausgewiesen sind“ (ebd.) sowie die Anzahl durchgeführter Lehrveranstaltungen und abgenommener Prüfungen als Grundlage für Berufungs- und Bleibebehandlungen. Des Weiteren sollen Leistungs- und Zielvereinbarungen zwischen Professor*innen und der Hochschulleitung Anreize der persönlichen Leistungssteigerung erzeugen (ebd.). In diesem Zusammenhang stellt die HRK (1998a) fest:

„In der kommenden Legislaturperiode sind Änderungen des öffentlichen Dienst-, Besoldungs- und Tarifrechts für das wissenschaftliche, technische und administrative Personal hin zu mehr Leistungsorientierung und Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen unerlässlich. Die Hochschulen müssen flexibel auf Änderungen in der Wissenschaft und auf den Arbeitsmärkten reagieren können.“

Für wissenschaftlich Beschäftigte wird eine Befristung von Qualifikationsstellen auf maximal sechs Jahre gefordert (vgl. HRK 1998c). Weiterhin soll „künftig zwischen befristeten Qualifikations- und unbefristeten Funktionsstellen unterschieden werden. Die Zahl der unbefristeten Funktionsstellen ist im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses so gering wie möglich zu halten“ (ebd.).

Neben der Zielsetzung, das Hochschulpersonal durch Flexibilisierung, Befristung und Anreize zu mobilisieren, effizienter zu arbeiten, soll die Persönlichkeit von Angehörigen deutscher Hochschulen transformiert werden. Denn eine unternehmerische Persönlichkeit wird als Grundlage betrachtet, um als Einzelner in einer wissensbasierten Ökonomie bestehen zu können, denn eine Wissensgesellschaft

„wird weniger als in der Vergangenheit nur Vollzeitbeschäftigte und nur abhängig Beschäftigte kennen. In Zukunft wird zunehmend Eigeninitiative gefragt sein: Teilzeit-Tätigkeiten und berufliche Selbständigkeit werden einen sehr viel größeren Anteil an der Arbeitswelt haben. Deshalb sollten sich Hochschulabsolventinnen und -absolventen auf eine zeitweilige oder auch dauerhafte selbständige berufliche Existenz einstellen“ (HRK 1998d).

Gemäß der Zielsetzung, die „wirtschaftliche Wagnisbereitschaft, Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Einzelnen“ (ebd.) zu fördern, soll eine unternehmerische „Kultur der Selbständigkeit“ an deutschen Hochschulen durch Lehrangebote entstehen, die „selbständiges (unternehmerisches) Handeln“ (ebd.) hervorbringt. Dazu

„müssen Professorinnen und Professoren die Förderung eigenständigen Handelns als ein wichtiges Element der Lehre und der Ausbildung der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses erkennen und praktizieren. Sie müssen Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zur Selbständigkeit ermutigen, um das vorhandene Potential für Selbständigkeit zu identifizieren und gezielt zu fördern“ (ebd.).

Zudem sollen an deutschen Hochschulen „Career-Services“ (ebd.) entstehen, die den Übergang in den Arbeitsmarkt und Unternehmensgründungen von Studierenden fördern. Untermauert wird die Förderung von unternehmerischen Persönlichkeiten in der Hochschullehre von der HRK (ebd.) durch die

„Wahrnehmung ihrer Verantwortung für ihre Studierenden und ihrer Verpflichtung zur Dienstleistung im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit für die Gesellschaft [...]. Die Hochschulen haben mehr denn je die Verpflichtung, die Studentinnen und

Studenten auch mental auf die Möglichkeit der beruflichen Selbständigkeit vorzubereiten und sie dafür zu trainieren.“

Auch wenn es sich bei den Zielsetzungen in der Konstituierungsphase weitestgehend um Zukunftsentwürfe handelt, können in den 90er-Jahren erste Ereignisse dokumentiert werden, die einen grundlegenden Transformationsprozess in der deutschen Hochschullandschaft unter NPM ankündigen.

Ereignisse: Gesellschaftliche Ereignisse wie die Akademisierung der Bevölkerung im Zuge einer entstehenden Wissensgesellschaft treiben die Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft durch neoliberale Ideen und manageriale Verwaltungspraktiken voran (vgl. HRK 1998d). Im Zuge einer sich formierenden Wissensgesellschaft stellt die HRK (2000) fest, dass

„nach den Prognosen der Kultusministerkonferenz [...] die Studienberechtigtenzahlen aufgrund hoher Schülerzahlen an weiterführenden Schulen und einer ansteigenden Übergangsquote von der Schule auf die Hochschule in den neuen Ländern bis zum Jahre 2008 um weitere 15% anwachsen [werden]. Dies ist im Prinzip eine erfreuliche und notwendige Entwicklung, ist doch der Anteil der Studierenden an der gleichaltrigen Bevölkerung in der Bundesrepublik, deren wirtschaftliche Zukunft wesentlich von der Qualifikation ihrer Arbeitskräfte abhängt, niedriger als in einigen vergleichbaren Ländern.“

Der soziale Wandel bietet Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes einen Anlass, rechtliche und soziale Rahmenbedingungen von deutschen Hochschulen zu verändern. Die Wirkung von Problematisierungen, Zielsetzungen, Maßnahmen und Plausibilisierungen werden in Ereignissen wie der Änderung von (Hochschulrahmen-)Gesetzen sichtbar. Hier kann die Novellierung des HRG im August 1998 genannt werden, denn in dieser Gesetzesänderung (§ 6 der HRG-Novelle) vergegenständlichen sich manageriale Verfahren zur Qualitätssicherung und -bewertung an deutschen Hochschulen (vgl. HRK 2000). Dementsprechend bildet die Novellierung des HRG einen rechtlichen Rahmen, um Evaluierungen in regelmäßigen Abständen durchzuführen.

Weiterhin ist der Autonomiezuwachs von Hochschulleitungen ein zentrales Ereignis in der Konstituierungsphase von NPM, denn durch das novellierte HRG verpflichtet sich der Staat, sich sukzessive aus der Detailsteuerung von Hochschulen zurückzuziehen (vgl. HRK 1997). Dessen ungeachtet bleiben rechtliche Rahmenbedingungen von Hochschulen im Fokus von Problematisierungen des unternehmerisch-managerialen Regimes. So fordert die HRK (1999b),

„die erheblichen Deregulierungen des neuen Hochschulrahmengesetzes [...] nun in den Ländern umzusetzen. Die bisher vorgelegten bzw. schon verabschiedeten Novellen der Landeshochschulgesetze lassen erkennen, dass hier noch vielfache Überzeugungsarbeit durch die Landesrektorenkonferenzen geleistet werden muss, damit den Hochschulen der erforderliche Gestaltungsspielraum gewährt wird.“

Ein weiteres Gesetz, das insbesondere durch Problematisierungen einer mangelnden Leistungsfähigkeit des Hochschulpersonals angestoßen wurde, ist das am 1. Juli 1997 in Kraft getretene „Gesetz zur Reform des Öffentlichen Dienstrechts“ (vgl. HRK 1998c). Jedoch wird auch hier eine fehlende Berücksichtigung von strategischen Maßnahmen zur Flexibilisierung der wissenschaftlichen Personalstruktur kritisiert, weil das Gesetz nicht

„zur Realisierung dieser Ziele im Hochschulbereich [...] aus[reicht], da es sich nicht auf Professorinnen und Professoren bezieht, die als Leistungsträger die Leistungen und die Leistungsfähigkeiten der Hochschulen entscheidend bestimmen. Ferner reichen die Änderungen für das administrative und technische Hochschulpersonal nicht aus“ (ebd.).

Damit befinden sich deutsche Hochschulen am Ende der 90er-Jahre „zwischen Eigenverantwortung und bürokratischen Interventionen“ (HRK 2000). Ein weiteres zentrales Ereignis in der Konstituierungsphase von NPM ist die Entstehung eines europäischen Hochschulraums (EHR) im Zuge der Bologna-Erklärung am 19. Juni 1999 (vgl. HRK 2002; 2006b). Mithilfe des EHRs soll die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftler*innen gefördert sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU durch transnationale Hochschulbildung und Forschung gesteigert werden. In diesem Kontext bemerkt der WR (1996: 4), dass „die Möglichkeit einer befristeten projektbezogenen Kooperation über Staatsgrenzen hinweg [...] bereits in Einzelfällen [besteht]“. Die Profil- und Internationalisierungsmaßnahmen an deutschen Hochschulen werden durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen mit der Novellierung des HRG von 1998 sowie dem „Studienführer“ (HRK 1999b) vorangetrieben (vgl. WR 2006: 89). Diese Orientierungsgrundlage für Studieninteressierte, herausgegeben von der HRK sowie dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und der Stiftung Warentest, soll „Leistungsprofile der Hochschulen auf der Ebene der einzelnen Fächer transparent und vergleichbar [...] machen“ (HRK 1999b). Gleichwohl wird der „Studienführer“ (ebd.) zur Weiterentwicklung von Hochschul- und Forschungs-Rankings² in den frühen Nullerjahren herangezogen (vgl. WR 2004:

² Anders als bei Evaluierungen steht nicht die Bewertung eines Prozesses im Vordergrund, sondern eine Ergebnismessung und -bewertung. Zu diesem Zweck werden Hochschulen

17). Eine wesentliche Voraussetzung des „Studienführers“ (HRK 1999b) ist die Gründung des CHE 1994.

„Ausgangspunkt für die Gründung des CHE (durch Bertelsmann-Stiftung und HRK) als Ideenwerkstatt und Serviceunternehmen für die Hochschulreform war der Wunsch, ein Instrumentarium für mehr Wettbewerb und Transparenz im Hochschulbereich unter Beteiligung der Hochschulen zu entwickeln, um der staatlichen Bevormundung durch bürokratische realitäts- und praxisferne Vorschriften etwas Neues entgegenzusetzen“ (HRK 2000).

Fortan zählt das CHE als wissenschaftsbasiertes Beratungsunternehmen zu den zentralen Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes und ist maßgeblich an der arbeitsteilig organisierten Transformation der deutschen Hochschullandschaft beteiligt. Weiterhin werden Hochschulen mit strategischer, problematisierender Öffentlichkeitsarbeit sichtbar gemacht (vgl. Deutschlandfunk 1999). Zu diesem Zweck werden beispielsweise „im Rahmen von zahlreichen Interviews und Hintergrundgesprächen mit Medienvertretern, von 12 Pressekonferenzen (teilweise gemeinsam mit der Bundesbildungsministerin oder anderen Institutionen) und über 50 Pressemitteilungen [...], die Interessen der Hochschulen öffentlichkeitswirksam [...] vertreten“ (HRK 2000). Plausibilisiert wird die zunehmende Relevanz von Öffentlichkeitsarbeit und PR-Strategien durch eine notwendige Sichtbarkeit von deutschen Hochschulen in einem nationalen und internationalen Wettbewerb (vgl. HRK 1999b). Mit einer strategischen Öffentlichkeitsarbeit wurde ebenfalls versucht, die Studierendenprotestbewegung von 1997 für die Reformanstrengungen unter NPM zu integrieren, da der Zustand knapper Ressourcen sowohl für die Protestierenden als auch für die deutsche NPM-Reformbewegung einen wesentlichen Fixpunkt darstellt (vgl. HRK 1999b).

Auf der Mesoebene markieren Pilotprojekte zur Erprobung von managerialen Verwaltungspraktiken zentrale Ereignisse in der Konstituierungsphase. Durch die Novellierung des HRG kann ein Akkreditierungsverfahren eines neuen Studiengangs in einer „Erprobungsphase (§ 19 HRG – neu) zunächst zeitlich als Pilotprojekt [...] und ohne unnötigen bürokratischen Aufwand gestalt[et werden], damit es rasch eingeführt werden kann“ (HRK 1998b). Eine erste Institutionalisierung erfährt die Erprobung von managerialen Verwaltungspraktiken mit dem „Projekt Qualitätssicherung (Projekt Q), das die HRK von 1998 bis 2000

durch vergleichbare Indikatoren wie eingeworbene Drittmittel und Absolvent*innenzahlen bewertet (vgl. WR 2004: 2; 19–22). Objektiviert werden Rankings in der Konstituierungsphase von NPM u. a. durch den 1997 erstmals veröffentlichten „Förderatlas“ (DFG 2018: 12).

mit Mitteln und im Auftrag von Bund und Ländern (BLK) durchgeführt hat“ (HRK 2002) sowie der Konstituierung eines Akkreditierungsrats im Juli 1999 (vgl. HRK 2000). Der Rat

„soll die fachlich-inhaltliche Begutachtung der neuen genannten Studiengänge koordinieren und vor allem dazu Agenturen zertifizieren, die die Aufgabe der Akkreditierung übernehmen wollen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Akkreditierungsverfahren nach fairen und nachvollziehbaren Regeln ablaufen“ (ebd.).

In den 90er-Jahren entsteht allmählich auch ein Berichtswesen an deutschen Hochschulen, da „in manchen Landeshochschulgesetzen [...] entsprechend den Empfehlungen von KMK und HRK zur Umsetzung der Studienstrukturreform vom Juli 1993 festgelegt [ist], daß Lehrberichte regelmäßig vorzulegen sind“ (HRK 1995b).

Ungeachtet der zahlreichen Ereignisse an deutschen Hochschulen wird das Reformgeschehen von Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes in den 90er-Jahren als schleichend bewertet (vgl. HRK 2000). Speziell für eine mangelnde Autonomie der Hochschulleitung wird die Länderpolitik verantwortlich gemacht, weil „ein Großteil der Länder zwar von Wettbewerb und Profilierung der Hochschulen redet, bei der Hochschulzulassung z. B. aber nicht die dafür erforderlichen Instrumente zur Verfügung stellen will“ (HRK 1999b). Die Wahrnehmung von Angehörigen des unternehmerisch-managerialen Regimes deckt sich mit organisationssoziologischen Befunden über NPM, da die Zeitspanne von 1993 bis 2000 an deutschen Hochschulen mehr durch „talk“ als durch „action“ (Schimank 2002: 30) gekennzeichnet ist. Gleichzeitig wandelt sich das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen in der Konstituierungsphase mit den Novellen der HRG und der LHG. Dementsprechend avancieren einzelne Hochschulen mit der Erprobung von managerialen Verwaltungspraktiken zum Krisenlabor von Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes. Darüber hinaus wird versucht, mit einer strategischen, problematisierenden Öffentlichkeitsarbeit politische Entscheidungsträger*innen und andere Interessensgruppen von der Dringlichkeit einer Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft unter NPM zu überzeugen. Kurzum: In der Konstituierungsphase werden grundlegende Problematisierungen, Zielsetzungen, Maßnahmen und Plausibilisierungsstrategien für eine tiefgreifende Transformation von Hochschulen und ihren Angehörigen erprobt. Durch gesellschaftliche Ereignisse zur Jahrtausendwende wie die Bologna-Reform und die Lissabon-Strategie erlangen die Zielsetzungen und Plausibilisierungen von Angehörigen des unternehmerisch-managerialen Regimes einen stärkeren Geltungsanspruch als in den 90er-Jahren

und werden zunehmend durch manageriale Praktiken und unternehmerische Handlungsweisen von Hochschulangehörigen umgesetzt (vgl. HRK 2006a: 242).

5.1.2 Actionphase

Die Jahrtausendwende markiert den Anfang der Actionphase von NPM in der deutschen Hochschullandschaft. In der Actionphase werden Problematisierungen, Maßnahmen sowie Zielsetzungen und Plausibilisierungen des Managementdiskurses aufgegriffen und weiterentwickelt. Die Actionphase ist also kein Abschluss der Konstituierungsphase, sondern ein Anschluss an den Entwicklungsprozess des Managementdiskurses in 1990er-Jahren. Die Prozesshaftigkeit der managerialen Wissens- und Identitätspolitik wird besonders an wiederkehrenden Problematisierungen im Verlauf der Actionphase von 2000 bis 2010 deutlich.

Problematisierungen: Wie bereits in der Konstituierungsphase werden insbesondere eine mangelhafte Finanzierung sowie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen, Effizienz- und Qualitätsverluste in Lehre und Forschung, traditionelle akademische Steuerungsmodelle und Leitideen sowie rechtliche Rahmenbedingungen problematisiert (vgl. DFG 2009; HRK 2005b: 4; WR 2006: 71). Die Thematisierung eines „brain drain“ (HRK 2004a: 6; WR 2010a: 123) und von nicht-intendierten Effekten der (Hochschul-)Reformen sind hingegen neue Problemfelder des NPM-Diskurses (vgl. DFG 2009; HRK 2007: 19; WR 2006: 70; 2010a: 133).

Gesamtgesellschaftlich werden in den 2000er-Jahren Finanz- und Qualitätsprobleme von Hochschulen konstatiert, die von einer sich formierenden Wissensgesellschaft, der Bologna-Reform und durch das europäische Regierungsprogramm der Lissabon-Strategie beeinflusst werden (vgl. Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006). In diesem Zusammenhang geht man davon aus, dass deutsche Hochschulen

„für mehr Studierende und weitere gesellschaftliche Anspruchsgruppen ein breiteres Aufgabenspektrum bedienen und zudem die Qualität ihrer Leistungen verbessern [sollen] [...]. Es ist evident, dass in einer Situation der chronischen strukturellen Unterfinanzierung und der im Wesentlichen ohne substantielle zusätzliche Mittel initiierten Reformen die Hochschulen, insbesondere die Universitäten, angesichts solcher permanenten Erwartungen systematisch überfordert sind und sich in einem ‚Stresszustand‘ befinden“ (WR 2010b: 16 f.).

Anders als in den 1990er-Jahren werden nun die Problematisierungen einer mangelnden Hochschulfinanzierung und sinkender Qualität in Lehre und Forschung zunehmend von Parteien in Regierungsprogrammen thematisiert. Diesbezüglich hält die SPD (2004: 6) in den „Weimarer Leitlinien Innovation“ fest: „Im Vergleich zu anderen Ländern sind unsere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung zu gering.“ Als Folgen des Zustands knapper öffentlicher Ressourcen wird eine sinkende Qualität in Lehre und Forschung an deutschen Hochschulen prognostiziert. Den Bezugsrahmen für Qualitätsbewertungen bilden Kennzahlen. Vor diesem Hintergrund problematisiert der WR (2006: 92 f.) in der Hochschullehre, dass sich „das Verhältnis der Studierenden pro Professor [...] zwischen 1980 und 2003 von 49,5 Studierende auf 63 Studierende pro Professor verschlechtert [hat] (Fachhochschulen: 1980: 21,3 – 2003: 34,8)“. Oder anders zusammengefasst:

„Insgesamt wird – so steht zu befürchten – die zunehmende Schere zwischen wachsenden Aufgaben, zunehmend notwendigen Qualitätsanstrengungen und schwindenden Ressourcen zu weiterer Verschlechterung der Studienbedingungen führen und die Bemühungen in Frage stellen, die ohnehin breit kritisierten Defizite (überlange Studiendauer, hohe Abbruchquoten) zu korrigieren; solche Korrektur ist jedoch auch angesichts des wachsenden internationalen Wettbewerbs um die ‚besten Köpfe‘ dringend nötig. Die quantitative Belastung mit Aufgaben in der Lehre bedroht ferner die den Hochschulen verbliebenen Potenziale für die Forschung und damit auch für die berufliche Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses, der an deutschen Hochschulen nach wie vor vorzüglich ausgebildet wird. Nicht auszuschließen ist schließlich, dass diese Gesamtentwicklung zunehmend auch einen negativen Einfluss auf die Reformbereitschaft der Hochschulmitglieder haben könnte; davor ist daher nachdrücklich zu warnen“ (HRK 2004b).

Die Problematisierung des „brain drain“ stellt eine wiederkehrende Verknüpfung von Problemen in der deutschen Hochschullandschaft mit gesellschaftlichen Notständen dar. Hierzu proklamiert die HRK (2005c: 4 f.), wenn

„die Chancen einer Steigerung des Akademikeranteils nicht wahrgenommen und nicht umgehend abgestimmte Maßnahmen von Staat und Hochschulen in Angriff genommen [werden], droht für künftige Studierendengenerationen entweder die Einschränkung der Chancen auf ein Studium oder eine weitere drastische Verschlechterung der Studienbedingungen. Außerdem ist in dem Fall eine weitere Verstärkung des Trends zur Abwanderung der ‚besten Köpfe‘ ins Ausland zu befürchten. Das gemeinsame bildungspolitische Ziel des Staates und der Hochschulen, wissenschaftliche Ausbildung für die sich entwickelnde Wissensgesellschaft in Quantität und Qualität im nationalen und internationalen Kontext deutlich zu verbessern, würde durch ein solches Szenario konterkariert werden.“

Mit der Verbindung von gesellschaftspolitischen Problemfeldern wie einer drohenden Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften und Wissenschaftler*innen ins Ausland gelingt es Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes, den NPM-Diskurs in der Öffentlichkeit sichtbarer zu machen sowie für Zielsetzungen und Maßnahmen eine höhere Anschlussfähigkeit zu generieren als in den 1990er-Jahren. Die breite öffentliche Zustimmung zu den Hochschulreformen unter NPM verleihen ebenfalls Problematisierungen auf der Meso- und Mikroebene einen gesteigerten Geltungsanspruch, da die Annahme geteilt wird, dass „die Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Hochschul- und Wissenschaftssysteme [...] entscheidend dafür sein [werden], ob eine Gesellschaft den Anschluss an internationale Entwicklungen halten kann“ (HRK 2009: 7 f.; vgl. Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006). Diese Plausibilisierungsstrategie, gesellschaftliche mit hochschulischen Problemen zu verknüpfen, ist aus der Perspektive von Angehörigen des unternehmerisch-managerialen Regimes äußerst effektiv, da sich neben Parteien in den 2000er-Jahren auch zunehmend Medienvertreter*innen die Problematisierungen des Managementdiskurses aneignen. Hierzu werden im „Studentenspiegel“ ein „überlaufenes, unterfinanziertes Uni-System“ (Friedmann, Koch & Mohr 2004), mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und Qualitätsverluste des deutschen Hochschulsystems thematisiert. Als Ursache für diese Problemlagen werden auf der Mesoebene traditionelle akademische Steuerungsmodelle und Leitideen angeführt. Insofern werden der „Typenzwang“ (WR 2010b: 13) zwischen Universität und Fachhochschule, „traditionelle Fakultäts- und Fachbereichsstrukturen“ (WR 2006: 75), traditionelle Mittelverteilung „mit der Gießkanne“ (DFG 2009) sowie eine „Überregulierung, normative Steuerung, Bürokratisierung, Zentralisierung und fehlende Führungs-/Steuerungskompetenz auf der dezentralen Ebene“ (HRK 2005a: 2) kritisiert.

Diese Problemkonstellationen wurden bereits in der Konstituierungsphase genutzt, um deutsche Hochschulen und ihre Angehörigen mit neoliberalen Ideen und managerialen Verwaltungspraktiken zu konfrontieren. Neu ist in der Actionphase, dass insbesondere am Ende der Nullerjahre Bestandteile der Hochschulreformen und von managerialen Praktiken selbst zum Problem erklärt werden. In diesem Kontext thematisiert der WR (2006: 45 f.) unbeabsichtigte Folgen eines staatlich inszenierten Wettbewerbs sowie des Hochschulmanagements:

„Wettbewerb unter ungeeigneten Rahmenbedingungen kann mit Blick auf die Gesamtleistungen der Hochschulbildung suboptimale und politisch nicht intendierte Konsequenzen haben. Wenn die Hochschulen ihre Angebote nicht koordinieren, können Entscheidungen der einzelnen Hochschulen, die aus ihrer Sicht strategisch

begründet und betriebswirtschaftlich rational sind, zu Lücken im Gesamtsystem der Studienangebote führen, etwa wenn alle Hochschulen aktuell wenig nachgefragte oder sehr kostenintensive Studienangebote einstellen, unabhängig davon, ob sie gesellschaftlich von Relevanz sind. Wird die Finanzierung der Universitäten zu sehr von der Bildungsnachfrage abhängig gemacht, kann Wettbewerb an einzelnen Stellen auch zu einer unerwünschten Senkung des Lehrniveaus führen. Schließlich ist auch nicht auszuschließen, dass Wettbewerb Prozesse befördert, die im Ergebnis Strukturangleichung bewirken, statt Profilbildung und Differenzierung hervorzubringen.“

Diese Probleme, die u. a. erst durch den Managementdiskurs entstanden sind, werden jedoch nicht genutzt, um neoliberale Ideen zu verwerfen und manageriale Verwaltungspraktiken einzuschränken, sondern die Thematisierung von selbst geschaffenen Problemen bildet einen Anlass, um auf diese mit weiteren unternehmerischen und managerialen Praktiken zu reagieren. Dahingehend kann Lemke (2000: 43) zugestimmt werden, dass „ein Programm gerade deshalb ‚gut‘ [funktioniert], weil es nicht oder jedenfalls nur schlecht funktioniert bzw. es die Probleme erst schafft, auf die es dann vorgeblich reagiert“.

Sichtbar wird dieser Zusammenhang auch auf der Mikroebene von Hochschulen. Wie bereits in den 90er-Jahren werden in der Actionphase eine mangelnde Leistungsbereitschaft von Hochschulangehörigen und traditionelle akademische Selbstbilder zu Problemen erklärt (vgl. WR 2006: 87; 2010a: 84 f.). Neben wissenschaftlich Beschäftigten wird in den Nullerjahren zunehmend die Leistungsfähigkeit von Studierenden problematisiert. Hier werden vor allem das – im internationalen Vergleich – hohe Alter von Studienabsolvent*innen sowie die hohe Abbrecher*innenzahl kritisiert und als Indikatoren für eine mangelnde Leistungsfähigkeit von Hochschulangehörigen herangezogen (vgl. WR 2006: 91 f.). Aus diesem Grund stellt der WR (2006: 87) resümierend fest:

„Obwohl die Ausgaben für die Lehre pro Studierendem und Jahr in Deutschland unterdurchschnittlich sind, ist ein Studium in Deutschland überdurchschnittlich teuer, weil ein großer Anteil der Studierenden an Universitäten studiert und die Studiendauer auch, aber nicht nur deswegen überdurchschnittlich lang ist.“

In diesem Kontext weiten sich in der Actionphase Problematisierungen von der Sozialfigur der „faulen Professoren“ (Deutschlandfunk 1999) auf andere Statusgruppen wie (Langzeit-)Studierende aus, die innerhalb des NPM-Diskurses einen Kostenfaktor darstellen und hinsichtlich einer hohen Studiendauer und Abbruchquote ineffizient sind (vgl. WR 2006: 91 f.).

Darüber hinaus wird auf der Mikroebene ein Spannungsverhältnis zwischen unternehmerisch-managerialen Interessen der Hochschulleitung und der „Autonomie der Wissenschaftler [thematisiert], deren individuelle Interessen nicht ohne weiteres mit den institutionellen Interessen der Hochschulen zusammenfallen“ (HRK 2004d: 7). Um dieses Spannungsverhältnis zu lösen, wurden in den 90er-Jahren peu à peu Wettbewerbe und Anreizsysteme an deutschen Hochschulen etabliert, die wissenschaftliche Interessen kanalisieren und steuern sollen. In einem „wissenschaftsadäquaten Wettbewerb müssen die wissenschaftlichen Leistungen von Fächern und individuellen Wissenschaftlern ausschlaggebend für finanzielle Förderung sein, nicht jedoch Qualitätsurteile über ganze Hochschulen“ (HRK 2004a). Der „wissenschaftsadäquate Wettbewerb“ (ebd.) um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg verursacht allerdings ebenso nicht-intendierte Effekte. Vor diesem Hintergrund wird ein Spannungsverhältnis zwischen Lehre und Forschung zum Problem erklärt, das durch einen „eindimensionalen Wettbewerb im Forschungsbereich“ (WR 2010b: 82) entsteht. Mit dieser Problematisierung findet eine Abgrenzung vom Exzellenzdiskurs in der deutschen Hochschullandschaft statt und „auch ein politisches Bekenntnis zur Legitimität des (skalierbaren) Qualitätsbegriffs im Unterschied zum (nicht skalierbaren) Exzellenzbegriff [...], da Qualitäten in mehrfacher Hinsicht die Voraussetzung für die Exzellenz bilden“ (ebd.: 28). Insbesondere der Exzellenzwettbewerb im EFR wird für ungewollte Effekte kritisiert, da diese

„Forschungsinfrastrukturen [...] große Projekte privilegieren, sie können zur Förderung weniger risikoreicher Forschung (normal science) tendieren und sie bevorzugen empirische gegenüber theoretischen Teildisziplinen. Zu bedenken ist aber vor allem, dass Forschungsinfrastrukturen langfristig Ressourcen binden und insofern die Fähigkeit der wissenschaftlichen und politischen Akteure einschränken, flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren“ (WR 2010a: 122).

Die langfristige Bindung von Ressourcen ist insbesondere für ein „entscheidungsfähiges Hochschulmanagement“ (WR 1993: 24) ein Problem. Wie bereits in den 90er-Jahren bilden in der Actionphase Problematisierungen den Ankerpunkt für Zielsetzungen und Maßnahmen, mit denen Angehörige des Managementdiskurses auf (selbst verursachte) Probleme reagieren.

Zielsetzungen und Maßnahmen: Die Actionphase wird stark von den gesellschaftlichen Kontextbedingungen der Globalisierung, Wissensgesellschaft und Nachhaltigkeit beeinflusst (vgl. HRK & Deutsche UNESCO-Kommission 2010: 3; SPD 2004: 2; WR 2010a: 5). Gerade ein Nachhaltigkeitsdiskurs führt bei Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes zu kreativen (Um-)

Deutungen. Diesbezüglich wird das erklärte Staatsziel der Nachhaltigkeit (Artikel 20a GG) innerhalb des NPM-Diskurses als „effektives Ressourcenmanagement“ und „energieeffizienter Hochschulbau“ gedeutet (vgl. HRK & Deutsche UNESCO-Kommission 2010: 3). Diese Deutung des Nachhaltigkeitsdiskurses sowie der anhaltende Zustand knapper öffentlicher Ressourcen verleiht den Zielsetzungen des Managementdiskurses Plausibilität. Deswegen empfiehlt die HRK (2005b: 2) „eine grundlegende Überprüfung der Forschungslandschaft in Deutschland [...], um bei begrenzten Ressourcen den wachsenden Wettbewerbsdruck weltweit, aber auch innerhalb Europas bestehen zu können“. Um diese Ziele zu erreichen, sollen vermehrte (Forschungs-)Evaluierungen durchgeführt, Kooperation und Vernetzung zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die „Zusammenführung mehrerer oder Auflösung einzelner Einrichtungen im Interesse größerer wissenschaftlicher Leistungsstärke und insgesamt effizientere[r] Mitteleinsatz [angestrebt werden]“ (ebd.: 5).

Eine weitere Maßnahme zur Steigerung der Leistungsfähigkeit, Effizienz und Transparenz im deutschen Hochschulsystem ist die zunehmende Implementierung von Rankings. Wie bereits bei dem „Studienführer“ (HRK 1999b) in den 90er-Jahren werden in der Actionphase Rankings genutzt, um Leistungen von Hochschulen und ihren Angehörigen mithilfe von Benchmarks zu vergleichen (vgl. WR 2004: 17). Mit der zunehmenden Institutionalisierung von Rankings in den Nullerjahren entsteht eine objektive Wirklichkeit, die Hochschulangehörige und andere Akteur*innen mit normativen (Leistungs-)Anforderungen konfrontiert. In diesem Zusammenhang erzeugen Rankings (Un-)Sichtbarkeiten von Hochschulen und ihren Angehörigen, da die komplexe soziale Wirklichkeit an deutschen Hochschulen auf wenige Leistungskriterien in Form von Kennzahlen reduziert wird (vgl. WR 2004: 45 f.). Beispielsweise werden im CHE-Hochschulranking von 2003 u. a. Forschungsleistungen von deutschen Hochschulen anhand der Indikatoren Drittmittel, Patente und Publikationen pro Professor*in gemessen. Das verschafft Hochschulen mit überdurchschnittlich vielen Drittmitteln, Patenten und Publikationen eine erhöhte Sichtbarkeit. Hochschulen, die sich unterhalb des Benchmarks befinden, werden demgegenüber marginalisiert. Die Unsichtbarkeit von einzelnen Hochschulen in Rankings kann die Attraktivität des Hochschulstandorts schmälern und zu Wettbewerbsnachteilen führen (ebd.: 18). Eines der wirkungsvollsten Rankings in der deutschen Hochschullandschaft bildet die Exzellenzinitiative, denn im Wettbewerb um Drittmittel und symbolisches Kapital entsteht gleichzeitig eine Rangordnung der deutschen Hochschulen. Über die Platzierung im Exzellenzranking entscheidet der Antrags-erfolg, der neben der wissenschaftlichen Qualität vom symbolischen Kapital der Antragsteller*innen und der Standortgröße der jeweiligen Hochschule beeinflusst

wird (vgl. Münch 2009; 2010). In diesem Kontext konstatiert der WR (2010b: 25 f.), dass

„zwar [...] auch zuvor der Erfolg in der Einwerbung von Drittmitteln (etwa in den DFG-Verfahren) unmittelbare Auswirkungen auf die Ausstattung und das Renommee der jeweiligen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bzw. der Fachbereiche [hatte], die Kombination von Antragserfolg und öffentlicher Aufmerksamkeit für den Exzellenzwettbewerb verstärkte aber die Konsequenzen vor allem auf der Ebene der institutionellen Reputation und der Finanzausstattung. [Weiterhin] [...] veränderte der Exzellenzwettbewerb das tertium comparationis: Wurden zuvor in aller Regel die Forschungsleistungen von Personen und Fachbereichen oder Fakultäten verglichen, so wurde nun die Forschungsqualität ganzer Universitäten zum Gegenstand des Vergleichs.“

Unter der Problematisierung eines „eindimensionalen Wettbewerbs“ (ebd.: 28) der Exzellenzinitiative und in Rekurs auf eine skalierbare Qualität werden manageriale Rankings in der Hochschullehre erprobt. Im Rahmen der Bologna-Reform werden nun zunehmend Qualitätsmanagementprogramme³ implementiert und „Benchmarking Clubs“ (ebd.: 72) gegründet.

„Der Wissenschaftsrat regt an, funktionierende Verbünde als Plattform für Leistungsvergleiche zu nutzen (so genannte benchmarking clubs). Er rät dazu, die hierfür erforderlichen Daten auszutauschen. Der Wissenschaftsrat hält die Verbünde zudem für geeignete Instrumente, um eine Kooperation über die Grenzen von Hochschultypen zu erleichtern. Komplementäre Verbünde im Spektrum der Universitäten wie der Fachhochschulen sind hier ebenso denkbar wie die Mitgliedschaft geeigneter Fachhochschulen in einem Universitätsverbund und vice versa“ (ebd.: 72).

Die „Benchmarking Clubs“ (ebd.) stellen eine Antwort von Akteur*innen des Managementdiskurses auf die Forderung der Bologna-Reform nach mehr Sichtbarkeit und Qualität der Hochschullehre dar (vgl. HRK 2006a: 198). Innerhalb von Hochschulen sollen „Benchmarking Clubs“ (WR 2010b: 72) zur Optimierung von Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen genutzt werden. Vor diesem Hintergrund bilden Rankings nicht nur für beherrschte Subjekte wie Studierende und Wissenschaftler*innen eine Handlungsgrundlage, sondern herrschende Subjekte

³ Hierzu zählt u. a. das „Projekt Q“, das Expert*innenwissen zur Qualitätssicherung und zu Evaluierungen in der deutschen Hochschullandschaft bündelt und innerhalb des Europäischen Qualitätsnetzwerks als nationale Schnittstelle und internationaler Kooperationspartner fungieren soll (HRK 2002).

wie Hochschulleitungen und Hochschulmanager*innen ziehen ebenfalls institutionalisiertes Wissen von Rankings als Basis für Interaktionen heran (vgl. Berger & Luckmann 2012: 49–62; Link 2007: 221). In diesem Kontext wird neben einer Institutionalisierung die Standardisierung von Qualitätsmanagementverfahren nach DIN EN ISO 9000ff sowie nach dem Total-Quality-Management-Ansatz angestrebt (vgl. HRK 2006a: 197).

Mit dieser Zielsetzung entsteht eine weitere Verbindung zwischen dem Managementdiskurs und einem neoliberalen Diskurs, da Praktiken von der Wirtschaft auf Hochschulen übertragen werden sollen (vgl. Bröckling 2007: 215–267). Die neoliberale Idee, öffentliche Einrichtungen wie Unternehmen zu organisieren, wird in unternehmerischen Leitbildern von deutschen Hochschulen reflektiert. Insofern wird auf der Mesoebene die Zielsetzung verfolgt, dass

„die Hochschulen [...] das Qualitätsmanagement von Lehre und Forschung verstärkt als Kernelement ihrer Autonomie verstehen und dafür effiziente, wissenschaftsadäquate Verfahren entwickeln [sollen]. Insbesondere im Bereich der Lehre besteht hier dringender Handlungsbedarf. Auf längere Sicht könnte durch eine Stärkung des hochschuleigenen Qualitätsmanagements eine selektivere Vorgehensweise bei der Einzelakkreditierung von Studiengängen ermöglicht werden“ (WR 2006: 5).

Zur gleichen Zeit verlieren Programmakkreditierungen am Ende der 2000er-Jahre zunehmend ihren Geltungsanspruch. Während Programmakkreditierungen kurz nach der Jahrtausendwende noch vermehrt genutzt wurden, um Studiengänge zu bewerten, verliert die Akkreditierung einzelner Studienprogramme am Ende der Nullerjahre zunehmend an Bedeutung, da neue Programme als weitestgehend implementiert und Programmakkreditierungsverfahren in ihrer Detailliertheit als ineffizient gelten, weshalb man 2007 Systemakkreditierungen⁴ einführt (vgl. WR 2012: 54 f.). „In diesem Sinne hält der Wissenschaftsrat die Systemakkreditierung für ein besonders geeignetes Instrument, um die Verantwortung der Hochschulen für ihre Studiengänge sowohl herauszustellen als auch extern zu zertifizieren“ (ebd.: 10 f.).

Neben einer strategischen Ausrichtung durch ein geprüftes Qualitätsmanagement sollen Hochschulen unternehmerisch handeln, indem

⁴ Bei einer Systemakkreditierung wird das interne Qualitätssicherungssystem im Bereich Studium und Lehre einer Hochschule durch den Akkreditierungsrat und Agenturen akkreditiert, anstatt einzelne Studiengänge wie bei einer Programmakkreditierung zu überprüfen (vgl. WR 2012: 33). Damit sind Systemakkreditierungen ein Instrument der externen Qualitätssicherung, die gleichzeitig zur Stärkung managerialer Hochschulautonomie beitragen sollen, da Hochschulen nach einer erfolgreichen Systemakkreditierung selbstständig das Siegel des Akkreditierungsrats für Studiengänge vergeben können (ebd.: 55, 88 f.).

„eine Neujustierung der Rollen von Wissenschaftlern und Hochschulen als Institution [stattfindet]. Der Wettbewerb der einzelnen Wissenschaftler um Reputation und um vorteilhafte Bedingungen zur individuellen wissenschaftlichen Selbstverwirklichung wird um einen institutionellen Wettbewerb ergänzt, der eine strategisch handelnde Hochschulleitung erfordert. Denn die Hochschulen müssen zunehmend die Erfolgebedingungen der Arbeit ihrer Mitglieder selbst gewährleisten, indem sie ihre Ressourcen effizient einsetzen, ihre Attraktivität für leistungsfähige Studierende, Wissenschaftler und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter steigern, ihre Position auf den Bildungsmärkten zu verbessern suchen, ihre Einkommensquellen zu diversifizieren versuchen, ihre interne Flexibilität erhöhen, Leistung und Innovation fördern und Nichtleistung oder Desinteresse gegenüber den Zielen der Institution bestrafen“ (HRK 2004d: 7).

Durch diesen Rollenwandel werden deutsche Hochschulen und ihre Anhörigen vom Managementdiskurs in der Actionphase stärker als manageriale und unternehmerische Akteur*innen als in den 90er-Jahren angerufen. Gleichzeitig ist die

„Betonung der institutionellen Handlungsfähigkeit [...] nicht gleichbedeutend mit der vielfach formulierten Aufforderung an Hochschulen, eine eigene ‚Marke‘ auszubilden und kein Aufruf zur bloßen Selbstvermarktung. Die gesellschaftlichen Funktionen, Zielsetzungen und somit auch die Handlungs- und Strategiefähigkeit von Hochschulen unterscheiden sich grundsätzlich von derjenigen von Unternehmen. Entsprechend missverständlich sind auch die zum Teil bemühten Analogien von Hochschulsektor und Wirtschaftssystem“ (WR 2010b: 30).

Die zentrale Anrufung für deutsche Hochschulen und ihre Angehörigen lautet demzufolge: Handle strategisch und unternehmerisch, ohne zum Unternehmen zu werden. Zur Umsetzung dieser paradoxen Anrufung werden an deutschen Hochschulen Maßnahmen einer Binnendifferenzierung⁵ ergriffen, denn eine „strukturelle Bündelung einzelner Leistungsbereiche“ (WR 2010b: 78) in Lehre und Forschung, berufs- und anwendungsbezogener Ausbildung, Weiterbildung, Diversity Management⁶ sowie Technologietransfer soll zu einer stärkeren Eigenfinanzierung sowie zu einer Steigerung der Leistungs- und Steuerungsfähigkeit

⁵ Darunter wird „die innerinstitutionelle Ausformung spezifischer Funktionsbereiche in den einzelnen Hochschulen [verstanden]“ (WR 2010b: 78).

⁶ Diversity Management erlangt durch den NPM-Diskurs in der deutschen Hochschullandschaft eine Doppeldeutigkeit: Einerseits wird der Begriff in Bezug auf die angloamerikanische Diskussion im zweiten Sinn verwendet und bezieht sich damit auf die heterogene Herkunft des Personals und von Studierenden nach Geschlecht, Ethnie, Alter und Nationalität (WR 2010b: 12). Andererseits wird unter Diversity Management die Erschließung verschiedener Finanzquellen verstanden. „Dazu zählen die aktive Einwerbung von Spenden,

beitragen. Vor diesem Hintergrund findet innerhalb von Hochschulen eine Differenzierung nach Leistungsbereichen statt, während das deutsche Hochschulsystem unter der Problematisierung des „Typenzwangs“ (WR 2010b: 13) entdifferenziert wird.

Der Wandel von einer mechanischen Differenzierung nach traditionellen Disziplinen und Fächern hin zu einer funktionalen Differenzierung nach Leistungsbereichen soll eine inneruniversitäre Konkurrenz erzeugen und zu einer Effizienzsteigerung des Mitteleinsatzes führen, denn

„die Universitäten [sollen] Wege finden [...], ihre eigenen Stärken und Schwächen zu identifizieren. Der Erfolg der Universität im Wettbewerb um staatliche Mittel, um Reputation und um hervorragende Wissenschaftler hängt von der Leistung aller Fachbereiche ab. Mehr und mehr bedarf es interdisziplinärer, fachbereichsübergreifender Kooperationen, um erfolgreiche Forschungsprojekte und innovative Lehrangebote zu realisieren. Deswegen können es sich auch die starken Fachbereiche nicht mehr leisten, den weniger leistungsfähigen gegenüber indifferent zu bleiben. All dies erzeugt ein Klima, in dem fächerübergreifend verglichen wird und Anreiz entsteht, sich auf seine jeweiligen Stärken zu konzentrieren“ (WR 2006: 34).

Demnach kann funktionale Arbeitsteilung unter Anreizen des Wettbewerbs gemäß Durkheim (1988: 162 ff.) als Maßnahme interpretiert werden, um die Leistungsfähigkeit von Hochschulen und ihren Angehörigen zu steigern. Durch die Maßnahmen der internen Differenzierung und externen Entdifferenzierung nach dem Leitbild von Professional Schools und Colleges entsteht eine Analogie zum internationalen Managementdiskurs (WR 2010b: 8). Die Entdifferenzierung von traditionellen Hochschultypen wird, neben einer Steigerung der unternehmerischen und managerialen Autonomie, als Maßnahme gegen einen „brain

das Angebot kostenpflichtiger Weiterbildungsprogramme sowie das Engagement auf globalen Bildungsmärkten. Derartige Engagements erfordern gegebenenfalls neue, Erfolg versprechende Geschäftsmodelle sowie zusätzliche Managementstrukturen und Kapazitäten“ (ebd.: 63). Damit geht Diversity Management an deutschen Hochschulen über das klassische Personalmanagement in Unternehmen hinaus und bildet mit der Diversifizierung von Einkommensquellen eine Objektivierung von managerialer und unternehmerischer Autonomie. Schließlich findet unter Diversity Management eine Ökonomisierung von Gender-Politik statt, da das Geschlecht als menschliche Ressource im Hochschulbetrieb erschlossen wird und Wissenschaftler*innen die Möglichkeit eröffnet wird, sich als Selbstunternehmer*innen auf einem akademischen Quasi-Markt von ihrem Geschlecht zu emanzipieren (vgl. Meuser 2010: 326 f.). Denn die Freiheit der Selbstverwirklichung ist im Diversity Management mit einer quasi-marktkonformen Verhaltensweise verbunden. Neben diesem kritischen Diskussionsstrang wird Diversity Management von Autor*innen wie Bruchhagen und Koall (2008: 936) als Chance einer „emanzipatorischen Mitwirkung“ aller Beteiligten bei der Kapitalverwertung von menschlichen Ressourcen betrachtet.

„drain“ (HRK 2004a: 6) betrachtet, da „die Kombination solcher Sonderformate mit der Teilanpassung des Bildungsangebotes an den regionalen Bedarf [...] möglicherweise [eine] beschleunigende Abwanderungstendenz verhinder[t]“ (WR 2010b: 60). Gleichzeitig grenzt sich der WR (ebd.: 28) vom Typ der amerikanischen „Super Research University“ und „World Class University“ ab, indem (Ent-)Differenzierungsmaßnahmen eines internationalen Managementdiskurses kritisiert werden. Dennoch sollen aufgrund eines stärkeren internationalen Wettbewerbs deutsche Hochschulen nach amerikanischen Modellen „moderat stratifiziert“ (ebd.: 76) werden, d. h., „im künftigen Hochschulsystem müssen darum bestimmte Universitäten sich durch eine in der Summe höhere Forschungsleistung auszeichnen. Sie sollen mit den internationalen Spitzenuniversitäten eine eigene Gruppe von Konkurrenten bilden können“ (ebd.). Zur Plausibilisierung der moderaten Stratifikation von deutschen Hochschulen nach dem Leitbild der „Super Research University“ (ebd.: 28) werden internationale Vergleiche wie das Schanghai-Ranking herangezogen, denn

„unter den TOP 20 finden sich 2009 neben 17 US-amerikanischen Hochschulen nur zwei europäische (Oxford und Cambridge) sowie mit der Universität Tokio eine japanische. Die ersten deutschen Universitäten finden sich auf den Plätzen 55 (Universität München), 57 (TU München) und 63 (Universität Heidelberg). So hat Europa auch bei den Durchbrüchen in der Grundlagenforschung deutlich an Terrain gegenüber den USA verloren. Während Anfang des 20. Jahrhunderts die Liste der Nobelpreise noch von europäischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angeführt wurde, dominieren mittlerweile Forschende aus den USA den renommierten Preis“ (WR 2010a: 16).

Weiterhin kann in den 2000er-Jahren eine Institutionalisierung von externen und internen Evaluierungen an deutschen Hochschulen beobachtet werden. Grundlegende Unterschiede zwischen Evaluierungen und Rankings entstehen

„durch die Fokussierung auf die Messung und Bewertung des Outputs – sie beinhalten keine Handlungsempfehlungen und sind nicht prozessorientiert – sowie die Vergleichsabsicht, es werden also mehrere Institutionen oder Förderprogramme nach den gleichen Maßstäben analysiert und bewertet. Unter den verschiedenen Verfahren des Leistungsvergleichs zeichnet Rankings aus, dass die Objekte einer bestimmten Menge (z. B. „Universitäten in Deutschland“) möglichst vollständig erfasst, dass die Leistungskriterien durch ein Kennzahlensystem operationalisiert und dass die Ergebnisse der Leistungsmessung durch die Bildung von Ranglisten verdichtet werden“ (WR 2004: 2).

Die flächendeckende Einführung von Rankings und Evaluierungen dient zur Unterstützung der Qualitätssicherung und Transparenz, aber auch der Profilbildung und Hochschulsteuerung durch manageriale Verwaltungspraktiken (vgl. HRK 2004b; 2006a: 192).

Infolgedessen wandelt sich in den Nullerjahren der Geltungsanspruch von Evaluierungen im Vergleich zur Konstituierungsphase von NPM in der deutschen Hochschullandschaft. Während Evaluierungen in den 90er-Jahren lediglich an vereinzelten Hochschulen als Instrument zur Qualitätssicherung eingesetzt worden sind, kann in der Actionphase eine Institutionalisierung als Profilbildungs- und Steuerungsinstrument beobachtet werden, da mit Evaluierungsergebnissen sowohl hochschulspezifische Leistungsstärken und -schwächen sichtbar gemacht als auch zur LOM herangezogen werden (vgl. HRK 2006a: 192; WR 2006: 46 f.). Gleichzeitig wird mit regelmäßigen Evaluierungsverfahren eine „skalierbare Qualität“ (WR 2010b: 28) erzeugt, die es ermöglicht, hochschulintern sowie zwischen Ländern und Hochschulen

„qualitätsgesicherte Outputgrößen [zu] vereinbaren, die eine zielkonforme Anreizstruktur schaffen. Eine Steuerung, die überwiegend nach Input- und Kapazitätsgrößen (wie Studienanfänger und Studienplätze) erfolgt, setzt falsche Anreize, da sie die Ressourcenverteilung vom Studienerfolg unabhängig macht, und bewirkt somit eine ineffiziente Mittelverwendung“ (WR 2006: 46).

Im Vergleich zu den 90er-Jahren kann in der Actionphase eine Ausdifferenzierung von Leistungs- und Qualitätsindikatoren festgestellt werden. Neben dem traditionellen Peer Review sollen zunehmend Expert*innenurteile in die Leistungsbewertung von Hochschulen und ihren Angehörigen einfließen (ebd.: 72 f.). Der Wandel vom Peer Review zu evidenzbasierten Expert*innenurteilen findet unter der Problematisierung von traditionellen akademischen Steuerungsmodellen statt, die subjektiv seien und zu nicht-intendierten Effekten führten (vgl. WR 2004: 30 ff.). Durch die Verzahnung einer akademischen Expert*innenkultur mit einer indikatorenbasierten Qualitäts- und Leistungsbewertung wird ebenfalls der aufkommenden Kritik an managerialen Praktiken Rechnung getragen, ohne sich jedoch von der Wissenspolitik des Managementdiskurses zu entfernen. Vielmehr bildet die Aneignung von Indikatoren und Kennzahlen durch akademische Expert*innen eine Erweiterung und Legitimation von managerialen Verwaltungspraktiken in der deutschen Hochschullandschaft, da durch persönliche Aneignungsprozesse eine objektive in eine subjektive Wirklichkeit übergeht und die Wissenspolitik des NPM-Diskurses von Wissenschaftler*innen (re-)

produziert wird (vgl. Musselin 2013). Mit der Plausibilisierungsstrategie – akademische Subjekte als Vehikel zu nutzen – wird auf die Akzeptanz der Bewertung durch Peers im universitären Feld zurückgegriffen, da das

„Peer-Review [...] [ein] international etablierter Standard in der Bewertung wissenschaftlicher Qualität [ist]. Allerdings sind der Verlässlichkeit von Peer Review Grenzen gesetzt. In jedem Fall benötigen Gutachter eine solide Datenbasis, damit die Ergebnisse von Begutachtungen nicht zu reinen Reputationsmaßen mit deren bekanntesten Nachteilen (Subjektivität, Verzögerung, Halo- und Star-Effekte) geraten“ (WR 2004: 30).

Durch den Bezug von akademischen Expert*innen auf eine „solide Datenbasis“ (ebd.) werden Bewertungskriterien von einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs zu einem Managementdiskurs verschoben. Die Beteiligung von akademischen Subjekten an managerialen (Bewertungs-)Praktiken wird als ein wesentlicher Grund für die Entfesselung des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft zur Jahrtausendwende betrachtet. Darüber hinaus erlangen Evaluierungen und Rankings in der Actionphase für deutsche Hochschulen und (hochschul-)politische Entscheidungsträger*innen eine Navigationsfunktion. An dieser Stelle erinnert die handlungsleitende Funktion von Rankings und Evaluierungen an Anrufungen eines neoliberalen Diskurses, da sich die Veridiktion des akademischen Quasi-Marktes in managerialen Praktiken einschreibt und (akademische) Subjekte an ihrer Position ablesen können, ob sie richtig gehandelt haben (vgl. Foucault 2004b: 56).

Weiterhin kann sich in den Nullerjahren der Managementdiskurs durch Kontraktmanagement an deutschen Hochschulen institutionalisieren. Verträge zwischen Ländern und Hochschulen sowie Leistungs- und Zielvereinbarungen zwischen der Hochschulleitung und Professor*innen sollen soziale Beziehungen und die Regierungsweise im deutschen universitären Feld wandeln. Die HRK (2005a: 3) konstatiert, dass

„in den meisten Landeshochschulgesetzen [...] Zielvereinbarungen zwischen Staat und Hochschule in den letzten Jahren verpflichtend festgeschrieben worden [sind] und werden seither auch vermehrt als hochschulinternes Steuerungsinstrument genutzt. [...] Dem Wesen nach handelt es sich in der Regel um Leistungsvereinbarungen, mit denen nicht Ziele, sondern zu erbringende Leistungen definiert werden, ohne die hierfür erforderlichen Maßnahmen festzulegen. Dies entspricht auch dem theoretischen Ansatz des Kontraktmanagements.“

Das Kontraktmanagement soll eine inputorientierte Detailsteuerung über staatliche Grundfinanzierung in eine operative, outputorientierte Steuerung durch

Anreize eines inszenierten Wettbewerbs und dezentraler Verantwortung überführen (ebd.: 4). Mit diesem strategischen Steuerungsansatz werden Hochschulen mehr unternehmerische und manageriale Freiheiten als in den 90er-Jahren eröffnet. Komplementiert werden Leistungs- und Zielvereinbarung auf der Organisationsebene durch eine flächendeckende Einführung von Globalhaushalten. Einerseits wird durch ein Globalbudget manageriale Autonomie freigesetzt, da die Hochschulleitung weitestgehend unabhängig vom Staat über die Verteilung von Ressourcen entscheiden kann. Denn die Hochschulen werden unter der staatlichen Flexibilisierung ihrer Haushalte und dem Kontraktmanagement aufgefordert, managerial und unternehmerisch zu handeln, weil „die Länder dazu tendieren, eine stärkere Wettbewerbs- und Leistungsorientierung sowie eine größere Prozessverantwortlichkeit [...] in den Hochschulen zu installieren“ (WR 2005: 11). Andererseits unterliegen deutsche Hochschulen durch ihre globalisierten Haushalte einer externen Steuerung in Form von kennzahlenbasierten Leistungs- und Zielvereinbarungen (ebd.: 11 f.).

Das neue Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen sowie zwischen Hochschulleitung/Management und Wissenschaftler*innen markiert den Übergang von einer pastoralen zu einer neoliberalen Regierungsweise in der deutschen Hochschullandschaft. Sichtbar wird die Gouvernentalisierung in den 2000er-Jahren an hochschulinternen Steuerungsinstrumenten und dem Modus der Hochschulfinanzierung. Vor der Actionphase wurden deutsche Hochschulen weitestgehend über eine bedarfsorientierte Grundfinanzierung des Wohlfahrtsstaats unterhalten, dessen Ziel es war, das „Heil der Herde“ (Foucault 2004a: 189) zu sichern (vgl. Huber 2012: 242 f.). In dieser Zeit wurden deutsche Hochschulen in wohlthätiger Absicht mit einer Grammatik der Sorge regiert. Durch „Zeiten knapper öffentlicher Finanzen“ (HRK 1995a) und die Kritik an einer wohlfahrtsstaatlichen Mittelverteilung „mit der Gießkanne“ (DFG 2009) erodiert die pastorale Regierungsweise in der deutschen Hochschullandschaft, ohne sich jedoch aufzulösen. Parallel zu dieser Entwicklung wird der Staat von der Formierung einer wissensbasierten Ökonomie unter dem Regierungsprogramm der Lissabon-Strategie angerufen, die Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher Teilbereiche zu steigern, um „die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ (Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006: 4). Somit erhöht die Metamorphose vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat die Strahlkraft des Managementdiskurses auf deutsche Hochschulen und ihre Angehörigen, weil eine manageriale Wissenspolitik für gesellschaftliche und universitäre Problemlagen scheinbar plausible Lösungsvorschläge bereithält (vgl. Bührmann 2012; Fach 2015; HRK 2005b: 2; 2009: 7 f.).

Der Wettbewerb um Ressourcen überträgt sich demnach in der Actionphase auf die Hochschullehre, denn

„werden den Hochschulen keine entsprechenden Anreize zu einer Profilierung im Bereich der Lehrqualität geboten, so ist angesichts der Unterfinanzierung der notwendige Qualitätssprung in den Bereichen Studium und Lehre nicht zu erzielen. Der Wissenschaftsrat begrüßt daher ebenso den Wettbewerb „Exzellente Lehre“, den Kultusministerkonferenz und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft veranstaltet haben, wie das Vorhaben, im Rahmen der dritten Säule des Hochschulpaktes Ressourcen zur Verbesserung der Qualität der Lehre wettbewerblich auszuschütten“ (WR 2010b: 83).

Bei der wettbewerbsförmigen Verteilung von Mitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um einen inszenierten Wettbewerb auf einem akademischen Quasi-Markt, da die Nachfrage und das Angebot zum Großteil vom Staat gesteuert werden (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 87; Rogge 2015: 687 f.).

Insofern besteht zwischen der managerialen Wissenspolitik, Mittel in wettbewerbsförmigen Verfahren leistungsorientiert zu verteilen, und einem neoliberalen Diskurs eine ideelle Verbindung. Wohingegen manageriales Handeln in den 2000er-Jahren an deutschen Hochschulen hinter neoliberalen Anrufungen zurückbleibt und eher an Praktiken in zentralverwaltungswirtschaftlich organisierten⁷ DDR-Betrieben erinnert, da sich in managerialen Praktiken die „Nomenklatur zentral vorgegebener, verbindlicher Kennziffern“ (Steinitz & Walter 2014: 45) objektiviert. Oder anders formuliert: „Der Staat [soll] sich einerseits aus der Regulierung zurückziehen und andererseits stärker im Sinne von Zielvorgaben steuern“ (Schimank 2002: 4). Sichtbar wird die eigentümliche Verbindung von neoliberalen Ideen und planwirtschaftlichem Handeln beim Kontraktmanagement. So sollen beispielsweise mit Hochschulverträgen „die Leistungsstärke und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Hochschulen trotz der angespannten Finanzlage des Landes Berlin“ (Land Berlin 2010: 1) ausgebaut werden. Zur Umsetzung dieser Zielsetzung werden Indikatoren in Form von Drittmitteln und verbindliche Kennzahlenwerte wie konkrete Aufnahmekapazitäten von Studienanfänger*innen festgelegt (ebd.: 5 ff.). Damit bewegen sich die Berliner Hochschulverträge in einer Konditionalprogrammierung, während die Zweckprogrammierung vernachlässigt wird. Die Zweckprogrammierung orientiert sich an Zielen und lässt die Mittel weitestgehend offen. Die Konditionalprogrammierung hingegen schränkt die Mittelwahl zur Erreichung der vereinbarten Ziele

⁷ Bei einer Zentralwirtschaft werden Wirtschaftsprozesse wie Angebot und Nachfrage weitestgehend über staatliche Pläne koordiniert (vgl. Steinitz & Walter 2014: 15).

durch die Rahmenbedingungen und vorgegebene Handlungsoptionen ein (vgl. Heintz 2008: 113). Zur Überprüfung von vertraglich vereinbarten Kennzahlen zwischen den Ländern und Hochschulen dienen Berichte der Hochschulleitung sowie interne und externe Evaluierungen (Land Berlin 2010: 8 f.). Vor diesem Hintergrund bilden manageriale Praktiken in den 2000er-Jahren eine einzigartige Verbindung zwischen einer neoliberalen und pastoralen Regierungsweise, weil sich darin eine Grammatik der Sorge und eine Veridiktion des akademischen Quasi-Marktes widerspiegeln. Dementsprechend kann der Managementdiskurs in der deutschen Hochschullandschaft als „der bewegliche Effekt eines Systems von mehreren Gouvernementalitäten“ (Foucault 2004b: 115) betrachtet werden.

Diese Perspektive erlaubt es, NPM als Interdiskurs und als Intergouvernementalität zu beleuchten. Mit diesem analytischen Ansatz findet indes eine Abgrenzung zur Bedeutung von Intergouvernementalität innerhalb des Managementdiskurses statt, denn darunter wird nicht die Verbindung verschiedener Regierungsweisen verstanden, sondern eine „Mehrebenen-Governance“ (WR 2010a: 91) zwischen verschiedenen Institutionen und politischen Akteur*innen innerhalb des EHR und des Europäischen Forschungsraums (EFR), „um wissenschaftsadäquate multinationale Governance-Strukturen [zu] entwickeln“ (ebd.: 104). Kurzum: In den 2000er-Jahren kann sich in der deutschen Hochschullandschaft mithilfe von managerialen Praktiken eine wettbewerbsförmige Zentralverwaltungswirtschaft bilden, wodurch sich eine pastorale mit einer neoliberalen Regierungsweise verbindet. Dieses Phänomen kann jedoch vorwiegend auf der Makro- und Mesoebene beobachtet werden, denn auf der Mikroebene schreibt sich eine neoliberale Wissenspolitik stärker in die Praktiken von Akteur*innen des NPM-Diskurses ein.

Sichtbar wird die Vergegenständlichung einer neoliberalen Wissenspolitik an wettbewerbsförmigen individuellen Anreizstrukturen, mit denen die Interessen verschiedener Statusgruppen an deutschen Hochschulen kanalisiert werden sollen. Unter der Zielsetzung einer stärkeren Öffnung und wettbewerblichen Ausrichtung des akademischen Arbeitsmarktes werden in der Actionphase von NPM verschiedene Anreizsysteme eingeführt (vgl. WR 2010a: 124). Mithilfe von managerialen Anreizsystemen sollen Wissenschaftler*innen so gesteuert werden, dass ein Interessensangleich zwischen Prinzipal*innen (Hochschulleitung/Management) und Agent*innen (Wissenschaftler*innen) erfolgt (vgl. Saam 2002: 31 f.; WR 2006: 82).

„Dabei ist zu beachten, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Regel ein hohes Maß an intrinsischer Motivation aufweisen. Externe Anreizsysteme müssen so gestaltet sei[n], dass sie die intrinsische Motivation nicht verdrängen, sondern

unterstützen. Im Vordergrund sollten deshalb Verbesserungen der Bedingungen für Forschung und Lehre sowie der Zeit- und Ressourcenautonomie der Leistungsträger stehen. Bei der Gestaltung finanzieller Anreizsysteme durch leistungsbezogene Vergütungsbestandteile ist dafür Sorge zu tragen, dass die Betroffenen an der Definition der Leistungsziele mitwirken können und dass der Vergaberahmen eine ausreichende Differenzierung ermöglicht, die den Schwerpunkt auf positive, als Belohnung wahrnehmbare Anreize setzt. Wichtig für den Erhalt der intrinsischen Motivation ist auch, dass Anreizsysteme unbürokratisch sind“ (WR 2006: 82).

Dahingehend werden bei Anreizsystemen auf der Mikroebene die Zielsetzungen offener formuliert als auf der Meso- und Makroebene, wo beispielsweise konkrete Kennzahlenwerte festgehalten werden (vgl. Land Berlin 2010). Sichtbar wird dieser Zusammenhang bei dem W-Besoldungssystem für Professor*innen, das am 1. Januar 2005 durch das Inkrafttreten des Professorenbesoldungsreformgesetzes (ProfBesRefG) auf der Länderebene eingeführt wird (vgl. WR 2005: 22). Fortan sollen Hochschullehrer*innen nach dem W-Besoldungssystem berufen werden, das wie folgt funktioniert:

„Mit der jeweiligen Besoldungsgruppe wird ein fixes, als Mindestbezug gewährtes Grundgehalt (§ 33) beziffert, das durch individuell mit der Hochschule auszuhandelnde Leistungsbezüge ergänzt werden kann, etwa für besondere Leistungen in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung oder auch für die Wahrnehmung von Funktionen oder besonderen Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung oder der Hochschulleitung. Die Leistungsbezüge können sowohl unbefristet als befristet sowie als Einmalzahlung gewährt werden, allerdings besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Leistungsbezügen. Auch im Rahmen des neuen Besoldungssystems werden die Wissenschaftler bestrebt sein, in Berufungsverhandlungen ihr Gehalt zu verbessern, so dass die Hochschulleitung ihrerseits herausgefordert ist, die Bedeutung einer Professur für die Hochschulentwicklung einzuschätzen und die Professur entsprechend finanziell auszustatten“ (ebd.: 22).

Durch die Einführung der W-Besoldung wird manageriale Autonomie an deutschen Hochschulen freigesetzt, da die Vergütung von Professor*innen weniger durch staatliche Detailsteuerung geregelt, sondern das Grundgehalt durch flexible (Leistungs-)Zulagen ergänzt wird und die Definitionshoheit über Leistungen und Ziele bei der Hochschulleitung liegt (vgl. HRK 2001b). Um Betroffene an der Festlegung von Leistungszielen zu beteiligen, werden Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Hochschulleitung und Professor*in individuell verhandelt (ebd.). Untermauert werden die managerialen Ermessensentscheidungen der Hochschulleitung bei Besoldungs- und Bleibeverhandlungen durch das

spezifische Profil und Leitbild der jeweiligen Hochschule. Die HRK (2003) fordert insofern eine Verfahrens- und Modellvielfalt für flexible Leistungsbezüge, da

„sowohl die Gewichtung von Entscheidungsgesichtspunkten als auch die konkrete Form der Entscheidungsverfahren [...] strategische Weichenstellungen und unterschiedliche Organisationskulturen der einzelnen Hochschulen [reflektieren]. Standardisierte Verfahrensmodelle würden dem nicht gerecht, sondern stattdessen wie eine Wettbewerbsbremse wirken. Daher wird es nötig sein, Raum für unterschiedliche Verfahrens- und Vergabemodelle zu gewähren, wenn man die Reformziele befördern will.“

Weiterhin kristallisiert sich in den Nullerjahren bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen zunehmend die Relevanz der Fähigkeit von Professor*innen heraus, Drittmittel einzuwerben, da Anrufungen von der Makro- über die Meso- bis zur Mikroebene übertragen werden. In diesem Kontext soll „die Förderung der Forschung an den Universitäten [...] so geregelt werden, dass für sie starke Anreize geschaffen werden, in erheblichem Umfang Mittel Dritter einzuwerben“ (WR 2006: 4). Durch die wettbewerbsförmige Forschungsförderung gehen institutionelle in individuelle Anreize über. Mit dem übergreifenden Anreizsystem wird einerseits die Zielsetzung verfolgt, eine „stärker[e] markt- wie leistungsorientierte Bezahlung des Personals“ (HRK 2002) voranzutreiben und andererseits institutionelle Herrschaftsinteressen über individuelle Anreizsysteme durchzusetzen und durch die Konkurrenz mit anderen Hochschulen, um wissenschaftliches Personal Wettbewerbsfähigkeit zu erzeugen (vgl. HRK 2001b; 2003).

Neben positiven Anreizen werden in den Nullerjahren auf der Mikroebene negative Anreizsysteme implementiert, die unerwünschtes Verhalten sanktionieren. Auch wenn mit dem Inkrafttreten des WissZeitVG am 18. April 2007 die wissenschaftspolitische Forderung nach einer Flexibilisierung der wissenschaftlichen Personalstruktur lediglich teilweise eingelöst wird, bilden Qualifikationsfristen negative Anreize (WR 2006: 81; 2007). Denn ein wesentliches Ziel des WissZeitVG ist die Effizienzsteigerung in der Qualifikation zum* zur Hochschullehrer*in durch eine Frist von 12 Jahren bzw. 15 Jahren in der Medizin (vgl. WR 2007). Positive Anreize entstehen wiederum durch die Sonderregelung des WissZeitVG, dass Wissenschaftler*innen nach dem Ablauf der 12- bzw. 15-Jahresfrist über eine drittmittelfinanzierte Stelle weiterbeschäftigt werden können (ebd.). Mit dem Anreiz der Fristverlängerung werden Wissenschaftler*innen

als unternehmerisches Selbst⁸ angerufen, da sie ihr Wissen und sich selbst in einem weitestgehend staatlich organisierten Drittmittelwettbewerb vermarkten sollen (vgl. Bröckling 2007; Dohmen & Wrobel 2018: 87). Darüber hinaus werden in der Actionphase für wissenschaftlich Beschäftigte individuelle Anreize durch die Einführung einer Tenure-Track-Qualifikation geschaffen. Die Professur auf Zeit bildet eine Verbindung zum Personalmanagement an amerikanischen Hochschulen, denn

„ebenso wie im amerikanischen Tenure-Track-System sollte es auch hierzulande nicht zur Selbstverständlichkeit oder Regel werden, dass ein Tenure-Verfahren mit dem Ruf auf eine unbefristete Professur (Tenure) abschließt“ (WR 2005: 14).

Eine wesentliche Bedingung zur erfolgreichen Absolvierung eines Tenure-Track-Programms sind die Evaluationsergebnisse während der Laufzeit der „Qualifizierungsprofessur“ (HRK 2000). Unter den Prämissen der Qualitätssicherung und Bestenauslese fordert der WR (2005: 73 f.),

„dass sich ein Nachwuchswissenschaftler im Verlauf der mit Tenure Track ausgestatteten Juniorprofessur zweimal – bei der Berufung zum Juniorprofessor sowie zum Ende seiner Dienstzeit – in einem Rekrutierungsverfahren einer umfassenden internen wie externen Leistungsbegutachtung und Eignungsprüfung unterziehen muss. Nachdrücklich verweist der Wissenschaftsrat jedoch darauf, dass in keinem Fall eine positive Zwischenevaluation oder die Ergebnisse von Statusgesprächen darüber entscheiden sollten, ob ein Hochschullehrer zum Ablauf seiner Dienstzeit an der eigenen Hochschule zum Professor auf Dauer berufen wird. Der Wissenschaftsrat hält es für unbedingt erforderlich, eine solche Entscheidung ausschließlich auf der Basis der im ordentlichen Berufungsverfahren oder im Tenure-Verfahren vollzogenen internen wie externen Leistungsbegutachtung zu treffen.“

Diese vorwiegend negativen Anreize aus Fristen, Ungewissheit, Sanktionen und Kontrolle werden durch positive Anreize der (wissenschaftlichen) Selbstständigkeit ergänzt. Aus diesem Grund sollen Juniorprofessor*innen wie ordentliche Professor*innen einen eigenen Lehrstuhl führen, „um die frühe Selbstständigkeit von jungen Wissenschaftlern und deren Gleichstellung mit den etablierten Wissenschaftlern zu fördern sowie die internationale Vergleichbarkeit der Karrierewege zum Hochschullehrer zu verbessern“ (ebd.: 68). „Mit der Juniorprofessur soll eine neue, stärker wettbewerbsorientierte Form der Qualifikation für die

⁸ Das unternehmerische Selbst wird von Bröckling (2007: 122–126) als dominante Subjektivierungsform der Gegenwart beschrieben, die den Einzelnen zu flexiblem, eigenverantwortlichem, risikobewusstem und unternehmerischem Handeln auffordert.

Berufung auf eine Professur eingeführt werden“ (HRK 2001b). Diesbezüglich wird angeregt, Juniorprofessuren international auszuschreiben und „die Entscheidungsfindung der Berufungskommission auf einer breiten Datenbasis sowie unter Berücksichtigung einer angemessenen Zahl vergleichender externer Gutachten [vorzunehmen]“ (WR 2005: 69), um die strategische Anforderungen der Qualitätssicherung, Wettbewerbsorientierung und Transparenz zu erfüllen.

Zusammenfassend kann für die Ziele und Maßnahmen des Managementdiskurses in den 2000er-Jahren festgehalten werden, dass sowohl Problematisierungen einer mangelnden Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit des wissenschaftlichen Personals als auch traditionelle akademische Steuerungsmodelle und Selbstbilder genutzt werden, um strategische Anreizsysteme einzuführen, akademische Verhaltensweisen zu kanalisieren, wissenschaftliche mit unternehmerisch-managerialen Interessen anzugleichen und traditionelle akademische Subjektivierungsformen zu transformieren. Zur Realisierung einer Qualitätssicherung, Effizienz- und Leistungssteigerung, Transparenz sowie einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit werden Anreizsysteme aus einem Konglomerat von kollektiven und individuellen Sanktionen, Fristen, Ungewissheiten, Kontrollregimen und Belohnungen implementiert. Die Wechselwirkung von negativen und positiven Anreizen soll bewirken, dass sowohl erwünschte als auch unerwünschte akademische Verhaltensweisen zielführend gesteuert werden und sich Wissenschaftler*innen unternehmerisch-manageriale Subjektivierungsformen aneignen. Vor diesem Hintergrund werden auch herrschende manageriale Subjekte über Anreizsysteme angerufen, strategisch und unternehmerisch zu handeln. Die institutionellen Anreizsysteme werden genutzt, um individuelle und kollektive Interessen zu kanalisieren, wie z. B. beim Verhältnis zwischen Hochschulen und Studierenden deutlich wird, denn

„die Studierenden haben einen Anspruch auf eine Verbesserung der Lehrqualität. Zugleich fehlen ihnen die Mittel, eine solche Verbesserung selbst zu erwirken. Daher empfiehlt der Wissenschaftsrat, die Diskrepanz zwischen den legitimen Ansprüchen dieser Gruppe und den faktischen Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Interessen dadurch zu beseitigen, dass es für die Hochschule attraktiver wird, sich um die Belange der Studierenden zu sorgen. Je ‚wertvoller‘ erfolgreiche Studienverläufe und -abschlüsse der Studierenden für eine Hochschule gemacht werden – sei es im Rahmen einer nicht belastungsbezogenen, sondern leistungsorientierten Mittelvergabe, sei es durch die Ausstattung der Studierenden mit ‚Kapital‘ in Form von Gutscheinen, das der Hochschule zufließt, sei es in Form von Studiengebühren – umso wahrscheinlicher ist es, dass einzelne Hochschulen sich auf die Leistungsdimension einer qualitativ hervorragenden Lehre und Betreuung hin ausrichten“ (WR 2010b: 83).

Weiterhin wird der Hochschulleitung in der Actionphase mehr unternehmerisch-manageriale Autonomie zugesprochen als in den 90er-Jahren, jedoch sind die

neuen Freiheiten mit dem Zwang zum Gebrauch verbunden. Sichtbar wird der zwanglose Zwang von unternehmerisch-managerialer Autonomie am Kontraktmanagement in der deutschen Hochschullandschaft. Einerseits werden mit Hochschulverträgen unternehmerisch-manageriale Freiheitsgrade eröffnet. Andererseits spiegelt sich in den Verträgen zwischen Hochschulen und Ländern eine pastorale Regierungsweise mit planwirtschaftlichen Praktiken wider (vgl. Land Berlin 2010; Steinitz & Walter 2014: 45). Mit diesen Praktiken in der deutschen Hochschullandschaft werden Anrufungen einer neoliberalen und einer pastoralen Regierungsweise bedient, wodurch eine Intergouvernementalität mit interdiskursiven Praktiken entsteht (vgl. Foucault 2004b: 115; Link 2012: 58 f.). Damit befinden sich deutsche Hochschulen und ihre Angehörigen im Verlauf der Nullerjahre zwischen einer pastoralen und neoliberalen Regierungspraxis sowie in einem Spannungsverhältnis aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Eine Vergegenständlichung erfährt die intergouvernementale Regierungsweise während der Actionphase durch Ereignisse in der deutschen Hochschullandschaft und Gesellschaft.

Ereignisse: Zu den gesellschaftlichen Ereignissen zählt die Formierung einer wissensbasierten Ökonomie im Zuge des Regierungsprogramms der Lissabon-Strategie, weil sich darin der Notstand einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der transnationalen Wissensgesellschaft Europa äußert (vgl. Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006; Willke 2007). Die Lösung für das europäische Problem sieht man in einer Intergouvernementalität, denn der Staat soll den

„Ausbau der Wissensgesellschaft, wettbewerbsfähige Gestaltung der Märkte, weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit, konjunkturgerechte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und Wahrung der sozialen Sicherheit, Nutzung ökologischer Innovation als Wettbewerbsvorteil und die Ausrichtung der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik auf mehr Beschäftigung [vorantreiben]“ (Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006: 7 f.).

In den Zielsetzungen – unternehmerische Tätigkeiten zu fördern und öffentliche Finanzen an der gesamtwirtschaftlichen Lage festzumachen – schreibt sich eine neoliberale Regierungsweise ein, da sich staatliches Handeln am ökonomischen Tribunal des Marktes orientieren soll (vgl. Foucault 2004a: 163 f., 2004b: 342). Die Wahrung sozialer Sicherheit und die Steigerung der Beschäftigungsquote erinnert demgegenüber an die Grammatik eines Wohlfahrtsstaats (vgl. Fach 2015: 114 f.). Bereits in den frühen Nullerjahren wird von Lessenich (2003:

81) auf diese „neosoziale Form der Regierung“ hingewiesen. Ungeachtet dieser kritischen Hinweise hält man jedoch in den Gouvernentalitätsstudien an klassischen Programmatiken fest. Infolge dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse bildet die Lissabon-Strategie nicht nur ein intergouvernementales Programm einer neuen Regierungsweise der Gesellschaft, sondern führt zu interdiskursiven Ereignissen in der deutschen Hochschullandschaft, da mit dem Ziel des wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraums der Welt auch zahlreiche Transformationen an deutschen Hochschulen verbunden sind. So formieren sich im Zuge der Lissabon-Strategie und Bologna-Reform in den 2000er-Jahren ein EHR und EFR (vgl. WR 2010a: 7). Mit dem EHR und EFR findet eine Aktualisierung der liberalen Idee des europäischen Fortschritts im wissenschaftlichen Feld statt, denn durch europäische Hochschul- und Forschungsbündnisse soll die (trans-)nationale Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA, China und Indien bei gleichzeitigem Erhalt von Wettbewerb im Binnenraum gesteigert werden (vgl. Foucault 2004b: 88; WR 2010a: 7). Aus diesem Grund verfolgt man einen

„starken, nach Europa offenen Wissenschaftsstandort Deutschland und eines zur Welt geöffneten EFRs, der als Raum besonders geförderten und erleichterten wissenschaftlichen Austauschs und gebündelter Personal- wie Finanzressourcen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wissenschaft gegenüber der gewachsenen internationalen Konkurrenz nachhaltig stärkt“ (WR 2010a: 9).

Durch eine Europäisierung der nationalen Wissenschaftspolitik und die Formierung einer transnationalen Beutegemeinschaft im Rahmen des EHRs und EFRs wird der Managementdiskurs in der deutschen Hochschullandschaft entfesselt, weil NPM Lösungsvorschläge für den gesellschaftlichen Notstand mangelnder Wettbewerbsfähigkeit bereithält und sich manageriale Praktiken mit dem intergouvernementalen Programm der Lissabon-Strategie verbinden. Oder anders zusammengefasst:

„Zentrales Ziel der vom Europäischen Rat in Lissabon mitgetragenen Konzeption ist es daher, die europäische Forschungslandschaft zu strukturieren sowie die nationalen Forschungspolitiken und Förderprogramme Europas besser zu koordinieren, um einen optimalen Nutzen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU zu erzielen. Damit steht die Wissenschaftspolitik weiter deutlich im Dienste einer ökonomischen und politischen Zielsetzung. Das Konzept umfasst drei miteinander zusammenhängende Aspekte: 1) einen europäischen ‚Binnenmarkt‘ für Forschung, in dem Forschende, Technologie und Wissen ungehindert Grenzen passieren können, 2) eine effektive europaweite Koordinierung einzelstaatlicher und regionaler Forschungstätigkeiten, -programme und -strategien sowie zunehmend 3) Initiativen, die auf europäischer Ebene umgesetzt und finanziert werden“ (WR 2010a: 30).

In diesem Zusammenhang stellt die Gründung des European Research Councils (ERC) 2007 ein Ereignis dar, das sowohl einen nationalen Wettbewerb durch einen europäischen Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg ergänzt als auch unternehmerisch-manageriale Praktiken in der deutschen Hochschullandschaft beeinflusst. Während in den 90er-Jahren deutsche Hochschulen aufgefordert wurden, ihr Forschungsprofil durch die Einwerbung von Drittmitteln bei nationalen Fördereinrichtungen wie dem BMBF und der DFG zu schärfen, verlagern sich die Anrufungen der Profilbildung und des Wettbewerbs in den Nullerjahren zunehmend auf das ERC (vgl. HRK 1998b; WR 2010a: 104 f.). Das ERC entwickelt sich also zu einer materiellen Infrastruktur des NPM-Diskurses, weil die transnationale Fördereinrichtung zur „Qualitätssteigerung der Grundlagenforschung durch europäischen Wettbewerb“ (WR 2010a: 107) in der deutschen Hochschullandschaft genutzt wird. Grundsätzlich adressiert das ERC mit den Anreizstrukturen aus „Starting Grants“ und „Advanced Grants“ Postdoktorand*innen und Professor*innen (vgl. ERC 2019: 24). Die Einstiegsförderlinie soll zum Aufbau eines Forschungsteams genutzt werden. Wohingegen mit der weiterführenden Förderlinie „erfahrene Forschende“ mit „bis zu 3,5 Mio. Euro für eine Dauer von fünf Jahren“ (WR 2010a: 38) gefördert werden. Durch die Vergegenständlichung der Idee eines „wissenschaftsgeleiteten wettbewerblichen Verfahren[s]“ (ebd.: 37) in dem Förderprogramm des ERC entsteht eine weitere Verbindung zum Managementdiskurs, da hier ebenfalls mit Anreizsystemen eines „wissenschaftsadäquaten Wettbewerbs“ (HRK 2004a) akademische Verhaltensweisen gesteuert werden sollen. Insofern schreibt sich eine neoliberale Wissenspolitik in der europäischen Wissenschaftspolitik und in managerialen Praktiken ein, denn in beiden Fällen wird der inszenierte Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg mit einer Bestenauslese durch Marktmechanismen legitimiert (vgl. WR 2005: 73 f.).

Besonders sichtbar wird die Philosophie des Wettbewerbs in den 2000er-Jahren an Ereignissen auf der Mesebene deutscher Hochschulen. So trägt beispielsweise die Novellierung des HRG im Jahr 2001 zu einer Entfesselung von Wettbewerb bei, denn mit dieser Gesetzesänderung werden einzelne Hochschulen zum Wintersemester 2000/01 an der Auswahlentscheidung von Studienbewerber*innen beteiligt (vgl. HRK 2001a). Während in den frühen Nullerjahren der Wettbewerb von Hochschulen um die „besten Köpfe“ (HRK 2004b) noch durch ein Auswahlverfahren der staatlichen zentralen Vergabestelle für Studienplätze eingeschränkt wurde, erhalten deutsche Hochschulen im Verlauf der Actionphase zunehmend mehr manageriale Autonomie, wodurch sich ein Wettbewerb um Humankapital entfalten kann (vgl. HRK 2001a).

Zunächst kann konstatiert werden, dass sich in den 2000er-Jahren eine neo-liberale Wissenspolitik mit managerialer Autonomie im universitären Feld der BRD verbindet, denn man geht davon aus, dass

„die deutschen Hochschulen [...] die an sie gerichteten Erwartungen im internationalen Wettbewerb nur erfüllen können, wenn ihre Eigenverantwortung und ihr Entscheidungsspielraum deutlich gestärkt werden. Ein Rückzug des Staates auf Bundesebene darf aber nicht ein Anwachsen der Regelungsdichte auf Seiten der Länder zur Folge haben. Eine denkbare Stärkung der Länderkompetenzen im Hochschulbereich muss vielmehr mit einer konsequenten Politik der Verselbständigung einhergehen, die dem Qualitätswettbewerb auch zwischen den Hochschulen einen größeren Raum zuweist. Nur diejenigen Bundesländer werden erfolgreiche Hochschulpolitik betreiben, die ihre gesetzliche Kompetenz nutzen, um den Hochschulen weitgehende Autonomie und Gestaltungsspielräume in einem Wettbewerb zu gewähren, der nach wissenschaftseigenen Kriterien erfolgt und sich daher längst nicht mehr allein national, sondern europäisch und international definiert. Dies gilt z. B. für die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Erhebung von Studiengebühren, die Entwicklung eigener profilorientierter Zulassungsverfahren, eine konsequent leistungsbezogene Mittelvergabe sowie die Entwicklung von Zielvereinbarungen, in denen die strategischen Vorstellungen des Landes und mit denen einzelnen Hochschulen vereinbart werden können“ (HRK 2005b: 7 f.).

In diesem Kontext erhalten Hochschulleitungen und dezentrale Verwaltungseinrichtungen des Hochschulmanagements in den Nullerjahren durch Gesetzesnovellierungen neben managerialer Autonomie zunehmend mehr Rechtssicherheit für manageriale Praktiken als in den 90er-Jahren. Deutlich wird dieser Zusammenhang an einer Institutionalisierung von Evaluierungs- und Akkreditierungsverfahren⁹ sowie an der Objektivierung von Anreizsystemen und managerialen Praktiken im WissZeitVG, ProfBesRefG oder in der Personalkategorie Juniorprofessor*in (vgl. HRK 2006a: 21; Land Berlin 2010: 8; WR 2005: 22, 41; 2006: 81; 2007). Des Weiteren wurden in der BRD mit der Novellierung des Arbeitnehmererfindungsgesetzes im Jahr 2002 die Autonomie der Hochschulleitung und des Managements gestärkt, da „die Hochschulen [nun] in der Lage sind, das kommerzielle Potenzial von Erfindungen ihrer Angehörigen zügig zu beurteilen und im Rahmen einer Patent- und Verwertungsstrategie geeignete Erfindungen professionell zu vermarkten“ (WR 2006: 49). Auf europäischer Ebene wird die Institutionalisierung und Standardisierung von managerialen Praktiken an den

⁹ Insbesondere Akkreditierungsverfahren werden während der Nullerjahre in der deutschen Hochschullandschaft im Rahmen der Bologna-Reform entfesselt (vgl. WR 2012: 26). Vor diesem Hintergrund kann die Actionphase von NPM auch als „Jahrzehnt der Akkreditierung“ (ebd.: 22) bezeichnet werden.

2005 eingeführten „Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area“ (WR 2012: 27) sichtbar. Gleichwohl sind die neuen managerialen und unternehmerischen Freiheiten in der deutschen Hochschullandschaft mit einem Zwang zum Gebrauch verbunden. Der Gebrauchszwang von unternehmerisch-managerialer Hochschulautonomie objektiviert sich in einer wettbewerbsförmigen Hochschulfinanzierung (vgl. WR 2010b: 62). Im Vergleich zu den 90-Jahren können deutsche Hochschulen und ihre Angehörigen nicht nur managerialer und unternehmerischer handeln, sondern sie werden durch einen staatlich inszenierten Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg zunehmend gezwungen, die neuen Freiheiten aktiv zu nutzen. Demnach schreibt sich in die Beziehung zwischen Staat und Hochschulen sowie zwischen Hochschulen und ihren Angehörigen eine neoliberale Politik der Freiheit ein (vgl. Hayek 1991: 26).

Der gesteigerte Geltungsanspruch managerialer Autonomie kann ebenfalls auf der Mikroebene von deutschen Hochschulen beobachtet werden. An Praktiken wie der Verhandlung über Honorare von Lehraufträgen, flexiblen Leistungsbezügen für (Junior-)Professor*innen oder der Befristungsdauer von wissenschaftlich Beschäftigten wird die manageriale Autonomie von Hochschulen in den 2000er-Jahren sichtbar (vgl. WR 2005: 22; 2006: 81–84). Insbesondere die Einführung des WissZeitVG und der W-Besoldung sind relevante Ereignisse. Gleichwohl vergegenständlicht sich in diesen Ereignissen die Grundannahme, das

„Universitätssystem kann nur dann Spitzenleistungen in der Forschung erbringen und zugleich Lehre auf hohem Niveau leisten, wenn die Universitäten in der Lage sind, institutionelle und personelle Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu setzen. Sie müssen dafür Spielräume zur Flexibilisierung der Personalstruktur und zur Gestaltung der individuellen Leistungsanreize haben“ (WR 2006: 81).

Mit der Einführung von Juniorprofessuren entfesselt die 5. Novelle des HRG 2002 manageriale Autonomie auf der Mikroebene von deutschen Hochschulen, denn gegenüber ordentlichen Berufungsverfahren erhalten einzelne Hochschulen bei der Berufung von Juniorprofessor*innen mehr Entscheidungsbefugnisse über Auswahlkriterien (vgl. HRK 2001b). Im Weiteren bildet dieses Ereignis eine Annäherung zum NPM-Diskurs in Großbritannien und den USA, wo Tenure-Track-Verfahren bereits mehrere Jahrzehnte im Personalmanagement von Hochschulen angewendet werden, um angehende Professor*innen unter den Anforderungen von Qualitätssicherung, Wettbewerbsorientierung und Transparenz zu rekrutieren (vgl. WR 2005: 7, 69; 2010a: 133 f.). Ungeachtet der Vergegenständlichung des Managementdiskurses in zahlreichen Ereignissen erweist

sich die Kritik an mangelnden Entscheidungsbefugnissen der Hochschulleitung und des Managements als beständig im Transformationsprozess der deutschen Hochschullandschaft. Dazu konstatiert der WR (2010b: 81), dass

„im internationalen Vergleich [...] das deutsche Hochschulsystem bezüglich eines professionellen Managements auf nahezu allen Ebenen weit hinter den Standards führender Institutionen her[hinkt]. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass es kaum Karrierechancen auf einem dritten Weg zwischen Wissenschaft und Verwaltung an einer Hochschule gibt. Hier muss den Hochschulen die Freiheit gewährt werden, mit unterschiedlichen Governanceformen und den entsprechenden Personalkategorien neue Wege zu erproben. Dringend muss in den nächsten Jahren die Bildung eines Marktes unterstützt werden, der einerseits von Hochschulen mit hinreichend attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten und Gehaltsstrukturen ausgestattet wird, andererseits auch durch entsprechende Schulungs- und Ausbildungsangebote die nötigen Qualifikationen schafft. Dauerstellen für Wissenschaftsmanagerinnen und -manager hält der Wissenschaftsrat für erforderlich.“

Durch die anhaltende Kritik des unternehmerisch-managerialen Regimes entsteht eine Analogie zur Konstituierungsphase, denn auch hier konnte beobachtet werden, dass trotz eingeleiteter Reformen mit einer problematisierenden Öffentlichkeitsarbeit Kritik an der Umsetzung des Transformationsgeschehens geäußert wurde. Auch in der Expansions-Phase von 2010 bis 2019 bilden die Problematisierungen von Reformbemühungen und die Bearbeitung des Knappheits- und Wettbewerbsnotstands einen wesentlichen Ankerpunkt des Managementdiskurses.

5.1.3 Expansionsphase

Die Expansionsphase ist einerseits durch eine Ausweitung von institutionalisierten unternehmerischen und managerialen Praktiken in der deutschen Hochschullandschaft gekennzeichnet. Sichtbar wird die Entfaltung von NPM besonders an einer Erschließung der Profilbildung durch das Personalmanagement und an strategischen Netzwerken zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Wettbewerb um knappe Ressourcen und Statusaufstieg (vgl. Berlin University Alliance 2019; Land Berlin 2018: 25 f.; WR 2013: 62). Andererseits kann in der Zeitspanne von 2010 bis 2019 eine stärkere Problematisierung von ungewollten Effekten als in den Nullerjahren beobachtet werden (vgl. DFG 2013: 43; HRK 2018c: 5 f.). In diesem Kontext nimmt die wissenschaftspolitische Kritik an unternehmerisch-managerialen Praktiken im Hochschulsystem der BRD zu (vgl. WR 2011a: 5, 2018a: 15).

Problematisierungen: Ungeachtet der zunehmenden Kritik an den Praktiken und nicht-intendierten Effekten des Managementdiskurses erweist sich auf der Makroebene der Notstand knapper Ressourcen und des Wettbewerbs als eine anhaltende Problematisierung (vgl. HRK 2014e: 2; WR 2013: 5 f.). Zurückgeführt werden kann die Stabilität dieses Problemfelds auf universitäre und gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie den prognostizierten Fachkräftemangel in einer globalisierten Wissensgesellschaft (vgl. HRK 2013a: 2 f.; WR 2018b: 34). Vor diesem Hintergrund bemerkt der WR (2010b: 16 f.), dass

„die Hochschulen [...] für mehr Studierende und weitere gesellschaftliche Anspruchsgruppen ein breiteres Aufgabenspektrum bedienen und zudem die Qualität ihrer Leistungen verbessern [sollen] – dies entspricht einer gleichzeitigen Erwartungssteigerung in vier Dimensionen. Es ist evident, dass in einer Situation der chronischen strukturellen Unterfinanzierung und der im Wesentlichen ohne substantielle zusätzliche Mittel initiierten Reformen die Hochschulen, insbesondere die Universitäten, angesichts solcher permanenten Erwartungen systematisch überfordert sind und sich in einem ‚Stresszustand‘ befinden.“

Zur gleichen Zeit werden in der Expansionsphase die fehlende Verantwortung des Bundes für die Finanzierung von Hochschulen und eine zu starke wettbewerbsförmige Allokation von öffentlichen Mitteln thematisiert (vgl. HRK 2014c: 2; WR 2018a: 8). Während der staatlich inszenierte (Drittmittel-)Wettbewerb in den 1990er- und Nullerjahren noch ein adäquates Mittel darstellte, um die Leistungsfähigkeit von Hochschulen und ihren Angehörigen zu steigern sowie von den Hochschulen zur strategischen Profilbildung genutzt wurde, wird nun

„der starke Fokus auf Wettbewerbe sowie der hohe Drittmittelanteil an Finanzmitteln [...] [zum Problem, weil diese] unintendierte Auswirkungen auf die Autonomie der Hochschulen haben [können]. Wettbewerbliche Finanzierungskomponenten sollten daher nach Auffassung des Wissenschaftsrates wohlüberlegt und maßvoll eingesetzt werden, zumal die Orientierung an Ausschreibungen die strategische Entwicklung der Hochschulen auch behindern kann. Dies betrifft insbesondere thematisch fokussierte Wettbewerbe in der Forschung, aber auch die Beteiligung an anderen Ausschreibungen. Die Ausgestaltung der Mittelverteilungsmodalitäten zwischen Bund und Ländern sollte die Autonomie der Hochschulen stets berücksichtigen. Auch wenn sich bei wettbewerblchen Verfahren die Verteilung der Mittel an der Größe der Länder orientiert, sollte die Entscheidung, sich am Wettbewerb zu beteiligen, von den Hochschulen selber anhand ihrer eigenen strategischen Maßgaben getroffen werden können“ (WR 2018a: 91).

Gemäß dieser Problematisierung findet eine Abgrenzung zur neoliberalen Politik der Freiheit zugunsten von managerialer Autonomie der Hochschulen statt

(vgl. Hayek 1991: 26 ff., WR 2018a: 91). Allerdings ist die unternehmerische Autonomie innerhalb des NPM-Diskurses per se kein Problem, solange diese spezifische Form von Freiheit mit managerialen Praktiken vereinbar ist. Einerseits offenbaren diese Problemkonstellationen ein neoliberales Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen, da der Bund auf die Rahmenbedingungen der deutschen Hochschullandschaft so einwirkt, dass sich eine marktförmige Wettbewerbsordnung entfalten kann (vgl. Foucault 2004b: 333; Rogge 2015: 691 ff.). Andererseits werden Interventionen der Länder über Hochschulverträge kritisiert, wenn dadurch ein Spannungsverhältnis zur managerialen Autonomie der Hochschulen und nicht-intendierte Effekte entstehen, denn

„orientieren sich die Hochschulen an den Modellen der Länder, die vor allem Zuwächse bei Absolventen, Promotionen und Drittmitteln belohnen, besteht hochschulintern die Gefahr der Bevorzugung von absolventenstarken sowie von drittmittelstarken Fakultäten, ohne dass tatsächlich fachliche Leistungsdifferenzen offen gelegt würden“ (WR 2011a: 27).

In diesem Zusammenhang wird die Kritik von traditionellen Mittelverteilungsmodellen „mit der Gießkanne“ (DFG 2009) auf eine wettbewerbsförmige Allokation von öffentlichen Mitteln erweitert. In jedem Fall erweisen sich die Notstände der knappen Ressourcen und mangelnden Wettbewerbsfähigkeit als anhaltende Problematisierungen. Insofern bleibt auch die Problematisierung, dass ein „überlaufenes, unterfinanziertes Uni-System“ (Friedmann; Koch & Mohr 2004) zu einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit führt, in der Expansionsphase aktuell (vgl. HRK 2014d: 2).

Weiterhin werden rechtliche Rahmenbedingungen von deutschen Hochschulen kritisiert und für eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und Autonomie von Hochschulen verantwortlich gemacht (vgl. HRK 2015b: 2; 2015c: 5; 2016c: 4). So kritisiert der WR (2018a: 42) staatliche Eingriffe in die Detailsteuerung der Hochschulen, da

„trotz der von den Hochschulen erwarteten Autonomie und Strategiefähigkeit [...] die Regelungstiefe, die durch die Landeshochschulgesetze und zusätzliche Verordnungen erzeugt wird, häufig noch sehr groß [ist]. Die den Hochschulen verbleibenden Spielräume bei der Gestaltung ihrer Entscheidungsstrukturen werden als gering empfunden, die Leitungen wünschen sich sowohl weniger Details als auch weniger Rahmenvorgaben.“

Resümierend ist festzuhalten, dass der Staat in der Expansionsphase durch die Problematisierungen des NPM-Diskurses stärker als passiver Finanzier und weniger als aktiver (Wettbewerbs-)Staat angerufen wird als in der Zeitspanne von 1993 bis 2010, weil pastorale und unternehmerische Praktiken des Staats zunehmend Interessenskonflikte mit der managerialen Autonomie von Hochschulen erzeugen. Oder anders formuliert:

„In der als ausufernd und ineffizient wahrgenommenen staatlichen Planung, Steuerung und Bürokratie wurde ein zentrales Hemmnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung gesehen. Das Leitbild stützte sich auf die Grundannahme, dass das Dienstleistungsmonopol des öffentlichen Sektors aufgrund fehlender wettbewerblicher Leistungsanreize zu Ineffizienzen und einer Verschwendung von Ressourcen führe. Im Rahmen des New Public Management (NPM) wurden Managementkonzepte aus dem Privatsektor zur Steigerung der Leistungsfähigkeit öffentlicher Verwaltungen übernommen. Die Rolle des Staates sollte auf die Definition allgemeiner Ziele beschränkt werden, die einzelnen Verwaltungseinheiten sollten eigenständig operierend Wege zur Erreichung dieser Ziele finden. Zentrale Instrumente des NPM waren Kontraktmanagement, Outputsteuerung und Dezentralisierung“ (ebd.: 29).

Das staatliche Handeln wird auch auf der Mesoebene problematisiert, da die Hochschulleitung in der strategischen Strukturplanung durch externe Vorgaben beeinflusst würde und die Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit einzelner Hochschulen gefährdet seien. Vor diesem Hintergrund bemerkt die HRK (2017: 2), dass

„die Differenzierung des Hochschulsystems und der Wettbewerb, in dem die Hochschulen zueinanderstehen, [...] effektive Leitungsstrukturen [erfordern]. Dadurch treten dezentrale und zentrale Strukturen in ein Spannungsverhältnis mit Konfliktpotential. Übergreifend wirkt die Verwaltung, die dezentral und zentral für die Unterstützungsprozesse unverzichtbar ist.“

So werden beispielsweise an der FU Berlin (2019a: 12) rechtliche Rahmenbedingungen zum Problem für die manageriale Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule erklärt, da

„in Bezug auf Besoldung und Tarif [...] die Freie Universität Berlin abhängig von den Regelungen und Abschlüssen des Landes Berlin im Rahmen der Tarifgemeinschaft der Länder [ist]. Insgesamt lag das Besoldungs- und Tarifniveau im Land Berlin und damit auch an der Freien Universität Berlin in den vergangenen Jahren unterhalb des Durchschnitts der Bundesländer. Durch die Konkurrenz zu benachbarten Bundeseinrichtungen und zu Landeseinrichtungen in Brandenburg entsteht daraus ein relevanter Wettbewerbsnachteil.“

In Anbetracht dieser Problematisierungen ruft der Managementdiskurs den Staat an, die rechtlichen Rahmenbedingungen zugunsten von managerialer Autonomie der Hochschulen zu ändern (vgl. HRK 2012b: 3).

Außerdem werden in der Expansionsphase erneut traditionelle Steuerungsmodelle kritisiert. Hierzu wird Bezug auf die ineffizienten Strukturen von Gruppenuniversitäten genommen, in denen ein „Burgfrieden“ (WR 2018a: 28) zwischen Professor*innen geherrscht haben soll und divergierende Interessen zwischen Statusgruppen über längere Zeiträume ausgehandelt wurden sowie nicht präzise Ergebnisse durch die kleinste gemeinsame Schnittmenge der verschiedenen Interessensparteien entstanden seien (ebd.). Sowohl die kollektive Entscheidungsfindung durch verschiedene Statusgruppen als auch die Langwierigkeit von Aushandlungsprozessen erzeugt ein Problemfeld zur unternehmerisch-managerialen Autonomie der Hochschulleitung, weshalb traditionelle Steuerungsmodelle für die Bewältigung des historischen Notstands der knappen Ressourcen und Wettbewerbsfähigkeit ungeeignet seien (vgl. WR 2012: 44). Im Kontext der kollegialen Selbstorganisation von traditionellen Hochschulen wird ebenfalls die Intransparenz von Entscheidungsprozessen thematisiert – so werden eine mangelnde Ressourcensensibilität und Auswahlpraktiken von Berufungsverfahren kritisiert (vgl. WR 2018a: 61 f.). Überdies moniert der WR (2013: 48), dass den Hochschulleitungen zwar erweiterte strategische Gestaltungsspielräume vom Staat zugesprochen werden, „jedoch fehlt vielen Hochschulen eine korrespondierende Strategie- und Handlungsfähigkeit“, was u. a. auf eine mangelnde staatliche Finanzierung von hochschulinternen Anreizsystemen zurückgeführt wird (vgl. HRK 2012b: 3). Ferner können diese Problemfelder ebenfalls als eine anhaltende Kritik an der Qualität von Lehre und Forschung gelesen werden (vgl. HRK 2004a; 2004c: 2; WR 1993: 53). Während in der Zeitspanne von 1993 bis 2010 weitestgehend traditionelle Steuerungsmodelle für Qualitätsverluste verantwortlich gemacht wurden, rücken in der Expansionsphase ungewollte Effekte wie die Abwertung der Lehre zugunsten von Forschung durch Anreize eines Drittmittelwettbewerbs in den Fokus (vgl. WR 2011a: 39; 2015a: 37; 2018a: 29). In diesem Zusammenhang geht der WR (2014: 21) davon aus, dass

„Freiräume für die Forschung [...] in Konkurrenz mit umfänglichen Lehr- und Verwaltungsaufgaben [stehen], und insbesondere im Vergleich mit anderen Wissensnationen fallen das hohe Lehrdeputat sowie ungünstige Betreuungsrelationen von derzeit im Mittel rd. 64 Studierenden pro hauptberuflicher Professorin bzw. hauptberuflichem Professor auf.“

Die Hochschulen werden „häufig mit der Schwierigkeit konfrontiert, erfolgreiche Qualifizierungsangebote dauerhaft aufrecht zu erhalten, da auch in diesem Bereich eine hohe Abhängigkeit von Drittmitteln und befristeten Landes- und Bundesmitteln sowie Vorgaben in Zielvereinbarungen besteht“ (HRK 2019b: 3). Aus diesem Grund fehle es an effektiven Anreizstrukturen, die das Reputationsgefälle zwischen Lehre und Forschung ausgleichen (vgl. WR 2011a: 32). Weiterhin wird mit der Problematisierung von Qualitätsverlusten eine mangelnde Datenbasis für Entscheidungen der Hochschulleitung thematisiert, denn ohne ein spezifisches Wissen über die Studien- und Arbeitsbedingungen sei kein indikatorenbasiertes Personal- und Qualitätsmanagement möglich (vgl. WR 2014: 15; 2015b: 92).

Hier liegt die Annahme nahe, dass manageriale Indikatoren und Kennzahlen neben Regierungswissen¹⁰ ein wirksames akademisches Subjektivierungsprogramm produzieren. Die Annahme kann an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden, weil die empirischen Erkenntnisse der Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse noch nicht vorliegen. Aber im Verlauf der empirischen Analyse wird die Annahme weiter verfolgt, weil die Kritik von organisationalen und persönlichen „Anpassungseffekten“ (WR 2018a: 7) erste Hinweise auf ein Subjektivierungsregime unter der Wissens- und Identitätspolitik von NPM liefern.

Infolge von „Anpassungseffekten“ (ebd.) werden in der Expansionsphase unerwünschte Verhaltensweisen von Professor*innen problematisiert, die drittmittelfinanzierten Mitarbeiter*innen potenzielle Daueraufgaben übertragen, um den Wissenschaftsbetrieb in einem Zustand knapper Ressourcen und des Wettbewerbs aufrechtzuerhalten (vgl. WR 2014: 79 f.). Das problematisierte Anpassungsverhalten von Wissenschaftler*innen bildet einen empirischen Anhaltspunkt für die zweite These der Arbeit, da akademische Subjekte offensichtlich durch den Managementdiskurs in einen „Aggregatzustand betriebsamer Konformität“ (Bröckling 2007: 241) versetzt werden. Erhärtet wird die Annahme durch unbeabsichtigte Effekte auf der Mikroebene. In diesem Kontext stellt der WR (2018a: 34) fest, dass

„quantitative und qualitative Aspekte [...] in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander stehen [können]. Zum Beispiel können Hochschullehrerinnen und -lehrer, die eine große Zahl an Promovierenden betreuen, den einzelnen Promovierenden nur einen geringeren Teil ihrer Zeit widmen, was sich negativ auf die Qualität der Betreuung auswirken kann. Zugleich werden dieselben Personen wegen ihrer intensiven Einwerbung von Drittmitteln in diesem Verhalten bestärkt. Eine einseitige Orientierung an

¹⁰ Diese Wissensform kann auch als „wissenschaftsspezifisches Managementwissen“ (WR 2014: 53) bezeichnet werden.

Kennzahlen birgt die Gefahr, die kollegiale Gemeinschaft und die Kooperationsbereitschaft zu stören, etwa wenn Vorgaben für das Einwerben von Drittmitteln in der Forschung einer Person nur wenig Zeit lassen, sich in Lehre und akademischer Selbstverwaltung zu engagieren, und sie dieses aufwendige und zeitintensive Aufgabenfeld den Kolleginnen und Kollegen überlässt. Die quantitativen Kennzahlen erzeugen Anpassungsverhalten und stellen Risiken auch für die wissenschaftliche Integrität dar. Die Aussagekraft von kennzahlenbasierten Verfahren bezüglich wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit ist somit begrenzt.“

Mit einer zunehmenden quantitativen Leistungsbewertung wird neben einem Anpassungsverhalten an Kennzahlen wissenschaftliches Fehlverhalten¹¹ zum Problem erklärt. Insofern „wird die Dominanz quantitativer Indikatoren bei der Leistungsbewertung (z. B. Publikationszahl, Drittmitteleinwerbung) sowohl in der Berufungspraxis als auch bei der Mittelvergabe als Nährboden für wissenschaftliches Fehlverhalten beschrieben“ (WR 2015a: 24). Exemplarisch für den Zusammenhang von managerialen Praktiken und wissenschaftlichem Fehlverhalten können Publikationszwänge¹² (publish or perish) und Zitationskartelle, die durch eine Leistungsbewertung mit bibliometrischen Indikatoren entstehen, genannt werden (vgl. DFG 2013: 46). Auch andere unerwünschte Verhaltensweisen wie die Steigerung der Publikationszahlen durch Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen in den kleinstmöglichen Einheiten (Salamiveröffentlichungen, least publishable unit) werden gemeinsam mit managerialen Praktiken kritisiert (ebd.: 20, 43). Darüber hinaus wird auf der Mikroebene eine neoliberale Wissenspolitik infrage gestellt, da wissenschaftliches Fehlverhalten wie die Fälschung von Forschungsergebnissen zunehmend mit einem intensiver werdenden Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg in Verbindung gebracht wird (ebd.: 42). Anders formuliert:

„Vor allem im amerikanischen System der Forschungsförderung, wo schon seit Langem die Erfolgsquoten von Förderanträgen konsistent niedrig sind, muss die Motivation, durch regelwidriges Verhalten zum Erfolg zu kommen, hoch eingeschätzt

¹¹ Innerhalb des unternehmerisch-managerialen Regimes wird bei der Definition wissenschaftlichen Fehlverhaltens Bezug auf die DFG (2013: 14) genommen (vgl. WR 2015a: 12). Demnach wird wissenschaftliches Fehlverhalten als „bewusste Verletzung elementarer wissenschaftlicher Grundregeln [betrachtet]“ (DFG 2013: 14) und als Gegensatz von guter wissenschaftlicher Praxis und Redlichkeit angesehen.

¹² Passend zum Publikationszwang und Fehlverhalten von Wissenschaftler*innen werden diese Verhaltensweisen durch einen Markt von „Raubzeitschriften“ (HRK 2018b) erschlossen. Auf diesem Markt können Beiträge von Wissenschaftler*innen kurzfristig und ohne Peer Review veröffentlicht werden (ebd.).

werden. Unter vergleichbarem Druck sehen sich mittlerweile auch in Deutschland viele, vor allem junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ (ebd.: 42).

Ein stark ausgeprägter Drittmittelwettbewerb – beispielsweise in der Medizin – wird als Gefahr für den Entwicklungsprozess von wissenschaftlichem Wissen eingeschätzt, da Forschungsinteressen durch Mittelgeber*innen gesteuert werden können (vgl. HRK 2016a: 6; WR 2011a: 30). An dieser Stelle werden mögliche Krisenszenarien konstruiert wie z. B., „dass Drittmittelwerbungen nicht mehr der Finanzierung spezifischer Forschungsfragen dienen, sondern ihren Zweck primär in ihrer Verwendung als zentraler Leistungsindikator in der leistungsbezogenen Mittelvergabe hätten“ (WR 2011a: 29). In Rekurs auf die Problematisierung der quantitativen Leistungsbewertung wird ebenfalls eine nicht-intendierte Zielverschiebung thematisiert, denn durch eine indikatorenbasierte Bewertung kann das Interesse am wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt durch die bloße Erfüllung von Kennzahlen verdrängt werden, sodass nicht die Qualität, sondern die Quantität der individuellen Leistung zunimmt (ebd.: 19–24). Hier gilt zu fragen, „ob durch individuelle monetäre Anreize eine nachhaltige Steuerung der Forschungsleistung zu erreichen ist“ (ebd.: 28)? Vor diesem Hintergrund werden nicht ausreichend differenzierte Förderlinien für die (Fehl-) Steuerung persönlicher Forschungsinteressen verantwortlich gemacht (vgl. HRK 2019a: 3 f.).

„Das trifft insbesondere auf nicht bedachte Themenfelder zu. Fragen der angewandten Forschung müssen dann mangels passender Finanzierungsoptionen so modifiziert werden, dass sie entweder im Rahmen von Grundlagenorientierten Förderprogrammen bearbeitet werden können, oder aber es muss in einem eigentlich zu frühen Stadium ein Partner aus der Praxis mit sehr spezifischen eigenen Interessen gefunden werden“ (ebd.: 3).

Zugespitzt kann gefragt werden, „ob das Wissenschaftssystem in Deutschland inzwischen einen Zustand erreicht hat, an dem der Bogen gewissermaßen überspannt ist und zunächst möglicherweise positive Wirkungen durch negative Nebeneffekte in ihr Gegenteil verkehrt werden“ (WR 2011a: 15)?

Neben den nicht-intendierten Effekten durch einen staatlich inszenierten Wettbewerb und manageriale Praktiken werden traditionelle wissenschaftliche Bewertungspraktiken wie das Peer Review problematisiert (ebd.: 44). Bereits in der Actionphase wurde die traditionelle Leistungsbewertung durch Wissenschaftler*innen kritisiert, jedoch ging es hier vorwiegend um die Bewertung der Leistung von Hochschulen und weniger um die Leistungsbewertung des

Einzelnen (vgl. WR 2004: 30 ff.). Demnach weitet sich die Problematisierung einer traditionellen Leistungsbewertung in der Expansionsphase von der Organisations- auf die Mikroebene aus. In diesem Kontext werden (traditionelle) Abhängigkeitsverhältnisse zwischen unterschiedlichen Statusgruppen in der deutschen Hochschullandschaft problematisiert (vgl. WR 2014: 24). Im Fokus stehen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Professor*innen. Diesbezüglich wird moniert, dass die Weisungsgebundenheit und Abhängigkeit von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen ihr selbstständiges berufliches Handeln einschränkt (ebd.: 24). Zudem werden (materielle) Abhängigkeitsverhältnisse seitens der Juniorprofessor*innen zu besser ausgestatteten Professor*innen thematisiert (ebd.: 24 f.). Schließlich wird auch mit diesen neuen Problemkonstellationen der Notstand knapper Ressourcen und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit aktualisiert.

Aus diesem Grund geraten in der Zeitspanne von 2010 bis 2019 die Befristungspraxis und Karrierewege von Wissenschaftler*innen in der deutschen Hochschullandschaft in mehrfacher Hinsicht in die Kritik (vgl. HRK 2019b: 3 f.; WR 2014: 24 f.): Erstens werden die hohen Befristungsquoten und die fehlende wissenschaftliche Karriereperspektive vor einer Professur für die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschullandschaft um Humankapital verantwortlich gemacht, weshalb „dieser Umstand [...] es den Universitäten [erschwert], die für Forschung und Lehre am besten qualifizierten und geeigneten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland zu gewinnen bzw. zu halten“ (WR 2014: 7). Zweitens seien deutsche Hochschulen auch national betrachtet im Humankapitalwettbewerb mit der Wirtschaft und anderen Arbeitsbereichen unterlegen (ebd.: 34). Und letztlich werden intransparente Rekrutierungsverfahren für (unbefristete) wissenschaftliche Stellen an Hochschulen problematisiert, wodurch eine „Bestenauswahl“ (ebd.: 8) gefährdet wird. Oder anders zusammengefasst:

„Die Karrierewege sind sowohl aus Systemperspektive als auch aus individueller Sicht verbesserungsbedürftig. Sie sind vielfach weder hinreichend wettbewerbsfähig mit anderen Sektoren innerhalb wie außerhalb des Wissenschaftssystems noch international anschlussfähig, effizient oder transparent“ (ebd.: 20).

Es bleibt zu resümieren, dass neben der traditionellen Verfasstheit von Hochschulen und ihren Angehörigen rechtliche Rahmenbedingungen, externe Detailsteuerung sowie eine mangelnde (Grund-)Finanzierung und Wettbewerbsfähigkeit nun zunehmend ungewollte Effekte problematisiert werden (vgl. HRK 2011a, 2011c: 2 f.; WR 2018a: 7). Wie bereits in der Zeitspanne von 1993 bis 2010 reagieren

herrschende Subjekte des Managementdiskurses in der Expansionsphase ebenfalls mit Zielsetzungen und Maßnahmen auf die (teilweise selbst verursachten) Probleme in der deutschen Hochschullandschaft und Gesellschaft.

Zielsetzungen und Maßnahmen: Auf der Makroebene soll der Notstand knapper Ressourcen und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit durch eine verlässliche Erhöhung der Grundfinanzierung mittels Verträgen zwischen Ländern und Hochschulen, einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bunds sowie einer Erweiterung von unternehmerischen und managerialen Freiräumen von Hochschulen bewältigt werden (vgl. HRK 2011a, 2018c: 5 f.; WR 2013: 11 f.). In diesen Zielsetzungen wird eine Intergouvernementalität deutlich. Dieser Effekt von verschiedenen Regierungsweisen wird an einer pastoralen und gleichzeitig neoliberalen Regierungspraxis des Staats gegenüber den Hochschulen sichtbar, denn einerseits verpflichten sich die Länder in Hochschulverträgen, für Hochschulen und ihre Angehörigen Verantwortung zu übernehmen und eine Planungssicherheit zu schaffen (vgl. WR 2013: 10). Andererseits erinnern Maßnahmen wie die Ausweitung des staatlich inszenierten Wettbewerbs auf „unmarked spaces“ (Heintz 2008: 121) bzw. „protected spaces“ (Whitley 2014: 370) an eine neoliberale Regierungspraxis (vgl. WR 2018b: 49). Hierbei handelt es sich um eine strategische Reaktion auf die Problematisierungen von nicht-intendierten Effekten, da „unbeabsichtigte Steuerungswirkungen, die durch die Wahl eines einzigen Parameters für die Mittelverteilung entstehen können, [...] durch eine kluge Kombination und Gewichtung unterschiedlicher Parameter sowie ggf. durch Korrektive vermieden werden [sollen]“ (ebd.: 60). Bei der LOM wird also im Rahmen von Hochschulverträgen nicht auf quantitative Indikatoren verzichtet. Vielmehr soll eine differenzierte Bewertung durch eine Erschließung von bisher nicht gemessenen, vernachlässigten Bereichen an deutschen Hochschulen stattfinden. Diesbezüglich soll die Lehrkapazität einer Hochschule nicht ausschließlich über die Zahl der Studierenden ermittelt werden, sondern sich stärker am Output orientieren, indem beispielsweise im Zukunftsvertrag die Zahl der Studienabschlüsse berücksichtigt wird (ebd.: 51). „Vor diesem Hintergrund muss das Kapazitätsrecht im Dialog aller Verantwortlichen grundlegend modernisiert und künftig weniger als staatliches Steuerungsinstrument denn als Mittel zur Umsetzung von Profilbildung und Differenzierung der Hochschulen begriffen werden“ (HRK 2018c: 9). Darüber hinaus wird die Ausweitung von quantitativen Indikatoren auf „unmarked spaces“ (Heintz 2008: 121) als effektive Maßnahme gegen nicht-intendierte Effekte betrachtet. Denn – um wieder auf den Zukunftsvertrag zurückzukommen – die „Zahl der Studienabschlüsse“ soll als „ein Korrektiv für den Parameter

„Zahl der Studierenden“ [dienen], weil für eingeschriebene Personen, die vorrangig soziale Vergünstigungen, nicht aber Lehrleistungen in Anspruch nehmen, kein Abschluss honoriert würde“ (WR 2018b: 51). Da indes durch diese Indikatorenkombination der nicht-intendierte Effekt von Langzeitstudierenden auftreten könnte, wird vorgeschlagen, die externe LOM zusätzlich an die Studiendauer in Form des Indikators „Zahl aller Studierenden in Regelstudienzeit plus zwei Semester“ (ebd.: 49) zu koppeln.

Ergänzend zur Expansion von Indikatoren sollen Leistungen von Hochschulen und ihren Angehörigen in Zukunft stärker qualitativ durch akademische Expert*innen bewertet werden (vgl. BMBF 2018: 26; HRK 2016b: 5 f.; WR 2019: 8). Sichtbar wird die akademische Expert*innenkultur insbesondere bei Systemakkreditierungen, da hier eine „besonders hohe Kompetenz [...] [von] umfangreichen Erfahrungen in Leitung und Qualitätsmanagement“ (WR 2012: 58) bei den Gutachter*innen vorhanden sein soll. Ergänzt wird die Expert*innenkultur durch staatlich geförderte „Wirkungsanalysen“ (BMBF 2018: 26) im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftsforschung mit dem Ziel, „valide Informationen und wissenschaftliche Analysen [zu] erarbeiten, die für das Handeln von Wissenschaftspolitik und -management benötigt werden“ (ebd.: 31). An dieser Stelle trifft das unternehmerische Interesse von Forschungseinrichtungen wie CHE und DZHW auf das manageriale Interesse von BMBF und WR. Die Förderung von Wirkungsanalysen stellt eine Maßnahme gegen die mangelnde Datenbasis für Entscheidungen des Hochschulmanagements dar, denn „eine stärker qualitative Bewertung der Leistungen von Hochschulen ist ohne entsprechenden wissenschaftlichen Sachverstand nicht zu leisten“ (WR 2018a: 23). Auf diese Weise entsteht eine Verbindung zum wissenschaftlichen Spezialdiskurs und wird die Akzeptanz für strategische Zielsetzungen und Maßnahmen in der akademischen Gemeinschaft gefördert (vgl. Reitz 2016: 52). Überdies bildet die Diskursguerillastrategie einen Anschluss zur Actionphase, da auch hier akademische Subjekte als Vehikel für eine manageriale Wissenspolitik genutzt wurden (vgl. WR 2004: 30 ff.). Bemerkenswert ist, dass in der Expansionsphase neben wissenschaftlichen Expert*innen zunehmend Studierende an Praktiken des Qualitätsmanagements beteiligt werden sollen (vgl. WR 2012: 39 f.). Dazu gewähren Bund und Länder den Hochschulen und einigen ihrer Angehörigen neue strategische und unternehmerische Freiheiten. So soll die Verantwortung für das Qualitätsmanagement mittels einer flächendeckenden Systemakkreditierung vom Staat an die Hochschulen übergeben werden (vgl. HRK 2016b: 2; WR 2012: 55 ff.). Weiterhin werden den Hochschulen mehr unternehmerische Freiräume anheimgestellt, um beispielsweise Sanierungseingänge in Eigenverantwortung zu

bewältigen (vgl. HRK 2018c: 6 f.; Land Berlin 2018: 34). Insofern können Hochschulen im Rahmen des Facility Managements über Mieteinnahmen eigenständig verfügen und Mittel für Bauten von Bund und Ländern einwerben, womit eine „effiziente Gebäudebewirtschaftung und Flächennutzung“ (Land Berlin 2018: 34) erzielt werden soll (vgl. Land Berlin 2014: 11; FU Berlin 2018a: 27). Durch diese Zielsetzungen und Maßnahmen werden Hochschulen und ihre Angehörigen als unternehmerische und strategische Akteur*innen angerufen (vgl. WR 2018a: 35). Deutlich wird dieser Zusammenhang ebenfalls an der Zielsetzung, dass „die Verhandlungen über Zielvereinbarungen oder Hochschulverträge [...] nicht durch hierarchische Vorgaben seitens des Landes dominiert werden [sollten]“ (ebd.: 88).

Darüber hinaus kann auf der Makroebene eine Flexibilisierung und Erweiterung von Forschungsförderlinien beobachtet werden, wodurch „Forschungsfragen mit unterschiedlichen methodischen und zeitlichen Anforderungen und thematischen Ausrichtungen mithilfe finanzieller Unterstützung durch Mittel Dritter bearbeitet werden [können]“ (WR 2011a: 29). Die Maßnahmen zur Flexibilisierung und Erweiterung der Forschungsförderlandschaft können als Erschließung von „unmarked spaces“ (Heintz 2008: 121) und als Antwort des unternehmerisch-managerialen Regimes auf eine ungewollte politische Steuerung von Forschungsinteressen durch nichtausreichend differenzierte Programme betrachtet werden (vgl. HRK 2019a: 3 f.). Ebenso werden (Drittmittel-)Wettbewerbe auf bisher weitestgehend unerschlossene Bereiche wie die Lehre und auf nichtwissenschaftliches Personal ausgeweitet (vgl. Land Berlin 2018: 23 f.; WR 2012: 84). Im Zusammenhang der Problematisierungen von Wettbewerb und nicht-intendierten Effekten erscheinen die Maßnahmen zur Ausweitung des Wettbewerbs auf unerschlossene Bereiche in der Hochschullandschaft paradox. Jedoch plausibilisiert die Annahme, dass nicht die wettbewerbsförmige Allokation von (öffentlichen) Mitteln, sondern fehlende Anreizstrukturen für ungewollte Folgen verantwortlich sind, die Maßnahme, den Wettbewerb auf geschützte Räume auszuweiten (vgl. HRK 2016a: 2; WR 2015b: 109; 2018b: 46 f.).

Die Kanalisierung von akademischen Verhaltensweisen über wettbewerbsförmige Anreizstrukturen bildet einen Teil der politischen Rationalität des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft. Dadurch entsteht eine Analogie zum neoliberalen Diskurs im europäischen Raum, da hier ebenfalls Herrschaftsinteressen über eine „Formalisierung der Wettbewerbsmechanismen“ (Foucault 2004b: 230 f.) durchgesetzt werden sollen (vgl. Foucault 2004a: 162, Rüstow 1949: 133 ff.). In diesem Kontext werden zunehmend hochschulinterne Wettbewerbe inszeniert – so wird beispielsweise an der FU Berlin (2014b: 26) jährlich ein zentraler Lehrpreis mit wechselnden Schwerpunkten ausgeschrieben. Durch die Festlegung der Auswahlkriterien kann die Hochschulleitung ihre

Interessen auf der Mesoebene mittels Anreizen des Wettbewerbs und ohne unmittelbaren Zwang in die akademische Gemeinschaft manövrieren. Ergänzt werden die hochschulinternen Wettbewerbe durch interne LOM. An sich ist die LOM innerhalb von Hochschulen kein neues Steuerungsinstrument, da bereits in den 1990er-Jahren öffentliche Mittel nach (wenigen) quantitativen Indikatoren verteilt wurden (vgl. WR 2015a: 25). Was sich jedoch in der Expansionsphase aufgrund einer zunehmenden Kritik an nicht-intendierten Effekten der Hochschulreformen unter NPM verändert hat, ist eine Erschließung von bisher vernachlässigten Bereichen sowie eine Erweiterung und Kombination von verschiedenen Indikatoren bei internen Mittelverteilungsmodellen (vgl. WR 2011b: 19 f., 26 f.). So können durch Globalhaushalte neben Sachmitteln Personalmittel nach Indikatoren leistungsorientiert verteilt werden (ebd.: 24). Des Weiteren hat die wissenschaftspolitische Kritik an unbeabsichtigten Folgen des NPM-Diskurses zu einer Expansion und Verfeinerung der Indikatoren bei LOM-Modellen geführt. Während sich in den 90er-Jahren die LOM weitestgehend auf die Bereiche Lehre und Forschung beschränkte, werden in der Expansionsphase neue Bereiche wie Internationalisierung, Gleichstellung und Diversity über eine strategische Allokation von öffentlichen Mitteln erschlossen (vgl. FU Berlin 2014b: 152, 156; HRK 1995b, Land Berlin 2018: Anlage 1). Darüber hinaus wurde die Komplexität der verfügbaren Indikatoren zur Leistungsmessung im Vergleich zur Konstituierungsphase gesteigert. Anfänglich wurden beispielsweise eingeworbene Drittmittel und die Anzahl der Publikationen zur Messung der Forschungsleistung herangezogen (vgl. HRK 1995b). Im Verlauf der Expansionsphase werden die Forschungsleistungen durch eine Vielzahl von Indikatoren wie Forschungsaufenthalte, Patente, Forschungspreise/Auszeichnungen sowie Sonderforschungsgebiete und Forscher*innengruppen der DFG bewertet (vgl. DFG 2018: 15; ERC 2019: 24; FU Berlin 2019h). Mit der Ausweitung strategischer Indikatoren in den LOM-Modellen sowie in Evaluationsverfahren entsteht eine erhebliche Nachfrage nach Daten, die innerhalb des Managementdiskurses als Regierungswissen herangezogen werden, weil

„wissenschaftliche Einrichtungen [...] ihre Leistungen beobachten [können] und auf informierter Grundlage, ggf. auch durch ein vergleichendes Benchmarking, strategische Entscheidungen hinsichtlich ihrer Weiterentwicklung und Profilbildung treffen. Schließlich erhält die Wissenschaftspolitik fundierte Informationen, um Entscheidungen über Ressourcenströme und wissenschaftspolitische Schwerpunktlegungen zu treffen sowie Erkenntnisse über die Effekte ihrer Maßnahmen zu gewinnen. Nicht zuletzt kann die Wissenschaftsforschung auf der Basis umfassender Datengrundlagen belastbarere Aussagen über beabsichtigte und unbeabsichtigte Effekte von Verfahren der Leistungsbewertung und Steuerung treffen“ (WR 2011a: 48).

Da bei der Generierung von „wissenschaftsspezifischen Managementwissen“ (WR 2014: 53) die Komplizenschaft von Wissenschaftler*innen notwendig ist, werden Anreize für akademische Subjekte geschaffen, indem sie an den Vorteilen von Regierungswissen beteiligt werden. Auf diese Weise soll die Nutzung von Datenbanken den Berichtsaufwand für Wissenschaftler*innen reduzieren und ihr persönliches Profil sichtbar machen (vgl. FU Berlin 2019g; WR 2011a:48). Weiterhin wird eine hochschulübergreifende standardisierte Datenerfassung in Form des „Kerndatensatzes Forschung“ (KDSF) (WR 2019: 15) gefordert. Einerseits wird mit der standardisierten Generierung von managerialem Regierungswissen eine Effizienzsteigerung in der Steuerung von Hochschulen verfolgt, da beispielsweise Live-Ratings auf Knopfdruck erzeugt werden können (vgl. HRK 2014a: 2). Andererseits erinnern die Strukturen von Forschungsinformationssystemen an die Architektur einer Kontrollgesellschaft (vgl. Deleuze 1993). Denn mithilfe einer Klassifizierung von persönlichen Daten entsteht ein Subjektivierungsregime, das Interessen ohne unmittelbaren Zwang kanalisiert sowie Subjekte in Chiffren zerlegt und damit individualisierend, da die Persönlichkeit des Einzelnen auf (Kenn-)Zahlen reduziert wird (ebd.: 254–258).

Dieser Transformationsprozess kann auch bei Organisationseinheiten beobachtet werden, denn in der Expansionsphase institutionalisiert sich die Binnendifferenzierung in einzelnen Teilbereichen wie der Lehre. In diesem Kontext soll die innerinstitutionelle Ausformung spezifischer Funktionsbereiche an den einzelnen Hochschulen durch Lehrprofile gefördert werden (vgl. WR 2015b: 12). Mit Lehrprofilen werden Qualifizierungsziele festgehalten und spezifische Absolvent*innenprofile gebildet (vgl. WR 2015b: 100). Übergreifend sollen sich Lehrprofile am (Arbeits-)Markt orientieren, indem „Studierende in die Lage versetzt [werden], ‚in Situationen der Ungewissheit, konkurrierender Deutungen und Normenkonflikte, zugleich aber auch des Zeitdrucks und Handlungszwanges‘ erfolgreich zu agieren“ (ebd.: 62). Auf diese Weise soll durch Lehrprofile eine Entdifferenzierung von Fachbereichen und eine Individualisierung von Hochschulabsolvent*innen erzeugt werden, weil sich ihre Persönlichkeit auf vermarktbarere Fähigkeiten aufteilen soll. Gestärkt werden Lehrprofile durch Lehrverfassungen.

„Unter einer Lehrverfassung ist dabei eine grundsätzliche Klärung des Selbstverständnisses als Lehrinstitution, der fächerübergreifenden didaktischen Leitlinien und gegebenenfalls grundlegender Qualifizierungsziele zu verstehen, die für die Hochschule und ihren Lehrkörper normativ bindend ist“ (ebd.: 99).

Gleichzeitig können Lehrprofile und Lehrverfassungen als Antwort herrschender Subjekte des Managementdiskurses auf die Problematisierung externer Eingriffe

in die Strukturentwicklung und Profilbildung von Hochschulen betrachtet werden, da die interne strategische Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessen dem Staat die Legitimation für einen Eingriff von außen entzieht (vgl. WR 2005: 12).

Ähnliche Transformationsprozesse können ebenso in Berufungsverfahren beobachtet werden, weil sich hier ein wissenschaftliches zu einem managerialen Verfahren wandelt (vgl. WR 2018a: 60 f.). Denn fortan sollen Professuren strategisch ausgeschrieben und besetzt werden, um „die Profilbildung an Universitäten und Fachhochschulen in allen Leistungsdimensionen [voranzutreiben]“ (WR 2013: 62). In diesem Zusammenhang wird die Profilbildung an deutschen Hochschulen durch das Personalmanagement erschlossen. Dies führt dazu, dass die Hochschulleitung und das Management Berufungsprozesse strategisch beeinflussen können. Der Einfluss der akademischen Gemeinschaft auf Berufungsverfahren schwindet hingegen. Plausibilisiert werden strategische Berufungsverfahren unter einer managerialen Schirmherrschaft durch die Intransparenz, Subjektivität und Ineffizienz der kollegialen Selbstorganisation von Berufungen (vgl. WR 2018a: 61 f.). Strategische Berufungen können somit auch als Lösungsvorschlag des unternehmersch-managerialen Regimes für diagnostizierte Probleme von traditionellen akademischen Steuerungsmodellen betrachtet werden. Gleichzeitig wird die akademische Gemeinschaft, weitestgehend durch Professor*innen vertreten, an strategischen Berufungsverfahren – jedoch unter einer gewissen Kontrolle – beteiligt, weil beispielsweise an der FU Berlin (2019c)

„bei der Wiederbesetzung von Professuren [...] die Fachbereiche und Zentralinstitute aufgefordert [sind], deren Einbettung in die Wissenschaftslandschaft Berlin-Brandenburg, ihre Verknüpfung mit anderen Fächern, Sonderforschungsbereichen und Exzellenzclustern sowie eventuelle Alleinstellungsmerkmale zu beschreiben.“

Zudem werden im Rahmen von strategischen Berufungen zunehmend Maßnahmen an Hochschulen ergriffen, um Professuren mit einer institutionellen Doppelzugehörigkeit zu besetzen (vgl. FU Berlin 2018a: 14; WR 2013: 15). Mithilfe von strategischen Doppelberufungen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entsteht ein übergreifendes Anreizsystem, da mit dieser Maßnahme wissenschaftliche und politische Interessen in zweifacher Hinsicht gesteuert werden können: Einerseits können durch strategische Doppelberufungen einrichtungsübergreifende wissenschaftliche Kooperationen gebildet und (menschliche) Ressourcen effizient geteilt werden (vgl. WR 2013: 90). Andererseits sollen Doppelberufungen die Sichtbarkeit einer Hochschule im internationalen Wettbewerb um Humankapital und Drittmittel erhöhen sowie zur

strategischen Netzwerkbildung und als Multiplikator von symbolischem Kapital genutzt werden (vgl. FU Berlin 2018a: 14). In diesem Kontext bemerkt die HRK (2013a: 6),

„während die Kooperation in der Vergangenheit überwiegend in Form konkreter Projekte stattfand, sollten in Zukunft strategische Partnerschaften mit der Abstimmung mittel- bis langfristiger Planungen gestärkt werden. Flexible, handlungsfähige Netzwerke sind strategische Instrumente, die den Herausforderungen der Internationalisierung, der Vermehrung des Wissens unter Beteiligung möglichst vieler Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und dem Wettbewerb am ehesten entsprechen.“

Gefördert wird die Bildung von strategischen Netzwerken zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch Anreize zwischen Hochschulen und den Ländern – so werden beispielsweise Berliner Hochschulen qua Kontraktmanagement verpflichtet, sich gemeinsam für die Förderlinie der Exzellenzuniversitäten zu bewerben (vgl. Land Berlin 2018: 25). Demnach bilden

„fachliche Qualität, disziplinäre Vielfalt, methodische Breite und intensive Kooperationen [...] die gemeinsame Basis für eine neue Kultur der Profilbildung jenseits der Grenzen von Institutionen und Disziplinen. Die Verbundpartner stellen ihre komplementären Stärken in den Dienst einer international wettbewerbsfähigen Spitzenforschung, die nicht nur auf die universitäre Lehre ausstrahlt, sondern die auch zum Transfer wissenschaftlichen Wissens in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen wird. Die Identifizierung von übergreifenden thematischen Schwerpunkten und die Entwicklung von Instrumenten zur Förderung der Innovations- und Erneuerungsfähigkeit der Berliner Wissenschaft bilden dabei den aufeinander abgestimmten Zielhorizont“ (ebd.: 26).

Es kann folglich festgehalten werden, dass die Idee einer transnationalen Beutegemeinschaft durch den Managementdiskurs auf deutsche Hochschulen übertragen wird, indem Netzwerke in Forschung und Lehre zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und gegenseitigen Bereicherung aufgebaut werden (vgl. Foucault 2004b: 85 f.; HRK 2013a: 6). So wird beispielsweise durch „Franchising Studiengänge“ (HRK 2013b) in den 2010er-Jahren eine strategische Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen etabliert. Private Bildungsträger können mit gekauften Studiengängen ihre Ziele und Absolvent*innenprofile in staatlich anerkannte Hochschulen verlagern und über die Verleihung eines akademischen Grades durch die franchisegebende Hochschule verifizieren (ebd.: 5 f.). Über diese symbolische Ordnung von unternehmerischen Interessen sollen Franchisehochschulen ihr fachliches Profil schärfen und die Eigenfinanzierung

stärken (ebd.: 2). Diesbezüglich sind gekaufte Studiengänge nicht nur eine Maßnahme zur Profilbildung, sondern bilden einen Anreiz für unternehmerisches Handeln von verschiedenen Statusgruppen an Hochschulen. Insofern findet in der Expansionsphase eine verstärkte Flexibilisierung und Marktorientierung in der Hochschullehre statt. Die Marktorientierung wird auch am Teilzeitstudium deutlich, denn hier sollen

„unter Einbeziehung der Lehrenden und Studierenden der Fakultäten und Fachbereiche [...] eine professionelle Planung und Entwicklung zielgruppengerechter Studienangebote erfolgen, die entsprechende Markt- und Zielgruppenanalysen (s.o.) berücksichtigen. Die Intentionen der Hochschule im Bereich ‚Studieren in Teilzeit‘ sollten explizit in der Entwicklungsplanung erwähnt und festgeschrieben sowie die Zuständigkeiten in der Hochschulleitung definiert werden“ (HRK 2016c: 6).

Mit diesen Zielsetzungen findet eine diskursive Konstruktion von unternehmerischen Hochschulen statt und möglicherweise ebenfalls ein Wandel von akademischer Subjektivierung.

Unter dem Leitbild von unternehmerischen Hochschulen werden akademische Subjekte in den 2010er-Jahren zunehmend angerufen, unternehmerisch zu handeln. Anreize für unternehmerische Handlungsweisen werden durch hochschulinterne Wettbewerbe wie „Research to Market Challenge“ (FU Berlin 2018b) geschaffen. Mithilfe dieser hochschulinternen Wettbewerbe soll ein Wissens- und Technologietransfer von der Forschung in die Wirtschaft vorangetrieben werden. Ungeachtet der monetären Anreize durch Preisgelder kann die Effektivität hochschulinterner Wettbewerbe auf akademische Subjektivierung angezweifelt werden, da Reputationseffekte sowie die persönliche Zeit- und Ressourcenautonomie im Vergleich zu einem Wettbewerb von renommierten Fördereinrichtungen wie der DFG oder des ERC gering ausfallen dürften (vgl. FU Berlin 2018b; WR 2006: 82; 2011a: 28). Darum wird vorgeschlagen, das Innovationsmanagement an Hochschulen mit neuen Förderlinien von großen Drittmittelgeber*innen wie dem BMBF zu verknüpfen (vgl. HRK 2019a: 4 f.).

Die Verknüpfung von Förderprogrammen mit institutionellen Interessensessen führt zu einem Wandel von akademischen Subjektivierungsformen, da das Innovationsmanagement gezielte Anreize für Ausgründungen mit Förderstipendien für Studierende und Doktorand*innen schafft (vgl. Berliner Morgenpost 2017). Eingebettet werden diese Anreizsysteme in Infrastrukturen von Gründer-Campi (ebd.). Demnach werden in der Expansionsphase Anreize auf der Mikro-, Meso- und Makroebene miteinander verknüpft. Exemplarisch wird die Optimierung von Anreizsystemen durch eine übergreifende Struktur des Innovationsmanagements an der FU Berlin (2019a: 16) deutlich, denn

„die Freie Universität Berlin unterstützt ihre Mitglieder dabei, potenzielle Innovationen zu erkennen und den Innovationsprozess voranzutreiben. Mit Maßnahmen wie dem Ideenwettbewerb ‚Research to Market Challenge‘ und dem Innovationsprogramm ‚InnoBridge‘ werden Wissenschaftler*innen angeregt, verwertbare Forschungsergebnisse darzustellen und weiterzuentwickeln. Um erfolgversprechende Projekte voranzubringen, werden Drittmittel aus marktorientierten Förderprogrammen eingeworben, zum Beispiel aus VIP+ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, aus ERC Proof of Concept des Europäischen Forschungsrats und aus dem Programm Erkenntnistransfer der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Mit regelmäßigen Veranstaltungen für Studierende und Wissenschaftler*innen werden Qualifikationen für den Innovations- und Transferprozess vermittelt. Entrepreneurship-Education ist zudem mit zahlreichen Lehrveranstaltungen an verschiedenen Fachbereichen verankert. Im Rahmen der Allgemeinen Berufsvorbereitung haben alle Studierenden der Bachelorstudiengänge fachübergreifend die Möglichkeit, an den Seminaren ‚BusinessplanLab‘ und ‚Funpreneur-Wettbewerb‘ teilzunehmen.“

Mithilfe der Verzahnung von Anreizsystemen werden verschiedene Statusgruppen in geschützten Räumen mit managerialen Praktiken und unternehmerischen Interpellationen konfrontiert. Während sich manageriale Praktiken in der Actionphase weitestgehend auf die Hochschulleitung, Verwaltungsangestellte und Wissenschaftler*innen beschränken, werden in den 2010er-Jahren vermehrt Studierende vom Managementdiskurs angerufen. Insbesondere die Ausbreitung des Innovationsmanagements im Bereich der Lehre über Lehrveranstaltungen zu Ausgründungen kann als Expansion des NPM-Diskurses betrachtet werden und weist auf einen gesteigerten Geltungsanspruch in der deutschen Hochschullandschaft hin (vgl. FU Berlin 2014b: 81).

Zudem kann eine Transformation der traditionellen akademischen Laufbahn¹³ durch NPM beobachtet werden. So wird das Personalmanagement an Hochschulen unter den Problematisierungen intransparenter, nicht wettbewerbsfähiger Karrierewege und Rekrutierungsverfahren mit Praktiken der Profilbildung und des Qualitätsmanagements verknüpft (vgl. HRK 2019b: 3 f.; WR 2013: 39 f., 51; 2014: 6, 24 f.). Hierbei wird davon ausgegangen, dass „Deutschland ein faires, qualitätsorientiertes und wettbewerbsfähiges Wissenschaftssystem [braucht]. Dazu gehören adäquate Karriereziele und -wege an Universitäten“ (WR 2014: 6). Innerhalb des Managementdiskurses werden neue Personalstrukturen als neue Karrierewege betrachtet. Auf diese Weise wird eine traditionelle akademische

¹³ Die traditionelle akademische Laufbahn beginnt mit der Promotionsphase und der Erlangung des Doktorgrades. Darauf folgt die Postdoktorandenphase, die üblicherweise mit einer Habilitation abgeschlossen wird. Das Ziel der traditionellen Laufbahn ist die Berufung auf eine unbefristete Professur (vgl. WR 2014: 11).

Laufbahn durch Drittmitteldauerstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Übergangs- und Drittmittelantragsstellen für Doktorand*innen bis hin zu befristeten, kofinanzierten Teilzeitprofessuren (Shared Professorship) und Fast-Track-Promotionen transformiert (vgl. FU Berlin 2018a: 71; Land Berlin 2014: 8; WR 2014: 56; 2015b: 75). Mit der Flexibilisierung der akademischen Laufbahn werden mehrere Ziele auf verschiedenen Ebenen adressiert: Erstens sollen die neuen Personalstrukturen Wissenschaftler*innen Alternativen zu den wenigen Professuren mit dem Beamtenstatus auf Lebenszeit bieten und die Durchlässigkeit von Karrierewegen in der Wissenschaft zu anderen Arbeitsmärkten fördern (vgl. WR 2014: 9). Zweitens werden insbesondere mit Drittmitteldauerstellen Interessen verschiedener Gruppen kanalisiert, da kontinuierlich Drittmittel für eine unbefristete Stelle eingeworben werden müssen (ebd.: 74). Drittens werden Personalstrukturen wie Shared Professorship sowohl zur strategischen Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen als auch zur Anpassung des Studienangebots an die Nachfrage des Arbeitsmarktes genutzt (vgl. WR 2015b: 75, 212). Weiterhin sollen die neuen Personalstrukturen deutsche Hochschulen aktivieren, „die internationale Konkurrenzfähigkeit ihrer Personalgewinnung zu sichern und um dem Bedürfnis mobiler Forscherinnen und Forscher nach mehr Transparenz und einer besseren Planbarkeit wissenschaftlicher Karrierewege Rechnung zu tragen“ (vgl. HRK 2012c: 2). Und schließlich soll die Flexibilisierung akademischer Laufbahnen die Attraktivität der EU für internationale hochqualifizierte Fachkräfte erhöhen (ebd.: 3). Vor diesem Hintergrund werden gleichfalls traditionelle akademische Arbeitsbedingungen durch das Qualitätsmanagement erschlossen.

Auf der Mikroebene wird versucht, mit Jahresgesprächen zwischen Mitarbeiter*innen und Vorgesetzten, Betreuungsvereinbarungen und Berufungsleitfäden die Qualität von unterschiedlichen Karrierewegen und Arbeitsbedingungen in der deutschen Hochschullandschaft zu steigern (vgl. FU Berlin 2019c; 2019e; 2019f; WR 2011b: 18). Demnach kann die Beeinflussung sozialer Beziehungen von akademischen Subjekten durch Praktiken des Qualitätsmanagements als Lösungsvorschlag für problematisierte traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse zwischen verschiedenen Statusgruppen an deutschen Hochschulen interpretiert werden (vgl. WR 2014: 24 f.). Dieser Zusammenhang wird insbesondere bei Betreuungsvereinbarungen zwischen Doktorand*innen, Betreuer*innen und einem Promotionskomitee deutlich. Denn durch die vertragsförmige Regelung von sozialen Beziehungen werden nicht nur Rechte und Pflichten zwischen den Vertragsparteien festgehalten, sondern es wird ein Raum der gegenseitigen Kontrolle geschaffen, da durch den Vertrag regelmäßige Zusammenkünfte zwischen Promovierenden sowie Betreuenden stattfinden sollen und das Promotionskomitee als „Schiedsstelle im Konfliktfall fungieren und gegebenenfalls Vorschläge für

die Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter unterbreiten [soll]“ (WR 2011b: 16). Außerdem soll neben dem Promotionsverlauf die Auswahl von Doktorand*innen stärker mit managerialen Praktiken durch die zuständigen Fakultäten überwacht werden (ebd.). Plausibilisiert wird die strategische Freiheit bei Auswahlwahlentscheidungen seitens der Fakultäten durch eine Qualitätssicherung in der akademischen Laufbahn, da „nicht in allen Fällen die wünschenswerte Ausschreibung der Promotionsstellen möglich ist, sollen die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für eine Doktorarbeit und die Bewertung ihrer Qualifikation nach transparenten Kriterien erfolgen“ (ebd.). Weiterhin unterbreiten herrschende Subjekte des Managementdiskurses Lösungsvorschläge für das Qualitätsproblem in der Lehre.

In Hinblick auf unbeabsichtigte Effekte des Drittmittelwettbewerbs wird vorgeschlagen, strukturell bedingte Nebeneffekte durch individuelle Anreize zu korrigieren (vgl. WR 2013: 38). Dementsprechend sollten „die Hochschulen neben dem etablierten Instrument der Forschungsfreisemester verstärkt auch von dem Instrument der Lehrfreisemester Gebrauch machen [...]; dies nicht nur im Sinne der Flexibilisierung, sondern auch, um die üblicherweise stärkere Anreizsetzung in der Forschung auszugleichen“ (WR 2011a: 36). Im Vergleich zur Actionphase zeigt sich hier, dass auf der Mikroebene durch „passgenaue Anreizsysteme“ (WR 2013: 49) eine Differenzierung in der managerialen Steuerung von akademischen Subjekten erfolgt, um den unterschiedlichen Profilen der Hochschulen Rechnung zu tragen und um nicht-intendierte Steuerungseffekte zu korrigieren. Insofern verliert der Managementdiskurs durch Problematisierungen unbeabsichtigter Effekte nicht seinen Geltungsanspruch, sondern weitet seinen Einfluss über die Verfeinerung von Anreizsystemen in der deutschen Hochschullandschaft aus. Aus diesem Grund wird davon ausgegangen, dass aufeinander abgestimmte Parameter

„jeweils spezifische Anreize [setzen], deren Steuerungseffekte einander ergänzen oder wechselseitig korrigieren können. Diese Effekte können ebenfalls durch die Gewichtung von Parametern beeinflusst werden, die für die Finanzwirkung der gewählten Bezugsgrößen ausschlaggebend ist. [...] Auch können zur Dämpfung von ungewollten Nebenwirkungen Maßnahmen ergriffen werden, die vor allem der qualitativen Überprüfung quantitativer Indikatoren dienen und eine Korrektivfunktion erfüllen“ (WR 2018b: 46 f.).

Ein gezielter Ausgleichsversuch ungewollter Steuerungswirkungen durch quantitative Indikatoren kann bei der qualitativen Leistungsbewertung von (befristeten) wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen durch Vorgesetzte beobachtet werden (vgl. HRK 2012a: 3 f.). Anstatt Leistungen ausschließlich mit Kennzahlen zu

bewerten, sollen Vorgesetzte zusammen mit ihren Mitarbeiter*innen Ziele festlegen, die innerhalb von bestimmten Fristen zu erreichen sind. Auf Basis dieser Ziele und deren fristgerechter Verwirklichung sollen im Rahmen von Mitarbeiter*innengesprächen persönliche Leistungen evaluiert und ungewollte Effekte korrigiert werden (vgl. FU Berlin 2019g; HRK 2012a: 3 f.). Gleichzeitig werden Professor*innen mit der „Gewährung eines höheren Maßes individueller Autonomie für flexible Schwerpunktsetzung im Karriereverlauf von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ (WR 2011a: 37) angerufen, sich Kompetenzen einer strategischen Personalführung anzueignen. In Anbetracht eines professoralen Personalmanagements hält der WR (2014: 50) fest,

„um sich in solche neuen Tätigkeitsbereiche gezielt einarbeiten zu können und anfallende Aufgaben effizient wahrnehmen zu können, brauchen Professorinnen und Professoren Weiterqualifizierungsangebote: etwa mit Blick auf Personalführung (zumal mit der Professur fast immer eine Vorgesetztenfunktion einhergeht), Wissenschaftsmanagement, Hochschuldidaktik oder Selbstverwaltungs- und Leitungsaufgaben (z. B. im Dekanat oder in der Hochschulleitung).“

Gemäß diesen managerialen Aufgaben werden traditionelle Fähigkeiten von Hochschullehrer*innen durch den Managementdiskurs um Praktiken von Wissenschaftsmanager*innen erweitert. Diesbezüglich könnten akademische Subjekte als Vehikel des Managementdiskurses auch den Konflikt, der durch externe Berater*innen entsteht, entschärfen, da Professor*innen nicht als Fremde im universitären Feld wahrgenommen werden (vgl. Krücken & Serrano-Velarde 2016). In diesem Zusammenhang werden

„die Universitäten und Organisationseinheiten auf[gefordert], diesen Bereich Wissenschaftsmanagement und –administration gezielt zu professionalisieren, systematisch weiterzuentwickeln und in den empfohlenen Konzepten zur Ausgestaltung der Personalkategorie ‚wissenschaftlicher Mitarbeiter‘ angemessen zu berücksichtigen. Auch für Wissenschaftsmanagerinnen und -manager sind Karriereeinstiege zu gestalten und Angebote der Personalentwicklung vorzuhalten. In geeigneten Fällen sind ihnen Möglichkeiten des Aufstiegs zu eröffnen. Die Qualifikationsanforderungen an diese Stellen sind auch im Bereich Wissenschaftsmanagement divers und von der jeweiligen Hierarchiestufe abhängig. Der Aufgabenschwerpunkt kann je nach Stelle z. B. auf der Erarbeitung von Strategiekonzepten, auf der Konzipierung und Durchführung von Verfahren der Qualitätssicherung, auf Personalführung, Verwaltung großer Drittmittelaufkommen u.v.m. liegen“ (WR 2014: 54).

Als Bindeglied zwischen akademischer Gemeinschaft und Hochschulleitung werden ebenfalls Dekan*innen durch strategische Weiterbildungsangebote angerufen,

managerial zu handeln (vgl. HRK 2017: 3 f.). Die planvolle Interpellation verschiedener akademischer Statusgruppen durch eine manageriale Wissens- und Identitätspolitik kann als Expansion des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund fungiert der NPM-Diskurs als Schnittstelle zwischen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interessen, was der Lesart, NPM als Interdiskurs zu beleuchten, eine empirische Bodenhaftung verleiht (ebd.). Sichtbar wird die Interdiskursivität und Expansion des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft an den Ereignissen in der Zeitspanne von 2010 bis 2019.

Ereignisse: Ein fundamentales Ereignis auf der Makroebene ist die 2010 beschlossene Strategie Europa 2020. Mit der europäischen Neuausrichtung der Kohäsionspolitik ist eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bunds an der Hochschulfinanzierung und eine Bildung von Regionalprofilen verbunden (vgl. HRK 2011b: 11 f.). Damit wird „Innovation der Rohstoffe Europas“ (HRK 2014e: 2). Die Strategie Europa 2020 fördert die Expansion von NPM in der deutschen Hochschullandschaft, weil, so das Deutungsangebot der HRK (ebd.: 4 f.), „die ‚EU-2020‘-Strategie [...] die Autonomie der Hochschulen als wichtigen Wert und als Ziel an prominenter Stelle heraus[stellt] und fordert, dass die europäischen Hochschulen von Überregulierung und Detailmanagement befreit und im Gegenzug voll rechenschaftspflichtig werden“. Objektiviert werden die Ziele der Strategie Europa 2020 und des Managementdiskurses ebenfalls durch eine Reihe von Gesetzesänderungen. In diesem Kontext schreibt sich die Forderung nach mehr managerialer Autonomie bei einer stärkeren finanziellen Absicherung durch den Bund in der Neufassung des Artikels 91b GG im Jahr 2015 ein (vgl. WR 2018b: 7). Der Hochschulpakt 2020 belegt ebenfalls die Expansion von Praktiken des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft und kann als interdiskursives Ereignis gedeutet werden, das akademische und wissenschaftspolitische Interessen berücksichtigt sowie auf die Kritik des Reputationsgefälles zwischen Lehre und Forschung mit einer Ausdehnung des Wettbewerbs reagiert (vgl. WR 2011a: 32; 2018b: 6). Weiterhin vergegenständlicht sich im Kontraktmanagement zwischen Staat und Hochschulen sowohl die neoliberale Idee einer wettbewerbsförmigen, leistungsorientierten Verteilung von öffentlichen Mitteln als auch die Kritik an nicht-intendierten Effekten des Managementdiskurses. Exemplarisch dafür kann der 2010 vereinbarte Qualitätspakt Lehre angeführt werden, mit dem Anreize zur Qualitätssteigerung der Hochschullehre durch einen inszenierten Wettbewerb um knappe Ressourcen gesetzt werden und kapazitätsbezogene Indikatoren wie die Zahl der Studienanfänger*innen durch die „projektförmige Entwicklung und Umsetzung innovativer Lehr-Lernformate und

neuer Betreuungskonzepte“ (WR 2018b: 35) ergänzt werden sollen (vgl. WR 2012: 11).

Ergänzend zur Erschließung von „unmarked spaces“ (Heintz 2008: 121) durch einen staatlich inszenierten Wettbewerb und Kontraktmanagement kann in der Expansionsphase eine Erweiterung von Forschungsförderlinien und Programmen beobachtet werden, die darauf abzielen, die Generierung „wissenschaftsspezifischen Managementwissen[s]“ (WR 2014: 53) voranzutreiben. Zu diesem Zweck werden einzelne Projekte wie die Einführung des KDSF im Jahr 2017 gefördert und verstärkt Förderlinien im Bereich der Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsforschung angelegt (vgl. BMBF 2018: 27–32; DFG 2018: 17). Die Expansion des Managementdiskurses wird von einer akademische Expert*innenkultur unterstützt, weil Einrichtungen wie das DZHW und das CHE einerseits wissenschaftliche Erkenntnisse generieren und andererseits liefert wissenschaftliches Wissen dem Wissenschaftsmanagement eine evidenzbasierte Grundlage zur Steuerung von Hochschulen und ihren Angehörigen (vgl. BMBF 2018: 31; WR 2011a: 23, 2015b: 50 f.). Aus diesem Grund ist es naheliegend, dass NPM die Wissenschaft und akademische Subjektivierungsformen transformiert (vgl. Bourdieu 1998: 19). Ob durch eine (quasi-)marktorientierte Wissenschaft akademische Subjektivierungsweisen von dienstfertigen Wissenschaftler*innen entstehen, „deren Vordringen auf dem universitären Feld [...] zu einem entscheidenden Bruch mit den Grundsätzen akademischer Autonomie wie den Werten der Interessenlosigkeit, Zweckfreiheit und Unbeeinflussbarkeit durch Sanktionen und Anforderungen der Praxis führt“ (Bourdieu 1992: 206), wird mit einer kontrastierenden Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit diskutiert.

Allerdings kann konstatiert werden, dass Anreize des (Drittmittel-) Wettbewerbs bei Wissenschaftler*innen zu einem Anpassungsverhalten führen sollen. Wissenschaftler*innen orientieren sich somit an Indikatoren und Kennzahlen und richten ihre Forschungsinteressen an Themen und Profilen von Drittmittelgeber*innen aus. Insofern besitzt evidenzbasiertes Regierungswissen eine Doppelfunktion in der deutschen Hochschullandschaft: Einerseits können das Hochschulmanagement und die Wissenschaftspolitik mithilfe von managerialen Praktiken die Interessen von akademischen Subjekten kanalisieren und deren Verhaltensweisen steuern. Andererseits ist der Managementdiskurs auf die Partizipation von Wissenschaftler*innen angewiesen, um die Reichweite von managerialen Praktiken zu erhöhen (vgl. BMBF 2018: 26). Weiterhin dürfte eine akademische Expert*innenkultur die Akzeptanz von managerialen Praktiken in der akademischen Gemeinschaft steigern (vgl. WR 2004: 30 ff., 2012:

39 f.). Dementsprechend machen sich 2015 herrschende Subjekte des Managementdiskurses zur Evaluierung der Exzellenzinitiative das symbolische Kapital von akademischen Expert*innen zunutze, denn „die breite Akzeptanz, welche die Initiative in der Wissenschaft als Instrument zur Förderung der Spitzenforschung erfährt, beruht auch auf der weltweit anerkannten, außerordentlich hohen Reputation der Gutachterinnen und Gutachter“ (HRK 2015a: 3).

Diese Guerillastrategie kann desgleichen auf der Mesoebene beobachtet werden. Hier wird die Expansion einer akademischen Expert*innenkultur an Ereignissen wie dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (1 BvL 8/10) vom 17. Februar 2016 deutlich (vgl. HRK 2016b: 2). Denn fortan sollen bei Akkreditierungen und anderen Qualitätssicherungsverfahren verstärkt Wissenschaftler*innen und Studierende einbezogen werden. Außerdem objektiviert sich im Bundesverfassungsgerichtsbeschluss die manageriale Autonomie der Hochschulleitung, weil „es den Hochschulen ermöglicht [werden soll], ihr Studienangebot dem Verständnis ihrer individuellen Rolle im Wissenschaftssystem und ihrer Verantwortung für die Gesellschaft gemäß zu gestalten“ (ebd.: 2). Ferner werden Experimentierklauseln in die Hochschulgesetze der Länder aufgenommen, die

„die Hochschulen zur weiteren Ausgestaltung ihrer Governance nutzen können, oder konkret zulässige Ausnahmen von den allgemeinen Regelungen formulieren. So kann zum einen gewährleistet werden, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten der Hochschulen hinreichend verlässlich und legitimiert sind. Zum anderen sind die Hochschulen dann in der Lage, grundlegende Entscheidungen bezüglich ihrer Governance-Strukturen und Prozesse auf Basis ihrer jeweiligen Bedürfnisse zu treffen. Die dabei zunehmende Vielfalt von konkreten Governance-Strukturen und -Prozessen ist als eine Folge der funktionalen Differenzierung in Kauf zu nehmen“ (WR 2018a: 87).

Ebenso wird die manageriale Autonomie der Hochschulleitung durch die Novellierung von Landesbesoldungsgesetzen gestärkt, wie u. a. in Berlin im Jahr 2015 deutlich wird. Nun können gemeinsam berufenen Professor*innen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen befristete Leistungsbezüge unabhängig von universitären Berufungs- und Bleibeverhandlungen gezahlt werden (vgl. FU Berlin 2019a: 12). Damit wird die Hochschulleitung in die Lage versetzt, gezielte Anreize für Shared Professorship zu setzen, da sich aus gemeinsamen Berufungen zusätzliche Leistungsbezüge für Professor*innen ergeben. In der Expansionsphase finden diverse Gesetzesänderungen statt, um die Differenzierung der deutschen Hochschullandschaft voranzutreiben (vgl. WR 2010b: 80).

Vor diesem Hintergrund ist Bourdieus (1992: 206) Kritik an der Transformation von Hochschulen nach wie vor aktuell, da Wissenschaftsmanager*innen das universitäre Feld als Laboratorium zur Erprobung ihrer Praktiken nutzen. So können 2016 auf der Organisationsebene von Hochschulen experimentelle Veränderungen infolge der Empfehlung des KDSF durch den WR konstatiert werden (vgl. WR 2019). Sichtbar wird der organisationale Wandel unter dem Primat eines ressourcenschonenden und effektiven (Forschungs-)Datenmanagements an Berichten der Hochschulleitung. In diesem Zusammenhang bemerkt das Präsidium der FU Berlin (2018a: 142 f.), dass man das Forschungsdatenmanagement aufgrund einer wachsenden Nachfrage nach hochschulinternen Daten und der Profilbildung ausbaut. Mithilfe von standardisierten (Forschungs-)Daten werden ebenso strategische Netzwerke wie die Berlin University Alliance¹⁴ sichtbar gemacht (vgl. FU Berlin 2019a: 5 f.). Auf diese Weise sollen manageriale Instrumente entstehen, „die den Herausforderungen der Internationalisierung, der Vermehrung des Wissens unter Beteiligung möglichst vieler Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und dem Wettbewerb am ehesten entsprechen“ (HRK 2013a: 6). In diesem Kontext wird an der FU Berlin (2019g) eine Forschungsdatenbank implementiert,

„um über [die] wissenschaftlichen Aktivitäten an der Freien Universität zu informieren und möglichen Partnern aus der Wirtschaft die Kontaktaufnahme zu erleichtern [...]. Die Forschungsdatenbank stellt das Profil von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vor und führt mehr als 8500 aktuelle und abgeschlossene Forschungsprojekte auf.“

Außerdem wird die Bildung von strategischen Forschungsdateninfrastrukturen an deutschen Hochschulen durch Ereignisse wie die Digitale Agenda der Bundesregierung 2014 und das europäische Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 gefördert (vgl. HRK 2015c: 3).

Ergänzend dazu werden vermehrt hochschulinterne und regionale Wettbewerbe wie der Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg durchgeführt oder der Innovationspreis Berlin-Brandenburg vergeben (vgl. FU Berlin 2018a: 72 f.). Die Preisgelder aus hochschulinternen und regionalen Wettbewerben bilden eine Erweiterung des (trans-)nationalen Drittmittelwettbewerbs. Gleichzeitig werden sowohl Profile von einzelnen Hochschulen und Regionen anerkannt als auch

¹⁴ Dated wird die Gründung des strategischen Netzwerks, bestehend aus der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Technischen Universität Berlin und der Charité – Universitätsmedizin Berlin, mit einem gemeinsamen Antrag bei der Exzellenzstrategie im Dezember 2018 (vgl. FU Berlin 2019a: 5).

geschützte Räume an deutschen Hochschulen durch Anreize des Wettbewerbs erschlossen. Drittmittel avancieren darüber hinaus zu einem Symbol des wissenschaftlichen Erfolgs an deutschen Hochschulen (vgl. FU Berlin 2019b). Diesbezüglich ist es naheliegend, dass akademische Subjekte die Leistungen anderer Wissenschaftler*innen ebenfalls über die unternehmerische Fähigkeit beurteilen, Drittmittel einzuwerben. So bemerkt beispielsweise die DFG (2018: 13), dass sich

„Drittmittel [...] nicht nur als ‚Gewinn‘ im monetären Sinne [erweisen]. Sie sind Ausweis der Forschungsqualität, die die Gutachterinnen und Gutachter in den einzelnen Anträgen erkennen. In ihrer Aggregation machen sie diese Qualität über die jeweilige Disziplin und den jeweiligen Standort hinaus sichtbar.“

Aus diesem Grund bildet der Indikator Drittmittel ein Symbol von wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und transformiert wissenschaftliche Qualität in Kennzahlen. Exemplarisch wird dieser Transformationsprozess an der FU Berlin (2019b) sichtbar, denn hier „[zählt] die Drittmittelbilanz [...] zu den Indikatoren, die den wissenschaftlichen Erfolg sowie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Universität dokumentiert.“ Infolgedessen werden die Titel „internationale Netzwerkuniversität“ und „Exzellenzuniversität“ (FU Berlin 2014a: 3) als Symbol herausragender Forschung und Organisationentwicklung gedeutet.

Ungeachtet der erhöhten Sichtbarkeit von drittmittelbasierten und bibliometrischen Kennzahlen bei der organisationalen Leistungsbewertung deutet sich bei Ereignissen auf der Mikroebene eine Differenzierung in der Bewertung wissenschaftlicher Arbeit an. Dahingehend kann eine Kombination von verschiedenen Indikatoren beobachtet werden. Neben Drittmitteln sowie Publikations- und Zitationszahlen werden zunehmend Patente, Preise, Vorträge und Beiträge zur Organisation von Tagungen zur Leistungsbewertung von Wissenschaftler*innen herangezogen (vgl. WR 2011a: 19). Beispielhafte Ereignisse für die Entwicklung einer differenzierten quantitativen Leistungsbewertung stellen der Rückzug der Länder aus den Vorgaben zur Ausgestaltung von Berufungsverfahren und die Übertragung des Berufsrechts auf die Hochschulen dar (vgl. WR 2018a: 89). Weiterhin wird in den 2010er-Jahren (teilweise) die Diensttherreneigenschaft von den Ministerien auf die Hochschulen übertragen (ebd.: 107 f.). Diese Ereignisse tragen einerseits zur Steigerung der managerialen Autonomie auf der Mesoebene deutscher Hochschulen bei, da hierarchische Beziehungen zwischen den Ministerien und Hochschulen zugunsten des Hochschulmanagements abgebaut werden (ebd.: 32). Andererseits können diese Ereignisse als Objektivierung unterschiedlicher Profile der Hochschulen betrachtet werden, weil das

Personalmanagement zum strategischen Instrument der Profilbildung wird und Mitarbeiter*innen anruft, sich konform zur strategischen Ausrichtung der Hochschule zu verhalten (vgl. WR 2013: 53). Gleichzeitig werden Mitarbeiter*innen in der deutschen Hochschullandschaft als Humankapital gehandelt, weil das Hochschulpersonal als wichtigste Ressource der Leistungs-, Wettbewerbs-, Verbund- und Innovationsfähigkeit angesehen wird (vgl. FU Berlin 2018a: 91, 98; HRK 2012c: 3).

In Anbetracht eines internationalen Wettbewerbs um Humankapital und der Kritik von nicht-intendierten Effekten erhält die strategische Flexibilisierung von wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen einen brisanten Stellenwert in der Expansionsphase von NPM. Zum einen seien Hochschulen auf einen hohen Anteil von befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen angewiesen, um der Dynamik des akademischen Quasi-Marktes Rechnung zu tragen sowie Innovation in Lehre und Forschung zu fördern (vgl. HRK 2012a: 2 f.).

„Daher gibt es regelmäßigen Bedarf, sehr flexibel auf kurzfristige fachliche Anforderungen und Entwicklungen zu reagieren – etwa durch neue Verbundprojekte –, an der Freien Universität Berlin vorzugsweise durch zeitlich befristete Juniorprofessuren oder befristete W2-Professuren. Deshalb beinhaltet der Strukturplan eine schlanke feste Struktur mit unbefristeten Universitätsprofessuren und eine flexible und dynamische Struktur mit Juniorprofessuren und befristeten W2-Universitätsprofessuren. Damit wird es ermöglicht, Forschungsverbünde abzusichern, das wissenschaftliche Profil zu schärfen und dies mit der Förderung wissenschaftlicher Qualifizierungs- und Karriereverläufe zu verbinden“ (FU Berlin 2018a: 92).

Zum anderen gerät die manageriale Nutzbarmachung von akademischer Prekarität zunehmend unter politischen und rechtlichen Druck, wie an einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 1. Juni 2011 (7 AZR 827/09 – Rn. 37) deutlich wird (vgl. HRK 2012a: 3). Zwar lassen solche Ereignisse strategische Befristungspraktiken erodieren, gleichzeitig sorgt die Problematisierung von akademischer Prekarität für die Erschließung neuer Bereiche durch das Personalmanagement an deutschen Hochschulen. Exemplarisch hierfür können Drittmitteldauerstellen und die strategische Entwicklung von Dauerstellenkonzepten angeführt werden (WR 2014: 74). Denn

„die Gestaltung von Karrierezielen und -wegen an Universitäten und die damit verbundene Karriereförderung, Personalplanung und -entwicklung sind strategische Aufgaben der Universitätsleitungen und mit der strategischen Organisationsentwicklung zu verzahnen. Der Wissenschaftsrat adressiert zwar explizit die Universitäten, vielfach können die folgenden Empfehlungen aber auf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Fachhochschulen übertragen werden“ (ebd.: 72).

Als Folge dessen werden mit unbefristeten Dauerstellen für Daueraufgaben im Bereich der (Drittmittel-)Forschung und Lehre neue Anreize für einen Großteil des befristet beschäftigten künstlerischen und wissenschaftlichen Personals an deutschen Hochschulen geschaffen (vgl. BuWiN 2017: 128 ff.; WR 2018b: 31). Es handelt sich also bei der Besetzung unbefristeter Dauerstellen um eine manageriale Maßnahme, weil Entfristungsentscheidungen mit strategischen Kriterien der Hochschulleitung und einer Spezialisierung von akademischen Aufgabenfeldern verbunden sind (vgl. FU Berlin 2019a: 9 f.; WR 2014: 57). Sichtbar wird die Trendwende im Personalmanagement an Ereignissen wie dem Hochschulpakt II und III. In deren Rahmen stellen Bund und Länder den Hochschulleitungen finanzielle Mittel zur (strategischen) Entfristung von künstlerisch und wissenschaftlich Beschäftigten bereit (vgl. WR 2015b: 74).

5.1.4 Teilergebnisse und Hypothesen der historischen Betrachtung des Managementdiskurses im deutschen Hochschulsystem

Resümierend kann festgehalten werden, dass sich der NPM-Diskurs über Problematisierungen eines Zustands knapper öffentlicher Ressourcen sowie einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und ihren Angehörigen in der Konstituierungsphase von 1993 bis 2000 im universitären Feld der BRD bildet (vgl. HRK 1998c; 1999b; WR 1993: 24, 48). Darüber hinaus rücken sowohl rechtliche Rahmenbedingungen und traditionelle akademische Steuerungsmodelle als auch Effizienz- und Qualitätsverluste in Lehre und Forschung in den Fokus des Managementdiskurses (vgl. HRK 1995b; 2000; WR 1993: 24; 1996: 4 f.). Diese Problemfelder dienen dem NPM-Diskurs als Bezugsrahmen für Reformziele und Maßnahmen. In diesem Kontext fordert das unternehmerisch-manageriale Regime eine Steigerung des staatlich inszenierten Wettbewerbs, um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems zu erhöhen sowie die öffentlichen Mittel effizient zu nutzen und leistungsorientiert zu verteilen (vgl. HRK 1998b; 1999b; 2000; WR 1996: 26). Zur Umsetzung dieser Ziele erproben einzelne Hochschulen und Fachbereiche manageriale Steuerungsinstrumente wie Evaluierungen, LOM und Kontraktmanagement, wodurch die deutsche Hochschullandschaft in den 1990er-Jahren zu einem Krisenlabor von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses wird (vgl. HRK 1995b; 1998b; 1999a). Übergreifend sollen diese Maßnahmen die manageriale und unternehmerische Autonomie von Hochschulen und ihren Angehörigen steigern (vgl. HRK 1997; WR 1993: 24). Sichtbar

werden diese Zielsetzungen und Maßnahmen an Ereignissen in der Konstituierungsphase. So verleiht die Formierung einer Wissensgesellschaft am Ende der 1990er-Jahre dem NPM-Diskurs einen gesteigerten Geltungsanspruch in der Gesellschaft und deutschen Hochschullandschaft, weil davon ausgegangen wird, dass die Akademisierung der Bevölkerung nur durch eine Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft bewältigt werden kann (vgl. HRK 1998d; 2000). Vergegenständlichen kann sich die schleichende Transformation unter dem Primat von NPM ebenfalls in der Bologna-Erklärung von 1999, denn mit der Entstehung eines EHR soll die Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung von deutschen Hochschulen zunehmen, was die Erprobung von managerialen Praktiken im Hochschulsystem der BRD plausibilisiert (vgl. HRK 1999b; WR 1996: 4). Überdies spiegeln sich 1998 in der Novellierung des HRG zentrale Ziele der deutschen Reformbewegung um den NPM-Diskurs wider, weil sich der Staat mit dieser Gesetzesänderung sukzessive aus der Detailsteuerung von Hochschulen zurückzieht (vgl. HRK 1999b). Schlussendlich kann dieses Ereignis als eine erste rechtliche Anerkennung der geforderten managerialen und unternehmerischen Freiheiten betrachtet werden. Trotz dieser Ereignisse und der Erprobung von managerialen Praktiken kennzeichnet sich die Konstituierungsphase von NPM in der deutschen Hochschullandschaft mehr durch „talk“ als durch „action“ (Schimank 2002: 30).

Deutlich wird dieser Zusammenhang in der darauffolgenden Actionphase von 2000 bis 2010, denn die Nullerjahre sind von einer Entfesselung managerialer Praktiken in der deutschen Hochschullandschaft geprägt. Als Ankerpunkte ziehen herrschende Subjekte des NPM-Diskurses Problematisierungen aus der Konstituierungsphase heran wie den Zustand knapper Ressourcen und einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit (vgl. DFG 2009; HRK 2005b: 4; WR 2006: 71). In Anbetracht wiederkehrender Problematisierungen weitet sich jedoch die Kritik an der Leistungsfähigkeit von Wissenschaftler*innen in den 2000er-Jahren auf Studierende aus (vgl. WR 2006: 87–92). Gleichwohl entstehen mit dem „brain drain“ (HRK 2004a: 6; WR 2010a: 123) neue Problemfelder. Wie bereits in der Konstituierungsphase nutzen Subjekte des Managementdiskurses auch in den Nullerjahren Problematisierungen als Bezugsrahmen von Zielen und Maßnahmen. Dahingehend stellen die analytisch gebildeten Entwicklungsphasen keinen Abschluss, sondern Anschlüsse an die vorherige Phase dar. Dieser Zusammenhang wird beispielsweise an einer anvisierten Effizienzsteigerung von Hochschulen und ihren Angehörigen bei der Nutzung von (knappen) öffentlichen Mitteln deutlich (vgl. HRK & Deutsche UNESCO-Kommission 2010: 3). Weiterhin soll die Qualität in Lehre und Forschung durch Rankings, Akkreditierungen und andere standardisierte Qualitätsmanagementverfahren verbessert werden (vgl.

WR 2004: 17; 2006: 5). Solche Maßnahmen ließen sich bereits in der Konstituierungsphase beobachten – so wurde u. a. in den 1990er-Jahren mit dem „Studienführer“ (HRK 1999b), welcher als Orientierungshilfe für Studieninteressierte diente, ein erstes Ranking erprobt. Jedoch handelte es sich bei diesen Maßnahmen um einzelne Experimente, während in den Nullerjahren manageriale Steuerungsinstrumente in der deutschen Hochschullandschaft flächendeckend eingeführt werden (vgl. HRK 2002; 2005b: 7 f.; WR 2012: 26). Dementsprechend fand in der Konstituierungsphase eine schleichende Flexibilisierung von wissenschaftlicher Arbeit statt, indem projektförmige, drittmittelfinanzierte Forschung an Hochschulen langsam zunahm. Für eine umfassende manageriale Nutzbarmachung des akademischen Prekariats fehlten jedoch die rechtlichen Rahmenbedingungen in den 90er-Jahren (vgl. HRK 1998c: 25 f.; WR 1996: 41 f.). Dies ändert sich in der Actionphase mit einem anreizorientierten, wettbewerbsförmigen Personalmanagement an deutschen Hochschulen, welches sich in Gesetzen wie der W-Besoldung 2005, dem WissZeitVG 2007 und in Form von Juniorprofessuren vergegenständlicht (vgl. WR 2005: 22, 73 f.; 2006: 81).

Flankiert werden diese Ereignisse durch Objektivierungen des NPM-Diskurses in den Novellierungen des HRG 2001 und des Arbeitnehmererfindungsgesetzes 2002 (vgl. HRK 2001a; WR 2006: 49). Die Änderung des Arbeitnehmererfindungsgesetzes stärkt die manageriale und unternehmerische Autonomie von Hochschulen, weil dadurch die Hochschulleitung über Erfindungen ihrer Angehörigen verfügt und diese vermarktet (vgl. WR 2006: 49). Weiterhin wird durch die Novellierung des HRG der Wettbewerb um Humankapital in der deutschen Hochschullandschaft entfesselt, denn mit dieser Gesetzesänderung werden Hochschulen erstmals an den (strategischen) Auswahlentscheidungen von Studienbewerber*innen beteiligt (vgl. HRK 2001a). Letztendlich tragen gesellschaftliche Ereignisse wie die Formierung eines EFR unter dem Regierungsprogramm der Lissabon-Strategie zu einer Institutionalisierung von managerialen Praktiken in der deutschen Hochschullandschaft bei (vgl. HRK 2006a: 32; WR 2010a: 7).

Analog zu den vorherigen zwei Phasen werden in der Expansionsphase von 2010 bis 2019 ebenfalls knappe öffentliche Ressourcen, eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sowie rechtliche Rahmenbedingungen und (traditionelle) Steuerungsmodelle problematisiert (vgl. HRK 2014e: 2; 2015b: 2; 2016c: 4; WR 2013: 5 f.). Ein neues Problemfeld des Managementdiskurses bildet die unbefriedigte Nachfrage nach Regierungswissen für strategische Entscheidungen (vgl. BMBF 2018: 31). Vor diesem Hintergrund weitete sich die Problematisierung von traditionellen Mittelverteilungsmodellen „mit der Gießkanne“ (DFG 2009) auf eine wettbewerbsförmige Allokation von öffentlichen Mitteln aus (vgl. HRK 2014c: 2; WR 2018a: 8). Während der staatlich inszenierte (Drittmittel-)Wettbewerb im

Verlauf der 1990er- und 2000er-Jahre noch uneingeschränkt als adäquates Mittel wahrgenommen wurde, um die Leistungsfähigkeit von Hochschulen und ihren Angehörigen zu steigern, wird eine wettbewerbsförmige Mittelverteilung in der Expansionsphase mitunter zum Problem, weil der Zwang zur Beteiligung an diesem Wettbewerb zunehmend einen Konflikt mit der managerialen Autonomie von Hochschulen erzeugt (vgl. WR 2018a: 91). Aus diesem Grund werden auch obsoleete manageriale Praktiken für nicht-intendierte Effekte verantwortlich gemacht – so wird beispielsweise eine verkürzte quantitative Leistungsbewertung von wissenschaftlicher Arbeit problematisiert, da diese Bewertungspraktik wissenschaftliches Fehlverhalten und persönliche Anpassungseffekte an Kennzahlen hervorrufen kann (vgl. DFG 2013: 46; WR 2015a: 24; 2018a: 7). Die teilweise vom Managementdiskurs selbst verursachten Probleme führen jedoch nicht zu einer Erosion seiner Wissens- und Identitätspolitik, sondern zu einer Ausweitung von staatlichen und hochschulinternen Wettbewerben auf „unmarked spaces“ (Heintz 2008: 121). Darum wird in der Expansionsphase versucht, mit Anreizen die ungewollte symbolische und materielle Asymmetrie zwischen Lehre und Forschung infolge eines einseitigen (Drittmittel-)Wettbewerbs zu korrigieren (vgl. Land Berlin 2018: 23 f.; WR 2012: 84; 2015a: 37; 2018a: 29). Fortan werden quantitative Indikatoren erweitert und miteinander kombiniert, um unerwünschte Folgen von überholten Bewertungspraktiken zu vermeiden (vgl. WR 2018b: 60).

Gleichzeitig sollen Indikatoren durch eine qualitative Leistungsbewertung seitens akademischer Expert*innen ergänzt werden (vgl. BMBF 2018: 26; HRK 2016b: 5 f.; WR 2019: 8). Einerseits soll diese akademische Expert*innenkultur, welche von Akkreditierungsverfahren bis hin zur Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsforschung reicht, eine Expansion des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft vorantreiben (vgl. BMBF 2018: 26; HRK 2016b: 5 f.; WR 2019: 8). Andererseits werden akademische Subjekte mit der Beteiligung an managerialen Praktiken und der Generierung von (Regierungs-)Wissen zu einem Vehikel des NPM-Diskurses (vgl. WR 2012: 39 f.). Weiterhin wird die Ausweitung von managerialen Praktiken an einer Verknüpfung der Profilbildung mit dem Personalmanagement deutlich, denn mit einem profilorientierten Personalmanagement werden strategische Berufungsverfahren sowie unbefristete Drittmitteldauerstellen und Shared Professorship eingeführt (vgl. FU Berlin 2018a: 71; Land Berlin 2014: 8; WR 2014: 56; 2015b: 75). Darüber hinaus steigern diese Maßnahmen die manageriale Autonomie der Hochschulleitung, was insbesondere an Ereignissen wie der Novellierung von Landesbesoldungsgesetzen und der Aufnahme von Experimentierklauseln in die Hochschulgesetze der Länder sichtbar wird (vgl. FU Berlin 2019a: 12; WR 2018a: 87). Auf diese Weise erhält die Hochschulleitung die Möglichkeit, manageriale Praktiken auszuweiten

und flexibler über Leistungsbezüge von gemeinsam berufenen Professor*innen zu entscheiden als in den Nullerjahren (vgl. FU Berlin 2019a: 12). Außerdem verhalfen Ereignisse wie der Qualitätspakt Lehre den Mittelwettbewerb in die Lehre zu einer Expansion. Unterdessen erinnern die vereinbarten Kennzahlen (z. B. Absolvent*innen) in den Hochschulverträgen zwischen Ländern und Hochschulen infolge des Hochschulpaktes 2020 an zentralwirtschaftliche Praktiken von DDR-Betrieben (vgl. FU Berlin 2014b: 38; Steinitz & Walter 2014: 45; WR 2018a: 35).

An diesen Ereignissen werden die Brüche zwischen dem Managementdiskurs und einem neoliberalen Diskurs sichtbar. Zwar handelt es sich beim Kontraktmanagement um ein strategisches Steuerungsinstrument, aber die Umsetzung kann als interdiskursive Praktik betrachtet werden, weil durch Hochschulverträge eine Verbindung zwischen einer pastoralen und neoliberalen Regierungspraxis entsteht (vgl. Foucault 2004b: 115; Link 2012: 58 f.). Trotz des Spannungsfeldes zur managerialen Autonomie der Hochschulleitung durch das Kontraktmanagement scheinen sich herrschende Subjekte des Managementdiskurses anders mit wohlfahrtsstaatlichen Interventionen zu arrangieren als die eines neoliberalen Diskurses, welche die staatlichen Eingriffe in einen (Quasi-)Markt kategorisch ablehnen (vgl. Eucken 1997: 40; Röpke 1997: 29). Sichtbar wird dieser Zusammenhang auch an der Strategie Europa 2020, denn hier verspricht der Bund einerseits, die Investitionen im Hochschulbereich zu steigern und für Planungssicherheit zu sorgen (vgl. HRK 2011b: 11 f.). Andererseits stärkt das Regierungsprogramm die Autonomie der Hochschulleitung und fördert damit eine Ausweitung managerialer Praktiken im Hochschulsystem der BRD (vgl. HRK 2014e: 4 f.). Schlussendlich markieren die Bildung strategischer Netzwerke (z. B. Berlin University Alliance) und die Generierung von Regierungswissen durch eine dienstfertige Wissenschaft relevante Ereignisse, die dem NPM-Diskurs zu einer Expansion in der deutschen Hochschullandschaft im Verlauf der 2010er-Jahre verhalfen (vgl. Berlin University Alliance 2019; BMBF 2018: 27–32; HRK 2013a: 6; WR 2011a: 48). Zusammenfassen lassen sich die Phasen des Managementdiskurses mit der folgenden Tabelle (Tabelle 5.1: Phasen des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019).

Tabelle 5.1 Phasen des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft von 1993 bis 2019

	Konstituierungsphase von 1993–2000	Aktionsphase von 2000–2010	Expansionsphase von 2010–2019
Probleme	<ul style="list-style-type: none">  Mangelnde Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hochschulen und ihrer Angehörigen  Rechtliche Rahmenbedingungen und traditionelle akademische Steuerungsmodelle  Knappe Ressourcen sowie Effizienz- und Qualitätsverluste in Lehre und Forschung 	<ul style="list-style-type: none">  Wiederkehrende Problematisierungen wie knappe Ressourcen, Wettbewerbsfähigkeit, rechtlicher Rahmen und traditionelle Steuerungsmodelle  Brain drain  Mangelnde Leistungsfähigkeit von Wissenschaftler*innen und Studierenden 	<ul style="list-style-type: none">  Wiederkehrende Problematisierungen wie knappe Ressourcen, Wettbewerbsfähigkeit, rechtlicher Rahmen und Steuerungsmodelle  Unintendierte Effekte wettbewerbsförmer Ressourcenallokation und managerialer Praktiken  Mangelndes (Regierungs-)Wissen für strategische und wissenschaftspolitische Entscheidungen
Zielsetzungen & Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none">  Steigerung eines staatlichen inszenierten Wettbewerbs um knappe Ressourcen  Mangelnde und unternehmerische Autonomie der Hochschulleitung  Einführung strategischer Steuerungsinstrumente z. B. Evaluierungen, leistungsorientierte Mittelverteilung und Kontraktmanagement 	<ul style="list-style-type: none">  Effizienzsteigerung von Hochschulen und ihren Angehörigen  Einführung von Rankings-, Akkreditierungen und anderen standardisierten Qualitätsmanagementverfahren  Flexibilisierung der wissenschaftlichen Personalstruktur sowie ein ausorientiertes, wettbewerbsfähiges Personalmanagement 	<ul style="list-style-type: none">  Ausweitung von staatlich und hochschulinternen Wettbewerben auf geschützte Räume  Kombination von quantitativen Indikatoren sowie Ergänzung durch akademische Expert*innenkultur  Verknüpfung zwischen Profilbildung und Personalmanagement z. B. strategische Berufungen, Drittmitteldauerstellen und Shared Professorship
Ereignisse	<ul style="list-style-type: none">  Formierung einer Wissensgesellschaft  Bologna-Erklärung 1999  Novellierung des Hochschulrahmengesetzes 1998 	<ul style="list-style-type: none">  Formierung eines Europäischen Hochschul- und Forschungsraums  Lissabon-Strategie 2000 sowie Novellierungen des Hochschulrahmengesetzes 2001 und des Arbeitsnehmerfindungsgesetzes 2002  W-Besoldungssystem 2005 sowie Wissenschaftszeitvertragsgesetz 2007 und Einführung von Juniorprofessuren 	<ul style="list-style-type: none">  Strategie Europa 2020  Qualitätspakt Lehre und Hochschulpaket 2020  Novellierung von Landesbesoldungsgesetzen und Experimentierklauseln in Hochschulgesetzen  Bildung von strategischen Netzwerken wie der Berlin University Alliance und Generierung von (Regierung-)Wissen

Vor dem Hintergrund der Tabelle 5.1 und des historischen Abrisses können folgende Hypothesen für die Analyse der Tiefenstruktur des Managementdiskurses sowie für die Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse generiert werden.

Hypothese 1: Aus dem Muster der anhaltenden Kritik an verschiedenen Problemkonstellationen eröffnet sich ein Hinweis auf die Phänomenstruktur des NPM-Diskurses, denn phasenübergreifend nutzt der Managementdiskurs (wiederkehrende) Problematisierungen als referenziellen Bezugsrahmen (vgl. Keller 2011: 248 f.). Zu den häufigsten Notständen zählen knappe öffentliche Ressourcen und eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sowie ineffiziente Steuerungsmodelle mit nicht-intendierten Effekten und eine mangelnde (individuelle) Leistungsfähigkeit (vgl. Deutschlandfunk 1999; DFG 2009; HRK 1995a; 2018c: 5 f.). Um diese Notstände zu bearbeiten, halten herrschende Subjekte des Managementdiskurses verschiedene Lösungsvorschläge und konkrete Handlungsanweisungen bereit, die sich u. a. in einer Steigerung der Qualität, Effizienz, Autonomie sowie der Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen widerspiegeln (vgl. HRK 1998c; 2013b; WR 2010a: 107). Gleichwohl entsteht durch diese unabschließbaren Anrufungen ein interdiskursiver Link, welcher die einzelnen Fragmente des NPM-Diskurses miteinander verbindet und stabilisiert. Insofern kann angenommen werden, dass der Managementdiskurs nicht darauf abzielt, diagnostizierte Probleme zu lösen, sondern darauf angewiesen ist, Notstände lediglich mit managerialen Praktiken zu aktualisieren. Aus diesem Grund ist der NPM-Diskurs vom Fortbestehen – nicht jedoch von der Lösung – gesellschaftlicher und universitärer Problemkonstellationen abhängig. Anderenfalls würden manageriale Anrufungen und Praktiken ihren Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit von Hochschulen verlieren. Denn wenn es keine Probleme mehr gäbe, wären die Lösungsvorschläge von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses überflüssig. Die (inter-)diskursive Konstruktion eines anhaltenden Zustands knapper Ressourcen und des Wettbewerbs scheint also die Basis des NPM-Diskurses zu bilden. Diesbezüglich könnte auch erklärt werden, warum trotz einer Entfesselung und Expansion von managerialen Praktiken sich bestimmte Problematisierungen über drei Jahrzehnte äußerst hartnäckig in der deutschen Hochschullandschaft halten bzw. immer neue Notstände hinzukommen (vgl. FU Berlin 2014b: 13; WR 2012: 84). Im Verlauf der Entwicklungsphasen nutzen herrschende Subjekte des Managementdiskurses eine neoliberale Plausibilisierungsstrategie, die u. a. in der Annahme zum Vorschein kommt, dass nicht die wettbewerbsförmige Allokation von Mitteln für unbeabsichtigte Effekte verantwortlich ist, sondern fehlende Anreizstrukturen in allen

relevanten Steuerungsbereichen (vgl. HRK 2016a: 2; WR 2015b: 109; 2018b: 46 f.).

Hypothese 2: Im diesem Zusammenhang kann angenommen werden, dass die Steuerung von akademischen Verhaltensweisen über wettbewerbsförmige Anreizstrukturen einen Teil der politischen Rationalität des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft bildet. Auf diese Weise entsteht eine Analogie zum neoliberalen Diskurs, da ebenfalls Herrschaftsinteressen über eine „Formalisierung der Wettbewerbsmechanismen“ (Foucault 2004b: 230 f.) durchgesetzt werden sollen (vgl. Foucault 2004a: 162, Rüstow 1949: 133 ff.). Jedoch forcieren herrschende Subjekte des Managementdiskurses keine Marktherrschaft, sondern eine Herrschaft über manageriale Anreizsysteme. Eine Abgrenzung des Managementdiskurses von einer neoliberalen Wissenspolitik entsteht durch die Verbindung zu einer pastoralen Regierungsweise, wodurch eine Intergouvernementalität erzeugt wird (vgl. Foucault 2004b: 115; Link 2012: 58 f.). Mit dieser Ratio erscheint die Expansion managerialer Praktiken trotz unbeabsichtigter Effekte plausibel, da ein dauerhaftes Wachstum das Ziel darstellt. Falls manageriale Praktiken also Probleme verursachen, liegt das an einer unzureichenden Umsetzung, nicht jedoch am Geltungsanspruch des NPM-Diskurses (vgl. WR 2018a: 29). Deswegen ist der Managementdiskurs auf ein ständiges Wachstum von (selbst erzeugten) Notständen angewiesen, um diese mit geeigneten Praktiken zu bearbeiten und seinen Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit von Hochschulen zu sichern. Zudem entsteht mit der dynamischen Expansion des NPM-Diskurses eine zunehmende Nachfrage nach Regierungswissen (vgl. WR 2011a: 48). Bei der Generierung von Regierungswissen ist die Komplizenschaft von Wissenschaftler*innen notwendig, für deren Beteiligung Anreize geschaffen werden (vgl. FU Berlin 2019g; WR 2011a: 48). Durch die Generierung von Regierungswissen mit standardisierten Steuerungsinstrumenten wie Datenbanken werden Herrschaftstechnologien einer Kontrollgesellschaft erzeugt (vgl. Deleuze 1993; WR 2019: 15).

Hypothese 3: Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, dass durch Regierungswissen ein akademisches Subjektivierungsregime der besonderen Art hervorgebracht wird. Denn mithilfe einer Klassifizierung von persönlichen Daten entsteht ein Subjektivierungsregime, welches Interessen ohne unmittelbaren Zwang kanalisiert sowie Subjekte in Chiffren zerlegt und damit individualisiert, weil die Persönlichkeit des Einzelnen auf (Kenn-)Zahlen reduziert wird (vgl. Deleuze 1993: 254–258). Diesbezüglich wandelt sich unter einem unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsregime die reine zu einer dienstfertigen Wissenschaft (vgl. BMBF 2018: 31; Bourdieu 1992: 205 ff.; WR 2015b: 50 f.).

Hypothese 4: Folglich kann die Annahme formuliert werden, dass Anreize des Managementdiskurses bei Wissenschaftler*innen zu einem Anpassungsverhalten führen sollen. Die managerialen Praktiken sollen bei akademischen Subjekten einen Dienst nach Vorschrift erzeugen, d. h. Wissenschaftler*innen orientieren sich an Indikatoren der Leistungsbewertung sowie an Themen und Profilen von Drittmittelgeber*innen. Dementsprechend besitzt evidenzbasiertes Regierungswissen eine Doppelfunktion für den NPM-Diskurs: Einerseits können das Hochschulmanagement und die Wissenschaftspolitik mithilfe von managerialen Praktiken die Interessen von akademischen Subjekten kanalisieren und deren Verhaltensweisen steuern. Andererseits sind herrschende Subjekte des Managementdiskurses auf die Hilfe von Wissenschaftler*innen angewiesen, um die Reichweite von managerialen Praktiken in der akademischen Gemeinschaft zu steigern (vgl. BMBF 2018: 26). Zusätzlich dürfte eine akademische Expert*innenkultur für Akzeptanz von managerialen Praktiken in der akademischen Gemeinschaft sorgen (vgl. WR 2004: 30 ff., 2012: 39 f.). Schließlich erzeugt diese Expert*innenkultur Symbole des wissenschaftlichen Erfolgs, sodass Drittmittel in den vergangenen drei Dekaden einen herausragenden Stellenwert in der Leistungsbewertung von Hochschulen und ihren Angehörigen erhalten haben (vgl. FU Berlin 2019b; WR 2010b: 25 f.).

Hypothese 5: Es ist also naheliegend, dass akademische Subjekte die Leistungen anderer Wissenschaftler*innen ebenfalls über die unternehmerische Fähigkeit, Drittmittel einzuwerben, beurteilen. Sollte sich diese Annahme während der Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse erhärten, spiegelt sich in der deutschen Hochschullandschaft eine Veridiktion des (Quasi-)Marktes wider (vgl. Foucault 2004b: 56). Die Wahrheit des akademischen Quasi-Marktes würde nicht nur für die Politik und das Management richtungsweisend sein, sondern auch Wissenschaftler*innen qua ihres Drittmittelerfolgs zeigen, ob sie das Richtige tun. In diesem Kontext entsteht eine Verbindung zum neoliberalen Diskurs, weil Wissenschaftler*innen durch den akademischen Quasi-Markt navigiert werden (vgl. Röpke 1997: 57). Infolgedessen bildet der Indikator Drittmittel ein Symbol für wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und transformiert wissenschaftliche Qualität in Kennzahlen (vgl. FU Berlin 2019b). Würden Wissenschaftler*innen die Fähigkeit, Drittmittel einzuwerben, dagegen nicht als Qualitätsmerkmal ihrer Arbeit betrachten, würde dies zu einem Bruch mit der neoliberalen Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses führen (vgl. DFG 2018: 13).

5.2 Phänomenstruktur des New Public Management-Diskurses

Ursachen: Wie bereits im historischen Abriss deutlich wurde, konstituierte sich der Managementdiskurs am Anfang der 1990er-Jahre in der deutschen Hochschullandschaft über wissenschafts- und gesellschaftspolitische Problematisierungen, die bis dato immer wieder aktualisiert, erweitert und durch neue Problemfelder ergänzt werden (vgl. HRK 2004a: 6; WR 1993: 24; 2018b: 34). Dahingehend verknüpfen herrschende Subjekte des Managementdiskurses gesellschaftliche Notstände wie einen drohenden Fachkräftemangel mit Problemkonstellationen im universitären Feld, worin eine wesentliche Übersetzungsleistung von Vertreter*innen des NPM-Diskurses besteht. Der zweite Transfer entsteht, indem strukturelle Probleme von deutschen Hochschulen mit individuellen Problematisierungen ihrer Angehörigen verbunden werden. Die Übersetzungsleistung von Subjekten des Managementdiskurses erzeugt damit sowohl einen mehrdimensionalen referenziellen Bezugsrahmen als auch Problematisierungen von knappen öffentlichen Ressourcen bis hin zu einer mangelnden individuellen Leistungsfähigkeit (vgl. HRK 1995a; Deutschlandfunk 1999).

Verantwortung bzw. Zuständigkeit: Dieser Zusammenhang spiegelt sich ebenfalls in Zuständigkeitszuschreibungen wider, da die Wirtschaft, (Wissenschafts-)Politik sowie Wissenschaft und Hochschulen vom Managementdiskurs angerufen werden, die konstatierten Probleme zu lösen (vgl. BMBF 2018: 31; Friedmann; Koch & Mohr 2004; WR 2015b: 50 f.). Zu den wichtigsten Adressat*innen zählen Bund und Länder, Wissenschaftspolitik, die Hochschulleitung und das Management als auch Wissenschaftler*innen (vgl. HRK 2001a; WR 2018a: 37).

Handlungsbedarf und Problemlösung: Zur Lösung der Notstände halten herrschende Subjekte des Managementdiskurses klare Handlungsanweisungen bereit: Bund und Länder sollen ihre Investitionen im Hochschulbereich steigern und die Mittel wettbewerbsförmig nach Leistung verteilen (vgl. HRK 2001b; 2004a; 2013a: 8). Gleichwohl soll sich der staatliche Finanzier aus der Detailsteuerung von Hochschulen zurückziehen bzw. auf das Kontraktmanagement beschränken sowie der Hochschulleitung unternehmerisch-manageriale Freiheiten geben (vgl. HRK 2004a; WR 2006: 25). Die Wissenschaftspolitik ist einerseits für die Übersetzungsarbeit zwischen Hochschulen und Gesellschaftspolitik verantwortlich und andererseits für die Umsetzung einer wettbewerbsförmigen, leistungsorientierten Allokation von (knappen) öffentlichen Mitteln und anderer Praktiken des NPM-Diskurses (vgl. HRK 2002; WR 2012: 60). Dadurch ist

die Wissenschaftspolitik – „als politische Stimme von [...] deutschen Hochschulen“ (HRK 2011b: 4) – gewissermaßen einer der wichtigsten interdiskursiven Schnittpunkte des Managementdiskurses im universitären Feld der BRD. In Anbetracht des staatlichen Rückzugs aus der Detailsteuerung sprechen Subjekte des NPM-Diskurses der Hochschulleitung und dezentralen Verwaltungseinheiten die Freiheit zu, über finanzielle und menschliche Ressourcen zu verfügen (vgl. Enders, de Boer & Weyer 2013: 7; HRK 2017: 2). Gleichzeitig resultiert aus der managerialen Autonomie der Hochschulen die Aufforderung, mit strategischen Steuerungsinstrumenten die Qualität in Lehre und Forschung zu verbessern sowie als „eigenverantwortlicher Akteur“ (HRK 2017: 2) zu agieren. Dadurch werden Hochschulen und ihre Angehörigen im Verlauf des Transformationsgeschehens zunehmend angerufen, unternehmerisch zu handeln, da Eigenverantwortung an ein neoliberales Freiheitsverständnis gebunden ist (vgl. Eucken 1949: 27). Demzufolge sollen Hochschulen ihre Eigenfinanzierung stärken und über öffentliche Mittel im Rahmen von Globalhaushalten verfügen (vgl. HRK 2013b; WR 2018a: 91). Kurzum: Um verschiedene Notstände zu lösen, sollen Hochschulen strategisch und unternehmerisch handeln, ohne jedoch zum Unternehmen zu werden (vgl. WR 2010b: 30).

In diesem Zusammenhang entstehen für akademische Subjekte ähnliche Handlungsanweisungen wie für Hochschulen, denn Wissenschaftler*innen sollen „Forschung im Auftrag oder in Zusammenarbeit mit Unternehmen [betreiben]“ (FU Berlin 2019g), Erfindungen vermarkten, Professor*innen sollen Führungskompetenzen entwickeln und Studierende Unternehmen gründen (vgl. FU Berlin 2019f; 2019g). Mit diesen unternehmerisch-managerialen Skripten entsteht eine arbeitsteilig organisierte Transformation der deutschen Hochschullandschaft, die über den gesamten Untersuchungszeitraum von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses mit einer äußersten Dringlichkeit behandelt wird (vgl. FU Berlin 2018a: 90 f.; HRK 2000; WR 1996: 3). Insbesondere in den späten 1990er- und frühen Nullerjahren besteht durch die Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft infolge von wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Problemlagen ein dringender Handlungsbedarf. Denn die Zukunft und der Wohlstand von Deutschland stünden zur Disposition, wenn nicht rasch die Transformation von deutschen Hochschulen unter dem Primat von NPM vorangetrieben werde (vgl. HRK 2002; WR 2013: 6). Der Duktus dieser Zeit wird auch in Publikationen von Angehörigen der Hochschulleitung wie dem damaligen Gründungsrektor der Universität Erfurt, Peter Glotz (1996), deutlich, der mit seinem Buch die rhetorische Frage „Im Kern verrottet?“ aufwirft und konstatiert, es sei „fünf vor zwölf an Deutschlands Universitäten“. Insofern kann mit dem

interdiskursiv erzeugten Handlungsbedarf auch erklärt werden, warum die Nullerjahre überwiegend von „action“ und weniger von „talk“ (Schimank 2002: 30) geprägt waren.

Selbst- und Fremdpositionierung: In diesem Kontext wird der Managementdiskurs von Akteur*innen des unternehmerisch-managerialen Regimes im universitären Feld und in der Gesellschaft als effizienter, transparenter Dienstleister mit adäquaten Lösungsansätzen für (selbst verursachte) Notstände präsentiert (vgl. WR 2011a: 7). Mit dem Selbstverständnis eines Krisenmanagers kanalisiert der NPM-Diskurs allgemeine, (wissenschafts-)politische und wissenschaftliche Interessen (vgl. Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006: 7 f.; HRK 1999b; WR 2006: 82). Zu diesem Zweck werden Hochschulen und ihre Angehörigen mit unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsformen angerufen. Infolgedessen „müssen [Subjekte] lernen, mit knappen Ressourcen hauszuhalten und das Beste aus dem Vorhandenen zu machen“ (FU Berlin 2014b: 13). Vor diesem Hintergrund sollen sich Hochschulen und ihre Angehörigen mit einer interdiskursiv konstruierten Wirklichkeit arrangieren, indem sie sich die Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses aneignen. Demnach werden nicht nur beherrschte Subjekte aufgefordert, sich an eine Lebenstotalität unter NPM anzupassen, sondern auch herrschende Subjekte werden zu dieser Anpassungsleistung gezwungen, zumindest wenn sie durch den Managementdiskurs über Dinge im universitären Feld herrschen möchten (vgl. Link 2007: 221; WR 2006: 23).

Der NPM-Diskurs erzeugt jedoch auch zunehmend Widerstand in der deutschen Hochschullandschaft (vgl. HRK 2004b). Infolge der fundamentalen Reorganisation ab den 2000er-Jahren entsteht ein Kampf um Geltungsanspruch und Deutungshoheit zwischen herrschenden Subjekten des Managementdiskurses und des wissenschaftlichen Spezialdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft (vgl. WR 1996: 32 f.; 2018a: 55 f.). In diesem Zusammenhang werden traditionelle akademische Werte wie die Freiheit von Lehre und Forschung von Vertreter*innen des Managementdiskurses als „Humboldt-Mythos“ (WR 2015b: 43) deklariert und durch einen managerial-unternehmerischen Freiheitsbegriff ersetzt (vgl. WR 2006: 82). Neben dem wissenschaftlichen Spezialdiskurs erzeugt ab den 2010er-Jahren ein wissenschaftspolitischer Diskurs mit Problematisierungen von nicht-intendierten Effekten ein Spannungsfeld zur Wissenspolitik des NPM-Diskurses (vgl. DFG 2013: 43; HRK 2018c: 5 f.; WR 2018a: 15). Da es sich jedoch bei den ungewollten Folgen von managerialen Praktiken um ein gemeinsames Problemfeld von Wissenschaftspolitik und NPM handelt und herrschende Subjekte des Managementdiskurses auf die Kritik reagieren können,

tragen diese Problematisierungen nicht zu einer Erosion, sondern zu einer Expansion des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft bei (vgl. Abschnitt 5.1.3 Expansionsphase).

Eine weitere Konfliktarena entsteht durch das Freiheitsverständnis eines neoliberalen Diskurses (vgl. WR 2018a: 91). Dieses Spannungsfeld objektiviert sich im Widerstand zwischen einem staatlich inszenierten (Exzellenz-)Wettbewerb und der managerialen Autonomie der Hochschulleitung, die durch Interventionen eines neoliberalen Wettbewerbsstaates gefährdet wird (vgl. WR 2010a: 122; 2010b: 28; 2018a: 91). Dahingehend erzeugt auch ein Exzellenzdiskurs mit einer nicht skalierbaren Qualität Brüche zum Managementdiskurs im universitären Feld der BRD, weil Qualität in jedem Fall über Indikatoren messbar und transparent sein soll (vgl. WR 2010b: 28; 2012: 7). Weiterhin unterminiert der Exzellenzwettbewerb die manageriale Autonomie der Hochschulleitung, da die Entwicklung unterschiedlicher Profile durch die Ausrichtung auf international sichtbare Spitzenforschung behindert wird (WR 2010b: 26 f.). Demnach kann

„die Antwort auf die beschriebenen Spannungen [...] nicht nur darin bestehen, die Reformen der vergangenen Jahrzehnte noch konsequenter umzusetzen. Ebenso wenig empfiehlt sich eine Rückkehr zum Modell der Gruppenhochschule. Eine erneute grundlegende Governance-Reform hält der Wissenschaftsrat zu diesem Zeitpunkt nicht für erforderlich. Vielmehr sollten Hochschulen selbst Verantwortung für die Gestaltung ihrer Governance-Strukturen und -Prozesse übernehmen. Politische Akteure und Förderer sollten sie dabei unterstützen, indem sie ihnen – in einem stabilen rechtlichen Rahmen – hohe Autonomie gewähren und sie in die Lage versetzen, neu gewonnene Freiräume auch zu nutzen“ (WR 2018a: 8).

Diesbezüglich finden Abgrenzungen des deutschen NPM-Diskurses von Managementdiskursen in anderen Ländern statt (vgl. HRK 2004d: 9; WR 2004: 42; 2006: 23 f.; 2010b: 30; 2011a: 23; 2018a: 16). Grundlegende (inhaltliche) Brüche entstehen durch politische Anrufungen der internationalen NPM-Diskurse sowie durch die Rahmenbedingungen von Hochschulen in den jeweiligen Ländern. Die herrschenden Subjekte des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft grenzen sich insbesondere von Ideen eines deregulierten Wettbewerbs zwischen Hochschulen und hierarchischen Leitungsstrukturen wie in den USA ab (vgl. WR 2006: 23 f.). Stattdessen soll

„die Verlagerung von Kompetenzen vom Staat auf die Hochschulen bei gleichzeitiger Konzentration des Staates auf die Steuerung über strategische Ziele [stattfinden]. Wettbewerb bleibt ein wesentliches Instrument, um Qualität, Flexibilität und Effizienz zu steigern, wird aber als regulierter Wettbewerb unter staatlich definierten Rahmenbedingungen begriffen“ (ebd.).

Gewissermaßen kristallisiert sich in diesen Selbst- und Fremdpositionierungen von Subjekten des NPM-Diskurses eine spezifische politische Rationalität heraus, die sich jedoch von einer neoliberalen Ratio unterscheidet.

Politische Rationalität: Ein Unterschied entsteht durch die Bedeutung von Wettbewerb, da nach der Selbstpositionierung des Managementdiskurses eine soziale Wettbewerbsordnung kein vorrangiges Ziel ist, sondern ein strategisches Instrument darstellt, um Herrschaftsinteressen durchzusetzen. Denn

„der Wettbewerb zwischen Hochschulen gehört zu den Instrumenten des Neuen Steuerungsmodells, die am umfassendsten implementiert wurden und den stärksten Einfluss auf die Hochschulen hatten. [...] Zahlreiche Ausschreibungen wie die Exzellenzinitiative, der Qualitätspakt Lehre, die Qualitätsoffensive Lehrerbildung, die Innovative Hochschule u. a. m. sollten den Hochschulen Gelegenheiten und Anlässe bieten, ihre Profilbildung voranzutreiben und nach außen sichtbare strategische Schwerpunkte und Leitbilder zu entwickeln. Dies hat die generelle Ausdifferenzierung des Hochschulsystems verstärkt, sowohl vertikal wie horizontal“ (WR 2018a: 39).

Dementsprechend gibt es Überschneidungen zwischen der politischen Rationalität des NPM-Diskurses und der gouvernementalen Vernunft eines europäischen Neoliberalismus, weil versucht wird, mit Anreizen des Wettbewerbs – ohne unmittelbaren Zwang – die Interessen von Wissenschaftler*innen zu kanalisieren und zu steuern (vgl. WR 2010b: 83). Im Verlauf der Transformation von traditionellen zu unternehmerischen Hochschulen werden die Interessen von akademischen Subjekten zur Hauptzielscheibe der Regierungsanstrengungen von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses. Mithilfe von managerialen Praktiken werden persönliche Interessen mit wissenschaftsadäquaten Anreizsystemen verknüpft, indem individuelle Belange von akademischen Subjekten gefördert werden (vgl. HRK 2004a; WR 2006: 82). Auf diese Weise soll ein Interessenausgleich zwischen Prinzipal*innen und Agent*innen stattfinden (vgl. Saam 2002: 31 f.; WR 2006: 82).

Da sich die Subjekte rund um den Managementdiskurs mit der Lösung von (wissenschafts-)politischen und gesellschaftlichen Notständen beschäftigen, liegt es nahe, dass Partikularinteressen über manageriale Anreizsysteme in die wissenschaftliche Arbeit manövriert werden (vgl. HRK 2002; WR 2013: 6). Zur wichtigsten Wissensform des NPM-Diskurses zählt „wissenschaftsspezifisches Managementwissen“ (WR 2014: 53). Hierbei handelt es sich um evidenzbasierte Erkenntnisse über den Output von Hochschulen und ihrer Angehörigen sowie die (nicht-)intendierten Effekte von managerialen Praktiken und Interessen von akademischen Subjekten (FU Berlin 2018a: 76 f.; WR 2018b: 23; 2019: 26).

Das manageriale Regierungswissen erfüllt bei der akademischen Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität mehrere Funktionen: Erstens bildet Regierungswissen die Basis, um die Interessen von akademischen Subjekten und deren Verhaltensweisen zu steuern. Zweitens kann mit Regierungswissen in Form von Wirkungsanalysen die Reichweite von managerialen Praktiken ausgelotet und die Akzeptanz für strategische Steuerungsinstrumente in der akademischen Gemeinschaft erhöht werden, weil Wissenschaftler*innen an der (Re-)Produktion dieser Wissensform beteiligt werden und über Anreizsysteme von ihrer Partizipation profitieren (vgl. BMBF 2018: 26). Weiterhin reduziert Regierungswissen die komplexe soziale Wirklichkeit im universitären Feld auf Indikatoren und Kennzahlen, wodurch akademische Subjekte dividualisiert werden (vgl. Deleuze 1993: 254–258). Schlussendlich erzeugt evidenzbasiertes Regierungswissen Symbole des Erfolgs, die von Wissenschaftler*innen, der Hochschulleitung, (Wissenschafts-)Politik und Gesellschaft zur Selbstvergewisserung genutzt werden (vgl. FU Berlin 2019b; HRK 1999b; WR 2010b: 25 f.). Vor diesem Hintergrund schreibt sich in die politische Rationalität des Managementdiskurses die gouvernementale Vernunft eines neoliberalen Diskurses ein, da hier ebenfalls eine Selektion durch marktkonforme Verhaltensweisen angestrebt wird (vgl. Hayek 1991: 105). Oder anders formuliert:

„Zur Steigerung des Wettbewerbs soll ein Tableau von ziel- und leistungsbezogenen Maßnahmen eingesetzt werden, das Unterschiede in der Leistungsfähigkeit transparent macht, Anreize für ein bestimmtes Verhalten setzt – und die Akteure schließlich auch belohnt oder sanktioniert. Die Befürworter sehen ein motivationsförderndes Moment darin, dass ‚gute‘ wissenschaftliche Leistungen auch materiell belohnt werden können, wobei vorausgesetzt wird, dass eine gezielte institutionelle Ressourcenverteilung anhand valider Kriterien möglich ist. Diese Position hat sich in der Wissenschaftspolitik weitestgehend durchsetzen können und prägt heute die Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems“ (WR 2011a: 7 f.).

Die Interdiskursivität des NPM-Diskurses sorgt jedoch auch für ein Spannungsverhältnis zur gouvernementalen Vernunft des Neoliberalismus. Eine zentrale Konfliktarena entsteht durch die Übersetzungsarbeit von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses zwischen Wissenschaft, (Wissenschafts-)Politik und Gesellschaft (vgl. HRK 2013a: 8 f.; WR 2012: 59; 2018a: 65 ff.). Denn durch die „vermittelnde Rolle“ (WR 2018a: 65) von Vertreter*innen des NPM-Diskurses kann sich auch die politische Rationalität einer pastoralen Regierungsweise in managerialen Praktiken einschreiben (vgl. Foucault 2004a: 189). Sichtbar wird die pastorale Regierungspraxis beim Kontraktmanagement zwischen der Politik

und den Hochschulen, denn mit Hochschulverträgen sollen neben einer leistungsorientierten Verteilung von (knappen) öffentlichen Mitteln für Hochschulen und ihre Angehörigen „Verlässlichkeit und Kontinuität für die Gestaltung der Studienangebote gewährleistet werden]“ (WR 2018b: 5). Insbesondere die Festlegung von Absolvent*innenzahlen zur Sicherung von Lehrkräften an Schulen erinnert an planwirtschaftliche Praktiken mit der wohlthätigen Absicht, dass „Heil der Herde“ (Foucault 2004a: 189) zu sichern (vgl. Fach 2015: 112 f.; Land Berlin 2014: 7; Steinitz & Walter 2014: 45).

Es kann also festgehalten werden, dass die politische Rationalität des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft weder einer neoliberalen gouvernementalen Vernunft noch einer pastoralen Regierungsweise vollkommen entspricht. Vielmehr führt die Interdiskursivität des Managementdiskurses zu einer Intergouvernementalität. Hierbei handelt es sich um eine Fusion von verschiedenen Regierungsweisen, die sich im Managementdiskurs durch die vermittelnde Rolle einiger Subjekte ablagert. Insofern erzeugt die Interdiskursivität ein System von unterschiedlichen Regierungsweisen (vgl. Foucault 2004b: 115). Durch die Intergouvernementalität werden Anreize der Sicherheit und des Wettbewerbs miteinander verbunden, wodurch es herrschenden Subjekten des NPM-Diskurses gelingt, verschiedene Interessensgruppen zu orchestrieren. Zur Hauptzielscheibe des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft zählen die Interessen von Wissenschaftler*innen, Angehörigen der Hochschulleitung und Verwaltung sowie (Wissenschafts-)Politik und Gesellschaft. Die wichtigste Wissensform dieser intergouvernementalen Vernunft ist evidenzbasiertes Regierungswissen, das die Basis von wissenschaftsadäquaten Anreizsystemen und politischen Interventionen darstellt. Stabilisiert werden manageriale Herrschaftstechnologien durch ein strategisches Dipositiv, welches (Un-)Sicherheit, (Un-)Sichtbarkeit, Subjektivierungsformen sowie Symbole und Werte (re-)produziert.

Wertbezug: Mithilfe von strategischen Anreizsystemen greifen herrschende Subjekte des Managementdiskurses akademische Werte wie die Freiheit von Lehre und Forschung auf und deuten diese um, denn wissenschaftliche Autonomie wandelt sich unter NPM zu einer Ressource der Menschenführung. Aus diesem Grund wird die Zweckfreiheit, Interessenslosigkeit und Unbeeinflussbarkeit von Lehre und Forschung zu einer Zeit- und Ressourcenautonomie transformiert (vgl. Bourdieu 1992: 206; WR 2006: 82). Durch das unternehmerisch-manageriale Freiheitsverständnis beinhaltet wissenschaftliche Autonomie „die Projektleitung

und die eigenständige Einwerbung von Drittmitteln“ (WR 2014: 63). Infolgedessen wird wissenschaftliche Autonomie zu einem zentralen Anreiz für akademische Subjekte, sich an die Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses anzupassen. Gleichzeitig verschiebt sich mit dem unternehmerisch-managerialen Freiheitsverständnis die Autonomie von Wissenschaftler*innen zur Freiheit der Hochschulleitung und des Managements (vgl. HRK 2018c: 5; WR 2018a: 14). Hierzu wird ein wissenschaftlicher Wettbewerb um neue Erkenntnisse mit einem Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg verbunden (vgl. HRK 2014b: 2; WR 2018a: 50). Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, dass wissenschaftliche Konflikte und ihre Wissenseffekte transformiert werden, da sich Kritik zur Konkurrenz verschiebt (vgl. Reitz 2016). Mit anderen Worten:

„Wenn Kritik durch Konkurrenzmechanismen verdrängt oder eingehegt wird, weil das Wissenschaftssystem ohne sie reibungsloser und selbstbezoglicher arbeiten sowie effektiver regiert werden kann, ist das mehr als eine gleichsam automatische Selbstneutralisierung oder produktive Eingliederung der kritischen Impulse. Es bedeutet eine Umstellung in den praktischen Routinen der Wissenschaft“ (ebd.: 53).

Ebenso wird mit einem strategischen Qualitätsverständnis Bezug auf das Selbstverständnis von akademischen Subjekten genommen, denn grundsätzlich wird anerkannt, dass Peers die Qualität in Lehre und Forschung bewerten (vgl. WR 2011a: 16). Wohingegen unklare akademische Bewertungspraktiken durch transparente Indikatoren und Kennzahlen ersetzt werden sollen (vgl. WR 2015a: 37). Die messbare Qualität stellt eine Übersetzungsleistung von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses dar, weil unklare Technologien in Lehre und Forschung für Außenstehende über Kennzahlen zugänglich gemacht werden (vgl. DFG 2018: 13; Huber 2012: 243; WR 2010b: 28; 2014: 82). So gelten beispielsweise eingeworbene Drittmittel als „Ausweis der Forschungsqualität“ (DFG 2018: 13). In diesem Zusammenhang wird von Reformkritiker*innen wie Münch (2011: 94) „eine Ersetzung der akademischen durch manageriale Qualitätssicherung, eine Verdrängung des *Homo academicus* durch den *Homo oeconomicus* [prognostiziert].“ Ob die Transformation von traditionellen akademischen Wertbezügen der Freiheit, des Wettbewerbs und der Qualität tatsächlich zu nahtlosen Übergängen in akademische Subjektivierungsweisen führt, wird sich im Verlauf der Subjektivierungsanalyse zeigen.

Zunächst kann konstatiert werden, dass die Übersetzungs- und Transformationsarbeit des Managementdiskurses akademische Werte sowohl für die Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht als auch traditionelle Wertvorstellungen

innerhalb eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses mit einer unternehmerisch-managerialen Wissens- und Identitätspolitik besetzt. Dazu nutzen Vertreter*innen des NPM-Diskurses Begriffe, die einen traditionellen Wertbezug suggerieren, und deuten diese mithilfe von akademischen Subjekten um. Mit dieser Vorgehensweise wird das deutsche Hochschulsystem – zumindest auf einer diskursiven Ebene – transformiert. Gleichwohl beziehen sich Subjekte des Managementdiskurses auf gesellschaftspolitische und ökonomische Werte. Dahingehend sind Flexibilität, Transparenz und Effizienz relevante Wertbezüge im Managementdiskurs der deutschen Hochschullandschaft (vgl. HRK 2009: 7 f.; SPD 2004: 8; WR 2011a: 11). Im Allgemeinen wird mit Effizienz das Pareto-Optimum reproduziert, laut dem „es bei gegebener Ressourcenausstattung und Technologie nicht möglich ist, von mindestens einem Gut mehr und von allen anderen Gütern mindestens genauso viel herzustellen“ (Roberts, Mosena & Winter 2010: 785). Im Besonderen wird unter Effizienz ein qualitätsgewichteter Output von Hochschulen und ihren Angehörigen verstanden, der „im Sinne der Effektivität [...] hier in Relation zum Aufwand zu bewerten [ist]. Für die Erfassung des Aufwands können z. B. der Personaleinsatz oder die eingesetzten Mittel berücksichtigt werden“ (WR 2004: 46). Insofern transformiert die eigenwillige Übersetzung von Vertreter*innen des NPM-Diskurses ökonomische in eine manageriale Effizienz, weil gezielte (Qualitäts-)Gewichtungen des Outputs aus einer bloßen Kosten-Nutzen-Kalkulation ein strategisches Messinstrument machen. Diesbezüglich vergegenständlicht sich im Wertbezug des Managementdiskurses eine eigentümliche Übersetzungsleistung, die zwar einen Dialog zwischen einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs und einem öffentlichen Diskurs herstellt, aber grundlegende Werte anderer Diskurse mit einer neuen Bedeutung versieht und damit Praktiken und Subjektivierungsformen dieser Diskurse verändert.

Weiterhin stellen herrschende Subjekte des Managementdiskurses mit dem Bezug auf Transparenz einen Austausch zwischen der deutschen Hochschullandschaft und der Öffentlichkeit her (vgl. WR 2011a: 11). Hierzu wird Transparenz als persönliche Verantwortung und Rechenschaftspflicht der Hochschulangehörigen gegenüber der Öffentlichkeit interpretiert, weshalb

„Intransparenz [...] zu einem Vertrauensverlust und somit zu einem geringeren Engagement der einzelnen Personen führen [kann]. Nur wenn Hochschulen ihre Governance-Strukturen und Prozesse möglichst transparent gestalten, können die Mitglieder ihre Mitgestaltungsrechte bzw. ihre Abwehrrechte gegenüber Eingriffen in die individuelle Wissenschaftsfreiheit wahrnehmen. Dazu gehört auch die Herstellung inhaltlicher Transparenz, d. h. eine Kommunikation der Gründe, die für eine bestimmte Entscheidung gesprochen haben“ (WR 2018a: 46 f.).

Um Transparenz zu erzeugen, wird Rekurs auf manageriale Qualität genommen, welche sich in Kennzahlen und Berichten objektiviert (vgl. FU Berlin 2019h; WR 2015a: 7 f.; 2019: 26). Mithilfe des strategischen Transparenzverständnisses wird eine Verknüpfung zur Selbst- und Fremdpositionierung des Managementdiskurses gebildet, weil einerseits eine Abgrenzung zu vermeintlich intransparenten akademischen Bewertungspraktiken stattfindet und andererseits unklare Technologien in Lehre und Forschung in allgemein verständliche Praktiken und Symbole übersetzt werden (vgl. HRK 1999b; WR 2018a: 61 f.). Schlussendlich findet mit Flexibilität in Form einer unternehmerisch-managerialen Anpassungsfähigkeit von Hochschulangehörigen an ihre Umwelt ein Wertbezug auf das Freiheitsverständnis des NPM-Diskurses statt (vgl. HRK 2018c: 5; WR 2010b: 31; 2013: 12). Um den referenziellen Bezugsrahmen zu plausibilisieren, nutzen Subjekte des Managementdiskurses thematische Narrative.

5.3 Narrative und typisierte Deutungsmuster des Managementdiskurses

Diese sinnstiftenden Erzählungen über (drohende) Krisen, Tradition und Zukunft verleihen der Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses Kohärenz (vgl. Keller 2011: 251; Viehöver 2011: 206). Vor diesem Hintergrund werden Elemente der Phänomenstruktur miteinander verbunden und (akademischen) Subjekten eine Sinnstruktur für ihre persönlichen Deutungen der sozialen Wirklichkeit bereitgestellt.

Krisennarrative: Ein zentrales Thema der Erzählungen im NPM-Diskurs sind (drohende) Krisen (vgl. Deutschlandfunk 1999; HRK 2011c: 4; WR 1993: 61). Zum einen werden Krisennarrative erzählt, um Notstände in der deutschen Hochschullandschaft und Gesellschaft zu plausibilisieren (vgl. HRK 1995b). Zum anderen dienen sinnstiftende Erzählungen über Krisen zur Anrufung und Mobilisierung von Subjekten, die mithilfe einer managerialen Wissens- und Identitätspolitik die diagnostizierten Probleme bearbeiten sollen (vgl. HRK 2002). Dementsprechend konstatiert die HRK (2011c: 4):

„Bildungsinvestitionen sind in einer alternden Gesellschaft nicht nur überlebenswichtig, sie rentieren sich auch. Die Summe aus zusätzlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben sowie geringeren Ausgaben für Transferleistungen beläuft sich mit 210.000 US-Dollar pro Absolventen gegenwärtig fast auf das Fünffache der Kosten, die durch die Finanzierung des Studienplatzes und die Einnahmeausfälle aus kürzeren

Erwerbszeiten entstehen. Aufgrund der absehbaren Fachkräftelücke und daraus resultierender Wachstumseinbußen droht aber bis zum Jahre 2020 ein Einnahmeausfall von 1.200 Milliarden Euro, der sich in Wohlstandseinbußen niederschlagen wird.“

Mit dieser Erzählung einer drohenden Krise werden Problematisierungen des „brain drain“ (HRK 2004a: 6; WR 2010a: 123) in einer Wissensgesellschaft plausibilisiert sowie eine Legitimität für die neoliberale Rationalität des Managementdiskurses erzeugt. Denn aus dem Krisennarrativ geht ein strategisches Effizienzverständnis hervor, welches suggeriert, dass sich Ausgaben für Humankapital in der Zukunft amortisieren. Gleichzeitig verleiht die Erzählung der politischen Rationalität des NPM-Diskurses mit einer Veridiktion des (Humankapital-) Marktes einen Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit. Schließlich ist die Narration mit einer äußersten Dringlichkeit verbunden, da mangelnde Investitionen und Ineffizienz nicht nur negative Auswirkungen auf Hochschulen haben, sondern „sich in Wohlstandseinbußen [in der Gesellschaft] niederschlagen“ (HRK 2011c: 4).

Neben strukturellen Problemen wie einer Ineffizienz und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschullandschaft werden individuelle Notstände mit Krisennarrativen des Managementdiskurses für Subjekte plausibilisiert (vgl. HRK 2014d: 2; WR 1993: 6). In diesem Kontext werden Erzählungen von „faulen Professoren“ (Deutschlandfunk 1999) herangezogen, um eine strategische Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit zu rechtfertigen (vgl. HRK 2000; 2002). Auf diese Weise konstruieren Krisennarrative auch eigene traditionelle akademische Subjektbilder. Hierzu wird die „Leistungsverweigerung unter den Professoren“ (Deutschlandfunk 1999) auf andere Statusgruppen übertragen und durch die Erzählung einer mangelnden Reformbereitschaft von Hochschulangehörigen erweitert (vgl. HRK 1995b; 2002). Demnach seien ein „Meinungsspektrum, das gelegentlich Merkmale eines Glaubenskrieges aufwies“, und „eine demotivierende Verteilungsbürokratie“ (HRK 2002) für eine mangelnde Leistungs- und Anpassungsfähigkeit von Hochschulangehörigen verantwortlich. Das Bild, welches mit diesen Erzählungen skizziert wird, ist das eines beratungsresistenten traditionellen akademischen Subjekts, wodurch Krisennarrative des NPM-Diskurses ebenfalls zur Plausibilisierung von Fremdpositionierungen beitragen. Insofern

„liegt es in der Natur von Reformen und Reformdiskussionen, dass das Suchen nach besseren Wegen nicht nur dazu führt, dass sich Argumente hart im Raume treffen, es werden gleichzeitig auch Emotionen freigesetzt. Alles andere wäre verwunderlich, da jede Veränderung von normativ verankerten und über lange Zeit sozial eingeübten Positionen, mit denen auch Interessen verbunden sind, selbst dann Sorgen und Ängste

auslöst, wenn die Vertreter unterschiedlicher Richtungen wechselseitig die allerbesten Absichten bekunden. Jeder neue Weg ist auch ein Wagnis; wer aber nicht zum Wagnis bereit ist, riskiert seine Zukunftsfähigkeit“ (ebd.).

Trotz der Abgrenzung von traditionellen akademischen Verhaltensweisen, die den Transformationsprozess behindern, beinhaltet diese Erzählung ein integratives Moment, da Wertvorstellungen der Betroffenen – wenn auch aus strategischen Gründen – berücksichtigt werden. Noch deutlicher wird dieser Zusammenhang in Form von Traditionsnarrativen.

Traditionsnarrative: In diese Erzählungen werden traditionelle akademische Werte und Normen eingeeht und nach dem Skript des Managementdiskurses transformiert. Mithilfe von Traditionsnarrativen wird die Geschichte der deutschen Hochschullandschaft (um-)geschrieben und traditionelle Wertbezüge als Vehikel einer managerialen Wissens- und Identitätspolitik genutzt. Exemplarisch beobachten lässt sich diese Vorgehensweise bei Erzählungen über Wettbewerb und akademische Prekarität, denn

„die Befristung wie auch der Wechsel von einer Einrichtung zur nächsten [sind] konstituierende Elemente der wissenschaftlichen Qualifizierung. Dies ermöglicht es Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die für ihre Laufbahn notwendige Qualifikation zu erwerben, und trägt wesentlich dazu bei, die Dynamik zu erhalten, ohne die Wissenschaft ihre Innovationskraft verlöre“ (FU Berlin 2018a: 90 f.).

In der Tat scheinen unsichere Beschäftigungsverhältnisse dem deutschen Hochschulsystem eigen zu sein. So wird bereits im 20. Jahrhundert auf einen Hasard in der akademischen Laufbahn hingewiesen (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 474–477). Die Traditionserzählung von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses bekräftigt auch eine hohe akademische Mobilität von Wissenschaftler*innen (vgl. Ullrich & Reitz 2018: 23). Gleichzeitig dient die Narration über akademisches Prekarität den herrschenden Subjekten des Managementdiskurses zur Plausibilisierung einer strategischen Flexibilisierung von wissenschaftlicher Arbeit unter dem Mantra der Effizienz und des Wettbewerbs (vgl. HRK 1998c; WR 2006: 81). Mit dieser Traditionserzählung wird auch ein inszenierter Wettbewerb um Ressourcen, Arbeitsplätze und Statusaufstieg legitimiert und für akademische Subjekte durch eine Verknüpfung von Tradition und Moderne sinnstiftend erklärt (vgl. HRK 2004d: 4; WR 2006: 34; 2011a: 11 f.). In diesem Kontext bemerkt die DFG (2013: 42), dass

„Wettbewerb [ein] Bestandteil des Wissenschaftssystems seit dem 17. Jahrhundert [ist]. Ging es damals darum, wer als erster eine Entdeckung gemacht und sie veröffentlicht hatte, erstreckt sich unter den heutigen Bedingungen der Forschungsfinanzierung der Wettbewerb auch auf die materielle Sicherung wissenschaftlicher Arbeit bis hin zum Fortbestand von Arbeitsgruppen und zu den Existenzgrundlagen der einzelnen Forscher. Neben den Wettbewerb der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der sich auf fast allen Feldern im internationalen Rahmen abspielt, ist ein Wettbewerb der Institutionen und Nationen getreten. Anders als bei den Medaillenspielen der Sportwettbewerbe ist allerdings der Abstand zwischen der Goldmedaille und dem Feld sehr groß: Ein vom Erstentdecker veröffentlichtes Ergebnis zu bestätigen, bringt wenig Ehre. Es gibt keine Silbermedaillen, und die nationalen Rekorde werden international nicht beachtet.“

Diese Erzählung trägt dazu bei, den Wandel von Praktiken der Kritik zur Konkurrenz sinnstiftend zu erklären, da Wettbewerb per se zum deutschen Wissenschaftssystem gehört und als funktional für den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt dargestellt wird (vgl. Reitz 2016: 53). Zusätzlich wird durch diese Narration eine Geschichte der Transformation „zur ‚Erfolgsgeschichte‘ deutscher Hochschulen im 20. Jahrhundert [deklariert]“ (HRK 2004d: 4). Diesbezüglich werden Traditionsnarrative von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses zur Transformation des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und seiner Subjektivierungsformen herangezogen, wodurch kreative Aneignungen traditioneller akademischer Wertbezüge und eine soziale Wirklichkeit sui generis entstehen.

Neben dem (Um-)Schreiben von Erzählungen ziehen Vertreter*innen des Managementdiskurses Traditionsnarrative zur Plausibilisierung ihrer Wissens- und Identitätspolitik heran. Dadurch werden die Erzählungen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses destabilisiert und mit einer anderen Deutung der Geschichte und Gegenwart angereichert. Demzufolge haben

„die Universitäten [...] seit ihrer Reform im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert ein Selbstverständnis entwickelt, das von den Leitbildern der ‚Zweckfreiheit‘ sowie der ‚Bildung durch Wissenschaft‘ entscheidend mitgeprägt wird. Historisch hat die Praxis der deutschen Universität diesen Leitbildern allerdings niemals tatsächlich entsprochen. Die Vorbereitung auf akademische Berufe war – wie auch für die Technischen Hochschulen mit Erhebung in den Universitätsrang – stets eine ihrer Hauptaufgaben“ (WR 2015b: 9).

Diese Erzählung über die Tradition der deutschen Hochschullandschaft beinhaltet eine sinnstiftende Erklärung für akademische Subjekte, sich von traditionellen Leitbildern zu distanzieren und an strategische Profile von unternehmerischen

Hochschulen anzupassen (vgl. WR 2018a: 35). So lassen sich mit Traditionsnarrativen auch Profilbildungsmaßnahmen einer strategischen Internationalisierung für akademische Subjekte sinnstiftend erklären, denn

„Wissenschaft ist und war immer schon international. Sie lebt vom freien Austausch der Erkenntnisse und Methoden, aber auch vom freien Zugang zu den unterschiedlichen Forschungsgegenständen und -infrastrukturen. Unter dem Begriff Internationalisierung wird ein darüber hinausgehender Transformationsprozess der Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten verstanden: Neben wissenschaftsintrinsische Gründe und gesellschaftliche oder ökologische Herausforderungen, denen nur global begegnet werden kann, treten auch politische und ökonomische Interessen sowie der durch die Globalisierung rapide zunehmende internationale Wettbewerb; Internationalisierung der Wissenschaft ist deshalb nicht länger allein wissenschaftsgetrieben, sondern in wachsendem Maße auch politisch gewollt“ (WR 2010a: 5).

Einerseits erinnert diese Erzählung über Internationalisierung an den traditionellen akademischen Imperativ des Kommunismus, da wissenschaftliche Erkenntnisse ein Ergebnis von kooperativer Wahrheitssuche sind und deswegen persönliche Eigentumsrechte auf wissenschaftliches Wissen auf ein Minimum beschränkt werden (vgl. Merton 1972: 51 ff.). Im Gegenzug erhalten Wissenschaftler*innen für ihre Arbeit Anerkennung und Wertschätzung von der akademischen Gemeinschaft (ebd.). Andererseits wandelt sich Internationalisierung durch die Narration im NPM-Diskurs von einem wissenschaftlichen Wettbewerb um neue Erkenntnisse zu einem globalisierten Ressourcenwettbewerb. In Anbetracht dieser Umdeutung avanciert Internationalisierung zu einem strategischen Instrument, mit dem divergierende Interessen nivelliert und akademische Verhaltensweisen kanalisiert werden können.

Die Umdeutung von traditionellen akademischen Werten durch Traditionsnarrative des Managementdiskurses wird ebenfalls am Humboldt'schen Ideal deutlich:

„Da für die Universitäten die Einheit von Forschung und Lehre charakteristisch und die Qualität der Lehre von der Qualität der Forschung abhängig ist, [...] muß eine Evaluation der Lehre auch die Forschung einbeziehen. Jede Evaluation hat auch begutachtete Forschungsprojekte und – insbesondere in den Ingenieur- und Naturwissenschaften – eingeworbene Drittmittel, Publikationen in Zeitschriften mit Gutachtersystem, Promotionen, Habilitationen, Prüfungsergebnisse und Berufserfolg von Absolventen zu berücksichtigen“ (HRK 1995b).

Nach dieser Erzählung wird die manageriale Bewertung von Lehre und Forschung qua Kennzahlen aus der Tradition heraus begründet. Gleichwohl nutzen Subjekte des Managementdiskurses traditionelle Erzählungen über Hochschulen, um gesellschaftspolitische und ökonomische Interessen in Lehre und Forschung zu manövrieren. In diesem Zusammenhang konstatiert die HRK (1998d), dass

„Hochschulen [...] Orte [sind], in denen neues Wissen generiert, gesammelt und weitergegeben wird. Wenn sie ihre Aufgaben im Bewußtsein und in Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung erfüllen (können), werden sie auch in der Förderung unternehmerischer Ideen und Persönlichkeiten eine wichtige Rolle spielen. Gelingt dies, wird Selbständigkeit und Unternehmertum ein selbstverständliches Ergebnis akademischer Ausbildung in Kooperation mit der Wirtschaft sein. Dann wird auch in Deutschland eine neue Unternehmerkultur entstehen.“

In all diesen Traditionsnarrativen kristallisiert sich ein wiederkehrendes Muster heraus: Zunächst werden Erzählungen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses reproduziert. Danach werden traditionelle Begriffe, Werte und Symbole umgedeutet und im Bezugsrahmen des NPM-Diskurses aktualisiert. Und schlussendlich werden traditionelle akademische Praktiken durch eine manageriale Wissens- und Identitätspolitik transformiert. Wie sich diese Transformationsanstrengungen auf akademische Subjekte auswirken, wird sich in der Subjektivierungsanalyse zeigen. Zunächst lässt sich festhalten, dass Narrative von Vertreter*innen des Managementdiskurses genutzt werden, um eine manageriale Wissens- und Identitätspolitik zu plausibilisieren und einen gouvernementalen Zugriff auf Wissenschaftler*innen herzustellen. Sichtbar wird dieser Zusammenhang auch an Zukunftsnarrativen von Subjekten des Managementdiskurses.

Zukunftsnarrative: In diesen Erzählungen über die Zukunft der deutschen Hochschullandschaft und Gesellschaft spiegeln sich zentrale Anrufungen und strategische Ziele des NPM-Diskurses wider. Gleichwohl können Zukunftsnarrative als Versprechen gelesen werden, wenn sich Subjekte an das Skript des Managementdiskurses halten. In Rekurs auf Traditionsnarrative stellt die DFG (2018: 71) fest, dass

„Forschung [...] vom internationalen Austausch und auch vom internationalen Wettbewerb [lebt]. Nationale Wissenschaftssysteme sind in diesem Wettbewerb vor allem dann gut aufgestellt, wenn sie sich gegenüber internationalen Partnerschaften offen zeigen und wenn es ihnen gelingt, in unterschiedlichsten Formaten herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dauerhaft oder auf Zeit für gemeinsame Forschungsprojekte zu gewinnen.“

Mit dieser Erzählung wird der Wandel des Wettbewerbs im universitären Feld der BRD sinnstiftend erklärt. Gleichzeitig schwingt in der Zukunftsnarration das Versprechen einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit bei einer vielseitigen projektförmigen Forschungsförderung mit. Durch dieses Versprechen können nicht nur strategische Flexibilisierungsmaßnahmen legitimiert werden, da eine gezielte Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit scheinbar zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit führt, sondern diese Erzählung enthält auch die Aufforderung, die Drittmittelfinanzierung der Forschung zu erweitern, da ansonsten der Wohlstand und die Innovationsfähigkeit der BRD gefährdet werden (HRK 2011c: 4). Insofern haben

„Bildung und Wissenschaft [...] eine große Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft. Wachstum und Wohlstand hängen von der Innovationsfähigkeit, der Erschließung neuer Forschungsgebiete und der Ausbildung einer ausreichend großen Zahl hoch qualifizierter Fachkräfte ab. Um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen und der internationalen Wettbewerbssituation gewachsen zu sein, müssen Breitenausbildung mit Spitzenforschung und Qualifikation hervorragender wissenschaftlicher Nachwuchskräfte in geeigneter Weise miteinander vereinbart werden“ (HRK 2013a: 2).

Als „geeignete Weise“ (ebd.) gilt die politische Rationalität des NPM-Diskurses, die zwar einer neoliberalen Ratio ähnelt, aber keine Kopie darstellt. Allerdings werden überwiegend neoliberale Fragmente herangezogen, um Herrschaftsverhältnisse zwischen Hochschulleitung/Management und anderen Hochschulangehörigen zu legitimieren (vgl. van Dyk & Reitz 2017: 67 ff.). Demnach ist

„das Hochschulsystem [...] durch einen tiefgreifenden Wandel gekennzeichnet. Die Entwicklung der Wissensgesellschaft, die immer schnellere Fortentwicklung der Disziplinen, die zunehmende Dominanz des Wettbewerbs als ordnendes Prinzip und schrumpfende Haushalte bei gleichzeitig durch Gesetz wachsenden Gestaltungsspielräumen erfordern als Antwort die Professionalisierung der Leitung der Expertenorganisation Hochschule“ (HRK 2004d: 2).

Durch die Aneignung der Idee einer neoliberalen Sozialordnung wird eine wachsende Autonomie der Hochschulleitung und des Managements sinnstiftend erklärt, denn, so lautet die Plausibilisierung der HRK (1998b), „der Erfolg im Wettbewerb hängt zunehmend von der Aktions- und Reaktionsgeschwindigkeit der Hochschulen ab.“ Im Zusammenhang einer unternehmerisch-managerialen Hochschulautonomie werden Zukunftsnarrative mit Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses verknüpft. Aus diesem Grund ist

„auch aus einer Systemperspektive [...] Differenzierung, die sich aus der Profilbildung der einzelnen Universitäten ergibt, wünschenswert, ist sie doch eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Wettbewerb zum Erfolg führt. Profilbildung erzeugt den Variantenreichtum, der nötig ist, damit Wettbewerb die Flexibilität des Systems erhöht und auf längere Sicht Qualität und Effizienz der Leistungen des gesamten Systems steigert“ (WR 2006: 18).

Auch andere Zukunftsnarrative über den „nachhaltige[n] Auf- und Ausbau wissenschaftlicher Informationsinfrastrukturen“ (HRK 2015c: 20 f.), die zur Kanalisierung von (akademischen) Interessen genutzt werden, suggerieren, dass

„die Hochschulen in Deutschland [...] in Zukunft angesichts der Entwicklung der Wissenschaft, der Entwicklung der Studienanfängerzahlen und der Entwicklung der öffentlichen Haushalte sowie des internationalen Wettbewerbs ihre Aufgaben mehr als in der Vergangenheit wettbewerbs- und anreizorientiert erfüllen“ (HRK 1998c).

Es lässt sich festhalten, dass herrschende Subjekte des NPM-Diskurses Zukunftsnarrative zur Plausibilisierung von neoliberalen Fragmenten in der politischen Rationalität nutzen, denn in den Erzählungen ist Wettbewerb als ordnendes sowie effizienz- und leistungssteigerndes Prinzip omnipräsent (vgl. HRK 2004d: 2; WR 2006: 18). Außerdem dienen die Erzählungen zur Stabilisierung des Managementdiskurses, da die Zukunftsnarrationen eine Alternativlosigkeit zur managerialen Wissens- und Identitätspolitik proklamieren (vgl. WR 2018a: 8). Diesbezüglich weist der NPM-Diskurs Parallelen zu einem europäischen neoliberalen Diskurs auf, wo herrschende Subjekte ebenfalls ihre Interessen über das Mantra der Alternativlosigkeit durchgesetzt haben (vgl. Berlinski 2011; Röpke 1997: 61). Darüber hinaus liegt es nahe, dass die Versprechen in Zukunftserzählungen die Akzeptanz für weitere Transformationsmaßnahmen unter dem Primat von NPM steigern, weil die Zukunftsfähigkeit und der Wohlstand der BRD über die Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft verhandelt werden (vgl. HRK 2013a: 2). Mithilfe der Erzählungen über Krisen, Tradition und Zukunft sowie der Phänomenstruktur können drei typisierte Deutungsmuster von Subjekten des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft gebildet werden. Das erste Deutungsmuster „nationaler Notstand“ beantwortet die zentralen Fragen, warum deutsche Hochschulen dringend reorganisiert werden müssen und welche Akteur*innen am Transformationsprozess beteiligt werden.

Deutungsmuster „nationaler Notstand“: Vor dem Hintergrund vielseitiger Problematisierungen im universitären Feld und der Entwicklung einer wissensbasierten Ökonomie werden Problemfelder in der deutschen Hochschullandschaft zum nationalen Notstand erklärt (vgl. HRK 2005c: 4 f.; 2011c: 4; WR 2010a:

123). In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, dass eine mangelnde Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit sowie fehlende unternehmerisch-manageriale Autonomie und Ineffizienz von deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen schwerwiegende Folgen für die (Wissens-)Gesellschaft haben (vgl. HRK 2002; 2013a: 2; WR 2013: 5 f.). Einerseits werden mit diesem Deutungsmuster der referenzielle Bezugsrahmen und die Narrationen des NPM-Diskurses strukturiert. Andererseits erfährt das Deutungsmuster des nationalen Notstands insbesondere durch Krisennarrative eine Plausibilisierung, wodurch vermeintliche Missstände in der deutschen Hochschullandschaft zu einem allgemeinen Problem deklariert werden (vgl. Deutschlandfunk 1999; HRK 2011c: 4; WR 1993: 61). Infolgedessen werden vom Managementdiskurs neben direkt Betroffenen wie Hochschulleitungen und akademischen Subjekten auch gesellschaftspolitische Akteur*innen angerufen, sich „mit veralteten Leitungsstrukturen und nicht länger sachgerechten Leitideen [auseinanderzusetzen]“ (WR 1993: 21). Entsprechend dem diagnostizierten nationalen Notstand und seiner Bearbeitung durch Betroffene kann die Problemlösung als „sachgerecht“ (ebd.: 21) und „wissenschaftsadäquat“ (HRK 2004a; WR 2006: 82) gedeutet werden.

Deutungsmuster „sachgerechte und wissenschaftsadäquate Problemlösung“: Mit dem Deutungsmuster „sachgerechte und wissenschaftsadäquate Problemlösung“ beantworten herrschende Subjekte des Managementdiskurses die Fragestellung, wie Probleme gelöst werden sollen. Auch wenn es sich bei der spezifischen Art und Weise der Problembearbeitung im Kern um die Lösung von Problemen des deutschen Hochschulsystems handelt, fordert die sachgerechte Problemlösung des NPM-Diskurses zu einer universellen Transformation auf, weil zwischen Hochschulen und ihrer Umwelt eine wechselseitige Abhängigkeit besteht (vgl. HRK 2013a: 2; WR 2015b: 25 f.). Der Geltungsanspruch des Managementdiskurses erstreckt sich damit vom Hochschulsystem bis hin zu anderen Gesellschaftsbereichen. Alles andere würde den im universitären Feld begründeten Problemen nicht gerecht werden und die Übersetzungs- und Transformationsleistungen von Subjekten des Managementdiskurses würden ihre Effektivität verlieren. Deutlich wird die universelle Problembearbeitung am Geltungsanspruch von Rankings, weil sowohl Hochschulangehörige auf kennzahlenbasierte Ranglisten zurückgreifen, um Leistungen zu bewerten, als auch eine interessierte Öffentlichkeit (vgl. HRK 1999b; WR 2006: 89). Oder anders formuliert: Eine sachgerechte Problemlösung steht „im Zusammenhang mit einem gestiegenen Steuerungs- und Rechenschaftsanspruch von Wissenschaftspolitik und Öffentlichkeit und der Forcierung des Wettbewerbs im Wissenschaftssystem“ (WR 2011a: 9).

Insofern kann eine Problemlösung nur sachgerecht sein, wenn sie in der Lage ist, den spezifischen Charakteristika von deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen Rechnung zu tragen. Demzufolge grenzen sich Vertreter*innen des NPM-Diskurses über den Selbstanspruch einer wissenschaftsadäquaten Problemlösung von anderen Managementdiskursen ab, weil sich

„die gesellschaftlichen Funktionen, Zielsetzungen und somit auch die Handlungs- und Strategiefähigkeit von Hochschulen [...] grundsätzlich von derjenigen von Unternehmen [unterscheiden], Entsprechend missverständlich sind auch die zum Teil bemühten Analogien von Hochschulsektor und Wirtschaftssystem“ (WR 2010b: 30).

Was die materielle Basis betrifft, scheinen sich Hochschulen von Unternehmen zu unterscheiden. Dagegen gleichen sich ihre ideelle Infrastruktur bzw. Regierungsweise zunehmend an, denn „die Hochschulen in Deutschland werden in Zukunft [...] ihre Aufgaben mehr als in der Vergangenheit wettbewerbs- und anreizorientiert erfüllen“ (HRK 1998c).

Durch eine wettbewerbsförmige und anreizorientierte Menschenführung entsteht eine Analogie zwischen dem NPM-Diskurs in der deutschen Hochschullandschaft und einem Managementdiskurs in Schnellimbissketten in 1990er-Jahren (vgl. Boltanski & Chiapello 2003). Denn im universitären Feld wurden, wie bei Fast-Food-Restaurants, Flexibilisierungsmaßnahmen ergriffen, um die Effizienz und Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems zu steigern (vgl. Boltanski & Chiapello 2003: 166; WR 2006: 18; Lenk 2022: 147 ff.). In diesem Kontext kann ein wissenschaftsadäquater Wettbewerb als eine wettbewerbsförmige und anreizorientierte Steuerung von Hochschulen und ihren Angehörigen gedeutet werden, die sowohl traditionellen akademischen Werten als auch einer gesellschaftspolitischen Erwartungshaltung gerecht werden soll und dadurch eine sachgerechte Problemlösung darstellt (vgl. HRK 2012b: 2; WR 2013: 46). Mit dem Deutungsmuster der „sachgerechten und wissenschaftsadäquaten Problemlösung“ wird das Selbstverständnis von herrschenden Subjekten des NPM-Diskurses in der deutschen Hochschullandschaft plausibilisiert, da verschiedene Akteur*innen allgemeine sowie (wissenschafts-)politische und wissenschaftliche Problematisierungen bewältigen sollen (vgl. Deutscher Bundestag & Wissenschaftliche Dienste 2006: 7 f.; HRK 1999b; WR 2006: 82). In diesem Zusammenhang lässt sich

„die Frage nach der prinzipiellen Identität und dem proprium eines Hochschultyps [...] immer weniger abstrakt oder im Rückgriff nur auf traditionelle Leitideen beantworten. An die Stelle einer trennscharfen Definition soll hier die Beobachtung des konkreten institutionellen Handelns treten. Die maßgebliche Frage lautet also nicht ‚Was ist eine Universität /Fachhochschule?‘, sondern: Was leistet eine Institution vor

dem Hintergrund spezifischer Aufgabenzuweisungen und Ressourcenverteilungen, und auf welche Weise und mit welchen Geltungsansprüchen tut sie dies“ (WR 2010b: 35)?

Im Kontext dieser Fragestellung kristallisiert sich ein weiteres zentrales Deutungsmuster von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft heraus.

Deutungsmuster „eigenständige Akteure“: Mit dem Deutungsmuster „eigenständige Akteure“ wird einerseits die Frage nach der Rolle von Hochschulen und ihren Angehörigen im Transformationsprozess beantwortet und andererseits Rekurs auf den Wertbezug des NPM-Diskurses genommen (vgl. HRK 1998d; WR 2014: 63; 2018a: 29). Im Zusammenhang eines managerialen Freiheitsverständnisses werden alle Hochschulangehörigen aufgefordert, eigenständig – d. h. unternehmerisch und strategisch – zu handeln (vgl. HRK 2016c: 6; Land Berlin 2018: 34). Denn nur diese unternehmerisch-manageriale Eigenständigkeit kann einer einseitigen hierarchischen Steuerung entgegenwirken, wodurch gleichzeitig eine Abgrenzung des NPM-Diskurses im universitären Feld von Managementdiskursen in anderen Feldern stattfindet (WR 2018a: 16). Demnach eignen sich

„Stab-Linien-Organisationen, wie sie für Wirtschaftsunternehmen und Verwaltungseinrichtungen typisch sind, [...] allenfalls für die zentralen Hochschulverwaltungen. Die zentralen, identitätsbestimmenden Prozesse an Hochschulen, Lehre und Forschung, sind in solche Organisationsformen in der Regel nicht integriert. Die Organisation der Hochschulen muß die zentrale Bedeutung der Wissenschaftler für die erfolgreiche Gestaltung der zentralen Prozesse Lehre und Forschung, die ohne weitgehende Freiheit in der Tätigkeit nicht denkbar ist, berücksichtigen. Aus diesen Grundüberlegungen folgt die Forderung nach unterschiedlicher Professionalisierung der Entscheidungsträger auf den verschiedenen Funktionsebenen“ (HRK 2004d: 9)

Mit der Eigenständigkeit von Hochschulen sind ein staatlicher Rückzug aus der Detailsteuerung und eine unternehmerisch-manageriale Autonomie der Hochschulleitung verbunden (vgl. HRK 2004a). Die Eigenständigkeit von Hochschulen impliziert ebenfalls eine Rechenschaftspflicht und Risikobereitschaft, die dazu auffordert,

„Chancen frühzeitig zu erkennen und konsequent wahrzunehmen. Dies setzt die Fähigkeit, künftige Entwicklungen vorauszudenken, Veränderungsbereitschaft der Akteure und Partizipation der Betroffenen ebenso voraus wie die Bereitschaft, Neues zu wagen. Risikovermeidung beschränkt die Innovationsfähigkeit“ (WR 2013: 29).

Aus diesem Grund werden akademische Führungskräfte vom NPM-Diskurs ange-rufen, „Verantwortung für ihr eigenes Tun [zu übernehmen]. Sie sind bereit, konstruktive Kritik anzunehmen und positiv umzusetzen. Ebenso tragen sie auch Verantwortung für die Handlungen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und treten für sie ein“ (FU Berlin 2019d). Auch Studierende werden im Sinne einer unternehmerisch-managerialen Autonomie als eigenständige Akteur*innen betrachtet, denn

„gerade an Massenuniversitäten wie Berlin oder Köln zählt Eigeninitiative. An klei-nen Privathochschulen wie der Bucerius Law School oder der WHU kennen die Professoren ihre Studiosi meist mit Namen. Doch wen es in die wirtschaftswissen-schaftliche Abteilung der Universität Köln verschlägt, der muss sich schon etwas einfallen lassen, um den Professoren im Gedächtnis zu bleiben“ (Friedmann; Koch & Mohr 2004).

Dahingehend erzeugt der Managementdiskurs mittels Indikatoren und Kenn-zahlen wie Ausgründungen und eingeworbenen Stipendien Sichtbarkeit von einzelnen Studierenden im universitären Feld und in der Öffentlichkeit (vgl. Berliner Morgenpost 2017). Außerdem trägt das Deutungsmuster der eigenständigen Akteure zur Plausibilisierung der sozialen Wirklichkeit des NPM-Diskurses bei. An dieser Stelle entsteht erneut eine Analogie zum Managementdiskurs in der Wirtschaft, denn auch hier gilt die Eigeninitiative des Einzelnen als Res-ource einer Leistungs- und Effizienzsteigerung (vgl. Boltanski & Chiapello 2003: 134 f.).

Vor dem Hintergrund der typisierten Deutungsmuster, Phänomenstruktur und Narrative des Managementdiskurses kann die erste Fragestellung der Arbeit dis-kutiert werden. Es wird also im Folgenden geklärt, ob der NPM-Diskurs an deutschen Hochschulen eine neoliberale Wissenspolitik, Regierungsweise und Technologien der Menschenführung (re-)produziert. Zunächst kann festgehalten, dass der Managementdiskurs in der deutschen Hochschullandschaft zahlreiche Analogien zu einem europäischen neoliberalen Diskurs aufweist. Hier wird vor allem eine Philosophie des Wettbewerbs geteilt, weil sowohl herrschende Sub-jekte des NPM-Diskurses als auch einer neoliberalen Wissensordnung den Sinn von Wettbewerb in einer Effizienz- und Leistungssteigerung sowie einer „Bes-tenauslese“ (WR 2005: 73) durch den (Quasi-)Markt sehen (vgl. Eucken 1949: 24 f.; Röpke 1997: 57; WR 2018a: 29). Weiterhin entsteht eine Verbindung zwischen NPM und Neoliberalismus durch die diskursive Konstruktion eines schlechten und guten Staates. Ein guter Staat wirkt auf die sozialen Rahmen-bedingungen der Gesellschaft so ein, dass sich ein Wettbewerb um (knappe)

Ressourcen ausbreiten kann. Wenn nötig, wird ein Wettbewerb durch staatliches Handeln inszeniert, wie es in der deutschen Hochschullandschaft der Fall ist (vgl. Röpke 1997: 51; WR 2010b: 25 f.). Das Bild von einem guten Staat entspricht einem Wettbewerbsstaat, der für einen flächendeckenden Wettbewerb um (knappe) Ressourcen soziale Rahmenbedingungen transformiert (Foucault 2004b: 333). Demnach zählen alle Interventionen gegen einen Wettbewerb zur Handlungsweise eines schlechten Staates. In diesem Zusammenhang wenden sich Vertreter*innen des NPM-Diskurses gegen den „bürokratischen Interventionismus der Ministerien“ (HRK 2000) und neoliberale Klassiker gegen „eine Wirtschaftspolitik des Interventionismus“ (Eucken 1949: 6). Das geteilte Feindbild ist also ein (Wohlfahrts-)Staat, der Ressourcen nicht über einen Wettbewerb meritokratisch, sondern „mit der Gießkanne“ (DFG 2009) verteilt und sich durch „Überregulierung, normative Steuerung, Bürokratisierung, Zentralisierung und fehlende Führungs-/Steuerungskompetenz auf der dezentralen Ebene“ (HRK 2005a: 2) auszeichnet.

Neben einer neoliberalen Wissenspolitik reproduziert der NPM-Diskurs eine neoliberale Regierungsweise in der deutschen Hochschullandschaft. Sichtbar wird diese Regierungsweise an der politischen Rationalität und den Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses. Denn um Herrschaftsinteressen durchzusetzen, verzichten herrschende Subjekte des NPM-Diskurses weitestgehend auf unmittelbaren Zwang und versuchen hingegen, (akademische) Verhaltensweisen über Anreizsysteme zu steuern (vgl. WR 2006: 82). Hierbei wurde in den letzten zwei Dekaden vorrangig auf Anreize durch Drittmittel- und Exzellenzwettbewerbe sowie auf eine strategische Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit zurückgegriffen (vgl. HRK 1999b; 2000; 2004d: 7; WR 1996: 10; 2010b: 25 f.). Neben kollektiven Anreizen des Wettbewerbs bedienen sich herrschende Subjekte des Managementdiskurses Anreizsystemen, die am Interesse des Einzelnen anknüpfen, welche als „Gestaltung der individuellen Leistungsanreize“ (WR 2006: 81) verhandelt werden. Mit dieser spezifischen Art und Weise der Menschenführung entstehen Parallelen zu neoliberalen Herrschafts- und Selbsttechnologien, da hier ebenfalls Verhaltensweisen durch die Anreize des Marktes und individuelle „Leistungsantriebe“ (Röpke 1997: 40) gesteuert werden sollen (ebd.: 57). Somit werden Vertreter*innen des NPM-Diskurses und einer neoliberalen Wissensordnung durch den Glauben an die selektiven Kräfte des (Quasi-)Marktes vereint, der zu einer meritokratischen Sozialordnung führt (vgl. Hayek 1991: 105; Rüstow 1949: 153; WR 2005: 73).

Es erscheint jedoch verkürzt, aufgrund der zahlreichen Analogien zwischen dem Managementdiskurs im universitären Feld und einem neoliberalen Diskurs von „der neoliberalen Universität“ (Briken 2014: 80) oder von einem

„Siegesszug des neoliberalen Denkens“ (Münch 2011: 52) an deutschen Hochschulen zu sprechen. Zwar kann insbesondere bei (wissenschafts-)politischen Entscheidungsträger*innen eine neoliberale Denkweise und Rhetorik festgestellt werden, aber die daraus resultierenden Praktiken verweisen auf einen Effekt eines Regimes, welches sich aus verschiedenen Wissenspolitiken, Regierungsweisen und Herrschaftstechnologien zusammensetzt (vgl. Foucault 2004b: 115). Diese vom Managementdiskurs erzeugte Eigentümlichkeit kann als interdiskursive Wissensordnung beschrieben werden, die Wahrheit, (Un-)Sichtbarkeit, verschiedene Subjektivierungsformen und schlussendlich eine Intergouvernementalität erzeugt. Unter Intergouvernementalität wird die Verbindung von verschiedenen Regierungsweisen verstanden, aus denen interdiskursive Praktiken der Menschenführung resultieren. Sichtbar wird die Intergouvernementalität des NPM-Diskurses an Hochschulverträgen und dem doppelten Sinn von Kennzahlen (vgl. Land Berlin 2010; Steinitz & Walter 2014: 45). Einerseits sollen manageriale Kennzahlen Hochschulen und ihren Angehörigen ihre Position auf dem akademischen Quasi-Markt vermitteln und eine Navigationsfunktion erfüllen (vgl. Röpke 1997: 57; WR 2004: 45 f.). Andererseits werden Kennzahlen mittels Verträgen – ähnlich wie in einer Planwirtschaft zwischen Betrieben und Staat – festgelegt, um sozialstaatliche Interessen an Hochschulen durchzusetzen (vgl. Land Berlin 2010; Steinitz & Walter 2014: 45). Damit bewegen sich die Praktiken des Hochschulmanagements zwischen einer pastoralen und neoliberalen Regierungsweise.

Vor diesem Hintergrund kann zwar von einer neoliberalen Transformation der deutschen Hochschullandschaft über Praktiken des NPM-Diskurses gesprochen werden, weil eine neoliberale Wissenspolitik, Regierungsweise und Technologien der Menschenführung an deutschen Hochschulen (re-)produziert werden. Gleichwohl tragen herrschende Subjekte des Managementdiskurses als Problemlöser*innen und Brückenbauer*innen zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einer Grammatik der Sorge Rechnung – so sollen wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur einen ökonomischen Mehrwert besitzen, sondern auch dazu beitragen, soziale Probleme zu lösen (vgl. Fach 2015: 114 f.; HRK 2013a: 2). In diesem Kontext erzeugt der Managementdiskurs an deutschen Hochschulen eine interdiskursive Wissenspolitik mit einer intergouvernementalen Menschenführung. Diese analytische Perspektive ermöglicht es, Transformationen in ihrer Prozesshaftigkeit und Vielseitigkeit abseits eines Schwarz-Weiß-Schemas zu beleuchten. Aus diesem Grund werden im nächsten Abschnitt Subjektivierungsformen des NPM-Diskurses auch nicht als Kopie des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) betrachtet. Vielmehr bedarf es einer empirischen Untersuchung, die Anrufungen des akademischen Selbst aus seiner

näheren Umwelt rekonstruiert. In Hinblick auf die Fallstudie an der FU Berlin werden die Subjektivierungsformen vorrangig aus den textförmigen Daten der Hochschulleitung/des Managements und ferner aus dem restlichen Material der Diskursanalyse generiert.

5.4 Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten

Im Folgenden werden aus den unternehmerisch-managerialen Interpellationen von akademischen Subjekten drei Subjektivierungsformen entwickelt und im Zusammenhang bestehender Ergebnisse in diesem Forschungsfeld diskutiert. Zunächst muss indes geklärt werden, welche Akteur*innen im vorliegenden Kapitel als akademische Subjekte bezeichnet werden, da ein erweitertes Subjektverständnis von Akademiker*innen in der deutschen Hochschullandschaft neben Wissenschaftler*innen auch Studierende und andere Hochschulangehörige mit einem Hochschulabschluss adressieren würde. Auch wenn die Rekonstruktion der Subjektivierung von Studierenden und Mitgliedern der Hochschulleitung durch den NPM-Diskurs ein reizvolles und nicht ausreichend erschlossenes Forschungsfeld begründet, kann die vorliegende Arbeit dieses Unterfangen nicht leisten. Darum findet eine Eingrenzung auf die Statusgruppen der wissenschaftlich Beschäftigten in Lehre und/oder Forschung sowie (Junior-)Professor*innen statt. Diese Statusgruppen werden im Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2019 vom Managementdiskurs als unternehmerisches Selbst bzw. akademische Entrepreneur*innen angerufen (vgl. Bröckling 2007; Peter 2017).

*Akademische Entrepreneur*innen:* Grundsätzlich fordert diese Subjektivierungsform den Einzelnen zu flexiblem, eigenverantwortlichem, risikobewusstem und unternehmerischem Handeln auf (vgl. Bröckling 2007: 122–126). Insbesondere die Handlungsanweisungen des unternehmerischen Selbst spiegeln sich in Anrufungen des Managementdiskurses im universitären Feld der BRD wider. Sowohl wissenschaftlich Beschäftigte als auch (Junior-)Professor*innen sollen unternehmerisch denken und handeln, indem sie ihr Wissen vermarkten, Unternehmen gründen, Forschungsprojekte in der Wirtschaft ansiedeln, Drittmittel einwerben und diese unternehmerischen Fähigkeiten über die Hochschullehre an Studierende weitergeben (vgl. FU Berlin 2019a, 2019f). In anderen Worten: „Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler müssen neben dem

Erarbeiten des eigenen Forschungsprofils eine Reihe von Kompetenzen erwerben, um auf dem Berufungs- und Stellenmarkt erfolgreich zu sein“ (FU Berlin 2018a: 88). Diesbezüglich findet ein Rekurs auf das Leitbild der unternehmerischen Hochschule statt, weil die Corporate Identity unternehmerische Solidarität in der akademischen Gemeinschaft erzeugen soll. Insofern bildet

„der Verbundcharakter zahlreicher Drittmittelvorhaben [...] einen Effekt, der nicht unterschätzt werden darf: Er fördert das Gemeinschaftsgefühl der Universität, den kollegialen Spirit und den inneren Zusammenhalt. Wer miteinander einen Antrag verfasst, ihn vor internationalen Evaluationskommissionen überzeugend verteidigt und dann in aktive Forschung umsetzt, erfährt dabei, was es bedeutet, an einer Universität und nicht nur an einem Fachinstitut zu arbeiten“ (ebd.: 6).

Darüber hinaus entstehen für Wissenschaftler*innen durch die akademische Unternehmenskultur Anrufungen, mit denen auch Selbstunternehmer*innen in einer projektbasierten Polis konfrontiert werden (vgl. Boltanski & Chiapello 2003). Denn akademische Subjekte werden wie Projektmitarbeiter*innen in Unternehmen aufgefordert, sowohl (Forschungs-)Projekte zu akquirieren als auch flexibel auf Anforderungen des (Quasi-)Marktes und (akademische) Prekarität zu reagieren, die mit einer neoliberalen Reorganisation ihrer Arbeitswelt einhergeht (vgl. Lenger 2015: 1007 ff.; Peter 2017: 117; Torka 2009: 15). Demnach stellt der „Gegenbegriff zur Flexibilität, das Verhaftet-Sein, [...] in dieser Welt das größte Manko der nur unzureichend Gerüsteten dar“ (Boltanski & Chiapello 2003: 166). Durch eine besonders ausgeprägte hohe Befristungsquote von wissenschaftlich Beschäftigten an deutschen Hochschulen im Vergleich zu anderen Arbeitsbereichen von Kernerwerbstätigen sowie einer immanenten Unsicherheit im Wissenschaftsbetrieb kann davon ausgegangen werden, dass akademische Entrepreneur*innen „stärker noch als Unternehmer nicht nur eigenaktiv und verantwortlich handeln sollen, sondern auch außergewöhnlich gut mit Unsicherheit und Risiken umgehen müssen, um ständig neue Innovationen hervorzubringen und ihre Unternehmung zum Erfolg zu führen“ (Peter 2017: 111; vgl. BuWiN 2017: 128 ff.). Wie genau akademische Subjekte mit dieser planvoll strukturell erzeugten Unsicherheit umgehen, wird in der Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse aufgezeigt.

Zunächst kann festgehalten werden, dass sich wissenschaftlich Beschäftigte und (Junior-)Professor*innen Fertigkeiten des unternehmerischen Selbst aneignen sollen, um in einer projektbasierten, wettbewerbsförmigen Arbeitswelt bestehen zu können. Zudem sollen akademische Selbstunternehmer*innen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, indem sie „einen wichtigen Beitrag zur Profilierung

der Region als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort durch Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte, Intensivierung des Wissenstransfers, Entwicklung von Zukunftstechnologien und durch weitere Stärkung von Entrepreneurship und Ausgründungen [leisten]“ (Land Berlin 2018: 4). In einer neoliberalen Leseart sind akademische Entrepreneur*innen als Sozialfunktionär*innen Triebfedern einer wissensbasierten Ökonomie (vgl. Eucken 1997: 8; Röpke 1997: 58). Die Maxime der akademischen Unternehmer*innenkultur lautet: „Von der Idee zum Markt“ (FU Berlin 2018b). In diesem Zusammenhang erzeugt der Einfluss des akademischen Quasi-Marktes Selbsttechnologien, mit denen akademische Subjekte so auf ihre Persönlichkeit einwirken können, dass kein Widerstand zu einer neoliberalen Wettbewerbsordnung im universitären Feld entsteht. Oder zugespitzt formuliert:

„Die Rückkehr der Gladiatoren hat stattgefunden – zu verschiedenen Zeiten, an wechselnden Orten und aus unterschiedlichen Gründen. Stets waren es Krisen und Kriege, derentwegen ‚harte‘ Hände wieder durchgegriffen haben oder jedenfalls ‚harte‘ Worte gefallen sind. An solchen Herausforderungen bricht das sozialstaatliche Kernprinzip des omnes et singulatim unweigerlich auseinander, weil die Regierungskunst des Härtefalls darin besteht, ‚allen‘ dadurch zu helfen, dass sie ‚Einzelne‘ opfert“ (Fach 2015: 114).

Die von Fach (ebd.) diagnostizierten Auslesepraktiken scheinen die logische Konsequenz zu sein, wenn programmatische Texte einer neoliberalen Unternehmer*innenkultur zur sozialen Wirklichkeit erklärt werden. So Schwarzweiß und „hart“, wie durch einen „Einzug der Gladiatoren“ (ebd.: 115) suggeriert wird, ist die soziale Wirklichkeit an deutschen Hochschulen – auch aus programmatischer Perspektive – allerdings nicht. Vielmehr entsteht in der deutschen Hochschullandschaft durch die Intergouvernementalität des NPM-Diskurses eine soziale Wirklichkeit aus verschiedenen Grautönen. Sichtbar wird die interdiskursiv konstruierte Wirklichkeit an der Subjektivierungsform akademischer Wissenschaftsmanager*innen.

*Akademische Wissenschaftsmanager*innen:* Bei dieser Subjektivierungsform geht es weniger um die Selbstführung durch unternehmerisches Denken und Handeln, sondern vielmehr um manageriale Fähigkeiten zur Führung anderer akademischer Subjekte. Vorrangig werden Hochschullehrer*innen bzw. „Leistungsträger“ (HRK 1998c; WR 2006: 82) vom Subjektivierungsprogramm des akademischen Leaderships adressiert (vgl. FU Berlin 2019f). Ferner zählen zu den „Leistungsträgern“ promovierte Wissenschaftler*innen in einem fortgeschrittenen Qualifikationsstadium zur Professur (vgl. FU Berlin 2018a: 88). Diese akademischen Subjekte

sollen sich innerhalb eines universitätsinternen Subjektivierungsregimes Kompetenzen „guter Personalführung“ aneignen, wozu „Themen wie Zielsetzung und Delegation, Kommunikation, Konfliktlösung, Gender- und Diversity-Kompetenz, Zeitmanagement oder [das] Führen von Jahresgesprächen“ (ebd.) gehören. Des Weiteren wird eine „gute Personalführung“ an der FU Berlin (2019d) mit grundlegenden Prinzipien der Menschenführung verknüpft. Dahingehend werden akademische Subjekte aufgefordert, Verantwortung für ihr eigenes Handeln und das Handeln ihrer Mitarbeiter*innen zu übernehmen (ebd.). Insofern wird von einer neoliberalen „Startgerechtigkeit“ (Rüstow 1949: 153) ausgegangen und Misserfolg immer auf den Einzelnen zurückgeführt, was soziale Ungleichheit negiert. In diesem Kontext trägt Chancengleichheit und Diversity Management unter NPM zu einer Verschleierung von Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts und anderer Kategorien von sozialer Ungleichheit bei (vgl. Ahmed 2018: 280).¹⁵

Ferner sollen akademische Wissenschaftsmanager*innen „ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Handlungsspielräume [eröffnen], in welchen sie eigenverantwortlich agieren können, so dass sie ihre Stärken bestmöglich für die Erreichung gemeinsamer Ziele einbringen können“ (FU Berlin 2019d). Das Ziel einer managerialen Menschenführung ist die Herrschaft über Subjekte ohne unmittelbaren Zwang über Anreize der Eigenverantwortung und einer scheinbaren Win-win-Situation. Demnach werden akademische Wissenschaftsmanager*innen aufgefordert, institutionelle und persönliche Interessen über Anreizsysteme auf akademische Subjekte zu disponieren. Auch diese akademische Subjektivierungsform weist Parallelen zu Normativen von Führungspersönlichkeiten in der projektbasierten Polis auf, denn akademische Wissenschaftsmanager*innen sollen ihre Mitarbeiter*innen wie die Leader in Unternehmen als Coaches betreuen, alle Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter*innen voll ausschöpfen und mit der Förderung von Eigeninitiative die Aussicht auf einen individuellen Freiheitsgewinn schaffen (vgl. Boltanski & Chiapello 2003: 134 f.; FU Berlin 2019d). Mithilfe dieser Fähigkeiten koordinieren akademische Wissenschaftsmanager*innen akademische Entrepreneur*innen, da sie sowohl Anreizstrukturen zur Förderung einer unternehmerischen Persönlichkeit erzeugen als auch Unternehmertum in der deutschen Hochschullandschaft organisieren. Dazu konstatiert der WR (2014: 53), dass

¹⁵ An anderer Stelle wird das Gegenteil behauptet: „Bei der Durchführung von Diversity-Trainings, Diversity-Auditierungen oder Kommunikationsmaßnahmen [wird] häufig eine anti-diskriminierende Wirkung entfaltet“ (Stuber 2007: 431).

„durch die Zunahme von Drittmittelförderung und koordinierten interdisziplinären Projekten sowie durch die Zunahme des internationalen Wettbewerbs in Forschung und Lehre und der Relevanz von internationalen Kooperationen für den Erfolg in der Wissenschaft [...] [den] Tätigkeiten im Bereich Wissenschaftsmanagement eine wachsende Bedeutung zu[kommt].“

Überdies können Wissenschaftsmanager*innen als Ankerpunkte von Hochschulprofilen und dem akademischen Quasi-Markt betrachtet werden, da sie unternehmerisches Handeln von akademischen Subjekten profil- und marktkonform koordinieren sollen (vgl. HRK 2019a: 7; WR 2014: 30 f.). Infolgedessen führt die Subjektivierungsform der Wissenschaftsmanager*innen zu einer Transformation akademischer Selbstbilder, denn zu den Kernaufgaben von Professor*innen an traditionellen deutschen Hochschulen zählen Lehre und Forschung (vgl. Münch 2011: 107). Mit den Anrufungen des NPM-Diskurses wandelt sich das Selbstverständnis von wertrationalen Wissenschaftler*innen, die traditionelle Imperative internalisiert haben, zu strategisch handelnden akademischen Subjekten, die allein punktuell in Lehre und Forschung agieren, da sie mit der Mobilisierung von anderen Subjekten und der Umsetzung von Strategieprogrammen beschäftigt sind (vgl. FU Berlin 2018a: 88; Merton 1972: 48–55). Im Verlauf der Transformation von akademischen Subjektivierungsformen verändert sich ebenfalls das wissenschaftliche Arbeitsethos, weil nun „Personen mit Wissenschaftserfahrung und Kenntnissen in der Projektverwaltung, Antragstellung, Organisation, ggf. im Bereich Personalführung, außerdem mit betriebswirtschaftlichem Verständnis [gefragt sind]“ (WR 2014: 31; vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 498–506). Dementsprechend ist es naheliegend, dass akademische Subjekte mit einem traditionellen Selbstverständnis die Interpellationen von managerialen Subjektivierungsformen als Identitätsbedrohung erleben (vgl. Schimank 2015). Schließlich erodieren traditionelle akademische Subjektivierungsformen durch die Anrufungen von dienstfertigen Wissenschaftler*innen.

*Dienstfertige Wissenschaftler*innen:* In Rekurs auf Bourdieu (1998: 19) können dienstfertige Wissenschaftler*innen als akademische Subjekte bezeichnet werden, „die allen polit-ökonomischen Wünschen Folge leiste[n]“. Die Ursache für die wissenschaftspolitische Beeinflussung akademischer Subjektivierung liegt in der Anhängigkeit von Drittmitteln, wodurch akademische Subjekte aufgefordert werden, sich konform zu den Profilen und Themenschwerpunkten von Mittelgeber*innen zu verhalten (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 87). Denn dienstfertige Wissenschaftler*innen

„sollen anwendbare Lösungen [...] [finden], um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und auszubauen. Die Ergebnisse sollen außerdem dazu beitragen, Produkte und Dienstleistungen menschengerecht, umweltfreundlich und wettbewerbsfähig zu entwickeln und unter Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte herzustellen“ (BMBF 2018: 35).

Auch andere Drittmittelgeber*innen, wie das ERC, erzeugen über Anreizstrukturen des Drittmittelwettbewerbs Anrufungen des profilkonformen Forschens. Mit diesem Forschungsstil soll ein großer Mehrwert für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft produziert werden, da ansonsten das Risiko zu scheitern nicht mehr legitimierbar ist, denn die Maxime lautet: „High risk-high gain“ (ERC 2019: 35). Auf diese Weise werden wissenschaftspolitische Forderungen auf akademische Subjekte übertragen, wie ebenfalls an einer vielseitig geforderten Internationalisierung deutlich wird (vgl. HRK 1998b; 2013a: 6; WR 2010a: 5). Darum werden akademische Subjekte qua Drittmittelanreize mobilisiert, in internationalen Netzwerken zu forschen (vgl. DFG 2018: 30). An sich kann eine Internationalisierung den Erkenntnisprozess wissenschaftlichen Wissens vorantreiben, soweit dieser Prozess wissenschaftsgetrieben ist und nicht als strategisches Instrument der gegenseitigen Bereicherung genutzt wird. Denn dann geht es nicht mehr vorrangig um die Generierung von neuen Erkenntnissen, sondern um die Vermarktung von Wissen und die Erzeugung von Wettbewerbsvorteilen durch strategische Netzwerke (vgl. Berlin University Alliance 2019; HRK 2013a: 6; WR 2010a: 5). In Hinblick auf diese kollektiven Beutegemeinschaften sollen dienstfertige Wissenschaftler*innen an der FU Berlin (2014b: 111; 2017: 1) die internationale Sichtbarkeit der Wirtschaftsregion Berlin verbessern und ausländische Studierende und Promovierende betreuen.

Mit all diesen Anrufungen der Dienstfertigkeit entsteht ein fundamentaler Bruch zu Imperativen in der Wissenschaft und dadurch auch zu traditionellen akademischen Subjektivierungsformen (vgl. Bourdieu 1992: 206; Merton 1972: 48–55). Das Pendant zu dienstfertigen Wissenschaftler*innen ist die traditionelle Subjektivierungsform der reinen Wissenschaftler*innen, die „von jeder gesellschaftlichen Beimengung befreien“ (vgl. Bourdieu 1998: 19). Folglich handelt es sich um weitestgehend autonome Wissenschaftler*innen, die weder durch politökonomische Sanktionen und Anforderungen noch durch Subjektivierungsformen wissenschaftsfremder Diskurse beeinflusst werden (vgl. Bourdieu 1992: 206). Allerdings ist die Autonomie von reinen Wissenschaftler*innen eine Freiheit, die in Relation zur Wissens- und Identitätspolitik eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses betrachtet werden muss und damit ein traditionelles

Subjektivierungsregime erzeugt, das – wenn auch mit anderen Herrschaftstechnologien – unterjocht und unterwirft (vgl. Bourdieu 1998: 18 f.; Foucault 2005a: 245). Denn anstatt über den zwanglosen Zwang von managerialen Anreizstrukturen erwünschte Verhaltensweisen und Identitäten zu fördern, findet traditionelle akademische Subjektivierung über die Anerkennung und Sanktionierung der Peers statt (vgl. Münch 2011: 37 ff.). Plausibilisiert wird das traditionelle akademische Subjektivierungsregime durch Narrative wie „ein Professor, den die Studierenden nicht achten und von dem sie nichts lernen wollen, führt eine genauso erbärmliche Existenz wie ein Professor, dessen Forschungsleistungen auf kein Interesse anderer Forscher stoßen“ (ebd.: 38). Demgemäß kann in der deutschen Hochschullandschaft ein Kampf zwischen herrschenden Subjekten des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und des NPM-Diskurses beobachtet werden, die mit Handlungsrezepten und Identitätsangeboten um eine Deutungshoheit ringen.

Vor dem Hintergrund dieser sich konterkarierenden Subjektivierungsregime kann die zweite und ein Teil der dritten Forschungsfrage diskutiert werden. Zunächst wird festgehalten, dass akademische Subjekte vorrangig über eine neoliberalen Regierungspraxis in Form von Anreizen des Wettbewerbs und einer unternehmerisch-managerialen Eigenverantwortung angerufen werden (vgl. FU Berlin 2019d; WR 1996: 10; 2006: 49). Die Anreizstrukturen des Managementdiskurses eröffnen nur wissenschaftliche Freiheitsgrade, wenn Wissenschaftler*innen so lehren und forschen, dass manageriale Kennzahlen und wissenschaftspolitische Forderungen erfüllt werden – kurzum: Wissenschaftler*innen müssen sich dienstfertig verhalten, um von Anreizsystemen des NPM-Diskurses zu profitieren (vgl. BMBF 2018: 35; WR 2006: 82). Aus diesem Grund werden akademische Subjekte von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses als dienstfertige Wissenschaftler*innen, akademische Entrepreneur*innen und Wissenschaftsmanager*innen adressiert. In diesen unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsformen manifestiert sich ein arbeitsteiliger Transformationsprozess von traditionellen Subjektivierungsformen wie den der reinen Wissenschaftler*innen. Infolgedessen werden akademische Tätigkeitsbereiche verschoben sowie grundlegende wissenschaftliche Werte und Normen transformiert (vgl. FU Berlin 2019a: 16; Weber 2002 [1894–1922]: 498–506; WR 2014: 53). Am Anfang der Wertschöpfungskette „von der Idee zum Markt“ (FU Berlin 2018b) befinden sich akademische Entrepreneur*innen, die ihr Wissen und sich selbst zu Märkte tragen, indem sie Projekte akquirieren und damit unternehmerische Fähigkeiten sowie ein unternehmerisches Persönlichkeitsprofil entwickeln (vgl. FU Berlin 2019g; Land Berlin 2018: 26; RWTH Aachen

2016: 4). Als nächstes sind dienstfertige Wissenschaftler*innen gefragt, die eingeworbene Projekte planmäßig und fristgerecht umsetzen sowie Wissen in eine Ware verwandeln. Letztlich werden Wissenschaftsmanager*innen durch die Organisation des Wertschöpfungsprozesses aufgefordert, akademische Subjekte zu mobilisieren, ihre unternehmerischen Fähigkeiten zu entfalten, Verhaltensweisen über Anreizsysteme zu kanalisieren, (Absatz-)Strategien zu entwickeln und strategische Netzwerke zu bilden (vgl. FU Berlin 2019d; 2019f; HRK 2013a: 6). Ob es sich bei diesem Transformationsprozess um einen Wandel von akademischen Subjektivierungsweisen handelt, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Vorerst wird jedoch deutlich, dass zwischen Subjektivierungsformen des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und des NPM-Diskurses ein Spannungsfeld entsteht, da die Handlungsanweisungen und Identitätsangebote der beiden Wissensordnungen Widerstand zueinander erzeugen. Um die dritte Fragestellung der vorliegenden Arbeit zu beantworten, muss untersucht werden, wie sich Wissenschaftler*innen mit den Interpellationen des Managementdiskurses arrangieren. Zu diesem Zweck werden im Folgenden subjektive Soll-Zustände mit den Deutungsmustern und Subjektivierungsweisen von Wissenschaftler*innen kontrastiert, wodurch die Macht des NPM-Diskurses vom persönlichen Widerstand handelnder Menschen aus erforscht wird.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Das Zusammenspiel von Subjektivierungsformen des Managementdiskurses und akademischen Subjektivierungsweisen

6

Die folgende Befragtenübersicht, die mithilfe einer Onlineumfrage während der Fallstudie an der FU Berlin generiert wurde, dient als Einstieg in die Analyse kollektiver Deutungsmuster und akademischer Subjektivierungsweisen (vgl. Tabelle 6.1: Befragtenübersicht).

Zunächst ist mithilfe der Tabelle 6.1 zu konstatieren, dass innerhalb der erhobenen Variablen eine Varianz herrscht, wodurch sich das Interviewmaterial zur Rekonstruktion von Deutungsmustern eignet (vgl. Ullrich 2020: 73). Insbesondere die Merkmale der Statusgruppe, Disziplin, Kind(er), Jahr Doktorgrad, Soll- und Ist-Arbeitszeit, Stellenfinanzierung, Beschäftigungsverhältnis und der Arbeitsvertragslaufzeit weisen eine mitunter hohe Streuung auf. Bei den Befragten im Mittelbau¹ verfügen 73,7 Prozent über einen befristeten Arbeitsvertrag mit einer durchschnittlichen Arbeitsvertragslaufzeit von ca. 3,5 Jahren. Dies liegt innerhalb der deutschen Hochschullandschaft über dem Durchschnitt, denn hier beläuft sich die Arbeitsvertragslaufzeit bei 82,8 Prozent der Mittelbauangehörigen auf einschließlich drei Jahre (Ambrasat & Heger 2020: 10). Darüber hinaus sind fünf der Befragungsteilnehmer*innen im Mittelbau mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag angestellt. Die Befragten im Mittelbau an der FU Berlin dokumentieren damit auch eine geringere Befristungsquote als im bundesweiten Durchschnitt (ebd.: 5). 31,6 Prozent der Befragten befinden sich in einer Teilzeitbeschäftigung. Überdies kann der Befragtenübersicht entnommen werden, dass 60 Prozent der Stellen

¹ Hierzu zählen Doktorand*innen, Postdoktorand*innen und Privatdozent*innen.

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann
https://doi.org/10.1007/978-3-658-42747-4_6.

über Haushaltmittel der FU Berlin finanziert werden. Über Drittmittel finanzieren 28 Prozent der Studienteilnehmer*innen ihren Arbeitsplatz vollständig und mittels einer Hybridfinanzierung aus Dritt- und Haushaltsmitteln 12 Prozent. Weiterhin haben 52 Prozent der Befragten ein bis drei Kind(er). Ein Großteil der Studienteilnehmer*innen arbeitet über ihre vertraglich festgelegte Arbeitszeit hinaus. Insbesondere fünf der sechs Teilzeitbeschäftigten² leisten mit durchschnittlich 16,8 Stunden zu einem erheblichen Teil unbezahlte Arbeit. Auffällig ist ebenfalls, dass sich insbesondere Doktorand*innen in einer Teilzeitbeschäftigung befinden und einen hohen Anteil unbezahlte Arbeit verrichten. Diese statusgruppenspezifische Verteilung von schlecht bezahlter Teilzeitbeschäftigung deckt sich mit den Beobachtungen der Wissenschaftsbefragung. Hier sind ebenfalls 60,2 Prozent der Promovierenden teilzeitbeschäftigt (Ambrasat & Heger 2020: 11). Daraus wird ersichtlich, dass die berufliche Lage der Befragten im Mittelbau – zumindest quantitativ betrachtet – besser ist als im bundesweiten Durchschnitt. An dieser Stelle sind folgende Fragen zu beantworten:

- Wie deuten die Studienteilnehmer*innen ihre berufliche Situation und Arbeitsbedingungen?
- Stehen diese Deutungsmuster in einem Spannungsverhältnis zur Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses?

Zunächst legen die quantitativen Befunde nahe, dass die Seinsverbundenheit des Wissens durch Arbeitsbedingungen im Kontext diverser Disziplinen und Statusgruppen zu status- und disziplinspezifischen Deutungsmustern führen (vgl. Mannheim 1985 [1929]: 233). Weiterhin lässt sich aus der Befragtenübersicht ein erster Hinweis darauf erkennen, dass sich sowohl befristet als auch unbefristet wissenschaftlich Beschäftigte selbst ausbeuten³. Dadurch werden Traditionsnarrative des NPM-Diskurses konterkariert, weil hier mitunter unbefristet Beschäftigten unterstellt wird, faul zu sein (vgl. Deutschlandfunk 1999).

Die Befragtenübersicht zeigt gleichwohl eine gewisse Schieflage in der Verteilung der unterschiedlichen Statusgruppen und Disziplinen zugunsten von Postdoktorand*innen in den Naturwissenschaften. Dieser Umstand ist dem theoretical sampling mit seiner induktiven Vorgehensweise geschuldet, denn im Verlauf der Fallstudie zeigte sich, dass es äußerst schwierig war, Teilnehmer*innen aus den Sozial- und Rechtswissenschaften für die Studie zu

² Dok Human 1, Dok Human 2, Dok Natur 1, Dok Recht, Dok Wirt.

³ (Selbst-)Ausbeutung wird quantitativ an Mehrarbeit in Form einer Überschreitung der vertraglich festgelegten Arbeitszeit sichtbar.

Tabelle 6.1 Befragtenübersicht

Befragte* ⁴	Geschlecht	Kind(er)	Jahr Doktorgrad	Besoldung	Soll-Arbeitszeit	Ist-Arbeitszeit	Stellenfinanzierung.	Beschäftigungsverhältnis	Arbeitsvertragslaufzeit
Dok Human 1	weiblich	Nein	–	–	19,70 Std.	43 Std.	vollständig durch Drittmittel	befristet	4 Jahre
Dok Human 2	männlich	Nein	–	–	20 Std.	35 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	befristet	2 Jahre
Dok Natur 1	weiblich	Nein	–	–	20 Std.	45 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	befristet	3 ½ Jahre
Dok Natur 2	männlich	nein	–	–	40 Std.	45 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	befristet	2 Jahre
Dok Recht	weiblich	nein	–	–	19,5 Std.	20 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	befristet	3 Jahre
Dok Wirt	männlich	ja	–	–	20 Std.	40 Std.	teils durch Haushaltsmittel, teils durch Drittmittel	befristet	4 Jahre
PD Human	männlich	ja	–	–	38,5 Std.	45 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–
Postdok Geist 1	männlich	ja	nach 2010	–	40 Std.	48 Std.	vollständig durch Drittmittel	befristet	3 Jahre
Postdok Geist 2	männlich	nein	nach 2010	–	39,4 Std.	39,4 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–
Postdok Geist 3	männlich	nein	nach 2010	–	39,2 Std.	48 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–

(Fortsetzung)

⁴ Für die Befragten wurden folgende Abkürzungen verwendet: Dok = Doktorand*in; Postdok = Postdoktorand*in; PD = Privatdozent*in; Jun.prof = Juniorprofessor*in; Prof = Professor*in; Geist = Geisteswissenschaften; Human = Humanwissenschaften; Natur = Naturwissenschaften; Recht = Rechtswissenschaften; Soz = Sozialwissenschaften; Nummerierungen = Kennzeichnung unterschiedlicher Studienteilnehmer*innen einer Statusgruppe derselben Disziplin.

Tabelle 6.1 (Fortsetzung)

Befragte*r	Geschlecht	Kind(er)	Jahr Doktorgrad	Besoldung	Soll-Arbeitszeit	Ist-Arbeitszeit	Stellenfinanzierung.	Beschäftigungsverhältnis	Arbeitsvertragslaufzeit
Postdok Human	männlich	ja	2000–2010	–	19,5 Std.	5 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–
Postdok Natur 1	weiblich	nein	nach 2010	–	39,4 Std.	45 Std.	vollständig durch Drittmittel	befristet	4 Jahre
Postdok Natur 2	männlich	ja	nach 2010	–	39,5 Std.	–	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–
Postdok Natur 3	männlich	ja	nach 2010	–	39,4 Std.	33 Std.	teils durch Haushaltsmittel, teils durch Drittmittel	befristet	5 Jahre
Postdok Natur 4	männlich	ja	2000–2010	–	40 Std.	40 Std.	vollständig durch Drittmittel	befristet	4 Jahre
Postdok Natur 5	männlich	ja	2000–2010	–	40 Std.	50 Std.	vollständig durch Drittmittel	befristet	5 Jahre
Postdok Natur 6	weiblich	nein	nach 2010	–	39 Std.	40 Std.	teils durch Haushaltsmittel, teils durch Drittmittel	befristet	5 Jahre
Postdok Soz	weiblich	nein	nach 2010	–	39 Std.	39 Std.	vollständig durch Drittmittel	befristet	5 Jahre
Postdok Wirt	weiblich	nein	nach 2010	–	39,5 Std.	50 Std.	vollständig durch Drittmittel	befristet	1 ½ Jahre
Jun.prof Wirt 1	männlich	ja	nach 2010	W	–	60 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	befristet	6 Jahre

(Fortsetzung)

Tabelle 6.1 (Fortsetzung)

Befragte*†	Geschlecht	Kind(er)	Jahr Doktorgrad	Besoldung	Soll-Arbeitszeit	Ist-Arbeitszeit	Stellenfinanzierung.	Beschäftigungsverhältnis	Arbeitsvertragslaufzeit
Jun.prof Wirt 2	weiblich	ja	nach 2010	W	40 Std.	40 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	befristet	6 Jahre
Prof Human	weiblich	ja	2000–2010	W	–	–	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–
Prof Recht	männlich	nein	2000–2010	W	40 Std.	54 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–
Prof Soz	weiblich	ja	vor 2000	W	40 Std.	60 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–
Prof Wirt	männlich	ja	vor 2000	W	40 Std.	50 Std.	vollständig durch Haushaltsmittel	unbefristet	–

gewinnen. In den Rechtswissenschaften konnten auf diese Weise beispielsweise mit 32 Interviewanfragen über einen Zeitraum von sechs Monaten lediglich zwei Interviewteilnehmer*innen gewonnen werden. Um den Verzerrungseffekt einer Überrepräsentation der Postdoktorand*innen in den Naturwissenschaften zu kontrollieren, werden persönliche Deutungen in der vorliegenden Analyse erst als kollektive Wissensbestände berücksichtigt, wenn Deutungsmuster bei mindestens fünf Befragten über drei verschiedene Disziplinen hinweg erkennbar werden. Weiterhin gestaltete es sich als schwierig, Doktorand*innen und (Junior-)Professor*innen zur Teilnahme an der Befragung zu motivieren. Im Fall der Doktorand*innen schien die mangelnde Teilnahmebereitschaft an Unsicherheit und Zeitknappheit gelegen zu haben. Bei den Hochschullehrer*innen wurden Absagen mit Zeitknappheit, Skepsis gegenüber der Studie bis hin zu Angst vor Repressionen seitens der Hochschulleitung und Drittmittelgeber*innen begründet. In diesem Zusammenhang berichtet eine angefragte Hochschullehrerin über einen persönlichen Konflikt mit einem Kollegen und dem Präsidium der FU Berlin – dazu hält sie resümierend fest: „Seitdem habe ich eher Angst vor der FU und würde mich eher ungern irgendwo äußern, wo mir auch noch ‚Widerstand‘ (zu dem ich ja nichts in der Hand habe) zugeschrieben wird“ (angefragte Hochschullehrerin).

Insgesamt wurden 107 Interviewfragen gestellt, von denen letztlich 25 Interviewteilnehmer*innen gewonnen wurden. Die Interviews wurden ausschließlich online über Zoom geführt und dauerten von 35 Minuten bis ca. zwei Stunden. Die induktive Vorgehensweise bei der Befragtenauswahl erwies sich zwar als zeitaufwendig. Jedoch ließ die Zwischenauswertung nach den ersten Interviews während der Datenerhebung Anpassungen im Fragebogen zu und förderte dergestalt einen Erkenntnisgewinn. Im Folgenden werden aus dem Interviewmaterial unter Berücksichtigung der Onlineumfrageergebnisse kollektive Wissensbestände zu zentralen Bezugsproblemen rekonstruiert.

6.1 Deutungsmuster und Subjektivierungsweisen von Wissenschaftler*innen an der Freien Universität Berlin

Insgesamt konnten aus den persönlichen Deutungen der Studienteilnehmer*innen 19 Deutungsmuster zu den Bezugsproblemen Arbeitsbedingungen, Drittmittel, Publikationen, Wettbewerb, Lehre, manageriale Steuerung, Wissenschaft sowie Wissenschaftler*innen gebildet werden. Dass es sich um Bezugsprobleme handelt, wurde während der Interviews durch kontroverse Diskussionen und

beschriebene Handlungsambivalenzen im Arbeitsalltag der Befragten deutlich. Insbesondere die Arbeitsbedingungen in der deutschen Hochschullandschaft im Allgemeinen und an der FU Berlin im Besonderen sorgten bei den Studienteilnehmer*innen für Kontroversen, zu denen unterschiedliche Deutungen mit (nicht-)diskursiven Praktiken und nicht-intendierten Effekten entstanden. Die kollektiven Wissensbestände der befragten Wissenschaftler*innen an der FU Berlin lassen sich mit der folgenden Tabelle darstellen (vgl. Tabelle 6.2: Kollektive Wissensbestände von Wissenschaftler*innen an der FU Berlin zu zentralen Bezugsproblemen).

Tabelle 6.2 Kollektive Wissensbestände von Wissenschaftler*innen an der FU Berlin zu zentralen Bezugsproblemen

Arbeitsbedingungen	Drittmittel	Publikationen	Wettbewerb
<ul style="list-style-type: none"> • Prekarität als Normalität • Wissenschaftliche Karriere als persönlicher All-in 	<ul style="list-style-type: none"> • Drittmittel als Rettung • Drittmittel als Freiheit • Drittmittel als Zeichen der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit • Drittmittel als Statussymbol • Drittmittel als Ressourcenverschwendung 	<ul style="list-style-type: none"> • Publish or perish • High-Impact-Journalbeiträge als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität • High-Impact-Journalbeiträge nicht als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität 	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige als Normalität • Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung
Lehre	Manageriale Steuerung	Wissenschaft	Wissenschaftler*innen
<ul style="list-style-type: none"> • Lehre als Belastung • Lehre als Motivationsquelle 	<ul style="list-style-type: none"> • Manageriale Steuerungsinstrumente als Autonomieeingriff • Kennzahlen als Bedrohung von traditionellen Werten und Normen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaft als Mode • Wissenschaft als gesellschaftlicher Beitrag 	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftler*innen als Unternehmer*innen und Manager*innen

Bezugsproblem Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen im deutschen Wissenschaftssystem sind bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts prekär (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 477). Mit der Einführung von NPM verschärft sich die berufliche Unsicherheit vieler Wissenschaftler*innen in der deutschen Hochschullandschaft. Die Wissenspolitik des Managementdiskurses suggeriert, dass träge wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und „faule Professoren“ (Deutschlandfunk 1999) lediglich durch Anreize eines (Ausscheidungs-)Wettbewerbs mobilisiert werden können, effizienter zu arbeiten (vgl. HRK 1998c). Vor diesem Hintergrund wird nutzbar gemachte akademische Prekarität zu einem neoliberalen Modus von akademischer Subjektivierung, woraus sowohl persönlicher Widerstand als auch balancierendes Anpassungsverhalten erwachsen (vgl. Lenk 2022). Von den Befragten wird Prekarität als Normalität betrachtet.

Deutungsmuster „Prekarität als Normalität“: Eine Postdoktorandin (Wirtschaft) stellt fest:

„Ich habe auch mein Problem mit dem akademischen Mittelbau. Das ist aber glaube ich nichts, was mit der Universität an sich zu tun hat, sondern das ist einfach unser Forschungs- und Wissenschaftssystem. Und da erzähle ich Ihnen auch nichts Neues, wenn ich Ihnen einfach sage, dass für Nachwuchswissenschaftler [...] eine langfristige Planung schwer möglich ist und dass das natürlich zu einer gewissen Dropout-Rate führt, weil einfach bestimmte Lebenswege sich nicht damit vereinbaren lassen. Ich bin jetzt Mitte dreißig und ich habe befristete Arbeitsverträge und wenn ich in der Wissenschaftswelt bleiben möchte, dann werde ich auch in Zukunft noch befristete Arbeitsverträge für die nächsten Jahre haben und muss sozusagen in meiner persönlichen Lebensgestaltung entweder damit zurechtkommen oder das anders ausbalancieren, beispielsweise durch einen Ehepartner oder wie auch immer, Verhältnisse die mir erlauben, eine Sicherheit irgendwie in mein Leben zu bringen.“

Neben der Annahme, dass die Angehörigen des akademischen Mittelbaus schon immer von Prekarität betroffen waren und sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird, spiegelt sich in der Aussage ein Anpassungsverhalten wider. Diese persönliche Anpassungsleistung an die prekären Arbeitsbedingungen im deutschen Hochschulsystem kann im Sinne des NPM-Diskurses als diskursive Praktik interpretiert werden.

In diesem Kontext werden die empirischen Befunde der vorliegenden Fallstudie genutzt, um Theorieangebote von diskursiven Praktiken zu schärfen (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 47; Foucault 2015: 99; Keller 2011: 228). In der

folgenden Analyse werden diskursive Praktiken als Vollzug von Handlungsskripten unterschiedlicher Diskurse verstanden, wodurch sich zwar verschiedene Handlungsoptionen ergeben, aber das Ziel einer Handlung von Diskursen determiniert wird. Demzufolge kann das „Ausbalancieren [von akademischer Prekarität] beispielsweise durch einen Ehepartner“ (Postdok Wirtschaft) als diskursive Praktik betrachtet werden, um sich an die Arbeitsbedingungen anzupassen und letztlich seine berufliche Unsicherheit als Normalität zu deuten. Eine weitere diskursive Praktik zur Anpassung an die prekäre berufliche Lage ist das kontinuierliche Einwerben von Drittmitteln, denn es stehen für einen Großteil der befristet beschäftigten Interviewteilmehmer*innen im Wesentlichen nur zwei Optionen für einen dauerhaften Verbleib in der deutschen Hochschullandschaft zur Verfügung: „Entweder man bleibt lebenslanger Postdok und bewirbt sich immer wieder auf Drittmittel und auf neue Stellen oder man strebt halt eine Professur an“ (Postdok Natur 6). Deswegen beeinflusst akademische Prekarität sowohl die wissenschaftliche Arbeitsweise als auch die private Lebensführung.

Es liegt zwar nahe, dass das Deutungsmuster – Prekarität als Normalität – überwiegend von Postdoktorand*innen verwendet wird, da „der Drittmitteldruck [...] dort viel dramatischer [ist], weil eine ganze Reihe Postdoks die Stellen für sich selber einwerben müssen“ (Jun.prof. Wirt 1). Aber auch Hochschullehrer*innen greifen auf dieses Deutungsmuster zurück, denn sie werden von der beruflichen Unsicherheit ihrer Mitarbeiter*innen tangiert. So erläutert der befragte Juniorprofessor, dass „die FU Berlin tendenziell wenig Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, sprich irgendwann würde ich das Problem haben, dass ich keine Mitarbeiter hätte“ (ebd.). Folglich stellt das Einwerben von Drittmitteln zur (Weiter-)Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen unter den befragten Hochschullehrer*innen eine diskursive Praktik dar, um sich an nutzbar gemachte akademische Prekarität anzupassen. Des Weiteren passen sich die Befragten an ihre berufliche Unsicherheit an, indem sie sich einen „Plan B im Kopf zurechtlegen“ (Jun.prof. Wirt 2). Das Entwerfen von Ausstiegsplänen aus der Wissenschaft kann zudem als diskursive Praktik eingestuft werden, da der inszenierte Wettbewerb um sichere Arbeitsplätze zu einer „Bestenauslese“ (WR 2005: 73) führen soll.

Der Wettbewerb um knappe Ressourcen führt jedoch nicht nur zu einer vermeintlichen Auslese der besten Wissenschaftler*innen, sondern mitunter zu unbeabsichtigten Effekten, die durch nicht-diskursive Praktiken sichtbar werden. Auch an dieser Stelle kann eine etablierte Definition von nicht-diskursiven Praktiken mithilfe der empirischen Befunde verfeinert werden (vgl. Keller 2011: 256). Dazu dient folgendes Beispiel aus dem unerwünschten Umgang mit akademischer Prekarität:

„Ich bin so ein Warrior und wenn ich mehr Sicherheit hätte, dann hätte ich einfach so viel mehr Kapazitäten frei. Und diese Postdokfalle, dass mit dem fünfundvierzig und [...] dann hast du keine Alternativen mehr. Da haben wir alle so viel Angst und ich sehe, dass das so lähmend ist [...] [und] es ist nicht der richtige Wettbewerb, irgendetwas Produktives zu machen, also es gibt ja destruktive Energien und produktive Energien. Und ich glaube, es ist eher so etwas Destruktives diese Angst, die dich dann auch verzweifeln lässt und eventuell Datenfälschen, damit du halt auch irgendetwas hast, denn du hast ja keine Alternativen. Und wir wissen alle, dass alternativlose Menschen viel rücksichtsloser sind als andere, weil du halt nichts mehr zu verlieren hast“ (Dok Natur 1).

Dieser Aussage kann entnommen werden, dass akademische Prekarität nicht nur zu einer Mobilisierung wissenschaftlicher Arbeitskräfte sowie einer effizienten Arbeitsweise führt, sondern zudem wissenschaftliches Fehlverhalten provoziert und Konkurrenz verursacht (vgl. Lenk 2022: 155 f.). Insofern erzeugt die Erzählung einer Bestenauslese eine Selektion über die persönliche Anpassungsfähigkeit, denn „wenn du das evolutionsbiologisch betrachtest, werden da halt auch bestimmte Persönlichkeiten selektiert. Du könntest jetzt auch fragen, sind diese Persönlichkeiten skrupelloser, wenn es um die Manipulation von Daten geht, um ihr Ziel jetzt zu erreichen“ (Dok Natur 1). Mit diesen nicht-diskursiven Praktiken werden sowohl Anrufungen des NPM-Diskurses durchkreuzt als auch jene eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses, da Wissenschaftler*innen im Erkenntnisprozess gemeinsam und ohne Fehlverhalten voranschreiten sollten (vgl. Merton 1972: 51 ff.). Vor diesem Hintergrund können nicht-diskursive Praktiken als persönliche Handlungsweisen verstanden werden, die sich außerhalb diskursiv verordneter Handlungsweisen befinden, wodurch unbeabsichtigte Effekte entstehen können.

In diesem Zusammenhang stellt eine Doktorandin (Recht) fest: „Bei mir ist es eher so, dass Wettbewerbsdenken oder dieses klassische Ellenbogendenken mich eher an meiner Arbeit hindert.“ Die ungewollten Effekte von akademischer Prekarität führen schließlich zu einer geringeren Bereitschaft neues Wissen zu generieren, wie an folgender Aussage ersichtlich wird:

„Mich hat das nicht zu Wagnissen ermuntert, um jetzt irgendetwas ganz tolles auszuprobieren. Ich habe eigentlich immer geschaut, wie kann ich sicherstellen, dass ich überhaupt den nächsten Schritt erreichen kann. Also ich würde nicht sagen, dass es mich ermuntert hat, da irgendetwas Tolles zu machen. Immer dann, wenn ich eine Stelle hatte, wenn ich eine gewisse Sicherheit hatte und wusste, ich habe für die nächsten zwei, drei Jahre keine Sorgen, dann habe ich geschaut, ok da gibt es noch viele tolle Möglichkeiten, es gibt Stipendien, zum Beispiel ins Ausland zu gehen, und dann habe ich mich auf so etwas beworben. Also da war ich dann eher kreativer und hatte mehr Freiheiten, auch im Geist mir Gedanken zu machen“ (Postdok Geist 3).

Diesbezüglich werden mit nicht-diskursiven Praktiken, wie die Vermeidung wissenschaftlicher Wagnisse, Narrative des Managementdiskurses unterlaufen, da hier davon ausgegangen wird, dass eine gezielte Prekarisierung mit akademischer Mobilität zu einer Steigerung der Produktivität führt (vgl. HRK 2004d: 4; WR 2006: 34; 2011a: 11 f.).

Es gibt jedoch auch Befragte, die durch ihre Prekarität mobilisiert werden, effizienter zu arbeiten, indem sie sich selbst ausbeuten⁵. Die berufliche Unsicherheit führt allerdings bei einem Großteil der Betroffenen zu einer Minderung der persönlichen Leistungsfähigkeit und wissenschaftlichen Wagnisbereitschaft. Dies kann für den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt und die Gesellschaft problematisch werden, da die Wissenschaftsgeschichte zeigt, dass mitunter für neue Erkenntnisse, wie beispielsweise bei der Entdeckung von Penicillin, viel Zeit und berufliche Sicherheiten notwendig gewesen sind (vgl. Pieroth 1992). Es kann also festgehalten werden, dass die Vermeidung von wissenschaftlichen Wagnissen und „Ellenbogendenken“ (Dok Recht) zu unbeabsichtigten Effekten führen, welche durch nicht-diskursive Praktiken sichtbar werden, weil die Denk- und Handlungsweise der Studienteilnehmer*innen weder zum Skript des NPM-Diskurses noch zu Normativen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses passen.

Weiterhin fällt im Interviewmaterial auf, dass insbesondere die hoch intrinsisch motivierten Wissenschaftler*innen durch den Druck von akademischer Prekarität demotiviert werden und an persönlicher Erschöpfung⁶ leiden. Einen Anhaltspunkt für den Zusammenhang von akademischer Subjektivierung und Erschöpfungskrankheiten liefert eine Juniorprofessorin (Wirt 2), indem sie feststellt:

„Ich stresse mich und drücke mich selber schon genug, also ich brauche das nicht mehr von außen [...] und deshalb habe ich in der Doktorarbeit schon gemerkt, weil ich die ersten Kolleginnen und Kollegen hatte, die Probleme hatten, auch gesundheitlich durch den Druck und durch den Wettbewerb.“

⁵ Selbstausschöpfung wird im Sinne von Foucault (1984: 35 f.) als Selbsttechnologie betrachtet, also als eine Praktik, mit der Subjekte so auf ihre Lebensführung und Arbeitsweise einwirken, dass sie sich an Subjektivierungsformen anpassen können. Im vorliegenden Fall überschreiten Befragte ihre vertraglich festgelegte Arbeitszeit, um nach dem Verständnis von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses effizient zu arbeiten.

⁶ Dementsprechend ist es naheliegend, zeitdiagnostische Erschöpfungskrankheiten zusammen mit der Persönlichkeitsstruktur von (akademischen) Subjekten und ihren Arbeitsbedingungen zu erforschen. Dies kann im vorliegenden Rahmen der Arbeit nicht geleistet werden.

Demgemäß wird akademische Prekarität für einen Teil der Studienteilnehmer*innen nicht zur Motivation, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, sondern zur Quelle der persönlichen Erschöpfung. Oder mit anderen Worten formuliert:

„Die Unsicherheit macht mich krank und macht mich unproduktiver. Ich weiß, dass wenn ich mehr Sicherheit habe, zum Beispiel jetzt gerade weiß ich, dass ich am Anfang von meinen drei Jahren stehe. Ich bin im Moment viel produktiver, ich bin viel optimistischer, ich bin viel waghalsiger, weil ich weiß, oh ich habe noch drei Jahre, ich habe noch Zeit. Ich habe Sicherheit, ich kann an diesem Ort bleiben. [...] Das gibt mir Ruhe und macht mich produktiver. Der Stress macht mich unproduktiv und unglücklich und krank“ (Dok Natur 1).

Infolgedessen entstehen ungeachtet der Deutung von akademischer Prekarität als Normalität und persönlichen Anpassungsleistungen durch diskursive Praktiken ein individueller Widerstand durch nicht-diskursive Praktiken und ungewollte Effekte. Einerseits begründet sich darin die vorliegend vorgeschlagene Perspektive der Soziologie des individuellen Widerstands. Andererseits wird damit Foucaults (1978: 125 f.) Annahme widerlegt, dass eine binäre Unterscheidung zwischen Diskursiven und nicht-Diskursiven für die Untersuchung von Wissen und Macht wenig bedeutsam sei. Demnach lassen sich für die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken nicht nur theoretische Argumente finden, sondern ebenfalls eine Heuristik, die durch das empirische Material der Fallstudie an der FU Berlin fundiert wird (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 14 f.; Waldenfels 1991: 281, 291).

Aus der Analyse des ersten Deutungsmusters kann folgende übergreifende Analysestruktur abgeleitet werden: Im ersten Schritt werden Differenzen zwischen persönlichen und diskursiven Begründungen⁷ sowie Narrativen von (kollektiven) Wissensbeständen rekonstruiert, um anschließend den Fokus auf (nicht-)diskursive Praktiken und (nicht-)intendierte Effekte zu richten. Vor dem Hintergrund nicht-diskursiver Praktiken und unbeabsichtigter Effekte, die im Rahmen des Deutungsmusters „Prekarität als Normalität“ entstehen, wird von einigen Befragten die Karriere in der deutschen Hochschullandschaft auch als persönlicher „All-in“⁸ (Dok Wirt) gedeutet.

⁷ Diskursive Begründungen bilden eine Legitimationsstruktur von Diskursen, während persönliche Begründungen zwar Fragmente der diskursiven Struktur enthalten können, dieser jedoch nicht vollkommen entsprechen.

⁸ Hiermit nimmt der Befragte Bezug auf einen Spielzug beim Poker, wo der gesamte Einsatz riskiert wird. Gewissermaßen wird mit diesem Vergleich auch Webers (2002 [1894–1922]: 477) Analogie zwischen der akademischen Karriere und dem Glücksspiel aktualisiert, wo „ohne Rücksicht auf andere oder sich selbst alles riskiert wird.“

Deutungsmuster „Wissenschaftliche Karriere als persönlicher All-in“: Dieses Deutungsmuster wird insbesondere von „Leute[n verwendet], die praktisch All-in direkt nach dem Master promovieren“ (ebd.). Hierbei handelt es sich um Studienteilnehmer*innen, die keine anderen beruflichen Sicherheiten als beispielsweise eine Berufsausbildung haben oder Chancen sehen, in einem anderen Feld beruflich tätig zu werden. Demnach spiegelt sich in der Perspektive der Befragten eine Alternativlosigkeit zur wissenschaftlichen Arbeit wider, weshalb die persönliche Karriere als hochriskantes Wagnis betrachtet wird. Für die akademische Karriere in der deutschen Hochschullandschaft gilt die Maxime: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt“ (Dok Natur 1). Diesbezüglich aktualisiert das Deutungsmuster der „wissenschaftlichen Karriere als persönlicher All-in“ sowohl die Narrative eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses als auch die sinnstiftenden Erzählungen des NPM-Diskurses mit ihren Versprechen einer Bestenauswahl durch einen Wettbewerb um Arbeitsplätze (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 477; WR 2005: 73 f.).

Mit dem persönlichen All-in kann eine erhöhte Opferbereitschaft unter den Studienteilnehmer*innen beobachtet werden (vgl. Dok Natur 1). Insbesondere die interviewten Wissenschaftlerinnen fühlen sich stärker aufgefordert, persönliche Opfer zu bringen als ihre männlichen Kollegen. So stellt eine Postdoktorandin (Soz) fest: „Das, was ich mache, das ist halt auch das Ergebnis von viel Wagemut (lacht), dass ich alles durchgehalten habe, irgendwie, wie gesagt als Frau ohne akademischen Background.“ Der Aussage kann entnommen werden, dass das Geschlecht und das (akademische) Elternhaus nicht nur an traditionellen Hochschulen zu Diskriminierungs- und Privilegierungsmomenten führt, sondern Wissenschaftlerinnen⁹ an unternehmerischen Hochschulen es zusätzlich schwer haben, den unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsformen nachzukommen (vgl. Costas & Michalczyk 2018: 237 f.). Demnach wird soziale

⁹ Hier fragt sich, welche Folgen der unternehmerisch-manageriale Transformationsprozess für wissenschaftliche Beschäftigte hat, die sich weder als Frau noch als Mann betrachten? Diese Leerstelle gilt es mit Ansätzen der Hochschul-, Geschlechter- und Subjektivierungsforschung zu füllen (vgl. Hark & Hofbauer 2018: 19).

Ungleichheit¹⁰ im reformierten Hochschulsystem unter NPM verstärkt. Gleichzeitig kristallisiert sich in dem beschriebenen „Wagemut“ und dem „alles durchgehalten“ (Postdoktorandin Soz) eine diskursive Praktik heraus, da das persönliche Glücksspiel eine Widerstandskraft gegenüber prekären Arbeitsbedingungen als Zugangsvoraussetzung zur Wissenschaft nach sich zieht. Infolgedessen konstatiert ein Befragter, dass „eine Resistenz gegenüber allen Widrigkeiten, die einem entgegenfliegen vielleicht das Wichtigste [ist]“ (Postdok Natur 3). In diesem Zusammenhang strahlt die berufliche Unsicherheit bis in die private Lebensführung aus und lässt traditionelle Geschlechterrollen erodieren (vgl. Goebel 1997: 137 ff.),

„denn die Frauen, die ich kenne, die Familie haben wollen, können das nur mit einem Mann, der zurücksteckt, deswegen sage ich, für Männer ist es schon relativ viel einfacher, weil oft die Frauen dann einstecken und eben dann, wenn man Kinder haben möchte, dann meistens die Partnerin zu Hause bleiben muss. Einen Partner zu finden, der bereit ist, das andersrum zu tun, gibt es natürlich genauso, aber da muss man sich bei der Partnerwahl wirklich Gedanken machen“ (Dok Natur 1).

Bei der Suche nach einem*er Partner*in, der seine*ihre persönliche Karriere zurückstellt, sowie beim Verzicht auf Kinder handelt es sich um diskursive Praktiken. Die Betroffenen passen sich mit diesen Praktiken an die Anforderungen ihrer prekären Berufswelt an und gehen ein hohes persönliches Risiko ein, da sie trotz einer „Aufopferungsbereitschaft“ (Dok Natur 1) scheitern können. Aus diesem

¹⁰ Zur genaueren Untersuchung von sozialer Ungleichheit in einem akademischen Subjektivierungsregime an unternehmerischen Hochschulen bietet sich ein Forschungsdesign an, das den Ansatz der Intersektionalität mit Paradigmen der Gouvernementalitätsstudien und Subjektivierungsforschung verbindet (vgl. Crenshaw 1989). Denn Macht tritt indirekt über Kategorien von sozialer Ungleichheit in Erscheinung (vgl. Behrens 2021: 10). Auch wenn dieses Forschungsvorhaben den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengt, werden im Folgenden Fragen für eine kritische Hochschul- und Wissenschaftsforschung mit dem Fokus auf soziale Ungleichheit gestellt (vgl. Riegraf, Aulenbacher, Kirsch-Auwärter & Müller 2010; Hark & Hofbauer 2018): Trägt die Ökonomisierung von Wissensarbeit zu einer Emanzipation von Geschlecht, Ethnizität und anderen Kategorien von sozialer Ungleichheit an Hochschulen bei? Oder werden multiple Diskriminierungserfahrungen durch eine Transformation von Hochschulen und ihren Angehörigen unter NPM verstärkt bzw. verschoben? Außerdem wäre dann zu klären: Nutzen herrschende Subjekte des Managementdiskurses soziale Ungleichheit als Ressource der Menschenführung, indem diskriminierte Wissenschaftler*innen mobilisiert werden sich über unternehmerisch-manageriale Infrastrukturen zu emanzipieren? Und schlussendlich gilt es zu klären, welches (Macht-)Verhältnis besteht zwischen unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsprozessen sowie Diskriminierungs- und Privilegierungsmomenten im Hochschulbereich?

Grund eignen sich die Befragten Anrufungen der Subjektivierungsform von akademischen Entrepreneur*innen an, da sie eigenverantwortlich handeln und sich mit strukturellen Risiken persönlich arrangieren, um im reorganisierten deutschen Hochschulsystem erfolgreich zu sein (Peter 2017: 111).

Paradoxerweise sind diese Studienteilnehmer*innen teilweise zufrieden, „denn wenn du nicht glücklich bist, dann wirst du nicht die Kraft haben, all diese Opfer zu bringen, die für die Wissenschaft nötig sind“ (Dok Natur 1). Oder anders formuliert:

„Im Moment bin ich sehr zufrieden. Ich meine, es läuft vier Jahre. Ein Jahr ist jetzt schon rum. Es ist eine recht lange Zeit (lacht) von Anstellungen, die ich bisher hatte. Generell hätte ich schon gern eine feste Stelle, aber im Moment macht das Thema mir Spaß und das kollegiale Miteinander, meine Chefs, ist alles sehr gut“ (Postdok Natur 4).

Die Befragten mit einer hohen Arbeitszufriedenheit, intrinsischen Motivation, Risikobereitschaft und beruflichen Alternativlosigkeit greifen vermehrt auf Praktiken der „Selbstausschöpfung“ (Postdok Natur 4) zurück, um nicht zu scheitern, weil „man natürlich daran interessiert [ist] diese Zeit, die man hat, effektiv zu nutzen, um daraus einmal etwas zu ziehen, wo man sich dann wieder weiter bewerben kann“ (Postdok Natur 6). Die Selbstausschöpfung ruft allerdings keinen politischen Widerstand gegen ein unternehmerisch-manageriales Subjektivierungsregime hervor, dessen Angehörige mit wenig Geld viel leisten, sondern führt zu einem Anpassungsverhalten, da „man immer mehr arbeitet“ (Dok Natur 2) anstatt zu protestieren (vgl. van Dyk & Reitz 2017: 64). In diesem Kontext deutet ein Studienteilnehmer an, dass „es Stellen [gibt], die befristet sind und das ist eben die reine Ausschöpfung“ (Postdok Geist 1). Legitimiert wird die Selbstausschöpfung mit der Annahme, dass

„natürlich eine Befristung schon zu einer höheren Produktivität führt. Das sind halt die, die befristet sind, die verheizen sich selber noch stärker, weil halt im Prinzip immer dieses Damoklesschwert über einem schwebt und das schwebt bei mir auch noch darüber“ (Postdok Natur 5).

Insofern liegt es nahe, dass Initiativen wie „Frist ist Frust“ und Kampagnen wie „#IchBinHanna“ mit ihrem Anliegen bisher gescheitert sind, die prekäre Situation vieler Wissenschaftler*innen in der deutschen Hochschullandschaft zu verbessern (vgl. Bahr, Eichhorn & Kubon 2021; Neis 2020). Denn mit der Annahme, dass „eine Befristung schon zu einer höheren Produktivität führt“ (Postdok Natur 5), werden Narrative des NPM-Diskurses von Betroffenen reproduziert (vgl. HRK

1998c). Das Menschenbild der „faulen Professoren“ (Deutschlandfunk 1999) und der Langzeitstudierenden steht auch in einer Traditionslinie mit den Vorstellungen neoliberaler Klassiker (vgl. Hayek 1991: 76 f.; WR 2006: 91 f.). Deswegen wird ein Wettbewerb um (sichere) Arbeitsplätze inszeniert, um akademische Subjekte zu mobilisieren, effizienter zu arbeiten (vgl. WR 2005: 73 f.). Neben den diskursiven Praktiken mit den erwünschten Effekten einer Mobilisierung und Effizienzsteigerung kann ebenfalls eine Reihe nicht-diskursiver Praktiken und ungewollte Effekte rekonstruiert werden.

Zu den unerwünschten Folgen des Deutungsmusters des Karrierepokers zählt die Abwanderung hochqualifizierter akademischer Arbeitskräfte aus der deutschen Hochschullandschaft in andere Wissenschaftssysteme, denn „die [deutsche] Wissenschaft verliert extrem viele super gute Leute auch aufgrund dieser Beschäftigungsverhältnisse“ (Dok Natur 2). Und somit muss „man eine gute Wissenschaftlerin, Wissenschaftler gehen lassen [...], weil man sonst in die Entfristung kommt, die die Uni nicht wünscht“ (Postdok Natur 1). Gemäß dieser Aussagen führt die nicht-diskursive Praktik des Abwanderns zum unbeabsichtigten Effekt des „brain drain“ (vgl. HRK 2004a: 6; WR 2010a: 123). Oder um es zuzuspitzen: Die strategische Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit unter NPM führt nicht zu einer Internationalisierung der deutschen Hochschullandschaft, sondern zu einer effizienten Vernichtung von Humankapital, da akademische Prekarität eine Flucht von gut ausgebildeten Wissenschaftler*innen ins Ausland nach sich zieht und eine abschreckende Signalwirkung auf ausländische Wissenschaftler*innen entfaltet (vgl. HRK 2012c: 2). Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang an der persönlichen Motivation eines Befragten, in die deutsche Hochschullandschaft zurückzukehren, indem er klarstellt: „Ohne Dauerstelle wäre ich nicht wieder in das Wissenschaftssystem zurückgegangen“ (Postdok Geist 2). Vor diesem Hintergrund bemerkt ein Privatdozent (Human):

„Ich erinnere mich noch, was mein alter Chef früher sagte als das Wissenschaftszeitgesetz dann verabschiedet wurde, [...] da gibt es nur zwei Möglichkeiten, Taxifahrer oder ins Ausland gehen. Und viele sind auch tatsächlich, die ich kenne, ins Ausland übergewechselt, um diese Zeitbeschränkung zu umgehen.“

Wie schon bei dem ersten Deutungsmuster „Prekarität als Normalität“ wird durch das Karrierepokers wissenschaftliches Fehlverhalten provoziert. Grundsätzlich kann bei Fehlverhalten und akademischer Prekarität angenommen werden, dass es „wahrscheinlich eine Korrelation gibt, da die Befristung schon wahrscheinlich eine Rolle gespielt hat“ (Postdok Natur 5). Anders jedoch als bei Wissenschaftler*innen, die sich einen „Plan B im Kopf zurechtlegen“ (Jun.prof

Wirt 2), erhöht das berufliche Wagnis die Wahrscheinlichkeit für wissenschaftliches Fehlverhalten, da „der Druck so groß wird, dass man geneigt ist, irgendetwas zu tun, um diesen Druck zu reduzieren“ (Jun.prof Wirt 1). Resümierend merkt eine Professorin (Soz) für die Karriere im deutschen Hochschulsystem an, dass „du auch flüchtiger [bist] oder schreibst gegebenenfalls auch einmal ab. Richtig hartes wissenschaftliches Fehlverhalten hatten wir jetzt gerade in unserem Fach, wenn das so stimmt. Das war für mich persönlich ein Rätsel.“ Dass das Fehlverhalten für die Befragte „ein Rätsel“ (ebd.) ist, liegt an ihrer exklusiven Sprecher*innenposition in der deutschen Hochschullandschaft, da die Professorin an einer mehrfach ausgezeichneten Exzellenzuniversität in leitender Position tätig ist. Dadurch spürt sie den Druck des Wettbewerbs um (sichere) Arbeitsplätze und Prestige nicht mehr so stark und wird folglich auch nicht durch ein hochriskantes berufliches Wagnis zu wissenschaftlichem Fehlverhalten hingerissen. Demzufolge können berufliche Sicherheiten die Wahrscheinlichkeit reduzieren, gegen grundlegende akademische Werte und Normen zu verstoßen. Weiterhin fördern berufliche Sicherheiten den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt, da Prekarität unproduktiver macht (vgl. Dok Natur 1). Unter akademischer Prekarität werden weniger wissenschaftliche Wagnisse eingegangen, weil Betroffene ihre Zukunft riskieren und nicht zusätzlich bereit sind, sich wissenschaftlich auf unsicheres Terrain zu begeben (vgl. Dok Recht; Postdok Geist 3; Postdok Soz).

Die zwei Deutungsmuster zum Bezugsproblem der Arbeitsbedingungen in der deutschen Hochschullandschaft verdeutlichen, dass die Seinsverbundenheit des Wissens die Denk- und Handlungsweise von akademischen Subjekten mitunter stark beeinflusst. Dies verleiht der folgenden Analyse eine gewisse Bodenhaftung, da das Interviewmaterial mit der Onlinebefragung fundiert wird. Aus diesem Grund lässt sich festhalten, dass kollektive Wissensbestände zum Bezugsproblem der Arbeitsbedingungen erheblich vom Beschäftigungsverhältnis, dem Geschlecht und der Statusgruppe abhängen. Folglich deutet eine befristet beschäftigte Postdotorandin (Wirt) mit einer geringen Vertragslaufzeit und einer empfundenen beruflichen Alternativlosigkeit die Arbeitsbedingungen im deutschen Hochschulsystem als ein höheres persönliches Risiko als ein Doktorand (Wirt) in der gleichen Disziplin mit Berufsalternativen und einer längeren Vertragslaufzeit. Dessen ungeachtet ist akademische Prekarität eine Art Türöffner für neoliberale Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses, da über die berufliche Unsicherheit vieler Wissenschaftler*innen ein gouvernementaler Zugriff auf deren Verhaltensweise hergestellt wird. Sichtbar wird die Gatekeeper-Funktion von nutzbar gemachter akademischer Prekarität beim kontrovers diskutierten Thema Drittmittel.

Bezugsproblem Drittmittel

Deutsche Hochschulen sind mit einer sinkenden Grundfinanzierung zunehmend darauf angewiesen, dass ihre Angehörigen kontinuierlich und in einem steigenden Umfang Drittmittel akquirieren (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 87; van Dyk & Reitz 2017: 65 ff.). Innerhalb des Managementdiskurses gelten Drittmittel als Zeichen der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und deren Angehörigen (vgl. FU Berlin 2019b). Infolgedessen werden Drittmittel als Indikator zur Beurteilung der Qualität von wissenschaftlichen Leistungen herangezogen (vgl. DFG 2018: 13). Hier drängt sich die Frage auf: Wie positionieren sich akademische Subjekte in Bezug auf diese managerialen Praktiken und Deutungsangebote? Dahingehend wurden die interviewten Wissenschaftler*innen an der FU Berlin mit Deutungsmustern von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses konfrontiert (vgl. FU Berlin 2019b). Eine wesentliche Aneignung von kollektiven Wissensbeständen des NPM-Diskurses entsteht durch das Deutungsmuster der Studienteilnehmer*innen, Drittmittel als persönliche Rettung zu betrachten.

Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“: Dieses Deutungsmuster wird insbesondere von Befragten verwendet, deren Stelle vollständig oder partiell über Drittmittel finanziert wird (vgl. Postdok Geist 1; Postdok Natur 4; 5; 6; Postdok Soz 1). Auch die Statusgruppe ist für diesen kollektiven Wissensbestand entscheidend, da überwiegend Postdoktorand*innen darauf zurückgreifen. In diesem Kontext bemerkt eine Studienteilnehmerin: „Wenn ich jetzt weiter an der Uni bleiben will, werde ich zwangsläufig hundert Prozent von Drittmitteln abhängig, weil es einfach gar keine Postdokstellen gibt“ (Postdok Natur 6). Folglich müssen zum Verbleib in der deutschen Hochschullandschaft kontinuierlich Drittmittel eingeworben werden. Ansonsten ist man „raus aus dem Spiel“ (Postdok Natur 5). Aber auch Befragte anderer Statusgruppen stellen fest:

„Wir sind ein Institut, das eigentlich nur zwei Haushaltsstellen hat. Das sind einmal die Sekretärin und dann noch einmal eine, die in der Lehre eingebunden ist. Also selbst mein Chef, der den Lehrstuhl hat, der hat [...] keine feste Stelle, was sehr ungewöhnlich ist. Und wir sind alle über Drittmittel finanziert und das macht natürlich einen enormen Druck, weil [...] wir sind alle prekär. Und ja, das Institut existiert eigentlich nur durch diese Drittmittelinwerbung“ (Dok Human 1).

Gemäß dieser Aussage kann das Einwerben von Drittmitteln als diskursive Praktik betrachtet werden – mit dem erwünschten Effekt, dass einige Studienteilnehmer*innen sich die politische Rationalität des NPM-Diskurses aneignen. Demzufolge entscheiden maßgeblich die „Regeln von diesem Wettbewerb“

(Jun.prof Wirt 1) und das „Buhlen um Drittmittel“ (Prof Human) über die berufliche Zukunft vieler Wissenschaftler*innen.

Außerdem führt die diskursive Praktik der Akquirierung von Drittmitteln zur persönlichen Anpassung an Partikularinteressen, um die berufliche Zukunft zu sichern. Zu diesem Zweck wird von einigen Studienteilnehmer*innen eine Antragsprosa verfasst, die gesellschaftspolitische Trends bedient, denn „diese Förderlinien [...] geben schon thematisch bestimmte Richtungen vor“ (Jun.prof Wirt 2). Neben speziellen Thementrends passen die Befragten ihre Forschungsvorhaben an die Profile der Drittmittelgeber*innen an. Dazu

„muss [man] sich natürlich immer die Institutionen anschauen, die so die Gelder vergeben und jeder hat so ein bisschen Vorlieben, also ob die eher Grundlagenforschung betreiben oder eher angewandte Sachen und dann eben einen konkreten Outcome nach den drei Jahren haben wollen. Und je nachdem muss man den Antrag schreiben. Ich sage einmal, wenn ich jetzt den gleichen Antrag bei unterschiedlichen Institutionen einreichen würde, muss man den doch ein bisschen in die Richtung jeweils anpassen und den Outcome schmackhaft machen“ (Postdok Natur 6).

Zum „Outcome schmackhaft machen“ (ebd.) versprechen die Befragten Forschungsergebnisse. Dies wird insbesondere von drittmittelunabhängigeren Studienteilnehmer*innen kritisch betrachtet. So moniert ein interviewter Professor (Recht),

„wenn jemand Drittmittel einwirbt und sehr viele Drittmittel hat, dann ist es jemand, der die Wissenschaft zu einer Hure macht. [...] Wissenschaft sollte unabhängig sein und wenn Wissenschaft [...] von Geld abhängig ist, dann kann sie in irgendeine Richtung tendieren. Ich will auch da ein Beispiel geben, wenn Sie zum Beispiel gewerkschaftsnah forschen, dann werden Sie wohl kaum den Arbeitgebern Recht geben. Und wenn Sie arbeitgebernah forschen, dann werden Sie wohl kaum den Gewerkschaften Recht geben.“

Dieser Zusammenhang betrifft eine der zentralen Thesen der vorliegenden Arbeit. Es wird ersichtlich, dass diskursive Praktiken wie das Einwerben von Drittmitteln nicht zwangsläufig den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt steigern, sondern zu einem Anpassungsverhalten an Partikularinteressen und einer Verengung von wissenschaftlichem Wissen führen. Erhärtet wird die Annahme durch eine Befragte, die andeutet,

„dadurch, dass es im Grunde so einen großen Run gibt, und dadurch, dass die Drittmittel so knapp sind und man im Grunde auch immer beweisen muss, was die Vorarbeiten sind, gibt es da eigentlich wenig Mut zum Risiko. Ja es ist, weil man natürlich

immer im Grunde sehr viel Vorleistung bringen muss. Das heißt, man bleibt sozusagen, wo man legitimieren kann, dass man das machen kann, man riskiert nicht unbedingt etwas Neues“ (Prof Soz).

Diese nicht-diskursive Praktik, wenig wissenschaftliche Wagnisse einzugehen, kann ebenfalls bei den Deutungsmustern des Karrierepokers und Prekarität als Normalität beobachtet werden, wodurch die Gatekeeper-Funktion von akademischer Prekarität bei neoliberalen Subjektivierungsprozessen im deutschen Hochschulsystem deutlich wird. Plausibilisiert wird die Annahme durch drittmittelunabhängigere Studienteilnehmer*innen, die im Interview klarstellen, „nicht mehr jeden Quatsch mit[zumachen“ (ebd.) oder „nicht unreflektiert jedes Geld nehmen und dafür einfach eine Forschung machen, die man persönlich nicht vertreten kann“ (Postdok Geist 2). Einerseits bilden diese subversiven Verhaltensweisen weitere nicht-diskurse Praktiken, die den Managementdiskurs durch individuellen Widerstand erodieren lassen. Andererseits bleiben diese Fluchtpunkte in einem unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsregime allein jenen vorbehalten, die über berufliche Sicherheiten in Form von unbefristeten Arbeitsverträgen verfügen und gering auf die Mittel von Dritten angewiesen sind (vgl. Befragtenübersicht: Postdok Geist 2; Prof Soz). Hier könnte vorschnell der Eindruck entstehen, dass sich die Befragten mit beruflichen Sicherheiten neoliberalen Herrschaftstechnologien vollkommen entziehen, was eine Ent-Subjektivierung zur Folge hätte. Dem ist jedoch nicht so. Die weniger prekär beschäftigten Studienteilnehmer*innen betrachten Drittmittel zuweilen als persönliche Freiheit.

Deutungsmuster „Drittmittel als Freiheit“: In diesem Zusammenhang bemerkt ein unbefristet beschäftigter Interviewteilernehmer, es

„wird natürlich immer gerne gesehen, dass man Drittmittel einwirbt. Ich habe jetzt auch gerade ein DFG-Projekt eingeworben und habe das aber weniger gemacht wegen der Drittmittel, sondern weil ich so eine Thematik ganz spannend fand. Und das haben die Gutachterinnen dann auch gesehen und dadurch kann ich jetzt einen Doktoranden einstellen, der zu einem Thema arbeitet, was ich spannend finde und dann hat man sozusagen wieder jemandem die Möglichkeit gegeben, sich weiter zu qualifizieren, deswegen habe ich das eigentlich vornehmlich getan. Und ich habe jetzt keinen Druck im dem Sinne, dass ich da alle vier Jahre da neue Projektmittel einwerben soll“ (PD Human).

Der Befragte wirbt Drittmittel demnach nicht zum Verbleib in der deutschen Hochschullandschaft ein wie jene Studienteilnehmer*innen, die Drittmittel als

persönliche Rettung betrachten, sondern um seine (wissenschaftlichen) Interessen zu verwirklichen.

Neben der Verwirklichung von persönlichen Interessen nutzen insbesondere Hochschullehrer*innen die Mittel von Dritten, um mehr Räumlichkeiten und Mitarbeiter*innen zu erhalten, denn

„Drittmittel [sind] schon wichtig, um Forschung auch so voranzutreiben und die Ergänzungsausstattung ist schon auch ein Punkt, der einen auch Freiheiten gibt, bestimmte Sachen auch einmal zu machen, die jetzt nicht so einfach zu machen sind“ (Prof Soz).

Ein weiterer Hochschullehrer schließt sich der Aussage an, indem er konstatiert, dass

„die FU Berlin tendenziell wenig Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, sprich irgendwann würde ich das Problem haben, dass ich keine Mitarbeiter hätte. Und das ist in der öffentlichen Universität ein Problem, weil die Strukturen hier schon so sind, man baut sich seinen Lehrstuhl auf. Es gibt bei uns in Wirtschaftswissenschaften so riesen oder so ganze Unternehmen, also so ganze Fürstentümer, die sich manche Professoren aufbauen“ (Jun.prof Wirt 1).

„Fürstentümer“ (ebd.) ist ein passendes Stichwort, warum Drittmittel von einigen Studienteilnehmer*innen mitunter auch noch als persönliche Freiheit betrachtet werden. In diesem Kontext nimmt eine Befragte Rekurs auf ein traditionelles akademisches Feudalwesen, das die Transformation des deutschen Hochschulsystems unter NPM überstanden hat (vgl. Reitz 2021). Demnach ist

„das Lehrstuhlprinzip in Deutschland [...] irgendwie so Feudalwesen, wo es so viele Königreiche gibt und ich sehe natürlich die ganze Ökonomisierungsproblematik mit den Anträgen schreiben und den Ablehnungsquoten und so, dass ist schon alles irgendwie (..) total fürchterlich, [...] aber vorher dieses feudalistische Prinzip, da würde ich jetzt auch nicht unbedingt hin zurückwollen“ (Postdok Soz).

Deswegen wirbt die Befragte Drittmittel ein, um sich von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen zu Lehrstuhlinhaber*innen zu emanzipieren. Denn solange die Postdoktorandin Drittmittel akquiriert, legt sie ihre wissenschaftlichen Schwerpunkte weitestgehend unabhängig von den Vorgaben der Lehrstuhlinhaber*innen fest. Dazu resümiert die Befragte:

„Ich habe mir ein großes Maß an Freiheit erkämpft und zwar ist das so, dass ich selber ausschließlich Drittmittelprojekte leite. Und das ist eher die Ausnahme als Regel oder

das ist eine besondere Konstellation, weil bei den meisten BMBF-Projekten haben die Projektleitungen Lehrstuhlinhaber(.)innen. Die Projekte, zu den ich arbeite, da bin ich die Projektleiterin“ (ebd.).

Aus diesem Grund dient die diskursive Praktik des Drittmittelwerbens nicht allein der Umsetzung von Forschungsideen, sondern um „nicht von einem Prof abhängig [zu sein]“ (ebd.).

Demnach wurden die „verkrusteten Strukturen“ nicht, wie von Hornbostel (2011: 8) behauptet, erneuert, sondern sie werden vom NPM-Diskurs strategisch genutzt, um akademische Subjekte über ökonomische Anreize der Freiheit zu mobilisieren, unternehmerisch tätig zu werden. Hinter diesen Drittmittelreizen verbirgt sich eine neoliberale Philosophie des Wettbewerbs, die sich die Befragten aneignen, denn von neoliberalen Klassikern wird angenommen, dass Freiheit in einem Wettbewerb um knappe Ressourcen entsteht und sich individuelle Freiheiten aus der unternehmerischen Tätigkeit der Akteur*innen auf einem (Quasi-)Markt ergeben (vgl. Eucken 1949: 27). Des Weiteren kann festgehalten werden, dass – zumindest auf der Mikroebene – keine „Entmachtung der Feudalherren“ (Reitz 2021: 69) und ein Wandel zur Prestigekonkurrenz stattgefunden hat. Vielmehr besitzen Professor*innen bei akademischen Subjektivierungsprozessen innerhalb von Lehrstühlen stets noch eine feudale Machtposition. Ansonsten würden wissenschaftliche Mitarbeiter*innen nicht versuchen, sich über die Anreizsysteme eines Drittmittelwettbewerbs von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen zu Hochschullehrer*innen zu emanzipieren. Demzufolge wird das neoliberale Programm des „Konsumentenplebiszits“ (Röpke 1997: 52) mit dem kollektiven Wissensbestand, Drittmittel als persönliche Freiheit zu betrachten, verwirklicht, denn akademische Subjekte werben Drittmittel ein, um persönliche Interessen durchzusetzen. Zudem verpufft möglicher politischer Widerstand von Wissenschaftler*innen durch das „Konsumentenplebiszit“ (ebd.), denn Drittmittel werden als Infrastruktur genutzt, Interessen durchzusetzen, und als persönliche Freiheit gedeutet (ebd.).

Sichtbar wird dieser Zusammenhang ebenfalls an Verhandlungen über Lehrverpflichtungen zwischen der Hochschulleitung und Professor*innen, die mit einem Lehrdeputat von neun Semesterwochenstunden und Verpflichtungen in der akademischen Selbstverwaltung nur sehr wenig Zeit für persönliche Forschungsvorhaben aufweisen (vgl. Prof Soz). Infolgedessen werden Betroffenen unter der Voraussetzung, viele Drittmittel einzuwerben, zusätzliche Forschungsfreisemester angeboten, mit denen sie ihre wissenschaftlichen Interessen verwirklichen können, weil sie von ihren Lehrverpflichtungen entbunden werden. An dieser Stelle berichtet ein Postdoktorand (Geist 2) davon,

„dass, wenn man eine gewisse Menge an Drittmitteln einwirbt, dass man dann weniger Lehre machen muss. Huijuijui, ja (lacht), das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Also das trägt sehr dazu bei, dass man Lehre als eine Bürde ansieht, von der man sich frei kaufen kann, wenn man sehr erfolgreich in der Forschung ist. Also viele Drittmittel eingeworben, heißt, du musst dich nicht mehr mit diesen lästigen Studierenden rumschlagen.“

Dementsprechend führen Praktiken von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses nicht zwangsläufig zu einer Qualitätssteigerung in Lehre und Forschung, sondern dass Hochschullehre zugunsten von höher anerkannten Forschungstätigkeiten abgewertet wird (vgl. WR 2010a: 107). Deshalb avancieren Drittmittel bei den Studienteilnehmer*innen zum Zeichen der persönlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, da „Forschung das Maß aller Dinge [ist]. Ja, so für die Studierenden, würde ich sagen [...], das sind eher die Verlierer in dieser Gleichung“ (Postdok Geist 3).

Deutungsmuster „Drittmittel als Zeichen der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit“: Bei diesem kollektiven Wissensbestand findet eine persönliche Aneignung der Wissenspolitik des NPM-Diskurses statt, da Drittmittel hier ebenfalls zur Bewertung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit herangezogen werden (vgl. HRK 1998b; WR 2010b: 25 f.). Folglich ist es als Wissenschaftler*in so, „wenn du Drittmittel bekommst, dann zeigst du, wie wettbewerbsfähig du bist“ (Dok Natur 1). Dieses Deutungsmuster wird von den Studienteilnehmer*innen unabhängig von ihrer Statusgruppe, Disziplin und Drittmittelabhängigkeit reproduziert, weshalb auch ein sonst eher kritischer Hochschullehrer konstatiert,

„den Wettbewerb selber sehe ich nicht negativ. Ich sehe den Wettbewerb durchaus positiv, denn er führt dazu, dass eben Ideen und Vorstellungen der Hochschullehrenden dann auch umgesetzt werden in Anträge. Das war früher nicht immer so. Da hatte man dann entsprechende Gelder schon von vornherein zur Verfügung oder man hatte überhaupt keinen Antrag gestellt, wenn man sich gedacht hat, wozu das Ganze, schreibe ich einen Aufsatz, reicht schon. Heutzutage ist man durch den Wettbewerb auch sehr viel ambitionierter geworden“ (Prof Recht).

In der Aussage des Befragten wird ein Rekurs zu Krisennarrativen des NPM-Diskurses hergestellt, die beispielsweise eine traditionelle Mittelverteilung „mit der Gießkanne“ (DFG 2009) problematisieren und damit den Drittmittelwettbewerb sinnstiftend für akademische Subjekte erklären. Dementsprechend wird es von einem Großteil der Studienteilnehmer*innen akzeptiert, dass „wir uns mit allen Universitäten und allen Fachbereichen in einem irgendwie gearteten Wettbewerb um Drittmittel befinden [und] klar kann man die Bilanz am Ende als eine

Art Erfolg dafür ansehen“ (Postdok Geist 2). Die gängigste diskursive Praktik zur Steigerung der persönlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit stellt somit das Einwerben von Drittmitteln dar.

Kreative Umdeutungen der Anrufung, Drittmittel einzuwerben, führen mitunter zu nicht-diskursiven Praktiken, von denen insbesondere Wissenschaftler*innen in einem fortgeschrittenen Karrierestadium Gebrauch machen. Hier ist von Postdoktorand*innen und Juniorprofessor*innen die Rede, die sich an eingeworbenen Drittmitteln messen lassen müssen. In diesem Zusammenhang „sind Drittmittel natürlich eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, eine unbefristete Stelle an der Uni zu bekommen, also ich glaube, eine W3 oder eine W2 kriegt man nicht, wenn [man] nicht auch schon erfolgreich eingeworbene Drittmittel vorweisen kann“ (Prof Human). Dieser Eindruck wird von einer Juniorprofessorin bestätigt, indem sie sich auf ihre bevorstehende Leistungsevaluierung im Kontext eines gescheiterten Drittmittelantrags bezieht und davon ausgeht, „also wenn ich das jetzt geschafft hätte, wäre eigentlich alles klar gewesen“ (Jun.prof Wirt 2). Gelegentlich greifen ebenfalls unbefristet beschäftigte Hochschullehrer*innen auf nicht-diskursive Praktiken zurück, um ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Dahingehend werden persönliche Konflikte zwischen Wissenschaftler*innen, die sowohl durch wissenschaftliche Kontroversen als auch durch die Konkurrenz um Drittmittel entstehen, über Begutachtungsverfahren von Drittmittelprojekten ausgetragen. Es kommt also vor, dass

„Gutachter auch schon einmal versuchen, eigene Leute reinzubringen, wenn die zum Beispiel sehr gute Kontakte mit irgendwelchen Analytiklabors haben. Dann werden die eigenen Leute die Analytik machen, wenn man so ein Projekt aufbaut, die werden dann plötzlich als kompetenzlos dargestellt und viel besser sind die und die. Und wenn man dann einmal genauer hinschaut, da merkt man, die arbeiten zusammen“ (Postdok Human).

Von den Folgen der nicht-diskursiven Praktik des strategischen Abwertens anderer in Begutachtungsprozessen sind besonders junge Wissenschaftler*innen ohne eine exklusive Sprecher*innenposition betroffen. Demnach hat

„ganz viel von dem, wie Drittmittel vergeben werden [...], mit Politik zu tun [...] und] damit zu tun, an welchen Reviewer du gerätst. Und auf meine Disziplin bezogen, die ist so klein, da kennt jeder jeden und da gibt es nichts, was objektiv bewertet ist. Wenn du Pech hast, landest du bei einem Reviewer, der dich halt nicht leiden kann oder der weiß, dass du an etwas forschst, was ein bisschen gegenteilig zu dem ist, was er gerne vertreten will, der wird dir ganz bestimmt keinen positiven Review ausdrücken. Und dann hast du halt einen negativen Output und kriegst die Drittmittel nicht, das heißt nicht, dass du nicht wettbewerbsfähig bist, das heißt, dass du wettbewerbsfähig bist in

diesem Konstrukt und deine Position verteidigst und das deswegen nicht bekommst, weil du Pech hast und an die falsche Person geraten bist. Da ist ganz viel Glück dabei“ (Dok Natur 1).

Die nicht-diskursive Praktik des strategischen Abwertens anderer Wissenschaftler*innen in Begutachtungsprozessen führt also zu persönlichem Widerstand und dadurch wird das vorliegende Deutungsmuster mitunter erodiert. Ein anderer Befragter bemerkt entsprechend, dass

„man jetzt auch irgendeinen interessanten Vorschlag machen [muss], aber dann trifft man bei den Gutachtern auf jemanden, der das auch so sieht oder hat man das probiert, in irgendwelche Schulen reinzutappen, wo dann die Gegenschule das gerade ganz fürchterlich findet und so weiter. Also da gibt es auch total viel Kontingenz“ (Postdok Geist 1).

Weiterhin wird der Drittmittelerfolg und die persönliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Studienteilnehmer*innen durch soziales Kapital beeinflusst. Soziale Beziehungen zu Gutachter*innen, die Mitgliedschaft in Wissenschaftler*innengruppen und die erfolgreiche Durchführung von Drittmittelprojekten sorgen für eine gewisse Kreditwürdigkeit bei Drittmittelgeber*innen und führen damit zu Wettbewerbsvorteilen von älteren, etablierten Wissenschaftler*innen (vgl. Prof Recht). Darüber hinaus verstärkt der Matthäus-Effekt¹¹ im Drittmittelwettbewerb traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse, da junge Wissenschaftler*innen auf das symbolische Kapital etablierter Wissenschaftler*innen angewiesen sind (vgl. Merton 1988: 616). In diesem Zusammenhang deutet eine Postdoktorandin (Soz) an,

„also vielleicht hätte ich es ohne meinen Prof nicht geschafft, der einen großen Namen hat und eine große Expertise. Und irgendwie braucht es aber einen etablierten Dampfer beim BMBF, so innovativ (lacht) sind die dann auch nicht, dass die da jetzt irgendwie so einer relativ jungen Frau so alleine die ganz große Verantwortung geben.“

Durch die nicht-diskursiven Praktiken in Begutachtungsverfahren wird das neo-liberale Glücksversprechen der Chancengleichheit im inszenierten Wettbewerb

¹¹ „The Matthew effect is the accruing of large increments of peer recognition to scientists of great repute for particular contributions in contrast to the minimizing or withholding of such recognition for scientists who have not yet made their mark. The biblical parable generates a corresponding sociological parable. For this is the form, it seems, that the distribution of psychic income and cognitive wealth in science also takes“ (Merton 1988: 609).

der deutschen Hochschullandschaft nicht verwirklicht (WR 1996: 62). Vielmehr legen die Beobachtungen der Studienteilnehmer*innen nahe, dass es eine „Startgerechtigkeit“ (Rüstow 1949: 153) in der deutschen Hochschullandschaft nie gegeben hat und somit der Wettbewerb um Drittmittel, die Analogie eines fairen, sportlichen Wettkampfs, verfehlt. Möchte man Rüstows (ebd.) Vergleich aktualisieren, offenbaren die empirischen Erkenntnisse einen Wettlauf, bei dem ein Teil der Läufer*innen kurz vor der Ziellinie startet. Die restliche Teilnehmer*innenschaft befindet sich, mit einer Bleiweste ausgestattet, hinter der Startlinie. Einen wesentlichen Grund dafür bildet die fehlende Nivellierung akademischer Feudalverhältnisse. Durch diese feudalen Strukturen verstärkt ein staatlich inszenierter Wettbewerb den Matthäus-Effekt in der deutschen Hochschullandschaft, weil akademische Subjekte mit einer exklusiven Sprecher*innenposition traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse und soziales Kapital nutzen, um ihre persönliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Darüber hinaus werden Drittmittel auch als Statussymbol betrachtet.

Deutungsmuster „Drittmittel als Statussymbol“: Mit diesem Deutungsmuster wird Reitz' (2021: 69) Annahme gestützt, dass „die akademische Prestige konkurrenz die Spielräume der zuvor kaum kontrollierten Ordinarien ein[hegt]“. Dieses Deutungsmuster wird überwiegend von drittmittelunabhängigeren Befragten genutzt, die Drittmittel nicht als Rettung einwerben, sondern aus Prestige Gründen (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“). Dazu bemerkt eine Studienteilnehmerin, dass Drittmittel „finanziell [...] jetzt nie eine Rolle gespielt [haben], es war eher so eine Prestigesache (lacht), dass man eine bestimmte Förderung bekommt“ (Dok Recht). Auch bei diesem kollektiven Wissensbestand handelt es sich um eine Aneignung der Wissenspolitik des Managementdiskurses, da hier davon ausgegangen wird, dass der Drittmittelerfolg etwa bei der DFG über das Renommee von Wissenschaftler*innen und Hochschulen entscheidet (vgl. WR 2010b: 25 f.).

Infolge dieser Bewertungsprozesse entstehen Rankings, die als diskursive Praktik betrachtet werden können, da nicht nur Hochschulen über den Erfolg bei bestimmten Drittmittelgeber*innen bewertet werden, sondern auch akademische Subjekte die Drittmittelgeber*innen über eine Rangordnung bewerten (HRK 2015a: 3). Somit sind Mittel der DFG und des ERC mit besonders viel Prestige verbunden, weil der „Wettbewerb [da] doch ziemlich hart ist, also dass da einen der Wind schon ins Gesicht bläst“ (Postdok Human). Durch das Prestige bestimmter Drittmittelgeber*innen ist das Renommee der Antragsteller*innen mitentscheidend für den Erfolg des Drittmittelantrags, denn bei

„DFG-Karrieren, die mit kleinen Projekten beginnen und dann, wenn man sich erfolgreich ein kleines Projekt eingeworben hat, dann hat man sich ein Renommee aufgearbeitet in der DFG und dann kann man das nächste Projekt akquirieren“ (Jun.prof Wirt 1).

Eine andere Studienteilnehmerin bemerkt, dass es

„eine qualitative Unterscheidung von Drittmitteln [gibt] und das finde ich auch ganz interessant. Also ich war gerade vier Jahre als Juniorprofessorin an der Uni Augsburg und da wurde bei den Overheads von Drittelprojekten *pari pari* zwischen der Verwaltung und mir aufgeteilt, das heißt, ich habe zum Beispiel für ein BMBF-Projekt zehn Prozent bekommen, aber an der FU gibt es zweikommafünf Prozent. Und es gibt aber fünfzehn Prozent zum Beispiel für ERC Grants, das heißt, da werden zusätzliche Anreize gesetzt, um eben bestimmte Drittmittel auch einzuwerben“ (Prof Human).

Einerseits kann diese „qualitative Unterscheidung von Drittmitteln“ als diskursive Praktik von herrschenden Subjekten einer unternehmerischen Hochschule verstanden werden, die mit strategischen Anreizen versuchen, auf die Verhaltensweisen ihrer Angehörigen einzuwirken. Andererseits eignen sich akademische Subjekte diese diskursive Praktik an, um sich selbst und andere Subjekte aufgrund akquirierter Drittmittel zu bewerten. Die persönliche Prestigebewertung ist über das Renommee von Drittmittelgeber*innen an den Selbstanspruch der Befragten gekoppelt, denn „wenn es eher ein wissenschaftlicher Anspruch ist, dann Deutsche Forschungsgemeinschaft und andere Kandidaten. Wenn es eher ein praxisrelevantes Thema ist, dann BMBF und andere Bundesministerien“ (Prof Wirt). Insofern versieht das Hochschulmanagement der FU Berlin prestigeträchtige Drittmittelgeber*innen wie die DFG und das ERC mit stärkeren Anreizen als das BMBF, weil dadurch wissenschaftliche Exzellenz und kollektive Statussymbole hergestellt werden. Mitunter wird das persönliche Renommee in Form von Besoldungsgruppen bei Begutachtungsprozessen im Rahmen der Exzellenzstrategie sichtbar und ist mitentscheidend für den Antragserfolg, denn

„diese Unterscheidung in W2- und W3-Professuren, also wir machen genau die gleiche Arbeit und kriegen irgendwie tausend bis zweitausend Euro weniger Lohn und genießen vielleicht auch noch einmal ein anderes Ansehen, was jetzt zum Beispiel auch im Zuge der Exzellenzinitiative deutlich wird, wo dann zwischen Antragstellenden zwischen W2- und W3-Stellen unterschieden wird, auch wenn beide unbefristet sind“ (Prof Human).

Darüber hinaus werden Drittmittel als Statussymbol bei Berufungskommissionen relevant, wohingegen Hochschullehre für das Renommee angehender

Hochschullehrer*innen lediglich eine untergeordnete Rolle spielt. Im Kontext prestigeträchtiger Drittmittel stellt eine Juniorprofessorin (Wirt 2) fest, „wenn die Wahrnehmung ist, man kann nur Karriere machen, wenn man in Drittmittel und in Forschung Zeit investiert, dann wird die Lehre eben immer weiter hinten runterfallen“. Folglich kann die nicht-diskursive Praktik des Abwertens von Lehre als unbeabsichtigter Effekt eines zentralistischen Prestigewettbewerbs und von managerialen Bewertungspraktiken über Kennzahlen in Berufungskommissionen betrachtet werden. Dementsprechend führt die Aneignung der Anrufungen des NPM-Diskurses bei den Befragten nicht zu einer Qualitätsverbesserung in Lehre und Forschung, sondern zu einem Anpassungsverhalten an Kennzahlen, die Statussymbole in der deutschen Hochschullandschaft erzeugen und auf diese Weise die Deutungen akademischer Subjekte beeinflussen. Im Kampf um Prestige durch Drittmittelforschung übertragen einige Hochschullehrer*innen auch wenig angesehene Arbeitsaufgaben auf ihre Mitarbeiter*innen. Dies führt dazu, „dass der Mittelbau natürlich sozusagen gekniffen ist, weil da sehr viel an Verwaltungs- und Lehraufgaben hängenbleibt, die Professorinnen und Professoren gerne delegieren“ (PD Human). Einerseits wird hier eine Intergouvernementalität durch ein akademisches Feudalwesen und einen zentralistischen Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige sichtbar. Andererseits offenbart die nicht-diskursive Praktik – schlecht angesehene Verwaltungs- und Lehrtätigkeiten zu delegieren – ein Herrschaftsverhältnis zwischen beherrschten und herrschenden akademischen Subjekten, die qua ihres Drittmittelerfolgs und durch traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse Macht in der deutschen Hochschullandschaft ausüben. Damit herrschen privilegierte akademische Subjekte nicht über Diskurse, aber durch eine Intergouvernementalität, die aus einer Verbindung des wissenschaftlichen Spezialdiskurses mit Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses entsteht.

Mitunter löst die nicht-diskursive Praktik, Lehre zugunsten von prestigeträchtiger Drittmittelforschung zu vernachlässigen, bei den Studienteilnehmer*innen individuellen Widerstand aus, weshalb ein Befragter moniert, dass „Wissenschaft laut Definition Forschung und Lehre [ist]“ (Postdok Natur 5). Folglich führt das vorliegende Deutungsmuster nicht nur zu weniger Ansehen der Hochschullehre, sondern auch zu einem persönlichen Konflikt mit verinnerlichten traditionellen akademischen Werten und Normen. Im Kontext des individuellen Widerstands zwischen angesehener Drittmittelforschung und traditionellen akademischen Imperativen in der deutschen Hochschullandschaft stufen einige Studienteilnehmer*innen Drittmittel auch als Ressourcenverschwendung ein.

Deutungsmuster „Drittmittel als Ressourcenverschwendung“: Auf dieses Deutungsmuster wird vorwiegend von interviewten Postdoktorand*innen und

(Junior-)Professor*innen zurückgegriffen, die zumeist weniger persönliche Ressourcen wie Zeit besitzen und sich stärker mit traditionellen Imperativen identifizieren als Doktorand*innen (vgl. Merton 1972: 48–55). Oder in anderen Worten:

„Der Wettbewerb ist immens für die akademische Karriere, das heißt, man hat einen gewissen Zugzwang, auf der Forschungsseite deutlich zu performen. Auf der anderen Seite ist es aber so für mich persönlich, dass die Lehre nicht ausgespannt werden kann. Also für mich als Hochschulmitarbeiter ist die Lehre essenzieller Bestandteil und ich würde gerne mehr Zeit investieren, um sie besser zu machen“ (Postdok Wirt).

Gleichzeitig bemerkt ein interviewter Hochschullehrer: „Mir fehlt manchmal die Zeit, vollumfänglich Probleme zu analysieren, also insbesondere seitdem ich Professor bin (lacht)“ (Prof Wirt). Die Zeitknappheit in Lehre und Forschung wird von den Betroffenen auf Tätigkeiten in der Drittmittelakquise zurückgeführt. In diesem Zusammenhang stellt ein Studienteilnehmer fest,

„je höher man nachher intern klettert, desto mehr wird man dann natürlich Manager und desto weniger Forscher. Da kenne ich halt Kollegen, die machen im Prinzip den ganzen Tag nichts anderes als Managing, teilweise bis runter ins Mikromanaging. Also das ist dann immer überraschend, was die dann noch so zeitlich hinkriegen. Bei anderen, die dann in den oberen Bereich unterwegs sind W3 oder so, die kriegen das beides immer noch ganz gut vereint. Also so ein W3 Professor, der ist dann nicht mehr primärer Betreuer, weil das geht zeitlich nicht, sondern er hat dann irgendwo aus der Mittelebene noch einen Promovierenden oder einen Postdok dazwischen geschaltet, der dann primär natürlich dafür verantwortlich ist“ (Postdok Natur 5).

Der Wandel von Forscher*innen zu (Drittmittel-)Manager*innen führt mitunter zum Delegieren von Forschungsarbeit, weil sonst die Zeit für arbeitsaufwendige Managementtätigkeiten rund um die Drittmittelinwerbung zu knapp wird. Dieses Anpassungsverhalten verschlechtert die Betreuungssituation, da Wissenschaftler*innen in Qualifikationsphasen sowie Studierende sich teilweise selbst überlassen werden. Auch ein Juniorprofessor thematisiert, wie sich sein Problem mit dem Drittmittelmanagement in seinem Karriereverlauf zugespitzt hat:

„Ich fange an als Doktorand, man nimmt noch nicht wahr, dass man mega viele Freiheiten hat, dass ich super viel Zeit auf ein Projekt legen kann. Dann beginne ich aber als Professor zunehmend Manager zu werden, weil es darum geht, ich muss Projekte einwerben, ich muss Projekte managen. Das nimmt schon immer mehr Zeit ein [...] und man erwartet obendrein, dass man weniger selber Daten sammelt und mehr dann das Management von Leuten macht, die Daten sammeln. Und das ist ärgerlich“ (Jun.prof Wirt 1).

Ein weiterer unbeabsichtigter Effekt der diskursiven Praktik des Projektmanagements ist eine Demotivation von erfahrenen und hochqualifizierten akademischen Arbeitskräften, da „man manchmal so einen gewissen Überhang an Papierarbeit [hat], der so anfällt. Das ist jetzt nicht so extrem motivierend, weil es auch mit der Wissenschaft nichts zu tun hat“ (Postdok Natur 5). Darum betrachten einige Studienteilnehmer*innen das Management rund um Drittmittelprojekte als einen

„großen Verlust, [weil] Professoren im Grunde Drittmittelmanager sind. Wir haben [...] nicht die Zeit, um in den Projekten wirklich mitzuarbeiten, was auch eine merkwürdige Asymmetrie dann doch ergibt. Man kann eben nicht drei, vier Projekte bearbeiten inhaltlich, eigentlich nicht einmal zwei. Aber im Grunde wird das erwartet und da das alle machen und alle sollen, einschließlich der Hochschulen und das ist, glaube ich das Neue [...]. Damit haben wir jetzt seit fünfzehn Jahren so massiv zu tun. Und da auch die Bewertung der Universitäten daranhängt und das Standing und die Hierarchie, ist es dadurch viel viel härter geworden. Die Finanzierung der Universitäten hängt daran, der Status der Universität in Deutschland hängt daran. Das heißt, dieser Druck ist natürlich sehr viel größer geworden, auch für Universitätsleitungen, indem sie diesen dann auch weitergeben und dem kann man sich begrenzt entziehen. Aber die Verluste sind doch erheblich, sich eben [...] wirklich länger einem Thema hinzugeben“ (Prof Soz).

Aufgrund der ungewollten Effekte des Drittmittelmanagements werden Drittmittel von den Befragten mitunter als Ressourcenverschwendung betrachtet. Die persönliche Ressourcenverschwendung durch Drittmittelmanagement machen die Studienteilnehmer*innen u. a. daran fest, dass „der Aufwand und die Erfolgsaussichten so etwas von gestiegen sind, [...] dass der Aufwand, etwas zu platzieren, so groß geworden [ist], dass davon sehr viel intellektuelle Lebensleistung und so weiter draufgeht“ (ebd.) bzw. „zu schrägen, ressourcenschluckenden irgendwie Antragszyklen und auch irgendwie unnötigen, die ganze Zeit bei Meetings, bei denen nicht (lacht) so viel rauskommt, [führt]. Also ich meine, da vergeht wahnsinnig viel Zeit“ (Postdok Geist 1). Sichtbar wird die persönliche Ressourcenverschwendung beim Drittmittelmanagement insbesondere durch eine Vernachlässigung traditioneller akademischer Tätigkeiten wie Forschung, „denn je höher man kommt, desto weniger forscht man. Man ist mehr der, der im Hintergrund steht, der organisiert, der sich um die Mittel kümmert und die Anträge schreibt“ (Postdok Natur 2).

Diesbezüglich versuchen die Befragten, den Zeitmangel durch ein Anpassungsverhalten in der Drittmittelinwerbung zu kompensieren. Aus diesem Grund thematisieren die Studienteilnehmer*innen, wie man besonders effektiv und effizient Drittmittel einwirbt. Auf die Frage nach einer Strategie zur erfolgreichen Drittmittelinwerbung antwortet ein Befragter:

„Ja, das Patentrezept ist, dass das Projekt eigentlich schon fast abgeschlossen sein muss, bevor man den Antrag stellt, weil dann hat man üblicherweise das Problem fast durchdrungen und deshalb wird auch der Antrag besser sein, den man da stellt“ (Prof Wirt).

Jedoch entsteht mit dieser Vorgehensweise ein individueller Widerstand, weil traditionelle akademische Imperative wie Ergebnisoffenheit mit der unternehmerischen Praktik unterlaufen werden, ein scheinbar abgeschlossenes Forschungsprojekt als ergebnisoffene (Grundlagen-)Forschung zu verkaufen. Mit der diskursiven Praktik des Planens und Versprechens von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Drittmittelanträgen wird wissenschaftliches Scheitern unsagbar und unsichtbar, denn

„das Scheitern spielt eine ganz große Rolle, das was wir im Wissenschaftssystem kaum thematisieren. Also wenn Sie so einen Antrag schreiben für das BMBF oder für jedes andere Ministerium [...], klar das muss alles extrem terminiert sein und Wissenschaftsprozesse lassen sich nicht so einfach terminieren. Also das ist nicht immer so, ich komme von A nach B nach C, sondern da sind auch viele Unbekannte. Und was ich immer wieder feststelle, ist einfach eine fehlende Vorstellung darüber, dass wir nicht alles bis zum Ende planen können“ (Postdok Wirt).

Schließlich lässt sich konstatieren, dass das Deutungsmuster der Ressourcenverschwendung durch Drittmittelmanagement nicht nur zu einem Anpassungsverhalten von akademischen Subjekten über diskursive Praktiken des Planens und Versprechens von wissenschaftlichen Erkenntnissen führt, sondern auch einen persönlichen Widerstand hervorruft, der mitunter ungewollte Effekte wie eine „Kurzatmigkeit in den Projekten“ (Prof Soz) provoziert. Damit tragen die diskursiven Praktiken des NPM-Diskurses zu einer Verengung des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses bei. Ferner werden hochqualifizierte akademische Arbeitskräfte von ihren Kerntätigkeiten in Lehre und Forschung abgehalten, da aus der persönlichen Ressourcenverschwendung durch Drittmittel eine Zeitknappheit resultiert, die zu Teilen von den Betroffenen versucht wird, durch nicht-diskursive Praktiken wie das Delegieren von Arbeitsaufgaben bis hin zu wissenschaftlichem Fehlverhalten auszugleichen. Auch hier erfolgt eine Fusion zwischen einem akademischen Feudalwesen und neoliberalen Herrschaftstechnologien,

„denn die meisten Professoren, das sind diejenigen, die die Gelder eintreiben, es sind aber nicht die, die die Paper publizieren. Also das fällt auch auseinander, also die Leute, die da selektiert werden, die offensichtlich so kompetitiv und sonst etwas sind,

das sind nicht notwendigerweise die, die die Daten produzieren und Daten veröffentlichen. Die stehen zwar immer hinten mit drauf, aber ganz im Ernst, wer hat die Arbeit gemacht, nicht die“ (Dok Natur 1).

Demnach kann Euckens (1997: 6) Annahme über die Wirkung des Wettbewerbs auf Organisationen und ihre Angehörigen reformuliert werden: Die „Peitsche der Konkurrenz“ (ebd.) wirkt nicht gegen feudale Herrschaftsverhältnisse, sondern fördert diese. Im Kontext persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse sowie eines inszenierten Wettbewerbs um knappe Ressourcen und Prestige wird von den Studienteilnehmer*innen auch das Thema Publikationen kontrovers diskutiert. Mit der Kontroverse während der Studie an der FU Berlin werden Publikationen zu einem Bezugsproblem. Dadurch lassen sich mehrere Deutungsmuster rekonstruieren.

Bezugsproblem Publikationen

Publikationen werden innerhalb des NPM-Diskurses als Indikator herangezogen, um „Leistungsstärken und -schwächen von Fachbereichen“ (HRK 1995b) und ihren Angehörigen sichtbar zu machen. Infolgedessen werden wissenschaftliche Publikationen, neben Drittmitteln, zur relevantesten Kennzahl bei der Leistungsbewertung von akademischen Subjekten (vgl. WR 2004: 45 f.). In den letzten zwei Dekaden wurden insbesondere bibliometrische Indikatoren wie Zitationszahlen für Bewertungsverfahren genutzt, die aber auch immer wieder dafür kritisiert werden, Publikationszwänge und wissenschaftliches Fehlverhalten hervorzurufen (vgl. DFG 2013: 46). Die wissenschaftspolitisch viel diskutierten nicht-intendierten Effekte ab den 2010er-Jahren erhärten sich durch das rekonstruierte Deutungsmuster „Publish or perish“ (vgl. DFG 2013: 43; HRK 2018c: 5 f.; WR 2010b: 82).

Deutungsmuster „Publish or perish“: Dieses Deutungsmuster wird von Befragten über alle Statusgruppen und Disziplinen hinweg verwendet, um den herausragenden Stellenwert von Publikationen für die persönliche Karriere sinnstiftend zu erklären. Gleichwohl spielt die Seinsverbundenheit eine wesentliche Rolle bei der Deutung, etwas zu veröffentlichen, um den persönlichen Verbleib im Wissenschaftssystem zu sichern, da insbesondere Studienteilnehmer*innen in Qualifikationsphasen mit einem befristeten Arbeitsvertrag auf das Deutungsmuster zurückgreifen. In diesem Zusammenhang bekräftigt ein Doktorand (Wirt), dass „in den Wirtschaftswissenschaften schon publish or perish [ist]“. Wohingegen ein unbefristet beschäftigter Befragter bemerkt, dass „für die Masse der Wissenschaftler [...] dieses publish or perish gilt, publiziere oder verschwinde. Das gilt

für mich zum Glück nicht mehr in dem Sinne, sondern wenn ich etwas publiziere, dann [...] hat es mir auch Spaß gemacht“ (Postdok Human). Die Ursachen, warum die Studienteilnehmer*innen das Publizieren als Druck empfinden, sind vielfältig. Eine interviewte Hochschullehrerin bemerkt, dass

„man natürlich oft aus Drittmitteln heraus publiziert. Und dann vor allem, wenn die [...] Projekte zum Beispiel vom BMBF oder so finanziert sind, dann ist der Druck natürlich da, am Ende etwas zu publizieren. Also es geht mit der Förderung im Prinzip einher, aber ich sehe jetzt nicht [...] so einen kollegialen Druck oder so, dass da jemand in meinem Umfeld ein Auge drauf hätte, das kommentieren würde oder in der Fachcommunity sehe ich da jetzt auch keinen Druck. Das sah ein bisschen anders aus, bevor ich die Stelle bekommen habe, also da ist das natürlich so die erste Währung für Professuren, also für Bewerbungen“ (Prof Human).

Demnach fördern sowohl ein Drittmittelwettbewerb als auch manageriale Bewertungspraktiken in Berufungskommissionen einen Publikationsdruck, der zur diskursiven Praktik des Vielpublizierens führt – oder in anderen Worten: „Mit jedem Artikel fließt halt ein kleines bisschen Geld und man ist halt auf dieses Geld angewiesen, deswegen muss (...) jedes Ergebnis irgendwie gewinnbringend verkauft werden, (...) das ist ein Problem“ (Postdok Natur 2).

Mit diesem Problem werden von den Befragten unbeabsichtigte Effekte thematisiert. Vor allem eine Verschiebung von der Qualität zur Quantität treibt die Studienteilnehmer*innen um. So stellt ein Befragter fest:

„Es herrscht ein Druck zu publizieren, insbesondere wenn man als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Gruppen forscht, Forschergruppen oder Forschungsverbänden, dann gibt es Druck von oben, Ergebnisse zu publizieren, um das Projekt sichtbar zu machen, auch weil andere Leute daran hängen, auch die über einem stehen, die auch davon profitieren, dass sie etwas zu Papier gebracht haben indirekt. Das heißt, es gibt Druck zu publizieren, auf jeden Fall. Und das ist auch nicht unbedingt förderlich, weil es geht gar nicht so sehr um Qualität, sondern es geht dann eher um Quantität, wo hat man überall publiziert, wie schnell hat man publiziert, hat man gewisse Felder besetzt, hat man bestimmte Leute einbezogen, hat das weitere Türen geöffnet, um solche Dinge geht es eher“ (Postdok Geist 3).

Auch eine andere interviewte Wissenschaftlerin thematisiert den Wandel von der Qualität zur Quantität durch Publikationszwänge in ihrer Disziplin, da „man [...] dann schnell einfach den Stand, den man so hat[, veröffentlicht]. Das passiert bei uns auf jeden Fall auch aufgrund dieses Zeitdrucks oder aus Gründen der erfolgreichen Zeitschrift, weil man unbedingt diese Publikation

haben muss“ (Postdok Natur 1). Damit führt der Zwang, viel zu publizieren, um Drittmittel und Stellen einzuwerben sowie das persönliche Ansehen zu steigern, nicht nur zu einer Qualitätsminderung und Stärkung traditioneller Abhängigkeitsverhältnisse zwischen unterschiedlichen Statusgruppen, sondern zu Kooperationszwängen, Fehlverhalten und strategischen Publikationspraktiken. Im Rahmen des vorliegenden Deutungsmusters berichten die Studienteilnehmer*innen von nicht-diskursiven Praktiken wie der „Salamitaktik“ (Prof Soz). Mit dem Zerstückeln der Forschungsergebnisse in die kleinstmögliche publizierbare Einheit geht auch eine mangelnde Gewissenhaftigkeit einher, da

„dieser Publikationsdruck so groß ist [...]. Die Salamitaktik [... führt dazu,] dass man im Grunde nicht mehr selber nachliest, was man zitiert. Ich glaube, das ist extrem verbreitet. Und da gibt es auch schon Studien zu, wie sich bestimmte Fehler fortschreiben, weil keiner nachschaut, was hat der denn tatsächlich geschrieben. Das gehört zum kleinen Einmaleins guten wissenschaftlichen Arbeitens, dass man niemanden zitiert, den man zu mindestens nicht selber überprüft hat. Also, wenn jemand wirklich Panik hat und da dann zu so etwas greift, das kann eben auch passieren“ (ebd.).

Der Umstand, dass die diskursive Praktik des Vielpublizierens durch den NPM-Diskurs zum „selling point“ (Postdok Natur 6) bzw. zur „Währung“ (Dok Wirt) von akademischen Subjekten geworden ist, ruft dementsprechend ebenfalls nicht-diskursive Praktiken wie das Fälschen von Forschungsergebnissen auf den Plan. Besonders sichtbar wird der Zusammenhang von publish or perish und wissenschaftlichem Fehlverhalten an Verzweiflungstaten einzelner Wissenschaftler*innen. In diesem Kontext berichtet ein Studienteilnehmer von einer offensichtlichen Datenfälschung auf einer Fachkonferenz:

„Ich denke, wenn man sich das manchmal so anschaut, was da denn gemacht wird, also was ich damals da aufgedeckt habe, das war wirklich auch dumm gemacht. Also das war nicht einmal mein Themenfeld und ich konnte es trotzdem aufdecken, weil es so offensichtlich war. Und das zeigt, da muss ein Zwang dagewesen sein, ansonsten macht jemand so etwas nicht“ (Postdok Natur 5).

Eine andere Befragte konstatiert in diesem Kontext, dass

„wenn du mit reinen Zahlen arbeitest, dann ist es leicht, Dinge zu manipulieren, sodass die dann halt passen oder halt grenzwertig signifikante Sachen dann deutlich signifikanter sind als sie vorher waren. Das ist halt nicht schwierig, das zu drehen und das liegt nahe, weil wir alle diesem Druck standhalten müssen, weil wir wollen weiterhin Geld verdienen“ (Dok Natur 1).

Auch hier beeinflusst die Seinsverbundenheit in Form von Fachkulturen, die mit Zahlen arbeiten und die unter starken Publikationszwängen in ihrer Karriere stehen, das (Fehl-)Verhalten von akademischen Subjekten. Denn „publish or perish befähigt bestimmt den einen oder anderen dazu, solange zu forschen, also p-Hacking, bis ich dann irgendwie eine Signifikante bekommen habe“ (Postdok Geist 2). Zudem ist

„je nach Statuspassage der Druck massiv, weil im Grunde an diesem Publizieren eigentlich die ganze Karriere hängt. [...] Und dem muss man sich ein Stück weit verweigern, jedenfalls da wo man es kann. Und ich tue das in gewisser Weise. Ja, also ich muss jetzt nicht den Xten englischsprachigen Aufsatz schreiben, ich habe genug auf Englisch publiziert. Wie gesagt, ich schreibe jetzt, das ist völlig dysfunktional, ein Buch, nicht einmal in einem Wissenschaftsverlag. Will ich auch auf Deutsch schreiben, weil ich das Gefühl habe, ich muss einmal wieder etwas auf Deutsch schreiben. Einmal etwas für ein deutsches Publikum“ (Prof Soz).

Insofern führen Publikationszwänge auch zu subversiven Verhaltensweisen etablierter Wissenschaftler*innen mit unbefristeten Arbeitsverträgen oder anderen beruflichen Sicherheiten wie relativ lange Vertragslaufzeiten von 5 Jahren (vgl. Befragtenübersicht). Während die befragte Professorin in den Sozialwissenschaften strukturelle Publikationszwänge unterläuft, indem sie nicht in gerankten, englischsprachigen Fachjournals publiziert, sondern eine deutschsprachige Monografie verfasst, die weder quantitativ messbar noch international sichtbar ist, verweigert sich ein anderer Befragter zugunsten persönlicher Qualitätsansprüche und Freiheiten managerialen Anrufungen durch Entzug. Denn

„was die Freiheiten mindert, ist so ein bisschen auch wieder der Publikationszwang, dass man mindestens zwei peer reviewed Artikel pro Jahr publizieren muss, dass man sonst (atmet tief ein)/ ja sonst das irgendwann problematisch wird. Aber man kann sich auch die Freiheit rausnehmen, das einfach nicht zu tun. Bisher bin ich damit auch ganz gut gefahren, einfach mehr auf den Inhalt zu achten als auf die Schnelligkeit. Hat bisher ganz gut funktioniert. Insofern sehe ich eine gewisse Freiheit darin, dass man sich diesem Rahmen auch entziehen kann, wenn man das einfach nicht macht. Also man kriegt natürlich immer wieder gesagt, dass ist so und so und so viel sind die Kennzahlen, aber (..) bisher habe ich keine negativen Folgen gespürt, also dass ich es nicht in irgendeiner Form erfüllt habe“ (Postdok Natur 3).

Im Kontext dieser subversiven Verhaltensweisen wird Foucaults (1996: 27) Theorie der Ent-Subjektivierung im Subjektivierungsregime der deutschen Hochschullandschaft empirisch greifbar. Vor diesem Hintergrund wird die Praxis der

Ent-Subjektivierung¹² als Verweigerung und Entzug von Anrufungen und normativen Selbstbildern verstanden. Durch Ent-Subjektivierung erodiert ein Nexus aus Wissen, Macht und Subjektivierung, da sich der Einzelne von Anrufungen und Subjektivierungsformen emanzipiert. Deutlich wird jedoch daneben, dass eine Ent-Subjektivierung innerhalb eines Dispositivs neoliberaler Gouvernamentalität jenen privilegierten Wissenschaftler*innen vorenthalten bleibt, die über ein Mindestmaß an (beruflichen) Sicherheiten verfügen. Darum ist die Seinsverbundenheit nicht nur ein Türöffner für neoliberale Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen, sondern ermöglicht überdies eine Ent-Subjektivierung. Oder anders formuliert: Ent-Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit ist „im Grunde noch eine Art Bremse in dem System“ (Prof Soz) und ermöglicht Selbstbefreiung. Der Zusammenhang von (Ent-)Prekarisierung und (Ent-)Subjektivierungsprozessen wird beim nächsten Deutungsmuster gleichfalls deutlich. Hier geht es um die Aneignung von managerialen Bewertungspraktiken von wissenschaftlichen Publikationen über bibliometrische Maße wie den Impact-Factor.

Deutungsmuster „High-Impact-Journalbeiträge als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität“: Vorwiegend prekär beschäftigte Studienteilnehmer*innen in den Qualifikationsphasen betrachten Publikationen mit einem hohen Impact-Faktor als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität. Ein Befragter zeigt auf, dass man eine „gute Publikation“ daran erkennt „wie oft die Publikation zitiert wurde oder ist die in einem guten Journal“ (Dok Natur 2). Insofern zeichnen sich gute Publikationen durch überdurchschnittlich hohe Zitationswerte aus, wodurch die Anrufung entsteht, in „High Ranked Journals“ (Prof Human) zu publizieren. Dazu thematisiert ein Befragter, „dass es sehr wichtig ist, gute, viele Publikationen zu erreichen für den CV, für die nächsten Drittmittel oder für die nächste Bewerbung“ (Postdok Natur 4). Aus diesen Gründen spielen „die deutschen Medien [...] keine Rolle mehr, dann international publizieren und dann am besten noch bei den so genannten Top Ten“ (Prof Wirt).

¹² Ent-Subjektivierung stellt im wissenschaftlichen Feld eine Verwirklichung von persönlichen Interessen abseits von akademischen Subjektivierungsformen dar. Damit kann der Einzelne in der Wissenschaft tätig sein, ohne jedoch an eine akademische Identität gebunden zu sein, die unterjocht und unterwirft (vgl. Foucault 2005a: 245). An anderer Stelle wird das „Sich-Entziehen aus einer normativen Ordnung [...] als (kritisch-emanzipativer) Bildungsprozess diskutiert“ (Geimer 2020: 261). Hier stellt sich die Frage: Führt das „Anders-Werden“ und „Anders-Sein“ (ebd.) zu einer Emanzipation von Subjektivierungsformen oder zu einer anderen Form der Subjektivierung, die den Einzelnen ebenfalls vorschreibt, wie er (anders) zu denken und zu handeln hat?

Darüber hinaus resultiert die Aneignung der Bewertungspraktiken des Managementdiskurses bei stark drittmittelabhängigen Studienteilnehmer*innen in einer Erosion von traditionellen Publikationsformen wie der Monografie. Deshalb „sind Monografien in der Regel keine Option, das gilt als die bei dir ist nichts herausgekommen Variante, du Armer, du musst monografisch publizieren. In der Regel gilt das als gescheitert“ (Dok Natur 1). Um das berufliche Scheitern zu verhindern, greifen die Befragten zur diskursiven Praktik des Veröffentlichens ihrer Forschungsergebnisse in englischsprachigen, hoch gerankten Journals. Objektiviert wird diese Praktik beispielsweise durch Betreuungsvereinbarungen mit Doktorand*innen,

„das heißt ich empfehle allen Promovierenden bei mir immer eine kumulative Arbeit zu machen, weil das hinten heraus eigentlich weniger Ärger macht, weniger Aufwand ist. Was den Nebeneffekt natürlich auch für mich hat, dass das natürlich auch meine Publikationen sind, das ist jetzt nicht nur uneigennützig, das will man nicht so behaupten“ (Postdok Natur 5).

Neben der Menge an veröffentlichten Journalbeiträgen ist also auch deren Bewertung über bibliometrische Kennzahlen äußerst relevant für akademische Subjekte – oder als rhetorische Frage formuliert:

„Das ist natürlich die Währung, woran misst man denn sonst den Erfolg von Wissenschaftler(.)innen? Ich würde jetzt nicht sagen, es ist nur die Quantität. Ich glaube ganz umgedreht, dass wenn man einmal bewiesen hat, dass man auf niedrigem Niveau publizieren kann, interessiert das keinen mehr. Also Konferenzvorträge und Veröffentlichungen in Journals mit einem Impact-Faktor unter drei, wenn man davon sechs hat oder zehn oder so, dann glaubt einem das jeder, gerade wenn man die allein geschrieben hat. Und dann geht es vor allen Dingen darum, top-tier Journals zu erreichen, also wirklich sehr einflussreiche Artikel zu veröffentlichen. Und wenn man davon ein paar hat, das ist glaube ich dann ausschlaggebend, wenn man wirklich dann jetzt an einer großen Uni landen möchte. Ich glaube, dass gilt nicht für irgendwelche FHs oder es gibt auch kleinere Unis, wo man auch mit nischerigen Veröffentlichungen und so nischerigen Spezialthemen landen kann. Aber wer, sag ich einmal jetzt in der FU, TU München, Amsterdam, so amerikanische Tophochschulen landen möchte, der muss in [...] extrem hochwertigen Journals veröffentlicht werden und dann [...] zeigen, dass man das kann, dass man quasi auf internationalem Topniveau forscht“ (Dok Wirt).

Damit sorgt die Herrschaft mittels bibliometrischer Kennzahlen für eine Transformation der Denk- und Handlungsweisen von Wissenschaftler*innen, denn

„alles denkt in Paperformaten. Also wir haben uns wegbewegt von der Buchkultur, was ich schade finde. Selbst die Sammelbände [...], die manchmal einen inhaltlichen Zusammenhang, einen größeren haben können, sind inzwischen verpönt. Es ist alles [...] auf das Paperschreiben, möglichst im Englischen. Und das ist dann die Hartwährung“ (Prof Soz).

Auch für die Geisteswissenschaften vermerkt ein Befragter,

„dass die Publikationen über gewisse Formen von Journals [gehen], wo die Qualität daran gemessen wird, wo man publiziert hat. Was zu einem gewissen Grad alles nachvollziehbar ist [...]. Und dann ist es halt so, [...] dass das so wahnsinnig wichtig ist und man versucht genau, die Diskurse zu treffen, die da sozusagen gerade in Mode sind und einfach um die Kriterien zu erfüllen, mit denen man reinkommt. Man schreibt zu Dingen, zu denen es schon viel Forschung gibt. Man bezieht sich auf die Leute, die in diesen Journals sozusagen viel zitiert werden, [...] also wo man denkt, ok damit kommt man irgendwie rein. Und damit reproduziert sich eine gewisse Form von Themen und Art zu schreiben und so. Und das ist in den Geisteswissenschaften, wo das eher neu ist, also dass diese Journals so wichtig geworden sind, schon eher so in den letzten zwanzig Jahren, fünfzehn Jahren und jetzt zunehmend merkt man auch eine Verengung der Themen und eine Verengung der Schreibweisen und so relativ zu mindestens in dem Bereich der Geisteswissenschaften“ (Postdok Geist 1).

Das vorliegende Deutungsmuster führt neben einem Anpassungsverhalten durch diskursive Praktiken wie der Auswahl von Fachzeitschriften nach bibliometrischen Kennzahlen auch zu nicht-diskursiven Praktiken wie der Zitation von Wissenschaftler*innen, die eine exklusive Sprecher*innenposition innerhalb von „High Ranked Journals“ (Prof Human) vorweisen können. An dieser Stelle lässt sich desgleichen eine Intergouvernementalität an nicht-diskursiven Praktiken bei Begutachtungsprozessen von wissenschaftlichen Beiträgen von Fachzeitschriften ablesen, denn Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Begutachteten und Gutachter*innen, die in einen Wettbewerb eingebettet sind, führen mitunter zu „Hygienezitation“ (Jun.prof Wirt 1). So kommt es zur Situation, dass Gutachter*innen

„zum Beispiel das Zitieren eigener Publikationen einfordern, also das ist [...] mir auch schon öfter passiert. Das ist double blind, man sieht natürlich nicht, wer das ist, aber man kann es trotzdem lesen. Also manchmal versteht man, wer es ist, also inhaltlich in welche Richtung die Kommentare gehen, sieht man, ok das wird der und der gewesen sein. Und wenn man dann auch noch sieht, was da noch vorgeschlagen wird, was da noch an Publikationen fehlt, dann kann man sich das schon denken und das passiert regelmäßig, also dass Zitate eingefordert werden“ (Postdok Natur 3).

Wie bereits an anderen Deutungsmustern gezeigt, schließen sich auch hier ein traditionelles akademisches Feudalwesen und eine neoliberale Regierungsweise nicht aus, sondern verstärken sich wechselseitig, wodurch ein Matthäus-Effekt entsteht, denn akademische Subjekte mit einer exklusiven Sprecher*innenposition können über wettbewerbsförmige Strukturen in der deutschen Hochschullandschaft ihre standesgemäße Herrschaft über Objekte und Subjekte ausbauen. Das Anpassungsverhalten von akademischen Subjekten an die Themen und Schreibweisen hochgeranker Fachzeitschriften führt gleichwohl zum ungewollten Effekt einer Verengung des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses, da Inhalte und Formate von wissenschaftlichen Publikationen über exponierte akademische Subjekte normiert werden. In diesem Zusammenhang bemerkt eine Studienteilnehmerin, dass „oft auch Zeitschriften dann gewisse Dinge nur veröffentlichen, wenn man zum Beispiel eine gewisse Methodenwahl trifft“ (Dok Recht). Schließlich führt die Herrschaft über bibliometrische Kennzahlen zu einer Ökonomisierung der Denk- und Handlungsweise von akademischen Subjekten, was ein Studienteilnehmer exemplarisch mit einem Vergleich zwischen Unternehmensberater*innen und Wissenschaftler*innen erklärt, indem er festhält,

„weil es eben auch so wenig Prestige, Signaling gibt, ist eben dieses Prestige von den Journals so wichtig. Als Unternehmensberater(.)in kann man sein Prestige dadurch ausdrücken, dass man eine hunderttausend Euro Uhr anhat und ein zweihunderttausend Euro Auto fährt, aber in der Forschung gibt es nur diese Journals. Das ist alles, worauf die Leute schauen. Du kannst der letzte Gartenzwerg sein und dich nie duschen und ein Bart bis zum Boden haben, wenn du in Top Journals veröffentlichst, bist du ein anerkannter Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin. Wissenschaftlerin (lacht) mit einem Bart zum Boden wäre vielleicht noch besser. Also das ist das einzige Prestige, was es in der Forschung gibt“ (Dok Wirt).

Das Ansehen von Wissenschaftler*innen in der akademischen Gemeinschaft und die Kreditwürdigkeit bei Drittmittelgeber*innen wird neben erfolgreich durchgeführten Drittmittelprojekten durch bibliometrische Kennzahlen bestimmt, wodurch wissenschaftliche Beiträge mit einem hohen Impact-Faktor auch als „Währung“ (Dok Wirt, Prof Human, Prof Soz) eingestuft werden (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Zeichen der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit“).

Die unbeabsichtigten Effekte und nicht-diskursiven Praktiken des vorliegenden Deutungsmusters verursachen allerdings ein Spannungsverhältnis zu traditionellen akademischen Imperativen. Auf diese Weise entsteht insbesondere bei Studienteilnehmer*innen, die sich traditionelle Werte und Normen angeeignet haben, ein individueller Widerstand, da die Befragten sowohl vom Managementdiskurs als auch vom wissenschaftlichen Spezialdiskurs angerufen werden. Sichtbar

wird der persönliche Widerstand zwischen NPM und traditioneller Wissenschaft an Stellvertreter*innenkämpfen von akademischen Subjekten, die sich kollektive Wissensbestände aneignen, unterlaufen oder gänzlich davon abgrenzen. Dahingehend werden High-Impact-Journalbeiträge von den Studienteilnehmer*innen auch nicht als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität betrachtet.

Deutungsmuster „High-Impact-Journalbeiträge nicht als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität“: Dieses Deutungsmuster konnte im Wesentlichen mit der Frage rekonstruiert werden, was eine gute Publikation ausmacht, weil bei den Befragten an dieser Stelle eine Verknüpfung zu traditionellen Normativen guter wissenschaftlicher Arbeit entstanden ist (vgl. Electronic Supplementary Material). Denn entgegen einer managerialen Qualitätsbewertung über Kennzahlen sei der Inhalt einer Publikation entscheidend. Hier gilt für einige Studienteilnehmer*innen die Maxime: „Weniger ist oftmals mehr. Wenn man zwei gute Monografien hat, kann man sehr viel besser sein als jemand, der zehn Monografien hat, aber die inhaltlich eben nicht viel bringen“ (Prof Recht). Insofern kann man „die wirkliche Qualität einer Arbeit [...] immer nur dann beurteilen, wenn das in meinem Themenfeld ist, weil ich dann im Prinzip auch prüfen kann, was dort gemacht worden ist“ (Postdok Natur 5). Aufgrund eines traditionellen Selbstverständnisses der Studienteilnehmer*innen wird der „Drang zu widerstehen, viel zu publizieren, was nicht viel Qualität hat, also hochwertige Arbeit zu leisten“ (Postdok Natur 4) zu einer diskursiven Praktik des vorliegenden Deutungsmusters. Ebendiese ist jedoch nur für einen Teil der (privilegierten) Befragten umsetzbar, da der Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige akademische Subjekte auffordert, möglichst viel in Fachzeitschriften mit einem hohen Impact-Faktor zu publizieren.

Dessen ungeachtet eignen sich indes auch prekär beschäftigte Studienteilnehmer*innen aufgrund internalisierter traditioneller Werte und Normen das vorliegende Deutungsmuster an. Deswegen bemerkt eine Doktorandin,

„dass Nature und Science Paper für die Massen und ziemlicher Müll sind. Wenn du die Methoden reproduzieren willst, dass ist sehr, sehr schwierig. Da steht so wenig zu den Methoden drin, dass die Ergebnisse oft nicht reproduzierbar oder nachvollziehbar sind. Grundsätzlich desto höher du gehst impactfaktortechnisch, desto schlechter werden die Publikationen, wenn du daraus wirklich etwas lernen willst. Der Effekt ist größer, desto höher du gehst, aber der eigentliche inhaltliche Impact wird höher, desto niedriger du gehst. Denn bei niedriger gerankten Journals hast du mehr Seiten, du kannst die Dinge ordentlicher erklären, die Publikationen werden eher Monografie-ähnlich. Und es gibt auch Journals, die Monografien in Serie publizieren, die haben alle unter eins“ (Dok Natur 1).

Der Aussage kann entnommen werden, dass das Veröffentlichen von Forschungsergebnissen abseits englischsprachiger, hochgeranker Journals in alternativen Publikationsformaten wie Monografien oder deutschsprachigen Fachzeitschriften mit einem niedrigen Impact-Faktor ebenfalls eine Praktik zum Unterlaufen von Anrufungen des Managementdiskurses darstellt. Aus diesem Grund kann auch bei anderen Befragten das Publizieren in alternativen Formaten zugunsten einer traditionellen Vorstellung von wissenschaftlicher Qualität beobachtet werden. Deswegen konstatiert eine Studienteilnehmerin, dass es

„für mich persönlich [...] eigentlich nicht wichtig [ist] wirklich viel zu publizieren [...], sondern vielleicht sogar eher in anderen Bereichen zu schreiben. Jetzt nicht nur in Fachjournals, sondern eben vielleicht auch tatsächlich einem breiteren Publikum meine Ergebnisse zugänglich zu machen“ (Dok Human 1).

Diese Praktik lässt die Wissenspolitik des NPM-Diskurses erodieren, wodurch der Managementdiskurs an Deutungsmacht über die Qualität wissenschaftlicher Arbeiten und das Selbstverständnis von akademischen Subjekten einbüßt. Kurzum: „Es kann auch eine gute Publikation in einem Low Impact Journal geben“ (Postdok Natur 6). Interessant ist allerdings die persönliche Wahrnehmung des Konflikts zwischen NPM und traditionellen akademischen Imperativen, denn hier wird von den Studienteilnehmer*innen zwischen einer objektiven und subjektiven Wirklichkeit unterschieden. Demzufolge erkennt man eine gute Publikation „objektiv daran, ob es in einem vermeintlichen guten Journal erschienen ist. Und subjektiv daran, ob diese Publikation einen wesentlichen Erkenntnisfortschritt und handwerklich sehr gut gemacht ist“ (Prof Wirt).

Im Kontext des wissenschaftlichen Felds kann „objektiv“ (ebd.) als kollektiv anerkannte Wahrheit betrachtet werden. Deshalb wird es sagbar, dass hohe bibliometrische Kennzahlen ein Zeichen von wissenschaftlicher Qualität sind, während die Negierung dieses Deutungsmusters eine persönliche Wahrheit ist, weil sie vom Einzelnen konstruiert wird. Aus der regelmäßigen Wiederholung dieser persönlichen Wahrheit entsteht indes ein kollektiver Wissensbestand, der, eben weil er „subjektiv“ ist, innerhalb eines neoliberalen Subjektivierungsregimes individuellen Widerstand und subversive Verhaltensweisen erzeugt. Wie bei den anderen Deutungsmustern werden der persönliche Widerstand und subversive Verhaltensweisen gegenüber den Anrufungen des NPM-Diskurses in erheblichem Maß von beruflichen (Un-)Sicherheiten beeinflusst. Die Seinsverbundenheit des Wissens schließt und eröffnet Handlungsoptionen für Wissenschaftler*innen, sich der Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses zu entziehen und

diese mit kreativen Umdeutungen wie einem „inhaltlichen Impact“ (Dok Natur 1) zu unterlaufen.

Gleichzeitig kompensieren prekäre Studienteilnehmer*innen ihren individuellen Widerstand mitunter auch mit einer Selbstausschöpfung, um an traditionellen akademischen Werten und Normen festzuhalten und nicht von einem neoliberalen Subjektivierungsregime ausgesondert zu werden. Dazu berichtet eine Befragte vom unbezahlten Schreiben an Beiträgen, die zwar für den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt relevant, aber in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität unsichtbar sind:

„Ich arbeite an einem Literaturpaper, das ist jetzt nichts, was mir einen super Impact-Faktor geben wird. Aber ich glaube, das ist wichtig für das Fortbestehen unserer Disziplin. Teil meiner Ideologie ist, das wirklich besser zu machen und nicht einfach nur tolle, coole Paper rauszuhauen, sondern auch Dinge zu machen, wo ich denke, dass die wichtig [sind.] damit ich darauf zurückgreifen kann, um tolle, coole Paper zu publizieren. Das ist sozusagen Basisarbeit, die man nicht finanziert bekommt und die du nur machen kannst in deiner Freizeit und dann deutlich über deine Arbeitszeiten kommst, weil ich ideologisch daran glaube, dass das wichtig ist und damit das funktioniert. Und da dafür keine Finanzierung da ist, muss ich es halt sozusagen kostenlos machen“ (ebd.).

Wie beim Deutungsmuster des persönlichen All-in deutlich wurde, ist Selbstausschöpfung nicht nur eine diskursive Praktik, die von den Befragten genutzt wird, um strukturell versuchte Risiken persönlich auszugleichen. Die Rastlosigkeit einiger Wissenschaftler*innen kann auch als Selbsttechnologie gelesen werden. Denn mit einer Selbstausschöpfung wirken die Befragten so auf ihre Verhaltensweise ein, dass sie sowohl den Anrufungen des NPM-Diskurses Folge leisten als auch Normativen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses nachkommen. Vor diesem Hintergrund wird Selbstausschöpfung zu einer relevanten Selbsttechnologie von akademischen Subjekten, die sich in einem persönlichen Balanceakt zwischen NPM und traditioneller Wissenschaft befinden. Gleichwohl werden akademische Subjekte als Stellvertreter*innen von Diskursen zur Hauptzielscheibe einer pastoralen akademischen Regierungsweise, die über disziplinierende Abhängigkeitsverhältnisse, Imperative und Selbstbilder transportiert sowie von einer neoliberalen Gouvernementalität, mit der über Wettbewerbsanreize versucht wird, akademische Subjektivierungsweisen zu steuern. Im Verlauf der Fallstudie an der FU Berlin wird ebenfalls das Thema des Wettbewerbs zu einem Bezugsproblem der Befragten. In Rekurs auf den NPM-Diskurs und den wissenschaftlichen Spezialdiskurs generieren die Studienteilnehmer*innen verschiedene kollektive Wissensbestände.

Bezugsproblem Wettbewerb

Wettbewerb gilt seit den 1990er-Jahren als „wissenschaftsadäquates Mittel“ (HRK 2004a) zur Effizienz- und Leistungssteigerung von Hochschulen und ihren Angehörigen. Dazu wurde in der Konstituierungsphase von NPM ein staatlich inszenierter Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige peu à peu in den Arbeitsalltag von Wissenschaftler*innen eingeeht (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 31; HRK 1998b). Hier gilt zu fragen: Wie deuten die Studienteilnehmer*innen diesen Wettbewerb? Und zu welchen (nicht-)diskursiven Praktiken und (un-)beabsichtigten Effekten führt das ökonomische Tribunal eines akademischen Quasi-Marktes?

Deutungsmuster „Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige als Normalität“

Wie bereits bei den prekären Arbeitsbedingungen wird der Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige von den Studienteilnehmer*innen als Normalität gedeutet. Gestützt wird das Deutungsmuster durch angeeignete sinnstiftende Narrative des Managementdiskurses, die suggerieren, dass der „Wettbewerb durchaus positiv [ist]“ (Prof Recht). Mit dem Glauben an die positive Wirkung des Wettbewerbs nimmt der Befragte Bezug auf Zukunftsnarrative und das Deutungsmuster einer „sachgerechten und wissenschaftsadäquaten Problemlösung“ des Managementdiskurses, da ein inszenierter Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige scheinbar die Lösung für das Problem einer traditionellen Mittelverteilung nach dem „Gießkannenprinzip“ (HRK 1995a) darstellt. Weiterhin konstatiert der Studienteilnehmer, dass

„wir als Hochschullehrer [dem Wettbewerb] in den letzten dreißig Jahren besonders ausgesetzt [sind], weil wir um knappe Mittel, sei es des Bundes, sei es des Landes oder sei es der Stiftungen [...], einfach konkurrieren müssen. Das heißt, wir sind aufgefordert, ständig neue Ideen einzubringen, ständig neue Projekte uns zu überlegen, die möglicherweise interessant sein könnten und damit treten wir natürlich in einen Wettbewerb mit anderen Kolleginnen und Kollegen, die genauso gute oder schöne Ideen haben. Und dann muss man eben sehen, was die einzelnen Kommissionen entscheiden, welche Forschungsprojekte jetzt als sinnvoll anerkannt werden oder welche nicht“ (Prof Recht).

Infolge dieses gouvernementalen Wandels ist der Wettbewerb auch für andere Studienteilnehmer*innen zur Normalität geworden, die bereits an traditionellen Hochschulen gearbeitet haben. Deswegen herrscht „beim Buhlen um Drittmittel [...] ein ganz klarer Wettbewerb. Und ich bekomme das natürlich auch in der Nachwuchsförderung mit, was für einen großen Wettbewerb es gibt, also um Stellen, um Stipendien, um Fördergelder“ (Prof Human). Ferner schwingt im

Wettbewerb um knappe Ressourcen ein Prestigewettbewerb mit, denn „Drittmittel sind die einzige gemeinsame Währung, worüber man verschiedene Fachbereiche miteinander vergleichen kann. Und ansonsten lässt sich wissenschaftliche Exzellenz nicht messen“ (Prof Wirt). Wissenschaftler*innen stehen

„jetzt auch in Konkurrenz miteinander und da ist der Wettbewerb. Und natürlich sind die Verwaltungen dann darauf getrimmt, dass das genauso in den Habitus überführt wird. Dass man sich sozusagen positionieren muss durch die Konkurrenz gegenüber, was weiß ich, FU gegenüber der HU oder gut, da gibt es jetzt auch die sogenannte Berlin University Alliance Initiative, wo dann die Hochschulen kooperieren sollen in Projekten und wo auch sehr viel Geld zur Verfügung gestellt wird, dass da so gemeinsame berlinübergreifende Projekte dann dabei rauskommen. Aber sozusagen in der Exzellenzinitiative hat man das gesehen. Das machen auch die Nachrichten (lacht), welche Hochschule ist drinnen, welche ist rausgeflogen. Das vermittelt dann auch so ein Bild“ (PD Human).

Vor dem Hintergrund dieser Aussage kann festgehalten werden, dass der Wettbewerb um knappe Ressourcen unmittelbar mit einem Prestigewettbewerb verknüpft ist. Das Ansehen von Hochschulen und ihren Angehörigen ist abhängig von Drittmittelgeber*innen, weil Prestige über eine „qualitative Unterscheidung von Drittmitteln“ (Prof Human) hergestellt wird (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Statussymbol“). Folglich wird das Einwerben von Mitteln bei renommierten Drittmittelgeber*innen wie der DFG oder dem ERC zu einer diskursiven Praktik der Befragten.

Dazu schließen sich erfolgreiche Berliner (Exzellenz-)Hochschulen zur „Berlin University Alliance“ (PD Human) zusammen. Die Bildung dieser translokalen Beutegemeinschaft kann sowohl als diskursive Praktik betrachtet werden als auch als Objektivierung von ökonomischen Interessens-Nützlichkeitskalkülen von Berliner Hochschulangehörigen, zu deren Arbeitsalltag das Konkurrieren auf einem akademischen Quasi-Markt um knappe Ressourcen und Prestige mit Wissenschaftler*innen anderer Hochschulen gehört. Die Berlin University Alliance steht in einer Traditionslinie mit der liberalen Idee des europäischen Gleichgewichts¹³, das durch ein Bündnis von europäischen Nationalstaaten hergestellt wird, denn innerhalb des Berliner Bündnisses geht es ebenfalls um eine kollektive Bereicherung und einen Nichtangriffspakt, indem die Wettbewerbsfähigkeit durch

¹³ Foucault (2004b: 85 f.) zufolge erfüllt die Europäische Union als kollektives Wirtschafts-subjekt zwei wesentliche Funktionen: Erstens soll über ein transnationales Bündnis zwischen europäischen Staaten das gemeinsame Vorankommen in einer Zeit „des unbegrenzten wirtschaftlichen Fortschritts“ (ebd.: 85) im Kapitalismus gesichert werden. Und zweitens soll der kollektive Wohlstand den Frieden in Europa sichern.

strategische Kooperationen gesteigert wird (Foucault 2004b: 85 f.). Mit dieser Vorgehensweise wird der Frieden und Wohlstand zwischen den drei großen Berliner Hochschulen im Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige gesichert. Die Strategie der kollektiven Bereicherung auf einem akademischen Quasi-Markt über ein translokales Netzwerk scheint effektiv zu sein, weil eine Befragte bemerkt, dass sie

„einigermaßen mit den normalen Mitteln [hinkommt], aber sie sind natürlich dadurch, dass die FU eine Exzellenzuniversität geworden ist, etwas reichlicher als an anderen Universitäten (senkt ihre Stimme). Ich glaube, da gibt es inzwischen in Deutschland sehr große Unterschiede“ (Prof Soz).

Damit führen translokale Beutegemeinschaften im Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige zum Matthäus-Effekt und fordern akademische Subjekte auf

„sich an diesen sogenannten Verbundforschungsprojekten zu beteiligen. Und da kommen dann andere Leute mit Ideen und man kann seine Ideen da reinbringen, aber die müssen dann schon angepasst werden, dass das da irgendwie so reinpasst. Und dann kommt sicherlich einiges dabei raus, was man nicht so machen würde vielleicht, wenn man es sich komplett überlegen würde, wie man es vorhat. Aber [...] so [...] funktioniert es halt, wenn man mit anderen Leuten reden will, dass man solche Sachen macht“ (Post Geist 1).

Unterdessen wird durch die diskursive Praktik der Bildung eines strategischen Netzwerks eine Reihe nicht-intendierter Effekte hervorgerufen. Weder wird ein fairer Wettbewerb erzeugt noch Wissenschaftsfreiheit gefördert, weil sich akademische Subjekte kollektiven Interessen unterordnen. Der Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige als Normalität führt demnach zu einer Verengung des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts, da es

„darum [geht], Bündel von anerkannten Wissenschaftlern zu finden, die sich auf irgendetwas einigen können, um dann mit ihrer geballten **Strahlkraft** irgendeine rhetorisch funktionierende Linie zu machen, wie man die Forschung irgendwie zusammen kriegt und entsprechende Konstellationen, die das irgendwie halbwegs plausibel erscheinen lässt, dass diese Leute alle so zusammen (lacht) zu irgendeinem Art Themenkomplex arbeiten. Das Wichtigste ist, wirklich dritte Leute überreden zu können, dass die sich zusammen etwas ausdenken und dann wirklich irgendeine rhetorisch plausible Lösung zu machen, das die wirklich irgendetwas zusammen machen können“ (Post Geist 1).

Weiterhin stärken translokale Netzwerke traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse zwischen verschiedenen akademischen Statusgruppen, da insbesondere junge Wissenschaftler*innen auf die Gunst der älteren, etablierten Wissenschaftler*innen angewiesen sind, um in Netzwerke „reingebracht“ (Postdok Soz) zu werden. Die Verbindung von feudalen und unternehmerisch-managerialen Herrschaftsverhältnissen innerhalb der universitären Netzwerke führt jedoch bei einigen Befragten nicht zu einer Abgrenzung von Narrativen des Managementdiskurses, auch wenn „die Förderlogik mich zu Bündnissen [zwingt], die ich vielleicht anders nicht gegangen wäre, das finde ich aber eigentlich immer eher gewinnbringend“ (ebd.). Resümierend hält ein anderer Studienteilnehmer fest, dass

„Networking extrem wichtig [ist]. Also das habe ich am Anfang unterschätzt. Das ist halt einerseits die eigene Sichtbarkeit, dass Leute eben wissen, dass man da ist und was man so kann, dass man irgendwie einmal als Ansprechpartner dienen kann. Und das Andere ist halt, durch so ein Netzwerk eröffnen sich häufig auch erst Stellen“ (Postdok Natur 5).

Mit der diskursiven Praktik einer Selbstvermarktung über strategische Netzwerke drängen Anrufungen der Subjektivierungsform von akademischen Entrepreneur*innen in die Subjektivierungsweisen der Befragten ein (vgl. Peter 2017: 111). Hier geht die Corporate Identity in das Selbstverständnis von Wissenschaftler*innen über, da sich die Studienteilnehmer*innen mit dem Forschungsverbund in Form eines „kollegialen Spirit“ (FU Berlin 2018a: 6) identifizieren. Auf diese Weise werden über sozioökonomische Infrastrukturen wie Forschungsverbünde traditionelle Imperative in der Wissenschaft transformiert. Während Forschungserkenntnisse traditionell als Ergebnis einer kollektiven Wahrheitssuche betrachtet wurden, werden nunmehr wissenschaftliche Erkenntnisse eigennützig innerhalb von kollektiven Beutegemeinschaften verwendet, um das persönliche Fortkommen zu sichern und die individuelle Sichtbarkeit in einem Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige zu steigern (vgl. Merton 1972: 53 ff.). Insofern liegt es ebenfalls nahe, dass Betroffene den Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung betrachten.

Deutungsmuster „Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung“: Dieser kollektive Wissensbestand zum Bezugsproblem des Wettbewerbs in der deutschen Hochschullandschaft wird von der Seinsverbundenheit des Wissens erheblich beeinflusst, da überwiegend Studienteilnehmer*innen mit einem befristeten

Arbeitsplatz und einer hohen Drittmittelabhängigkeit darauf zurückgreifen. Demzufolge ist die Intensität eines persönlich empfundenen Wettbewerbsdrucks eine Frage der Statusgruppe. Einerseits konstatiert ein Studienteilnehmer, dass er

„mit [seiner] Entfristung jetzt eine andere Position [hat] als die Allermeisten. Dadurch ist der Wettbewerbsgedanke nicht so stark. Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die wollen immer die meisten Publikationen haben und meisten Vorträge halten. Und dieser Wettbewerbsgedanke wird natürlich gefüttert durch dieses Zeitgesetz, dass man publizieren muss, dass man sichtbar sein muss, dass man jede Konferenz mit-zunehmen hat und damit sich auch einen Namen macht, der einem weiterhilft die Karriere fortzuführen. Das muss ich alles nicht (lacht) und kann mir ein bisschen mehr auswählen oder mehr ausgewählte Veranstaltungen besuchen“ (PD Human).

Andererseits quittiert ein Juniorprofessor seine prekäre Berufssituation damit, dass man

„spätestens nach sechs Jahren plötzlich unter einem ziemlichen Druck [steht] sich wegzubewerben [...]. Der Druck ist besonders groß, weil ich in einem besonderen Alter bin. Ich bin Mitte dreißig, bewege mich jetzt auf Ende dreißig langsam zu, habe eine Familie, mehrere Kinder, was bedeutet, eine befristete Stelle ist nicht mehr so richtig attraktiv [...]. Und das heißt, dass ich eigentlich permanent nach Stellen schaue. Ich weiß permanent, welche Stellen sind wo offen. Ich kenne meinen Wettbewerb sehr gut. Ich weiß, wer sich auf welche Stellen irgendwann bewirbt. Ich bin gut genug vernetzt, um in Regel auch zu wissen, wer sich beworben hat und wer auf welcher Listennummer steht. Ich weiß mich ungefähr zu positionieren und war mittlerweile in genug Verhandlungen drin, um das auch bestätigt zu wissen, also ich stand auf mehreren Listen. Ich weiß, welche Listenplätze ich hatte. Ich weiß, wer vor mir war, wer hinter mir war und kenne auch ein paar Gründe dafür. Also ich würde sagen, in meiner Karrierestufe ist es in der Regel so, dass man sich seines Wettbewerbs sehr sehr bewusst ist“ (Jun.prof Wirt 1).

Prekär beschäftigt Befragte nutzen demzufolge den Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung, wodurch der akademische Quasi-Markt für sie zu einem Ort der Wahrheitsfindung wird (vgl. Foucault 2004b: 56). Exemplarisch kann diese Ökonomisierung in der persönlichen Wahrnehmung des Ausscheidungswettkampfs rekonstruiert werden. Dazu zieht ein Befragter einen Vergleich zwischen akademischen Entrepreneur*innen und privatwirtschaftlichen Unternehmer*innen heran und geht davon aus, dass

„man befristet arbeiten darf als Postdok [...], was für die Postdoks schlecht ist, weil wer nach den sechs Jahren keine unbefristete Stelle hat, ist eben so ein bisschen gekniffen und muss sich dann etwas Neues überlegen. Das ist so ein bisschen, wie wenn eine Firma pleitegeht, dann tut einem das auch leid, aber dann hat die Firma

vielleicht auch einfach kein Konzept, das im Kapitalismus (lacht) funktioniert. Und das gleiche gibt es so ein bisschen auch so an der Uni, dass es eben auch einfach promovierte Menschen gibt, die vielleicht einfach keine Lücke füllen, die es gibt. Also wenn es die Stelle nicht gibt, wenn die niemand besetzen will, wenn die niemand einstellen will [...] dann bräuchte man quasi so ein Forschungsstellenkommunismus, wo jeder, der forschen will, forschen darf. Und das ist schwierig zu rechtfertigen, wer das bezahlen soll“ (Dok Wirt).

Mit diesem exemplarischen Vergleich zwischen dem Scheitern von Unternehmer*innen und Wissenschaftler*innen werden akademische Subjekte zu Selbstunternehmer*innen, die sich zu Markte tragen und sich über die diskursive Praktik des Einwerbens von Stellen und Mitteln ihrer persönlichen Position auf dem akademischen Quasi-Markt gewiss werden. Ebenso werden über die Selbstvergewisserung des persönlichen Marktwerts sinnstiftende Erzählungen des NPM-Diskurses reproduziert, indem eine Alternative zu einer wettbewerbsförmigen Verteilung von knappen Ressourcen abgelehnt wird. Ansonsten wäre es nicht „schwierig zu rechtfertigen, wer das bezahlen soll“ (Dok Wirt). Vor diesem Hintergrund ist

„die ganze Existenz eine des Wettbewerbs mit anderen Leuten um sehr wenige Stellen. Aber das ist jetzt nicht so, wie man sich Unternehmen vorstellt oder so, dass da Effizienzpunkte verteilt [werden]. Zwar gibt es so etwas auch in der BUA, aber das spielt de facto keine große Rolle für irgendetwas. Aber natürlich indirekt oder sozusagen im weiteren Kontext ist eigentlich alles, was man (lacht) ständig im Wettbewerb mit dem stets drohenden Ziel oder mit dem stets drohenden Ausgang, dann nehme ich das auf meine Kappe. Insofern durchzieht der Wettbewerb schon alles“ (Postdok Geist 1).

Durch diese Existenz in einem permanenten Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige nutzen akademische Subjekte unternehmerische Freiheiten und versuchen, über ökonomische Anreizstrukturen ihr persönliches Risiko des beruflichen Scheiterns zu minimieren.

Im Kontext von Anrufungen des wissenschaftlichen Spezialdiskurses entstehen allerdings bei den Befragten ebenfalls ein individueller Widerstand und nicht-diskursive Praktiken. Zugunsten der persönlichen Risikominimierung „gibt es da eigentlich wenig Mut zum [wissenschaftlichen] Risiko. Ja, weil man natürlich immer im Grunde sehr viel Vorleistung bringen muss, das heißt, man [...] riskiert nicht unbedingt etwas Neues“ (Prof Soz). Eine soziale Selbstvergewisserung in der persönlichen Unsicherheit erlangt man lediglich, indem viel in hochangesehenen Journals publiziert wird, bei prestigeträchtigen Drittmittelgeber*innen Ressourcen eingeworben und strategische Netzwerke unterhalten werden, denn

wenn man sich „erfolgreich platzieren will, braucht man ein gutes Standing im Fach, weil es die eigenen Kollegen sind, die das begutachten“ (ebd.). Gleichzeitig sorgt Konkurrenz, die im Ausscheidungswettkampf zwischen akademischen Subjekten entsteht, für die nicht-diskursive Praktik des Zurückhaltens von wissenschaftlichen Erkenntnissen und für eine persönliche Distanzierung einiger Studienteilnehmer*innen von einer klassischen wissenschaftlichen Laufbahn (vgl. Lenk 2022: 155 f.). In diesem Zusammenhang fasst eine Befragte ihre Existenz im Wettbewerb des akademischen Quasi-Marktes zusammen als

„Grund, weswegen ich [...] überhaupt keinen Bock habe auf so eine akademische Laufbahn mit dem klassischen Hauen und Stechen. Und ich kenne das auch von einer Kollegin, die ist super, die hat auch eine Professur, völlig zu Recht und die hat sich sehr etabliert, die war aber auch immer so krass auf der Hut“ (Postdok Soz).

An dieser Stelle führt der Wettbewerb nicht – wie vom Managementdiskurs versprochen – zu mehr Innovationen, sondern zu einer Konkurrenz zwischen Wissenschaftler*innen, die Forschungsergebnisse für sich behalten, um sich bei Drittmittelanträgen Wettbewerbsvorteile zu sichern (vgl. FU Berlin 2019a: 16). Die soziale Selbstvergewisserung sorgt also für „viel Konkurrenz, böses Blut und schlechtes Klima“ (Postdok Geist 3). Schließlich verhindern Wissenschaftler*innen mit (nicht-)diskursiven Praktiken der sozialen Selbstvergewisserung einen flächendeckenden politischen Protest gegen ein neoliberales Ausbeutungs- und Subjektivierungsregime mit feudalen Strukturen. Anstatt sich also durch die gemeinsam geteilte Prekarität zu solidarisieren, wird der empfundene Wettbewerbsdruck über Infrastrukturen des Managementdiskurses kanalisiert. Dies führt dazu, dass sich Wissenschaftler*innen auf einem Quasi-Markt als akademische Entrepreneur*innen über Praktiken der sozialen Selbstvergewisserung positionieren. Ferner werden feministische und andere emanzipatorische Kämpfe an Hochschulen durch eine verstärkte Konkurrenz im Wettbewerb geschwächt (vgl. Gill 2018: 370). Oder aus der Perspektive eines Betroffenen formuliert: „Das ist die komische Situation, dass man einerseits Konkurrenten ist und andererseits alle im gleichen Boot sitzen, aber dummerweise nicht so im gleichen Boot sitzt, dass man irgendeine Gewerkschaft gründen könnte oder so (lacht)“ (Postdok Geist 1).

Das Anpassungsverhalten an die Bedingungen des Wettbewerbs erschwert also nicht nur politischen Widerstand, sondern transformiert grundlegende Fähigkeiten von Wissenschaftler*innen. Dementsprechend gilt für akademische Subjekte:

„Du musst dich vernetzen können, du musst dich gut verkaufen können, du musst dich natürlich präsentieren können, du kannst kein Eigenbrötler mehr sein. Früher,

vor fünfzig Jahren konnten Professoren die totalen Nerds sein und in ihrem Hinterkammerlein alles machen, was sie wollten, wunderbar. Das geht heute in manchen Nischen bestimmt, in denen, wo ich arbeite, definitiv nicht. Also du musst dich gut verkaufen, vor allen Dingen wenn es um Klimawandel und solche Dinge geht, das ist sehr politisch in mancherlei Hinsicht, da muss man auch vorsichtig sein, wie man Dinge darstellt. Und ja, diese Allroundfähigkeiten, wo du halt eine Art Manager bist. Du musst dein Projekt managen, du musst Gelder managen, du musst Zeit managen und du musst dein Privatleben managen (lacht), das was immer leidet“ (Dok Natur 1).

Über die diskursiven Praktiken des Verkaufens, Vernetzens und der Selbstdarstellung können sich die Befragten positionieren und über die Gewissheit ihrer Position als Quasi-Marktteilnehmer*in individuellen Widerstand sowie Unsicherheiten bewältigen. Dass dieser fundamentale Wandel in Subjektivierungsprozessen nicht folgenlos für traditionelle akademische Aufgabenbereiche an Hochschulen bleibt, zeigt sich an einer kontroversen Diskussion in den Interviews über das Thema der Lehre. Lehre wird von den Studienteilnehmer*innen sowohl als persönliche Belastung als auch als Motivationsquelle betrachtet.

Bezugsproblem Lehre

In den unterschiedlichen Deutungsmustern von Lehre offenbaren sich (nicht-)intendierte Effekte des Managementdiskurses sowie persönlicher Widerstand, der mit dem Transformationsprozess der Hochschullehre einhergeht. Angestoßen wurde der Bedeutungswandel von Lehre in der deutschen Hochschullandschaft durch herrschende Subjekte des Managementdiskurses in den 1990er-Jahren. Hier sprach man sich gegen eine Einheit von Lehre und Forschung sowie gegen eine allgemeine Freiheit in Studium und Lehre aus, weil man diese traditionellen Imperative mit einem „Regelungsgeflecht von Gesetzen, Verordnungen und Vorgaben für die Ressourcenverwendung“ (WR 1993: 19) verbindet, die ein Spannungsfeld zur Autonomie des Hochschulmanagements erzeugen. Darüber hinaus wird die Hochschullehre unter NPM zu einem Interventionsfeld einer neoliberalen Regierungsweise, da in Lehrveranstaltungen Anreize für unternehmerisches Handeln geschaffen werden sollen (vgl. FU Berlin 2014b: 81). Um Qualität sowie Effizienz der Lehre zu fördern, werden seit den Nullerjahren Mittel partiell auch wettbewerbsförmig vergeben sowie vermehrt Evaluierungen und Akkreditierungsverfahren eingesetzt, da es „kein besseres Argument im Wettbewerb um knappe Ressourcen als die nachweisbare Qualität von Lehre (und Forschung)“ (HRK 2000) gibt. Schlussendlich wird Lehre im Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige marginalisiert, weil „man einen gewissen Zugzwang [hat], auf der Forschungsseite deutlich zu performen“ (Postdok Wirt). In

Hinblick auf diese Transformationsprozesse werden Lehrtätigkeiten von einigen Befragten als persönliche Belastung gedeutet.

Deutungsmuster „Lehre als Belastung“: Neben einer Marginalisierung von Lehrtätigkeiten in der Leistungsbewertung von Wissenschaftler*innen sehen sich die Studienteilnehmer*innen mit dem strukturellen Problem einer schlechten Betreuungsrelation konfrontiert. Deswegen „wird von einem deutschen Hochschullehrer inzwischen [...] relativ viel Lehre [erwartet]. Insofern würde ich jetzt lügen, wenn ich das nicht auch als Belastung mitunter empfinden würde“ (Prof Soz). Das strukturelle Problem und die Lehrbelastung einiger Studienteilnehmer*innen werden durch externe Ereignisse wie die Corona-Pandemie verstärkt, denn

„Lehre ist schon oft auch eine Belastung. Wir sind einfach in den Humanwissenschaften wahnsinnig belastet, weil wir so wenige sind und auch jetzt die Pandemie, also vor allem das erste Semester, dass Sommersemester zwanzigzwanzig war eine extreme Belastung, was Lehre angeht“ (Prof Human).

Auch Befragte anderer Disziplinen und Statusgruppen greifen auf das vorliegende Deutungsmuster zurück, weshalb die Seinsverbundenheit des Wissens in diesem Fall die persönlichen Deutungen der Studienteilnehmer*innen weniger beeinflusst als bei anderen kollektiven Wissensbeständen (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“). Ein interviewter Wissenschaftler konstatiert, „wenn man quasi fast nur mit Lehre beschäftigt ist, dann kann das sehr erdrückend sein, dann hat man nämlich kaum [...] Zeit für andere Dinge. Und man forscht Samstagnachmittag und das ist doof“ (Postdok Geist 3).

Ungewöhnlich ist, dass mitunter Drittmittelangestellte die Lehre als eine persönliche Belastung betrachten, obwohl sie laut Arbeitsvertrag keine Lehrtätigkeiten übernehmen müssen. In diesem Kontext berichten drittmittelabhängige Studienteilnehmer*innen von unbezahlter Lehre aufgrund persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse zu Hochschullehrer*innen. Hiermit kann zwar ein Anpassungsverhalten an einen Prestigewettbewerb beobachtet werden, aber es findet ebenfalls keine Entmachtung von Hochschullehrer*innen statt, da diese ihre Gefolgschaft mobilisieren, um sich den zeitintensiven, wenig angesehenen Lehrtätigkeiten zu entziehen. Es bietet sich also an, die von Reitz (2021) vorgeschlagene Makroperspektive zur Analyse akademischer Machtverhältnisse mit der Perspektive von akademischen Subjekten anzureichern. Mit dieser Vorgehensweise wird sowohl eine Symbiose zwischen einem akademischen Feudalwesen und einem Prestigewettbewerb sichtbar als auch unbeabsichtigte Effekte wie das Ausnutzen von traditionellen Abhängigkeitsverhältnissen zur persönlichen Nutzenmaximierung (ebd.: 67 f.). Oder aus der Perspektive eines Betroffenen formuliert:

„Wenn man ein Drittmittelprojekt hat, dann steht explizit im Vertrag kein Lehrauftrag drin. Das ist bei uns so ein (..) Gemauschel im Fachbereich, dass eben selbst, wenn man Drittmittelgelder bekommt und da kein Lehrauftrag drin steht, dann muss trotzdem gelehrt werden“ (Dok Natur 2).

Das persönliche Nivellieren von strukturellen Risiken wird gleichfalls am Fall einer anderen Befragten sichtbar, die moniert, dass sie

„in der Promotion [...] in der Chemielehre mitwirken [musste], das war eine relativ hohe Belastung, weil da mein Fokus natürlich auf der Forschung lag und die Lehre mir dazwischen kam. Also ich kann mir gut vorstellen, dass dieser Konflikt, gute Lehre und gute Wissenschaft zu betreiben, das sehe ich auch beides in der Wissenschaft sehr gut an unserem Institut“ (Postdok Natur 1).

Lehre wird somit infolge von strukturellen Risiken als persönliche Belastung gedeutet und führt zu (nicht-)diskursiven Praktiken der (Selbst-)Ausbeutung¹⁴. Auch unbefristet Beschäftigte mit sogenannten Hochdebutatsstellen greifen auf das vorliegende Deutungsmuster zurück. Diese Stellen sorgen für eine Trennung von Lehre und Forschung, da

„die Zeit [für Forschung] fehlt. Ich habe per Vertrag eigentlich achtzehn Semesterwochenstunden Lehre, die ich mache, das ist gar nicht zu schaffen [...]. Das heißt, wenn man das hochrechnet, hat die Woche gar nicht genug Stunden dafür. Ich habe auch so eine Verkürzung beantragt und die ist auch bewilligt, also de facto mache ich aber vierzehn Wochenstunden Lehre und da bleibt gar keine Zeit für Forschung übrig“ (Postdok Natur 2).

Um die Einheit von Lehre und Forschung aufrechtzuerhalten, beuten sich sowohl Studienteilnehmer*innen selbst aus, die vollkommen über Haushaltsmittel finanziert werden, als auch Befragte mit einer Drittmittelstelle. Einerseits erzeugt Selbstausbeutung als Selbsttechnologie bei Betroffenen individuellen Widerstand. Andererseits wird das strukturelle Spannungsverhältnis zwischen Lehre und Forschung von akademischen Subjekten mit einer exklusiven Sprecher*innenposition

¹⁴ Hier muss zwischen der Ausbeutung von anderen Arbeitskräften und seiner eigenen Arbeitskraft differenziert werden, da es sich bei Selbstausbeutung um eine anerkannte diskursive Praktik in der Wissenschaft handelt (vgl. Weber (2002 [1894–1922])). Wohingegen die Ausbeutung Anderer zur persönlichen Nutzenmaximierung weder im Skript eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses auftaucht noch zu den Anrufungen des Managementdiskurses zählt, weshalb es sich um eine nicht-diskursive Praktik handelt, auch wenn diese indirekt über strukturelle Risiken des NPM-Diskurses provoziert wird.

über Abhängigkeitsverhältnisse ausgeglichen. Zu diesem Zweck werden unsichtbare Lehrtätigkeiten auf Wissenschaftler*innen mit einem niedrigeren Status übertragen und das persönliche Fortkommen über sichtbare, hochangesehene Forschungstätigkeiten gesichert.

An dieser Stelle zeigt sich die fundamentale Bedeutung eines intakten akademischen Feudalwesens für ein neoliberales Ausbeutungs- und Subjektivierungsregime in der deutschen Hochschullandschaft, da ohne die Abhängigkeitsverhältnisse und Statusunterschiede ein Dispositiv neoliberaler Gouvernamentalität ineffektiv wäre. Diesbezüglich kann der Befund des strategischen Scheiterns von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses durch die Erkenntnisse der Deutungsmusteranalyse erweitert werden. Es wird festgehalten, dass Vertreter*innen des NPM-Diskurses, auch wenn sie sich selbst als Problemlöser*innen positionieren, insbesondere daran interessiert sind, (feudale) Problemlagen zu aktualisieren, und auf deren Fortbestehen angewiesen sind (vgl. Deutungsmuster „sachgerechte und wissenschaftsadäquate Problemlösung“). Ohne die Aktualität dieser Problematisierung würde der Managementdiskurs seinen Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit von Hochschulen verlieren. Demnach generieren herrschende Subjekte des NPM-Diskurses über die feudalen Strukturen Deutungsmacht, wodurch eine Herrschaft über Praktiken der (Selbst-)Ausbeutung möglich wird und die gewünschte Effizienz- und Leistungssteigerung in der deutschen Hochschullandschaft produziert.

Eine unerwünschte Begleiterscheinung dieser Transformationsprozesse ist ein Qualitätsverlust in der Lehre, da Dozierende ihre eigene Tätigkeit als Belastung betrachten und beginnen, Lehrveranstaltungen sowie Prüfungen zu standardisieren, um ihren Arbeitsaufwand zu reduzieren. Aus diesem Grund

„gibt es keine wirkliche Überprüfung mehr, ob die Lehrveranstaltung irgendwie funktioniert hat und die Leute am Ende gute Ergebnisse produzieren können, weil sie noch mehr in dieses Auswendiglernensystem gesteckt werden, weil man nicht mehr eigene Sätze schreiben muss, sondern einfach nur vorgegebene Sachen entscheiden muss. Ich glaube, das hat sehr großen Einfluss darauf, wie Menschen das Denken lernen in solchen Sachen“ (Postdok Natur 3).

Damit trägt die Abwertung von Lehrtätigkeiten und anderen reproduktiven Arbeiten im Hochschulbetrieb unter dem Managementdiskurs auch zu einer weiteren Marginalisierung von Care-Arbeit in der Gesellschaft bei (vgl. Briken, Blättel-Mink, Rau & Siegel 2018). Diese ungewollten Effekte erzeugen allerdings persönlichen Widerstand bei den Studienteilnehmer*innen, da internalisierte traditionelle akademische Werte und Normen unterlaufen werden. So betrachten

einige Befragte unterschiedlicher Statusgruppen und Disziplinen die Lehre trotz der Abwertung ebenfalls als persönliche Motivationsquelle.

Deutungsmuster „Lehre als Motivationsquelle“: Der vorliegende kollektive Wissensbestand zum Bezugsproblem der Hochschullehre wird von dem Umgang der Studienteilnehmer*innen mit der Seinsverbundenheit des Wissens stark beeinflusst, weil überwiegend ältere und unbefristet Beschäftigte „gern unterrichten“ (Prof. Wirt). Denn die Befragten, die sich strukturellen Risiken des Managementdiskurses partiell entziehen können, konstatieren, dass sie „gerne in den Hörsaal [gehen]. Ich unterrichte gerne und mir macht das riesen Spaß, auch meine Forschungsergebnisse den Studierenden mitzuteilen“ (Prof. Recht). Hinter dem „riesen Spaß“ (ebd.) an Lehrtätigkeiten verbirgt sich allerdings ein tieferer Sinn, der auf Anrufungen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses zurückzuführen ist. Hier wird der persönliche Einstieg in die Wissenschaft thematisiert und mit dem Ideal der Einheit von Lehre und Forschung verknüpft. In diesem Zusammenhang bemerkt ein Studienteilnehmer, dass

„Lehre super wichtig [ist]. Vor allen Dingen, weil man als Student auch gemerkt hat, wenn man gute Lehre genossen hat, war man deutlich besser, als wenn man schlechte Lehre genossen hat. Und nur durch gute Lehre sind wir alle hier, wo wir sind. Das Problem ist, gute Lehre [...] wird nicht anerkannt. Für die wissenschaftliche Laufbahn ist es irrelevant, ob ich gute Lehre mache oder schlechte Lehre mache. In der Promotion am Ende steht nicht drin, der hat gute Lehre gemacht, der kriegt jetzt eine Note besser, der kriegt jetzt irgendwie Summa oder nicht. Also es ist komplett irrelevant, ob ich mir Mühe gebe oder keine Mühe gebe, es ist halt nur aus persönlichem Interesse, weil ich gute Lehre wichtig finde, investiere ich da auch viel Zeit eben rein“ (Dok. Natur 2).

Insofern

„gehört Forschung und Lehre schon zusammen. Also erstens, weil die Lehre sollte durch Leute gemacht werden, die auch wirklich selber forschen, sonst hat man nur so eine Verkostung, also sozusagen Verfütterung von Inhalten, die sich die Leute angesehen haben und das ist nicht gut. Und man erfährt doch viel als Forschender durch die Lehre über die Vermittelbarkeit und Relevanz der eigenen Forschung“ (Postdok. Geist 1).

Mit der „Vermittelbarkeit und Relevanz der eigenen Forschung“ (ebd.) wird die Hochschullehre selbst für eine drittmittelabhängige Studienteilnehmerin zu einer Motivationsquelle. Auch wenn Lehrtätigkeiten mit einer Selbstausschöpfung verbunden sind,

„empfinde ich es als einen Gewinn, in die Situation zu kommen, zu unterrichten, weil das eine bestimmte Art Fähigkeiten mir mitgibt, die ich auch in anderen Bereichen brauche. Also von daher sehe ich das nicht immer zwangsläufig als negativ, wenn beispielsweise ein Drittmittelangestellter auch einmal Lehrtätigkeiten übernimmt“ (Postdok Wirt).

Ein Befragter mit einer Drittmittelstelle stellt ebenfalls fest, dass in der Lehre „manchmal Fragestellungen aufkommen, auf die man selber nie gekommen wäre, weil die [Studierenden] halt einen ganz anderen Blickwinkel haben und ein bisschen unbelasteter rangehen“ (Postdok Natur 5). Durch diese schlecht- und unbezahlten Lehrtätigkeiten wird ein erheblicher Beitrag zur Nivellierung von strukturellen Risiken des Managementdiskurses geleistet sowie Effizienz erzeugt.

Gleichzeitig entsteht mit der Aneignung des Ideals von Lehre und Forschung ein individueller Widerstand zur managerialen Anrufung, Sichtbarkeit über Kennzahlen zu generieren (vgl. FU Berlin 2019b; HRK 1995b). Im Bereich der Lehre werden diesbezüglich manageriale Verfahren zur Erhebung von Kennzahlen bewusst unterlaufen. Dazu nutzen einige Befragte die nicht-diskursive Praktik einer alternativen Evaluierung, indem sie standardisierte Evaluierungsverfahren (teilweise) verweigern und sich stattdessen eine persönliche Rückmeldung bei den Studierenden einholen. Für diese nicht-diskursive Praktik ist gleichfalls die Seinsverbundenheit in Form von beruflichen (Un-)Sicherheiten konstituierend. Folglich erhebt eine interviewte Hochschullehrerin

„Lehrevaluierungen [...] nur sporadisch, weil ich das einfach gerade nicht mehr so brauche. Also meine Mitarbeiter(.)innen machen das auf jeden Fall [...]. Also ich mache das oft auch mündlich in kleineren Gruppen oder so, aber es gibt dafür auf jeden Fall auch Tools und [...] man macht das so lange, wie man sich bewirbt, wenn man dann eine unbefristete Stelle hat, ist das irgendwann nicht mehr so wichtig“ (Prof Human).

In Hinblick auf den Bereich der Lehre wird die Gatekeeper-Funktion von akademischer Prekarität für Anrufungen und Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses deutlich, denn mit beruflichen Sicherheiten gelingt der gouvernementale Zugriff auf akademische Subjektivierungsweisen lediglich bedingt. Diese Fluchtpunkte führen zum Unterlaufen des NPM-Diskurses und zu subversiven Verhaltensweisen. Von Befragten werden Lehrevaluierungen mitunter als Selbstzweck des Managementdiskurses wahrgenommen, „von daher ignoriere ich diese Ergebnisse“ (Postdok Natur 2). Auch ein anderer Studienteilnehmer bemerkt im Umgang mit Evaluierungsergebnissen, dass „mein Chef [...] die Evaluationsergebnisse sehen [möchte], aber in echt haben wir noch nie darüber

gesprochen, [...] weil er, glaube ich, keine Zeit hat (lacht), sich damit wirklich auseinanderzusetzen. Also auch da habe ich, glaube ich eine große Freiheit“ (Dok Wirt). Die mangelnde Relevanz managerialer Steuerungsinstrumente in der Hochschullehre wird als persönliche Freiheit wahrgenommen. Auf diese Weise ergibt sich ein konträres Bild zur Forschung, denn dort werden Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses teilweise als individuelle Freiheit betrachtet (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Freiheit“).

Die vorliegenden empirischen Erkenntnisse legen nahe, dass die Hochschullehre einen geschützten Raum für die Aneignung traditioneller akademischer Werte und Normen darstellt – und damit einen Fluchtpunkt in einem neoliberalen Subjektivierungsregime (vgl. Whitley 2014: 370–373). Weiterhin erklären die empirischen Befunde auch die zunehmenden Regierungsanstrengungen von Vertreter*innen des NPM-Diskurses ab den Nullerjahren im Bereich der Lehre (vgl. DFG 2009; HRK 2005b: 4; WR 2006: 71). Letztlich ist der Managementdiskurs jedoch auf den individuellen Widerstand und die subversiven Verhaltensweisen von Wissenschaftler*innen angewiesen, um (selbstverursachte) Problematisierungen zu aktualisieren. Oder anders formuliert: „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand“ (Foucault 1987: 116). Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass persönlicher Widerstand und subversive Verhaltensweisen eine Legitimationsgrundlage von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses zur Ausübung von Macht in der deutschen Hochschullandschaft darstellen. Ohne diese Gegenkräfte würde eine neoliberale Regierungsweise ihr Interventionsfeld und die Wissenspolitik des Managementdiskurses ihren Geltungsanspruch verlieren. Oder als Frage formuliert: Wozu sollte Macht ausgeübt werden, wenn es keinen (individuellen) Widerstand gibt?

Diese Prämisse moderner Regierungsweisen zeigt sich ebenfalls, wenn die Befragten über den Geltungsanspruch einer managerialen Steuerung diskutieren.

Bezugsproblem manageriale Steuerung

In den 1990er-Jahren wurde vermehrt angeregt, Problemlagen im deutschen Hochschulsystem mit einer managerialen Steuerung zu bewältigen (vgl. Abschnitt 5.1.1 Konstituierungsphase). Ab den Nullerjahren wurden zu diesem Zweck Steuerungsverfahren des NPM-Diskurses flächendeckend implementiert und die Hochschulangehörigen mit Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses konfrontiert (vgl. Abschnitt 5.1.2 Actionphase). In diesem Zusammenhang lassen sich aus dem Interviewmaterial verschiedene Deutungsmuster zum Bezugsproblem der managerialen Steuerung rekonstruieren.

Deutungsmuster „Manageriale Steuerung als Autonomieeingriff“: Mitunter werden externe Steuerungsanstrengungen von herrschenden Subjekten des NPM-Diskurses von den Befragten als Eingriff in ihre persönliche Freiheit gedeutet. So moniert eine Hochschullehrerin, dass

„diese Steuerungsinstrumente [...] ein echtes Problem [sind], weil sie letztlich [...] dazu führen, dass man dieser Steuerungslogik eben folgt. Und im Grunde, wenn man konsequent ist, muss man bestimmte Fächer abschaffen, Institute schließen, die nicht gängig sind, die man nicht vollkriegt oder Unterperformer vor lauter Leuten, die nur Bücher schreiben und keine Aufsätze und keine Drittmittel rankarren“ (Prof Soz).

Auch ein anderer Hochschullehrer verdeutlicht, „bei meinen Zielvereinbarungen hatte ich einen gewissen Druck, weil da von der Uni aus eine gewisse Anzahl verlangt wurde“ (Prof Recht). Den Aussagen der beiden Hochschullehrer*innen kann entnommen werden, dass insbesondere die manageriale Steuerung über Kennzahlen als „echtes Problem“ (Prof Soz) und „Druck“ (Prof Recht) empfunden wird, da mit dem gouvernementalen Zugriff ein Anpassungsverhalten und Eingriff in die persönliche Freiheit der Befragten verbunden ist.

Als Folge entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen einer professoralen und managerialen Autonomie (vgl. Lenk 2022: 156 f.). Sichtbar wird diese Konflikttarena an Machtkämpfen zwischen Hochschullehrer*innen und dem Hochschulmanagement in Verhandlungen über Zielvereinbarungen. Zur Disposition steht die professorale Autonomie, die über Kennzahlen ausgehandelt wird. Analog zur Humankapitaltheorie neoliberaler Klassiker wird über das Senken der Kosten und die Erhöhung des Nutzens einer Handlung versucht, akademische Verhaltensweisen zu steuern (vgl. Foucault 2004b: 349 f.). Insofern wird das Festlegen von Kennzahlen in Zielvereinbarungen mitunter als Eingriff in die persönliche Freiheit gedeutet. Darum konstatiert eine Hochschullehrerin zusammenfassend, dass man

„nach der Berufung [...] in der Regel Zielvereinbarungen [unterschreibt], was an der Uni so ist wie sage ich einmal die Gehaltssteigerung in einem Unternehmen oder so, dass man dann eben nach fünf Jahren oder so dann noch solche nachlaufenden Berufungszulagen bekommt. Und die sind in der Regel an Drittmittel gebunden und das heißt, ich muss jetzt eine bestimmte Höhe von Drittmitteln erbringen. Und ich bin damit dann auch nicht frei“ (Prof Human).

Dass sich die Befragte „nicht frei“ (ebd.) fühlt und ein anderer Hochschullehrer „Druck“ (Prof Recht) durch zu erfüllende Kennzahlen empfindet, belegt einerseits individuellen Widerstand. Andererseits ergibt sich aus dem vorliegenden

Deutungsmuster ein Hinweis auf die Reichweite von managerialen Steuerungsinstrumenten, da dergestalt die Verhaltensweise von akademischen Subjekten kanalisiert wird, selbst wenn diese den gouvernementalen Zugriff reflektieren und als Eingriff in ihre persönliche Freiheit betrachten.

Neben Hochschullehrer*innen eignen sich Studienteilnehmer*innen anderer Statusgruppen den kollektiven Wissensbestand der Freiheitseinschränkung durch eine manageriale Steuerung an. Bei diesen Befragten entscheidet die intrinsische Motivation darüber, warum Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses als Autonomieeingriff gedeutet werden. Deshalb konstatiert eine Postdoktorandin (Soz), dass „alle, die in der Wissenschaft arbeiten, machen das nicht des Geldes wegen, sondern weil sie irgendwie Spaß an der Sache haben und dann braucht man keine externen Zwänge und auch keine Anreizmittel“. Demzufolge verursacht die intrinsische Motivation einen persönlichen Widerstand zu Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses. Gleichwohl gewährleistet dieser individuelle Widerstand einen gouvernementalen Zugriff auf akademische Subjektivierungsweisen, da die intrinsische Motivation die Befragten zu einem Anpassungsverhalten an die Anrufungen des Managementdiskurses zwingt, um nicht aus dem Wissenschaftsbetrieb ausgesondert zu werden. Zum Vorschein kommt der Anpassungszwang insbesondere bei Juniorprofessor*innen, die sich auf dem Weg in eine beruflich sichere Zukunft befinden. Aus diesem Grund ist

„die Juniorprofessur ein mega guter Deal [für die Hochschulleitung], weil ich stelle top motivierte Leute ein, befristete Verträge, die also ein sehr großes Interesse daran haben, in kurzer Zeit möglichst viele Publikationen rauszuwerfen und möglichst viele Drittmittel einzuwerben, damit sie sich berufungsfähig machen. Und zwar berufungsfähig auf dem öffentlichen Markt. Und noch dazu sind sie günstiger als ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und damit sind wir mega effizient. Mein Department hat es geschafft, alle Juniorprofessoren relativ kurz nach der Zwischenevaluation, in einem Fall sogar vor der Zwischenevaluation wegzubekommen“ (Jun.prof Wirt 1).

Als Folge dessen führt die diskursive Praktik des Aushandelns der persönlichen Freiheit in Zielvereinbarungen, Leistungsevaluierungen und Betreuungsvereinbarungen zu einem Anpassungsverhalten von Wissenschaftler*innen. Anders als ein zweckrationaler Akteur wie der Homo oeconomicus deuten die Befragten diesen strategischen Aushandlungsprozess allerdings nicht als eine Win-win-Situation, sondern als externen Zwang und Eingriff in ihre persönliche Freiheit (vgl. Foucault 2004b: 310 f.). Diese wertrationale Denkweise erzeugt zwar einen individuellen Widerstand zur politischen Rationalität des Managementdiskurses, führt allerdings aufgrund der Motivation, in der deutschen Hochschullandschaft weiterhin tätig zu bleiben, zur Steuerung von akademischen Verhaltensweisen

über Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses. In diesem Kontext können unbeabsichtigte Effekte beobachtet werden, die durch eine persönliche Nutzenmaximierung von akademischen Subjekten über manageriale Steuerungsinstrumente entstehen.

Zur Steigerung des persönlichen Publikationsoutputs legt ein Hochschullehrer in einer Betreuungsvereinbarung mit einer interviewten Doktorandin fest, dass diese nicht ohne ihn veröffentlichen darf. „Deswegen ist die Freiheit sich auszusuchen, mit wem man publiziert, wo man publiziert und was man publiziert, sehr eingeschränkt, weil die Supervisoren so viel mitzureden haben während deiner Doktorarbeitszeit“ (Dok Natur 1). Demzufolge trägt eine manageriale Steuerung zur Verschärfung von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen bei, da man

„als Mitarbeiter einer Arbeitsgruppe an das Belohnungssystem für den Professor gebunden [ist], nämlich publizierst du mehr, kriegt der Professor mehr Geld, hast du mehr Haushaltsmittel, hast du mehr Freiheiten, kannst du auf Konferenzen fahren, musst das nicht selber bezahlen (lacht). Das heißt, wenn ich mehr publiziere, hat der Chef mehr Geld und dann ist er vielleicht gewillter, mir meine Konferenz zu bezahlen“ (ebd.).

Diese Intergouvernementalität an deutschen Hochschulen erzeugt einen Kaskadeneffekt, da über traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse die Auswirkungen von Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses statusgruppenübergreifend übertragen werden. Gleichfalls wird an dem Kaskadeneffekt deutlich, dass Vertreter*innen des Managementdiskurses nicht an der Beseitigung eines akademischen Feudalwesens interessiert sind, da die traditionellen Strukturen in die politische Rationalität einer neoliberalen Regierungsweise gewinnbringend eingeeht werden. Es gelingt Subjekten des Managementdiskurses jedoch nicht, die wertrationale Denkweise einiger Studienteilnehmer*innen zu transformieren. Sichtbar wird dies an dem folgenden kollektiven Wissensbestand über Kennzahlen.

Deutungsmuster „Kennzahlen als Bedrohung von traditionellen Werten und Normen“: Die Anrufung, möglichst viel in hochgerankten Journals zu publizieren und Mittel bei angesehenen Drittmittelgeber*innen einzuwerben, widerstrebt einer wertrationalen Denkweise, wodurch Kennzahlen von den Befragten mitunter als Bedrohung von traditionellen Werten und Normen betrachtet werden. Zu diesem Zweck werden von einem Postdoktoranden (Natur 2) kennzahlengesteuerte Berufungskommissionen kritisiert, weil es

„nicht unbedingt darum [geht,] wer macht gute Forschung. Es geht darum, wer macht Forschung, die allgemein hoch geschätzt und anerkannt wird. Wer ist extrem gut vernetzt, auch mit anderen Instituten und Einrichtungen. Und wer hat den höchsten Wert, also den monetären Wert. Also wer kann die meisten Mittel [...] von der Hochschule einwerben.“

Ein anderer Studienteilnehmer stellt ebenfalls fest, „dass diejenigen, die jetzt hier massenhaft Drittmittel einwerben, auch dementsprechend gefördert werden“ (Postdok Human). Vor diesem Hintergrund wird eine Selektion über die Fähigkeit, sich zu vermarkten, von den Befragten thematisiert. Mit der Auslese durch das ökonomische Tribunal des akademischen Quasi-Marktes wird ein traditionelles Qualitätsverständnis von Wissenschaftler*innen transformiert, da „man [...] irgendetwas qualitativ messen [will] und versucht, es in quantitative Indikatoren zu pressen“ (Jun.prof Wirt 2). Gleichzeitig wird durch eine Kennzahlensteuerung die „Varianz an Verhaltensmustern“ (Prof Soz) kleiner, was insbesondere beim Deutungsmuster einer guten Publikation und den damit verbundenen Praktiken zum Vorschein kommt (vgl. Deutungsmuster „High-Impact-Journalbeiträge als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität“). Insofern sagt „der Markt, Publikationen und meinetwegen auch noch Drittmittel und mach auch bitte ein bisschen Lehre, damit hat die Uni Zahlen gehabt, die sie auch erfüllen wollte“ (Jun.prof Wirt 1). Demzufolge werden Kennzahlen zur Schnittstelle zwischen akademischen Subjekten und einem Quasi-Markt, der akademische Subjekte über eine soziale Wirklichkeit aus Zahlen navigiert.

Aufgrund von angeeigneten traditionellen Werten und Normen grenzen sich die Studienteilnehmer*innen jedoch von der politischen Rationalität des NPM-Diskurses ab. Die Wissenspolitik des Managementdiskurses wird unterlaufen, indem nicht anerkannt wird, dass Kennzahlen die Qualität wissenschaftlicher Arbeiten sowie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Hochschule abbilden (vgl. FU Berlin 2019b; WR 2014: 15). Infolge dieser Abgrenzung stellt ein Befragter klar,

„das dokumentiert nichts darüber, wenn es um gute Forschung geht, was wirklich dabei rauskommt. Also ich glaube, es gibt Wissenschaftlerinnen [...], die sehr gute Forschung machen, aber einfach nicht besonders gut sind in dieser Antragsprosa. [...] Also ich glaube [...], das kann man so sagen, auch als wichtige Qualifikation für Wissenschaftler(.innen) bezeichnen, dass man einfach Antragsprosa beherrscht (..) und am Ende das so gut wie nichts mit der Forschung zu tun hat. Oder [...] bei uns im Studium ist das auch, dass man genau diese Sachen auch lernt, dass es da Pflichtseminare gibt. Das heißt Projektmanagement, aber eigentlich lernt man da, wie man es möglichst so verpackt, dass sie finanziert werden. Und auch so in den Graduiertenschulen

[...], Dahlem Research School, so eine Fortbildungseinrichtung für Wissenschaftlerinnen, dass auch da (lacht) in den Seminaren, die angeboten werden, dass schon eine sehr große Rolle spielt, Drittmittelakquise zu lernen. Und ja, am Ende hat das wenig mit dem wissenschaftlichen Output zu tun“ (Postdok Natur 3).

Dieser Aussage zufolge erzeugt eine Kennzahlensteuerung zwar individuellen Widerstand. Aber es findet ein Anpassungsverhalten über die diskursive Praktik der Antragsprosa statt, weil die Erfüllung von Kennzahlen den Verlauf der Karriere in der deutschen Hochschullandschaft stark beeinflusst. Es ist darüber hinaus auffällig, dass der vorliegende kollektive Wissensbestand vorrangig durch Studienteilnehmer*innen mit beruflichen Sicherheiten und durch Befragte, die vor 2010 promoviert haben, beansprucht wird. Einerseits weist dieser empirische Befund auf eine Transformation von akademischen Subjektivierungsweisen in der Zeitspanne von 2010 bis 2020 hin. Andererseits eröffnet die Retrospektive älterer Studienteilnehmer*innen einen persönlichen Einblick in die diskursive Konfliktarena des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und Managementdiskurses. Somit kann akademische Subjektivierung als sozialer Prozess mit Anschlüssen, aber keinem Abschluss betrachtet werden, da sich die Denk- und Handlungsweise von Wissenschaftler*innen in einem permanenten Spannungsfeld von Diskursen bzw. eines Dispositivs neoliberaler Gouvernementalität befindet. Dieses „strategische Arrangement von Diskursen und Praktiken“ (Bröckling 2018: 32) wird wiederum von Subjektivierungslinien durchgekreuzt, die zum einen Wissensordnungen und Regierungsweisen verbinden und zum anderen das Dispositiv durch individuellen Widerstand und subversive Verhaltensweisen erodieren lassen. Mit diesem persönlichen-diskursiven Spannungsverhältnis innerhalb eines gouvernementalen Dispositivs in der deutschen Hochschullandschaft wird Wissenschaft von akademischen Subjekten neu verhandelt.

Bezugsproblem Wissenschaft

Traditionellerweise wird Wissenschaft als werturteilsfrei, uneigennützig und unabhängig von gesellschaftlichen Partikularinteressen verstanden (vgl. Bourdieu 1998: 18; Weber 2002 [1894–1922]: 498–506). In den Nullerjahren wird Wissenschaft durch die Entfesselung des NPM-Diskurses für gesellschaftliche Partikularinteressen zunehmend nutzbar gemacht (vgl. HRK 2002; WR 2013: 6). Deswegen betrachten die Studienteilnehmer*innen Wissenschaft mitunter als Mode.

Deutungsmuster „Wissenschaft als Mode“: In diesem Zusammenhang bemerkt eine Befragte, dass

„Gründlichkeit, Genauigkeit, Ehrlichkeit (lacht), hohe Reflexivität und Selbstkritik [...] Werte [sind], die ehrlich gesagt mir so ein bisschen verloren gehen, aber schon länger. Ich meine, dass es akademische Moden gibt [...] und wer da sozusagen das Glück hat, auf so einer Welle vorne reinzuschwimmen, der wird zum Star“ (Prof Soz).

Auch ein Postdoktorand (Natur 2) kritisiert, dass

„eben nur Forschungsgebiete, die Geld bringen oder wo viel publiziert wird, unterstützt [werden]. Unpopuläre Forschung kann keiner machen, obwohl vielleicht die Erkenntnisse, die dort gewonnen werden würden, durchaus interessant wären, aber wenn sich niemand dafür interessiert oder sich das nicht vermarkten lässt, wird das halt nicht gemacht und das widerspricht eigentlich der wissenschaftlichen Freiheit.“

Wenn die Wissenschaft als Mode betrachtet wird, die sich an gesellschaftspolitischen Thementrends ausrichtet,

„verwendet [man] schon ein bisschen mehr Zeit und Aufwand auf Themen von denen man ausgeht, dass sie Drittmittelgeber interessieren könnten. Also zurzeit alles, was mit Covid zu tun hat, lässt sich wahrscheinlich leicht realisieren. Und es gibt immer wieder solche Modethemen“ (Prof Wirt).

Das vorliegende Deutungsmuster führt zu einem Anpassungsverhalten von Wissenschaftler*innen, die dergestalt forschen, dass wissenschaftspolitische Themen bedient werden. Außerdem kann das Aufgreifen von „Modethemen“ (ebd.) als diskursive Praktik betrachtet werden, wodurch es jedoch zum unbeabsichtigten Effekt einer Verengung von wissenschaftlichem Wissen kommt, da „eben nur Forschungsgebiete, die Geld bringen oder wo viel publiziert wird, unterstützt [werden]“ (Postdok Natur 2). Darum werden mit dieser diskursiven Praktik traditionelle akademische Werte wie Zweckfreiheit¹⁵ unterlaufen, weshalb ein individueller Widerstand entsteht (vgl. Bourdieu 1992: 206). Dieser Widerstand

¹⁵ Bereits in den 1980er Jahren werden für die französische Hochschullandschaft eine zunehmende Nachfrage nach anwendungsorientierter Forschung und nach Wissenschaftsmanager*innen konstatiert, „die rastlos Kolloquien, Tagungen, Treffen organisieren, die gleichermaßen ihre Produkte bekanntmachen wie ihre produktive Fähigkeiten steigern sollen – sie sind es, die neue, häufig den Machern abgeschaute Probleme [...] mit dem Deckmantel wissenschaftlicher Autorität [...] umkleiden“ (Bourdieu 1992: 206). Durch die Verlagerung von Partikularinteressen in die Wissenschaft sind Wissenschaftler*innen abhängig von gesellschaftspolitischen Interessen (ebd.).

mündet allerdings nicht in einem politischen Protest gegen die Oktroyierung wissenschaftlicher Themen, sondern führt zu einer Anpassung mit Praktiken der Spekulation. Hiermit werden Wissenschaftler*innen thematisiert, „die sozusagen halbfertige Anträge in der Schublade haben und nur darauf warten, dass das große Elbhochwasser 2002 oder Oderhochwasser 97 kommt, weil dann ist das auf der Tagesordnung und dann kriegt man eher Geld für die Anträge“ (Postdok Natur 3). Insofern „muss [man] schon so ein bisschen mit der aktuellen Welle schwimmen, die eben gerade wieder ansteht“ (Dok Natur 2).

Das Spannungsverhältnis zwischen traditionellen akademischen Imperativen und einer dienstfertigen Wissenschaft sorgt bei einigen Studienteilnehmer*innen für eine Abgrenzung von Subjektivierungsformen des Managementdiskurses (vgl. Bourdieu 1998: 19). Ein Befragter begründet seine persönliche Abgrenzung anhand der Entwicklungsgeschichte von Impfstoffen gegen Coronaviren:

„Gutes Beispiel mRNA, das war in den Neunzigern praktisch der Tod. Den Leuten hat man gesagt, das wird nie etwas und dann haben die Unternehmen ausgegründet und jetzt sind wir alle abhängig von dieser (lacht) Forschung. Und dem kann man nur begegnen, wenn man es schafft, den Leuten Geld zu geben und nichts erwartet und ihr gebt mir jetzt unmittelbar einen Return on Investment in zwei Jahren. Das ist glaube ich eine Denkweise, die nicht so gut funktioniert“ (Jun.prof Wirt 1).

Mit der wissenschaftspolitischen Steuerung von Themen findet somit eine Verengung des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses statt, da mit den Thementrends ebenfalls Personalentscheidungen getroffen werden, weil sich jene akademischen Subjekte im Wettbewerb um (unbefristete) Stellen durchsetzen, die sich vermarkten können und anpassungsfähig sind. Der inszenierte Wettbewerb führt nicht zu den versprochenen Innovationen, sondern zur Verengung des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses durch ein Anpassungsverhalten von akademischen Subjekten (vgl. HRK 2004d: 7). Von diesem ungewollten Effekt sind insbesondere Studienteilnehmer*innen mit einer hohen Drittmittelabhängigkeit betroffen. Hierbei handelt es sich um Befragte, die Drittmittel mitunter auch als persönliche Rettung oder Freiheit betrachten (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“; „Drittmittel als Freiheit“). Die Wechselwirkung zwischen der Seinsverbundenheit und den unterschiedlichen kollektiven Wissensbeständen der Studienteilnehmer*innen lässt die Schlussfolgerung zu, dass akademische Subjektivierungsweisen über einen Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige transformiert werden. Exemplarisch wird der Zusammenhang zwischen einer Drittmittelabhängigkeit und Deutungsmustern an diskursiven Praktiken deutlich. So lässt sich beispielsweise die diskursive Praktik einer Antragsprosa mit wissenschaftspolitischen Schlüsselwörtern sowohl beim Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“ als auch

beim vorliegenden kollektiven Wissensbestand beobachten. Diskursive Praktiken werden deshalb partiell als Handlungsoptionen für verschiedene Bezugsprobleme von den Befragten herangezogen. Gleichzeitig entwickelt sich aus dem persönlichen Arrangement mit wissenschaftspolitischen Themen eine wesentliche Fähigkeit von akademischen Subjekten. Aus diesem Grund schreibt man als Wissenschaftler*in „diese aktuellen Buzzwords in seinen Antrag rein“ (Dok Natur 2). Infolgedessen war

„jetzt plötzlich [...] die Pandemie ganz wichtig, pandemische Forschung in allen Bereichen. Medizin, Pharmazie natürlich klar, aber auch in den Gesellschaftswissenschaften schossen aus allen Gegenden irgendwelche Tagungen über Pandemie im Neunzehnten Jahrhundert, Pandemien in der Antike, oder ich weiß nicht. Danach richte ich mich persönlich nicht“ (Prof Recht).

Dass der Befragte sich nicht an Thementrends der Wissenschaftspolitik orientiert, liegt an seiner hohen Drittmittelunabhängigkeit sowie der persönlichen Aneignung traditioneller Werte und Normen, weshalb er den Einfluss von Mittelgeber*innen auf den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt auch kritisch betrachtet und sich teilweise von der Wissenspolitik des Managementdiskurses abgrenzt. Ein anderer Studienteilnehmer, der „an Drittmittel gebunden ist, fängt natürlich an [zu schauen], was kann man überhaupt machen, also [...] welche Themen werden denn Drittmittelgefördert. Das ändert sich über die Zeit“ (Postdok Natur 5).

Aus der Seinsverbundenheit des Wissens lässt sich ableiten, dass eine hohe Drittmittelabhängigkeit die Perspektive der Befragten auf Wissenschaft und deren Praktiken transformiert. Demzufolge deuten größtenteils drittmittelabhängige Studienteilnehmer*innen Wissenschaft als Mode und reagieren auf die Modethemen mit einer Antragsprosa. Dagegen werben unabhängigere Studienteilnehmer*innen Drittmittel eher zeitlos ein, da sie sich weniger an Thementrends orientieren, sondern mehr am Status der Mittelgeber*innen (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Statussymbol“). In beiden Fällen kann jedoch die Verhaltensweise von akademischen Subjekten über eine ökonomische Infrastruktur des akademischen Quasi-Marktes kanalisiert werden. Der Zugriff auf akademische Subjektivierungsweisen in einem Dispositiv neoliberaler Gouvenementalität sorgt allerdings auch für eine Nivellierung von individuellen Widerstand, da traditionelle akademische Imperative in die Anrufungen des Managementdiskurses eingeehgt werden. So betrachten sowohl kritische als auch dienstfertige akademische Subjekte die Wissenschaft als einen gesellschaftlichen Beitrag.

Deutungsmuster „Wissenschaft als gesellschaftlicher Beitrag“: Einerseits wird dieser gesellschaftliche Beitrag im Rahmen eines Wissenstransfers geleistet. Hierbei wird wissenschaftliches Wissen vermarktet, wodurch Innovationen entstehen sollen (vgl. FU Berlin 2019a: 16). Deshalb hat eine Befragte

„von Anfang an gesagt, so jetzt geht es mir darum, wie kann man dieses Wissen praxisrelevant machen. Also da bin ich sozusagen in den Bereich Transfer gegangen und [...] man sagt irgendwie, es ist die dritte Mission der Hochschulen [...] und mir brennt es unter den Nägeln, mein Wissen fruchtbar zu machen und nutzbar zu machen“ (Postdok Soz).

Andererseits stehen traditionell subjektiviert Studententeilnehmer*innen¹⁶ der dritten Mission von Hochschulen kritisch gegenüber, aber betrachten durch eine akademische Rechenschaftspflicht ihre Forschungsergebnisse ebenfalls als gesellschaftlichen Beitrag (vgl. Weber 2002 [1894–1922]: 498–506). In Hinblick auf eine Rechenschaftspflicht veröffentlichen die Studententeilnehmer*innen ihre Forschungsergebnisse in populärwissenschaftlichen Formaten wie in Zeitungsartikeln oder führen Podiumsdiskussionen mit Vertreter*innen aus der Praxis. In diesem Zusammenhang ist einer kritischen Hochschullehrerin

„auf jeden Fall [...] relevante Forschung [wichtig] und ich benutze da auch nicht gern den Begriff der Exzellenz, sondern ich finde einfach, Forschung muss gesellschaftlich relevant sein. Und ich arbeite in einem gesellschaftswissenschaftlichen Teilbereich der Humanwissenschaften und deswegen ist das für mich immer das Kernkriterium“ (Prof Human).

Demgemäß ist für einen anderen Befragten, die „Wissenschaft [...] auch immer Wissenschaftskommunikation im Sinne von Kommunikation gegenüber der Gesellschaft, die daraus vielleicht in irgendeiner Weise einen Nutzen ziehen möchte“ (Postdok Geist 2).

Mit diesem Wissenschaftsverständnis wird die Annahme von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses entkräftet, dass wettbewerbsförmige Rahmenbedingungen in der deutschen Hochschullandschaft für gesellschaftliche Innovationen unabdingbar sind (vgl. HRK 2004d: 7). Zudem unterscheidet sich die persönliche Intention, weshalb die Befragten einen gesellschaftlichen Beitrag mit ihren Forschungsergebnissen leisten wollen. Für die traditionell eingestellten

¹⁶ Hiermit sind Befragte gemeint, die vor 2000 promoviert haben und die während ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit traditionelle akademische Werte und Normen internalisiert haben (vgl. Prof Soz; Prof Wirt).

Studienteilnehmer*innen gehört zwar ein gesellschaftlicher Beitrag zum persönlichen Wissenschaftsverständnis, aber Innovationen, die aus ihrem Wissen gewonnen werden, stellen lediglich ein Nebenprodukt ihrer beruflichen Tätigkeit dar. Wohingegen dienstfertige Wissenschaftler*innen Forschung betreiben, um gesellschaftliche Innovationen voranzutreiben. Angetrieben wird eine Befragte durch

„das Gefühl [...], es wird super viel Wissen produziert und es werden enorm viele Ressourcen da rein gesteckt und der Großteil bleibt aber in der Bubble und das ist für mich eine gesellschaftliche Ressourcenverschwendung. Und ich denke, steckt doch einmal ein bisschen Aufwand auch in die Frage, wie transportiere ich das eigentlich angemessen und welche Bedarfe gibt es, damit es auch meine Zielgruppen erreicht“ (Postdok Soz).

Auch hier spaltet sich das Feld der Studienteilnehmer*innen in zwei Gruppen: Die einen richten sich nach einem inszenierten Marktgleichgewicht aus Angebot und Nachfrage. Die anderen suchen nach Forschungslücken, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und möglicherweise damit gesellschaftliche Innovationen voranzutreiben. Ungeachtet dieser ambivalenten Handlungsweisen deuten beide Gruppen Wissenschaft als gesellschaftlichen Beitrag. Dieser kollektive Wissensbestand spricht für die Anschlussfähigkeit des wissenschaftlichen Spezialdiskurses an den Managementdiskurs. Die unterschiedlichen Handlungsweisen erzeugen gleichwohl individuellen Widerstand, wodurch die Grenze zwischen einem traditionellen und neoliberalen Subjektivierungsregime in der deutschen Hochschullandschaft verschwimmt. Aus diesem Grund befinden sich Wissenschaftler*innen in einem persönlichen Spannungsverhältnis zwischen NPM und Imperativen einer traditionellen Wissenschaft, denn akademische Denk- und Handlungsweisen bilden ein umkämpftes Feld. Deshalb empfindet ein Befragter die

„Steuerung vom BMBF oder DFG zu einem gewissen Grad gut, weil es auch irgendwie schon gut ist zu sehen, die Verbindung zwischen Gesellschaft oder Politik und Wissenschaft irgendwie ein bisschen Wissen zusammenzuführen, dass auch an Themen geforscht wird, die irgendwie relevant sind für die Gesellschaft. Und ganz schlecht finde ich es deswegen nicht überhaupt auch so Themenkomplexe auszuschreiben oder so etwas“ (Postdok Natur 4).

Wohingegen ein Privatdozent (Human) einwendet: „Das ist unser Luxus, dass wir [uns] sozusagen mit eigenen Forschungsinteressen umschauen können.“ Es kann also festgehalten werden, dass die Seinsverbundenheit in Form einer

Drittmittel(un-)abhängigkeit weniger die Deutung über Wissenschaft beeinflusst als die Handlungsweisen der Befragten. Die Studienteilnehmer*innen mit einer hohen Drittmittelabhängigkeit tendieren eher dazu, wissenschaftspolitische Thementrends zu bedienen und nach dem Skript der dritten Mission von Hochschulen zu handeln, während drittmittelunabhängigere Befragte gesellschaftliche Partikularinteressen bei der Wahl ihrer Forschungsthemen weniger berücksichtigen. Insofern bilden kollektive Wissensbestände und akademische Subjektivierungsweisen eine Konfliktarena in der deutschen Hochschullandschaft. In diesem Kontext werden von den Befragten ebenso akademische Selbstbilder neu verhandelt.

Bezugsproblem Wissenschaftler*innen

Seit Mitte der 1990er-Jahre steht unter NPM zur Disposition, wie Wissenschaftler*innen an modernen Hochschulen denken und handeln sollen. Zuvor galten traditionelle akademische Imperative als Skript für akademische Subjektivierungsweisen (vgl. Bourdieu 1998: 17 f.; Merton 1972: 48–55; Weber 2002 [1894–1922]: 498–506). Diese traditionellen akademischen Selbstbilder werden vom Managementdiskurs mit unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsformen konfrontiert (vgl. Abschnitt 5.4 Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten). Darum entwickeln die Studienteilnehmer*innen partiell ein ambivalentes Selbstverständnis, das sich anhand des folgenden Deutungsmusters rekonstruieren lässt. So etwas wie reine Wissenschaftler*innen, die sich ausschließlich an traditionellen Imperativen des wissenschaftlichen Spezialdiskurses orientieren, kann mit der Studie an der FU Berlin nicht rekonstruiert werden. Vielmehr hat der NPM-Diskurs zu einer weitreichenden Transformation von akademischen Subjektivierungsweisen beigetragen. Infolgedessen betrachten die Befragten sich selbst als Unternehmer*innen und Manager*innen im Spannungsverhältnis traditioneller akademischer Werte und Normen.

*Deutungsmuster „Wissenschaftler*innen als Unternehmer*innen und Manager*innen“:* Mit diesem kollektiven Wissensbestand eignen sich die Studienteilnehmer*innen Anrufungen der Subjektivierungsformen von akademischen Wissenschaftsmanager*innen und akademischen Entrepreneur*innen an (vgl. Abschnitt 5.4 Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten). Die Basis für diesen Subjektivierungsprozess bilden strukturelle Risiken wie knappe Ressourcen, die die Befragten über Anreizsysteme des Managementdiskurses mit einer unternehmerisch-managerialen Handlungsweise bewältigen sollen. Eine Hochschullehrerin bemerkt:

„Seit ich an der FU bin, sollten wir drei Mal geschlossen werden, weil [...] die Institute teuer sind und irgendwie liegen die auch quer zu den Strukturen. Also die sind zwar uralt, [...] aber das schützt nicht vor den inneren Organisationslogiken, die wir als Sozialwissenschaftler ganz gut kennen. Und das Hauptding ist immer, Drittmittel, Drittmittel, Drittmittel und zwar größere Projekte, also ein einzelnes DFG-Projekt interessiert die FU schon gar nicht mehr“ (Prof Soz).

Gleichzeitig wird die Möglichkeit, als Wissenschaftler*in unternehmerisch zu handeln, mit persönlichen Freiheiten verknüpft, wodurch kein unmittelbarer Zwang entsteht, Drittmittel einzuwerben, sondern Handlungsoptionen eröffnet werden (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Freiheit“). Demzufolge stellt ein Studienteilnehmer fest, „wenn ich alles tun möchte, was ich tun will, dann muss ich Drittmittel einwerben“ (Prof Recht). Die Anrufung, unternehmerisch zu handeln, um als Wissenschaftler*in handlungsfähig zu bleiben, überträgt sich ebenfalls auf andere Statusgruppen. So konstatiert ein Postdoktorand (Natur 3), dass

„ohne Drittmittel [...] einfach nichts mehr [funktioniert] (...), weil natürlich diese Haushaltsstellen zwar meine Finanzierung sind, aber damit kann man weder Reisen tätigen noch Laboranalysen finanzieren. Also diese Stelle ist (...) für Lehre gut und für Verwaltung, aber nicht um wirklich interessante Forschung zu betreiben, ohne Drittmittel nicht vorstellbar.“

Vor diesem Hintergrund wird die Drittmittelabhängigkeit zur zentralen Voraussetzung für die Internalisierung der Subjektivierungsform von akademischen Entrepreneur*innen, egal ob die Befragten Drittmittel als Rettung, Freiheit oder Statussymbol deuten.

Darum betrachtet eine Hochschullehrerin sich als „unternehmerischen Professor“ (Prof Soz) und eine Doktorandin (Natur 1) nimmt sich als „Subunternehmerin“ wahr. Anders als bei privatwirtschaftlichen Unternehmer*innen handelt es sich jedoch bei akademischen Unternehmer*innen um (befristete) Angestellte, die mitunter

„super happy [darüber sind] sozialversicherungspflichtig versichert zu sein, diese FU im Rücken zu haben, ein funktionierendes Sekretariat zu haben, die Drittmittelverwaltung zu haben. Also ich bin super froh, dass [...] ich jetzt gar nicht mehr über eine richtige Selbstständigkeit nachdenken muss“ (Postdok Soz).

Die Teilkaskamentalität der akademischen Unternehmer*innen an der FU Berlin unterläuft mitunter eine neoliberale Wissenspolitik, da Wissenschaftler*innen

nicht dieselben beruflichen Wagnisse eingehen wie privatwirtschaftliche Unternehmer*innen (vgl. Peter 2017: 111). Grundsätzlich befinden sich akademische Unternehmer*innen in einem weitestgehend staatlich inszenierten Wettbewerb, weshalb ihr Handlungsspielraum eingeschränkt ist, auf persönliche Unsicherheit zu reagieren (vgl. Rogge 2015: 691 ff.).

Um die mangelnde unternehmerische Autonomie in der deutschen Hochschullandschaft zu kompensieren, greifen die Befragten auf die diskursive Praktik des Netzwerkens zurück, denn „Netzwerke öffnen einem gewisse Türen“ (Postdok Natur 3). Deshalb wurde dem Autor der vorliegenden Arbeit für seine persönliche Karriere im deutschen Hochschulsystem während des Interviews von einem Studienteilnehmer geraten: „Versuchen Sie halt rechtzeitig, Netzwerke aufzubauen“ (Postdok Natur 5). Die Bildung von Netzwerken gehört zu den Kernkompetenzen akademischer Unternehmer*innen, um das persönliche Fortkommen über die Ressourcen und die Reputation anderer Wissenschaftler*innen zu sichern (vgl. van Dyk & Reitz 2017: 66). Obwohl solche Beutegemeinschaften ebenfalls im Bereich der Wirtschaft beobachtet werden können, fällt der Hasard in der akademischen Laufbahn größer aus als in der Privatwirtschaft, womit sich der berufliche Erfolg auf wenige konzentriert (vgl. Rogge 2015: 391 ff.; Weber 2002 [1894–1922]: 474–477).

Dahingehend kann Peters (2017) Vergleich zwischen akademischen Entrepreneur*innen und privatwirtschaftlichen Unternehmer*innen präzisiert werden. Akademische Unternehmer*innen müssen zwar ein hohes Risiko bei der Planungssicherheit ihrer Karriere hinnehmen. Gleichzeitig handelt es sich bei diesen akademischen Subjekten um sozialversicherungspflichtig angestellte Unternehmer*innen, die auf universitäre Infrastrukturen zurückgreifen und auf einem Quasi-Markt handeln. Letztlich kennzeichnet sich das akademische Unternehmertum durch Möglichkeiten des „leistungslosen Erfolgs“ (van Dyk & Reitz 2017: 68) über (neo-)feudale Strukturen. Ungeachtet der ungleichen Ausgangslage zwischen Unternehmer*innen in der Wirtschaft und Wissenschaft ist es über Anreizstrukturen eines inszenierten Drittmittelwettbewerbs gelungen, dass sich akademische Subjekte ein unternehmerisches Selbstverständnis angeeignet haben. In diesem Kontext konstatiert eine Studienteilnehmerin, „wir [sind] alle als Professoren Kleinunternehmer oder in manchen Fällen Mittelständler“ (Prof Soz). Zu den diskursiven Praktiken der professoralen Kleinunternehmer*innen und Mittelständler*innen gehört nicht nur die kontinuierliche Einwerbung von Drittmitteln für den Erhalt des Lehrstuhlbetriebs, sondern auch das strategische Mobilisieren von Mitarbeiter*innen. Auf diese Weise wandeln sich Hochschullehrer*innen zu Manager*innen, was „sehr stark davon abhängt, wie groß die Gruppe ist, die man da anleitet. Also wenn man zwanzig Doktoranden hat oder dreißig Doktoranden,

dann muss man Manager sein. Dann [...] muss [man] sehr viel Personalführung betreiben“ (Prof Wirt).

Das unternehmerisch-manageriale Selbstverständnis der befragten Hochschullehrer*innen wird vor allem durch ihre Drittmittelabhängigkeit und die Lehrstuhlgröße beeinflusst, weshalb sich die Regierungsweise an Lehrstühlen durch die Seinsverbundenheit des Wissens verändert. Im Studienverlauf ließen sich intergouvernementale Herrschaftsverhältnisse zwischen Hochschullehrer*innen und ihrer Gefolgschaft rekonstruieren. Aus diesem Grund führt ein Professor (Recht) seinen

„Lehrstuhl immer mit zwei Grundsätzen. Der eine Grundsatz, den haben wir schon angesprochen, der ist immer wichtig, nämlich Freiheit. Und der andere ist Verantwortung. Das heißt, ich gehe davon aus, ich habe es mit intelligenten Menschen zu tun, die ich eingestellt habe. Und diese Intelligenten wissen, was sie zu tun haben, wie sie es zu tun haben und gehen damit verantwortungsvoll um. Das heißt, ich bin niemand, der jetzt ständig meinen Doktoranden über die Schulter blickt, was sie gerade machen oder nicht machen. Ich bin aber jemand, der ganz gerne alle drei Monate seine Doktoranden sieht und mit ihnen einfach bespricht, wie weit sind sie, was haben sie für Probleme, haben sie den Eindruck, dass irgendetwas schwierig oder nicht schwierig ist, kann ich ihnen helfen, können wir mal reden über den einen und anderen Gedanken.“

Mit einer Grammatik der Sorge kümmert sich der Befragte wie ein Vater um seinen akademischen Nachwuchs und herrscht in wohlthätiger Absicht über seine Mitarbeiter*innen (vgl. Fach 2015: 112 f.). Währenddessen greift ein anderer Hochschullehrer auf Reglementierungen und Anreize zur Führung seines Lehrstuhlbetriebs zurück. Exemplarisch wird das lehrstuhlinterne Anreizsystem an der Finanzierung von Tagungen sichtbar, denn er schickt „Mitarbeiter [nur] zu Konferenzen, wenn sie dort ein Papier eingereicht haben und das angenommen worden ist. Ansonsten dürfen die nicht zu internationalen Konferenzen“ (Prof Wirt). Die intergouvernementalen Führungsstile der Befragten ergänzen einander wechselseitig. So kann die diskursive Praktik der Sorge problemlos in das strategische Coaching von Mitarbeiter*innen eingeeht werden (vgl. Boltanski & Chiapello 2003: 134 f.; FU Berlin 2019d; 2019f). Wie sich bereits bei den akademischen Subjektivierungsformen des Managementdiskurses angekündigt hat, bestätigt die Deutungsmusteranalyse die Schlüsselrolle akademischer Manager*innen als Vermittler*innen zwischen strukturellen und persönlichen Interessen. An dieser Stelle kann beobachtet werden, dass akademische Manager*innen ihre Anreize, mit denen sie selbst vom NPM-Diskurs konfrontiert werden, auf ihre Mitarbeiter*innen übertragen. Darum „gibt [es] eine Beteiligung an den Geldern, die

wir zusammen einwerben. Ist ja auch klar, dass dann auch eine Forschungsreise oder ein Forschungsaufenthalt unterstützt wird und dass da auch etwas bezuschusst wird“ (Prof Soz). Hierfür werden von akademischen Manager*innen institutionelle und persönliche Ziele verknüpft (vgl. FU Berlin 2019d). Mit dieser balancierenden Handlungsweise bewegen sich akademische Manager*innen zwischen wohlthätigen Absichten und persönlicher Nutzenmaximierung (vgl. Foucault 2004a: 189; 2004b: 314). Deswegen empfiehlt ein Nachwuchsgruppenleiter „allen Promovierenden, bei mir immer eine kumulative Arbeit zu machen, weil das hinten raus eigentlich [...] weniger Aufwand ist [und] [...] den Nebeneffekt natürlich auch für mich hat, dass das natürlich auch meine Publikationen sind, das ist jetzt nicht nur uneigennützig“ (Postdok Natur 5). Dementsprechend übertragen herrschende akademische Subjekte mit einer managerialen Subjektivierungsweise Machteffekte auf ihre Mitarbeiter*innen. Folglich ist man „als Mitarbeiter einer Arbeitsgruppe an das Belohnungssystem für den Professor gebunden“ (Dok Natur 1). Vor diesem Hintergrund wird die manageriale Steuerung von Betroffenen mitunter auch als persönlicher Freiheitseingriff betrachtet (vgl. Deutungsmuster „Manageriale Steuerung als Autonomieeingriff“). In diesem Kontext konstatiert eine Professorin (Soz), dass die Abstimmung von Zielvereinbarungen und die Durchführung von Evaluierungen zu ihrem Tagesgeschäft zählen.

Resümierend kann festgehalten werden, dass „wir [Hochschullehrer*innen] im Prinzip Manager(.)innen [sind], ohne das gelernt zu haben“ (Prof Human). Entgegen der Privatwirtschaft, wo eine Professionalisierung des Managements durch das Wissen von Berater*innen sichtbar wird, findet auf der Mikroebene von Hochschulen eine Anpassung an übergreifende Anreizsysteme durch Hochschullehrer*innen und andere akademische Statusgruppen statt (vgl. Schmidt-Wellenburg 2014). Bei den Studienteilnehmer*innen ist allerdings weder eine materielle Basis noch professionelles Managementwissen vorhanden, um neoliberale Anrufungen zu verwirklichen, denn sozialversicherungspflichtig angestellte Unternehmer*innen und verbeamtete Manager*innen mit einer Teilkaskotalität lassen einen neoliberalen Diskurs erodieren. Zudem herrscht bei den Befragten Uneinigkeit über den Tätigkeitsbereich von akademischen Manager*innen. Ein Studienteilnehmer erachtet das Management von Lehrstühlen als „Verwaltungsarbeit“ (Prof Wirt). Andere wiederum nehmen sich als proaktive Führungskräfte wahr, die strategisch auf Angestellte einwirken (vgl. Postdok Natur 5; Prof Soz). Der Wandel von Wissenschaftler*innen zu akademischen Manager*innen geht mit einer Dezimierung von Forschungstätigkeiten einher, weil die Zeit dafür fehlt (vgl. Postdok Natur 5).

Aus der Verschiebung von der Forschung zum Management resultieren mitunter auch kollektive Abgrenzungen der Befragten vom Managementdiskurs,

die durch das Deutungsmuster „Drittmittel als Ressourcenverschwendung“ sichtbar werden. Wohingegen der kollektive Wissensbestand „Wissenschaftler*innen als Unternehmer*innen und Manager*innen“ ein Anpassungsverhalten an die Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses dokumentiert. Dahingehend hat ein Juniorprofessor (Wirt 1) durch seinen „Doktorvater relativ früh gelernt, wie man Drittmittel akquiriert, also das war definitiv ein Vorteil. Ich war früh in der Projektadministration dabei, war früh in Projektleitungspositionen und das hat mich definitiv ausgebildet dafür, was ich jetzt mache.“ Mit der Aneignung von Managementkompetenzen sollen junge Wissenschaftler*innen für die Arbeitsbedingungen an modernen Hochschulen gerüstet werden. In diesem Zusammenhang reflektiert ein Befragter seine persönliche Metamorphose vom akademischen Selbstunternehmer zum Manager – der interviewte Postdoktorand (Natur 5) thematisiert, dass er „von Max Mustermann, der drittmitteltechnisch extrem stark ist [...], der hat mir im Prinzip ein paar Tipps gegeben und an die habe ich mich gehalten und seitdem habe ich damit auch gar keine Probleme mehr.“

Neben der Aneignung dieser unternehmerisch-managerialen Fähigkeiten, Drittmittel einzuwerben und Personal zu mobilisieren, beobachtet eine Befragte den Verfall von traditionellen akademischen Werten und Normen durch die Transformation akademischer Subjektivierungsweisen. Darum ist man „heute [...] nur noch Manager und eigentlich keiner mehr, der noch auf den Inhalt geht. Also es ist halt schon viel zu sehr übergeschlagen in dieses Businesssystem von Wissenschaft und eigentlich nicht mehr so akademisch, wie das einmal war“ (Dok Natur 1). Demnach wandelt sich das Selbstverständnis von Wissenschaftler*innen im Verlauf des persönlichen Werdegangs wie folgt: Während und nach der Promotion werden akademische Subjekte durch Anrufungen von akademischen Entrepreneur*innen beeinflusst, insbesondere wenn sie ihr persönliches Fortkommen mit Drittmitteln sichern müssen (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“). Sobald die ersten Drittmittelprojekte eingeworben und Mitarbeiter*innen eingestellt worden sind, müssen sich Wissenschaftler*innen zunehmend Managementfähigkeiten aneignen, um ihren Arbeitsalltag zu bewältigen. In Einzelfällen werden Studierende mit unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsformen in Lehrveranstaltungen konfrontiert (vgl. Postdok Natur 3).

Angesichts der empirischen Befunde wird erkennbar, dass die Internalisierung von Subjektivierungsformen des Managementdiskurses nicht zu einer Qualitätsverbesserung in Lehre und Forschung führen, sondern das Anpassungsverhalten von Wissenschaftler*innen unbeabsichtigte Effekte erzeugt. Dennoch provoziert der Managementdiskurs bei akademischen Subjekten individuellen Widerstand, der teilweise von den Betroffenen selbst nivelliert wird, indem

unternehmerisch-manageriale Subjektivierungsformen mit traditionellen akademischen Werten und Normen verbunden werden. Dadurch entsteht eine Intergouvernementalität an Lehrstühlen und in Nachwuchsgruppen. Denn akademische Manager*innen greifen sowohl auf Anreizsysteme des NPM-Diskurses als auch auf feudale Herrschaftsverhältnisse zurück, um andere akademische Subjekte zu mobilisieren und zu disziplinieren. Deshalb führt der Wandel von modernen Regierungsweisen nicht, wie von Deleuze (1993: 255) angenommen, dazu, dass „Kontrollformen mit freiheitlichem Aussehen, die [...] alten – noch innerhalb der Dauer eines geschlossenen Systems operierenden – Disziplinierungen [ersetzen].“ Vielmehr kann in der deutschen Hochschullandschaft eine Intergouvernementalität durch die Fusion von verschiedenen Regierungsweisen und Subjektivierungsformen beobachtet werden. Oder um auf das Verhältnis zwischen NPM und Wissenschaft einzugehen: Die herrschenden Subjekte des Managementdiskurses nutzen die Infrastrukturen des wissenschaftlichen Spezialdiskurses, um ihren Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit von Hochschulen auszubauen. Jedoch entsteht mit dieser Guerillastrategie ebenfalls ein strukturelles Spannungsverhältnis zwischen Management und Wissenschaft, weshalb die Studienteilnehmer*innen zwischen Anrufungen des Managementdiskurses und des wissenschaftlichen Spezialdiskurses balancieren. Durch diese Handlungsweise wird indes teilweise das Skript des Managementdiskurses durchkreuzt, denn so etwas wie einen diskursiv verordneten linearen Subjektivierungsprozess von akademischen Unternehmer*innen über dienstfertige Wissenschaftler*innen bis hin zu akademischen Manager*innen gibt es in der sozialen Wirklichkeit der Befragten nicht (vgl. Abschnitt 5.4 Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten). Aus diesem Grund können die unterschiedlichen Deutungsmuster und Selbstverständnisse der Befragten zum Realtypen einer balancierenden akademischen Persönlichkeit verdichtet werden.

6.2 Die balancierende Persönlichkeit als moderne akademische Subjektivierungsweise

Die Studienteilnehmer*innen befinden sich allesamt in einem strukturellen Spannungsverhältnis zwischen konkurrierenden Wissensordnungen, Regierungsweisen und Subjektivierungsformen, wodurch verschiedene Deutungsmuster mit Handlungsambivalenzen entstehen. An dieser Stelle stellt sich die Frage: Wie bleiben Wissenschaftler*innen in einer mehrdeutigen, spannungsreichen Sozialstruktur

handlungsfähig und bedienen mit ihrer Denk- und Handlungsweise unterschiedliche Subjektivierungsformen? Die Antwort findet sich bei einer soziologischen Untersuchung der persönlichen Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen (vgl. Krappmann 2000). Auch wenn Krappmann (ebd.) mit der handlungstheoretischen Analyse vorrangig Individualisierungsprozesse beleuchtet, eignen sich die Dimensionen von strukturellen Erwartungshaltungen und persönlichen Bedürfnissen, um die Anpassungsleistung der Studienteilnehmer*innen an Subjektivierungsformen sowie um individuellen Widerstand gegen Subjektivierungen zu erklären. Denn grundlegend wird davon ausgegangen, dass die

„Identität [...] die Besonderheit des Individuums dar[stellt]; denn sie zeigt auf, auf welche besondere Weise das Individuum in verschiedenartigen Situationen eine Balance zwischen widersprüchlichen Erwartungen, zwischen den Anforderungen der anderen und eigenen Bedürfnissen sowie zwischen dem Verlangen nach Darstellung dessen, worin es sich von anderen unterscheidet, und der Notwendigkeit, die Anerkennung der anderen für seine Identität zu finden, gehalten hat“ (ebd.: 9).

Die Analyse von akademischen Subjektivierungsweisen erschöpft sich weniger in den Besonderheiten einzelner Wissenschaftler*innen, sondern vielmehr in der Art und Weise, wie akademische Subjekte mit widersprüchlichen, strukturellen Erwartungshaltungen umgehen und akademische Subjektivierungsweisen in einem interaktiven Prozess hervorgebracht werden. In Anbetracht einer mehrdeutigen, spannungsreichen Sozialstruktur entwickeln die Studienteilnehmer*innen eine balancierende akademische Persönlichkeit, die es ihnen ermöglicht, strukturelle Spannungen zu ertragen und individuellen Widerstand zum Teil zu nivellieren. Gewissermaßen wird damit eine balancierende akademische Persönlichkeit zur subjektiven Voraussetzung, um an Interaktionsprozessen in der deutschen Hochschullandschaft teilzunehmen, denn wenn Mehrdeutigkeit herrscht und ein traditionelles akademisches Selbstverständnis zum Problem erklärt wird, sorgen die Befragten dafür, dass Widersprüche zwischen persönlichen und strukturellen Erwartungshaltungen minimiert werden, indem persönliche Bedürfnisse übergangen, zurückgestellt oder modifiziert werden. Die Studienteilnehmer*innen versuchen auf diese Art und Weise zu verdrängen, was sie hindern könnte, den Subjektivierungsformen zu entsprechen, deren Aneignung ihren Verbleib und Anerkennung in der deutschen Hochschullandschaft sichert (ebd.: 155). Da allerdings keine Deckungsgleichheit zwischen akademischen Subjektivierungsformen und -weisen besteht, schwingen akademische Subjekte bei dem Versuch, den geforderten Soll-Zuständen nachzukommen, wie ein Pendel zwischen den verschiedenen Anrufungen und ihren persönlichen Bedürfnissen hin und her. Es geht

bei akademischer Subjektivierung also nicht darum, „vorgegebenen Normen voll zu entsprechen“ (ebd.), sondern Normative so in die Persönlichkeit einzugliedern, dass eine Identität entsteht, die akademische Subjektivierungsformen und persönliche Bedürfnisse integriert.

Mit dieser balancierenden Subjektivierungsweise geht eine Rastlosigkeit einher, die insbesondere durch Selbstaussbeutung sichtbar wird. Denn mit dieser Selbsttechnologie eignen sich die Befragten traditionelle Werte und Normen an und entwickeln gleichzeitig unternehmerisch-manageriale Fähigkeiten (vgl. FU Berlin 2018a: 6; 2019 g; Weber 2002 [1894–1922]: 498–506). Insofern erzeugt die Resonanz der ambivalenten Denk- und Handlungsweise der Befragten nicht nur einen kollektiven Deutungskampf um gute Wissenschaftler*innen und (individuelle) Freiheit im universitären Feld, sondern sorgt für einen interaktiven Aushandlungsprozess von akademischen Subjektivierungsweisen. Dieser Aushandlungsprozess ist mit einem persönlichen Balanceakt verbunden, der an Hochseilartistik erinnert. Gelingt es den Studienteilnehmer*innen nicht, die Schwingungen unterschiedlicher, teilweise paradoxer Anrufungen auszugleichen, verlieren sie buchstäblich den Halt unter den Füßen, da einzelne Bestandteile ihrer Identität brüchig werden. Deshalb macht

„einen guten Wissenschaftler, Wissenschaftlerin aus [...], ein gewisser Wissensdrive, Neugier und ich glaube auch immer mehr so eine Allroundfähigkeit von, du musst dich vernetzen können, du musst dich gut verkaufen können, du musst dich natürlich präsentieren können, du kannst kein Eigenbrötler mehr sein. Früher, vor fünfzig Jahren konnten Professoren die totalen Nerds sein und in ihrem Hinterkammerlein alles machen, was sie wollten, wunderbar. Das geht heute [...] definitiv nicht. Also du musst dich gut verkaufen, vor allen Dingen, wenn es um Klimawandel und solche Dinge geht, das ist sehr politisch in mancherlei Hinsicht, da muss man auch vorsichtig sein, wie man Dinge darstellt. Und ja, diese Allroundfähigkeiten, wo du halt eine Art Manager bist. Du musst dein Projekt managen, du musst Gelder managen, du musst Zeit managen und du musst dein Privatleben managen (lacht), das was immer leidet“ (Dok Natur 1).

Auf diese Weise verbinden balancierende akademische Persönlichkeiten die Anrufungen eines Managementdiskurses mit denen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses. Demzufolge kann in akademischen Subjektivierungsweisen keine Dividualisierung – wie vom Managementdiskurs verordnet – rekonstruiert werden, sondern eine Individualisierung von strukturellen Spannungen, mit denen sich der Einzelne arrangieren muss, um seinen Verbleib und seine Anerkennung in der deutschen Hochschullandschaft zu sichern (vgl. Deleuze 1993: 254–258). Wissenschaftler*innen werden zwar von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses dividualisiert, indem sie auf Kennzahlen reduziert werden, aber sie

grenzen sich teilweise mit Deutungsmustern und nicht-diskursiven Praktiken stark von dieser Dividualisierung ab und versuchen hingegen strukturelle Spannungsverhältnisse zu nivellieren (vgl. Deutungsmuster „High-Impact-Journalbeiträge nicht als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität“).

Weiterhin demonstrieren die Befragten nach außen Normalität, trotz eines persönlichen Balanceakts zwischen Wissenschaft und NPM (vgl. Deutungsmuster „Prekarität als Normalität“, „Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige als Normalität“). Deswegen zählen zu den zentralen Fähigkeiten von Wissenschaftler*innen das Ausgleichen von strukturellen Spannungen sowie eine Anpassung an die Imperative des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und des Managementdiskurses. Dies fasst eine Doktorandin (Natur 1) als „All-roundfähigkeiten“ zusammen. Um diesen Balanceakt zu bewältigen, greifen die Studienteilnehmer*innen auf Selbsttechnologien der Disziplinierung zurück – „dieses Selbstdisziplinieren, das ist klar gang und gäbe. Das ist auf jeden Fall ein echt wichtiger Punkt“ (Postdok Wirt). Mit der Einübung von Disziplin verdrängen die Befragten ihre persönlichen Bedürfnisse, wodurch ein „Aggregatzustand betriebsamer Konformität“ (Bröckling 2007: 241) entsteht. Ferner eignet sich eine Befragte eine Herrschaftstechnologie des NPM-Diskurses als Selbsttechnologie an, indem sie Berichte im Rahmen von Drittmittelprojekten zur Selbstreflexion nutzt. Diese Selbsttechnologie führt bei der Postdotorandin (Soz) zu einem Zustand der Vollkommenheit und übernatürlicher Kraft, denn

„das sind so Koksmomente (lacht), wo man sagt, ok ich bin geil, was mache ich hier. Aber so blöd das klingt, so sehr fördert das doch Sachen zutage, die wahr sind und die stimmen und wo man dann guckt und denkt, wow, eigentlich mache ich das und eigentlich ist das cool und das machen wir wirklich und so ist es wirklich.“

Vor diesem Hintergrund wird das Berichtswesen zu einem Ort der Wahrheitsfindung, weil „das doch Sachen zutage [fördert,] die wahr sind und die stimmen“ (ebd.). Hingegen bewältigt ein anderer Studienteilnehmer den als anstrengend empfundenen Balanceakt zwischen traditioneller Wissenschaft und NPM, indem er unliebsame Tätigkeiten wie „erst einmal durch die dreißig E-Mails durchschauen und irgendwelche Sachen [...] beantworten“ aufschiebt (Dok Natur 2). Zu der am häufigsten genutzten Selbsttechnologie unter den Befragten zählt allerdings die Selbstausschöpfung. Denn über die Ausschöpfung der eigenen Arbeitskraft ist es möglich, die zahlreichen Anforderungen des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und des Managementdiskurses zu bedienen sowie persönliche Interessen zu verwirklichen (vgl. Deutungsmuster „Wissenschaftliche Karriere

als persönlicher All-in“; „High-Impact-Journalbeiträge (nicht) als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität“; „Lehre als Motivationsquelle“).

Zur gleichen Zeit wird die Selbstausschöpfung nicht nur zu einer Brücke zwischen dem Individuum und einer spannungsreichen Sozialstruktur im universitären Feld, sondern zu einer effektiven Technologie, um politischen Protest im Keim der akademischen Persönlichkeit zu ersticken, da strukturelle Risiken vom Einzelnen ausgeglichen werden, anstatt sich dem Ausbeutungs- und Subjektivierungsregime in der deutschen Hochschullandschaft kollektiv und solidarisch zu widersetzen. Darum verwundert es nicht, dass Wissenschaftler*innen ihre (prekäre) Situation als einen Einzelkampf auffassen (vgl. Lenk 2022: 154 ff.). Einerseits bildet dadurch die balancierende akademische Persönlichkeit eine akademische Subjektivierungsweise zur Bewältigung eines strukturellen Spannungsverhältnisses zwischen Tradition und Moderne in der deutschen Hochschullandschaft. Andererseits ist diese Subjektivierungsweise mit Selbsttechnologien verbunden, die individuellen Widerstand mindern und möglichen politischen Protest unterbinden. Demnach führt die Konfrontation der Befragten mit Diskursen, Regierungsweisen und normativen Selbstbildern zwar zu individuellem Widerstand, aber nicht zu einem kollektiven Aufbegehren gegen die bestehende soziale Ordnung im deutschen Hochschulsystem. Insofern kann die von Dörre und Rackwitz (2018) aufgeworfene Frage, ob (prekäre) Wissenschaftler*innen mit ihrer Geduld am Ende sind, mit den empirischen Erkenntnissen der vorliegenden Arbeit verneint werden. Vielmehr lässt sich ein persönliches Arrangement mit den prekären Arbeitsbedingungen in der deutschen Hochschullandschaft beobachten (vgl. Deutungsmuster „Prekarität als Normalität“; „Drittmittel als Rettung“; „Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung“; Lenk 2022). Diesbezüglich wird die Revolution von beherrschten Subjekten ausbleiben, da Wissenschaftler*innen versuchen, strukturelle Risiken zu nivellieren und in die Subjektivierungsweise einer balancierenden akademischen Persönlichkeit einfließen zu lassen. Stattdessen wird ein Wandel des Ausbeutungs- und Subjektivierungsregimes in der deutschen Hochschullandschaft wohl eher durch Reformen der Wissenschaftspolitik angestoßen, wie es sich aktuell mit der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes andeutet (vgl. Krapp 2021). Kommt es zu einer flächendeckenden Ent-Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit sind Ent-Subjektivierungsprozesse denkbar. Denn unter weniger prekarierten Arbeitsbedingungen entwickelten die Befragten subversive Verhaltensweisen und entziehen sich teilweise akademischen Subjektivierungsformen. Der gegenwärtige Wandel der Arbeitsbedingungen ermöglicht politischen Protest gegen ein Ausbeutungs- und Subjektivierungsregime in der deutschen Hochschullandschaft,

da Wissenschaftler*innen nicht mehr auf eine balancierende akademische Persönlichkeit angewiesen sind, um ihren Verbleib im universitären Feld zu sichern. Wie sich bereits bei anderen historischen Umbrüchen gezeigt hat, wird eine Revolution nicht durch eine allgegenwärtige Unterdrückung gefördert, sondern durch Reformen, die zu einer Erosion des Status quo beitragen, weil dadurch bei beherrschten Subjekten die Sensibilität für die bestehenden Herrschaftsverhältnisse wächst (vgl. Tocqueville 2012 [1867]: 178–182).

Dieser Umstand verdeutlicht ebenfalls, warum sich gerade Befragte mit beruflichen Sicherheiten wie Hochschullehrer*innen der Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses mitunter entziehen (vgl. Prof Soz; Prof Wirt). Diese empirischen Erkenntnisse über akademische Subjektivierung lassen sich mit folgender Gleichung zusammenfassen: Je höher die persönlichen Sicherheiten von Wissenschaftler*innen ausfallen, desto schwieriger lassen sich deren Verhaltensweisen mit Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen des NPM-Diskurses kanalisieren und steuern. Nicht ohne Grund betrachtet eine Professorin (Soz) ihre Verbeamtung als „eine Art Bremse in dem System“. Oder ein unbefristet beschäftigter Postdoktorand (Geist 2) konstatiert, „nicht unreflektiert jedes Geld [zu] nehmen und dafür einfach eine Forschung [zu] machen, die man persönlich nicht vertreten kann“. Auch wenn diese unabhängigeren Befragten sich teilweise Anrufungen entziehen, werden sie bei einem Prestigewettbewerb zu einer Anpassungsleistung gezwungen, um ihre privilegierte Position in der deutschen Hochschullandschaft zu sichern und um in einer sozialen Wettbewerbsordnung handlungsfähig zu bleiben. Denn gerade Hochschullehrer*innen sind auf die Drittmittel von prestigeträchtigen Finanziers angewiesen, denn ihr Ansehen hängt zunehmend von einer „qualitative[n] Unterscheidung von Drittmitteln“ (Prof Human) ab und mit diesem symbolischen Kapital sind materielle Ressourcen verbunden (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Statussymbol“). Aus diesem Grund vereinnahmen herrschende Subjekte des Managementdiskurses mit einem inszenierten Wettbewerb um knappe Ressourcen nicht nur materielle Infrastrukturen in der deutschen Hochschullandschaft, sondern sorgen mit einem Drittmittelwettbewerb parallel für einen Wandel von ideellen Infrastrukturen, wodurch selbst für Wissenschaftler*innen mit Sicherheiten die Möglichkeiten schwinden, sich den Anrufungen des Managementdiskurses zu entziehen.

Folglich führt die Internalisierung von Fragmenten des NPM-Diskurses bei den Befragten einerseits zu einem Anpassungsverhalten, das sich in der Subjektivierungsweise einer balancierenden akademischen Persönlichkeit manifestiert. Andererseits mündet das strukturelle Spannungsverhältnis zwischen einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs und Managementdiskurs in einem individuellen

Widerstand der Befragten gegen neoliberale Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen, da auch mit einer balancierenden Verhaltensweise strukturelle Spannungen nicht gänzlich ausgeglichen und persönliche Bedürfnisse nicht in Strukturen des NPM-Diskurses integriert werden können. Deswegen kann zwar ein Wandel von akademischen Subjektivierungsweisen unter der Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses beobachtet werden, aber dieser wechselseitige Transformationsprozess lässt ebenfalls ein Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität in der deutschen Hochschullandschaft erodieren. Im Folgenden wird dazu das Wechselspiel von Wissen, Macht und Subjektivierung beleuchtet, indem die empirischen Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit in einen Dialog versetzt werden.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität

7

Für diesen Dialogprozess werden die theoretischen Überlegungen zu einem gouvernementalen Dispositiv mit dem empirischen Material angereichert (vgl. Abschnitt 3.4 Gouvernementales Dispositiv). Zusätzlich wird mit den empirischen Erkenntnissen eine forschungspraktische Verhältnisbestimmung innerhalb und zwischen den Dimensionen eines Dispositivs vorgenommen (vgl. Bührmann & Schneider 2012: 126–132). Damit bewegt sich die abschließende Analyse von akademischer Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität zwischen den Dimensionen Diskurse/Rationalitäten, Praktiken/Herrschaftstechnologien und Vergegenständlichungen/Subjektivierung (vgl. Bröckling & Peter 2017: 285 f.). Schließlich werden mit der Dispositivanalyse folgende Forschungsfragen diskutiert: (3) Findet mit der Einführung von NPM in der deutschen Hochschullandschaft sowohl ein Wandel von akademischen Subjektivierungsformen als auch von akademischen Subjektivierungsweisen statt und eignen sich akademische Subjekte neoliberale Selbsttechnologien an? (4) Welche (nicht-)intendierten Effekte hat der NPM-Diskurs auf akademische Subjekte und den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt?

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann
https://doi.org/10.1007/978-3-658-42747-4_7.

© Der/die Autor(en) 2024

A. Lenk, *Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität*, Subjektivierung und Gesellschaft/Studies in Subjectivation,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-42747-4_7

291

7.1 Ergebnisse in der Dimension von Diskursen/ Rationalitäten

Die erste Dimension des Dispositivs neoliberaler Gouvernementalität im universitären Feld der BRD ist durch das strategische Arrangement des Managementdiskurses mit einem Elementardiskurs, einem neoliberalen Diskurs sowie einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs gekennzeichnet, wie im Folgenden ersichtlich wird (vgl. Abbildung 7.1: Diskursformation im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität im universitären Feld der BRD).

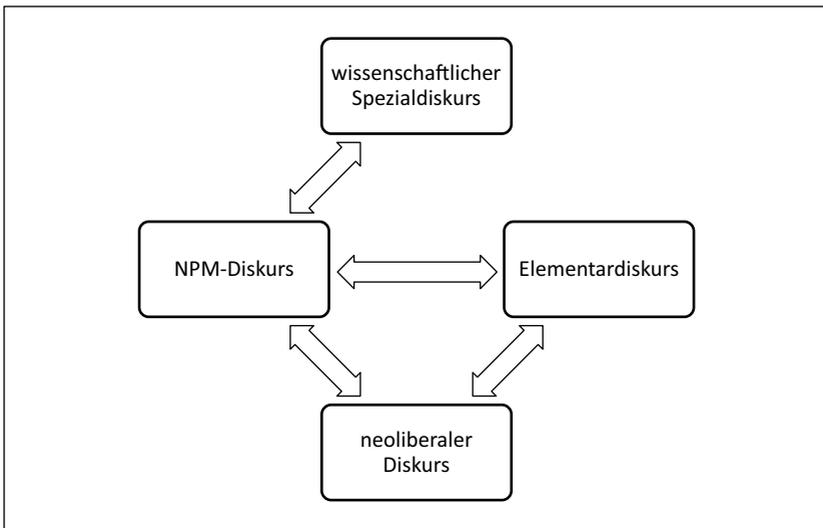


Abbildung 7.1 Diskursformation im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität im universitären Feld der BRD

Der Abbildung 7.1 kann entnommen werden, dass keine direkte Kommunikation zwischen einem Elementardiskurs und einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs erfolgt. Die Kommunikationslücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft überbrücken herrschende Subjekte des Managementdiskurses, indem sie spezialisiertes Wissen für die Allgemeinheit über Kennzahlen zugänglich machen (vgl. FU Berlin 2019b; WR 2010b: 25 f.). Weiterhin werden gesamtgesellschaftliche Problemlagen mit Krisenszenarien an Hochschulen verknüpft und konkrete Lösungsvorschläge entwickelt. Exemplarisch wird die Übersetzungsleistung von

Vertreter*innen des Managementdiskurses an der Problematisierung eines drohenden Fachkräftemangels in der Wissensgesellschaft deutlich (vgl. HRK 2013a: 2 f.; WR 2018b: 34). Diese Entwicklung wird auf traditionelle Steuerungsmodelle und auf fehlende Investitionen in das Humankapital im Hochschulsystem zurückgeführt (vgl. HRK 2011c: 4). Es kann konstatiert werden, dass sich das deutsche Hochschulsystem in einem Zustand knapper Ressourcen befindet, weshalb öffentliche Mittel wettbewerbsförmig und leistungsorientiert über manageriale Steuerungsinstrumente verteilt werden sollen, um Notstände mit einer Leistungs- und Effizienzsteigerung zu lösen (vgl. HRK 2000; WR 1993: 24).

An dieser Stelle können Unterschiede zwischen dem NPM-Diskurs und einem neoliberalen Diskurs beobachtet werden. Denn anders als neoliberale Klassiker, die Politiker*innen wie Margaret Thatcher die Verwirklichung ihrer Utopie überließen und die praktische Umsetzung ihrer Ideen relativ offen hielten, inszenieren sich herrschende Subjekte des Managementdiskurses „als politische Stimme von [...] deutschen Hochschulen“ (HRK 2011b: 4) und als Krisenmanager*innen mit konkreten Handlungsanweisungen für alle Beteiligten (vgl. Hayek 1981: 40; Thatcher 1995: 50; Abschnitt 5.2 Phänomenstruktur des New Public Management-Diskurses). Des Weiteren ist eine soziale Wettbewerbsordnung für Subjekte des Managementdiskurses kein vorrangiges Ziel, sondern ein strategisches Instrument, um Herrschaftsinteressen durchzusetzen (vgl. WR 2018a: 39). Hier eignen sich Vertreter*innen des NPM-Diskurses Fragmente eines neoliberalen Diskurses an und nutzen diese als Vehikel für eine manageriale Wissens- und Identitätspolitik. Infolgedessen generiert der Managementals Interdiskurs eine Verbindung zwischen verschiedenen Wissensordnungen und kann Fragmente anderer Diskurse zu seinen Gunsten transformieren. Diese Diskursguerilla-Strategie erinnert an das Spiel „Stille Post“, bei dem Informationen durch die Weitergabe (bewusst) verfälscht bzw. einer anderen Wahrheit zugeführt werden.

Ferner entsteht durch die eigensinnige Übersetzungsleistung von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses eine Intergovernmentalität in der Diskursformation, die sowohl Analogien zur politischen Rationalität des europäischen Neoliberalismus als auch zu einer pastoralen Regierungsweise aufweist (vgl. Foucault 2004a: 189; 2004b: 188 f.; WR 2018a: 39; 2018b: 5). Innerhalb dieses intergouvernementalen Regimes wird allerdings deutlich, dass eine pastorale politische Rationalität wesentlich schwächer ausgeprägt ist als die einer neoliberalen Regierungsweise. Denn insbesondere zur Transformation eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses und akademischer Subjekte wird die politische Rationalität einer neoliberalen Regierungsweise genutzt (vgl. WR 2018a: 39). Mithilfe dieser neoliberalen Rationalität wird eine manageriale Wissens- und

Identitätspolitik in den wissenschaftlichen Spezialdiskurs manövriert. Gleichzeitig sind Vertreter*innen des Managementdiskurses auf (neo-)feudale Strukturen in der deutschen Hochschullandschaft angewiesen, um ihren Geltungsanspruch aufrechtzuerhalten und zu expandieren (vgl. van Dyk & Reitz 2017: 67 ff.). Die unter dem wissenschaftlichen Spezialdiskurs legitimierten feudalen Strukturen erfüllen für den Managementdiskurs eine Doppelfunktion: Zum einen werden die persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen unterschiedlichen akademischen Statusgruppen zur Zirkulation von Anrufung und zur Erweiterung eines unternehmerisch-managerialen Geltungsanspruchs in der deutschen Hochschullandschaft genutzt (vgl. Dok Natur 1¹; Postdok Natur 5²; Postdok Soz³). Zum anderen problematisieren herrschende Subjekte des NPM-Diskurses die feudalen Strukturen im deutschen Hochschulsystem (vgl. HRK 2018a: 3; WR 1996: 57). Aus diesen Gründen sind Subjekte des Managementdiskurses auf den Erhalt feudaler Herrschaftsverhältnisse angewiesen, da diese traditionellen Strukturen sowohl als Katalysator der Macht genutzt werden als auch für die diskursive Selbstpositionierung als Krisenmanager*in eine fundamentale Bedeutung aufweisen (vgl. Abschnitt 5.2 Phänomenstruktur des New Public Management-Diskurses). Insofern wird mit dem Managementdiskurs ein strategisches Scheitern verfolgt, weil Problematisierungen im universitären Feld zwar kontinuierlich und mit wachsendem Aufwand bearbeitet, aber nicht gelöst werden (vgl. Abschnitt 5.1 Ein historischer Abriss des Managementdiskurses im universitären Feld der BRD). Deswegen nutzen herrschende Subjekte des NPM-Diskurses auch persönliche Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Hochschullehrer*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen als Vehikel für ihre Herrschaftsinteressen. Denn mithilfe dieser feudalen Herrschaftsverhältnisse kann beispielsweise die Anrufung, „die selbständige Antragstellung von Nachwuchswissenschaftlern noch stärker zu fördern“ (WR 1996: 57), verwirklicht werden (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“). Vor dem Hintergrund einer Symbiose zwischen einem universitären Feudalsystem und dem Managementdiskurs drängt sich indes die Frage auf, ob mit dem strategischen Scheitern ebenfalls eine diskursspezifische Eigendynamik verbunden ist?

¹ Die Doktorandin moniert, an das „Belohnungssystem“ des Professors gebunden zu sein.

² Der Postdoktorand wird mit der Anrufung konfrontiert, viel zu publizieren. Diese Anforderung gibt er mit seiner Position als Nachwuchsgruppenleiter an seine Doktorand*innen weiter, indem er ihnen nahelegt, kumulativ zu promovieren, was auch nicht uneigennützig sei, da er durch die Publikationen seiner Mitarbeiter*innen begünstigt wird.

³ Die Postdoktorandin beklagt persönliche Abhängigkeitsverhältnisse zu Lehrstuhlinhaber*innen, von denen sie sich über das Einwerben von Drittmitteln versucht zu emanzipieren.

Über die Sollbruchstellen des Managementdiskurses kristallisiert sich eine besondere Eigendynamik heraus, denn mit dem strategischen Scheitern ist keine Lösung von gesellschaftlichen und wissenschaftspolitischen Problemlagen verbunden, sondern eine (Re-)Produktion teilweise selbstgemachter Notstände (vgl. DFG 2009; HRK 2007: 19; WR 2006: 70; 2010a: 133). Diese unbeabsichtigten Effekte von Transformationsprozessen bilden einen Kreislauf in der Diskursformation rund um den Managementdiskurs. Bei diesem Zirkulationsprozess werden Problematisierungen und Lösungsvorschläge hervorgebracht, die alte Probleme aktualisieren und neue durch nicht-intendierte Folgen schaffen, wodurch der Kreislauf von vorne beginnt. Sichtbar wird die Eigendynamik des Managementdiskurses u. a. an der Einführung einer leistungsorientierten und wettbewerbsförmigen Verteilung von öffentlichen Mitteln ab Mitte der 1990er-Jahre (vgl. HRK 1995b; 1998c, 1999b; WR 1993: 48). Das meritokratische Verteilungsprinzip versprach, die Leistung und Effizienz zu steigern sowie feudale Strukturen des deutschen Hochschulsystems zu beseitigen. Infolge der Implementierung einer LOM über Hochschulverträge und Zielvereinbarungen sowie durch einen flächendeckenden Drittmittelwettbewerb rücken ab den 2010er-Jahren zunehmend unbeabsichtigte Folgen dieser Transformationsprozesse in den Fokus des NPM-Diskurses (vgl. WR 2011a: 27; 2014: 21; 2018a: 7; DFG 2013: 46). Diese nicht-intendierten Effekte werden von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses in Form neuer Problematisierungen eingehegt und führen nicht dazu, dessen Wissenspolitik grundsätzlich infrage zu stellen. Sie tragen dagegen zu einer Expansion managerialer Praktiken bei, indem beispielsweise Kennzahlen und Wettbewerb auf „unmarked spaces“ (Heintz 2008: 121) ausgeweitet werden (vgl. HRK 2016a: 2; WR 2011a: 29; 2015b: 109; 2018b: 60). Zur Bearbeitung von universitären Problemlagen greifen herrschende Subjekte des NPM-Diskurses auf die politische Rationalität des europäischen Neoliberalismus zurück, da Interessen von Hochschulangehörigen mit Infrastrukturen des Wettbewerbs kanalisiert und gesteuert werden (vgl. Röpke 1997: 52). Im Verhältnis zwischen NPM und der Gesellschaft wird hingegen auch die politische Rationalität einer pastoralen Regierungsweise sichtbar, wenn beispielsweise Absolvent*innenzahlen für Lehramtsstudierende in Hochschulverträgen festgelegt werden, um den gesellschaftlichen Bedarf an Lehrkräften zu sichern (vgl. FU Berlin 2014b: 38; WR 2018a: 35). Weiterhin beziehen sich Angehörige des Elementardiskurses auf die Narrative und die symbolische Ordnung des Managementdiskurses, wie an einer normativ aufgeladenen und kennzahlenbasierten Leistungsbewertung von Hochschulen und ihren Angehörigen seitens der Öffentlichkeit deutlich wird (vgl. Deutschlandfunk 1999; Land Berlin 2018: 25 f.; Warnecke 2018; WR 1996: 10).

Aufgrund dieser Verbindung unterschiedlicher Rationalitäten in der Diskursformation rund um den Managementdiskurs lässt sich in die diskursiven Praktiken und Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses eine Intergouvernementalität erkennen.

7.2 Ergebnisse in der Dimension von Praktiken/ Herrschaftstechnologien

Bei dieser Dimension geht es darum, den praktischen Vollzug der Wissenspolitik und die Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses ins Verhältnis zu anderen Diskursen und akademischen Subjektivierungsprozessen zu setzen. Zu den gängigsten Herrschaftstechnologien des Managementdiskurses zählen strategische Steuerungsinstrumente wie Evaluierungen, Akkreditierungen, Rankings, Berichte, Leistungs- und Zielvereinbarungen sowie Hochschulverträge. Über die Infrastruktur dieser strategischen Steuerungsinstrumente werden andere Diskurse und (akademische) Subjekte orchestriert. Das Verhältnis zwischen Hochschulen und der Gesellschaft regeln herrschende Subjekte des Managementdiskurses weitestgehend über Rankings und Hochschulverträge. Mit dem Kontraktmanagement werden sowohl gesellschaftspolitische Interessen wie eine Nachfrage nach akademischen Fachkräften als auch Interessen der Hochschulleitung etwa nach finanziellen Ressourcen über diskursive Praktiken des NPM-Diskurses verbunden. Zum einen können diese diskursiven Praktiken als praktischer Vollzug der Wissenspolitik des Managementdiskurses in der Diskursformation in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernentalität betrachtet werden. Zum anderen spiegeln sich in den diskursiven Praktiken von Vertreter*innen des NPM-Diskurses spezifische Herrschaftstechnologien wider, die auf unterschiedliche Regierungsweisen zurückzuführen sind. Der praktische Vollzug dieser Intergouvernementalität wird im Folgenden mit einer wettbewerbsförmigen und strategischen Verteilung knapper öffentlicher Ressourcen erklärt.

Mit der Vergabe von öffentlichen Mitteln über vertraglich festgelegte Kennzahlen werden einerseits wohlfahrtsstaatliche Interessen eingehegt. Andererseits ergibt sich auf der Mesoebene für die Hochschulleitung eine manageriale Autonomie, da Hochschulangehörige über Kennzahlen gezeigt haben, dass sie sich staatliche Zuwendungen verdient haben. Aus diesem Grund bildet die diskursive Praktik des Kontraktmanagements eine „Verbesserung der Möglichkeiten zur Selbststeuerung durch ein entscheidungsfähiges Hochschulmanagement“ (WR 1993: 24). Denn mit einer leistungsorientierten Finanzierung ist die Implementierung von Globalhaushalten verbunden, wodurch die Hochschulleitung erweiterte

Handlungsspielräume über Ressourcen erhält und sich Hochschulen seit den Nullerjahren auch zunehmend über (öffentliche) Drittmittel finanzieren (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 87; WR 2005: 11). Diese unternehmerisch-manageriale Autonomie der Hochschulleitung ist mit einer zunehmenden Rechenschaftspflicht aller Hochschulangehörigen gegenüber der Gesellschaft verbunden (vgl. WR 2010b: 26; 2018a: 46 f.). Um der gesellschaftspolitischen Forderung nach mehr Transparenz nachzukommen, wird ein umfangreiches Berichtswesen eingeführt, in dem sich eine Herrschaft von managerialen Kennzahlen manifestiert (vgl. FU Berlin 2019h; WR 2015a: 7 f.; 2019: 26). Infolgedessen kann die diskursive Praktik des Verfassens von Berichten mithilfe von Kennzahlen ebenfalls als Herrschaftstechnologie betrachtet werden. Mit dieser Herrschaftstechnologie sind weitere diskursive Praktiken wie das Erstellen von Evaluierungen und Rankings verbunden (vgl. Land Berlin 2010: 8 f.; WR 2010b: 25 f.). Die Rankings sind ein praktisches Bindeglied des Managementdiskurses zum Elementardiskurs, einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs und einem neoliberalen Diskurs, da die objektive Wirklichkeit eines inszenierten Wettbewerbs um knappe Ressourcen und Prestige über die Kennzahlenvergleiche vermittelt wird. Durch die Leistungsbewertung über Kennzahlen werden Wahrheits- zu Machtfragen, weil mit der Reduktion von wissenschaftlichem Wissen auf Kennzahlen definiert wird, was und wie akademische Subjekte leisten sollen (vgl. HRK 1995b; WR 2004: 45 f.).

Aus den Anrufungen in den diskursiven Praktiken von Berichten, Leistungs- und Zielvereinbarungen, Hochschulverträgen, Evaluierungen und Rankings resultieren akademische Subjektivierungsformen des Managementdiskurses. Hiermit werden Wissenschaftler*innen – ohne unmittelbaren Zwang – aufgefordert, Drittmittel einzuwerben, möglichst viel in Fachzeitschriften mit einem hohen Impact-Faktor zu publizieren, andere zu mobilisieren und sich selbst auszubeuhen (vgl. Abschnitt 5.4 Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten). Mithilfe dieser Subjektivierungsformen sollen akademische Subjekte an Herrschaftsinteressen des Managementdiskurses gebunden werden. Fundiert werden Subjektivierungen und manageriale Praktiken durch einen inszenierten Wettbewerb um knappe Ressourcen und Prestige. Dahingehend organisieren herrschende Subjekte des NPM-Diskurses seit Anfang der Nullerjahre verschiedene Wettbewerbe in der deutschen Hochschullandschaft. So werden innerhalb von Hochschulen beispielsweise Lehrpreise mit wechselnden Schwerpunkten vergeben (vgl. FU Berlin 2014b: 26). Darüber hinaus können akademische Subjekte an Hochschulen um Sach- und Personalmittel über Anreizsysteme der internen LOM konkurrieren (vgl. WR 2011b: 24). Diese hochschulinternen Wettbewerbe weisen jedoch im Vergleich zu einem hochschulübergreifenden Drittmittelwettbewerb

lediglich eine geringe Strahlkraft auf akademische Subjekte auf (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Statussymbol“). Denn über die diskursiven Praktiken des Drittmittelerwerbs wird ein erheblicher Anteil der verfügbaren Ressourcen verteilt und Symbole des wissenschaftlichen Erfolgs generiert (vgl. Dohmen & Wrobel 2018: 87). Dieses Set aus Symbolen, diskursiven Praktiken und Herrschaftstechnologien bildet Anreizsysteme aus einem Konglomerat von Belohnung, Kontrolle, kollektiven und individuellen Sanktionen, Fristen, (Un-)Gewissheiten und (Un-)Sichtbarkeit. Schlussendlich erzeugen die Anreizsysteme symbolische Vergegenständlichungen und Subjektivierungsformen, die sich Wissenschaftler*innen aneignen, umdeuten, unterlaufen oder transformieren.

7.3 Ergebnisse in der Dimension von Vergegenständlichungen/Subjektivierung

Zu den sichtbarsten Symbolen des Managementdiskurses zählen Drittmittel der DFG, die zum Symbol des wissenschaftlichen Erfolgs geworden sind (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Statussymbol“; WR 2010b: 25 f.). Diese symbolische Vergegenständlichung dient akademischen Subjekten als referenzieller Bezugsrahmen, wodurch Symbole eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses unterlaufen und unsichtbar werden. So sind in der symbolischen Ordnung des Managementdiskurses Publikationen in Fachzeitschriften mit (hohen) Impact-Faktoren sichtbarer als Monografien (vgl. DFG 2013: 20; Münch 2011: 148 f.). Auch die Befragten beziehen sich in ihren Deutungsmustern auf die Vergegenständlichungen des Managementdiskurses. So konstatiert eine Doktorandin (Natur 1), dass „Monografien in der Regel keine Option [sind], das gilt [...] als gescheitert“. Demnach verschieben die Vergegenständlichungen des NPM-Diskurses eine qualitative hin zu einer quantitativen Leistungsbewertung, wodurch nur Leistungen sichtbar werden, die auch messbar sind. Oder anders formuliert: „Man will irgendetwas qualitativ messen und versucht, es in quantitative Indikatoren zu pressen“ (Jun.prof Wirt 2). Deswegen müssen sich Hochschulen und ihre Angehörigen konform zum NPM-Diskurs verhalten, um in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität sichtbar zu werden sowie Ressourcen und Anerkennung zu erhalten.

Ebenfalls mit viel Prestige sind eingeworbene Drittmittel der Exzellenzstrategie und des Europäischen Forschungsrats verbunden (WR 2010a: 107; 2010b: 25 f.; ERC 2019: 24). Mit diesen Symbolen des wissenschaftlichen Erfolgs werden akademische Subjektivierungsweisen transformiert, weil Wissenschaftler*innen so lehren und forschen, dass manageriale Kennzahlen erfüllt

werden. Aus diesem Grund betrachten die Interviewteilnehmer*innen High-Impact-Journalbeiträge teilweise als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität und werben Drittmittel aus Prestige Gründen ein (vgl. Deutungsmuster „High-Impact-Journalbeiträge als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität“; „Drittmittel als Statussymbol“). Gleichzeitig verifizieren einige Studienteilnehmer*innen über die Drittmitteleinwerbung ihre persönliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Zeichen der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit“).

Mit diesen Aneignungsprozessen entwickeln die Befragten ein Selbstverständnis, das an die Subjektivierungsformen des Managementdiskurses erinnert. So betrachten sich die Interviewteilnehmer*innen selbst und andere akademische Subjekte als Unternehmer*innen und Manager*innen (vgl. Deutungsmuster „Wissenschaftler*innen als Unternehmer*innen und Manager*innen“). Auf diese Weise wird der akademische Quasi-Markt für die Befragten zu einem Ort der Wahrheitsfindung und der Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung genutzt (vgl. Foucault 2004b: 56). Denn handeln die Interviewteilnehmer*innen quasi-marktkonform profitieren, sie von den Anreizsystemen des NPM-Diskurses, wodurch sie denken, das Richtige zu tun (vgl. Deutungsmuster „Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung“). Zu den relevantesten diskursiven Praktiken von unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsweisen zählt das Einwerben und Verwalten von Drittmitteln, die strategische Vernetzung, das Mobilisieren von Mitarbeiter*innen sowie möglichst viele Artikel in (High-Impact-) Journals zu publizieren, denn „der Markt [sagt], Publikationen und [...] Drittmittel“ (Jun.prof Wirt 1). Demzufolge hat zwar unter NPM ein Wandel von akademischen Subjektivierungsformen und -weisen stattgefunden. Die Subjektivierungsformen des Managementdiskurses bilden jedoch keine Kopie von akademischen Subjektivierungsweisen, auch wenn diese Ähnlichkeiten zu akademischen Entrepreneur*innen, Wissenschaftsmanager*innen und dienstfertigen Wissenschaftler*innen aufweisen (vgl. Abschnitt 5.4 Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten). Weiterhin unterlaufen akademische Subjektivierungsweisen teilweise neoliberale Subjektivierungsformen wie das unternehmerische Selbst, weil es sich bei den Befragten um Lohnabhängige mit einer Teilkasko mentalität handelt (vgl. Bröckling 2007; Bührmann 2012). In diesem Zusammenhang kann konstatiert werden, dass nicht nur die Rationalität, Praktiken und Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses mitunter einem neoliberalen Diskurs widersprechen, sondern auch akademische Subjektivierungsweisen, die durch Subjektivierungsformen des Managementdiskurses entstehen (vgl. Abschnitt 2.3 Neoliberale Formen der Subjektivierung). Denn so etwas

wie sozialversicherungspflichtig angestellte Unternehmer*innen und verbeamtete Manager*innen lassen eine neoliberale Wissens- und Identitätspolitik erodieren (vgl. Eucken 1949: 24 f.). Insofern wird die oft beschworene Analogie zwischen Unternehmertum und Wissenschaft in der sozialen Wirklichkeit von Hochschulen brüchig (vgl. FU Berlin 2019f; HRK 1998d; WR 2018a: 80 f.). Ungeachtet des Spannungsverhältnisses zwischen neoliberalen und managerialen Subjektivierungsformen sowie akademischen Subjektivierungsweisen orientieren sich die Befragten an der Wirtschaft und betrachten Wissenschaft als „Businesssystem“ (Dok Natur 1). Sie vergleichen weiterhin das berufliche Scheitern von Wissenschaftler*innen mit der Insolvenz einer Firma, die „kein Konzept [hat], das im Kapitalismus (lacht) funktioniert“ (Dok Wirt). Diese ökonomisierte Perspektive auf sich selbst und andere akademische Subjekte führt zu einer quasi-marktkonformen Verhaltensweise der Interviewteilnehmer*innen. Sichtbar wird die Quasi-Marktkonformität u. a. am strategischen Aufgreifen von Thementrends der Wissenschaftspolitik, die mit diskursiven Praktiken der Antragsprosa bedient werden (vgl. Deutungsmuster „Wissenschaft als Mode“). Zugespitzt formuliert: Es gibt Wissenschaftler*innen, die „warten nur darauf, dass das große Elbhochwasser 2002 oder Oderhochwasser 97 kommt, weil dann ist das auf der Tagesordnung und dann kriegt man eher Geld für die Anträge“ (Postdok Natur 3). Mit diesem „Aggregatzustand betriebsamer Konformität“ (Bröckling 2007: 241) ähneln die Befragten stark der Subjektivierungsform von dienstfertigen Wissenschaftler*innen (vgl. Abschnitt 5.4 Akademische Subjektivierung im Wandel von New Public Management – Anrufungen des akademischen Selbst an unternehmerischen Universitäten).

7.3.1 Das Spannungsverhältnis zwischen akademischen Subjektivierungsformen und -weisen

Für akademische Subjektivierungsformen und -weisen in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität kann festgehalten werden, dass sich Wissenschaftler*innen zum Teil wie Unternehmer*innen und Manager*innen verhalten, auch wenn sie keine sind. An dieser diskursiven Konstruktionsleistung werden der Geltungsanspruch und die Deutungsmacht des NPM-Diskurses sichtbar, weil es herrschenden Subjekten gelingt, Wissenschaftler*innen von einer objektiven Wirklichkeit aus Wettbewerb, Kennzahlen und Prekarität zu überzeugen, auch wenn diese diskursiv konstruierte Realität mitunter stark von modernen kapitalistischen Produktions- und Beschäftigungsverhältnissen abweicht. Denn welches

Unternehmen würde Geld in Humankapital investieren, ohne dafür eine Verwendung zu haben, und hochqualifizierte Arbeitskräfte über Jahrzehnte befristet beschäftigen? Die nicht mehr zeitgemäße Beschäftigungspolitik⁴ in der deutschen Hochschullandschaft bildet jedoch die Basis eines unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsregimes, weil akademische Prekarität für herrschende Subjekte des Managementdiskurses eine Gatekeeper-Funktion besitzt. Bei dieser Vorgehensweise wird die berufliche Unsicherheit vieler Wissenschaftler*innen genutzt, um einen gouvernementalen Zugriff auf deren Verhaltensweise herzustellen (vgl. Deutungsmuster „Prekarität als Normalität“; „Wissenschaftliche Karriere als persönlicher All-in“). Deutlich wird der fundamentale Stellenwert von strategisch nutzbar gemachter akademischer Prekarität an dem Verhältnis zwischen der Seinsverbundenheit und persönlichem Widerstand. Zwar erzeugen die Anrufungen des NPM-Diskurses ebenfalls bei den prekären Befragten ein Spannungsverhältnis, doch der individuelle Widerstand führt nicht wie bei den Interviewten mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag und anderen beruflichen Sicherheiten zum Umdeuten, Unterlaufen und Transformieren einer managerialen Wissens- und Identitätspolitik. So betrachten vorwiegend ent-prekarierte Befragte High-Impact-Journalbeiträge nicht als Zeichen von wissenschaftlicher Qualität und entziehen sich über nicht-diskursive Praktiken einer Herrschaft über (bibliometrische) Kennzahlen, während prekäre Interviewteilnehmer*innen aufgrund ihrer beruflichen Unsicherheit empfänglicher für Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen des Managementdiskurses sind. In diesem Kontext äußern sich subversive Verhaltensweisen zum Skript des Managementdiskurses in Form deutschsprachiger Monografien und der Verweigerung „mindestens zwei peer reviewed Artikel pro Jahr [zu] publizieren“ (Postdok Natur 3; vgl. Prof Recht; Prof Soz). Damit eröffnet und schließt die Seinsverbundenheit des Wissens Fluchtpunkte der Ent-Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität.

Vor diesem Hintergrund wird das akademische Selbst in mehrfacher Hinsicht zu einem zentralen Problem in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität: Erstens problematisieren Vertreter*innen des Managementdiskurses nonkonforme akademische Verhaltensweisen als Ausgangspunkt für die Transformation von deutschen Hochschulen und ihren Angehörigen. Deutlich wird

⁴ Besonders deutlich wird die veraltete Beschäftigungspolitik im deutschen Hochschulsystem bei einem Vergleich des akademischen Mittelbaus mit Kernerwerbstätigen aus anderen Arbeitsbereichen (BuWiN 2017: 128 ff.). So arbeiteten 2014 93 Prozent des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen (unter 45 Jahren und ohne Professor*innen) befristet, während in der gleichen Zeit unter allen abhängig Beschäftigten in der BRD lediglich 8,4 Prozent einen befristeten Arbeitsvertrag hatten (ebd.: 129).

dieser Zusammenhang bei der Thematisierung einer mangelnden Leistungsfähigkeit von Wissenschaftler*innen (vgl. Deutschlandfunk 1999; HRK 1998c). Ein gewisses Maß an abweichendem Verhalten wird demnach nicht nur toleriert, sondern ist sogar notwendig. Denn ohne Gegenkräfte gibt es keinen Grund Macht auszuüben (vgl. Foucault 1987: 116). Zweitens formiert sich um das akademische Selbst ein Deutungskampf, denn in der sozialen Wirklichkeit herrscht Unklarheit darüber, wie Wissenschaftler*innen sein sollen und sind. Zum einen können diese Diskrepanzen zwischen akademischen Subjektivierungsformen und -weisen auf die Subjektivierungseffekte unterschiedlicher Diskurse im universitären Feld der BRD zurückgeführt werden. Hierbei handelt es sich vorrangig um einen Stellvertreter*innenkampf zwischen einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs und dem NPM-Diskurs, der über akademische Subjekte ausgetragen wird. Zum anderen zeigt sich in der Deutungsmuster- und Subjektivierungsanalyse, dass Wissenschaftler*innen nicht nur stellvertretend aus der Position von Wissensordnungen denken und handeln, sondern mithilfe ihrer interpretativen Kompetenz Subjektivierungsformen umdeuten, unterlaufen und transformieren. So wird beispielsweise ein messbarer, bibliometrischer Impact zu einem „inhaltlichen Impact“ (Dok Natur 1) umgedeutet, wodurch sich die Befragte teilweise einer Herrschaft managerialer Kennzahlen entzieht. Letztlich wird das akademische Selbst zu einem Problem, weil Subjektivierungsformen nicht imstande sind, die Denk- und Handlungsweisen von Wissenschaftler*innen vollständig zu kanalisieren und zu steuern.

Demgemäß kann Foucaults (1987: 116) Annahme über das Verhältnis von Macht, Subjektivierung und (individuellem) Widerstand erweitert werden. Aus Macht ergeben sich neben Widerstand Fluchtpunkte, wodurch sich Akteur*innen temporär von Subjektivierungsformen emanzipieren. Auch wenn diese Entsubjektivierungsmomente in Form von subversiven Denk- und Handlungsweisen eine Ausnahme darstellen, sind sie dennoch vorhanden. Zunächst macht das Unbehagen über den Status quo bei sämtlichen Interviewteilnehmer*innen deutlich, dass die Macht des NPM-Diskurses einen persönlichen Widerstand erzeugt. Der Widerstand des Einzelnen resultiert aus unterschiedlichen Subjektivierungsformen und persönlichen Interessen. Denn fragt man Wissenschaftler*innen an der FU Berlin danach, was sie sich für ihre Arbeit wünschen, antworten die prekären Befragten berufliche Sicherheit (vgl. Electronic Supplementary Material). Währenddessen es den Interviewteilnehmer*innen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und anderen beruflichen Sicherheiten mehr um die Freiheit geht, eigene wissenschaftliche Interessen zu verwirklichen. Demzufolge bilden Freiheit und Sicherheit zentrale Interessen der Befragten. Diese Interessen erzeugen sowohl

zur Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses als auch zu einem wissenschaftlichen Spezialdiskurs individuellen Widerstand. Da akademische Prekarität kein neues Phänomen ist, kann die Ursache des persönlichen Widerstands der Befragten in der Tradition der deutschen Hochschullandschaft verortet werden (vgl. Weber 2002 [1894 1922]: 477). Allerdings wird akademische Prekarität durch die Ökonomisierung der deutschen Hochschullandschaft unter NPM als Ressource der Menschenführung und Effizienzsteigerung erschlossen und verstärkt das persönliche Sicherheitsbedürfnis vieler prekär beschäftigter Wissenschaftler*innen (vgl. Lenk 2022). Aus diesem Grund geraten Wissenschaftler*innen in ein Spannungsfeld aus verschiedenen Interessen. Hierbei handelt es sich – zumindest aus der Perspektive des Managementdiskurses – um notwendigen individuellen Widerstand, weil dadurch (prekäre) akademische Subjekte mobilisiert werden, an einem inszenierten Wettbewerb um (sichere) Arbeitsplätze teilzunehmen (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“; WR 2018b: 31). Im Verlauf des Ausscheidungswettbewerbs beuten sich die Befragten selbst aus. Diese Selbsttechnologie erzeugt die gegenwärtige Effizienz des deutschen Hochschulsystems. Ferner entstehen durch den persönlichen Widerstand einiger Befragter auch nicht-diskursive Praktiken, die zwar durch Anrufungen des NPM-Diskurses provoziert werden, aber sich dessen Wissens- und Identitätspolitik entziehen und teilweise auch unbeabsichtigte Effekte erzeugen.

An dieser Stelle nutzen privilegierte akademische Subjekte feudale Strukturen zur persönlichen Nutzenmaximierung, indem sie beispielsweise ohne Eigenleistung als Autor*innen von Journalartikeln aufgenommen werden und Doktorand*innen raten, kumulativ zu promovieren, um ihren Publikationsoutput zu steigern (vgl. Dok Natur 1; Postdok Natur 5). Darüber hinaus können andere nicht-diskursive Praktiken wie die Salamtaktik bis hin zu einer bewussten Datenmanipulation beobachtet werden. Hiermit versuchen Wissenschaftler*innen akademischen Subjektivierungsformen und persönlichen Interessen Rechnung zu tragen (vgl. Dok Natur 1; Postdok Geist 2; Prof Soz). Zwar erfüllen diese nicht-diskursiven Praktiken mitunter auch manageriale Kennzahlen, aber weder wissenschaftliches Fehlverhalten, „leistungsloser Erfolg“ (van Dyk & Reitz 2017: 68) noch die Ausbeutung Anderer ist im Skript eines Dispositivs neoliberaler Gouvernementalität vorgesehen. In den Zukunftsnarrativen des Managementdiskurses wird sogar das Gegenteil behauptet: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse führen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschullandschaft sowie zu einer Steigerung des Wohlstands und der Innovationsfähigkeit in der BRD (HRK 2009: 7 f.; 2011c: 4). Betrachtet man allerdings akademische Subjektivierungsweisen, werden die Versprechen des NPM-Diskurses nicht eingelöst. Vielmehr neigen Wissenschaftler*innen durch ihre berufliche Unsicherheit dazu,

weniger wissenschaftliche Wagnisse einzugehen, was den Erkenntnisfortschritt behindert und auch nicht die Innovationsfähigkeit und den Wohlstand in der Gesellschaft steigert (vgl. Deutungsmuster „Prekarität als Normalität“). Außerdem begünstigt die berufliche Unsicherheit vieler Wissenschaftler*innen wissenschaftliches Fehlverhalten (vgl. Jun.prof Wirt 1). In diesem Kontext können die Apologeten des akademischen Quasi-Arbeitsmarktes entlarvt und die Annahme des WR (2005: 73 f.) über die Bestenauswahl durch einen Wettbewerb um (sichere) Arbeitsplätze aktualisiert werden: Der Ausscheidungswettbewerb hat zu einer Selektion derjenigen geführt, die sich am besten an die Anrufungen des akademischen Quasi-Marktes und die prekären Arbeitsbedingungen in der deutschen Hochschullandschaft anpassen sowie ihre eigenen Interessen über unternehmerisch-manageriale Infrastrukturen integrieren, modifizieren, übergehen oder transformieren können.

Damit wird eine balancierende akademische Persönlichkeit zur zentralen akademischen Subjektivierungsweise in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität. Diese Subjektivierungsweise dient als Scharnier zwischen verschiedenen Subjektivierungsformen und persönlichen Interessen. Mithilfe einer balancierenden akademischen Persönlichkeit gelingt es den Befragten, sich unternehmerisch-manageriale Fähigkeiten anzueignen und zum Teil traditionelle akademische Werte und Normen zu bedienen. Sichtbar wird das Nivellieren eines strukturellen Spannungsverhältnisses an Bezugsproblemen, denn unter den Befragten herrscht keine Eindeutigkeit dahingehend, wie man Lehre betrachten soll. Einerseits wird Lehre als Motivationsquelle gedeutet und die Einheit von Lehre und Forschung betont (vgl. Deutungsmuster „Lehre als Motivationsquelle“), andererseits wird Lehre von den Befragten infolge einer Marginalisierung in der Leistungsbewertung und im Wettbewerb als Belastung wahrgenommen (vgl. Deutungsmuster „Lehre als Belastung“). Durch diese sich konterkarierenden Deutungsmuster entstehen Handlungsambivalenzen, die die Befragten lösen, indem sie zwischen verschiedenen Anrufungen wie ein Pendel hin- und herschwingen. Mit diesem Balanceakt werden strukturelle Spannungen und individueller Widerstand weitestgehend ausgeglichen. Letztlich kann mit der Subjektivierungsweise einer balancierenden akademischen Persönlichkeit erklärt werden, warum persönlicher Widerstand nicht zwangsweise zu einem politischen Protest gegen ein Subjektivierungsregime im universitären Feld der BRD führt, sondern einerseits zu einem Anpassungsverhalten von Wissenschaftler*innen, die so lehren und forschen, dass manageriale Kennzahlen erfüllt werden. Und andererseits bedienen akademische Subjekte mit dieser Subjektivierungsweise Imperative eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses und persönliche Interessen.

Der subjektive Kitt zwischen divergierenden Diskursen und persönlichen Interessen sind (Selbst-)Technologien, die in praktischen Handlungsvollzügen der (Selbst-)Ausbeutung sichtbar werden. Darum handelt es sich bei dem Subjektivierungsregime in der deutschen Hochschullandschaft gleichzeitig um ein Ausbeutungsregime, weil dessen Funktionalität durch die Ausbeutung der eigenen und der Arbeitskraft anderer akademischer Subjekte gewährleistet wird. Denn hielten sich Wissenschaftler*innen an ihre vertraglich festgelegte Arbeitszeit, würden strukturelle und individuelle Spannungsverhältnisse offen zutage treten. Ein fundamentaler Wandel wäre damit unausweichlich, weil Hochschulen und ihre Angehörigen nicht mehr handlungsfähig wären. Demzufolge wäre das wirksamste Mittel, um das Subjektivierungs- und Ausbeutungsregime rund um den Managementdiskurs mit seiner eigenen Ineffizienz zu konfrontieren, wenn sich Wissenschaftler*innen an ihre festgelegten Arbeitszeiten halten. Die empirischen Erkenntnisse der Analyse von akademischer Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität lassen sich mit folgender Abbildung visualisieren (vgl. Abbildung 7.2: Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität).

Vor dem Hintergrund dieser Abbildung kann konstatiert werden, dass akademische Subjektivierungsformen und -weisen in einem Dreieck aus einer Diskursformation, Praktiken/Herrschaftstechnologien und Vergegenständlichungen/Subjektivierung hervorgebracht werden. Dieses strategische Arrangement von Wissen, Macht und Subjektivierung sorgt dafür, dass sich Wissenschaftler*innen – ungeachtet einer Lohnabhängigkeit und Teilkaskomentalität – als Unternehmer*innen und Manager*innen auffassen. Die ökonomisierte Perspektive auf sich selbst und andere akademische Subjekte entsteht durch Erfolgssymbole und Subjektivierungsformen des Managementdiskurses. Die Vergegenständlichungen erzeugen allerdings bei den Befragten einen persönlichen Widerstand, weil die Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses individuelle Interessen unterläuft und mitunter akademische Subjekte auffordert, mit traditionellen akademischen Werten und Normen zu brechen. Infolge dieser strukturellen und individuellen Interessenskonflikte entwickeln die Interviewteilnehmer*innen eine balancierende Subjektivierungsweise, mit der sie strukturelle Risiken ausgleichen. Auf diese Weise wird individueller Widerstand in die Diskursformation des Dispositivs neoliberaler Gouvernementalität in der deutschen Hochschullandschaft integriert. Das Nivellieren von strukturellen und individuellen Spannungen in einem akademischen Subjektivierungs- und Ausbeutungsregime wird an alltagspraktischen Handlungsvollzügen deutlich. Hier kann zwischen nicht-diskursiven

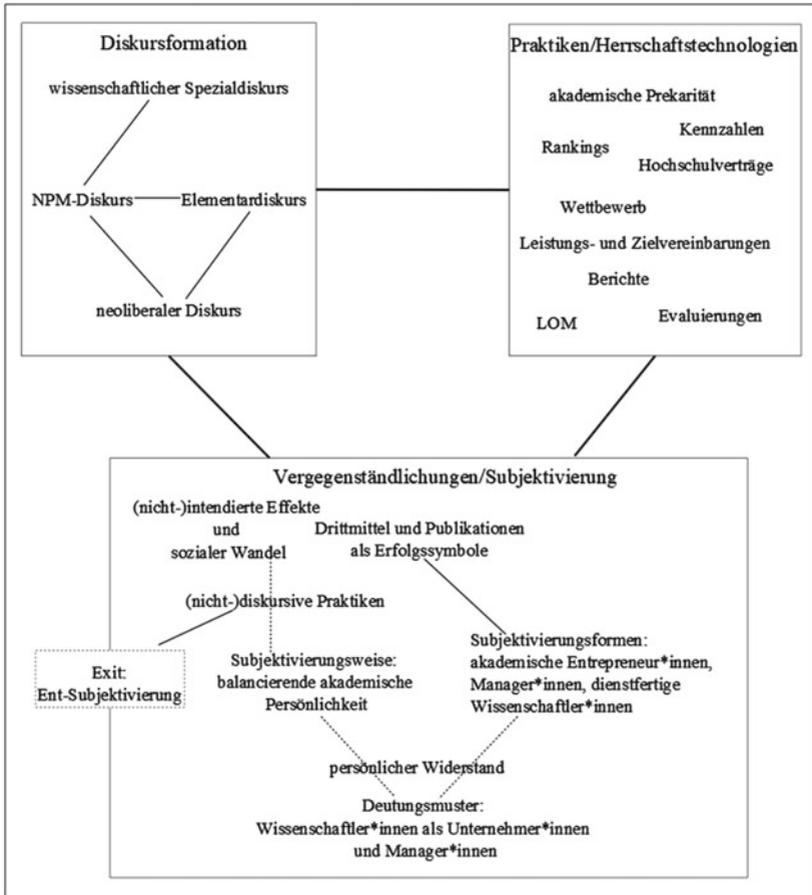


Abbildung 7.2 Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität

und diskursiven Praktiken der Befragten unterschieden werden. Diskursive Praktiken sind diskurskonforme Denk- und Handlungsweisen, die keinen individuellen Widerstand zur Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses erzeugen. Nicht-diskursive Praktiken werden hingegen im Verhältnis zum NPM-Diskurs als nonkonforme Denk- und Handlungsweisen betrachtet. Hierbei kann

zwischen zwei Arten von nicht-diskursiven Praktiken unterschieden werden: Erstere können trotz ihrer Nichtübereinstimmung zum Managementdiskurs in die Diskursformation des Dispositivs integriert werden. Bei diesen handelt es sich um nonkonforme Verhaltensweisen, die nicht-intendierte Effekte erzeugen, die wiederum von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses zur Expansion genutzt werden. Insofern treiben nicht-diskursive Praktiken und unbeabsichtigte Folgen einen sozialen Wandel unter NPM im universitären Feld der BRD an, weil herrschende Subjekte des Managementdiskurses darüber – auch wenn es sich um selbstverursachte Probleme handelt – ihren Geltungsanspruch und ihre Deutungshoheit ausbauen können. Handelt es sich jedoch bei nicht-diskursiven Praktiken um subversive Denk- und Handlungsweisen, erzeugen diese einen persönlichen Widerstand, der sich nicht ohne Weiteres in die Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses einhegen lässt. Denn subversive Denk- und Handlungsweisen eröffnen einen Fluchtpunkt zur Ent-Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernamentalität. Da es sich – zumindest in der Studie an der FU Berlin – lediglich um kurze Momente des Entziehens und des Aufbegehrens handelt, führt der individuelle Widerstand nicht zu einem Umsturz der sozialen Ordnung in der deutschen Hochschullandschaft, sondern zu einer Anpassung von akademischen Subjekten an die Wissens- und Identitätspolitik der Diskursformation des Dispositivs neoliberaler Gouvernamentalität.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Die empirischen Befunde der vorliegenden Arbeit belegen, dass in den vergangenen drei Dekaden unter NPM eine fundamentale Reorganisation der deutschen Hochschullandschaft stattgefunden hat. Während dieser Transformation beziehen sich herrschende Subjekte des Managementdiskurses auf eine neoliberale Wissens- und Identitätspolitik, auch wenn im alltagspraktischen Handeln teilweise eine neoliberale Regierungsweise, Technologien der Menschenführung und Subjektivierungsformen erodieren. Sei es bei der Machtausübung von privilegierten akademischen Subjekten über feudale Strukturen an deutschen Hochschulen im 21. Jahrhundert oder bei Hochschulverträgen, in denen der Staat über sein Nachfragemonopol konkrete Kennzahlen festlegt (vgl. Land Berlin 2010: 5 ff.; Rogge 2015: 688). Dahingehend erinnern wohlfahrtsstaatliche Interventionen über manageriale Herrschaftstechnologien an eine pastorale Regierungsweise, weil in wohlthätiger Absicht Macht ausgeübt wird, um das „Heil der Herde“ (Foucault 2004a: 189) zu sichern. Im akademischen Feudalwesen dagegen werden privilegierte Positionen und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse von herrschenden akademischen Subjekten genutzt, um ihre Interessen zu verwirklichen (vgl. Reitz 2021: 68 ff.). Dessen ungeachtet gelingt es Vertreter*innen des NPM-Diskurses, feudale Strukturen und wohlfahrtsstaatliche Interessen in einen akademischen Quasi-Markt zu integrieren. Durch diese eigenartige Komplizenschaft zwischen einem akademischen Feudalwesen, Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus entsteht unter NPM in der deutschen Hochschullandschaft eine Intergouvernementalität.

Mit dem Konzept der Intergouvernementalität wird die Fusion zwischen verschiedenen Regierungsweisen, Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen beleuchtet. Ferner werden die klassischen Analysen der Gouvernentalitätsstudien kritisch hinterfragt, da nicht von einer dominanten Regierungsweise und einer vorherrschenden Subjektivierungsform ausgegangen wird, sondern die

soziale Wirklichkeit als Effekt mehrerer Gouvernementalitäten betrachtet wird (vgl. Bröckling 2007; Fach 2015; Foucault 2004b: 115). Damit (re-)produziert der NPM-Diskurs zwar eine neoliberale Wissenspolitik, Regierungsweise und Technologien der Menschenführung im universitären Feld, es entsteht aber keineswegs eine Kopie von einem neoliberalen Diskurs. Deutlich wird die manageriale Umdeutung einer neoliberalen Wissenspolitik an der Philosophie des Wettbewerbs. Denn anders als bei neoliberalen Klassikern wird Wettbewerb von herrschenden Subjekten des Managementdiskurses nicht in das Zentrum der sozialen Ordnung gerückt, sondern als strategisches Steuerungsinstrument genutzt, um Herrschaftsinteressen durchzusetzen (vgl. Röpke 1997: 40; WR 2018a: 39). Der Staat inszeniert zwar einen Wettbewerb, ganz nach dem Geschmack neoliberaler Klassiker, aber er fügt sich nicht in eine Wettbewerbsordnung ein, sondern nutzt diese als Vehikel für eigene Interessen (vgl. Foucault 2004b: 188 ff.). Insofern wird von Subjekten des Managementdiskurses die Preisbildung durch ein staatliches Nachfragemonopol auch nicht zum Problem erklärt, sondern sie stellt ein legitimes Mittel der Machtausübung dar (vgl. Eucken 1949: 49; Rogge 2015: 688). Zudem kann die Transformation von akademischen Subjektivierungsformen und -weisen nicht auf eine „Verdrängung des Homo academicus durch den Homo oeconomicus“ (Münch 2011: 94) reduziert werden. Vielmehr erzeugen die Effekte der Intergovernmentalität des Managementdiskurses eine mehrdeutige, umkämpfte und konfliktreiche soziale Wirklichkeit in der deutschen Hochschullandschaft, die insbesondere in Form von unterschiedlichen Deutungsmustern und akademischen Subjektivierungsweisen sichtbar wird. Denn mit managerialen Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen werden akademische Subjekte als Dienstleister*innen, Unternehmer*innen und Manager*innen adressiert, obwohl sie keine sind (vgl. Deutungsmuster „Wissenschaftler*innen als Unternehmer*innen und Manager*innen“; Abschnitt 6.2 Die balancierende akademische Persönlichkeit als moderne Subjektivierungsweise). Es besteht somit ein eklatantes Spannungsverhältnis zwischen subjektiven Soll-Zuständen und persönlichen Ist-Zuständen von Wissenschaftler*innen im universitären Feld der BRD.

Um das Spannungsverhältnis zwischen Subjektivierungsformen des NPM-Diskurses, des wissenschaftlichen Spezialdiskurses und jenen eines neoliberalen Diskurses sowie den Deutungsmustern und Subjektivierungsweisen der Befragten ins Blickfeld zu rücken, wurde die Perspektive der Soziologie des individuellen Widerstands entwickelt. Den Ausgangspunkt dieser Perspektive bildet die Annahme, dass es ohne Widerstand keine Macht gibt (vgl. Foucault 1987: 116). Gleichwohl werden mit der Soziologie des individuellen Widerstands zentrale

Kritikpunkte am Konzept der Gouvernamentalität berücksichtigt, da weder Wissen und Aussagesinn auf Macht reduziert werden noch eine Reduktion der sozialen Wirklichkeit auf „Als-ob-Anthropologien“ (Lessenich 2003: 91) stattfindet (vgl. Waldenfels 1991: 281). Stattdessen werden diskursiv konstruierte Wirklichkeiten, verschiedene Regierungsweisen, Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen mit dem persönlichen Widerstand handelnder Menschen kontrastiert. Deswegen bietet es sich an, Machtverhältnisse im universitären Feld durch den persönlichen Widerstand von Wissenschaftler*innen zu untersuchen sowie die von Reitz (2021: 62) vorgeschlagenen systemtheoretischen und prozesssoziologischen Perspektiven auf das Transformationsgeschehen an Hochschulen mit einer von wissenssoziologischen und gouvernamentalitätstheoretischen Paradigmen inspirierten Soziologie des individuellen Widerstands anzureichern. Denn möchten „wir wissen [...], was Machtbeziehungen sind, müssen wir vielleicht die Widerstände dagegen untersuchen und die Bemühungen, diese Beziehungen aufzulösen“ (Foucault 2017: 84). Der persönliche Widerstand von Wissenschaftler*innen wird an Bruchstellen eines akademischen Subjektivierungsregimes sichtbar (vgl. Deleuze 1991: 155 f.). Demnach bilden die Übergänge von Subjektivierungsformen zu Deutungsmustern, aus denen akademische Subjektivierungsweisen mit (nicht-)diskursiven Praktiken entstehen, den Dreh- und Angelpunkt des persönlichen Widerstands von Wissenschaftler*innen in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernamentalität (vgl. Abbildung 7.2: Akademische Subjektivierung im Dispositiv neoliberaler Gouvernamentalität). Entgegen einem klassischen Verständnis der Protest- und Bewegungsforschung wird Widerstand hier nicht auf politischen Protest reduziert, sondern am individuellen Widerstand festgemacht, der bei der Konfrontation des Einzelnen mit Wissensordnungen, Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen entsteht. Weiterhin grenzt sich die Soziologie des individuellen Widerstands von der Entweder-oder-Entscheidung zwischen den Maximen „Das-Subjekt-ist-tot-es-lebe-das-Subjekt“ (Angermüller 2015: 101) ab und nimmt stattdessen eine Subjekt-Akteurs-Perspektive ein. Zum einen erlaubt die doppelte Perspektive, ein Subjekt als Kontaktfläche und Effekt von Diskursen, Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen zu betrachten. Zum anderen wird die interpretative Kompetenz des Individuums betont, wodurch Akteur*innen in der Lage sind eine diskursive Wirklichkeit umzudeuten, zu unterlaufen und zu transformieren (vgl. Keller 2011: 228).

Mit dieser Heuristik ist es gelungen, eine Wechselwirkung zwischen Sozialstruktur und Individuum in einem Regime aus Wissen, Macht und Subjektivierung in der deutschen Hochschullandschaft zu rekonstruieren. Denn die empirischen Erkenntnisse zeigen, dass sich akademische Subjekte die Wissens- und

Identitätspolitik des NPM-Diskurses aneignen, wodurch einerseits ein Anpassungsverhalten entsteht und Wissenschaftler*innen so lehren und forschen, dass manageriale Kennzahlen erfüllt werden. Infolge dieser Transformation von akademischen Subjektivierungsweisen avanciert unternehmerisches und manageriales Handeln für die Befragten zu einem irreduziblen Teil der Wirklichkeit. Andererseits erzeugen die Herrschaftstechnologien und Subjektivierungsformen des Managementdiskurses bei den Interviewteilnehmer*innen einen persönlichen Widerstand, der mitunter zu Selbstzweifeln, Handlungsambivalenzen, (Selbst-) Ausbeutung und einer temporären Ent-Subjektivierung führt. Sichtbar werden Momente des Entziehens an nicht-diskursiven Praktiken, die weder das Skript des Managementdiskurses erfüllen noch in die Diskursformation rund um den NPM-Diskurs eingeeht werden können. Diese subversiven Verhaltensweisen lassen sich insbesondere bei Befragten mit unbefristeten Arbeitsverträgen und anderen beruflichen Sicherheiten beobachten. Aus diesem Grund strukturieren die Produktions- und Beschäftigungsverhältnisse sowie soziodemografische Merkmale die Denk- und Handlungsweisen von Wissenschaftler*innen (vgl. Bourdieu 1992: 10; Mannheim 1985 [1929]: 233). Deswegen können subversive Verhaltensweisen bei prekär beschäftigten Befragten weitaus seltener beobachtet werden als bei Studienteilnehmer*innen mit beruflichen Sicherheiten. Damit gewährleistet die akademische Prekarität einen gouvernementalen Zugriff auf akademische Subjektivierungsweisen und stellt gleichzeitig sicher, dass sich Wissenschaftler*innen – trotz individuellen Widerstands – nicht gegen ein Subjektivierungs- und Ausbeutungsregime in der deutschen Hochschullandschaft erheben.

Bei den Interviewteilnehmer*innen führt persönlicher Widerstand also nicht zu einem flächendeckenden politischen Protest oder gar zur Revolution, sondern zu einer balancierenden akademischen Subjektivierungsweise. Diese Denk- und Handlungsweise ermöglicht es den Befragten, unterschiedlichen Anrufungen von Subjektivierungsformen der Diskursformation eines Dispositivs neoliberaler Gouvernementalität nachzukommen und strukturelle Spannungen verschiedener Wissensordnungen zu nivellieren (vgl. Abschnitt 6.2 Die balancierende akademische Persönlichkeit als moderne Subjektivierungsweise). Ferner nutzen die Befragten eine balancierende Verhaltensweise, um ihre Interessen der Sicherheit und Freiheit in die Infrastrukturen eines Dispositivs neoliberaler Gouvernementalität zu integrieren (vgl. Deutungsmuster „Drittmittel als Rettung“; „Drittmittel als Freiheit“, „Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung“). Ungeachtet des Ausgleichens struktureller und individueller Spannungen können sich einige Interviewteilnehmer*innen temporär ent-subjektivieren. Mithilfe

dieser Fluchtpunkte kann eine diskursiv konstruierte Lebenstotalität in der deutschen Hochschullandschaft mit Handlungsalternativen von Wissenschaftler*innen angereichert werden.

Den Ausgangspunkt für die Diskussion über Ent-Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität bildet die Idee des Anderswerdens und Andersseins. Denn

„seit dem 20. Jahrhundert wissen wir, dass man selbst nichts tun kann, wenn man nichts über sich selbst weiß. Die Wahrheit über sich selbst ist eine Voraussetzung für das Dasein, aber es gibt auch Gesellschaften, in denen man sich durchaus vorstellen kann, dass man die Wahrheit über sich selbst einsetzt, um das zu tun, was man tut, und zu sein, was man ist. Eine Kunst seiner selbst, die das genaue Gegenteil des eigenen Selbst wäre. Das eigene Sein zu einem Kunstwerk machen, das ist wirklich der Mühe wert“ (Foucault 2017: 112).

Die Theorie der Ent-Subjektivierung, kann in Rekurs auf ein subversives Kunstverständnis zurückgeführt werden, denn Foucault bewunderte jene Künstler*innen, die sich ästhetischen Normativen der zeitgenössischen Kunstepochen entzogen und gleichzeitig keine neuen Programme der Kunst erschufen (ebd.: 31 f.). So spiegelt sich in Manets Werk „Le Balcon“ eine Ent-Subjektivierung des Malers von der Ästhetik der Kunst wider, denn

„wie Sie wissen, lässt sich die Hässlichkeit nur sehr schwer definieren. Es kann sich um vollständige Zerstörung handeln, um systematische Gleichgültigkeit gegenüber sämtlichen ästhetischen Kanons, und nicht nur denen seiner Epoche. Manet war gleichgültig gegenüber den ästhetischen Kanons, die so sehr in unserer Empfindsamkeit verankert sind, dass man selbst jetzt noch nicht versteht, warum er es gemacht hat, und wie er es gemacht hat“ (ebd.: 31)

Das Malen abseits einer künstlerischen und allgemeingültigen Ästhetik stellt eine Praktik der Ent-Subjektivierung dar, denn Manet konnte sich darüber einer Ästhetik der Kunst entziehen. Mit diesem Verständnis grenzt sich Ent-Subjektivierung auch von nonkonformistischen Verhaltensweisen ab, die andere Subjektnormierungen produzieren. Diesbezüglich lässt sich vielleicht auch die Frage beantworten, warum z. B. religiöse Nonkonformist*innen anders gleich sind (vgl. Kleine 2015). Möchte man Ent-Subjektivierung einer politischen Philosophie zuordnen, entstehen Parallelen zu dem von Stirner (1968 [1845]) geprägten Individualanarchismus (vgl. Degen & Knoblauch 2006: 35–39). Denn wie Foucault entwickelt Stirner kein Konzept der Gesellschaftsveränderung, sondern die

„Theorie‘ einer Selbstbefreiung; er wollte die Individuation der Einzelnen. Indem das Individuum sich seinen Abhängigkeiten, seinen eingeschliffenen Normen, seiner Unvollkommenheit, seiner ‚Beziehungen‘ stellt, d.h. sich von ihnen emanzipiert, wird der Einzelne frei. Dann haben die herrschenden Zwangsverhältnisse ihren Mythos der Unabänderlichkeit und damit ihre reale Macht verloren“ (ebd.: 16).

Im Zentrum der Selbstbefreiung steht die Emanzipation des Einzelnen von Subjektivierungsformen, was Stirner (1968 [1845]: 23) wie folgt zusammenfasst: „das Wissen muß sterben, um als Wille wieder aufzuerstehen, und als freie Person sich täglich neu zu schaffen.“

Weniger radikal, aber mit einer ähnlichen Stoßrichtung äußert sich Foucault (2017: 73) über die Ent-Subjektivierung von Normativen der Homosexualität, indem er konstatiert,

„Programme und Vorschläge sind gefährlich. Programme werden zu Gesetzen, die das Erfinden verbieten. Wir bräuchten aber eine Erfindungsgabe, die unserer gegenwärtigen Situation angemessen wäre und auch etwa dem, was die Amerikaner als Coming-out bezeichnen. Das Programm muss leer sein. Es muss in der Vergangenheit graben und aufzeigen, dass die Dinge aus bestimmten intelligiblen Gründen historisch kontingent, aber nicht notwendig waren. Wir müssen das Intelligible vor dem Hintergrund einer Leere aufscheinen lassen, jede Notwendigkeit bestreiten und zugleich denken, dass die Dinge, die existieren, keineswegs alle möglichen Räume füllen. Wir müssen die Frage, welches Spiel wir spielen und wie wir ein Spiel erfinden können, zu einer echten und unabweisbaren Herausforderung machen.“

Bezieht man die Theorie der Ent-Subjektivierung auf die Wissenschaft, besteht eine emanzipatorische Arbeitsweise darin, wissenschaftlich zu arbeiten, ohne sich an eine akademische Identität zu binden.

Insofern kann auch die vorliegende Arbeit als handlungspraktischer Versuch der Ent-Subjektivierung von etablierten wissenschaftlichen Theorien und Konzepten betrachtet werden. Die Selbstbefreiung besteht im Fall der vorliegenden Arbeit darin, mit Foucaults Konzepten zu arbeiten, ohne zum Foucaultianer zu werden und Räume des Wissens mit ihren Möglichkeiten zu konfrontieren, um neue Erkenntnisse abseits von schulischem Denken zu entwickeln. Gewissermaßen gleicht dieser Ent-Subjektivierungsprozess der Nutzung von Verkehrsmitteln ohne gültigen Fahrschein, da Infrastrukturen des Wissens genutzt werden, ohne dafür mit einer Subjektivierung zu zahlen. Dementsprechend kann auch die einleitend aufgeworfene Fragestellung von Foucault (Gros 2004 zit. n. Foucault 2004c: 637) beantwortet werden: „Es [ist] möglich, zur Wahrheit Zugang zu haben, ohne dafür mit einem Opfer, einer Askese, einer Verwandlung oder einer Läuterung zu bezahlen.“ Wird eine (wissenschaftliche) Wahrheit jedoch zur

Ultimo Ratio erklärt, entsteht eine Lebenstotalität mit (akademischen) Subjektivierungsformen. Demnach stellt die Soziologie des individuellen Widerstands kein Forschungsprogramm in Form einer Klaviatur der (wissenschaftlichen) Wahrheit dar, sondern offeriert sowohl eine Perspektive, um Macht vom persönlichen Widerstand handelnder Menschen aus zu untersuchen, als auch eine Praxis der Selbstbefreiung.

Was die Ent-Subjektivierung der Befragten betrifft, wird deutlich, dass die Möglichkeit, sich unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsformen zu entziehen, aufgrund der prekären Beschäftigungsverhältnisse und der Erschließung von „unmarked spaces“ (Heintz 2008: 121) durch Herrschaftstechnologien des NPM-Diskurses eingeschränkt ist. Die Intergouvernementalität des Managementdiskurses erzeugt ein wirkungsvolles Subjektivierungsregime in der deutschen Hochschullandschaft, weil es gelingt, unterschiedliche Interessen von Wissenschaftler*innen zu kanalisieren und zu steuern. Aber selbst in diesem engmaschigen Subjektivierungs- und Ausbeutungsregime entstehen individueller Widerstand und nicht-diskursive Praktiken, die zu einer Ent-Subjektivierung auf Zeit führen. So begegnet ein Befragter managerialen Anrufungen mit Gleichgültigkeit, weil er eine vorgeschriebene Anzahl von zu publizierenden Peer-review-Artikel ignoriert (vgl. Postdok Natur 3). Als Grund für die Gleichgültigkeit gegenüber den Subjektivierungsformen des Managementdiskurses führt der Interviewteilnehmer seine persönliche Freiheit an. Die Gleichgültigkeit gegenüber Subjektnormierungen spiegelt sich auch im Anderspublizieren wider. Deswegen verzichtet eine Professorin (Soz) vorläufig auf englischsprachige Journalartikel und arbeitet stattdessen an einer deutschsprachigen Monografie für eine nicht wissenschaftliche Leser*innenschaft. Weiterhin werden Momente der Ent-Subjektivierung an der Umdeutung von bibliometrischen Kennzahlen sichtbar. Deswegen weist eine Doktorandin (Natur 1) auf einen „inhaltlichen Impact“ und widersetzt sich zeitweise einer Qualitätsbewertung über bibliometrische Indikatoren, womit eine Herrschaft über Kennzahlen erodiert. Infolge dieser subversiven Denkweise veröffentlicht die Befragte ihre Forschungsergebnisse partiell in kaum sichtbaren Publikationsformaten und entzieht sich auf diese Weise temporär akademischen Subjektivierungsformen des NPM-Diskurses (ebd.). Solche Ent-Subjektivierungsmomente können auch bei den managerialen Evaluierungen von Lehrveranstaltungen beobachtet werden. Eine Befragte bezweifelt die Aussagekraft von standardisierten Evaluierungen über die Qualität der Lehre, weil versucht wird „etwas zu quantifizieren, was etwas Qualitatives ist“ (Jun.prof Wirt 2). Deswegen „ignoriere ich diese Ergebnisse“ (Postdok Natur 2). Ein anderer Befragter holt sich stattdessen eine persönliche Rückmeldung bei den Studierenden ein, indem er eine „andere Form von Evaluierung von Seminaren und anderen

Lehrveranstaltungen [macht], die mehr so auf Interaktion beruht und nicht so auf einem Fragebogen“ (PD Human).

Für diese Ent-Subjektivierungsmomente zahlen die Befragten jedoch oft den Preis der Selbstausbeutung. Denn alles, was nicht gemessen wird, bleibt in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernamentalität unsichtbar und wird von den Befragten teilweise zur Freizeitaktivität deklariert (vgl. Dok Natur 1). Deshalb kann Selbstausbeutung auch als Selbsttechnologie betrachtet werden, weil die Befragten über die Ausbeutung ihrer eigenen Arbeitskraft persönliche Interessen und Subjektivierungsformen verwirklichen. Erschwert wird die Ent-Subjektivierung der Interviewteilnehmer*innen durch Identitätskonflikte. Diese persönlichen Konflikte äußern sich durch Handlungsambivalenzen und zeigen, dass nicht-diskursive Praktiken keineswegs eine Ent-Subjektivierung nach sich ziehen müssen, sondern unter Umständen andere Subjektivierungsformen bedienen. Deswegen ist für eine Postdoktorandin (Wirt) „als Hochschulmitarbeiter [...] die Lehre [ein] essenzieller Bestandteil“, auch wenn sie vollständig über Drittmittel finanziert wird und sich deswegen für Lehrtätigkeiten ausbeutet. Die Befragte bindet sich mit ihrer Identität als Hochschulmitarbeiterin an das Humboldt'sche Ideal der Einheit von Lehre und Forschung und entzieht sich dadurch ein Stück weit Subjektivierungsformen des Managementdiskurses. Zur gleichen Zeit bedient sie traditionelle Subjektivierungsformen eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses.

Insofern kann die Praxis der Ent-Subjektivierung – zumindest mit den vorliegenden empirischen Erkenntnissen – unter einem relativen Freiheitsbegriff verhandelt werden (vgl. Gengnagel, Witte & Schmitz 2017: 403). Die Emanzipation des Einzelnen wird also im Verhältnis zu bestimmten Wissens- und Identitätspolitiken betrachtet. Den Bezugsrahmen bildet im vorliegenden Fall der Managementdiskurs, weshalb das Entziehen von unternehmerisch-managerialen Subjektivierungsformen zu mehr persönlicher Freiheit führt, aber zu keiner absoluten persönlichen Autonomie, da die Befragten mitunter von anderen Subjektivierungsformen beeinflusst werden. Aus diesem Grund ist die Praxis der Selbstbefreiung kein idealistisches Projekt, sondern ein empirisch greifbares Spannungsverhältnis zwischen dem Einzelnen und einem Regime aus Wissen, Macht und Subjektivierung. Demgemäß sind die Ent-Subjektivierungsanstrengungen der Befragten mit einem permanenten Aushandlungsprozess zwischen persönlichen Interessen und strukturellen Anforderungen verbunden. Der Grad der persönlichen Autonomie wird von der Abhängigkeit des Einzelnen von geltendem Wissen über die Wirklichkeit bestimmt. Oder anders formuliert: Die Heteronomie von Wahrheiten, Selbstbildern und Selbsterkenntnis determiniert persönliche Freiheitsgrade. Dieses Machtverhältnis ist untrennbar mit einem individuellen Widerstand

verbunden, da Subjektivierungsformen nicht nahtlos in Subjektivierungsweisen übergehen (Bührmann 2012: 151 ff.). Wie sich der Einzelne jedoch mit seinem persönlichen Widerstand arrangiert, liegt an seiner Seinsverbundenheit, der interpretativen Kompetenz und dem Willen zur Selbstbefreiung. Auf einer persönlichen Ebene wird Ent-Subjektivierung greifbar, wenn man die Frage nach der eigenen Identität nicht beantworten kann. Ist man weder Mann noch Frau noch Unternehmer*in oder Wissenschaftler*in, so hat man sich Subjektivierungsformen entzogen, denn mit all diesen Sozialfiguren sind Programme der Lebensführung verbunden, die Menschen vorschreiben, wie sie sich selbst und andere wahrnehmen, erleben und deuten sollen.

In Hinblick auf das Wechselspiel aus Fremd- und Selbstführung von akademischen Subjekten hinterlässt die vorliegende Arbeit einige Forschungslücken. Es konnte zwar gezeigt werden, dass die Befragten sich selbst ausbeuten, um persönliche Interessen und strukturelle Erwartungen zu erfüllen. Darüber hinaus eignen sich die Interviewteilnehmer*innen manageriale Herrschaftstechnologien zur Selbstvergewisserung und Selbsterkenntnis an (vgl. Deutungsmuster „Wettbewerb als soziale Selbstvergewisserung“). Neben ihrer persönlichen Wettbewerbsposition nutzen die Befragten Berichte für Drittmittelgeber*innen als Selbsttechnologie. So beschreibt eine Postdoktorandin (Soz) ihre Reflexion mittels Berichten als „Koksmomente“, bei denen sie erkennt, was sie tatsächlich geleistet hat und wer sie ist. Auch wenn Plutarch und Seneca beim Schreiben und Reflektieren der Hypomnemata¹ nicht von Koksmomenten sprechen, besteht eine Verbindung zwischen antiken und modernen Selbsttechnologien, die zur Selbsterkenntnis und Prüfung der Selbstwirksamkeit genutzt werden (vgl. Foucault 2017: 140 f.).

Diese Befunde täuschen jedoch nicht darüber hinweg, dass Selbsttechnologien der Achtsamkeit in der Analyse von akademischer Subjektivierung in einem Dispositiv neoliberaler Gouvernementalität unbeleuchtet bleiben (ebd.: 291 f.). Hier gilt zu fragen: Ist der buddhistische Geist des Kapitalismus noch nicht bis in die deutsche Hochschullandschaft vorgedrungen (vgl. Wagner 2015)? Denn in der Privatwirtschaft sind persönliche Arbeitszeitsouveränität und Eigenverantwortung bei gleichzeitig ansteigenden Zahlen der Betroffenen von Erschöpfungskrankheiten mit der Anrufung verbunden, achte auf dich selbst (ebd.: 9–13). Wirft man einen Blick in die akademische Arbeitswelt, können hier ähnliche Phänomene wie in der Wirtschaft beobachtet werden. So problematisieren Krankenkassen, dass

¹ Hiermit wird Bezug auf Wissen über das Selbst (Rechnungsbücher, öffentliche Register, Briefe sowie Notiz- und Tagebücher) genommen, das der Einzelne zur Selbsterkenntnis nutzt (vgl. Foucault 2017: 140 f.).

Studierende zunehmend durch einen Wandel ihrer Arbeitswelt belastet werden. Im BARMER-Arztreport heißt es:

„Selbst bei den Studierenden, die bislang als weitgehend ‚gesunde‘ Gruppe galten, [ist] inzwischen mehr als jeder sechste (17 Prozent) von einer psychischen Diagnose betroffen. Das entspricht rund 470.000 Personen. Vieles spricht dafür, dass es künftig noch deutlich mehr psychisch kranke junge Menschen geben wird. Gerade bei den angehenden Akademikern steigen Zeit- und Leistungsdruck kontinuierlich, hinzukommen finanzielle Sorgen und Zukunftsängste“ (Grobe, Steinmann & Szecsenyi 2018: 8).

Erschwerend wirkt sich die Corona-Pandemie auf die psychische Gesundheit aus, denn einer Umfrage des fzs (2022: 16) kann entnommen werden, dass 63 % von 5.566 befragten Studierenden im Wintersemester 2021/2022 angaben, unter einer stärkeren Arbeitsbelastung zu leiden. Gleichwohl werden Erschöpfungskrankheiten zum Tabuthema erklärt, womit strukturelle Risiken vom Einzelnen verantwortet werden sollen. Gestützt werden die Imperative der Eigenverantwortung und Selbsthilfe durch die ICD-11-Klassifikation – hier werden zeitdiagnostische Erschöpfungskrankheiten wie Burnout zum Problem der persönlichen Lebensführung deklariert. Als mögliche Ursachen einer problematischen Lebensführung werden „unzulängliche soziale Fähigkeiten“ und „soziale Rollenkonflikte“ (BfArM 2021) angeführt. Es bleibt jedoch offen, ob die Imperative der Eigenverantwortlichkeit und Achtsamkeit tatsächlich Selbsttechnologien hervorbringen und akademische Subjektivierungsweisen beeinflussen. Dahingehend könnte die Untersuchung von Praktiken der Selbsterkenntnis und Achtsamkeit genutzt werden, um zu erklären, wie sich akademische Subjekte mit dem persönlichen Risiko, an Erschöpfung zu erkranken, arrangieren und ihre Arbeitskraft unter prekären Arbeitsbedingungen regenerieren. Es liegt nahe, dass zwischen Arbeitsbelastung und Subjektivierung ein Zusammenhang besteht, da „die Kultur der Selbstständigkeit [...] ein hohes Maß an Stress [erschafft]“ (Wagner 2015: 9). Zur Erforschung von Selbsttechnologien bietet sich die Soziologie des individuellen Widerstands in mehrfacher Hinsicht an: Erstens „äußert sich individuelles Leiden an der Arbeit und an unbefriedigenden Reproduktionsbedingungen gegenwärtig subjektiv in breitem Ausmaß in psychischen Erschöpfungssymptomaten und wird auf diese Weise für die Betroffenen wie in der Gesellschaft sprechbar und plausibel“ (Greafe 2015: 15). Damit kann Arbeitsbelastung und die Bearbeitung von problematischen Gesundheitszuständen aus der Perspektive handelnder Menschen erforscht werden. Zweitens empfiehlt sich die Perspektive der Soziologie des persönlichen Widerstands, weil sich Betroffene mit ihrer Arbeit in hohem Ausmaß identifizieren und infolge struktureller Risiken ihre Identität zu einem

(gesundheitlichen) Problem wird (ebd.: 16). Eine starke Identifikation mit der wissenschaftlichen Arbeit konnte auch bei einigen Befragten beobachtet werden. Insbesondere die Alternativlosigkeit zur beruflichen Tätigkeit an einer Hochschule sowie die wissenschaftliche Karriere als hochriskantes Wagnis zu betrachten, sprechen für eine starke Identifikation einiger Interviewteilnehmer*innen mit ihrer Arbeit (vgl. Deutungsmuster „Wissenschaftliche Karriere als persönlicher All-in“). Zu klären ist demnach, wie Arbeit und Subjektivierung für den Einzelnen so problematisch werden, dass er ausbrennt. Dazu können die Subjektivierungsformen des „flexiblen Menschen“ (Sennett 2008) und des „erschöpften Selbst“ (Ehrenberg 2008) mit den Subjektivierungsweisen tatsächlich erkrankter akademischer Subjekte kontrastiert werden. Diesbezüglich kann mithilfe der Soziologie des individuellen Widerstands geklärt werden, inwieweit innere Konflikte mit einem Set aus unterschiedlichen Selbsttechnologien bearbeitet werden und möglicherweise zu zeitdiagnostischen Erschöpfungskrankheiten führen (vgl. Graefe 2015: 8).

Ein weiteres bisher unerschlossenes Forschungsfeld entsteht mit der Subjektivierung von Angehörigen der Hochschulleitung. In den Sozialwissenschaften wurden große Anstrengungen unternommen zu erforschen, welche Effekte manageriale Herrschaftstechnologien auf akademische Subjekte mit sich bringen (vgl. Janßen & Sondermann 2016; Niemann 2019; Schmid & Ullrich 2018). Die Wirkung von managerialen Herrschaftstechnologien auf Hochschulmanager*innen hat hingegen keine Beachtung gefunden. Auch wenn exponierte Vertreter*innen des Managementdiskurses in der Öffentlichkeit „die uneingeschränkte Empfehlung von Wettbewerb und ‚Bestenauslese‘“ (Reitz 2017) aussprechen, kann mit der Soziologie des individuellen Widerstands hinterfragt werden, ob die Selbstdarstellung von Hochschulmanager*innen auch ihrer inneren Haltung zu wissenschaftspolitischen Fragen entspricht. Überdies kann angenommen werden, dass Subjektivierungsweisen von Hochschulmanager*innen erodieren und transformiert werden, weil eine manageriale Beschäftigungspolitik der Unsicherheit in der Öffentlichkeit zunehmend auf Kritik stößt (vgl. van Laak 2022; Wiarda 2022; Weber 2020). Mit der Untersuchung von managerialen Subjektivierungsweisen wird zudem beleuchtet, auf welchen (persönlichen) Widerstand die Wissens- und Identitätspolitik des Managementdiskurses stößt. Gelingt es Hochschulmanager*innen hingegen, die Reformanstrengungen in Infrastrukturen des NPM-Diskurses einzuhegen, kann erklärt werden, wie über öffentlichen und wissenschaftspolitischen Widerstand die Macht des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft gesichert wird (vgl. Burchard 2021; Thomalla 2021). Mit der Frage, wie Hochschulmanager*innen tatsächlich denken und handeln, wird auch das Machtverhältnis zwischen managerialen Subjekten und dem

NPM-Diskurs beleuchtet. Denn für herrschende manageriale Subjekte scheint das Gleiche wie für beherrschte akademische Subjekte zu gelten: Wer sich nicht an das Transformationsgeschehen in der Diskursformation rund um den Managementdiskurs anpassen kann, wird ausgesondert. Oder sondert sich selbst aus, wie Sabine Kunst, die ihr Amt als Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin aus Protest gegen die Reformen des Berliner Hochschulgesetzes und einer damit verbundenen Ent-Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit niederlegt hat (vgl. Warnecke & Burchard 2021). Bemerkenswert ist, dass Kunst 2020 noch als „Hochschulmanager*in des Jahres“ ausgezeichnet und von der Jury für ihre „herausragende Veränderungsdynamik“ (Hoffmann-Kobert 2020) gelobt wurde. Hier drängen sich gleich mehrere Fragen auf: Werden der Geltungsanspruch und die Deutungsmacht des Managementdiskurses in der deutschen Hochschullandschaft durch die mangelnde Anpassungsfähigkeit einiger exponierter managerialer Subjekte an das aktuelle Reformgeschehen gefährdet? Darüber hinaus wäre es interessant zu klären, wie sich nachfolgende Managementgenerationen mit den wissenschaftspolitischen Bestrebungen arrangieren, eine ihrer wirkungsvollsten Herrschaftstechnologien zu destabilisieren. Gelingt es ihnen, die Wissens- und Identitätspolitik des NPM-Diskurses in aktualisierter Form in das Reformgeschehen zu integrieren? Oder führt die Problematisierung von akademischer Prekarität zu einer Krise des Hochschulmanagements und einer wissenschaftspolitischen Transformation des NPM-Diskurses?

Letztlich lassen sich mit der Soziologie des individuellen Widerstands und mit einer Praxis der Selbstbefreiung andere Gesellschaftsbereiche untersuchen. Neue Erkenntnisse über Ent-Subjektivierungsprozesse verspricht eine Untersuchung von linkspolitischen Freiräumen.

„Der Anspruch linker und alternativer Freiräume besteht darin, Orte zu schaffen, in denen sich die einzelnen Individuen so frei wie möglich von den Zwängen und Normierungen des Kapitalismus entfalten und verwirklichen können. Diese Räume sollen auch einen Schutzraum gegen rassistische, sexistische, schwulen- und lesbenfeindliche Diskriminierung bieten. Und vor allem: Sie sollen Experimentierfeld sein, um ein anderes Zusammenleben zu erproben“ (Grün & Karlson 2013).

Mit diesem Freiraumverständnis sind mehrere Forschungsfragen verbunden: Erstens sind die Nutzungsbedingungen dieser Räume von Interesse. Dahingehend muss geklärt werden, ob die Nutzung von Freiräumen mit der Aneignung einer linken Wissens- und Identitätspolitik verbunden ist, die dem Einzelnen anders vorschreibt, wie er sich selbst und andere Menschen erleben, wahrnehmen und deuten soll? Falls linke Subjektivierungsformen in Freiräumen auftreten, drängt sich die Frage auf: Wie arrangieren sich Menschen in diesen Freiräumen bei ihren

Ent-Subjektivierungsanstrengungen mit linken Subjektnormierungen? Und weiter: Führt der persönliche Widerstand zwischen linken Subjektivierungsformen und -weisen zu einer Selbstbefreiung? Gleichwohl ist damit die Frage verbunden, wie viel persönliche Freiheit lässt die Infrastruktur von linken Freiräumen tatsächlich zu? Angereichert werden kann die Untersuchung von linkspolitischen Freiräumen durch Foucaults (2021) Konzept der Heterotopie. Hierbei handelt es sich um Orte, an denen Normative nicht oder nur teilweise von handelnden Menschen berücksichtigt werden. Dadurch stellen Heterotopien

„alle anderen Räume in Frage, und zwar auf zweierlei Weise: entweder [...] indem sie eine Illusion schaffen, welche die gesamte übrige Realität als Illusion entlarvt, oder indem sie ganz real einen anderen realen Raum schaffen, der im Gegensatz zur wirren Unordnung unseres Raumes eine vollkommene Ordnung aufweist“ (ebd.: 19 f.).

Mit dem Konzept der Heterotopien wird der Praxis der Selbstbefreiung eine Heimat gegeben. Dessen ungeachtet ist mit empirischen Erkenntnissen zu hinterfragen, ob Heterotopien und eine Praxis der Selbstbefreiung in der modernen Gesellschaft verwirklicht werden.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Das besondere Subjektivierungs- und Ausbeutungsregime in der deutschen Hochschullandschaft erfordert auch ein Nachwort *sui generis*. Wie eingangs angekündigt, folgt nun die politische Botschaft der wissenschaftlichen Arbeit. Dazu werden im Folgenden – entgegen traditionellen akademischen Imperativen – politische Forderungen formuliert. Eine empirische Bodenhaftung erhalten die politischen Schlussfolgerungen durch Aussagen der Interviewteilnehmer*innen zu ihren Zukunftsperspektiven und Wünschen (vgl. Electronic Supplementary Material).

Mit der wissenschaftlichen Praktik, die Befragten sprechen zu lassen, ist auch die *erste Forderung* verbunden: Entscheidungen sollen durch Entscheidungsbetroffene gefällt werden. Mit einer Demokratisierung von Hochschulen erhalten alle Statusgruppen nicht nur ein Mitspracherecht, sondern werden aktiv an Entscheidungen in ihrer Arbeitswelt beteiligt. Einerseits werden damit Lehrende und Studierende stärker an der Einführung von Studiengängen und der Änderung von Studieninhalten beteiligt, da sie die Hauptbetroffenen dieser Entscheidung sind. Oder anders formuliert:

„Die [Studierenden] sind zwar überall mit vertreten, aber groß sagen und Einfluss nehmen, können sie nicht. Und da sollte [...] man jetzt die Studierenden nicht über alles entscheiden lassen (lacht) [...], aber man kann sie in bestimmten Dingen vielleicht doch stärker mit einbinden. Ich glaube, da würden sie sich auch freuen und fühlten sich auch angenommen“ (Prof Recht).

Ergänzende Information Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann
https://doi.org/10.1007/978-3-658-42747-4_9.

Hier wären Formen der direkten Demokratie denkbar. So könnte eine Entscheidung über Studienangebote innerhalb von Hochschulen durch eine Abstimmung aller Entscheidungsbetroffenen verhandelt werden. Selbstverständlich werden alle Stimmen gleichberechtigt gezählt, ohne die Berücksichtigung der jeweiligen Statusgruppe. Kurzum: „Jede Statusgruppe sollte bei den entscheidenden Fragen, die sie betreffen, mitbestimmen können, stärker als es jetzt der Fall ist“ (ebd.) Andererseits gilt es, eine gesellschaftliche Nachfrage zu berücksichtigen, sofern die Hochschule mit öffentlichen Mitteln gefördert wird. Manageriale Anreizsysteme hingegen, die zu einer Zentralisierung der Macht auf das Hochschulmanagement beitragen, müssen zugunsten einer Dezentralisierung und Demokratisierung von Hochschulen abgebaut werden.

Der persönliche Wunsch nach „mehr Freiheiten, mehr Demokratie zwischen den verschiedenen Akteur(.)innen“ (Postdok Natur 1) ist unweigerlich mit der *zweiten Forderung* nach „flacheren Hierarchien [...] zwischen Institutsleitungen, Gruppenleitungen und den Angestellten“ (ebd.) verbunden. Denn die persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen unterschiedlichen akademischen Statusgruppen sind in feudale Strukturen eingelassen, die eine Demokratisierung und persönliche Freiheit verhindern. Für eine Ent-Feudalisierung müssen vor allem die Privilegien von Hochschulmanager*innen und Hochschullehrer*innen fallen. Denn die Subjektivierungsanalyse hat gezeigt, dass traditionelle Abhängigkeitsverhältnisse sowohl von Hochschullehrer*innen zur Nutzenmaximierung herangezogen werden als auch von herrschenden managerialen Subjekten, um über einen Kaskadeneffekt ihre Interessen durchzusetzen (vgl. Deutungsmuster „Manageriale Steuerung als Autonomieeingriff“). Insbesondere die multifunktionale Rolle von Hochschullehrer*innen als Chef*innen, Betreuer*innen und Notengeber*innen erzeugt für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, aus denen sie sich nur schwer emanzipieren können. Aus diesem Grund muss eine personelle Trennung zwischen Vorgesetzten, Betreuer*innen und Notengeber*innen stattfinden. Hochschullehr*innen könnten mit ihrer langjährigen Forschungs- und Lehrerfahrung die Rolle der Betreuer*innen übernehmen. Die Betreuer*innen unterstützen Promovierende und Habilitierende in ihren wissenschaftlichen Interessen und werden zu einem Drittel an der Bewertung von Qualifikationsarbeiten beteiligt. Den restlichen Teil der Bewertung übernehmen zwei unabhängige Gutachter*innen aus einer anderen Hochschule. Weiterhin empfiehlt es sich, auch Gutachter*innen aus der Statusgruppe der Postdoktorand*innen zu gewinnen, um Absprachen zwischen Hochschullehrer*innen bezüglich der Bewertung zu vermeiden. Denn es hat sich herauskristalliert, dass ein institutionalisierter Nichtangriffspakt zwischen Hochschullehrer*innen aus Gruppenhochschulen die Reorganisation unter NPM überstanden hat (vgl.

WR 2018a: 29). Weiterhin kann festgehalten werden, dass „diese ganze Lehrstuhlstruktur [...] unfassbar alt [ist] und da würde ich auch etwas ändern, denn das ist nicht gesund diese Art von Autorität in den Händen weniger, das führt zu Konflikten“ (Postdok Geist 3). Insofern sind Verhandlungen über Arbeitsverträge zwischen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Hochschullehrer*innen problematisch, weil Angestellte auf die Gunst ihrer Vorgesetzten angewiesen sind, um ihren Verbleib an Hochschulen zu sichern. Diese Verhandlungen sollten von einer Personalabteilung geführt werden, die im Interesse der Wissenschaft und Gesellschaft für sichere und faire Beschäftigungsverhältnisse sorgt. Denn in der Subjektivierungsanalyse wurde deutlich, dass befristete Arbeitsverträge mit teilweise sehr kurzen Laufzeiten zu einer Selbstausschöpfung und der Vermeidung von wissenschaftlichen Wagnissen führen. Zu den am häufigsten geäußerten Wünschen der Befragten zählen sichere, entfristete Beschäftigungsverhältnisse jenseits einer Professur.

Damit besteht die *dritte Forderung* in einer Ent-Prekarisierung von (wissenschaftlicher) Arbeit an Hochschulen. Demzufolge „sollte [man] mehr Dauerstellen für Postdoks schaffen, weil ich das in unserer eigenen Arbeitsgruppe sehe, dass einfach diese Instanz fehlt und auch von vielen Doktoranden vermisst wird“ (Postdok Natur 6). Erstaunlich ist, dass diese Forderung auch von indirekt betroffenen Hochschullehrer*innen artikuliert wird, die sich zuweilen mit ihren prekär beschäftigten Mitarbeiter*innen solidarisieren (vgl. Lenk 2022: 156 f.). Dementsprechend konstatiert ein Professor (Wirt): „Ich glaube, wichtiger für die Doktorandenphase und insbesondere für die Postdoktorandenphase ist eine längerfristige Sicherheit, Planungssicherheit [...]. Das sollte dann nach erfolgreichem Doktorabschluss der Lohn sein.“ In Rekurs auf den angloamerikanischen Hochschulraum haben die Befragten konkrete Vorstellungen zur Ausgestaltung einer Ent-Prekarisierung des Mittelbaus.

„Einer meiner größten Wünsche wäre, wenn es das in Deutschland mehr gäbe wie in amerikanischen oder englischen Universitäten, dass du Lecturer hast, [...] wo du eben die Stabilität und Kontinuität hast. Und die Leute wirklich solide und gut ausgebildet werden von Leuten, die gerne Lehre machen und die gute Lehre machen und nicht von irgendwelchen Profs, die das machen müssen und kein Bock haben und das irgendwie abarbeiten“ (Dok Natur 1).

Ergänzend dazu sollten nach der Promotion unbefristete Stellen mit einem Schwerpunkt in der Forschung angeboten werden. Sowohl bei Researcher- als auch bei Lecturer-Stellen empfiehlt es sich jedoch, zugunsten einer fruchtbaren Einheit von Lehre und Forschung einen kleinen Lehr- bzw. Forschungsanteil in

die jeweiligen Stellenmodelle zu integrieren. Denn mit eigenen Forschungsvorhaben bleiben Lehrende auf dem aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und haben eine Abwechslung zum Lehralltag. Wohingegen es sich bei Researchern anbietet, mit Studierenden eigene Forschungsansätze in Lehrveranstaltungen zu erproben und wissenschaftliche Erkenntnisse diskutieren zu lassen. Eine Entfristung von Lecturer- und Researcher-Stellen aufgrund von Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit festgelegten Kennzahlen wird vor dem Hintergrund der empirischen Erkenntnisse der Arbeit abgelehnt, da hiermit manageriale Herrschaftsinteressen oktroyiert werden. Außerdem sinkt damit die Arbeitsautonomie des Einzelnen und Anreize für Fehlverhalten entstehen. Warum also sollten Arbeitsverträge für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen mit Dokortitel nicht nach maximal zwei Jahren entfristet werden? In anderen Worten: „Wir brauchen entfristete Stellen“ (PD Human). Mit einer Ent-Prekarisierung sind nicht nur unbefristete Stellen nach der Promotion verbunden, sondern ein Arbeitspensum, das ohne Selbstausbeutung bewältigt wird. Deshalb werden auch unbefristete Stellen in der Lehre mit einem Deputat von 18 Semesterwochenstunden abgelehnt. Je nach Fach und Arbeitsaufwand¹ sind für eine Vollzeitstelle in der Lehre 8 bis 12 Semesterwochenstunden angemessen.

Ferner ist mit einer Ent-Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit an deutschen Hochschulen gleichfalls eine bedingungslose Grundförderung von Forschenden verbunden. Diese Finanzierung muss ausreichend sein, um regelmäßig eigene Forschungsvorhaben zu realisieren, denn die unternehmerische Fähigkeit, sich selbst und sein Wissen zu vermarkten, darf nicht über den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt entscheiden. An dieser Stelle geht die Ent-Prekarisierung von wissenschaftlicher Arbeit auch mit einer Ent-Feudalisierung in Drittmittelstrukturen einher. Denn wenn Gutachter*innen von Forschungsanträgen gleichzeitig an einem Wettbewerb um Drittmittel teilnehmen, sind Wettbewerbsvorteile seitens privilegierter Wissenschaftler*innen unumgänglich. Somit ist es fraglich, wer mit welchen Kriterien über Forschungsanträge entscheiden soll. Es können also grundlegende Zweifel an einem staatlich inszenierten Wettbewerb und aufgeblähten Managementstrukturen an Hochschulen gehegt werden, die den Eindruck erwecken, man habe es mit Großkonzernen zu tun (vgl. WR 1996: 4 f.). Da weder

¹ Der Arbeitsaufwand könnte mit der Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden ermittelt werden. Das heißt, umso höher die Teilnehmer*innenzahl bei Lehrveranstaltungen ausfällt, desto weniger Semesterwochenstunden müssen geleistet werden, da der Arbeitsaufwand für einzelne Veranstaltungen steigt. Freilich müsste hier auch zwischen den Formaten der Lehrveranstaltungen (Übung, Seminar, Vorlesung usw.) sowie verschiedenen Prüfungsleistungen unterschieden werden, weil beispielweise die Korrektur einer Hausarbeit mit einem höheren Arbeitswand verbunden ist als eine Multiple-Choice-Klausur.

gewährleistet werden kann, dass ein fairer Wettbewerb organisiert wird, noch Hochschulen über ausreichendes Eigenkapital verfügen, für das Verantwortliche ein volles Verlustrisiko tragen, empfiehlt es sich, Hochschulen und ihre Angehörigen bedarfsorientiert zu finanzieren und ressourcenschluckende Wettbewerbs- und Managementstrukturen zu minimieren.

Deswegen lautet die *vierte Forderung*: Hochschulen sollen bedarfsorientiert finanziert und wissenschaftliche Erkenntnisse vergesellschaftet werden. Mit dieser Trendwende in der Hochschulfinanzierung und der Verwertung von wissenschaftlichen Erkenntnissen wird dem unternehmerisch-managerialen Treiben an deutschen Hochschulen Einhalt geboten. Das Hochschulmanagement würde öffentliche Mittel nicht mehr mit Eigenkapital verwechseln und Patente an den Höchstbietenden verkaufen, sondern die Hochschulautonomie, die gegenwärtig zur Freiheit der Hochschulleitung erklärt wird, wäre eine Autonomie aller Hochschulangehörigen und der Gesellschaft. Diese kollektive Freiheit erfordert jedoch auch ein direktes Mitspracherecht von gesellschaftlichen Vertreter*innen in Hochschulen. Hier sollten gesellschaftliche Interessen direkt in Hochschulgremien vertreten werden, anstatt öffentliche Mittel über Hochschulverträge zu vergeben und der Hochschulleitung zu überlassen, wie diese Mittel im Rahmen eines Globalhaushalts verteilt werden.

Zusammenfassen lassen sich die politischen Forderungen unter dem Leitbild einer demokratischen Hochschule. Der Wandel von unternehmerischen zu demokratischen Hochschulen wird durch eine Demokratisierung, Ent-Prekarisierung, Ent-Feudalisierung sowie durch eine bedingungslose, bedarfsorientierte Grundfinanzierung und Vergesellschaftung angetrieben. Mit der demokratischen Hochschule rücken sowohl persönliche Interessen von Hochschulangehörigen als auch gesellschaftliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt des organisatorischen Handelns. Mithilfe einer Dezentralisierung von Macht und Ent-Prekarisierung von (wissenschaftlicher) Arbeit werden zum einen faire Arbeitsbedingungen geschaffen. Zum anderen gewährleistet eine bedingungslose, bedarfsorientierte Grundfinanzierung und Ent-Feudalisierung, dass sich der wissenschaftliche Erkenntnisfortschritt abseits von wissenschaftspolitischen Thementrends und der Bevormundung über feudale Gutachter*innenstrukturen entfalten kann. Damit wird die demokratische Hochschule zu einem Ort der persönlichen und kollektiven Freiheit. Letztlich haben die Erkenntnisse der Arbeit gezeigt, dass man als Einzelner die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse zwar verwünschen, aber nicht wegwünschen kann. Was nicht bedeutet, dass eine Praxis der Selbstbefreiung und alternative Organisationsformen in der deutschen Hochschullandschaft unmöglich sind. Gleichwohl verdeutlicht die Analyse von akademischer Subjektivierung in einem Dispositiv

neoliberaler Gouvernementalität, dass eine Revolution von beherrschten Subjekten vorerst ausbleiben wird, da die Spielarten des (akademischen) Kapitalismus im universitären Feld nicht zur Solidarität und einem politischen Bewusstsein unter direkt Betroffenen führen, sondern zu einem Anpassungsverhalten und einem stahlharten Gehäuse der Konkurrenz. Dahingehend haben Marx und Engels (1967 [1848]: 10) ihren politischen Wunsch zum Vater der Gesellschaftsdiagnose gemacht und die Anpassungsfähigkeit der Menschen an strukturelle Spannungsverhältnisse des Kapitalismus unterschätzt. Es ist jedoch naheliegender, dass eine Erosion des Status quo durch Reformen einen politischen Protest gegen das bestehende Subjektivierungs- und Ausbeutungsregime in der deutschen Hochschullandschaft schürt und möglicherweise zu einem fundamentalen Umbruch führt (vgl. Tocqueville 2012 [1867]: 178–182).

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Literaturverzeichnis

- Ahmed, Sara (2018): Gleichstellung und Performance-Kultur. In: Sabine Hark und Johanna Hofbauer (Hg.): Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp, S. 243–282.
- Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg: VSA.
- Ambrasat, Jens; Heger, Christophe (2020): Barometer für die Wissenschaft. Ergebnisse der Wissenschaftsbefragung 2019/20. Online verfügbar unter https://www.wb.dzhw.eu/downloads/wibef_barometer2020.pdf, zuletzt aktualisiert am 04.2021, zuletzt geprüft am 23.09.2021.
- Angermüller, Johannes (2015): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich. Bielefeld: transcript.
- Atmosfair 2019: Flug kompensieren. CO₂-Fußabdruck meines Flugs berechnen. Online verfügbar unter <https://www.atmosfair.de/de/kompensieren/flug>, zuletzt aktualisiert 2019, zuletzt geprüft am 05.12.2019.
- Bahr, Amrei; Eichhorn, Kristin; Kubon, Sebastian (2021): #IchBinHanna. Online verfügbar unter <https://ichbinhanna.wordpress.com/>, zuletzt aktualisiert am 11.10.2021, zuletzt geprüft am 12.10.2021.
- Ball, Rafael (2014): Bibliometrie. Einfach – verständlich – nachvollziehbar. Berlin: de Gruyter.
- Becker, Gary S. (1994): Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education. Chicago: University of Chicago Press.
- Behrens, Melanie (2021): Komplexen Subjektivierungen auf der Spur. Ein methodologischer Ansatz zur Analyse von Machtverhältnissen. 1. Auflage. Bielefeld: transcript.
- Bentham, Jeremy (1791): Panopticon, or, The inspection-house: containing the idea of a new principle of construction applicable to any sort of establishment, in which persons of any description are to be kept under inspection. London: T. Payne.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (2012): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Unter Mitarbeit von Helmut Plessner und Monika Plessner. 24. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Berlin University Alliance (2019): Objective 5: Sharing Resources. Online verfügbar unter <https://www.berlin-university-alliance.de/commitments/sharing-resources/index.html>, zuletzt aktualisiert am 01.10.2019, zuletzt geprüft am 26.08.2020.

- Berliner Morgenpost (2017): Es braucht mehr als eine Vermarktungsidee. Was wissenschaftlich fundierte Start-ups benötigen, um sich auch langfristig weiterentwickeln zu können. Online verfügbar unter <https://www.morgenpost.de/politik/article211306175/Es-braucht-mehr-als-eine-Vermarktungsidee.html>, zuletzt aktualisiert am 20.07.2017, zuletzt geprüft am 23.06.2020.
- Berlinski, Claire (2011): *There Is No Alternative. Why Margaret Thatcher Matters*. 2nd ed. Boulder: Basic Books.
- BfArM (2021): ICD-10-GM Version 2022. Online verfügbar unter <https://www.dimdi.de/static/de/klassifikationen/icd/icd-10-gm/kode-suche/htmlgm2022/block-z70-z76.htm>, zuletzt aktualisiert am 17.09.2021, zuletzt geprüft am 28.02.22.
- BMBF (2018): Rahmenprogramm empirische Bildungsforschung. Online verfügbar unter https://www.empirische-bildungsforschung-bmbf.de/media/content/Rahmenprogramm%20empirische%20Bildungsforschung_barrierefrei.pdf, zuletzt geprüft am 10.02.2020.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Borchardt, Knut (1981): Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht. In: Otmar Issing (Hg.): *Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 33–53.
- Bosančić, Saša (2019): Die Forschungsperspektive der Interpretativen Subjektivierungsanalyse. In: Alexander Geimer, Steffen Amling und Saša Bosančić (Hg.): *Subjekt und Subjektivierung*. Wiesbaden: Springer, S. 43–64.
- Bosančić, Saša (2022): Von ‚starken‘ und ‚schwachen‘ Subjekten. Subjektivierungsforschung zwischen interpretativen und differenztheoretischen Perspektiven. In: Saša Bosančić, Folke Brodersen, Lisa Pfahl, Lena Schürmann, Tina Spies und Boris Traue (Hg.): *Following the Subject. Subjektivierung und Gesellschaft/Studies in Subjectivation*. Wiesbaden: Springer, S. 45–72.
- Boudon, Raymond (2009 [1977]): *Effets pervers et ordre social*. 3e éd. Paris: Quadrigue; PUF.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Homo academicus*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Konstanz: UVK.
- Briken, Kendra (2014): Vermessene Soziologie. In: Susanne Martin und Christine Resch (Hg.): *Kulturindustrie und Sozialwissenschaften*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 80–106.
- Briken, Kendra; Blätzel-Mink, Birgit; Rau, Alexandra; Siegel, Tilla (2018): „Sei ohne Sorge“. Vom Vermessen und Un/Sichtbarmachen akademischer Sorgearbeit in der neoliberalen Hochschule. In: Sabine Hark und Johanna Hofbauer (Hg.): *Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp, S. 311–339.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich (2018): *Governmentality Studies. Gouvernamentalität – die Regierung des Selbst und der anderen*. In: Oliver Decker (Hg.): *Sozialpsychologie und Sozialtheorie*. Wiesbaden: Springer, S. 31–45.
- Bröckling, Ulrich; Peter, Tobias (2014): Mobilisieren und Optimieren. In: *Z Erziehungswiss* 17 (3), S. 129–147.

- Bröckling, Ulrich; Peter, Tobias (2017): Das Dispositiv der Exzellenz. In: Rainer Diaz-Bone und Ronald Hartz (Hg.): Dispositiv und Ökonomie. Diskurs- und dispositivanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen. Wiesbaden: Springer, S. 283–303.
- Bruchhagen, Verena; Koall, Iris (2008): Managing Diversity: Ein (kritisches) Konzept zur produktiven Nutzung sozialer Differenzen. In: Ruth Becker und Beate Kortendiek (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 931–938.
- Bührmann, Andrea D. (2012): Das unternehmerische Selbst: Subjektivierungsform oder Subjektivierungsweise? In: Reiner Keller, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): Diskurs – Macht – Subjekt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 145–164.
- Bührmann, Andrea D.; Schneider, Werner (2012): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse. 2., unveränd. Aufl. Bielefeld: transcript.
- Burchard, Amory (2021): Gesetz zur Stärkung der Berliner Wissenschaft. Was sich jetzt für Berlins Universitäten und Fachhochschulen ändert. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/wissen/gesetz-zur-staerkung-der-berliner-wissenschaft-was-sich-jetzt-fuer-berlins-universitaeten-und-fachhochschulen-aendert/27574344.html>, zuletzt aktualisiert am 02.09.2021, zuletzt geprüft am 02.03.2022.
- Busse, Felix (2014): 1. Bundesrechtsanwaltsordnung. In: Martin Henssler und Hanns Prütting (Hg.): Bundesrechtsanwaltsordnung. Mit EuRAG, Eignungsprüfungsverordnung, Berufs- und Fachanwaltsordnung, Rechtsdienstleistungsgesetz, Partnerschaftsgesellschaftsgesetz und CCBE-Berufsregeln ; Kommentar. 4. völlig neu bearb. Aufl. München: Beck, S. 1–69.
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (2017): Kritik des Neoliberalismus. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- BuWiN (2013): Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: Bertelsmann. Online verfügbar unter https://www.buwin.de/dateien/2013/6004283_web_verlinkt.pdf, zuletzt aktualisiert 2013, zuletzt geprüft am 28.03.2022.
- BuWiN (2017): Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. Online verfügbar unter <https://www.buwin.de/dateien/buwin-2017.pdf>, zuletzt aktualisiert 2017, zuletzt geprüft am 28.03.2022.
- BuWiN (2021): Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag. Online verfügbar unter <https://www.buwin.de/dateien/buwin-2021.pdf>, zuletzt aktualisiert 2021, zuletzt geprüft am 09.09.2022.
- Clark, Burton R. (1983): The higher education system. Academic organization in cross-national perspective. Berkeley: University of California Press.
- Cohen, Michael D.; March, James G. (1974): Leadership and Ambiguity: The American College President. New York: McGraw-Hill Book Company.
- Costas, Ilse; Michalczyk, Stephanie (2018): Wissenschaftliche Subjekte im Spannungsfeld von Performanz und Wettbewerb. Quantitative Leistungsindikatoren und ihre verborgenen geschlechterdifferenzierenden Effekte. In: Sabine Hark und Johanna Hofbauer (Hg.): Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp, S. 214–242.

- Crenshaw, Kimberle (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: *Legal Forum* (1), S. 139–167.
- Degen, Hans Jürgen; Knoblauch, Jochen (2006): *Anarchismus. Eine Einführung*. 1. Aufl. Stuttgart: Schmetterling-Verl.
- Deleuze, Gilles (1991): Was ist ein Dispositiv. In: François Ewald (Hg.): *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 153–162.
- Deleuze, Gilles (1993): *Unterhandlungen. 1972–1990*. 1. Aufl., dt. Erstausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Demirović, Alex (2008): Neoliberalismus und Hegemonie. In: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak (Hg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 17–33.
- Deutscher Bundestag; Wissenschaftliche Dienste (2006): *Die Lissabon-Strategie*. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/blob/412428/.../wd-11-205-06-pdf-data.pdf>, zuletzt aktualisiert am 27.06.2006, zuletzt geprüft am 16.01.2019.
- Deutschlandfunk (1999): HRK-Präsident fordert ein schärferes Disziplinarrecht an deutschen Hochschulen. Der Beamtenstatus von Professoren sei verzichtbar. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/hrk-praesident-fordert-ein-schaerferes-disziplinarrecht-an.680.de.html?dram:article_id=33332, zuletzt aktualisiert am 26.07.1999, zuletzt geprüft am 04.03.2020.
- DFG (2009): Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über die Erfahrung mit der Gewährung der Programmpauschale. Online verfügbar unter https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/pp-dfg-bericht_1.pdf, zuletzt aktualisiert am 26.01.2009, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- DFG (2013): *Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Ergänzte Auflage*. Weinheim: Wiley-VCH.
- DFG (2018): *Förderatlas 2018. Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland*. Bonn: Wiley-VCH.
- Diaz-Bone, Rainer; Schneider, Werner (2008): Qualitative Datenanalysesoftware in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse – Zwei Praxisbeispiele. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. 3., aktualisierte und erweiterte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 491–531.
- Dohmen, Dieter; Wrobel, Lena (2018): *Entwicklung der Finanzierung von Hochschulen und Außeruniversitären Forschungseinrichtungen seit 1995. Endbericht einer Studie für Deutscher Hochschulverband. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie*. Online verfügbar unter https://www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/FiBS_DHV_Hochschulfinanzierung_180328_final.pdf, zuletzt aktualisiert am 29.03.2018, zuletzt geprüft am 16.01.2019.
- Dörre, Klaus; Neis, Matthias (2010): *Das Dilemma der unternehmerischen Universität. Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang*. Berlin: Ed. Sigma.
- Dörre, Klaus; Rackwitz, Hans (2018): Mit der Geduld am Ende? Die Prekarisierung der academic workforce in der unternehmerischen Universität. In: Mike Laufenberg, Martina Erlemann, Maria Norkus und Grit Petschick (Hg.): *Prekäre Gleichstellung. Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S. 185–209.

- Durkheim, Émile (1988): *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ehrenberg, Alain (2008): *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Enders, Jürgen; Boer, Harry de; Weyer, Elke (2013): *Regulatory autonomy and performance. The reform of higher education re-visited*. In: *High Educ* 65 (1), S. 5–23.
- ERC (2019): *ERC Work Programme 2020*. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/wp/2018-2020/erc/h2020-wp20-erc_en.pdf, zuletzt aktualisiert am 02.07.2019, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- Eucken, Walter (1949): *Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung*. In: Walter Eucken und Franz Böhm (Hg.): *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Bonn: Helmut Küpper, S. 1–99.
- Eucken, Walter (1997): *Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus*. In: Hans Otto Lenel, Helmut Gröner und Walter Hamm (Hg.): *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 5–24.
- Europäische Kommission (2010): *EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. Online verfügbar unter <https://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>, zuletzt aktualisiert am 03.03.2010, zuletzt geprüft am 04.07.2022.
- Fach, Wolfgang (2015): *Staatskörperkultur. Ein Traktat über den „schlanken Staat“*. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 110–130.
- Fichte, Johann Gottlieb (1907 [1795]): *Grundriss des Eigentümlichen der Wissenschaftslehre*. Leipzig: Felix Meiner Verlag.
- Fischer, Karin (2009): *The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet*. In: Dieter Plehwe und Philip Mirowski (Hg.): *The road from Mont Pèlerin. The making of the neoliberal thought collective*. Cambridge: Harvard University Press, S. 305–346.
- Foucault, Michel (1976): *Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin*. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (1987): *Der Wille zum Wissen*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1984): *Von der Freundschaft als Lebensweise. Im Gespräch*. 1. Aufl. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (1993): *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Foucault, Michel (1996): *Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1999): *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76)*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004a): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977–1978*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004b): *Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978–1979*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Foucault, Michel (2004c): Hermeneutik des Subjekts. Vorlesung am Collège de France (1981/82). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005a): Analytik der Macht. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005b): Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2008): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2014): Die Regierung der Lebenden. Vorlesung am Collège de France 1979–1980. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2015): Archäologie des Wissens. 17. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2015): Die „Gouvernementalität“. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasemann und Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 41–67.
- Foucault, Michel (2017): Ästhetik der Existenz. Schriften zur Lebenskunst. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2021): Die Heterotopien. Der utopische Körper. 5. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Friedmann, Jan; Koch, Julia; Mohr, Joachim (2004): Studentenforschung des SPIEGEL. Die Elite von morgen. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/studentenforschung-des-spiegel-die-elite-von-morgen-a-328679.html>, zuletzt aktualisiert am 22.11.2004, zuletzt geprüft am 26.03.2020.
- FU Berlin (2014a): Forschen mit Profil. Schwerpunkte an der Freien Universität. Online verfügbar unter https://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/_media/Forschungsprofil_DE_Web.pdf, zuletzt aktualisiert am 01.2014, zuletzt geprüft am 30.01.2020.
- FU Berlin (2014b): Freie Universität Berlin. 2010–2014. Online verfügbar unter https://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/_media/praesidiumsbericht_2010-2014.pdf, zuletzt aktualisiert am 04.2014, zuletzt geprüft am 30.01.2020.
- FU Berlin (2017): Internationale Netzwerkuniversität 2020: Internationalisierungsstrategie für die Freie Universität Berlin. Strategiepapier der Hochschulleitung. Online verfügbar unter https://www.fu-berlin.de/international/profile/strategy/17-07-20-Internationalisierungsstrategie-zur-Veroeffentlichung_formatiert1.pdf, zuletzt aktualisiert am 06.2017, zuletzt geprüft am 30.01.2020.
- FU Berlin (2018a): Bericht des Präsidiums. 2014–2018. Online verfügbar unter https://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/_media/praesidiumsbericht-2014-2018.pdf, zuletzt aktualisiert am 04.2018, zuletzt geprüft am 30.01.2020.
- FU Berlin (2018b): Ideen aus der Forschung für den Markt. Online verfügbar unter https://www.fu-berlin.de/sites/profund/1_Dokumente/allgemein/Broschuere2018_Web_DE.pdf, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- FU Berlin (2019a): Fortschreibung des Struktur- und Entwicklungsplans für die Freie Universität Berlin. Online verfügbar unter <https://www.fu-berlin.de/universitaet/media/strukturplan-2018.pdf>, zuletzt aktualisiert am 12.2018, zuletzt geprüft am 30.01.2020.
- FU Berlin (2019b): Steigende Drittmiteleinwerbungen. Online verfügbar unter <https://www.fu-berlin.de/forschung/kommunikation/erfolge/drittmittel/index.html>, zuletzt aktualisiert am 18.10.2019, zuletzt geprüft am 30.02.2020.
- FU Berlin (2019c): Berufsstrategie und Berufsleitfaden. Online verfügbar unter <https://www.fu-berlin.de/sites/qm/steuerung/berufsstrategie/index.html>, zuletzt aktualisiert am 18.10.2019, zuletzt geprüft am 26.08.2020.

- FU Berlin (2019d): Führungsprinzipien. Online verfügbar unter <https://www.fu-berlin.de/universitaet/profil/fuehrungsprinzipien/index.html>, zuletzt aktualisiert am 18.10.2019, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- FU Berlin (2019e): Jahresgespräche. Online verfügbar unter <https://www.fu-berlin.de/sites/fundament-gesundheit/Taetigkeitsfelder/Jahresgespraeche.html>, zuletzt aktualisiert am 18.10.2019, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- FU Berlin (2019f): Professor*innen. Online verfügbar unter https://www.fu-berlin.de/sites/personalentwicklung/Zielgruppen/Professor_innen/index.html, zuletzt aktualisiert am 18.10.2019, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- FU Berlin (2019g): Wirtschaftskooperationen. Online verfügbar unter <https://www.fu-berlin.de/universitaet/kooperationen/wirtschaft/index.html>, zuletzt aktualisiert am 18.10.2019, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- FU Berlin (2019h): Forschungserfolge in Zahlen. Online verfügbar unter <https://www.fu-berlin.de/forschung/kommunikation/erfolge/forschungsuebersicht/index.html>, zuletzt aktualisiert am 18.10.2019, zuletzt geprüft am 26.08.2020.
- Fuhrin, Katharina (2013): Der prominente Wissenschaftler. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- fzs (2022): Auswertung der Corona Umfrage WiSe 21/22 unter Studierenden vom fzs e.V. Online verfügbar unter <https://www.fzs.de/wordpress/wp-content/uploads/2022/01/fzs-Umfrage-online-Auswertung-18.01.22.pdf>, zuletzt aktualisiert am 18.01.2022, zuletzt geprüft am 28.02.2022.
- Ganslandt, Herbert R. (2010): Liberalismus. In: Jürgen Mittelstraß (Hg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie. 2., neubearb. und wesentlich erg. Aufl. Stuttgart: Metzler, 565–567.
- Geimer, Alexander (2020): Bildung als Entsubjektivierung und Subjektivierung – Bildungspotenziale kommunikativ/diskursiv generalisierter Subjektnormen. In: Steffen Amling, Alexander Geimer, Stefan Rundel und Sarah Thomsen (Hg.): Jahrbuch Dokumentarische Methode. Berlin: SSOAR, S. 255–278.
- Geimer, Alexander; Amling, Steffen (2019): Subjektivierungsanalyse als rekonstruktive Sozialforschung vor dem Hintergrund der Governmentality und Cultural Studies. Eine Typologie der Relation zwischen Subjektnormen und Habitus als Verhältnisse der Spannung, Passung und Aneignung. In: Alexander Geimer, Steffen Amling und Saša Bosančić (Hg.): Subjekt und Subjektivierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 19–42.
- Gengnagel, Vincent; Witte, Daniel; Schmitz, Andreas (2017): Die zwei Gesichter der Autonomie. In: Julian Hamann, Jens Maeße, Vincent Gengnagel und Alexander Hirschfeld (Hg.): Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 383–423.
- GEW (2003): Zeitmanagement. Feierabendgarantie für junge Lehrerinnen und Lehrer. Online verfügbar unter https://www.gew-berlin.de/lib/Boschuere_Zeitmanagement_GEW.pdf, zuletzt aktualisiert 2003, zuletzt geprüft am 22.07.2019.
- GEW (2019a): Funktionsstellen für Frauen – Workshop zur individuellen Karriereplanung. Online verfügbar unter https://www.gew-berlin.de/526_23343.php, zuletzt aktualisiert 2019, zuletzt geprüft am 22.07.2019.
- GEW (2019b): Kreative Chaot*innen: Schulalltagsorganisation und Zeitmanagement. Online verfügbar unter https://www.gew-berlin.de/526_23352.php, zuletzt aktualisiert 2019, zuletzt geprüft am 22.07.2019.

- Gill, Rosalind (2018): Auditieren, quantifizieren, zerstören. Vom Leben in der neoliberalen Universität. In: Sabine Hark und Johanna Hofbauer (Hg.): *Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp, S. 340–372.
- Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L. (1967): *The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research*. New York: Aldine.
- Glotz, Peter (1996): *Im Kern verrottet? Fünf vor zwölf an Deutschlands Universitäten*. Stuttgart: Dt. Verl.- Anst.
- Goebel, Gabriele (1997): *Kinder oder Karriere. Lebensentwürfe junger Akademikerinnen und ihre persönlichen Netzwerke*. Frankfurt u. New York: Campus.
- Grafe, Stefanie (2015): Subjektivierung, Erschöpfung, Autonomie: eine Analyseskizze. In: *Ethik und Gesellschaft* 2015 (2), S. 1–24.
- Grobe, Thomas G.; Steinmann, Susanne; Szecsenyi, Joachim (2018): *Arztreport 2018. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse*. Siegburg.
- Gros, Frédéric (2004): Situierung der Vorlesung. In: Michel Foucault: *Hermeneutik des Subjekts. Vorlesung am Collège de France (1981/82)*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 616–668.
- Grün, Verena; Karlson, Frieder (2013): „Freiraum“ – auch für Nazis? Online verfügbar unter <https://www.linksnet.de/artikel/29984>, zuletzt aktualisiert am 06.11.2013, zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Habermas, Jürgen (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Jürgen Habermas und Niklas Luhmann (Hg.): *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – was leistet die Systemforschung?* Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 101–141.
- Hamann, Julian (2017): Wie entstehen wissenschaftliche Subjekte? Zum professoralen Ethos akademischer Lebenspraxis. In: Julian Hamann, Jens Maeße, Vincent Gengnagel und Alexander Hirschfeld (Hg.): *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 83–111.
- Hark, Sabine; Hofbauer, Johanna (2018): *Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken*. In: Sabine Hark und Johanna Hofbauer (Hg.): *Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp, S. 7–38.
- Hayek, August Friedrich von (1981): Ungleichheit ist nötig. In: *Wirtschaftswoche* 11 (35), S. 36–40.
- Hayek, Friedrich A. von (1991): *Die Verfassung der Freiheit*. 3. Aufl. Tübingen: Mohr.
- Heintz, Bettina (2008): Governance by Numbers. Zum Zusammenhang von Quantifizierung und Globalisierung am Beispiel der Hochschulpolitik. In: Gunnar Folke Schuppert und Andreas Voßkuhle (Hg.): *Governance von und durch Wissen*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 110–129.
- Hillmann, Karl-Heinz (2007): *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Hobbes, Thomas (2008 [1651]): *Leviathan. Or, The matter, forme and power of a common-wealth ecclesiasticall and civil*. New York: Simon & Schuster.
- Hoffmann-Kobert, Britta (2020): Kurzporträt zu Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst, Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin. Online verfügbar unter <https://www.che.de/2020/pro-dr-ing-dr-sabine-kunst-praesidentin-der-humboldt-universitaet-zu-berlin/>, zuletzt aktualisiert am 23.11.2020, zuletzt geprüft am 02.03.2022.

- Hornbostel, Stefan (2009): Alles eine Frage der Perspektive? Münchs Kritik am deutschen Wissenschaftssystem. In: *Soziologische Revue* 32 (1), S. 15–20.
- Hornbostel, Stefan (2011): Resonanzkatastrophen, Eigenschwingungen, harmonische und chaotische Bewegungen. In: Stefan Hornbostel und Anna Schmelling (Hg.): *EVALUATION: NEW BALANCE OF POWER?* Berlin: iFQ (iFQ-Working Paper, 9), S. 7–14.
- HRK (1995a): Empfehlungen zu quantitativen Indikatoren in den Hochschulen. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/empfehlungen-zu-quantitativen-indikatoren-in-den-hochschulen/>, zuletzt aktualisiert am 21.02.1995, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1995b): Zur Evaluation im Hochschulbereich unter besonderer Berücksichtigung der Lehre. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/zur-evaluation-im-hochschulbereich-unter-besonderer-beruecksichtigung-der-lehre/>, zuletzt aktualisiert am 03.07.1995, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1997): Organisations- und Leitungsstrukturen der Hochschulen. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/organisations-und-leitungsstrukturen-der-hochschulen/>, zuletzt aktualisiert am 10.11.1997, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1998a): Forderungen der deutschen Hochschulen an den neuen Bundestag und die künftige Bundesregierung. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/forderungen-der-deutschen-hochschulen-an-den-neuen-bundestag-und-die-kuenftige-bundesregierung/>, zuletzt aktualisiert am 06.07.1998, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1998b): Akkreditierungsverfahren. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/akkreditierungsverfahren/>, zuletzt aktualisiert am 06.07.1998b, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1998c): Empfehlungen zum Dienst- und Tarif-, Besoldungs- und Vergütungsrecht sowie zur Personalstruktur in den Hochschulen. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/empfehlungen-zum-dienst-und-tarif-besoldungs-und-verguetungsrecht-sowie-zur-personalstruktur-in-d/>, zuletzt aktualisiert am 02.11.1998, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1998d): Hochschule als Unternehmerschmiede – eine zukunftsweisende Aufgabe. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/hochschule-als-unternehmerschmiede-eine-zukunftsweisende-aufgabe/>, zuletzt aktualisiert am 07.10.1998, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1999a): Erläuterungen zu den „Empfehlungen zum Dienst- und Tarif-, Besoldungs- und Vergütungsrecht sowie zur Personalstruktur in den Hochschulen“ (= Beiträge zur Hochschulpolitik 8/1998) der HRK. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/erlaeuterungen-zu-den-empfehlungen-zum-dienst-und-tarif-besoldungs-und-verguetungsrecht-sowie-zur/>, zuletzt aktualisiert am 22.02.1999, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (1999b): Auf dem Weg zu mehr Selbstverantwortung und Flexibilität. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/auf-dem-weg-zu-mehr-selbstverantwortung-und-flexibilitaet/>, zuletzt aktualisiert am 23.02.1999, zuletzt geprüft am 28.01.2020.

- HRK (2000): Bericht des HRK-Präsidenten über das Jahr 1999: Hochschulreform zwischen Eigenverantwortung und bürokratischen Interventionen. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/bericht-des-hrk-praesidenten-ueber-das-jahr-1999-hochschulreform-zwischen-eigenverantwortung-und-buero/>, zuletzt aktualisiert am 22.02.2000, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2001a): Mehr Eigenverantwortung und Internationalität (Bericht über das Jahr 2000). Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/mehr-eig-verantwortung-und-internationalitaet-bericht-ueber-das-jahr-2000/>, zuletzt aktualisiert am 20.02.2001, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2001b): Zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung zum Dienst- und Besoldungsrecht der Professoren und Professorinnen. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/zu-den-gesetzentwuerfen-der-bundesregierung-zum-dienst-und-besoldungsrecht-der-professoren-und-profe/>, zuletzt aktualisiert am 03.07.2001, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2002): Qualität durch Wettbewerb – Jahresbericht des Präsidenten Professor Dr. Klaus Landfried für das Jahr 2001. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/qualitaet-durch-wettbewerb-jahresbericht-des-praesidenten-professor-dr-klaus-landfried-fuer-das-jahr/>, zuletzt aktualisiert am 19.02.2002, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2003): 10 Punkte zur wissenschaftsadäquaten Umsetzung des Professorenbesoldungsreformgesetzes auf Landesebene. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/10-punkte-zur-wissenschaftsadaequaten-umsetzung-des-professorenbesoldungsreformgesetzes-auf-landesebe/>, zuletzt aktualisiert am 08.07.2003, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2004a): Zur aktuellen hochschulpolitischen Situation. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HS-pol._situation.pdf, zuletzt aktualisiert am 10.02.2004, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2004b): Rechenschaftsbericht 2003 des Präsidenten Professor Dr. Peter Gaetgens. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/rechenschaftsbericht-2003-des-praesidenten-professor-dr-peter-gaetgens/>, zuletzt aktualisiert am 08.06.2004, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2004c): Zur künftigen Finanzierung der Hochschullehre. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Finanzierung.pdf, zuletzt aktualisiert am 08.06.2004, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2004d): Professionalisierung als Leitungsaufgabe. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Beschluss_Plenum_8.6.2004.pdf, zuletzt aktualisiert am 08.06.2004, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2005a): Grundsätze zu Gestaltung und Verhandlung von Zielvereinbarungen. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Beschluss_Zielvereinbarungen.pdf, zuletzt aktualisiert am 14.06.2005, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2005b): Mehr Engagement für Bildung, Wissenschaft und Forschung! Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Entschliessung_Senat_Forderungen_11.10.05.pdf, zuletzt aktualisiert am 11.10.2005, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2005c): Chance, nicht Last: Empfehlungen für einen „Hochschulpakt 2020“ zur Bewältigung des zu erwartenden Anstiegs der Studierendenzahlen. Online verfügbar

- unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Beschluss_Hochschul_pakt_2020.pdf, zuletzt aktualisiert am 23.11.2005, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2006a): Bologna-Reader. Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-10-Publikationsdatenbank/Beitrag-2004-08_Bologna-Reader_I.pdf, zuletzt aktualisiert am 08.2004, zuletzt geprüft am 10.02.2020.
- HRK (2006b): Zur Zukunft der Exzellenzinitiative. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Beschluss_Exzellenzinitiative.pdf, zuletzt aktualisiert am 14.11.2006, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2007): Die Zukunft der Kleinen Fächer – Empfehlung der HRK-Projektgruppe „Kleine Fächer“. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Empfehlung_Kleine_Faecher.pdf, zuletzt aktualisiert am 13.02.2007, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2009): Hochschul- und wissenschaftspolitische Forderungen an die neue Bundesregierung. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Entschliessung_Forderungen.pdf, zuletzt aktualisiert am 20.10.2009, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2011a): Zur Hochschulautonomie. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Resolution_Hochschulautonomie_MV_10.pdf, zuletzt aktualisiert am 03.05.2011, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2011b): Die Gestaltung des 8. Forschungsrahmenprogramms der EU (2014–2020). Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Position_HRK_zum_8_FRP_06012011.pdf, zuletzt aktualisiert am 06.01.2011, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2011c): Finanzierung der Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Entschliessung_Hochschulfinanzierung_MV_221_12011m.pdf, zuletzt aktualisiert am 22.11.2011, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2012a): Leitlinien für die Ausgestaltung befristeter Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/leitlinien-fuer-die-ausgestaltung-befristeter-beschaeftigungsverhaeltnisse-mit-wissenschaftlichem-und-k/>, zuletzt aktualisiert am 24.04.2012, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2012b): Zur künftigen Ausgestaltung der W-Besoldung. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/zur-kuenftigen-ausgestaltung-der-w-besoldung/>, zuletzt aktualisiert am 12.06.2012, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2012c): Qualitätssicherung im Personalmanagement – Umgang der deutschen Hochschulen mit der Europäischen Forschercharta und dem Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern (Charta und Kodex). Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/qualitaets-sicherung-im-personalmanagement-umgang-der-deutschen-hochschulen-mit-der-europaeischen-for/>, zuletzt aktualisiert am 20.11.2012, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2013a): Perspektiven des Wissenschaftssystems. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/perspektiven-des-wissenschaftssystems/>, zuletzt aktualisiert am 11.06.2013a, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2013b): Franchising von Studiengängen. Online verfügbar unter <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/franchising-von-studiengaengen/>, zuletzt aktualisiert am

- 19.11.2013, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2014a): Zum Forschungsrating des Wissenschaftsrates. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HRK_Empfehlung_Forschungsrating_13052014.pdf, zuletzt aktualisiert am 13.05.2014, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2014b): Auswirkungen der Differenzierung des Hochschulsystems. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HRK_Empfehlung_Differenzierung_Hochschulsystem_13052014.pdf, zuletzt aktualisiert am 13.05.2014, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2014c): Zu den hochschulpolitischen Initiativen der neuen Bundesregierung. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HRK_Beschluss_hochschulpolit_Initiativen_d_Bundesreg_24062014.pdf, zuletzt aktualisiert am 24.06.2014, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2014d): Entwicklung der Grund- und Projektfinanzierung der Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HRK_Resolution_Programmpauschale_16102014.pdf, zuletzt aktualisiert am 16.10.2014, zuletzt geprüft am 28.01.2020.
- HRK (2014e): EU-Konsultation zur EU 2020-Strategie. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HRK_Stellungnahme_EU2020_Konsultation.pdf, zuletzt aktualisiert am 07.11.2014e, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2015a): Zur Fortführung der Exzellenzinitiative. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Entschiessung_Zur_Fortfuehrung_der_Exzellenzinitiative_12052015.pdf, zuletzt aktualisiert am 12.05.2015, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2015b): Eckpunkte zur Novellierung von Ingenieurgesetzen. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Beschluss_Eckpunkte_Novellierung_Ingenieurgesetze_15102015_01.pdf, zuletzt aktualisiert am 15.10.2015, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2015c): Wie Hochschulleitungen die Entwicklung des Forschungsdatenmanagements steuern können. Orientierungspfade, Handlungsoptionen, Szenarien. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Empfehlung_Forschungsdatenmanagement_final_Stand_11.11.2015.pdf, zuletzt aktualisiert am 10.11.2015, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2016a): Universitätsmedizin als integraler Bestandteil der Universität. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HRK-Entschiessung_Universitaetsmedizin_10.5.2016.pdf, zuletzt aktualisiert am 10.05.2016, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2016b): Neuordnung des Akkreditierungssystems. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Entschiessung_Akkreditierung_08112016.pdf, zuletzt aktualisiert am 08.11.2016, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2016c): Studieren in Teilzeit. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Empfehlung_Teilzeitstudium_MV_08112016_01.pdf, zuletzt aktualisiert am 08.11.2016, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2017): Organisationsstrukturen der Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/Organisationsstrukturen_der_Hochschulen_Praesidium_21.3.2017_an_MV.pdf, zuletzt aktualisiert am 21.03.2017, zuletzt geprüft am 29.01.2020.

- HRK (2018a): Gegen sexualisierte Diskriminierung und sexuelle Belästigung an Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK_MV_Empfehlung_sexBelaestigung_24042018.pdf, zuletzt aktualisiert am 24.04.2018, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2018b): Stellungnahme Predatory Publishing. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK_Senat_Entschliessung_Predatory_Publishing_02102018.pdf, zuletzt aktualisiert am 02.10.2018, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2018c): Die Hochschulen als zentrale Akteure in Wissenschaft und Gesellschaft. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK_-_Eckpunkte_HS-System_2018.pdf, zuletzt aktualisiert am 10.04.2018, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2019a): Förderprogramm Anwendungsorientierte Forschung. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK_Entschliessung_Senat_Angewandte_Forschung_12032019.pdf, zuletzt aktualisiert am 12.03.2019, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK (2019b): Evaluation Wissenschaftszeitvertragsgesetz und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/HRK_MV_Empfehlung_WissZeitVG_19112019.pdf, zuletzt aktualisiert am 19.11.2019, zuletzt geprüft am 29.01.2020.
- HRK; Deutsche UNESCO-Kommission (2010): Hochschulen für nachhaltige Entwicklung. Online verfügbar unter https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/A4/Hochschulen_und_Nachhaltigkeit_HRK_DUK.pdf, zuletzt aktualisiert am 22.01.2010, zuletzt geprüft am 10.02.2020.
- Huber, Michael (2012): Die Organisation Universität. In: Maja Apelt und Veronika Tacke (Hg.): Handbuch Organisationstypen. Wiesbaden: Springer VS, S. 239–252.
- Husserl, Edmund (1991 [1931]): Cartesianische Meditationen und Pariser Vorträge. 2. Aufl. Dordrecht: Kluwer.
- Janßen, Melike; Sondermann, Ariadne (2016): Universitäre Leistungsbewertungen als Bedrohung der akademischen Identität? Ein subjektorientierter Blick auf die Beurteilung und Kontrolle wissenschaftlicher Leistungen im Zeichen von New Public Management. In: *Berlin J Soziol* 26 (3–4), S. 377–402.
- Junge, Torsten (2008): Gouvernementalität der Wissensgesellschaft. Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens. Bielefeld: transcript.
- Kant, Immanuel (1998 [1781/1787]): Kritik der reinen Vernunft. Hamburg: Meiner.
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. 2., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Keller, Reiner (2008): Der Müll der Gesellschaft. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Opladen: Leske und Budrich, S. 197–232.
- Keller, Reiner (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Keller, Reiner (2013): Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Reiner Keller und Inga Truschkat (Hg.): Methodologie und Praxis der wissenssoziologischen

- Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–68.
- KGSt (1993): Das Neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung. Online verfügbar unter <https://www.kgst.de/dokumentdetails?path=/documents/20181/81765/19990210Z1829.pdf/f4eb4025-a443-4d18-9490-0a7813f3be62>, zuletzt aktualisiert am 30.08.1993, zuletzt geprüft am 15.01.2019.
- Kleine, Christoph (2015): „Religiöser Nonkonformismus“ als religionswissenschaftliche Kategorie. In: *Zeitschrift für Religionswissenschaft* 23 (1), S. 3–34.
- Klima, Rolf (2011): Liberalismus. In: Werner et. al. Fuchs-Heinritz (Hg.): *Lexikon zur Soziologie*. 5., überarb. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 408.
- Kolev, Stefan (2013): *Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Krapp, Claudia (2021): Berliner Unis reagieren auf neues Gesetz. Online verfügbar unter <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/berliner-unis-reagieren-auf-neues-gesetz-4053>, zuletzt aktualisiert am 28.09.2021, zuletzt geprüft am 17.01.2022.
- Krappmann, Lothar (2000): *Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen*. 9. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kreckel, Reinhard (2013): Akademischer Nachwuchs als Beruf? Zur unzeitgemäßen Aktualität Max Webers. In: Max Haller (Hg.): *Wissenschaft als Beruf. Bestandsaufnahme – Diagnosen – Empfehlungen*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften, S. 54–67.
- Krücken, Georg; Blümel, Albrecht; Kloke, Katharina (2013): The Managerial Turn in Higher Education? On the Interplay of Organizational and Occupational Change in German Academia. In: *Minerva* 51 (4), S. 417–442.
- Krücken, Georg; Kathia Serrano-Velarde (2016): Der Berater als Fremder. Eine soziologische Studie zur Managementberatung in Universitäten. In: *Köln Z Soziol* 68 (1), S. 29–51.
- Kurt, Ronald; Herbrik, Regine (2019): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 545–564.
- Land Berlin (2010): Vertrag für die Jahre 2010 bis 2013 gemäß Artikel II des Haushaltsstrukturgesetzes 1997 zwischen dem Land Berlin, vertreten durch den Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung und der Freien Universität Berlin, vertreten durch den Präsidenten. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/politik/hochschulvertraege/mdb-vertrag_fu_27_10.pdf, zuletzt aktualisiert am 2010, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- Land Berlin (2014): Vertrag für die Jahre 2014 bis 2017 gemäß § 2a Berliner Hochschulgesetz zwischen dem Land Berlin, vertreten durch die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft und der Freien Universität Berlin, vertreten durch den Präsidenten. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/politik/hochschulvertraege/mdb-vertrag_fu_2014.pdf, zuletzt aktualisiert am 10.01.2014, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- Land Berlin (2018): *Brain City Berlin Engagiert – Exzellent – International*. Vertrag für die Jahre 2018 bis 2022 gemäß § 2a Berliner Hochschulgesetz zwischen dem Land Berlin, vertreten durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin und der Freien Universität

- Berlin, vertreten durch Herrn Prof. Dr. Peter-André Alt, Präsident der Freien Universität Berlin. Online verfügbar unter <https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/politik/hochschulvertraege/hochschulvertrag-2018-2022-01-fu-inkl-anlagen.pdf>, zuletzt aktualisiert am 22.01.2018, zuletzt geprüft am 03.02.2020.
- Lemke, Thomas (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. In: *PVS* 41 (1), S. 31–47.
- Lemke, Thomas (2014): Gouvernementalität. In: Clemens Kammler, Rolf Parr, Ulrich Johannes Schneider und Elke Reinhardt-Becker (Hg.): *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 260–263.
- Lemke, Thomas; Krasmann, Susanne; Bröckling, Ulrich (2015): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7–40.
- Lenel, Hans Otto; Molsberger, Josef; Gröner, Helmut; Schüller, Alfred (1997): Vorbemerkungen der ORDO-Schriftleitung zum Wiederabdruck des folgenden Aufsatzes von Wilhelm Röpke. In: Hans Otto Lenel, Helmut Gröner und Walter Hamm (Hg.): *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Stuttgart: Lucius & Lucius (48), S. 25.
- Lenger, Alexander (2015): Arbeitskraftunternehmertum und projektbasierter Kapitalismus im wissenschaftlichen Feld. In: Stephan Lessenich (Hg.): *Routinen der Krise – Krise der Routinen. Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier 2014*, S. 1004–1015.
- Lenk, Alexander (2022): Akademische Prekarität oder: Neoliberale Subjektivierung im universitären Feld. Wissenschaftler*innen zwischen Widerstand und Anpassung. In: *PRO-KLA* 52 (206), S. 141–161.
- Lessenich, Stephan (2003): Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft. In: *Mittelweg* 36 (4), S. 80–93.
- Link, Jürgen (1983): *Elementare Literatur und generative Diskursanalyse*. Unter Mitarbeit von Jochen Hörisch und Hans G. Pott. München: Fink.
- Link, Jürgen (2007): Dispositiv und Interdiskurs. Mit Überlegungen zum >Dreieck < Foucault – Bourdieu – Luhmann. In: Clemens Kammler und Rolf Parr (Hg.): *Foucault in den Kulturwissenschaften. Eine Bestandsaufnahme*. Heidelberg: Synchron Wiss.-Verl. der Autoren, S. 219–238.
- Link, Jürgen (2012): Subjektivitäten als (inter)diskursive Ereignisse. In: Reiner Keller, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 53–67.
- Locke, John (2012 [1689]): *Two treatises of government*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Lohr, Karin, Hilbrich, Romy; Peetz, Thorsten (2015): Das Ende der Unsicherheit? Beobachtungen aus der reformierten Universität. In: Maja Apelt und Konstanze Senge (Hg.): *Organisation und Unsicherheit*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 123–138.
- Loosen, Wiebke (2016): Das Leitfadenterview – eine unterschätzte Methode. In: Stefanie Averbek-Lietz und Michael Meyen (Hg.): *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft*. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 139–155.

- Luhmann, Niklas (1987): Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Opladen: Westdt. Verl.
- Luhmann, Niklas (1993): Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. 2. Aufl. Opladen: VS Verl. für Sozialwiss.
- Lyotard, Jean-François (1994): Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. 3., unveränd. Neuaufl. Wien: Passagen-Verlag.
- Maeße, Jens (2017): Deutungshoheit. Wie Wirtschaftsexperten Diskursmacht herstellen. In: Julian Hamann, Jens Maeße, Vincent Gengnagel und Alexander Hirschfeld (Hg.): Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 291–318.
- Maeße, Jens; Hamann, Julian (2016): Die Universität als Dispositiv. Die gesellschaftliche Einbettung von Bildung und Wissenschaft aus diskurstheoretischer Perspektive. In: *Zeitschrift für Diskursforschung* 4 (1), S. 29–50.
- Mannheim, Karl (1985 [1929]): Ideologie und Utopie. 7. Aufl. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Marx, Karl (1961 [1859]): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1967 [1848]): Manifest der kommunistischen Partei. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Mazzucato, Mariana (2015): The entrepreneurial state. Debunking public vs. private sector myths. New York: PublicAffairs.
- Meier, Frank (2009): Die Universität als Akteur. Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merton, Robert K. (1972): Wissenschaft und demokratische Sozialstruktur. In: Peter Weingart (Hg.): Wissenschaftssoziologie I. Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß. Frankfurt am Main: Athenäum Fischer Taschenbuch-Verl., S. 45–59.
- Merton, Robert K. (1988): The Matthew Effect in Science, II. Cumulative Advantage and the Symbolism of Intellectual Property. In: *Isis* 79 (4), S. 606–623.
- Meuser, Michael (2010): Gender Discourses and Organisational Change. The Economisation of Gender Politics in Germany. In: Birgit Riegraf, Brigitte Aulenbacher, Edit Kirsch-Auwärter und Ursula Müller (Hg.): GenderChange in Academia. Re-Mapping the Fields of Work, Knowledge, and Politics from a Gender Perspective. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 319–330.
- Mill, John Stuart (2012 [1859]): On Liberty. Newburyport: Dover Publications.
- Müller-Armack, Alfred (1932): Entwicklungsgesetze des Kapitalismus; ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung. Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Müller-Böling, Detlef (2000): Die entfesselte Hochschule. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung.
- Münch, Richard (2007): Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard (2009): Die Inszenierung wissenschaftlicher Exzellenz. Wie der politisch gesteuerte Wettbewerb um Forschungsressourcen die Wissenschaft den Darstellungszwängen der öffentlichen Kommunikation unterwirft. In: Herbert Willems (Hg.): Theatralisierung der Gesellschaft. Band 1: Soziologische Theorie und Zeitdiagnose. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 485–497.

- Münch, Richard (2010): Der Monopolmechanismus in der Wissenschaft. Auf den Schultern von Robert K. Merton. In: *Berlin J Soziol* 20 (3), S. 341–370.
- Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der Hochschulreform. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, Richard (2018): Der bildungsindustrielle Komplex. Schule und Unterricht im Wettbewerbsstaat. 1. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Musselin, Christine (2006): Are Universities Specific Organisations? In: Georg Krücken, Anna Kosmützky und Marc Torka (Hg.): *Towards a Multiversity?* Bielefeld: transcript.
- Musselin, Christine (2013): How peer review empowers the academic profession and university managers. Changes in relationships between the state, universities and the professoriate. In: *Research Policy* 42 (5), S. 1165–1173.
- Neis, Matthias (2020): Frist ist Frust. Online verfügbar unter <https://frististfrust.net/>, zuletzt aktualisiert am 18.01.2020, zuletzt geprüft am 12.10.2021.
- Neumann, Ariane (2015): Die Exzellenzinitiative. Deutungsmacht und Wandel im Wissenschaftssystem. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Niemann, Robert (2019): Zum Wandel des wissenschaftlichen Subjekts. Von kritischer Wissensschöpfung zum postkritischen Selbstmanagement? Bielefeld: transcript.
- Parr, Rolf (2014): Interdiskurstheorie/Interdiskursanalyse. In: Clemens Kammler, Rolf Parr, Ulrich Johannes Schneider und Elke Reinhardt-Becker (Hg.): *Foucault-Hanbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 202–206.
- Peng!-Kollektiv (2020a): Klingelstreich beim Kapitalismus. Wir haben als Bundesamt führende Unternehmen angerufen und uns mit ihnen über die Klimakrise und Vergesellschaftung unterhalten. Online verfügbar unter <https://pen.gg/de/campaign/klingelstreich/>, zuletzt aktualisiert am 08.2020, zuletzt geprüft am 13.01.2021.
- Peng!-Kollektiv (2020b): Antifa. Wir haben 10.000€ Steuergelder an Antifa-Gruppen weitergeleitet und dafür 10 wichtige antifaschistische Objekte ins Museum gestellt. Online verfügbar unter <https://pen.gg/de/campaign/antifaschistische-auktion/>, zuletzt aktualisiert am 08.2020b, zuletzt geprüft am 13.01.2021.
- Peter, Tobias (2017): Akademische Entrepreneure. Der homo academicus zwischen Passion, Reputation und Projekt. In: *Berliner Debatte Initial* 28 (1), S. 110–121.
- Pfahl, Lisa; Traue, Boris (2013): Die Erfahrung des Diskurses. Zur Methode der Subjektivierungsanalyse in der Untersuchung von Bildungsprozessen. In: Reiner Keller und Inga Truschkat (Hg.): *Methodologie und Praxis der wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 425–450.
- Pieper, Marianne; Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2003): Einleitung. In: Marianne Pieper und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 7–21.
- Pieroth, Ingrid (1992): *Penicillinherstellung. Von den Anfängen bis zur Großproduktion*. Stuttgart: Wiss. Verl.-Ges.
- Plak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland. Opladen: Leske und Budrich.
- Recker, Helga (2000): Liberalismus. In: Gerd Reinhold, Siegfried Lamnek und Helga Recker (Hg.): *Soziologie-Lexikon*. 4. Aufl. Berlin/Boston: de Gruyter, S. 407.

- Reitz, Tilman (2016): Von der Kritik zur Konkurrenz. Die Umstrukturierung wissenschaftlicher Konflikte und ihre Wissenseffekte. In: *suburban* 4 (2), S. 37–58.
- Reitz, Tilman (2017): Wie das Hochschulmanagement denkt. Online verfügbar unter <https://www.soziopropolis.de/wie-das-hochschulmanagement-denkt.html>, zuletzt aktualisiert am 22.03.2017, zuletzt geprüft am 01.03.2022.
- Reitz, Tilman (2021): Prestigekonkurrenz und akademischer Neofeudalismus. In: Per Holderberg und Christian Seipel (Hg.): *Der wissenschaftliche Mittelbau – Arbeit, Hochschule, Demokratie*. 1. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa, S. 61–81.
- Reitz, Tilman; Draheim, Susanne (2006): Die Rationalität der Hochschulreform. Grundzüge eines postautonomen Wissensregimes. In: *SozW* 57 (4), S. 373–396.
- Riegraf, Birgit; Aulenbacher, Brigitte; Kirsch-Auwärter, Edit; Müller, Ursula (2010): *Gender Change in Academia. Re-Mapping the Fields of Work, Knowledge, and Politics from a Gender Perspective*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Roberts, Laura; Mosen, Riccardo; Winter, Eggert (2010): *Gabler-Wirtschaftslexikon*. 17. Aufl. Wiesbaden: Gabler.
- Rogge, Jan-Christoph (2015): The winner takes it all? In: *Köln Z Soziol* 67 (4), S. 685–707.
- Röpke, Wilhelm (1997): Kernfragen der Wirtschaftsordnung. In: Hans Otto Lenel, Helmut Gröner und Walter Hamm (Hg.): *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Stuttgart: Lucius & Lucius (48), S. 27–64.
- Rose, Nikolas S. (1998): *Inventing our selves. Psychology, power and personhood*. 1. paperback ed. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Rosenkranz, Lena (2017): *Exzessive Nutzung von Onlinespielen im Jugendalter*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Rosenthal, Gabriele (2008): *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung*. 2. Aufl. Weinheim: Juventa-Verl.
- Rothbard, Murray N. (2006 [1973]): *For a new liberty. The libertarian manifesto*. 2nd ed. Auburn, Alabama: Ludwig von Mises Inst.
- Rucht, Dieter (2016): Von Abendland bis Widerstand. Deutungsmuster der Rechtspopulisten. In: *WZB Mitteilungen* (151), S. 31–34.
- Rüstow, Alexander (1949): Zwischen Kapitalismus und Kommunismus. In: Walter Eucken und Franz Böhm (Hg.): *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Bonn: Helmut Küpper, S. 100–169.
- RWTH Aachen (2016): *Dauerbeschäftigungskonzept der RWTH*. Online verfügbar unter https://www.rwth-aachen.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaajnls, zuletzt aktualisiert am 04.03.2016, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- Saam, Nicole J. (2002): *Prinzipale, Agenten und Macht. Eine machttheoretische Erweiterung der Agenturtheorie und ihre Anwendung auf Interaktionsstrukturen in der Organisationsberatung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schatzman, Leonard; Strauss, Anselm L. (1973): *Field research. Strategies for a natural sociology*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Schelle, Gustave (2011): *Vincent de gournay*: Nabu Press.
- Schimank, Uwe (2002): *Neue Steuerungssysteme an den Hochschulen*. Unter Mitarbeit von Frank Meier. Online verfügbar unter <https://hessenkongress.files.wordpress.com/2010/01/schimank-2002-neue-steuerungssysteme-an-den-hochschulen.pdf>, zuletzt aktualisiert am 31.05.2002, zuletzt geprüft am 18.08.2017.

- Schimank, Uwe (2005): 'New Public Management' and the Academic Profession. Reflections on the German Situation. In: *Minerva* 43 (4), S. 361–376.
- Schimank, Uwe (2015): Identitätsbedrohungen und Identitätsbehauptung: Professoren in reformbewegten Universitäten. In: Victoria von Groddeck und Sylvia Marlene Wilz (Hg.): *Formalität und Informalität in Organisationen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 277–296.
- Schmid, Antonia; Ullrich, Peter (2018): Publish and Perish. Publikationszwänge, selbstunternehmerische Wissenschaftssubjekte und Gesellschaft. In: Sven Schultze und Enrico Heitzer (Hg.): *Chimära mensura? Die Human-Animal Studies zwischen Schäferhund-Science-Hoax, kritischer Geschichtswissenschaft und akademischem Trendsurfing*. Berlin: Vergangenheitsverlag, S. 228–247.
- Schmidt-Wellenburg, Christian (2014): Der Aufstieg der Beratung zur transnationalen Regierungsform im Feld des Managements. In: *Berlin J Soziol* 24 (2), S. 227–255.
- Schölzel, Hagen (2013): *Guerillakommunikation. Genealogie einer politischen Konfliktform*. Bielefeld: transcript.
- Schulze-Cleven, Tobias; Reitz, Tilman; Maesse, Jens; Angermüller, Johannes (2017): The new political economy of higher education. Between distributional conflicts and discursive stratification. In: *High Educ* 73 (6), S. 795–812.
- Schumacher, Maria (2011): *Wissensgesellschaft*. In: Werner Fuchs-Heinritz, Daniela Klimke, Rüdiger Lautmann, Otthein Rammstedt, Urs Staheli, Christoph Weischer und Hanns Wienold (Hg.): *Lexikon zur Soziologie*. 5. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 761.
- Sennelart, Michel (2004): *Situierung der Vorlesung*. In: Michel Foucault: *Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978–1979*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 445–489.
- Sennett, Richard (2008): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. 4. Aufl. Berlin: Berliner Taschenbuch-Verl.
- Simmel, Georg (2000 [1900]): *Philosophie des Geldes*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Smith, Adam (2007 [1776]): *An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations*. Amsterdam, Lausanne, Melbourne, Milan, New York & São Paulo: MetaLibri.
- Soeffing, Hans-Georg (1989): *Der Alltag der Auslegung. Zur wissenssoziologischen Konzeption einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- SPD (2004): *Weimarer Leitlinien „Innovation“*. Online verfügbar unter http://www.spd-oeelshausen.de/download/weimarer_leitlinien-innovation_07-01-2004.pdf, zuletzt aktualisiert am 06.01.2004, zuletzt geprüft am 23.03.2020.
- Steinitz, Klaus; Walter, Dieter (2014): *Plan – Markt – Demokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen*. Hamburg: VSA-Verl.
- Stifterverband (2019): *Erfolgsmessung von Transfer und Kooperation an Hochschulen*. Online verfügbar unter <https://www.stifterverband.org/download/file/fid/8043>, zuletzt aktualisiert 2019, zuletzt geprüft am 10.12.2019.
- Stirner, Max (1968 [1845]): *Der Einzige und sein Eigentum*. München: Carl Hanser Verlag.
- Strübing, Jörg (2019): *Grounded Theory and Theoretical Sampling*. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. 2. Aufl. 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 525–544.

- Stuber, Michael (2007): Die wirtschaftliche Gestaltung von Diversity. In: Iris Koall, Verena Bruchhagen und Friederike Höher (Hg.): *Diversity Outlooks – Managing Diversity zwischen Ethik, Profit und Antidiskriminierung*. 1. Auflage. Münster: LIT, S. 428–439.
- Technische Universität Berlin (2017): High Risk High Gain – Groundbreaking Research in Berlin – ERC-Grantees und ihre Projekte. Online verfügbar unter https://www.forschung.tu-berlin.de/eu_buero/menue/veranstaltungen/20072017_high_risk_high_gain_groundbreaking_research_in_berlin_erc_grantees_und_ihre_projekte/, zuletzt aktualisiert am 21.10.2019, zuletzt geprüft am 04.04.2022.
- Teichler, Ulrich (2015): After Decades of Declamation: Higher Education on the Move towards Lifelong Learning? In: Pavel Zgaga, Ulrich Teichler, Hans G. Schuetze und Andrä Wolter (Hg.): *Higher education reform. Looking back – looking forward*. Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang, S. 299–319.
- Tellmann, Ute (2011): Ökonomisierung. In: Werner Fuchs-Heinritz, Daniela Klimke, Rüdiger Lautmann, Otthein Rammstedt, Urs Stäheli, Christoph Weischer und Hanns Wienold (Hg.): *Lexikon zur Soziologie*. 5., überarb. Aufl. 2011. Wiesbaden: Springer VS.
- Teune, Simon (2008): „Gibt es so etwas überhaupt noch?“. *Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen*. In: *PVS* 49 (3), S. 528–547.
- Thatcher, Margaret (1995): *Path to power*. New York: HarperCollins.
- Thomalla, Erika (2021): Der Widerstand eines komplexen Systems. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/arbeitsbedingungen-an-hochschulen-reform-soll-lage-verbessern-17591473.html>, zuletzt aktualisiert am 21.10.2021, zuletzt geprüft am 02.03.2022.
- Tocqueville, Alexis de (2012 [1867]): *Der alte Staat und die Revolution*. 1. Aufl. Paderborn: Salzwasser-Verl.
- Torka, Marc (2009): *Die Projektförmigkeit der Forschung*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Traue, Boris; Pfahl, Lisa (2022): What is Subjectivation? Key Concepts and Proposals for Future Research. In: Saša Bosančić, Folke Brodersen, Lisa Pfahl, Lena Schürmann, Tina Spies und Boris Traue (Hg.): *Following the Subject. Subjektivierung und Gesellschaft/ Studies in Subjectivation*. Wiesbaden: Springer, S. 25–44.
- Ullrich, Carsten G. (2020): *Das Diskursive Interview*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Ullrich, Peter; Reitz, Tilman (2018): Raus aus der prekären Mobilität. In: *Forum Wissenschaft* 35 (2), S. 23–28.
- van Dyk, Silke; Reitz, Tilman (2017): Projektförmige Polis und akademische Prekarität im universitären Feudalsystem. In: *Soziologie* 46 (1), S. 62–73.
- van Laak, Claudia (2022): #IchbinHanna – Streit um Berliner Hochschulgesetz. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/ichbinhanna-streit-um-berliner-hochschulgesetz-dlf-0224203c-100.html>, zuletzt aktualisiert am 23.02.2022, zuletzt geprüft am 02.03.2022.
- Viehöver, Willy (2011): Diskurse als Narrationen. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. 3., erweiterte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag, S. 192–224.
- Vogel, Rick (2009): Aufkommen und Verbreitung von New Public Management in Deutschland. Eine institutionalistische Diskursanalyse mit bibliometrischen Methoden. In: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 2 (2), S. 367–390.

- Wagenknecht, Peter (2003): "Always be yourself". Männlichkeit, Klassenposition und normative Heterosexualität in der Formierung von Subjektivität. In: Marianne Pieper und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 196–223.
- Wagner, Greta (2015): Arbeit, Burnout und der buddhistische Geist des Kapitalismus. In: *Ethik und Gesellschaft* 2015 (2), S. 1–18.
- Waldenfels, Bernhard (1991): Michel Foucault: Ordnung in Diskursen. In: François Ewald (Hg.): *Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 277–297.
- Warnecke, Tilmann (2018): Neuer DFG-Förderatlas. Berlin forscht am besten. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/wissen/neuer-dfg-foerderatlas-berlin-forscht-am-besten/22772558.html>, zuletzt aktualisiert am 05.07.2018, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- Warnecke, Tilmann; Burchard, Amory (2021): Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin. Sabine Kunst tritt aus Protest gegen neues Hochschulgesetz zurück. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/wissen/praesidentin-der-humboldt-universitaet-zu-berlin-sabine-kunst-tritt-aus-protest-gegen-neues-hochschulgesetz-zurueck/27738678.html>, zuletzt aktualisiert am 26.10.2021, zuletzt geprüft am 02.03.2022.
- Weber, Christian (2020): Perfides System für junge Wissenschaftler. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wissen/wissenschaft-forschung-nachwuchs-1.4757499>, zuletzt aktualisiert am 18.01.2020, zuletzt geprüft am 02.03.2022.
- Weber, Max (1988 [1922]): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. 7. Aufl. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (2002 [1894–1922]): *Schriften 1894–1922*. Stuttgart: Kröner.
- Weingart, Peter (2015): Nostalgia for the world without numbers. In: *SozW* 66 (2), S. 243–250.
- Whitley, Richard (2014): How do institutional changes affect scientific innovations? The effects of shifts in authority relationships, protected space, and flexibility. In: Jochen Gläser und Richard Whitley (Hg.): *Organisational transformation and scientific change. The impact of institutional restructuring on universities and intellectual innovation*. Bingley: Emerald, S. 367–406.
- Wiarda, Jan-Martin (2022): „So, wie es ist, kann es nicht bleiben“. Online verfügbar unter https://www.jmwiarda.de/2022/02/09/so-wie-es-ist-kann-es-nicht-bleiben/?utm_source=hootsuite, zuletzt aktualisiert am 09.02.2022, zuletzt geprüft am 02.03.2022.
- Willke, Helmut (2007): Wissensgesellschaft: kollektive Intelligenz und die Konturen eines kognitiven Kapitalismus. In: Hanno Pahl und Lars Meyer (Hg.): *Kognitiver Kapitalismus. Soziologische Beiträge zur Theorie der Wissensökonomie*. Marburg: Metropolis-Verl., S. 195–221.
- WR (1993): 10 Thesen zur Hochschulpolitik. Online verfügbar unter <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1001-93.pdf>, zuletzt aktualisiert am 22.01.1993, zuletzt geprüft am 04.03.2019.
- WR (1996): Thesen zur Forschung in den Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2765-96.pdf;jsessionid=69FE83E4797307B7B435F13DC3443597.delivery1-master?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt aktualisiert am 15.11.1996, zuletzt geprüft am 24.01.2020.

- WR (2000): Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4594-00.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt aktualisiert am 07.07.2000, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- WR (2004): Empfehlungen zu Rankings im Wissenschaftssystem. Teil 1: Forschung. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/6285-04.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt aktualisiert am 12.11.2004, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- WR (2005): Empfehlungen zur Ausgestaltung von Berufungsverfahren. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/6709-05.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt aktualisiert am 20.05.2005, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2006): Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7067-06.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt aktualisiert am 27.01.2006, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2007): Wissenschaftszeitvertragsgesetz: Endlich! Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/pm_1007.pdf;jsessionid=198EF8D67A5CC56419C61780A29DCC66.delivery2-master?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt aktualisiert am 18.04.2007, zuletzt geprüft am 15.04.2020.
- WR (2008): Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/8639-08.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt aktualisiert am 04.07.2008, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- WR (2010a): Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/9866-10.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt aktualisiert am 20.07.2010, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2010b): Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10387-10.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt aktualisiert am 20.11.2010, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2011a): Empfehlungen zur Bewertung und Steuerung von Forschungsleistung. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1656-11.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt aktualisiert am 11.11.2011, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2011b): Anforderungen an die Qualitätssicherung der Promotion Positionspapier. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1704-11.pdf?__blob=publicationFile&v=5, zuletzt aktualisiert am 2011, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2011c): Anforderungen an die Qualitätssicherung der Promotion. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/1704-11.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt aktualisiert am 11.2011, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- WR (2012): Empfehlungen zur Akkreditierung als Instrument der Qualitätssicherung. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2259-12.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt aktualisiert am 25.05.2012, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3228-13.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt aktualisiert am 12.07.2013, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2014): Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4009-14.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt aktualisiert am 11.07.2014, zuletzt geprüft am 24.01.2020.

- WR (2015a): Empfehlungen zu wissenschaftlicher Integrität. Positionspapier. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4609-15.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt aktualisiert am 2015, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2015b): Empfehlungen zum Verhältnis von Hochschulbildung und Arbeitsmarkt. Zweiter Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4925-15.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt aktualisiert am 16.10.2015, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2016): Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/5665-16.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt aktualisiert am 10.2016, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- WR (2017): Begutachtungen im Wissenschaftssystem. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/6680-17.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt aktualisiert am 10.2017, zuletzt geprüft am 05.04.2022.
- WR (2018a): Empfehlungen zur Hochschulgovernance. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7328-18.pdf?__blob=publicationFile&v=15, zuletzt aktualisiert am 19.10.2018, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- WR (2018b): Hochschulbildung im Anschluss an den Hochschulpakt 2020. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7013-18.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt aktualisiert am 04.2018, zuletzt geprüft am 04.04.2022.
- WR (2019): Arbeitsprogramm des Wissenschaftsrats Juli 2019 – Januar 2020. Positionspapier. Online verfügbar unter https://www.wissenschaftsrat.de/download/2019/Arbeitsprogramm.pdf?__blob=publicationFile&v=9, zuletzt aktualisiert am 12.07.2019, zuletzt geprüft am 24.01.2020.
- Zöllner, Michael (2014): Liberalismus. In: Günter Endruweit, Gisela Trommsdorff und Nicole Burzan (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. 3., völlig überarb. Aufl. Konstanz, Stuttgart: UVK, S. 272–273.